

Arbeitsgemeinschaft
Kriegsursachenforschung (AKUF)

Das Kriegs- geschehen 2007

Daten und Tendenzen der Kriege
und bewaffneten Konflikte

Herausgegeben
von Wolfgang Schreiber

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION
WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEO-
RIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN
PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDER-
ALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMU-
NIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLI-
TISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SY-
STEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIE-
HUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLI-
TISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE
MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE
GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTS-
STAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDES-
TAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WÄH-
LEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE
PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PAR-



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)
Wolfgang Schreiber (Hrsg.)

Das Kriegsgeschehen 2007

Arbeitsgemeinschaft
Kriegsursachenforschung (AKUF)
Wolfgang Schreiber (Hrsg.)

Das Kriegs- geschehen 2007

Daten und Tendenzen der Kriege
und bewaffneten Konflikte



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Katrin Emmerich / Marianne Schultheis

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe
Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-531-16620-9

Vorwort

Das vorliegende Jahrbuch setzt die Reihe der seit 1993 erscheinenden Jahresberichte der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) zum weltweiten Kriegsgeschehen fort. Das Jahrbuch 2007 steht dabei für ein kleines Jubiläum. Zum zehnten Mal erscheint „Das Kriegsgeschehen“ damit in Buchform.

Kernstück des Jahrbuchs ist das rund 230-seitige Konfliktregister mit seinen Einzelberichten zu 42 Konflikten. Sie geben Auskunft über die strukturellen Hintergründe, die historischen Entwicklungen und die aktuellen Ereignisse der Kriege und bewaffneten Konflikte des Jahres 2007. Ein Index der Konflikttakteure sowie Hinweise auf weiterführende Literatur und aktuelle Internet-Adressen machen das Konfliktregister zu einem benutzerfreundlichen Nachschlagewerk, das sowohl eine schnelle, aktuelle Information wie auch eine vertiefte Lektüre zu den aktuellen Gewaltkonflikten ermöglicht. Eingebettet sind die Einzelberichte in einen Überblick über die Tendenzen und Charakteristika des Kriegsgeschehens im Berichtsjahr 2007, der diese in regionale und internationale Zusammenhänge einordnet.

Die Arbeit an diesem Jahrbuch ist eine Gemeinschaftsleistung der AKUF, die 1978 von Prof. Dr. Klaus Jürgen Gantzel gegründet wurde und seither als Forschungsseminar am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg angeboten wird. „Das Kriegsgeschehen“ ist das Hauptperiodikum der AKUF, zugleich aber nur ein Ausschnitt der umfangreichen wissenschaftlichen Tätigkeit ihrer Mitglieder. Hierzu zählt neben verschiedenen Forschungsprojekten und zahllosen Veröffentlichungen auch eine umfangreiche Kriege-Datenbank. Einen umfassenden Überblick über die Arbeit der AKUF und über das weltweite Kriegsgeschehen bietet die AKUF-Homepage unter < www.akuf.de >.

Da die AKUF ohne finanzielle Unterstützung seitens der Universität Hamburg arbeiten muss, gilt – auch für dieses Jahrbuch – mein besonderer Dank ihren engagierten Mitgliedern.

Hamburg, im November 2008
Jens Siegelberg, Leiter der AKUF

Inhaltsverzeichnis

Wolfgang Schreiber

Daten und Tendenzen des Kriegsgeschehens 2007	11
Beendete und neue Kriege	12
Statistik und Trends des Kriegsgeschehens	16
Kriege	20
Asien	21
Vorderer und Mittlerer Orient.....	25
Afrika südlich der Sahara.....	29
Lateinamerika	31
Bewaffnete Konflikte.....	32
Weitere Gewaltkonflikte.....	37

Register der Kriege und bewaffneten Konflikte des Jahres 2007	41
--	----

Asien	43
Indien (Assam).....	43
Indien (Kaschmir)	48
Indien (Manipur).....	53
Indien (Nagas).....	58
Indien (Naxaliten)	62
Indien (Tripura).....	66
Indonesien (Westpapua).....	70
Myanmar [Birma]	74
Osttimor	79
Pakistan (Belutschistan).....	83
Pakistan (Sunniten/Schiiten)	87
Pakistan (Taliban)	90
Philippinen (Mindanao)	94
Philippinen (NPA)	99
Sri Lanka.....	105
Thailand (Südthailand).....	111

Vorderer und Mittlerer Orient	118
Afghanistan (Mujahedin/Warlords)	118
Afghanistan (Taliban)	123
Algerien	128
Georgien (Abchasien)	133
Georgien (Südossetien)	139
Irak	144
Iran (Kurdistan).....	151
Israel (Palästina)	156
Jemen	162
Libanon	166
Palästina	174
Russland (Tschetschenien).....	177
Türkei (Kurdistan)	184
 Afrika	 192
Äthiopien (Ogaden)	192
Burundi	196
Kongo-Kinshasa (Ostkongo).....	202
Mali (Tuareg).....	206
Niger (Tuareg)	211
Nigeria (Nigerdelta).....	216
Senegal (Casamance).....	223
Somalia	228
Sudan (Darfur)	236
Tschad	242
Zentralafrikanische Republik	248
 Lateinamerika	 254
Kolumbien (ELN).....	254
Kolumbien (FARC)	259
 Autorinnen und Autoren der AKUF	 267
 Abkürzungsverzeichnis	 270
 Index der Konfliktakteure	 275

Grafiken

1	Weltweit geführte, begonnene und beendete Kriege (1945-2007)	16
2	Verteilung der Kriege nach Regionen im Jahr 2007.....	18
3	Verteilung der Kriege nach Kriegstypen im Jahr 2007.....	19

Tabellen

1	Kriege im Jahr 2007	21
2	Bewaffnete Konflikte im Jahr 2007.....	33

Definitionen

1	Die AKUF-Kriegsdefinition	10
2	Die AKUF-Kriegstypen.....	40

AKUF-Kriegsdefinition

'Krieg' definiert die AKUF in Anlehnung an den ungarischen Friedensforscher István Kende (1917-1988) als einen „gewaltsamen Massenkrieg, der alle folgenden Merkmale ausweist: (a) an den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, bei denen es sich mindestens auf einer Seite um reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten) der Regierung handelt; (b) auf beiden Seiten muss ein Mindestmaß an zentralgelenkter Organisation der Kriegführenden und des Kampfes gegeben sein, selbst wenn dies nicht mehr bedeutet als organisierte bewaffnete Verteidigung oder planmäßige Überfälle (Guerillaoperationen, Partisanenkrieg usw.); (c) die bewaffneten Operationen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche, spontane Zusammenstöße, d.h. beide Seiten operieren nach einer planmäßigen Strategie, gleichgültig ob die Kämpfe auf dem Gebiet eines oder mehrerer Gesellschaften stattfinden und wie lange sie dauern.“ Kriege gelten als beendet, soweit Kampfhandlungen dauerhaft, d.h. für mindestens ein Jahr, eingestellt bzw. nur unterhalb der AKUF-Kriegsdefinition fortgesetzt werden. Bei einem 'bewaffneten Konflikt' handelt es sich um gewaltsame Auseinandersetzungen, bei denen die Kriterien der Kriegsdefinition nicht in vollem Umfang gegeben sind.

Daten und Tendenzen des Kriegsgeschehens 2007

Wolfgang Schreiber

Das Kriegsgeschehen des Berichtsjahrs 2007 erwies sich auf den ersten Blick als sehr konstant. Die Zahl von insgesamt 42 Kriegen und bewaffneten Konflikten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht. Hinter den reinen Zahlen verbirgt sich allerdings ein großer Austausch. Zehn Konflikte des Vorjahres sind in diesem Jahrbuch nicht mehr mit eigenen Texten vertreten, umgekehrt sind sieben Konflikte neu hinzugekommen. Trotz des Rückgangs der Zahl und auch der Intensität der Kriege in den letzten anderthalb Jahrzehnten nach ihrem Höhepunkt 1992 gehören gewaltsam ausgetragene Massenkonflikte weiterhin zu den gravierendsten Problemen der Weltgesellschaft.

Dabei mag die Zahl der in Kriegen direkt bei Kampfhandlungen getöteten Menschen mit einigen Tausend eher gering erscheinen. Nicht vergessen werden sollten allerdings die anderen menschlichen Opfer der Kriege: Zehntausende sterben an indirekten Folgen wie Hunger und Krankheiten, insbesondere Frauen und Mädchen werden massenhaft vergewaltigt, Kindersoldaten werden trotz internationaler Ächtung weiterhin rekrutiert und Millionen müssen aus den Kriegsgebieten fliehen. In vielen kleineren Kriegen und bewaffneten Konflikten, die geringere offensichtliche Kriegsfolgen aufweisen, macht alltägliche Gewalt ein „normales“ Leben unmöglich.

Wie in jedem Jahr spielten auch 2007 in der Öffentlichkeit nur die wenigsten Kriege eine prominente Rolle. Wie auch in den letzten Jahren waren dies die beiden Kriege in Afghanistan und im Irak, an denen die USA und einige – auch europäische – Verbündete beteiligt sind. Das klassische Interesse für den Nahost-Konflikt wurde im Juni durch die Kämpfe zwischen den beiden führenden palästinensischen Gruppen *Hamas* und *Fatah* überlagert. Auch der kurze Krieg um ein palästinensisches Flüchtlingslager im Norden des Libanon fand seinen Niederschlag in der Medienberichterstattung.

Regelmäßig berichtet wurde auch über einige länger andauernde Kriege wie die in Somalia, im sudanesischen Darfur oder auf Sri Lanka. Aufgrund der Diskussionen um eine europäische Eingreiftruppe gerieten allenfalls noch die Kriege im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik ins Blickfeld. Andere Kriege wie in Kolumbien oder im Osten der Demokratischen Republik Kongo sorgten trotz der hohen Intensität, mit der sie im Vergleich zu vielen „kleineren Kriegen“ und bewaffneten Konflikten geführt wurden, allenfalls partiell für Schlagzeilen. Für die meisten der 28 Kriege traf auch 2007 das Schlagwort von den „vergessenen Kriegen“ zu.

Beendete und neue Kriege

Mit 28 Kriegen wurden im Berichtsjahr 2007 zwei weniger ausgetragen als ein Jahr zuvor.¹ Die nur leicht gesunkene Zahl deutet auf eine trügerische Kontinuität des Kriegsgeschehens hin. Denn fünf beendeten stehen drei neu begonnene Kriege gegenüber. Bei zwei Kriegen kann man von einer definitiven Beendigung ausgehen. Dies ist zum einen der sogenannte „Sommerkrieg“ zwischen Israel und der libanesischen Miliz *Hizb-allah*, der im Juli/August 2006 die Schlagzeilen beherrschte. Zum anderen einigten sich in Nepal nach der Entmachtung des Königs die früheren Oppositionsparteien mit der maoistischen Guerilla. Ausgeblieben sind 2007 auch Kampfhandlungen in Uganda. Mit geringerer Kontinuität und Intensität als noch im Jahr zuvor dauerten die ehemaligen Kriege in Burundi sowie einer der beiden Kriege in Kolumbien 2007 noch als bewaffnete Konflikte an. Zu Kriegen eskaliert sind Konflikte im Libanon, in Palästina und im Norden Pakistans.

In *Nepal* hatten die Rebellen der *Communist Party of Nepal – Maoist* (CPN-Maoist) seit 1996 begonnen, ihren Forderungen gewaltsam Nachdruck zu verleihen. Der Konflikt eskalierte 1999 zum Krieg. Die Situation zwischen Regierung und Rebellen schien festgefahren. Der zahlenmäßig überlegenen Armee gelang es nicht, die von den Rebellen kontrollierten Gebiete dauerhaft zurückzuerobern. Den Maoisten hingegen war es mit ihren begrenzten Ressourcen nicht möglich, die großen Städte einzunehmen und einen Machtwechsel mit militärischen Mitteln herbeizuführen. Erst ab Februar 2005 änderte sich die Situation dadurch, dass König Gyanendra die Regierung absetzte, den Notstand ausrief und zunehmend autoritär regierte. Dies führte einerseits zu einer Annäherung zwischen den Rebellen und der zivilen politischen Opposition, andererseits zu Massenprotesten gegen das königliche Regime, was letztlich zu dessen Ende führte. Am 21. November 2006 unterzeichneten die neue Regierung und die Rebellenführung einen Friedensvertrag und beendeten damit den achtjährigen Krieg.

Im *Libanon* wurde der bekannteste neue Krieg des Jahres 2006 noch im gleichen Jahr wieder beendet. Trotz der seit Jahrzehnten andauernden Auseinandersetzungen zwischen *Israel* und der libanesischen Miliz *Hizb-allah* kam die Eskalation Mitte des Jahres überraschend. Anlass hierfür war die Entführung zweier israelischer Soldaten infolge eines Angriffs der *Hizb-allah* auf eine israelische Patrouille im Grenzgebiet am 12. Juli. Darauf folgte ein Krieg, der bis zum 14. August andauerte. Der Krieg wurde von Beginn an durch internationale Vermittlungsbemühungen begleitet. Diese führten am 11. August zunächst zur einstimmigen Annahme der Resolution 1701 durch den UN-Sicherheitsrat und drei Tage später zu einer Waffenruhe. Eckpunkte

¹ Die im „Kriegsgeschehen 2006“ angegebene Zahl von 29 Kriegen muss um einen nach oben korrigiert werden. Der Beginn des 2007 noch andauernden Krieges im nordostindischen Unionsstaat Manipur ist dabei bereits auf das Jahr 2005 zu datieren.

der Resolution waren der Rückzug der israelischen Truppen und die gleichzeitige Stationierung von 15.000 Soldaten der libanesischen Armee im Südlibanon. Zudem wurde die Entwaffnung der *Hizb-allah*, die zuvor den Süden des Libanon kontrolliert hatte, gefordert und eine schnelle Aufstockung der UNIFIL-Truppe auf ebenfalls 15.000 Soldaten beschlossen. Die Mission wurde zusätzlich mit einem robusten Mandat ausgestattet.

In *Uganda* waren 2007 keine Kämpfe zwischen der Armee und Rebellen der *Lord's Resistance Army* (LRA) mehr zu verzeichnen. Die LRA bildete sich zum Teil aus Gruppierungen, die bereits die Machtübernahme der amtierenden Regierung unter Yoweri Museveni Mitte der 1980er Jahre bekämpft hatten, zum Teil aus später entstandenen Gruppen. Dabei verstand sich die LRA als eine sowohl politische als auch religiöse Bewegung, was sich in dem vor ihr erklärten Ziel der Errichtung eines christlichen Gottesstaates mit einer auf den Zehn Geboten basierenden Verfassung in Uganda widerspiegelte. Bekannt wurde die LRA, deren Auseinandersetzungen mit der Regierung 1995 zum Krieg eskalierten, vor allem auch durch die rücksichtslose Rekrutierung von Kindersoldaten, die zuletzt auch den Hauptteil ihrer Kämpfer stellten. Bereits seit längerem – vor allem auch durch den Verlust von sicheren Rückzugsgebieten im Sudan nach einer Verständigung der Regierungen der beiden Nachbarländer – geschwächt, musste LRA-Führer Joseph Kony 2006 in Verhandlungen einwilligen, die im August zur Unterzeichnung eines vorläufigen Waffenstillstands führten. Die LRA widersetzte sich weiteren Verhandlungsschritten, verließ entgegen den Vereinbarungen ihre beiden Sammelpunkte im Südsudan und zog sich in den Osten der Demokratischen Republik Kongo zurück. Dort gelang ihr aber bislang keine Reorganisation, sondern es setzte ein Zerfallsprozess ein, in dem sich einige prominente Mitglieder der kongolesischen Regierung ergaben, andere – wie Konys Stellvertreter Vincent Otti – bei internen Auseinandersetzungen über den zukünftigen Kurs der LRA getötet wurden. Inwieweit eine wirkliches Ende des Krieges gegeben ist, bleibt trotz der im Jahr 2007 ausgebliebenen Kampfhandlungen, daher fraglich.

Mit geringerer Kontinuität und damit nicht mehr als Krieg, sondern nur noch als bewaffneter Konflikt wurden die Kampfhandlungen in *Burundi* geführt. Der Krieg hatte 1993 im Anschluss an einen Militärputsch begonnen, der einen Versuch zur Demokratisierung des Landes vorläufig beendet hatte. Mit dem Umsturz wollte eine aus Tutsi bestehende Elite die Wahlentscheidung der mehrheitlich aus Hutu bestehenden Bevölkerung außer Kraft setzen. Es folgten jedoch mehr als zehn Jahre dauernde Auseinandersetzungen zwischen den Milizen mehrerer Parteien und der Militärregierung. Ein erstes Friedensabkommen unter internationaler Vermittlung wurde im Jahr 2000 geschlossen. Nachdem die darin vereinbarte Machtteilung mehr oder weniger reibungslos funktioniert hatte, gelang es im November 2003 auch die bedeutendste der noch aktiven Rebellenbewegungen, den *Conseil National pour la*

Défense de la Démocratie – Force pour la Défense de la Démocratie (CNDD-FDD) zu einen Friedensabkommen zu bewegen. Einem Ende des Krieges zu diesem Zeitpunkt standen jedoch weitere Rebellengruppen entgegen. Erst ein Abkommen im September 2006 mit den *Forces Nationales de Libération* (FNL) führte dazu, dass die Kampfhandlungen lediglich noch unterhalb die Kriegsschwelle fortgeführt wurden.

Auch im Konflikt zwischen *Kolumbien* und der Rebellenbewegung *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) führte ein laufender Friedensprozess zu einem Rückgang der Kampfhandlungen, sodass 2007 nur noch von einem bewaffneten Konflikt und nicht mehr von einem Krieg gesprochen werden konnte. Das ELN hatte 1965 in der Tradition Che Guevaras den bewaffneten Kampf in Kolumbien aufgenommen, scheiterte aber schon bald mit ihrer Strategie, eine Guerilla in den Ballungsräumen zu etablieren. Statt dessen zog sich die Gruppe in den ländlichen Nordosten Kolumbiens zurück und kontrollierte dort ganze Landstriche. Verschiedene Friedensprozesse in den 1980er und 1990er Jahren scheiterten. Letztlich zwang das harte militärische Vorgehen unter dem amtierenden Präsidenten Álvaro Uribe Vélez das ELN Ende Oktober 2006 an den Verhandlungstisch. Die Friedensgespräche konnten bislang nicht zu einem erfolgreichen Ende geführt werden, jedoch fanden Kämpfe zwischen dem ELN und Regierungstruppen seither nur noch sporadisch statt. Keine positiven Auswirkungen zeigte der Verhandlungsprozess mit dem ELN auf den noch anhaltenden Krieg zwischen der kolumbianischen Regierung und der im Vergleich zum ELN seit Jahren bedeutenderen Rebellengruppe *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC).

Zum Krieg eskaliert sind 2007 die Auseinandersetzungen in den Grenzregionen *Pakistans* zu Afghanistan. Obwohl bereits seit dem Frühjahr 2004 Kampfhandlungen zwischen *Taliban* und dem pakistanischen Militär im Norden Pakistans stattfanden, erreichte der Konflikt im Berichtsjahr eine neue Stufe der Eskalation. Die früheren Kämpfe standen in enger Verbindung mit dem von den USA angeführten Krieg gegen *Taliban*- und *Al-Qaida*-Verbände in Afghanistan und von daher waren die Kämpfe in Nordpakistan eher als Teil des Krieges in Afghanistan zu betrachten. Im Jahr 2007 konnten die *Taliban* nicht nur ihre territoriale Kontrolle ausweiten und kurzfristig einzelne Distrikte auf pakistanischem Staatsgebiet übernehmen. Darüber hinaus handelt es sich bei den *Taliban* in Pakistan anders als bei denen in Afghanistan um dezentral organisierte Gruppen, die auch untereinander in Konkurrenz stehen. Hauptoperationsgebiet der *Taliban* waren zunächst die sogenannten Federally Administered Tribal Areas, in denen paschtunische Stämme eine weitgehende Autonomie vom pakistanischen Staat genossen. Dabei wurden sie von einigen Stammesmilizen unterstützt, die aufgrund des Vorgehens des pakistanischen Militärs gegen die *Taliban* in diesem Gebiet um ihre Autonomierechte fürchteten. Andere Stammesmilizen widersetzten sich aber auch dem Machtstreben der *Taliban*. Ausgehend von den Stammes-

gebieten Nord- und Südwasiristans weiteten die *Taliban* ihren Einfluss nach und nach auch auf die benachbarte North West Frontier Province und Belutschistan aus.

Der *Libanon* kam auch 2007 nicht zur Ruhe. Überraschend eskalierte im Norden des Landes in der Nähe der Stadt Tripoli ein neuer, lokal und zeitlich begrenzter Krieg. Im Zentrum der Auseinandersetzung stand dabei das palästinensische Flüchtlingslager Nahr al-Bared. Dort hatte sich die islamistische Gruppe *Fatah al-Islam* verschanziert, nachdem die Armee am 20. Mai zuvor eine Razzia gegen Mitglieder der Gruppe in Tripoli durchgeführt hatte und dabei auf heftige Gegenwehr gestoßen war. Die Armee umstellte daraufhin das 16 Kilometer von Tripoli entfernte Flüchtlingslager und nahm die Stellungen der Milizionäre unter Beschuss. Innerhalb von zehn Tagen verließen rund 85 Prozent der Bewohner das Lager und Anfang Juni begann die Armee bei einem Vorstoß in die nördlichen Außenbezirke Teile Nahr al-Bareds. einzunehmen. Die Kämpfe in den Häusern und engen Gassen dauerten jedoch noch bis zum 2. September an, bevor die Armee das Lager vollständig unter ihre Kontrolle brachte. Die meisten Kämpfer der *Fatah al-Islam* wurden getötet und fast ebenso viele verhaftet. Obwohl einige Mitglieder der Gruppe entkommen konnten, darunter auch ihr Anführer und sein Stellvertreter, erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass sich die *Fatah al-Islam* reorganisieren und damit die Kämpfe neu aufnehmen kann.

Der dritte neue Krieg eskalierte 2007 in *Palästina* zwischen der *Hamas* und der *Fatah*. Mit Blick auf die Kriegsdefinition der AKUF könnte man einwenden, dass Palästina kein Staat sei und daher dort auch kein innerstaatlicher Krieg stattfinden kann. Allerdings hatte sich Israel 2005 aus den Gazastreifen zurückgezogen – unterbrochen nur durch eine zeitweise Wiederbesetzung des nördlichen Teils zu Beginn des Sommers 2006 – und die innere Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde übergeben. Allerdings übte und übt Israel durch die Kontrolle der Außengrenzen des Gazastreifens weiterhin einen großen Einfluss auf das Gebiet aus. Wie dem auch sein: Man kann dem Gazastreifen ein gewisses Maß an Staatlichkeit nicht absprechen. Fast noch schwieriger ist allerdings die Frage zu beantworten, wer in diesem Gebiet die Regierung stellt. Der innerpalästinensische Konflikt eskalierte sukzessive seit die *Hamas* im Januar 2006 die Parlamentswahl mit absoluter Mehrheit gewonnen hatte. Damit begann ein Machtkampf mit dem ein Jahr zuvor gewählten palästinensischen Präsidenten und *Fatah*-Vorsitzenden Mahmud Abbas insbesondere über die Kontrolle der Sicherheitsorgane. Auch die Bildung einer Einheitsregierung nach saudischer Vermittlung konnte die Eskalation nicht verhindern. Die Unstimmigkeiten innerhalb dieser Einheitsregierung führten im Juni dazu, dass sich die *Hamas* im Gazastreifen innerhalb weniger Tage gegen die *Fatah* durchsetzte und dort die alleinige Macht übernahm. Als Reaktion löste Abbas die Einheitsregierung auf und setzte eine Notstandsregierung ein, die die Kontrolle über die von Israel geräumten

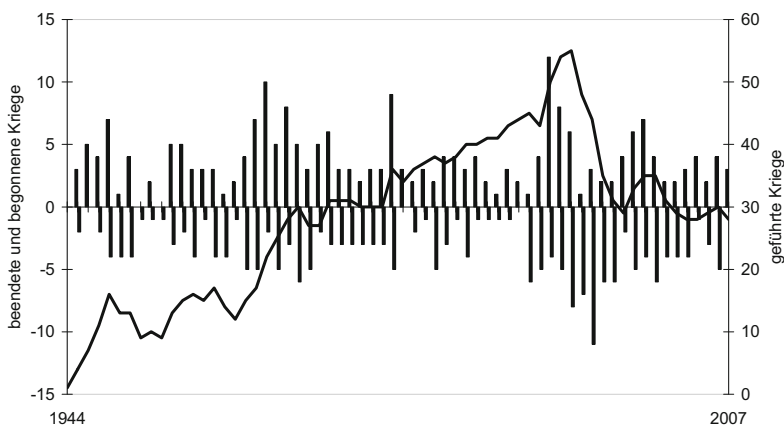
Teile des Westjordanlands hält. Damit gibt es seit Juni 2007 de facto zwei palästinensische Regierungen in zwei palästinensischen Gebieten.

Kämpfe zwischen verschiedenen nach Unabhängigkeit strebenden Rebellen Gruppen und staatlichen Sicherheitskräften in dem im Nordosten Indiens gelegenen Unionsstaat Manipur sind rückwirkend ab 2005 als Krieg einzustufen. Gewaltsame Auseinandersetzungen gibt es in Manipur bereits seit längerem. In der Vergangenheit fanden diese jedoch in erster Linie zwischen verschiedenen Rebellen Gruppen statt beziehungsweise waren eher als Teil der Konflikte in benachbarten Unionsstaaten wie insbesondere Nagaland anzusehen. Seit 2005 – wie gesagt – tritt allerdings die eigenständige Konfliktlinie stärker hervor. Mindestens vier rivalisierende Rebellen Gruppen kämpfen für die Unabhängigkeit Manipurs von Indien. Bei Gefechten der Rebellen Gruppen untereinander, bei Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften und bei Bombenanschlägen starben allein 2007 mehr als 400 Menschen.

Statistik und Trends des Kriegsgeschehens

Seit 1945 zählt die AKUF insgesamt 238 Kriege. Davon wurden 28 noch im Jahr 2007 ausgetragen. Obwohl die Zahl der Kriege seit 2000 – beziehungsweise noch deutlicher seit 1992 – stark zurückgegangen ist, kann man dar-

Grafik 1: Weltweit geführte, begonnene und beendete Kriege (1945-2007)



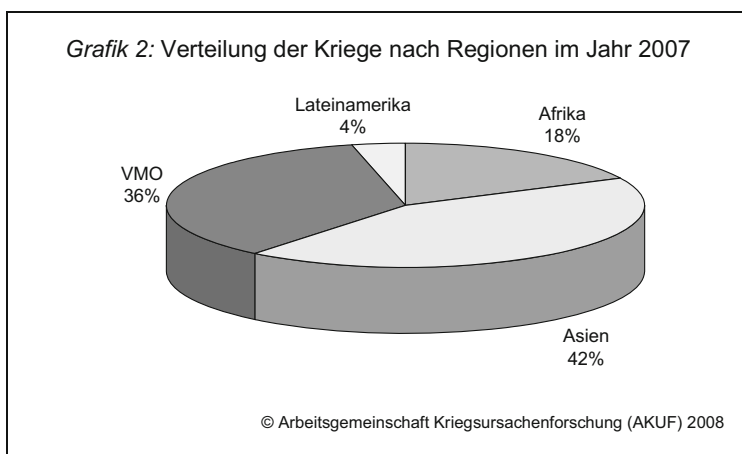
aus keinen Trend für die Zukunft ablesen. Einerseits lässt sich das Entstehen neuer Kriege kaum verlässlich voraussagen. Andererseits deutete sich zwar in einer Reihe von Kriegen im Jahr 2007 die Chance auf ein Ende oder zumindest ein Nachlassen der Kampfhandlungen an. Die Vergangenheit lehrt aber, dass aus solchen positiven Signalen nicht unbedingt die weitere Entwicklung gefolgert werden kann. Im Gegensatz zu dieser Ungewissheit wies die Kriegshäufigkeit trotz leichter Schwankungen von 1945 bis 1992 einen vergleichsweise kontinuierlichen Anstieg bis zum Höchststand von 55 Kriegen auf. Bis 1997 halbierte sich diese Zahl innerhalb von fünf Jahren fast auf 29. Danach stieg die Zahl der Kriege bis 2000 wieder auf 35 an und ging seitdem auf nunmehr 28 im Jahr 2007 zurück. Eine niedrigere Zahl an jährlich geführten Kriegen registrierte die AKUF zuletzt für das Jahr 1968 mit damals 27 Kriegen (vgl. Grafik 1).

Der starke Rückgang nach 1992 lässt sich mit drei Erscheinungen erklären, die das Ende des Ost-West-Konfliktes begleiteten. Erstens hatten Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre überdurchschnittlich viele Kriege begonnen, von denen nicht wenige vergleichsweise kurze Zeit später wieder beendet wurden. Dieser Vorgang ähnelt früheren Sprüngen im Ansteigen der Kriegshäufigkeit, wie sie aus der Grafik 1 auch für die zweite Hälfte der 1940er Jahre und die erste Hälfte der 1960er Jahre abzulesen sind. Ein großer Teil der neuen Kriege in diesen drei Perioden entfällt auf neu entstandene Staaten: zunächst in Asien, dann in Afrika und mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes auf den Territorien der früheren UdSSR und Jugoslawiens. Dazu kam der Zusammenbruch einiger Regime – vor allem in Afrika – die zuvor stark durch Unterstützungen im Rahmen des Kalten Krieges profitiert hatten. Das Ausbleiben von derartigen Unterstützungen hatte aber auch in nicht wenigen Fällen einen umgekehrten Effekt, indem es einigen Kriegen die materielle Grundlage entzog und somit zu deren Beendigung beitrug.² Als drittes Phänomen war eine zumindest vorübergehende allgemeine Schwächung des Sozialismus als alternatives Gesellschaftsmodell zum Kapitalismus zu beobachten. Dass dieses etlichen Kriegen ihre ideologische Grundlage entzog, zeigt am deutlichsten der Rückgang der Kriege in Süd- und insbesondere Mittelamerika.

Die erneute Zunahme der Kriegshäufigkeit ab 1997 schien zunächst an den generellen Trend bis 1992 anzuschließen, der einen erneuten dauerhaften Anstieg bedeutet hätte. Stattdessen kehrte sich der Trend 2000 erneut um und die Zahl der jährlich geführten Kriege ging seither um ein Fünftel zurück. Zwei Interpretationen des Kriegsgeschehens, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts prominent diskutiert wurden, haben sich damit als von recht

² Trotzdem ist es falsch, diese Kriege als „Stellvertreterkriege“ zu bezeichnen. Sie wurden in aller Regel nicht stellvertretend für die führenden Blockmächte USA und UdSSR geführt, sondern die jeweiligen Kriegsparteien bedienten sich der Blockrivalität, um Unterstützung zu erhalten.

kurzer Halbwertszeit erwiesen: In der ersten Hälfte der 1990er Jahren wurden Konflikte zunehmend mit dem Etikett „ethnisch“ versehen. Insbesondere die Annahme, dass solche Konflikte um Identitäten schwieriger zu befrieden seien als Konflikte um (materielle) Interessen, kann angesichts des Rückgangs der Zahl der Kriege nicht als bestätigt angesehen werden. Die anschließende These, insbesondere auf Rohstoffen basierende Kriegsökonomien seien die eigentliche Triebfeder aktueller Konflikte, hat sich ebenfalls nicht unbedingt bestätigt: Gerade die häufig als Beispiele angeführten afrikanischen Kriege in Angola, Liberia und Sierra Leone wurden in den letzten Jahren beendet. Beide Versuche, das Kriegsgeschehen auf einen Hauptfaktor zu reduzieren, haben sich gegenüber der Realität als zu vereinfachend erwiesen.



Verteilung der Kriege nach Regionen und Typen

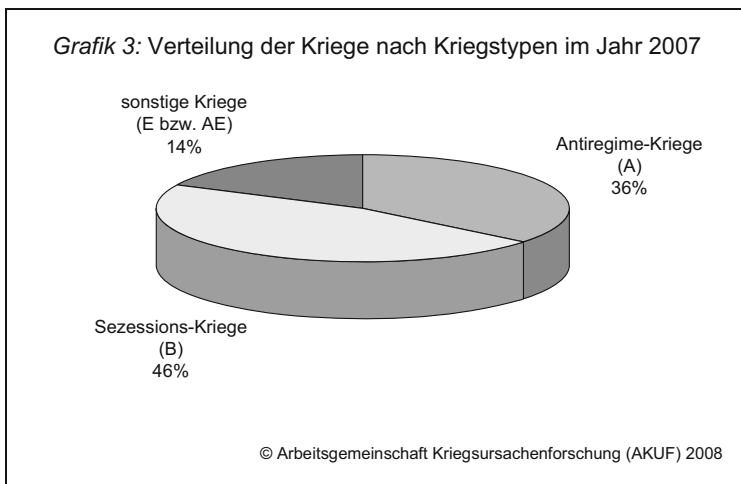
In der Zeit nach 1945 wurden Kriege zum größten Teil in der sogenannten Dritten Welt geführt. Europa war nur selten, Nordamerika nie Schauplatz des Austrags von kriegerischen Konflikten. Diese häufig wiederholte Tatsache spiegelt sich auch in den Zahlen des Jahres 2007 wieder. Die 28 Kriege verteilen sich auf die Weltregionen wie folgt: Die meisten Kriege wurden 2007 in Asien mit zwölf Kriegen geführt. Es folgen der Vordere und Mittlere Orient (VMO) mit zehn und Afrika südlich der Sahara mit fünf Kriegen. In Lateinamerika wurde ein Krieg ausgetragen (vgl. Grafik 2). Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich folgende Veränderungen: In Asien blieb die Zahl der Kriege unverändert. Einem beendeten, dem in Nepal, stand ein neuer, der

zwischen Pakistan und *Taliban* gegenüber. Im VMO erhöhte sich die Zahl der Kriege um einen. Beendet wurde Krieg zwischen Israel und der libanesischen Miliz *Hizb-allah*, neu begonnen wurden im Libanon der Krieg mit der *Fatah al-Islam* und in Palästina der Krieg zwischen *Hamas* und *Fatah*. In Afrika waren zwei Kriege weniger zu registrieren, die in Burundi und in Uganda. In Lateinamerika konnte einer der beiden Kriege in Kolumbien beendet werden. Damit verringerte sich insbesondere der Anteil Afrikas von 24 Prozent der Kriege im Jahr 2006 auf nunmehr 18 Prozent recht deutlich.

Die AKUF unterscheidet Kriege nach insgesamt fünf Typen, wobei zusätzlich noch Mischtypen möglich sind (siehe Seite 40). Für das Jahr 2007 ergab sich folgende Verteilung bei den Kriegstypen: Um Autonomie oder Sezession wurden 13 Kriege geführt, zehn waren Antiregimekriege. Zwei Kriege entfielen auf den Typ der „sonstigen Kriege“ und drei Kriege stellten sich als Mischtypen dar (vgl. Grafik 3).

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der um Autonomie oder Sezession geführten Kriege gleich geblieben. Es handelt sich auch um die gleichen Kriege wie im Vorjahr. Die Zahl der Antiregimekriege hat sich um zwei verringert. Die vier bis 2006 geführten Kriege in Nepal, Burundi, Uganda und Kolumbien waren Kriege vom Typ A. Von den neu begonnenen Kriegen ist der zwischen Pakistan und den *Taliban* als Antiregimekrieg einzustufen. Ein Wechsel des Kriegstyps hat in Somalia stattgefunden, das seit 2007 wieder über eine Regierung verfügt und daher nicht mehr den „sonstigen Kriegen“, sondern den Antiregimekriegen zuzuordnen ist.

Um zwei verringert hat sich auch die Zahl der reinen „sonstigen Kriege“. Zu diesen zählte 2007 der neu begonnene Krieg im Libanon, da sich die Ziele der *Fatah al-Islam* keinem der beiden innerstaatlichen Haupttypen zuordnen



lassen. Der zweite Krieg, der 2007 unter der unter die Rubrik „sonstige Kriege“ fiel, ist der frühere Antiregimekrieg in Afghanistan. Dessen Hauptträger sind inzwischen lokale und regionale *Warlords*, die aus den früheren *Mujahedin* hervorgegangen sind. Inwieweit sie mit ihren Aktionen noch zielgerichtet gegen das Regime kämpfen, ist mittlerweile fraglich.³ Beendet wurde der „sonstige Krieg“ im Libanon zwischen Israel und der *Hizb-allah*. Eine Typenänderung erfuhren, wie oben bereits erwähnt der Krieg in Somalia sowie der „Antiterrorkrieg“ in Afghanistan. Letzterer wird vom reinen Krieg des Typs E zum Mischtyp mit einer Antiregimekomponente (siehe unten).

Die Zahl der als Mischtypen eingestuftten Kriege ist von einem auf drei gestiegen. Dabei sind alle drei Kriege Mischungen der Typen A und E, das heißt, Antiregimekriege mit einer zusätzlichen nicht mit den Haupttypen zu fassenden Komponente. Geblieben als Mischtyp ist der Krieg im Irak, der bis zum Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 ein zwischenstaatlicher Krieg war. Nach dem Ende des irakischen Regimes wurde er, solange die USA offiziell als Besatzungsmacht anerkannt waren, zunächst als „sonstiger Krieg“ vom Typ E eingestuft. Mit der formalen Einsetzung einer irakischen Regierung könnte man eigentlich von einem Antiregimekrieg mit Fremdbeteiligung sprechen. Da diese Regierung jedoch nicht über Mitspracherechte bei den Militäroperationen der USA im Irak verfügt, scheint es sinnvoller zu sein, den Irakkrieg als Mischtyp zu klassifizieren. Einen ähnlichen Verlauf hat der „Antiterrorkrieg“ in Afghanistan genommen. Begonnen hatte der Krieg 2001 als zwischenstaatlicher Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen das *Taliban*-Regime. Nach dem Sturz des Regimes war er als „sonstiger Krieg“ vom Typ E einzustufen. Mittlerweile sind die Aktionen der *Taliban* aber nicht mehr als fast ausschließlich gegen die USA gerichtet einzustufen, sondern zielen auch auf einen Regimewechsel beziehungsweise eine Regierungsbeteiligung.⁴ Der dritte Krieg vom Mischtyp AE ist etwas anders gelagert. Für den Krieg zwischen *Hamas* und *Fatah* ist dabei zum einen die Staatlichkeit Palästinas problematisch, zum anderen aber auch die Frage, welche der beiden Seiten die Regierung stellt und welche umgekehrt einen Antiregimekrieg führt.

Kriege

Der folgende Jahresüberblick über die 2007 geführten Kriege orientiert sich an der zahlenmäßigen Betroffenheit der einzelnen Weltregionen und wird die dort ausgetragenen Kriege jeweils kurz skizzieren.

³ Geändert wurde diese Einstufung rückwirkend. Um Verwirrungen zu vermeiden wurde daher auch der Name dieses Krieges von Afghanistan (Antiregimekrieg) in Afghanistan (Mujahedin/Warlords) geändert.

⁴ Auch hier erscheint ein Wechsel im Namen des Krieges sinnvoll. Von Afghanistan („Antiterrorkrieg“) wurde er in Afghanistan (Taliban) umbenannt.

Asien

Asien war im Jahr 2007 wie bereits im Vorjahr die Region mit den meisten Kriegen. Dabei ist die Zahl mit zwölf Kriegen gleich geblieben. Einem beendeten Krieg, dem in Nepal, steht ein neuer Krieg gegenüber.

<i>Tabelle 1: Die Kriege im Jahr 2007</i>		
	<i>Typ</i>	<i>Beginn</i>
<i>Asien</i>		
Indien (Assam)	B-2	1990
Indien (Kaschmir)	B-2	1990
Indien (Manipur)	B-2	2005
Indien (Naxaliten)	A-2	1997
Indien (Tripura)	B-2	1999
Myanmar	B-2	2003
Pakistan (Belutschistan)	B-2	2005
Pakistan (Taliban)	B-2	2007
Philippinen (Mindanao)	B-2	1970
Philippinen (NPA)	A-2	1970
Sri Lanka	B-2	2005
Thailand (Südthailand)	B-2	2004
<i>Vorderer und Mittlerer Orient</i>		
Afghanistan (Mujahedin/Warlords)	E-1	1978
Afghanistan (Taliban)	AE-1	2001
Algerien	A-2	1992
Irak	AE-1	1998
Israel (Palästina)	B-2	2000
Jemen	A-2	2004
Libanon	E-2	2007
Palästina	AE-2	2007
Russland (Tschetschenien)	B-2	1999
Türkei (Kurdistan)	B-2	2004
<i>Afrika</i>		
Kongo-Kinshasa (Ostkongo)	A-1	2005
Somalia	A-1	1988
Sudan (Darfur)	B-2	2003
Tschad	A-1	2006
Zentralafrikanische Republik	A-1	2006
<i>Lateinamerika</i>		
Kolumbien (FARC)	A-2	1964

Südasiens – Indien, Sri Lanka und Pakistan

Südasiens blieb die Subregion mit den meisten Kriegen. Fünf der zwölf Kriege in Asien fanden allein in *Indien* statt. Der nicht zuletzt wegen seiner Verbindung zum indisch-pakistanischen Konflikt bekannteste unter diesen ist der 1990 begonnene Kaschmirkrieg. Mittlerweile wird das Kriegsgeschehen von Gruppen wie der *Laschkar i-Toiba*, der *Jaisch i-Muhammad* und der *Harkat ul-Mujahedin* dominiert, deren Mitglieder im Wesentlichen nicht mehr aus Kaschmir selbst stammen, sondern sich zu einem nicht geringen Teil aus ausländischen Kämpfern zusammensetzen. Diese hatten ihre Kampferfahrungen häufig in Afghanistan gesammelt und waren dort oder in Pakistan ausgebildet worden. Auch konnten sie lange auf die Unterstützung der pakistanischen Regierung bauen. Daher führte unter anderem die erst vor wenigen Jahren begonnene Annäherung zwischen den Regierungen Indiens und Pakistans zu einer sukzessiven Verringerung der Intensität des Krieges, die sich auch 2007 fortsetzte. Gleichwohl zählt der Krieg in Kaschmir immer noch zu den brisantesten in Indien.

Neben dem Kaschmirkrieg im Nordwesten Indiens wurden noch drei Kriege im Nordosten des Landes ebenfalls um Sezession oder eine größere Autonomie bestimmter Gebiete geführt. In diesen Konflikten sahen sich Teile der jeweils einheimischen Bevölkerung gegenüber bengalischen Zuwanderern aus anderen Teilen Indiens benachteiligt. Im Unionsstaat Assam starben im Berichtsjahr über 426 Menschen infolge von Kampfhandlungen oder Anschlägen. Die meisten dieser Todesopfer waren dabei dem 1990 begonnenen Krieg der *United Liberation Front of Assam* (ULFA) für die Unabhängigkeit Assams von Indien zuzuschreiben. Damit ist die Zahl der Opfer in Assam erstmals seit Jahren wieder angestiegen. Der zweite noch andauernde Krieg im Nordosten Indiens wurde seit 1999 im Unionsstaat Tripura ausgetragen. Hier kämpften mit der *All-Tripura Tiger Force* (ATTF) und zwei Fraktionen der *National Liberation Front of Tripura* (NLFT) drei Rebellengruppen für eine größere Autonomie. Der 2004 ausgehandelte Waffenstillstand zwischen Indien und einer der beiden NLFT-Fraktionen wurde auch 2007 eingehalten. Anders als in Assam hielt der Trend zu einem Rückgang der Gewalt in Tripura an. Bei einem weiteren Absinken, stellt sich die Frage, ob die Auseinandersetzungen in Tripura weiterhin als Krieg oder nur noch als bewaffneter Konflikt einzustufen sind. Der dritte Krieg im Nordosten Indiens fand im Unionsstaat Manipur statt und überschritt 2005 erstmals die Kriegsschwelle. Manipur ist schon länger Schauplatz bewaffneter Auseinandersetzungen. Aber erst in den letzten Jahren traten die Kämpfe von insgesamt mindestens vier Rebellengruppen für die Unabhängigkeit eindeutig in den Vordergrund. Zuvor waren die Auseinandersetzungen häufig denen aus benachbarten Unionsstaaten zuzuordnen beziehungsweise fanden eher zwischen den verschiedenen Rebellengruppen statt und weniger gegen die staatlichen Sicherheitskräfte.

Ebenfalls in Indien kämpften die sogenannten *Naxaliten*. Anders als bei den um Autonomie oder Unabhängigkeit kämpfenden Gruppen in Kaschmir, Assam, Tripura und Manipur stand hier die Forderung nach gesellschaftlichen Veränderungen im Vordergrund. Unter der Bezeichnung *Naxaliten* werden verschiedene Gruppierungen mit maoistischer Orientierung zusammengefasst, die in mehreren östlichen aber auch zentralen Unionsstaaten Indiens operierten und sich erst 2004 zur *Communist Party of India – Maoist* (CPI-Maoist) zusammengeschlossen haben. Den Hintergrund des 1997 begonnenen Aufstands bildet die in dieser Region Indiens besonders ausgeprägte soziale Ungleichheit zwischen Großgrundbesitzern auf der einen und Landproletariat sowie Kleinbauern auf der anderen Seite. Wie bereits im Vorjahr wurden die Kämpfe schwerpunktmäßig auch 2007 im Unionsstaat Chhattisgarh ausgetragen. Trotz der früheren Zusammenarbeit mit maoistischen Rebellen im Nachbarland Nepal hatte der dortige Friedensschluss bislang keine positiven Auswirkungen auf den *Naxaliten*-Konflikt in Indien.

Mit einem Abkommen im Jahr 2002 wurde auf *Sri Lanka* der Sezessionskrieg mit den *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) beendet. Der Friedensprozess geriet allerdings bereits wenig später ins Stocken. Zwar überstand er zunächst noch kleinere Waffenstillstandsverletzungen. Die nur mäßigen Fortschritte führten jedoch auf Seiten der Rebellen zu Spaltungen, die sich seit 2004 in offenen Kämpfen äußerten. Auseinandersetzungen zwischen LTTE und Regierung ereigneten sich in dieser Zeit eher sporadisch. Anfang Dezember 2005 eskalierte diese Gewalt jedoch zu einem neuen Krieg, dessen Ende nicht abzusehen ist, da insbesondere die staatliche Seite alles daran setzt, einen militärischen Sieg zu erreichen.

Ebenfalls im Dezember 2005 eskalierte in der *pakistanischen* Provinz Belutschistan ein Konflikt zwischen der *Balochistan Liberation Army* (BLA) und Regierungstruppen zum Krieg. Die Rebellen kämpften dabei für ein größeres Maß an Autonomie ihrer Provinz, die 44 Prozent der Fläche Pakistans ausmacht. Einen Höhepunkt erreichten die Kämpfe im Anschluss an die Tötung des Rebellenführers Nawab Akbar Khan Bugti, der zugleich einer der bekanntesten Politiker und Stammesführer in Belutschistan gewesen war, im Zuge einer Offensive der Armee im August 2006. Im ersten Halbjahr 2007 schwächten sich die Kämpfe zunächst etwas ab und die Regierung machte Verhandlungsangebote an die Rebellen. Aber gegen Ende des Jahres wurden die Kampfhandlungen erneut intensiviert.

Zum Krieg eskaliert sind 2007 die Auseinandersetzungen in den Grenzregionen *Pakistans* zu Afghanistan. Obwohl bereits seit dem Frühjahr 2004 Kampfhandlungen zwischen *Taliban* und dem pakistanischen Militär im Norden Pakistans stattfanden, erreichte der Konflikt im Berichtsjahr eine neue Stufe der Eskalation. Anders als in Afghanistan handelt es sich bei den *Taliban* in Pakistan um dezentral organisierte Gruppen, die auch untereinander in Konkurrenz stehen. Hauptoperationsgebiet der *Taliban* waren zunächst

die sogenannten Federally Administered Tribal Areas, in denen paschtunische Stämme eine weitgehende Autonomie vom pakistanischen Staat genossen. Ausgehend von den Stammesgebieten Nord- und Südwasiristans weiteten die *Taliban* ihren Einfluss nach und nach auch auf die North West Frontier Province und Belutschistan aus.

Südostasien – Myanmar, Thailand, und Philippinen

Die bewaffneten Auseinandersetzungen in *Myanmar*, dem früheren Birma, begannen bereits 1948. Diverse Rebellenbewegungen ethnischer Gruppen kämpften für die Unabhängigkeit. Eine der Hauptgruppen dieses Krieges war von Anfang an die *Karen National Union* (KNU). Der Krieg ging 1999 aufgrund eines Rückgangs der Kampfhandlungen zu einem „bewaffneten Konflikt“ über. Nach einer Offensive der Armee gegen die KNU erreichte die Kontinuität der Kämpfe 2003 ein Ausmaß, sodass das entsprechende Kriterium der Kriegsdefinition (vgl. Seite 10) wieder erfüllt war. Nachdem 2004 ein Machtkampf innerhalb der Regierung zugunsten der Hardliner entschieden wurde, fanden die kurz zuvor begonnenen Verhandlungen zwischen Regierung und KNU ein Ende. Neben den Kämpfen mit der KNU dauerten im Berichtsjahr auch die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Rebellen der *Shan State Army (South)* (SSA-S) und Regierungstruppen an. Myanmar erregte 2007 vor allem durch einen Aufstand buddhistischer Mönche im September internationale Aufmerksamkeit. Dieser stand allerdings nicht in Verbindung zu dem Krieg der separatistischen Rebellen.

Im Süden *Thailands* fanden seit 2004 Gewalttaten mit einem separatistischen Hintergrund statt. Bis zum Putsch gegen Premierminister Thaksin Shinawatra im September 2006 waren Verhandlungen mit den Rebellen von Regierungsseite nicht erwünscht. Die neue Militärregierung zeigte dagegen Bemühungen, den Konflikt im Süden des Landes zu entschärfen. Allerdings besteht nach wie vor Unklarheit darüber, wer für die Gewaltaktionen verantwortlich ist. Ohne diese Zuordnung oder das klare Bekenntnis einer Rebellengruppe stand der Regierung kein Ansprechpartner für eventuelle Verhandlungen zur Verfügung.

Auf den *Philippinen* wurden weiterhin zwei Kriege geführt. Im ersten der beiden kämpfte die *New People's Army* (NPA), der bewaffnete Arm der *Communist Party of the Philippines* (CPP) seit 1970 gegen die Regierung. Der Konflikt hatte sich Mitte der 1990er Jahre abgeschwächt und es war zu einer Reihe von Verhandlungsgesprächen gekommen, die allerdings 1998 erfolglos abgebrochen worden waren. Nachdem die Verhandlungen 2004 wieder aufgenommen wurden, machte deren Abbruch im Jahr 2005 alle Hoffnungen auf ein Ende des Krieges wieder zunichte. Auch 2007 wurden keine Gespräche mehr geführt und der Krieg unvermindert fortgesetzt.

Ungefähr zeitgleich mit dem Antiregimekrieg der NPA begann 1970 mit einem Aufstand für mehr Autonomierechte beziehungsweise eine Sezession

auf der Insel Mindanao ein zweiter Krieg auf den *Philippinen*. Dabei kämpften in den letzten Jahren vor allem zwei Gruppen gegen die philippinische Zentralregierung. Die größere war die *Moro Islamic Liberation Front* (MILF), während die *Abu Sayyaf Group* (ASG) besonders seit Entführungen von Touristen im Jahr 2000 einen höheren Bekanntheitsgrad genoss, militärisch aber weniger bedeutend war. Zwar wurden 2007 wieder kurzzeitig Friedensgespräche geführt, die jedoch abermals erfolglos abgebrochen wurden. Als größtes Hindernis auf Rebellenseite stellte sich dabei einmal mehr das widersprüchliche Verhältnis der MILF zur ASG sowie die fragliche Kontrolle der MILF-Kämpfer durch ihre Führung dar.

Vorderer und Mittlerer Orient

Die Zahl Kriege im Vorderen und Mittleren Orient einschließlich Nordafrika ist 2007 gegenüber dem Vorjahr um einen gestiegen. Beendet wurde der Krieg zwischen der libanesischen Miliz *hizb-allah* und Israel. Dafür ist im Libanon ein neuer Krieg eskaliert. Hinzu kam noch der Krieg in Palästina.

Nordafrika – Algerien

Die weitere Entwicklung hinsichtlich des Kriegsgeschehens in *Algerien* lässt sich – wie schon in den vergangenen Jahren – nur schwierig beurteilen. Zwar erreichte die Gewalt islamistischer Organisationen nicht mehr das Ausmaß der Jahre 1992 bis 1998 und von den ursprünglich mehreren militanten Gruppen war zuletzt nur noch die *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat* (GSPC) aktiv. Jedoch zeichnet sich bislang auch noch kein Ende des Krieges ab. Im Januar 2007 benannte sich die GSPC in *Al-Qaïda au Maghreb Islamique* (AQMI) um und verdeutlichte damit ihre Integration in das Netzwerk von *Al-Qaïda*. Zugleich stieg die Zahl der Anschläge in Algerien 2007 wieder an und es wurden vermehrt auch Selbstmordattentate verübt.

Westasien I – Irak und Türkei

Auch 2007 konnte der Krieg im *Irak* nicht beendet werden. Seit dem Ende der sogenannten Hauptkampffphase im Mai 2003 wurde der Krieg im Wesentlichen mit einer großen Zahl von Anschlägen durch und Militäroperationen gegen verschiedene Aufstandsgruppen fortgeführt. Seit dem Zweiten Golfkrieg von 1991 versuchten verschiedene US-amerikanische Regierungen, das Regime Saddam Husseins zu destabilisieren oder zu stürzen. Im Dezember 1998 begannen die USA mit Unterstützung Großbritanniens einen neuen Krieg gegen den Irak und flogen in den folgenden Jahren regelmäßige Angriffe mit unterschiedlicher Intensität gegen irakische Luftabwehr- und Radareinrichtungen. Im März 2003 begannen trotz weltweiter Proteste Angriffe mit

Bodentruppen, die nach wenigen Wochen zum Sturz des Regimes von Saddam Hussein führten. Anschließend standen die USA, Großbritannien und einige weitere Verbündete als Besatzungsmächte im Irak. Der Besatzungsstatus wurde Ende Juni 2004 mit der Einsetzung einer irakischen Übergangsregierung offiziell beendet. Trotzdem blieben die ausländischen Truppen im Land. 2007 konnten diese durch die Einbindung arabisch-sunnitischer Stammesführer gewisse Erfolge verbuchen. Dafür verschlechterte sich allerdings die Sicherheitslage in anderen Landesteilen, insbesondere in der nordirakischen Kurdenregion, sodass hinsichtlich der Zahl der jährlichen Todesopfer ein neuer Höchststand seit Beginn des Krieges erreicht wurde.

Die *Partiya Karkeren Kurdistan* (PKK) hatte 1983 einen bewaffneten Kampf zunächst für einen unabhängigen Kurdenstaat und später für mehr Autonomie der Kurden innerhalb der Türkei aufgenommen. Nach Misserfolgen und der Verhaftung ihres Anführers Abdullah Öcalan verkündete die PKK 1999 einen Waffenstillstand, die letzten militärischen Auseinandersetzungen fanden im Oktober 2001 statt. In den Jahren danach brachte die türkische Regierung auch im Hinblick auf eine angestrebte EU-Mitgliedschaft eine Reihe von Reformen bezüglich der kurdischen Minderheit auf den Weg. Auch die PKK schien zu Änderungen bereit. 2004 gewannen aber offensichtlich Hardliner in der Gruppierung die Oberhand und erklärten den Waffenstillstand zum 1. Juni für beendet. Im Berichtsjahr erwies sich der Kurdenkonflikt einmal mehr als Kristallisationspunkt der Spannungen zwischen türkischen Militär und nationalistischer Opposition auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite. Dermaßen unter Druck stehend entschied sich die Regierung seit Ende Oktober zu mehreren Militäroperationen gegen Lager der PKK im Norden des Irak.

Westasien II – Israel, Palästina und Libanon

In *Palästina* sind 2007 die im Vorjahr nach dem Sieg der *Hamas* bei der Parlamentswahl zutage getretenen Gegensätze mit der *Fatah* zum offenen Krieg eskaliert. Auch die Bildung einer Einheitsregierung nach saudischer Vermittlung konnte die Eskalation nicht verhindern. Die Unstimmigkeiten innerhalb dieser Einheitsregierung führten im Juni dazu, dass sich die *Hamas* im Gazastreifen innerhalb weniger Tage gegen die *Fatah* durchsetzte und dort die alleinige Macht übernahm. Als Reaktion löste Abbas die Einheitsregierung auf und setzte eine Notstandsregierung ein, die die Kontrolle über die von Israel geräumten Teile des Westjordanlands hält. Damit gibt es seit Juni 2007 de facto zwei palästinensische Regierungen in zwei palästinensischen Gebieten.

Die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen überlagerten auch die traditionell große Aufmerksamkeit für das Konfliktgeschehen in und um die von *Israel* seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete. Zuletzt hat dieser Konflikt seit 2000 kriegserische Ausmaße angenommen. Eine durch die US-

Regierung mit großen Aufwand einberufene Nahost-Konferenz im November 2007 konnte bestenfalls einen Rahmen für zukünftige Gespräche abstecken. Neben den nach wie vor ungelösten Fragen um den Status von Jerusalem und die palästinensischen Flüchtlinge erschwerte die palästinensische Spaltung solche Verhandlungen noch zusätzlich. Vor allem die Ausgrenzung der *Hamas* von allen bisherigen Friedensgesprächen lässt eine Akzeptanz und Durchsetzbarkeit eventueller Ergebnisse auf palästinensischer Seite eher unwahrscheinlich erscheinen.

Der *Libanon* kam auch 2007 nicht zur Ruhe. Überraschend eskalierte im Norden des Landes in der Nähe der Stadt Tripoli ein neuer, lokal und zeitlich begrenzter Krieg. Im Zentrum der Auseinandersetzung stand dabei das palästinensische Flüchtlingslager Nahr al-Bared. Dort hatte sich die islamistische Gruppe *Fatah al-Islam* im Anschluss an eine Razzia gegen einige ihrer Mitglieder verschanzt. Die Armee umstellte daraufhin am 20. Mai Flüchtlingslager, nahm die Stellungen der Milizionäre zunächst unter Beschuss und drang sukzessive in das Lager vor. Die Kämpfe in den Häusern und engen Gassen dauerten bis zum 2. September an, bevor die Armee das Lager vollständig unter ihre Kontrolle brachte. Die meisten Kämpfer der *Fatah al-Islam* wurden getötet und fast ebenso viele verhaftet. Obwohl einige Mitglieder der Gruppe entkommen konnten, darunter auch ihr Anführer und sein Stellvertreter, erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass sich die *Fatah al-Islam* reorganisieren und damit die Kämpfe neu aufnehmen kann.

Westasien III – Jemen

Im *Jemen* setzte sich der 2004 begonnene Krieg fort. Zunächst schienen die Rebellen der *Al-Shabab al-Mou'min* nach drei Monaten Ende September 2004 bereits geschlagen, zumal auch ihr Anführer, Hussein al-Huthi, während der Kämpfe getötet worden war. Jedoch eskalierte der Konflikt im März und April 2005 erneut und dauerte seitdem an. Im Jahr 2007 wurden vor allem in der ersten Jahreshälfte intensive Kampfhandlungen berichtet, nachdem die Armee vergeblich versucht hatte, durch eine groß angelegte Militäroperation ein Ende der Rebellion zu erzwingen.

Kaukasus – Tschetschenien

Im Verlauf des 1999 begonnenen Zweiten Tschetschenienkrieges war es *Russland* bereits früh gelungen, größere Verbände der separatistischen Rebellen zu zerschlagen. Aber eine schnelle militärische Entscheidung in der gebirgigen Grenzregion zu Georgien, in die sich ein Großteil der Kämpfer zurückgezogen hatte, wurde nicht erreicht. Die Rebellen kontrollierten weiterhin diese Bergregionen Tschetscheniens. Umgekehrt bemüht sich Russland bereits seit einigen Jahren um einen Anschein von Normalität und Ende des Krieges. Die Rebellen bemühten sich 2007 weiterhin um eine geografische Ausweitung des Konfliktes und um die Einbeziehung von islamisti-

schen Kämpfern aus den Nachbarregionen Tschetscheniens innerhalb der Russischen Föderation. Sie verdeutlichten dies insbesondere durch die Ausrufung des „Kaukasischen Emirates“ Ende Oktober.

Zentralasien – Afghanistan

Auch im Jahr 2007 wurden zwei Kriege auf dem Territorium *Afghanistans* ausgetragen. Der derzeit brisantere dieser Kriege begann vier Wochen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und wurde seitdem im Wesentlichen von den *Coalition Forces Command – Afghanistan* (CFC-A) unter Führung der *USA* gegen *Al-Qaida* und die diese unterstützenden *Taliban* geführt. Nicht nur wurden bislang weder Osama bin Laden noch der *Taliban*-Führer Mullah Mohammed Omar gefasst. Darüber hinaus gelang es *Al-Qaida* und insbesondere den *Taliban* sich seit 2003 zu reorganisieren. Seitdem stiegen Zahl und Intensität der militärischen Auseinandersetzungen fast kontinuierlich an, sodass die *Taliban* wieder zu einer ernst zu nehmenden Kraft innerhalb Afghanistans geworden sind.

Der zweite Krieg in Afghanistan begann bereits 1978 und hat seither verschiedene Phasen durchlaufen. Drei Jahre nach dem Abzug der sowjetischen Truppen gelang es den *Mujahedin* 1992 die verbliebene kommunistische Regierung in Kabul militärisch zu stürzen. Die blutigste Phase des Krieges, in der sich die ehemals verbündeten *Mujahedin* gegenseitig bekämpften, wurde erst 1995 durch den Siegeszug der *Taliban* beendet, die seitdem der *Nordallianz* gegenüberstanden. Mit dem „Antiterrorkrieg“ griffen die *USA* 2001 direkt in Afghanistan ein und das *Taliban*-Regime wurde gestürzt. Unter internationaler Vermittlung wurde eine Übereinkunft bezüglich einer neuen Regierung Afghanistans herbeigeführt, zu deren Unterstützung eine multinationale Eingreiftruppe, die *International Security Assistance Force* (ISAF) gebildet wurde. Ende 2005 ging der Übergangsprozess mit der Konstituierung eines gewählten Parlaments formal zu Ende. Auch waren seit 2005 keine größeren Kampfhandlungen der mächtigen Milizenführer gegen die Regierung oder auch untereinander zu verzeichnen. Doch bestehen weiterhin noch einige Unwägbarkeiten, bevor wirklich von einem Ende des Krieges gesprochen werden kann. Zwar haben sich die bedeutenden *Warlords* zurzeit augenscheinlich mit dem Regime arrangiert und ihre offiziellen Milizen wurden demobilisiert. Aber es gibt noch eine große Zahl irregulärer Kämpfer, die ihre Waffen nicht abgegeben haben und deren Beziehungen zu den *Warlords* unklar sind. Auch das Wiedererstarken der *Taliban* könnte dazu führen, dass die Aktivitäten der *Warlords* in Zukunft wieder zunehmen. Auseinandersetzungen zwischen kriminellen Banden, ethnischen und Clanmilizen verdeutlichten die instabile Sicherheitslage auch im Berichtsjahr.

Afrika südlich der Sahara

Die Zahl der Kriege in Afrika ging 2007 um zwei auf nunmehr fünf zurück. Beendet wurden die Kriege in Burundi und Uganda; neue Kriege sind nicht eskaliert.

Ostafrika – Somalia und Sudan

Im 1988 begonnenen Krieg in *Somalia* hatten die Rebellen ihr ursprüngliches Ziel, den Sturz des Regimes von Siad Barre, bereits 1991 erreicht. Anschließend setzte eine extreme Fragmentierung der kriegführenden Gruppierungen ein, sodass Somalia zum Musterbeispiel für einen zerfallenen Staat wurde. Ab Oktober 2002 in Kenia stattfindende Verhandlungen fanden 2004 mit der Einigung auf einen neuen Präsidenten einen vorläufigen Abschluss. Trotz breiter internationaler Anerkennung und der formalen Einbindung der bedeutendsten Warlords erwies sich die *Transitional Federal Government* (TFG) allerdings zunächst nicht als durchsetzungsfähig. Stattdessen erlangte in der ersten Hälfte des Jahres 2006 der *Supreme Islamic Courts Council* (SICC) als Zusammenschluss von Milizen der islamischen Gerichte, die in den Jahren zuvor auf regionaler Ebene ein Mindestmaß an Rechtssicherheit hergestellt hatten, eine dominante Stellung. Diese währte allerdings nur ein halbes Jahr und im Dezember gelang es der TFG mit massiver äthiopischer Unterstützung die islamischen Milizen aus allen wichtigen Orten und Stellungen zu vertreiben. Das Jahr 2007 stand dann ganz im Zeichen des Widerstands der SICC und anderer Gruppen gegen die TFG und die sie stützenden äthiopischen Truppen.

Der Krieg im *Sudan* um die Region Darfur im Westen des Landes dürfte trotz nachlassender Intensität auch 2007 zu denen mit den meisten Todesopfern gehört haben. Insgesamt starben seit Beginn dieses Krieges vor allem aufgrund seiner indirekten Auswirkungen 200.000 bis 400.000 Menschen und 2,5 Millionen wurden zur Flucht gezwungen. Einer der auslösenden Faktoren für diesen Krieg war paradoxerweise das Ende eines anderen Krieges im Sudan. Seit 1983 hatte die *Sudan's People Liberation Army* (SPLA) für die Unabhängigkeit des Südsudan gekämpft. Seit Ende 2002 schwiegen in diesem Konflikt die Waffen, auch wenn die Verhandlungen erst 2005 abgeschlossen wurden. Die sich abzeichnende Machtteilung zwischen der Regierung im Norden und den SPLA-Rebellen im Süden des Landes rief zunächst die *Sudan Liberation Army* (SLA) auf den Plan, die offensichtlich fürchtete, andere Regionen würden bei dieser Machtteilung außen vor gelassen. Anfangserfolge der SLA führten zu einer massiven Reaktion der Armee. Darüber hinaus rüstete die Regierung als *Dschandschawid* bekannt gewordene Milizen für den Kampf gegen die Rebellen aus. Dadurch wurden in der Darfur-Region bestehende Konfliktlinien noch vertieft, was dazu führte, dass der neue Krieg im Sudan mit Massentötungen und -vertreibungen einherging.

Auf Rebellenseite bildete sich mit der *Justice and Equality Movement* (JEM) eine zweite, konkurrierende Rebellengruppe und auch die SLA zerfiel in mindestens zwei Flügel. Verhandlungen führten zwar im Mai 2006 zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages, des sogenannten Darfur Peace Agreements. Jedoch wurde dieser nur von einem Flügel der SLA unterzeichnet und blieb so ohne nennenswerte Auswirkungen auf den Krieg. Die internationale Beschäftigung mit dem Krieg in Darfur drehte sich 2007 vor allem um die Ausweitung der bestehenden Mission der Afrikanischen Union (AU) zu einer gemeinsamen mit den UN und die Ausweitung des Mandates für diese neue Mission.

Zentralafrika I – Tschad und Zentralafrikanische Republik

im Jahr 2006 eskalierte im *Tschad* ein Krieg, der in engem Zusammenhang mit den Ereignissen in Darfur stand. Die tschadische Regierung unter Präsident Déby hatte sich nach anfänglichem Zögern zur Unterstützung der Rebellen im Sudan entschlossen, die sich einem großen Teil aus Zaghawa, derselben ethnischen Gruppe, der auch Déby angehört, rekrutieren. Im Gegenzug unterstützte der Sudan nacheinander zwei Rebellengruppen im Tschad. Dies war in der ersten Jahreshälfte die *Front Uni pour le Changement Démocratique* (FUC), der es im April gelang bis zur Hauptstadt N'Djamena vorzurücken. Sie wurde jedoch dort mit französischer Hilfe durch die Regierungsarmee zurückgeschlagen und verlor anschließend an Bedeutung. Stattdessen konzentrierte die sudanesishe Regierung ihre Unterstützung in der Folge auf die *Union des Forces pour la Démocratie et le Développement* (UFDD). Deren Erfolge waren zwar weniger spektakulär als die der FUC, dafür war ihre Fähigkeit zur Kriegführung jedoch von größerer Dauer. Unabhängig von FUC und UFDD hatte sich noch eine dritte Rebellengruppe gebildet: die *Rassemblement des Forces pour le Changement* (RFC). Diese rekrutierte sich aus tschadischen Zaghawa und hat ihren Entstehungshintergrund in der anfangs zögerlichen Haltung von Präsident Déby im Darfur-Krieg. Diese hatte zu einer Spaltung innerhalb der tschadischen Machtelite geführt, mit der Folge, dass der RFC vor allem auch ehemalige Offiziere und Soldaten der Armee angehören, sodass die Rebellen über einiges an militärischer Erfahrung verfügen. Die Kampfhandlungen intensivierten sich 2007 generell und nahmen gegen Ende des Jahres im Hinblick auf die geplante Stationierung einer von den Rebellen abgelehnten EU-Truppe nochmals zu.

Ebenfalls 2006 eskaliert ist ein Krieg in der *Zentralafrikanischen Republik*. Anders als im Fall des Tschad war die Verbindung zum Darfur-Krieg weniger direkt, sondern für die beiden Rebellengruppen *Armée Populaire pour la Restauration de la République et la Démocratie* (APRD) und *Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement* (UFDR) spielte die Instabilität in der Grenzregion zum Sudan und zum Tschad eine große Rolle. Noch 2005 sprach die Regierung angesichts der zunehmenden Gewalt im

Norden des Landes von „Banditen“ und in der Tat traten die Rebellen erst 2006 namentlich in Erscheinung. Eine zweite Parallele zum Krieg im Tschad bestand darin, dass auch die Zentralafrikanische Republik die Rebellen mit französischer Unterstützung zurückschlagen konnten. So wurden die Aufständischen aus allen von ihnen eroberten Städten wieder vertrieben. Im Jahr 2007 standen die Zeichen für eine Entspannung des Konflikts relativ günstig, da die Regierung ihre militärische Überlegenheit für Verhandlungsangebote an die Rebellen nutzte.

Zentralafrika II – Demokratische Republik Kongo

Der 2007 andauernde Krieg im Osten der *Demokratischen Republik Kongo* stellt den bislang letzten in einer Reihe von Kriegen dar, die dort seit Mitte der 1990er Jahre geführt wurden. Zunächst formierten sich 2005 zwei Rebellengruppierungen gegen den Versuch der Regierung in Kinshasa, die Kontrolle über den Osten des Landes zu erlangen. Zum einen schlossen sich in der Provinz Ituri ethnische Milizen, die sich zuvor erbittert bekämpft hatten, angesichts des neuen gemeinsamen Feindes in Gestalt der Regierungstruppen zusammen. Zum anderen rebellierten in den Provinzen Nord- und Südkivu unter der Führung von General Laurent Nkunda Teile einer früheren Rebellbewegung, die nominell in die nationalen Streitkräfte integriert worden waren. Diese Rebellen firmieren mittlerweile unter dem Namen *Congrès National pour la Défense du Peuple* (CNDP) und sind eindeutig der Hauptgegner der Regierungstruppen geworden. In die Kämpfe griffen auf Seiten der Regierung mehrfach auch Blauhelmsoldaten der *Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo* (MONUC) ein, die dadurch ebenfalls zur Kriegspartei wurde.

Lateinamerika

Das Kriegsgeschehen in Lateinamerika wies in den letzten Jahren eine große Konstanz hinsichtlich Zahl und Ort der Kriege auf. 2006 konnte einer der beiden Kriege in Kolumbien, der mit dem *Ejército de Liberación Nacional* (ELN), beendet werden, sodass in Lateinamerika 2007 nur noch ein Krieg ausgetragen wurde.

Dieser mittlerweile einzige Krieg in Lateinamerika hatte 1964 zwischen den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) und Kolumbien begonnen. Die FARC hatten dabei nicht nur die kolumbianischen Sicherheitskräfte als Gegner, sondern vor allem auch gegen paramilitärische Verbände der *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC). Nachdem seit den 1980er Jahren mehrfach erfolglos Verhandlungen über ein Ende des Krieges geführt worden waren, eskalierte der Konflikt seit 2002. In der Regel reagier-

te die Guerillagruppe auf Offensiven der Streitkräfte mit Attentaten, Anschlägen und Entführungen. Obwohl das kolumbianische Militär die AUC in der Vergangenheit mehr oder weniger offen unterstützt hatte, richtete sich ein Verhandlungsangebot der Regierung unterschiedslos an die FARC, die kleinere Guerillagruppe ELN und die paramilitärischen Milizen der AUC. Während die Gespräche mit dem ELN im Oktober 2006 zur Aufnahme von Friedensverhandlungen mit der Regierung führten, brachen die FARC den Verhandlungsprozess zur gleichen Zeit ab, sodass der Krieg zwischen der FARC einerseits und kolumbianischen Sicherheitskräften sowie paramilitärischen Milizen andererseits 2007 mit hoher Intensität fortgeführt wurde.

Bewaffnete Konflikte

Neben den 28 bewaffneten Auseinandersetzungen, die 2007 gemäß Definition (siehe Seite 10) von der AKUF als Krieg eingestuft wurden, finden sich in diesem Buch auch Berichte über 14 Konflikte, die diese Definition nicht ganz erfüllten. Dabei handelte es sich in zwölf Fällen um Konflikte, die zuvor als Krieg ausgetragen wurden und in denen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen im Wesentlichen gleichen Akteuren mit geringerer Kontinuität weitergeführt wurden. In sieben von diesen Konflikten wurden die bewaffneten Auseinandersetzungen eine Zeit lang unterbrochen, bevor sie mit einer ähnlichen Konfliktkonstellation wieder aufgenommen wurden. Ein Konflikt wurde mit Beteiligung des betreffenden Staates geführt, ohne dass diesen Kämpfen ein Krieg vorausgegangen ist. Der verbleibende bewaffnete Konflikt wurde zwischen organisierten Gruppen ausgetragen, ohne dass ein staatlicher Akteur wesentlich an diesen Kämpfen beteiligt war.

Die Zahl der bewaffneten Konflikte ist mit 14 gegenüber dem Vorjahr um einen zurückgegangen.⁵ 2007 wurden zwei frühere Kriege, nämlich der in *Burundi* und der zwischen dem kolumbianischen Staat und dem *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) nur noch als bewaffnete Konflikte eingestuft. Umgekehrt eskalierte 2007 kein bewaffneter Konflikt zum Krieg. Neu in der Liste der bewaffneten Konflikte zu finden sind Auseinandersetzungen in *Äthiopien*, *Mali*, *Niger* und dem *Iran*. Außer bei Niger ist der Beginn als bewaffneter Konflikt allerdings jeweils zurückzudatieren. Dies macht einmal mehr deutlich, dass die Einstufung von gewaltsam ausgetragenen Konflikten, aufgrund jeweils nur aktueller Informationen schwierig sein kann. Beendet wurden insgesamt sieben bewaffnete Konflikte, nämlich in der *angolanischen* Exclave Cabinda, in der *Côte d'Ivoire*, in *Laos*, in *Saudi-Arabien*, in *Brasilien* und auf *Haiti* sowie die Auseinandersetzungen zwischen muslimischen und christlichen Milizen in *Nigeria*.

⁵ Der Rückgang beträgt sogar vier, wenn man berücksichtigt, dass drei der in diesem Jahrbuch erstmals aufgenommenen bewaffnete Konflikte bereits vor 2007 begonnen haben.

Tabelle 2: Bewaffnete Konflikte im Jahr 2007

	<i>Beginn als Krieg</i>	<i>Bewaffneter Konflikt seit</i>
<i>Afrika</i>		
Äthiopien (Ogaden)	-	2006
Burundi	1993	2007
Mali (Tuareg)	-	2006
Niger (Tuareg)	-	2007
Nigeria (Nigerdelta)	-	2003
Senegal (Casamance)	1990	2005
<i>Asien</i>		
Indien (Nagas)	1969	1975
Indonesien (Westpapua)	1963	1993
Osttimor	-	2006
Pakistan (Sunniten/Schiiten)	-	2001
<i>Vorderer und Mittlerer Orient</i>		
Georgien (Abchasien)	-	2006
Georgien (Südossetien)	-	2004
Iran (Kurdistan)	-	2005
<i>Lateinamerika</i>		
Kolumbien (ELN)	1960	2007

Ehemalige Kriege mit direktem Übergang in bewaffnete Konflikte

Der derzeitige bewaffnete Konflikt mit der längsten Geschichte als Krieg fand im Berichtsjahr 2007 in *Indonesien* statt. Der Krieg zwischen der *Organisasi Papua Merdeka* (OPM) und der indonesischen Zentralregierung um die Unabhängigkeit Westpapas dauerte von 1963 bis 1993 und wurde seitdem als bewaffneter Konflikt weitergeführt. Durch ein Autonomiegesetz im Jahr 2002 geweckte Hoffnungen wurden ein Jahr später wieder gedämpft. Mittlerweile scheint sich aber ein Ende der seit Jahren nur mit äußerst geringer Intensität geführten bewaffneten Auseinandersetzungen anzudeuten. 2007 waren in dieser Hinsicht nur noch zwei Militäroperationen der indonesischen Streitkräfte im Hochland Westpapas zu beobachten.

Auch die Auseinandersetzungen in *Indien* zwischen verschiedenen Gruppierungen der *Nagas* und staatlichen Sicherheitskräften dauerten bereits lange an. Im Gegensatz zu den Kämpfen in Westpapua eskalierten sie mehrfach zeitweise zum Krieg, nämlich von 1954 bis 1964 und erneut von 1969

bis 1975. Ein Haupthindernis für eine Lösung des Konflikts stellt die Spaltung der Rebellengruppe *National Socialist Council of Nagaland* (NSCN) in zwei miteinander verfeindete Fraktionen dar. Während die größere Fraktion seit 1997 mit der Regierung verhandelt, besteht mit der kleineren Fraktion seit 2001 offiziell ein Waffenstillstand. Daher machten die Auseinandersetzungen mit staatlichen Sicherheitskräften zuletzt nur noch eine Nebenlinie des Konfliktes aus. Die weitaus meisten bewaffneten Zwischenfälle ereignen sich zwischen den beiden Fraktionen des NSCN. Daher hatte es auch kaum Auswirkungen auf den Konflikt, dass die Regierung 2007 mit der größeren der beiden Rebellenfraktionen erstmals einen zeitlich unbegrenzten Waffenstillstand schloss.

Während die Kriege in Westpapua und Nagaland bereits länger zurückliegen, schwächte sich der Konflikt im *Senegal* um die Abspaltung der *Casamance* erst 2005 ab. In dem 1990 begonnenen Krieg wurden mehrfach Abkommen zu seiner Beendigung getroffen, die jedoch allesamt an der Zersplitterung der Rebellen der *Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance* (MFDC) scheiterten. Erst ein im Oktober 2003 unterzeichnetes Abkommen führte zu einem Rückgang der bewaffneten Auseinandersetzungen und der offizielle Friedensschluss vom 31. Dezember 2004 markiert das Ende des Krieges. Allerdings hielten sich wieder nicht alle Teile der MFDC an den Friedensschluss. Die wesentlichen Kämpfe im Jahr 2007 fanden nicht mehr zwischen der MFDC und Regierungstruppen statt, sondern zwischen den Flügeln, die das Friedensabkommen unterzeichnet haben und denen, die dieses ablehnen.

Erst seit 2007 werden die Kampfhandlungen in *Burundi* nur noch als bewaffneter Konflikt geführt. Der Krieg hatte 1993 im Anschluss an einen Militärputsch begonnen, der einen Versuch zur Demokratisierung des Landes vorläufig beendet hatte. Mit dem Umsturz wollte eine aus Tutsi bestehende Elite die Wahlentscheidung der mehrheitlich aus Hutu bestehenden Bevölkerung außer Kraft setzen. Es folgten jedoch mehr als zehn Jahre dauernde Auseinandersetzungen zwischen den Milizen mehrerer Parteien und der Militärregierung. Ein erstes Friedensabkommen unter internationale Vermittlung wurde im Jahr 2000 geschlossen. Nachdem die darin vereinbarte Machtteilung mehr oder weniger reibungslos funktioniert hatte, gelang es im November 2003 auch die bedeutendste der noch aktiven Rebellenbewegungen, den der *Conseil National pour la Défense de la Démocratie – Force pour la Défense de la Démocratie* (CNDD-FDD) zu einen Friedensabkommen zu bewegen. Einem Ende des Krieges zu diesem Zeitpunkt standen jedoch weitere Rebellengruppen entgegen. Erst ein Abkommen im September 2006 mit den *Forces Nationales de Libération* (FNL) führte dazu, dass die Kampfhandlungen lediglich noch unterhalb die Kriegsschwelle fortgeführt wurden.

Auch im Konflikt zwischen *Kolumbien* und der Rebellenbewegung *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) führte ein laufender Friedensprozess zu

einem Rückgang der Kampfhandlungen, sodass 2007 nur noch von einem bewaffneten Konflikt und nicht mehr von einem Krieg gesprochen werden konnte. Das ELN hatte 1965 in der Tradition Che Guevaras den bewaffneten Kampf in Kolumbien aufgenommen. Verschiedene Friedensprozesse in den 1980er und 1990er Jahren scheiterten. Letztlich zwang das harte militärische Vorgehen unter dem amtierenden Präsidenten Álvaro Uribe Vélez das ELN Ende Oktober 2006 an den Verhandlungstisch. Die Friedensgespräche konnten bislang nicht zu einem erfolgreichen Ende geführt werden, jedoch fanden Kämpfe zwischen dem ELN und Regierungstruppen seither nur noch sporadisch statt.

Erneute Eskalation beendeter Kriege als bewaffnete Konflikte

In *Nigeria* entwickelte sich das Nigerdelta in den letzten Jahren zum Krisengebiet. Bewaffnete Auseinandersetzungen fanden 1999/2000 vor allem zwischen Milizen der Ijaw- und Itsekiri-Volksgruppen statt. Damals war es vor allem seitens der Ijaw-Milizen auch zu Auseinandersetzungen mit nigerianischen Sicherheitskräften gekommen, sodass der Konflikt im Nigerdelta eine Zeit lang als Krieg einzustufen war. Während es in den Jahren 2001 und 2002 relativ ruhig blieb, begannen 2003 erneut Kämpfe zwischen Ijaw- und Itsekiri-Milizen, die aber noch im selben Jahr beigelegt wurden. Nachdem die Zahl der Entführungen westlicher Mitarbeiter von in der Region tätigen Ölkonzernen stark zugenommen, verschärfte sich der Konflikt durch ein offensiveres Vorgehen der Regierung seit Ende 2005. Zugleich bildete sich mit der *Movement for the Emancipation of the Niger Delta* (MEND) eine neue Rebellenengruppe, die für die meisten bewaffneten Zwischenfälle im Berichtsjahr verantwortlich zeichnete. Da gerade im Hinblick auf die zahlreichen Entführungen eine Unterscheidung zwischen Rebellen- und kriminellen Aktivitäten nur schwierig möglich war, entschloss sich die MEND 2007 zu einem Strategiewechsel, der Entführungen als Handlungsoption der Rebellen ausschließen sollte.

In *Georgien* wurden zwei bewaffnete Konflikte ausgetragen – in Abchasien und in Südossetien. Beide Konflikte waren Anfang der 1990er Jahre im Zuge des Auflösungsprozesses der Sowjetunion jeweils für einige Jahre zu Kriegen eskaliert. Während Georgien seine Eigenstaatlichkeit erreichte, strebten die beiden Regionen wiederum die Unabhängigkeit von Georgien beziehungsweise einen Beitritt zur Russischen Föderation an. Gemeinsam ist Abchasien und Südossetien auch, dass Georgien nach Beendigung der jeweiligen Kriege die Kontrolle über die Regionen nicht zurückerlangen konnte und die Waffenstillstände jeweils unter russischer Führung überwacht wurden. Die Situation verschärfte sich wieder seit dem Regierungswechsel von 2003 in Georgien. Im Jahr 2006 wurde abchasische Exilregierung aus der georgischen Hauptstadt Tiflis in einen von Georgien gehaltenen Teil Abchasiens verlegt. Auch in Südossetien bestanden 2007 de facto zwei Regierun-

gen, nachdem die südossetische und die georgische Bevölkerung im Vorjahr getrennte Präsidentschaftswahlen für die Region abgehalten hatten.

Die Konflikt zwischen der *Ogaden National Liberation Front* (ONLF) und der äthiopischen Regierung erhielt im April 2007 internationale Aufmerksamkeit nachdem bei einem Angriff der ONLF auf ein chinesisches Ölförderungsunternehmen in Abole 75 Personen starben und sieben weitere gekidnappt wurden. Der von ethnischen Somalis bewohnte Ogaden war zuvor zweimal – 1963/64 und 1975-1984 – Schauplatz von Kriegen gewesen. In beiden Kriegen hatte Somalia direkt zugunsten der jeweiligen Rebellenbewegungen interveniert. Die aktuelle ONLF wurde 1998 durch die Hardliner einer gleichnamigen Organisation nach deren Spaltung beziehungsweise Auflösung Mitte der 1990er Jahre neugegründet. Seitdem ist es auch immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen. Da die Nachrichtenlage aus Äthiopien – insbesondere aus ehemaligen Aufstandsgebieten wie dem Ogaden – ausgesprochen schlecht ist, ist es schwierig, den Beginn des bewaffneten Konfliktes genau festzulegen. Unterstützt wird die ONLF indirekt durch Waffenlieferungen aus Somalia und Eritrea.

Der bewaffnete Konflikt in *Mali* geriet 2007 im Zuge der Entführung von über 30 Regierungssoldaten durch eine Rebellengruppe der Tuareg, die sich mittlerweile *Mouvement Touareg Nord-Mali pour le Changement* (MTNMC) nennt, auch international in die Schlagzeilen. Begonnen hatten die jüngsten Auseinandersetzungen jedoch weitgehend unbeachtet bereits im Mai 2006. Der Konflikt zwischen Tuareg-Rebellen und Regierungstruppen war in den 1990er Jahren unter der damaligen Militärdiktatur zum Krieg eskaliert, unter anderem im Zuge der Öffnung des Regimes aber beigelegt worden. Seit 1996 galt die Tuareg-Region im Norden Malis als befriedet.

Auch im Nachbarland Niger war Anfang der 1990er Jahre der Konflikt zwischen Tuareg-Rebellen und staatlichen Sicherheitskräften zum Krieg eskaliert und auch dieser konnte Mitte der 1990er Jahre beendet werden. Am 8. Februar 2007 begann durch einen Angriff der *Mouvement des Nigériens pour la Justice* (MNJ) auf einen Armeestützpunkt nahe der nördlichen Stadt Iferouane ein neuer bewaffneter Konflikt. Tuareg-Rebellen attackierten seither in regelmäßigen Abständen Armeeposten und Infrastruktur rund um Uranminen im geographischen Zentrum des Niger.

Im Gegensatz zu den Kurdenkonflikten in den Nachbarländern Türkei und Irak, ist der im *Iran* in den letzten 20 Jahren weitgehend in Vergessenheit geraten. Seit 2005 übernahm die bis dahin unbekannte *Partiya Jiyana Azada Kurdistanê* (PJAK, Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) für eine Reihe von Anschlägen und Guerillaangriffen im iranischen Grenzgebiet zum Irak die Verantwortung. Im August 2007 reagierte der Iran hierauf mit einer kurzzeitigen Militäroperation gegen Lager der PJAK in den Kandil-Bergen auf irakischem Territorium. Dies war neben vereinzelten Berichten das deutlichste Anzeichen für eine Eskalation der bewaffneten Auseinandersetzungen.

Konflikte mit Beteiligung eines staatlichen Akteurs

Im Jahr 2006 war ein Konflikt im erst seit 2002 unabhängigen *Osttimor* zum bewaffneten Konflikt eskaliert. Den Hintergrund bildete der Widerstand gegen die Annexion der zuvor portugiesischen Kolonie durch Indonesien seit 1975. Dieser wurde vor allem im östlichen, schwer zugänglichen Teil des Landes geführt. Nach der Unabhängigkeit waren daher Timoresen aus dem Osten des Landes in den neu gebildeten Streitkräften überrepräsentiert. Dieses Problem wurde sowohl von der politischen als auch der militärischen Führung zunächst ignoriert. Im April 2006 sollten darüber hinaus knapp 600 der 1.500 Soldaten umfassenden Armee entlassen werden. Eine Demonstration von Soldaten in der Hauptstadt Dili am 24. April eskalierte. Zum einen kam es zu Ausschreitungen vor allem durch Jugendliche, die sich der Demonstration angeschlossen hatten, zum anderen reagierten die Sicherheitskräfte ausgesprochen hart und schossen auf die Demonstranten. Die Situation beruhigte sich erst ab dem 8. Juni nach der Ankunft einer internationalen Truppe unter australischer Führung wieder. Seither fanden nur noch vereinzelt Auseinandersetzungen zwischen rebellierenden Soldaten und Sicherheitskräften Osttimors beziehungsweise der internationalen Truppe statt, sodass von einer Beendigung des bewaffneten Konfliktes im Laufe des Jahres 2007 auszugehen ist.

Auseinandersetzungen zwischen nichtstaatlichen Gruppen

In *Pakistan* wurden Auseinandersetzungen zwischen militanten Gruppierungen sunnitischer und schiitischer Muslime ausgetragen, die erstmals im Jahr 2001 als bewaffneter Konflikt eingestuft wurden. Die Gruppen, die sich in diesem Konflikt gegenüber standen, wurden im Laufe des Jahres 2002 zusammen mit anderen islamistischen Organisationen, die im indischen Teil Kaschmirs aktiv waren, verboten. Der Konflikt entschärfte sich daraufhin allerdings nicht. Nachdem bereits 2004 über die bis dahin schwersten sunnitisch-schiitischen Auseinandersetzungen berichtet worden war, nahm die Gewalt seitdem weiter zu. Besonders betroffen war 2007 die Region Kurram im Nordwesten Pakistans.

Weitere Gewaltkonflikte

Auch 2007 wurden wieder Konflikte mit Gewalt ausgetragen, die in diesem Jahrbuch keine gesonderte Erwähnung finden. Diese erreichten allesamt keine kriegesischen Ausmaße. Anspruch der AKUF ist es unter den Begriffen „Krieg“ und „bewaffneter Konflikt“ alle wesentlichen zwischen organisierten Gruppen gewaltsam ausgetragenen Konflikte zu erfassen. Der folgende Überblick über weitere Konflikte erhebt keinen Anspruch auf eine auch nur

annähernd vollständige Darstellung gewaltsamer Auseinandersetzungen, sondern dient lediglich dazu, anhand einiger Beispiele zu verdeutlichen, warum diese nicht unter die entsprechenden Definitionen fallen beziehungsweise auch einige Zweifelsfälle zu benennen.

Wie bereits im Vorjahr so wurden auch 2007 wieder kurzzeitige Kämpfe in Kinshasa, der Hauptstadt der *Demokratischen Republik Kongo* ausgetragen. Auch die beteiligten Akteure waren dieselben. Im Jahr 2006 standen die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern von Präsident Joseph Kabila und dem früheren Rebellenführer Jean-Pierre Bemba 2006 im direkten Zusammenhang mit den Wahlen. Im März 2007 nun ging es darum, dass Bemba sich geweigert hatte, fristgerecht seine private Garde aufzulösen. Beim Versuch der Regierungstruppen, diese zu entwaffnen, fanden am 23. März heftige Kämpfe in Kinshasa statt, bei denen Bembas Kämpfer kurzzeitig das Stadtzentrum übernahmen und über 300 Menschen umkamen. Bemba selbst flüchtete zunächst in die südafrikanische Botschaft und ging später ins portugiesische Exil.

In *Kamerun* übernahm Mitte November 2007 eine bis dahin weitgehend unbekannte Gruppe namens *Liberators of the Southern Cameroon People* die Verantwortung für die Tötung von 21 Regierungssoldaten auf der Halbinsel Bakassi. Diese war 1996 Gegenstand und Schauplatz eines kurzen Krieges zwischen Nigeria und Kamerun gewesen und wurde dabei von Nigeria besetzt. Nach einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes über die Zugehörigkeit der Halbinsel wurde Bakassi 2006 wieder an Kamerun zurückgegeben. Der Name der Rebellengruppen verweist auf den über Bakassi hinausgehenden Konflikt zwischen der englischsprachigen Minderheit im überwiegend französischsprachigen Kamerun. Laut kamerunischen Angaben sollen diejenigen, die die Soldaten getötet haben, nigerianische Uniformen getragen haben.

Das westafrikanische *Guinea* wurde im Januar und Februar 2007 Schauplatz von Unruhen, die von der Regierung jeweils blutig niedergeschlagen wurden. Ab dem 10. Januar legte zunächst ein Generalstreik das stark vom Bergbau abhängige Land lahm. Die Demonstrationen und Proteste wurden von Polizei und Armee am 22. Januar blutig niedergeschlagen. Eine Einigung zwischen Gewerkschaften und Präsidenten auf die Ernennung eines neuen Premierministers unterließ letzterer, indem er einen engen Vertrauten in das Amt berief. Auf die darauf folgenden Proteste reagierte die Regierung abermals mit Gewalt. Die Unruhen forderten insgesamt 50 bis 120 Todesopfer.

Mit Gewalt durch die Regierung niedergeschlagene Massenproteste ereigneten sich 2007 auch in *Myanmar*. Auslöser für die Unruhen war eine drastische Erhöhung der Benzinpreise im August. Ihren Höhepunkt erreichten die Proteste ab der zweiten Septemberhälfte durch die Beteiligung tausender buddhistischer Mönche. Die Armee schlug die Proteste Anfang Oktober gewaltsam nieder. Nach Regierungsangaben wurden dabei etwa ein

Dutzend Menschen getötet, die Opposition sprach dagegen von bis zu 200 Toten. Ein UN-Untersuchungsbericht aus dem Dezember nannte Zahlen von 31 Toten und rund 4.000 Inhaftierten.

AKUF-Kriegstypen

Die AKUF unterscheidet fünf Kriegstypen:

- A = Antiregime-Kriege, in denen um den Sturz der Regierenden oder um die Veränderung oder den Erhalt des politischen Systems oder gar der Gesellschaftsordnung gekämpft wird.
- B = Autonomie- und Sezessionskriege, in denen um größere regionale Autonomie innerhalb des Staatsverbandes oder Sezession vom Staatsverband gekämpft wird.
- C = Zwischenstaatliche Kriege.
- D = Dekolonisationskriege, in denen um die Befreiung von Kolonialherrschaft gekämpft wird.
- E = Sonstige Kriege.

Zusätzlich unterscheidet die AKUF, inwieweit eine dritte Macht direkt und unmittelbar an den Kämpfen teilnimmt. Bloße Waffenlieferungen, finanzielle Hilfen, Militärberatung, logistische Unterstützung und dergleichen werden jedoch nicht als Fremdbeteiligung gewertet:

- 1 = Es handelt sich um einen Krieg mit Fremdbeteiligung.
- 2 = Es handelt sich um einen Krieg ohne Fremdbeteiligung.

Register

Die Kriege und bewaffneten Konflikte des Jahres 2007

Asien

Indien (Assam)

(Krieg)

Beginn: 1990
Kriegstyp: B-2
Beteiligte: ULFA / Indien

Infolge von Anschlägen und bewaffneten Auseinandersetzungen starben 2007 im indischen Bundesstaat Assam 426 Menschen. Neben 266 Zivilisten kamen 19 Sicherheitskräfte und 141 Rebellen ums Leben. Die Mehrheit dieser Todesopfer standen im Zusammenhang mit dem Kampf der *United Liberation Front of Assam* (ULFA) für einen unabhängigen Staat Assam. Entgegen des Trends der Vorjahre ist die Zahl der Todesopfer gewaltsamer Auseinandersetzungen in Assam damit wieder angestiegen. Das Jahr war geprägt von einer Welle der Gewalt seitens der ULFA und intensiven Operationen der Sicherheitskräfte. Weder wurden die 2006 gescheiterten Verhandlungen zwischen der indischen Zentralregierung und der von der ULFA nominierten *People's Consultative Group* (PCG) 2007 wieder aufgenommen noch kam es zu direkten Gesprächen zwischen der ULFA und der Regierung.

Die Hauptursachen des Assamkonfliktes, der bisher mehr als 10.000 Menschenleben gefordert hat, sind zum einen in der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Rückständigkeit der Nordostregion Indiens und zum anderen in dem aus der Kolonialzeit stammenden Gegensatz zwischen den Bevölkerungsgruppen der Assamesen und Bengalen zu finden. Im Gegensatz zu anderen Regionen des Subkontinents konnte die britische Kolonialmacht in Assam nicht auf traditionale Autoritäten und ein funktionierendes Steuersystem zurückgreifen. Stattdessen übernahmen Immigranten aus Bengalen, dem Herrschaftszentrum Britisch-Indiens, führende Positionen in der Kolonialadministration und der Wirtschaft Assams. Nur ein geringer Teil der autochthonen Assamesen konnte sich in die koloniale Gesellschaft integrieren und konkurrierte als assamesischsprachige Mittelschicht mit den bengalischen Einwanderern um soziale und politische Macht. Der daraus resultierende Klassenunterschied wurde als sprachlich-kultureller Gegensatz zwischen Assamesen und Bengalen interpretiert.

Die ungleiche Entwicklung Bengalens und Assams ist darauf zurückzuführen, dass Assam der britischen Kolonialmacht lediglich zur Ressourcenausbeutung diente. Im unabhängigen Indien setzte sich diese Abschöpfung des in Assam produzierten Reichtums an Tee und Erdöl fort. So wurde beispielsweise unzureichend in die infrastrukturelle und industrielle Entwick-

lung der Nordostregion investiert. Die wirtschaftliche Rückständigkeit wurde von der assamesischen Mittelklasse als Unterdrückung und Ausbeutung durch die Bengalen empfunden, da diese in Handel und Gewerbe stark vertreten waren. Die Zuwanderung bengalischer Siedler aus Ostpakistan, dem heutigen Bangladesch, wurde von Studenten der *All Assam Students Union* (AASU) als Bedrohung ihrer Identität wahrgenommen. Die AASU forderte einen Einwanderungsstopp und die Umsiedlung der nach 1951 eingewanderten Bengalen. Seit Ende der 1970er Jahre verstärkten sich die sozialen Spannungen zwischen Assambewegung und den bengalischen Einwanderern und eskalierten 1983 erstmals zu Massakern an der bengalischen Bevölkerung. Der indischen Zentralregierung gelang es 1985, den Konflikt mit dem Versprechen einzudämmen, Teile der bengalischen Siedler zurückzuführen und die über 500 Kilometer lange Grenze zu Bangladesch mit Zäunen abzusperren.

Obwohl die inzwischen in der Partei *Asom Gana Parishad* (AGP) organisierte ehemalige Führung der AASU im Jahr 1985 die Regierungsverantwortung im Unionsstaat Assam übernahm, konnte das sogenannte Assam-Abkommen nicht umgesetzt werden. Da zudem die wirtschaftliche Unterentwicklung und Abhängigkeit Assams bestehen blieben, geriet die AGP-Regierung unter Druck und die separatistischen Forderungen der 1979 gegründeten ULFA fanden immer mehr Anklang. Diese aus der Studentenbewegung hervorgegangene Untergrundorganisation kämpft seither gegen die wirtschaftliche Ausbeutung durch das Zentrum und für einen unabhängigen Staat Assam. Daneben ist es ihr erklärtes Ziel, die etwa 800 Teeplantagen des Staates, die ungefähr 55 Prozent des indischen Teeexports produzieren, in Kooperativen umzuwandeln.

Im Jahr 1990 überschritten die bewaffneten Auseinandersetzungen in Assam die Kriegsschwelle. Das Militär ging gegen die ULFA vor und erzwang im September 1991 einen einseitigen Waffenstillstand. Doch nur ein Teil der ULFA, die *Surrendered ULFA* (SULFA), erklärte die bewaffnete Auseinandersetzung für beendet. Ein kleinerer harter Kern kämpfte weiter gegen staatliche Sicherheitskräfte und auch gegen die SULFA, die von Regierungsseite zur Bekämpfung der ULFA ausgerüstet wurde. Polizei und Armee gingen ab 1997 unter einem gemeinsamen Kommando zur Offensive über. Aber auch die Militärpräsenz von über 200.000 Soldaten vermochte die allgegenwärtige Gewalt nicht einzudämmen. Seither verübte die ULFA Anschläge auf staatliche und private Infrastruktureinrichtungen, regelmäßig kam es zu Zusammenstößen zwischen ULFA-Kämpfern und staatlichen Sicherheitskräften.

Die indische Zentralregierung wie auch die assamesische Regierung unterstellten der ULFA eine enge Kooperation mit dem pakistanischen Militärgeheimdienst *Inter-Services Intelligence* (ISI). Die ULFA unterhielt darüber hinaus gute Beziehungen zu einigen anderen Rebellenorganisationen in In-

dien, darunter insbesondere zur *National Democratic Front of Bodoland* (NDFB) und zum *National Socialist Council of Nagalim (Khaplang)* (NSCN-K) (vgl. den Beitrag zu Indien (Nagas)). In den Nachbarländern Bhutan, Bangladesch und Myanmar existierten lange Zeit Ausbildungslager der ULFA, die gleichzeitig wichtige Rückzugsbasen darstellen.

Während des Krieges bildeten sich parallel zu den Kampfhandlungen ökonomische und politische Strukturen heraus, die sich im Laufe der Zeit verselbstständigten. So finanzierte sich die ULFA in einem hohen Maße durch die Erpressung von Schutzgeldern. Diese „Steuereinnahmen“ waren so hoch und ihre Eintreibung derart effektiv, dass von einer ULFA-Parallelregierung gesprochen werden konnte. Außerdem wurden zur Finanzierung erhebliche Summen aus zahlreichen Projekten und Firmen (Hotels, Medienberatungen, Investment-Gesellschaften und Kliniken) im benachbarten Ausland bezogen.

Ende 2003 veränderten sich die militärischen Kräfteverhältnisse zuungunsten der ULFA. Nachdem die indische Regierung die Nachbarländer schon seit Jahren aufgefordert hatte, gegen Lager und Rückzugsbasen indischer Rebellengruppen vorzugehen, setzte Bhutan diesen Gruppen erstmals eine Abzugsfrist, verknüpft mit der Drohung, militärisch gegen sie vorzugehen. Bei dem Versuch der ULFA-Kämpfer, nach Indien zurückzukehren, kam es an der Grenze vermehrt zu Feuergefechten mit der indischen Armee, die der ULFA schwere Verluste zufügten. Der im Mai 2004 neu gewählte indische Premierminister Manmohan Singh erklärte sich grundsätzlich zu Gesprächen mit den Rebellorganisationen in Assam bereit, bestand jedoch darauf, dass Assam auch in Zukunft integraler Bestandteil Indiens bleibt. Die ULFA hingegen forderte Friedensgespräche unter Vermittlung der UN und hielt ihre Forderung nach einem unabhängigen Staat aufrecht. Im Oktober 2005 kam es erstmalig zu Gesprächen zwischen einer Delegation der von der ULFA gebildeten *People's Consultative Group* (PCG) und der indischen Zentralregierung. In diesen Gesprächen sollten Modalitäten für direkte Verhandlungen zwischen ULFA und Zentralregierung ausgearbeitet werden. Trotz anhaltender Anschläge der ULFA sowie mehrerer Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften wurden diese Gespräche auch 2006 fortgesetzt. Im Laufe des Jahres führten die Verhandlungen jedoch in eine Pattsituation, in der jede Seite von der anderen den ersten Schritt erwartete und die auch durch eine nach 27 Jahren erstmalige informelle Feuerpause nicht überwunden werden konnte. Gegen Ende des Jahres 2006 beendete die PCG die Gespräche mit der Regierung, und beide Seiten nahmen ihre militärischen Operationen wieder auf.

Im Jahr 2007 kamen direkte Verhandlungen zwischen der ULFA und der Regierung trotz verschiedener Vermittlungsversuche und von beiden Seiten wiederholt signalisierter Gesprächsbereitschaft nicht zustande. Ein Hauptproblem hierbei war die Forderung der ULFA, die Souveränitätsfrage in den

Verhandlungen zu diskutieren, was die Regierung strikt ablehnt. Seit Januar 2007 verübte die ULFA zahlreiche Anschläge auf Abgeordnete des Regierungslagers, Mitglieder der SULFA, öffentliche Gebäude, Plätze und die Infrastruktur sowie auf die Sicherheitskräfte, mit denen sie sich zudem mehrere Gefechte lieferte. Die ULFA forderte alle nach Assam eingewanderten Personen, sowohl aus den Nachbarländern als auch aus anderen Teilen Indiens, auf, den Unionsstaat zu verlassen und beging mehrere Massaker an der nicht-assamesischen Bevölkerung, insbesondere an aus Bihar zugewanderten Menschen. Allein in den ersten Januarwochen fielen diesen Anschlägen 70 Menschen zum Opfer und viele Angehörige der betroffenen Bevölkerungsgruppe flohen aus Assam. Bereits im Mai 2007 hatte sich die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres verdreifacht. Die ULFA bestritt jedoch ihre Beteiligung an verschiedenen Anschlägen auf die Zivilbevölkerung. Sie schrieb diese den Sicherheitskräften zu und stellte sie als einen Versuch dar, die ULFA zu diskreditieren. Fortgesetzt wurden die bestehende Praxis der „Steuererhebung“ und die oftmals mit der Lösegeldforderungen verbundenen Entführungen.

Die ULFA unterhielt nach Regierungsangaben weiterhin enge Verbindungen zum ISI, von dem sie mit Waffen und Training unterstützt werden und auf dessen Anweisung hin sie Anschläge ausgeführt haben soll. Kontakte bestanden auch nach Bangladesch, wo sich die Führungselite der ULFA aufhielt, die Gruppierung mehrere Lager errichtet hat und von wo sie Waffenlieferungen erhielt. Insbesondere wurden der ULFA Kontakte zur *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) und dem Geheimdienst von Bangladesch nachgesagt. Zu Beginn des Jahres ging die Regierung von Myanmar in einer Offensive gegen die Lager der ULFA auf ihrem Territorium vor und tötete ungefähr 100 assamesische Rebellen. Mitte des Jahres begann die ULFA mit der Errichtung von Lagern in Nepal, wo sie Verbindungen zu den Maoisten unterhielt.

Die Sicherheitskräfte in Assam wurden im Berichtsjahr sowohl zahlenmäßig als auch qualitativ enorm verstärkt. Neben generellen Truppenverlegungen nach Assam wurde auch eine für den Dschungelkampf ausgebildete Spezialeinheit entsandt. Nach einer im September 2006 begonnenen Offensive startete im Januar die größte Operation gegen die ULFA seit Beginn der 1990er Jahre. ULFA und Sicherheitskräfte lieferten sich im Laufe des Jahres mehrere Gefechte. Trotz schwerer Verluste durch Festnahmen und Tötungen, inklusive hoher Kader, auf Seiten der ULFA sowie der Zerstörung von mehreren ihrer Lager und der Sicherstellung von Waffen und Ausrüstung, wird der Erfolg der Operation nur als moderat bewertet. Mangelhafte Kommunikation innerhalb der Sicherheitskräfte und der Rückzug der Rebellen über die schwer zu sichernden Grenzen in die Nachbarländer erschwerten das Vorgehen der indischen Sicherheitskräfte. In der Armee herrscht auch aufgrund dessen die Meinung, dass eine rein militärische Lösung des Konflikts nicht

möglich ist. Die Sicherheitskräfte gerieten zudem durch ihre Unfähigkeit, die nicht-assamesische Bevölkerung vor Anschlägen der ULFA zu schützen, sowie durch die Erschießung von für ULFA-Mitglieder gehaltenen Zivilisten unter Druck.

Im Laufe des Berichtsjahres zeigten sich verschiedene Schwierigkeiten der ULFA. In der Bevölkerung ist eine sinkende Unterstützung festzustellen, die insbesondere durch die hohen Opferzahlen in der Zivilbevölkerung bedingt wird. Nur fünf Prozent der Bevölkerung befürworteten in einer Befragung aus dem Umfeld der ULFA das von der Gruppierung angestrebte Ziel der Souveränität. Der geringe Rückhalt zeigte sich auch in Lynchjustiz seitens der Bevölkerung gegenüber ULFA-Mitgliedern. Die ULFA wird zudem durch zahlreiche Festnahmen und Tötungen ihrer Mitglieder und Verbindungsleute zunehmend personell geschwächt. Verstärkt wird dies durch sich häufende Kapitulationen von einzelnen Kadern aber auch größeren Gruppen gegenüber den Sicherheitskräften. Nach Regierungsangaben ergaben sich über 700 ULFA-Angehörige allein zwischen September 2006 und November 2007 den Sicherheitskräften. Berichten zufolge werden hohe Kader mittlerweile in Lagern im Ausland festgesetzt, um ihr Überlaufen zu verhindern.

Als Gründe für die sich mehrenden Ausstiege aus der ULFA gelten unter anderem eine schlechte Kommunikation und Meinungsverschiedenheiten zwischen der Führungselite im Ausland und der Basis vor Ort. Weitere Gründe für die zunehmenden Kapitulationen sind das Fehlen sicherer Rückzugsgebiete und die durch das Rehabilitationsprogramm der Regierung geschaffenen Anreize zum Ausstieg. Die geringere Kaderstärke hat zur Folge, dass die Gruppe bei ihren Operationen zunehmend auf unzureichend ausgebildete Neumitglieder zurückgreifen muss. Neben der Rekrutierung von Jungen ab dem 14. Lebensjahr setzte die ULFA verstärkt auf eine Art des „Outsourcing“, indem sie zum Beispiel Drogenabhängige Anschläge gegen Geld ausführen lässt. Aufgrund der mangelnden Erfahrung und Training vieler ihrer Mitglieder und der angeworbenen Außenstehenden ist die ULFA oft nicht mehr in der Lage militärische Ziele anzugreifen und setzt als Beweis ihrer Handlungsfähigkeit vermehrt auf Angriffe gegen die Zivilbevölkerung.

Jonte Plambeck

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

- Baruah, Sanjib: *Durable Disorder. Understanding the Politics of Northeast India*, Oxford 2005
- Bliesemann de Guevara, Berit: Indiens vergessener Nordosten: Gewaltakteure der Seven-Sisters-Region, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.), *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*, Baden-Baden 2006, S. 260-278
- Chadha, Vivek: *Low Intensity Conflicts in India. An Analysis*, New Delhi u.a. 2005
- Hussain, Monirul: *The Assam Movement. Class, Ideology and Identity*, Delhi 1993
- Kumar, Anand: *Assam. Ethnic Clashes Threaten Prospect of Peace* (South Asia Analysis Group, Paper No. 1595), Nodia 2005: <http://www.saag.org>

- Wilke, Boris: Krieg auf dem indischen Subkontinent. Strukturgeschichtliche Ursachen gewaltsamer Konflikte in Indien, Pakistan und Bangladesch (Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg, Arbeitspapier 1/1997), Hamburg 1997
- Wilson, Jane S.: Turmoil in Assam, in: *Studies in Conflict and Terrorism* 154 (1992), S. 251-266
- <http://www.assamgovt.nic.in> (Regierung Assams)
- <http://www.assampolice.com> (Polizei Assams)
- <http://www.geocities.com/CapitolHill/Congress/7434/ulfa.htm> (ULFA)
- <http://www.ipcs.org> (Institute of Peace and Conflict Studies, New Delhi)
- <http://www.satp.org> (South Asia Terrorism Portal des Institute for Conflict Management, New Delhi)
- http://www.outlookindia.com/pti_coverage.asp?gid=51 (Englischsprachiges Newsportal mit Chronologie der Ereignisse in Assam)

Indien (Kaschmir)

(Krieg)

- Beginn: 1990
- Kriegstyp: B-2
- Beteiligte: *Laschkar i-Toiba, Jaisch i-Muhammad, Hizb ul-Mujahedin, Harkat ul-Ansar, Al-Badhr Mujahedin, Islami Inqalabi Mahaz* u.a. / Indien

Der seit 17 Jahren geführte Sezessionskrieg im indischen Teil Kaschmirs, in dem eine Vielzahl radikalislamischer Rebellenorganisationen gegen die Einbindung der Region in den indischen Unionsverband kämpft, verlor im Berichtsjahr 2007 erneut an Intensität. Auch der Anschlag auf den Samjhauta-Express am 18. Februar, der zwischen Indien und Pakistan verkehrt, konnte die Friedensgespräche zwischen beiden Ländern nicht aufhalten. Die fortschreitende Annäherung zwischen den Nachbarstaaten sowie die Gesprächsbereitschaft moderater Rebellenführer dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Krieg im indischen Unionsstaat Jammu and Kashmir (J&K) nach wie vor zu den brisantesten Konflikten in Indien zählt.

Die Hintergründe für diesen Konflikt liegen in der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans im Jahr 1947. Seitdem streiten beide Staaten um die staatliche Zugehörigkeit des einst eigenständigen Fürstentums Kaschmir. Der erste Kaschmirkrieg von 1947 bis 1949 endete mit der Teilung der Region in ein indisches Verwaltungsgebiet im Südosten und ein pakistanisches Verwaltungsgebiet im Nordwesten. Unter anderem entlang der Grenzlinie kam es immer wieder zu Kampfhandlungen zwischen den Armeen Indiens und Pakistans sowie verschiedenen radikalislamischen Rebellenorganisationen. Hauptkonfliktgebiet in J&K ist das bevölkerungsstärkste und überwiegend von Muslimen bewohnte Kashmir Valley, aus dem die ursprünglich dort

lebenden Hindus (Pandits) infolge des aktuellen Krieges seit 1990 fast vollständig vertrieben wurden. 1949 räumte die indische Zentralregierung dem Unionsstaat einen verfassungsrechtlich autonomen Status ein, abgesehen von Fragen bezüglich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie dem Geldwesen. Bekannt gewordene Wahlmanipulationen, politische Unterrepräsentation und Einschränkungen der Meinungsfreiheit untergruben zunehmend diesen Sonderstatus und förderten den militanten Aufstand. Zusätzlich unterstützten die seit den 1980er Jahren entstehenden wirtschaftlichen Missstände, die soziale Desintegration und Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften die Sezessionsforderungen der Muslime, die sich zunehmend radikalisierten.

Im Verlauf des aktuellen Krieges ergaben sich einige grundsätzliche Veränderungen. Der Aktionsradius der Rebellengruppen erweiterte sich seit 1994 und ist heute nicht mehr nur auf Kashmir Valley beschränkt. Neben militärischen und politischen Einrichtungen wurde auch die kaschmirische Bevölkerung als Angriffsziel nicht mehr ausgeschlossen, wobei die Anzahl der Anschläge durch Selbstmordattentäter ab 1999 signifikant anstieg, 2002 ihren Höhepunkt erreichte und bis zum Berichtsjahr 2007 wieder deutlich sank. In die Kampfhandlungen sollen insgesamt bis zu 100 separatistische Rebellengruppen mit äußerst unterschiedlichem militärischen Potenzial involviert gewesen sein. Die militanten Aktionen richteten sich vornehmlich gegen indische Einrichtungen. Es kam aber auch regelmäßig zu Kämpfen zwischen rivalisierenden Gruppen oder zu Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung.

Die größte Rebellenallianz in Kaschmir ist die *All Parties Hurriyat Conference* (APHC, All-Parteien-Freiheitskonferenz), bestehend aus über 25 Separatistengruppen mit divergierenden Interessenlagen. Die 1993 gegründete APHC versteht sich als rechtmäßige Interessenvertretung der Muslime in Kaschmir. Seit 2003 ist die APHC in zwei Flügel gespalten. Die moderate und politisch pragmatische Fraktion unter der Führung von Mirwaiz Umar Farooq beteiligt sich seit 2005 an Verhandlungen über Kaschmir auf regionaler, pakistanischer und indischer Ebene. Eine fünfköpfige Delegation von gemäßigten Rebellenführern unter der Leitung von Farooq wurde am 5. September 2005 erstmalig vom indischen Premierminister Manmohan Singh zu offiziellen Gesprächen in New Delhi empfangen. Die Fraktion um Farooq wurde dafür von der radikaleren APHC-Fraktion unter Syed Ali Shah Geelani immer wieder heftig kritisiert. Politisch einflussreiche Organisationen wie die *Jammu and Kashmir Liberation Front* (JKLF), die zu Beginn des Krieges eine zentrale Stellung unter den Rebellengruppen eingenommen hatte, oder die *Jammu and Kashmir Democratic Freedom Party* (JKDFP) standen dem Kurs Farooqs ebenfalls skeptisch gegenüber. Im Januar 2007 besuchte Farooq den *United Jihad Council* in Pakistan, um bei den Mitgliedern um Unterstützung für den indisch-pakistanischen Friedensprozess zu werben. Dabei erklärte er, dass die separatistische Gewalt in J&K bislang

wenig erreicht habe. Unter anderem für diese Äußerung wurde er von radikaleren Rebellenorganisationen wiederholt angegriffen. Unbekannte warfen im Januar 2007 mehrmals Handgranaten auf Farooqs Hauptquartier in Srinagar.

Unter den derzeit aktiv operierenden militanten Gruppen in Kaschmir ist die *Hizb ul-Mujahedin* (HM, Partei der Glaubenskrieger) die an Mitgliedern stärkste Vereinigung. Sie ist islamfundamentalistisch ausgerichtet, fordert den Anschluss an Pakistan und rekrutiert sich überwiegend aus indischen Kaschmiri. Mitglieder der Führungskader sprachen sich immer wieder für eine moderatere, friedensorientierte Ausrichtung der HM aus, die aber nie wirklich durchgehalten wurde und aufgrund interner Machtkämpfe nicht verbindlich gemacht werden konnte. Die in eigenständige Kader aufgeteilten etwa 600 Kämpfer der HM bekannten sich zu zahlreichen Anschlägen. Im Berichtsjahr 2007 wurden 34 führende Mitglieder der HM durch indische Sicherheitskräfte getötet, womit die HM mehr Führungskräfte als alle anderen Gruppierungen verlor.

Im Verlauf des Krieges traten in Kaschmir Gruppen in den Vordergrund, die von Hauptquartieren in Pakistan aus operierten und sich hauptsächlich aus ausländischen Kämpfern zusammensetzten. Zu diesen Gruppen gehören die *Laschkar i-Toiba* (LT, Armee der Reinen), die *Jaisch i-Muhammad* (JM, Armee des Propheten Muhammads), die *Harkat ul-Ansar* (HuA, Bewegung der Glaubenskrieger) und *Al-Badhr Mujahedin*. Diese Gruppen definieren sich selbst als militanter Arm der religiösen Schulen und fundamentalistisch orientierten Bildungszentren in Pakistan, welche wiederum zum Teil durch Stiftungen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern finanziert wurden. Sie kämpften für die Angliederung von J&K an Pakistan, die Unabhängigkeit oder eine Neudefinition des Rechtsstatus von J&K im indischen Unionsverband.

Die LT zählt derzeit zu den aktivsten und schlagkräftigsten militanten Vereinigungen im Kaschmirkrieg. Sie beteiligte sich bereits am afghanischen Widerstand gegen die sowjetischen Truppen in den 1980er Jahren und ist seit 1993 für eine Vielzahl von Anschlägen in J&K verantwortlich zu machen, wobei sie zumindest anfänglich vom pakistanischen Auslandsgeheimdienst *Inter-Service Intelligence* (ISI) unterstützt wurde. In ideologischen Schriften forderte die LT die Einrichtung einer islamischen Herrschaft über alle Teile Indiens. Die LT wurde zwar 2002 in Pakistan offiziell verboten, durfte aber 2005 in Folge des Erdbebens öffentlich Gelder für den Wiederaufbau sammeln. Internationalen Bekanntheitsgrad erlangte sie durch den bislang spektakulärsten und politisch folgenreichsten Anschlag vom 13. Dezember 2001 auf das indische Parlamentsgebäude in New Delhi, der eine Eskalation des indo-pakistanischen Konfliktes bis an den Rand eines Krieges auslöste. Der LT wird zudem eine Beteiligung an einer Attentatsserie vom 29. Oktober 2005 in der indischen Hauptstadt zugeschrieben, zu der sich die seit etwa zehn Jahren weitgehend inaktive Gruppe *Islami Inqalabi Mahaz* (Islamische

Revolutionsfront) bekannte. Bei diesen Anschlägen gab es 65 Tote und etwa 200 Verletzte. Auch der Anschlag auf einen Pendlerzug in Mumbai im Juli 2006 mit über 200 Toten und etwa 700 Verletzten wurde der LT zugeschrieben. Die indische Polizei beschuldigte außerdem den pakistanischen Geheimdienst ISI das Attentat geplant und die LT mit Hilfe des *Student Islamic Movement of India* den Anschlag ausgeübt zu haben. Allerdings wies die LT jegliche Vorwürfe einer Beteiligung an den Anschlägen von 2001, 2005 und 2006 vehement zurück. Im Berichtsjahr wurde die LT am 1. Juni, 26. Juli sowie 11. und 12. Oktober für Selbstmordattentate in J&K verantwortlich gemacht. Außerdem kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Rebellenorganisationen, bei denen diese unter anderem Handgranaten, Landminen und selbstgebaute Sprengsätze verwendeten.

Zum aktiven Kern der Aufständischen gehören laut indischen Sicherheitsexperten heute etwa noch 1.500 Mann, bei einem relativen Anteil ausländischer Kämpfer von etwa 50 Prozent. Hinter der durch eine Grenzsperranlage gesicherten Line of Control (LoC), durch die der indische vom pakistanischen Teil Kaschmirs getrennt ist, werden bis zu 2.500 weitere kampfbereite Rebellen vermutet. Den bewaffneten Gruppen stehen in J&K geschätzte 500.000 Soldaten der indischen Armee sowie zusätzliche paramilitärische Einheiten gegenüber.

Innenpolitische Fortschritte im Kaschmirkonflikt sind verschränkt mit einer substanziellen Entspannung im außenpolitischen Verhältnis zwischen Indien und Pakistan. Die diplomatischen Beziehungen, die nach dem Anschlag auf das indische Parlament 2001 abgebrochen worden waren, haben sich seit der Wiederaufnahme im April 2003 beständig intensiviert. Am 17. April 2005 besuchte der pakistanische Präsident Pervez Musharraf erstmals seit vier Jahren die indische Hauptstadt und kam zu einem Gipfeltreffen mit Premierminister Manmohan Singh zusammen. Ein Durchbruch im Grundsatzkonflikt um Kaschmir konnte aber nicht erreicht werden, da Pakistan im Gegensatz zu Indien die Anerkennung der Demarkationslinie LoC als zwischenstaatliche Grenze kategorisch ablehnt. Gleichwohl wurde die Verständigung über weitere vertrauensbildende Maßnahmen vorangebracht. Im Juli 2006 wurden die Gespräche auf Grund der Bombenanschläge auf den Pendlerzug in Mumbai unterbrochen. Erst beim Treffen der blockfreien Staaten in Kuba im September 2006 kam es wieder zu einer Annäherung.

Im Berichtsjahr 2007 wurden die Friedensgespräche weitergeführt. Am 13. Januar erklärten die Außenminister beider Länder auf einer Pressekonferenz in Islamabad ihre Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung des Kaschmir-Konflikts und kündigten weitere Verhandlungen im März an. Daran änderten auch die Anschläge auf den „Freundschaftszug“ von Indien nach Pakistan in der Nacht vom 18. auf den 19. Februar 2007 nichts. Bei dem Brandanschlag durch Benzinbomben starben mindestens 68 Menschen. Der indische Geheimdienst vermutet einen Zusammenhang zwischen den An-

schlugen auf Nahverkehrszüge in Mumbai im Juli 2006 und den Anschlägen im Februar 2007 und verdächtigte erneut unter anderem den pakistanischen Geheimdienst ISI.

Insgesamt soll der Krieg über 40.000 Menschenleben gefordert haben. Seit seinem Höhepunkt im Jahr 2001 ist die Zahl der Todesopfer jährlich konstant rückläufig und erreichte 2007 mit den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten. Unter den laut Angaben des South Asia Terrorism Portal 777 Opfern im Berichtsjahr waren 164 Zivilisten, 121 Sicherheitskräfte und 492 Angehörige militanter Gruppen.

Trotz der rückläufigen Zahlen der Todesopfer, der Friedensgespräche zwischen Indien und Pakistan sowie Gesprächen zwischen der indischen Zentralregierung und gemäßigten Rebellen ist ein baldiges Ende des Kaschmirkrieges nicht in Sicht. Der Vorschlag des pakistanischen Präsidenten Musharraf von 2006, die gesamte Kaschmir-Region unter eine gemeinsame indisch-pakistanische Verwaltung zu stellen, stieß in Delhi nicht auf große Zustimmung. Auch wenn Musharraf verlauten ließ, er würde auf Grundlage dieses Plans die pakistanischen Ansprüche auf die Region zurückstellen, war die indische Seite nicht zu weiteren Konzessionen bereit, zumal sie weiterhin vermutet, dass Aktionen der islamistischen Gruppen in J&K von pakistanischer Seite unterstützt oder zumindest toleriert werden.

Alexandra Stertz

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Chadha, Vivek: Low Intensity Conflicts in India. An Analysis, New Delhi 2005

Chari, Shri: Protecting Human Rights in Times of Conflict. An Indian Perspective, in: Terrorism and Political Violence 17 (2005), S. 217-228

Curtis, Linda: India and Pakistan Poised to Make Progress on Kashmir, Washington 2007

Ganguly, Sumit: Conflict Unending. India-Pakistan Tensions since 1947, Washington DC 2001

International Crisis Group: India, Pakistan and Kashmir: Stabilising a Cold Peace, Islamabad 2006: <http://www.icg.org>

Kahol, Yudhishtar: Kashmir. Return of Democracy, New Delhi 2003

Rao, H S Gururaja: Legal Aspects of the Kashmir Problem. Yearning for Peace, New Delhi 2002

Schofield, Victoria: Kashmir in the Crossfire, London - New York 1996

Widmalm, Sten: Democracy and Violent Separatism in India. Kashmir in a Comparative Perspective, Uppsala 1997

Wilke, Boris: Von Kaschmir bis Afghanistan. Die Gewaltfiguration in Südwestasien, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.), Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 237-259

<http://www.armyinkashmir.nic> (in Kaschmir stationierte indische Armeeeinheiten)

<http://www.ipcs.org> (Institute of Peace and Conflict Studies)

<http://www.jammu-kashmir.com> (Informationsseite kaschmirischer Muslime)

<http://www.jammukashmir.nic.in> (Regionalregierung von J&K)

<http://www.saag.org> (South Asia Analysis Group)

<http://www.satp.org> (South Asia Terrorism Portal)

Indien (Manipur)

(Krieg)

Beginn: 2005

Kriegstyp: B-2

Beteiligte: UNLF, PLA PREPAK, KCP / Indien

Unter den schon seit Jahrzehnten anhaltenden Konflikten in Manipur im Nordosten Indiens erfuhr seit 2005 vor allem der um die Unabhängigkeit der Region eine deutliche Verschärfung. Die Gewalt in Manipur ist zwar nach wie vor auch durch Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen bewaffneten Gruppen gekennzeichnet, die vor allem in der Vergangenheit eng mit dem Konflikt im benachbarten Unionsstaat Nagaland verbunden waren (vgl. den Bericht zu Indien (Nagas)).

Manipur ist durch seine fruchtbaren Böden und Weideland gekennzeichnet. Drei große und eine Anzahl von kleineren ethnischen Gruppen bilden die Bevölkerung Manipurs bis zum heutigen Tag. Zu den großen Gruppen gehören die Meitei, die in der zentral gelegenen Ebene Manipurs ansässig sind und sich als Ureinwohner der Region sehen, die Nagas, die in den Bergregionen nahe der Grenze zum Unionsstaat Nagaland im Norden leben und die Kukis. Die Meitei bilden über 50 Prozent der Bevölkerung in Manipur, besiedeln aber nur ein Zehntel des Gebietes. Außerdem sind sie die einzige in Manipur ansässige Bevölkerungsgruppe, die nicht zur Kategorie der sogenannten Scheduled Tribes zählt. Die darin gelisteten Gruppen haben verschiedene Privilegien wie zum Beispiel Vorrechte bei der Vergabe von bestimmten Arbeitsstellen. Außerdem ist ihr Land durch Zukäufe von Angehörigen von Bevölkerungsgruppen, die nicht zu den Scheduled Tribes zählen, geschützt. Da alle Bevölkerungsgruppen in den Bergregionen Manipurs zu den Scheduled Tribes gehören sind, bleibt den Meitei der Landerwerb in sämtlichen Bergregionen verwehrt.

Die Geschichte Manipurs ist seit dem 19. Jahrhundert mit der britischen Kolonialherrschaft verknüpft. Nachdem die Briten einen mehrere Generationen anhaltenden Streit zwischen den Königen Manipurs und dem östlichen Nachbar Birma über das sogenannte Kubaw-Tal beigelegt hatten, besetzten sie die Region. Verschiedene Versuche der Manipuris die Briten zu vertreiben scheiterten. Besonders eine Revolte der Kukis gegen die Verschiffung vieler ihrer Angehöriger nach Frankreich im Jahr 1917 beeinflusste die Geschichte Manipurs nachhaltig. Die britische Kolonialarmee zerschlug den Aufstand und dezimierte die Bevölkerung der Kukis in ganz Manipur so stark, dass sie in keiner Region mehr eine Mehrheit bildeten.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem darauf folgenden Abzug der Briten aus Indien wurden, anders als zum Beispiel in Nagaland, keine Forderungen für die Loslösung von der Indischen Union in Manipur gestellt.

Im Gegenteil: Der Maharaja von Manipur unterzeichnete im August 1947 ein Abkommen, das der indischen Regierung die Verteidigung Manipurs, die Abwicklung ihrer Außenpolitik und das Nachrichtenwesen der Region in die Hände legte. Nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung zwischen der indischen Regierung und dem Maharaja erhielt Manipur eine neue Verfassung. Im Anschluss an deren Inkrafttreten hielt Manipur als erste Region des selbstständigen Indiens Wahlen ab. Der *Manipur Congress*, der sich für eine vollständige Fusion mit dem indischen Großstaat aussprach, erhielt 24 von 53 Sitzen in der Legislative und bildete eine Koalitionsregierung mit der *Krishak Sabha*, die von Irabot Singh angeführt wurde und für die Selbstverwaltung Manipurs eintrat. Obwohl direkt nach der Wahl, im Oktober 1949, die vollständige Eingliederung Manipurs in den indischen Staat vollzogen wurde, löste die Zentralregierung die Regierung Manipurs schon bald nach der Regierungsbildung auf und entsandte einen Beauftragten, der Manipur verwalten sollte. Singh, der Führer der *Krishak Sabha*, flüchtete daraufhin nach Birma, wo er sich entschloss eine Bewegung für die Loslösung Manipurs von Indien zu gründen. Sein früher Tod im Jahr 1951 verhinderte allerdings die Umsetzung seiner Ideen.

In den folgenden Jahren steigerte sich der Unmut der Manipuri über die Behandlung ihrer Region. 1950 wurde ihnen die indische Verfassung aufgezwungen und 1956 das Gebiet zu Unionsterritorium erklärt. Eine Region, die auf eine lange Geschichte als autonomes Königreich zurückblickte, wurde nun von einer Zentralregierung in New Delhi geleitet, die die Infrastruktur vernachlässigte und kaum in die Wirtschaft der Region investierte. Ein weiterer Punkt, der die Bevölkerung gegen die Politik Indiens aufbrachte, war die offizielle Verzichtserklärung auf das Gebiet des Kubaw-Tals, um das Manipurs Könige lange mit Birma gekämpft hatten.

Der Unmut in der Bevölkerung Manipurs führte dazu, dass besonders die Meitei für die Ideen von separatistischen Gruppen empfänglich wurden. Der Meitei-Subnationalismus begann Form anzunehmen. 1964 wurde die *United National Liberation Front* (UNLF) ins Leben gerufen, deren erklärte Ziele die nationale Selbstbestimmung und eine sozialistische Gesellschaft waren. Um diese zu erreichen, bemühte sie die UNLF vergeblich um die Unterstützung Pakistans. Eine Splittergruppe des UNLF, die *Revolutionary Government of Manipur* (RGM), hatte bei der Suche nach Unterstützung in Pakistan mehr Erfolg. Ihr erklärtes Ziel war die Befreiung Manipurs durch Waffengewalt. Im Zuge des Indisch-Pakistanischen Krieges von 1965 führte sie erste gewaltsame Aktionen durch.

Direkt nach der Beendigung des Krieges um die Unabhängigkeit Bangladeschs von Pakistan, in den Indien eingegriffen hatte, gewährte die indische Zentralregierung der Region Manipur am 22. März 1972 den lange ersehnten Status des Unionsstaates. Zum einen verloren die aus dem ehemaligen Ost-Pakistan agierenden Gruppen durch die durch die Unabhängigkeit Bangla-

deschs sowohl Rückzugsgebiete als auch direkte Unterstützung, zum anderen entzog die Anerkennung Manipurs als Unionsstaat den militanten Gruppen die Unterstützung der Bevölkerung und damit ihre Reproduktions- und Rekrutierungsbasis.

Aus Unzufriedenheit gegenüber der UNLF-Führung bildeten sich Ende der 1970er Jahre mehrere Splittergruppen. So entstanden 1978 die *People's Liberation Army* (PLA), die *People's Revolutionary Party of Kangleipak* (PREPAK) und die *Kangleipak Communist Party* (KCP). Das Ziel dieser Organisationen war ein unabhängiges Manipur und die Wiederherstellung der Führungsposition der Meitei innerhalb der Region. Nach ersten gewalttätigen Aktionen stellte sich die noch junge regionale Regierung jedoch auf die Separatisten ein und startete Gegenaktionen. Nachdem bei Überfällen der separatistischen Gruppen bis 1981 insgesamt über 100 Menschen umkamen, gelang es den Sicherheitskräften Anfang der 1980er Jahre, viele der Kämpfer und hochrangigen Mitglieder zu verhaften.

Die Regierung versuchte nach der deutlichen Schwächung der Bewegung die Bevölkerung wieder auf ihre Seite zu bringen. Der gefangen genommene Anführer der PLA, Biseshwar Singh, wurde erfolgreich dazu bewegt in die regionale Politik einzusteigen. Doch hatte die Integrierung eines moderaten Separatismus in die Politik nicht den erwünschten Erfolg. Dadurch, dass die politischen Parteien zum großen Teil von den militanten Gruppen beeinflusst waren, konnte Singh nicht den erhofften Brückenschlag vollziehen. Bisheshwar Singh wurde 1994, wahrscheinlich von Mitgliedern seiner ehemaligen Gruppe, ermordet.

In die Zeit Anfang der 1980er Jahre fällt auch die Gründung des *National Socialist Council of Nagaland* (NSCN). Die in der manipurischen Grenzregion zu Nagaland agierende Gruppe verfolgte das Ziel eines größeren Nagalands durch den Anschluss der von Naga bewohnten Grenzregionen. Die 1990er Jahre waren in Manipur durchzogen von Rivalitäten der einzelnen militanten Gruppen. Diese Gruppen kämpften um politische und wirtschaftliche Macht innerhalb der manipurischen Bevölkerung. Besonders in den von den Naga beherrschten Gebieten und den angrenzenden Regionen stieg die Gewalt deutlich an (vgl. den Beicht zu Indien (Nagas)). In diese Zeit lässt sich auch der Beginn des Konfliktes zwischen Kukis und Nagas datieren. Der Konflikt entbrannte um den Kampf von Schmuggelrouten, die durch die Grenzstadt Moreh verlaufen. Die Kukis suchten Hilfe bei den Paites, einer der kleineren Bevölkerungsgruppen in den Bergregionen. Doch diese verweigerten ihnen die Unterstützung. Aus dieser Absage heraus entstanden Rivalitäten zwischen den Paites und den Kukis. Diese beiden Konflikte zwischen Kukis und Nagaws und zwischen Kukis und Paites forderten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre jeweils etwa 1.000 Menschenleben.

Aufgrund vieler Bündnisse zwischen den in Manipur agierenden separatistischen Bewegungen, fürchteten die für die Rechte der Meitei kämpfenden

Gruppierungen eine Schwächung ihrer Position. Außerdem suchten sie nach neuen Basen für ihre Operationen, da die leichte Zugänglichkeit der von ihnen beherrschten Ebene es den Sicherheitskräften leicht machte, gegen sie vorzugehen. Sie begannen die Kukis im andauernden Konflikt gegen die Nagas zu unterstützen, um als Gegenleistung in der von ihnen beherrschten Bergregion Land kaufen zu können, um so ihre Position zu stärken. Die Kukis stimmten diesem Handel zu. Die PLA und die UNLF kamen so in den Besitz von Land in der schwer zugänglichen Churandchandpur-Region, was zunächst zu einem Anstieg der Gewalt führte. Ende der 1990er sank die Zahl der Todesopfer dann deutlich. Doch der Kampf um die Vorherrschaft in Manipur wurde nur kurzzeitig etwas weniger intensiv geführt. So stieg die Gewalt seit 2005 wieder an und überschritt erstmals die Kriegsschwelle. Im Jahr 2006 starben über 300 Menschen bei Gefechten der Rebellengruppen untereinander, bei Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften und bei Bombenanschlägen.

Im Berichtsjahr 2007 stieg die Gewalt dann erneut an und mehr als 400 Menschen starben im Zuge der Kämpfe. Um ihre Ziele zu erreichen, setzen die Gruppen auf verschiedene Druckmittel. Im Berichtsjahr erschütterten 15 Bombenattentate, davon knapp die Hälfte im Dezember, die Region. Die Ziele lagen zum großen Teil in der Hauptstadt Imphal und dem gleichnamigen Distrikt. Der Staat war selbst in der Hauptstadt nicht in der Lage, den normalen Ablauf des öffentlichen Lebens zu gewährleisten. Im September 2007 entschlossen sich Apothekenbesitzer in Imphal aufgrund von Erpresserschreiben nicht identifizierter Gruppen, ihre Geschäfte zu schließen. Erst einen Monat später und auf Druck der Polizei öffneten sie ihre Geschäfte wieder. Gleichzeitig stellten auch mehrere Versicherungen, unter anderem staatlich geführte Unternehmen, aufgrund von Erpressungen ihre Geschäfte vollständig ein. Im Oktober verkündete die PLA die Verbannung von Tabakprodukten aus Manipur. Händler und Ladenbesitzer, die sich dem Bannspruch widersetzen und weiterhin Handel mit Tabakprodukten trieben, wurden Opfer von diversen Anschlägen. Insgesamt starben 137 Zivilisten im Jahr 2007.

Auch die in den Bergregionen nördlich des Imphal-Tals agierenden Nagas hatten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bewohner des restlichen Landes. Durch die Erhebung von „Steuern“ auf Waren, die die von ihnen kontrollierten Gebiete passieren müssen, trieben sie die Preise von Gütern des täglichen Bedarfs in die Höhe. Doch nicht nur die Rebellengruppen der Meitei und der Nagas versetzten den Bundesstaat in ständige Unruhe. Insgesamt kämpften 15 militante Gruppen mit ca. 10.000 Anhängern für die Umsetzung ihrer Forderungen und zogen ganz Manipur und sämtliche Lebensbereiche in den von ihnen ausgetragenen Konflikt.

Am 22. November 2007 verlängerte das Kabinett den Status des Unionsstaates als Krisengebiet bis zum 30. November 2008. Im Zuge dieser Katego-

risierung bleibt der Armed Forces Special Power Act (AFSPA) aufrechterhalten. Einen Tag nach der Verkündung des Status als Krisengebiet konnte Sicherheitspersonal in letzter Minute ein Anschlag auf den Autokonvoi des Ministerpräsidenten Manipurs verhindern. Anschläge auf Personen des öffentlichen Lebens sind ein weiterer Bestandteil der Strategie der Rebellengruppen Manipurs. Den Übergriffen auf die Sicherheitskräfte sowie den zahlreichen Attentaten auf einzelne Personen und Personengruppen scheint der Staat machtlos gegenüber zu stehen. Obwohl die Polizei in Manipur im Vergleich zu anderen Regionen in Indien eine hohe Präsenz zeigt, sind große Teile der Region dem Einfluss der staatlichen Sicherheitskräfte entzogen und befinden sich unter der ständigen Kontrolle von Rebellengruppen.

Das Militär ist die einzige Institution, die zumindest mit kurzfristigen Erfolgen gegen die Milizen vorging. Regelmäßig schafften sie es, Angehörige der UNLF und anderer Gruppen festzunehmen oder bei Gefechten zu töten. Um Gebiete, die durch Militäreinsätze dem Einfluss von Rebellen entzogen wurden, dauerhaft unter der Kontrolle der Sicherheitskräfte zu halten, fehlen allerdings der örtlichen Polizei die Mittel. Diese Unzulänglichkeiten der Polizei und die fehlende Durchsetzungsfähigkeit der Politik sind auch die Hauptprobleme, denen Manipur im Kampf gegen die Rebellengruppen gegenübersteht.

Solange die Rebellengruppen weiterhin nicht befürchten müssen, dass der Kampf gegen sie deutlich verschärft und dadurch ihr Handlungsspielraum verkleinert wird, ist auch ein entgegenkommen der Gruppen dem Staat gegenüber nicht zu erwarten. So ist auch zu erklären, dass keine der in Manipur für ihre Interessen kämpfenden Gruppen sich im Berichtsjahr bereit erklärt hat, an den von der Regierung sporadisch angebotenen Gesprächen teilzunehmen. Es ist zu erwarten, dass der Kampf der Rebellengruppen sich, wie in den letzten Jahren geschehen, eher verschärfen wird.

Jonathan Spörl

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Baruah, Sanjib: *Durable Disorder. Understanding the Politics of Northeast India*, Oxford 2005

Chadha, Vivek: *Low Intensity Conflicts in India. An Analysis*, New Delhi u.a. 2005

Hanjabam, Shukhdeba Sharma: *The Meitei Upsurge in Manipur*, in: *Asia Europe Journal* 6 (2008), S. 157-169

Verghese, B.G.: *India's Northeast Resurgent. Ethnicity, Insurgency, Governance, Development*, 2. Auflage, New Delhi 2002

<http://www.ipcs.org> (Institute of Peace and Conflict Studies, New Delhi)

<http://manipur.nic.in> (Regierung Manipurs)

<http://manipurpolice.org> (Polizei Manipurs)

<http://www.saag.org> (South Asia Analysis Group)

<http://www.satp.org> (South Asia Terrorism Portal des Institute for Conflict Management, New Delhi)

Indien (Nagas)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 1969 (Krieg 1969-1975)

Beteiligte: NSCN-IM / NSCN-K / Indien

Der seit Jahrzehnten andauernde Konflikt zwischen dem indischen Staat und den militanten Gruppierungen der im Nordosten Indiens lebenden Nagas konnte 2007 nicht gelöst werden. Die Friedensgespräche der indischen Regierung mit der wichtigsten Rebellengruppe, dem *National Socialist Council of Nagaland (Isak-Muivah)* (NSCN-IM), haben erstmals zu einer unbegrenzten Verlängerung des Waffenstillstandes geführt. Die Gewalt in der Region ist allerdings schon lange nicht mehr in erster Linie auf Kämpfe zwischen der indischen Armee und Naga-Rebellen zurückzuführen. Die kriegsökonomisch motivierten Kämpfe des NSCN-IM mit dem verfeindeten *National Socialist Council of Nagaland (Khaplang)* (NSCN-K) gingen dagegen unvermindert weiter. Die Situation mit Friedensgesprächen und Waffenstillstand auf der einen, anhaltender Gewalt zwischen NSCN-IM und NSCN-K auf der anderen Seite hat sich im Berichtsjahr daher verfestigt.

Da die Siedlungsgebiete der Nagas in den Hügelngebieten im heutigen Nordosten Indiens schwer zugänglich sind, genossen die verschiedenen Nagastämme unter britischer Kolonialherrschaft eine weitgehende Autonomie. Seit den 1920er Jahren definierten sich die zum baptistischen Christentum konvertierten Nagas zunehmend als Nation. In den 1940er Jahren gründete sich daher der *Naga National Council* (NNC), der jede Integration in einen postkolonialen Staat strikt ablehnte. Bei der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 wurde der Wunsch nach Eigenstaatlichkeit ignoriert und der größte Teil der Naga-Siedlungsgebiete dem nordostindischen Unionsstaat Assam zugeschlagen. Der NNC nahm daraufhin ab 1954 den bewaffneten Kampf auf, um seiner Forderung nach Eigenstaatlichkeit gewaltsam Geltung zu verschaffen. Als Folge des Ersten Nagakrieges (1954-64) wurde der neue Unionsstaat Nagaland geschaffen. Das Zugeständnis brachte jedoch keine Lösung, da viele Nagas ihre wichtigste Forderung nach einem eigenen Staat nicht erfüllt sahen. Die kaum verminderten Spannungen führten zum Zweiten Nagakrieg (1969-75). Nach dem Kriegsende und der freiwilligen Entwaffnung des NNC im Zuge des Shillong-Abkommens wurde der Kampf um Eigenstaatlichkeit durch den *National Socialist Council of Nagaland* (NSCN) unterhalb der Kriegsschwelle fortgesetzt. Dieser ist seit 1988 aufgrund von Streitigkeiten innerhalb der Rebellenführung in die verfeindeten Fraktionen unter Isak Chisi Swu und Thuingaleng Muivah (NSCN-IM) sowie unter S. S. Khaplang (NSCN-K) zerfallen. Die heutige Stärke des NSCN-IM wird auf 3.000 bis 4.500, die der Khaplang-Fraktion auf etwa 1.500 bis 2.000 bewaffnete Kämpfer geschätzt. Der NSCN-IM ist hauptsächlich in den indischen Unionsstaat

ten Nagaland, Manipur und Assam aktiv, während der NSCN-K seine Basis im schwer zugänglichen Grenzgebiet zu Myanmar unterhält.

Die politische Hauptforderung des NSCN-IM, in der er von großen Teilen der Naga-Bevölkerung unterstützt wurde, ist die Bildung eines souveränen Staates, den die Nagas „Nagalim“ nennen. In der indischen Öffentlichkeit ist meist von einem „Greater Nagaland“ die Rede, da dieser Staat alle Siedlungsgebiete der Nagas, auch die in den benachbarten Unionsstaaten Arunachal Pradesh, Assam und Manipur umfassen soll. Dies wären etwa 120.000 Quadratkilometer im Vergleich zu den rund 16.500 Quadratkilometern des heutigen Unionsstaates Nagaland. Als mögliche vorläufige Alternative nennt der NSCN-IM seit einigen Jahren eine territoriale Umstrukturierung des indischen Nordostens, so dass Nagaland im Rahmen der indischen Verfassung um die geforderten Gebiete vergrößert würde. Diese Forderungen stießen auf den entschiedenen Widerstand der Regierungen der betroffenen Unionsstaaten, auch bewaffnete Gruppen wie die *United Liberation Front of Assam* (ULFA) lehnten die Bildung eines „Greater Nagaland“ grundsätzlich ab. Dass der Naga-Konflikt stark in den Kontext der zahlreichen nordostindischen Aufstandsbewegungen eingebunden ist, erschwert seine Lösung zusätzlich.

Seit 1997 haben der NSCN-IM und die indische Zentralregierung einen Waffenstillstand geschlossen und führen offizielle Friedensgespräche. Über 50 Gesprächsrunden wurden seitdem abgehalten, der Waffenstillstand regelmäßig von Jahr zu Jahr verlängert. Der Friedensprozess wurde von Beobachtern immer wieder als uneffektiv kritisiert, beide Seiten hielten aufgrund mangelnder Alternativen jedoch an den regelmäßigen Treffen fest. Die Opferzahlen sind seit 1997 stark gesunken, da der Waffenstillstand größtenteils eingehalten wurde und es nicht mehr zu Gefechten zwischen der indischen Armee und dem NSCN-IM kam. Die Hoffnung auf eine politische Lösung wuchs, als die Rebellenführer Swu und Muivah im Dezember 2004 den indischen Regierungschef Manmohan Singh in New Delhi trafen. Im Juli 2005 jedoch wurde der Waffenstillstand nur um sechs Monate verlängert. Beobachter deuteten dies dahingehend, dass die Gespräche kurz vor dem Scheitern seien. Der NSCN-K, die zweite Rebellen-Fraktion, lehnt die Aufnahme offizieller Verhandlungen mit der indischen Regierung seit Jahren kategorisch ab, solange mit dem NSCN-IM verhandelt wird. Dennoch besteht auch mit dem NSCN-K seit 2001 ein Waffenstillstand, der regelmäßig in informellen Gesprächen verlängert wurde. In den Rückzugsgebieten des NSCN-K im Grenzgebiet zu Myanmar unterstützt Indien allerdings die myanmarische Armee bei ihren Operationen gegen die Naga-Rebellen.

Die aktuelle Gewalt in den Naga-Siedlungsgebieten ist auf die kriegsökonomische und politische Konkurrenz zwischen den verfeindeten NSCN-Fraktionen zurückzuführen. Beide kämpfen seit Jahren vor allem im Unionsstaat Nagaland um Einflussgebiete und Vormachtsstellung. Dabei nutzen sie

die Waffenstillstände mit der indischen Regierung, um ihren Einfluss auszubauen. Die NSCN-Fraktionen haben sich breite Netze zur „Besteuerung“ der Bevölkerung aufgebaut, durch die sie große Summen an Geld einnehmen. Darüber hinaus beziehen sie profitable Einnahmen aus der Besteuerung des Drogenhandels und aus der Ausbildung und Ausrüstung anderer separatistischer Gruppen in der Region. In der Rhetorik der NSCN-Fraktionen geht es bei den Rivalitäten einzig um verschiedene Ansichten, wie der Kampf um die Unabhängigkeit der Nagas zu führen sei. Mit der ständigen Gewalt, Morden auf offener Straße und Schutzgelderpressungen sind Polizei und Armee oft überfordert. Die Kämpfe und die umfangreichen kriegsökonomischen Aktivitäten der NSCN-Fraktionen können also als parallele Gewaltordnungen bezeichnet werden und führen das prekäre Gewaltmonopol des indischen Staates im Nordosten ab ad absurdum. Die relative Entspannung im Konflikt mit der indischen Armee hängt somit eng mit dem beständigen Konflikt zwischen NSCN-IM und NSCN-K zusammen. Die lukrativen Kriegsökonomien nähren auch Zweifel, ob die Forderungen der Rebellen mittlerweile nicht reine Vorwände für die Aufrechterhaltung des status quo darstellen.

Im Berichtsjahr wurden die Friedensgespräche zwischen indischer Regierung und dem NSCN-IM mit sechs Gesprächsrunden fortgesetzt. Im März, Juli und Oktober fanden die Gespräche in New Delhi statt, Ende Juli trafen sich die indische Regierung und der NSCN-IM zusätzlich in Dimapur, der größten Stadt Nagalands. Am 1. August trat ein neuer Waffenstillstand in Kraft, der erstmals unbegrenzte Gültigkeit besitzt. Obwohl einige Beobachter dies als Fortschritt interpretieren, ist der seit zehn Jahren andauernde Waffenstillstand ohne politische Fortschritte im Grunde wertlos, da er die Gewalt zwischen NSCN-IM und NSCN-K nicht beenden kann. Einige Beobachter berichteten jedoch, innerhalb des NSCN-IM mehrten sich Stimmen, die eine Lösung durch ein „Greater Nagaland“ ohne staatliche Souveränität befürworteten. Der Waffenstillstand der indischen Regierung mit dem NSCN-K wurde am 27. April um ein weiteres Jahr verlängert, offizielle Friedensgespräche wurden auch 2007 vom NSCN-K angelehnt. Mitte Juni berieten NSCN-IM und NSCN-K offensichtlich während eines geheimen Treffens in New Delhi über eine mögliche Wiedervereinigung. Im November nahm der NSCN-K außerdem auf einer Versammlung der *United Liberation Front of Assam* (ULFA) und anderer im Nordosten Indiens aktiven bewaffneten Gruppierungen in Bangkok teil. Nach Presseberichten berieten die Rebellengruppen über eine verstärkte Zusammenarbeit besonders im Grenzgebiet zu Myanmar.

Neben diesen Gesprächen war das Berichtsjahr hauptsächlich von anhaltender Gewalt zwischen den beiden NSCN-Fraktionen geprägt. NSCN-IM und NSCN-K lieferten sich das ganze Jahr über mehr als 40 kleinere und größere Gefechte, bei denen mindestens 85 Rebellen ums Leben kamen. Mitte Januar lieferten sich beide Fraktionen tagelange Gefechte in Kohima, der Hauptstadt Nagalands. Im Mai verschärften sich die Zusammenstöße an

der Grenze Nagalands zu Assam, da der NSCN-K offenbar versuchte, dort in traditionelle Einflussgebiete des NSCN-IM einzudringen. Am 8. Oktober beschossen sich in der Bezirkshauptstadt Phek auf offener Straße 30 Kämpfer des NSCN-IM und 50 Kämpfer des NSCN-K. Ende September bezogen starke Truppenteile beider NSCN-Fraktionen Stellung in Nagalands Hauptstadt Kohima, Behörden sprachen von einer kriegsähnlichen Situation und forderten die Rebellen auf, die Stadt zu verlassen. Im Oktober und November nahmen die Gefechte zwischen NSCN-IM und NSCN-K rund um Kohima trotzdem zu. Mindestens 15 Zivilisten verloren im Berichtsjahr im Zusammenhang mit den Naga-Konflikt ihr Leben, teils durch gezielte Tötung durch die Rebellen, teils bei Gefechten zwischen den NSCN-Fraktionen. Gewalt gegen Zivilisten stand dabei meistens im Zusammenhang mit den „Steuererhebungen“ der Rebellen. Der NSCN-IM ging im Berichtsjahr mit besonderer Härte gegen Dorfbewohner vor, die die Zahlung von Schutzgeld verweigerten: Anfang Juli griff eine Gruppe von über 100 bewaffneten Nagas, angeführt von Kämpfern des NSCN-IM, drei Dörfer an der Grenze Nagalands zu Assam an und zündeten Häuser und Teeplantagen an. Am 28. August zündeten NSCN-IM-Kämpfer 19 Häuser und elf Hütten in der Nähe von Dimapur an. Mitte Oktober zerstörte der NSCN-IM ein komplettes Dorf mit 500 Hütten, Kornspeicher und Kirche in der Nähe von Kohima.

Nach offiziell unbestätigten Meldungen hat die myanmarische Armee bei umfassenden Militäraktionen gegen den NSCN-K und die ULFA im Grenzgebiet zu Indien etwa 100 Rebellen getötet. Eine Neuentwicklung des Berichtsjahrs ist, dass sich beide NSCN-Fraktionen erstmals seit Jahren wieder Gefechte mit indischen Sicherheitskräften geliefert haben. Bei fünf Gefechten im Nagaland, Manipur und Arunachal Pradesh starben etwa zehn Nagarebellen und mehrere Polizisten. Am 25. Oktober töteten NSCN-IM-Kämpfer bei einem Überfall in Arunachal Pradesh drei indische Soldaten und einen Zivilisten, weitere Soldaten wurden verletzt. Eine Untersuchungskommission des Innenministeriums untersuchte im März die anhaltende Gewalt im Nagaland, mehrfach forderte die indische Regierung die NSCN-Fraktionen auf, in ihre durch die Waffenstillstände festgelegten Camps zurückzukehren.

Die Lage im Nagaland und den umliegenden indischen Unionsstaaten wird sich in absehbarer Zukunft nicht entschärfen. Die unbegrenzte Verlängerung des Waffenstillstandes zwischen NSCN-IM und indischer Regierung ist nicht als Erfolg zu werten, solange die Nagarebellen sich in der Region praktisch unbehindert bewegen und bekämpfen können. Die neuen Gefechte mit der indischen Armee zeigen außerdem, dass auch ein unbegrenzter Waffenstillstand mit der indischen Regierung keine Grundlage für ein Ende der Gewalt bildet. Die profitable Kriegsökonomie der NSCN-Fraktionen bleibt der wichtigste Hinderungsgrund für einen dauerhaften Frieden, besonders solange die indischen Sicherheitskräfte nicht schärfer durchgreifen.

Hanning Voigts

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

- Baruah, Sanjib: Confronting Constructionism. Ending India's Naga War, in: Journal of Peace Research 40 (2003), S.321-338
- Bliesemann de Guevara, Berit: Indiens vergessener Nordosten: Gewaltakteure der Seven-Sisters-Region, in: Bakonyi, Jutta / Hensell, Stephan / Siegelberg, Jens (Hrsg.), Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 260-278
- Dev, Rajesh: Nagaland. More Space for Democratic Politics, in: Economic and Political Weekly, 26. April 2003, S.1637-1640
- Shimray, A. S. Atai: Let Freedom Ring. Story of Naga Nationalism, New Delhi 2005
- Verghese, B.G.: India's Northeast Resurgent. Ethnicity, Insurgency, Governance, Development, 2. Auflage, New Delhi 2002
- <http://www.saag.org> (South Asia Analysis Group)
- <http://www.satp.org> (South Asia Terrorism Portal des Institute for Conflict Management)

Indien (Naxaliten)

(Krieg)

Beginn: 1997
 Kriegstyp: A-2
 Beteiligte: CPI-Maoist / Indien, *Salwa Judum*

In dem Konflikt, in welchem maoistische Rebellen (auch bezeichnet als *Naxaliten*) einen bewaffneten Kampf gegen indische Sicherheitskräfte und die Armee führen, kam es 2007 im Vergleich zum Vorjahr zu einer Intensivierung der Auseinandersetzungen, wobei vor allem die Zahl der Todesopfer stark anstieg. Zentrum der gewalttätigen Ausschreitungen blieb wie 2006 der Bundesstaat Chhattisgarh, wo Konfrontationen mit der seit 2005 agierenden *Salwa Judum* (Friedensmission), einer staatlich geförderten Bürgerwehr, die Situation verschärften. Allen beteiligten Konfliktparteien wurden erneut schwere Verstöße gegen die Menschenrechte vorgeworfen. Dabei nahm insbesondere die Kritik gegenüber den staatlichen Sicherheitskräften zu.

Die Hauptursache des sogenannten *Naxaliten*-Konflikts, der inzwischen das gesamte Gebiet zwischen dem im Südosten Indiens gelegenen Unionsstaat Andhra Pradesh und der nepalesischen Grenze im Norden erfasst hat, liegt in der ungleichen Verteilung des Ackerlandes. Dieses Problem, welches auf die britische Kolonialherrschaft zurückgeht, wurde bis heute nicht gelöst. Immer noch hat der Großteil der Bewohner dieser Gebiete, welche zu den rückständigsten und ärmsten Indiens zählen, kein Landnutzungsrecht und damit keinen direkten Zugang zu der Haupteinnahmequelle. Die Situation wurde vielerorts noch verschärft durch Privatarmeen von Großgrundbesitzern, welche die Bevölkerung terrorisierten. Im organisierten Widerstand gegen die soziale Ungerechtigkeit und das ökonomische Ungleichgewicht

verfügten die *Naxaliten* über eine relativ breite Basis unter den häufig kastenlosen Feldarbeitern, verarmten Bauern und *Adivasi* (Ureinwohner) solcher Gebiete. Den ideologischen Bezugspunkt der *Naxaliten* bildet der Maoismus. Dabei agierten die Rebellen jedoch unabhängig von der Volksrepublik China.

Die Kämpfe der *Naxaliten* nahmen zwischen 1967 und 1970 als bewaffneter Bauernaufstand in den Unionsstaaten West-Bengalen und Andhra Pradesh ihren Anfang. Nachdem die Bewegung zwischen 1972 und 1977 niedergeschlagen wurde und Tausende *Naxaliten* massiven Vergeltungsmaßnahmen der indischen Sicherheitskräfte zum Opfer fielen, konnten sie in den 1980er Jahren zunehmend Intellektuelle für sich gewinnen und waren seitdem wieder verstärkt aktiv. Kriegerische Ausmaße hat der Konflikt spätestens seit 1997 angenommen.

Bis vor wenigen Jahren teilten sich die *Naxaliten* in mehrere einflussreiche Fraktionen. Die beiden größten Gruppen, *People's War Group* (PWG) und *Maoist Communist Centre* (MCC), schlossen sich im September 2004 zur *Communist Party of India – Maoist* (CPI-Maoist) zusammen. In ihr sind etwa 15.000 kämpfende und 40.000 nicht kämpfende Aktivisten organisiert. Wurde zu Beginn der Auseinandersetzungen noch auf einfache Waffen wie Äxte und Speere zurückgegriffen, wurden im Verlauf des Konflikts neben diesen auch vermehrt kleine Handfeuerwaffen, Handgranaten, Landminen und Sturmgewehre eingesetzt.

Bis zur Vereinigung von PWG und MCC 2004 kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den naxalitischen Fraktionen. Diese lassen sich jedoch in erster Linie auf die Konkurrenz um finanzielle Profite, die mit der Vorherrschaft in den kontrollierten Gebieten verbunden sind, zurückführen, als dass sie auf ideologischen Differenzen basierten. So erpressten die Rebellen beispielsweise allein im Bundesstaat Bihar Schätzungen zufolge jährlich umgerechnet mehr als 6 Millionen Euro von Lokalbeamten und Unternehmen. Neben der Finanzierung durch Steuern und Erpressungen kam es unter anderem auch zu Entführungen von Geschäftsleuten.

Die maoistischen Rebellen operierten zunächst vorwiegend in den zentralen Regionen des nordöstlich gelegenen, an Nepal grenzenden Unionsstaates Bihar und in den nördlichen Gebieten des zentral gelegenen Andhra Pradesh. Nachdem die *Naxaliten* ihre Aktivitäten auf einige Regionen der neu gegründeten, rohstoffreichen Unionsstaaten Jharkhand und Chhattisgarh ausgeweitet hatten, ist die Zahl der betroffenen Unionsstaaten mittlerweile auf zehn angestiegen, das heißt, in rund einem Drittel aller indischen Bundesstaaten wurden Anschläge und Überfälle verübt. In Staaten wie Bihar und Andhra Pradesh hat der indische Staat dabei in vielen Gebieten seinen Einfluss verloren und die *Naxaliten* haben eine Parallelverwaltung installiert: So kontrollierten sie vielerorts beispielsweise Schul- und Justizwesen, innerhalb dessen die *Naxaliten* in sogenannten Volkstribunalen Schiedssprüche fällten. Aufrufe zu Boykotten im landwirtschaftlichen Bereich, aber auch die Ermor-

dung mutmaßlicher Spitzel im Dienste der Polizei und anderer politischer Gegner sowie Feuergefechte und Sprengstoffanschläge auf Polizeieinheiten und Infrastruktureinrichtungen prägten das Vorgehen der maoistischen Rebellen.

Vor dem Hintergrund eines schwindenden staatlichen Gewaltmonopols lieferten sich die *Naxaliten* überdies heftige Kämpfe mit Privatarmeen der Mittel- und Oberkasten sowie Großbauern. Unter diesen sind dabei vor allem die Aktivitäten der vorwiegend im Bundesstaat Bihar agierenden, mutmaßlich von der Zentralregierung in New Delhi unterstützten *Ranvir Sena* wegen ihrer Größe und paramilitärischen Organisationsstruktur besonders bekannt geworden. Von besonderer Bedeutung im *Naxaliten*-Konflikt wurde die im Juni 2005 im Süden Chhatisgarhs gegründete *Salwa Judum*. Als die *Naxaliten* im Sommer 2005 zu einem Boykott aufriefen, kam es zu Protesten innerhalb der Bevölkerung. Dieser wurde seitens der Regionalpolitik dazu ausgenutzt, die *Salwa-Judum*-Kampagne ins Leben zu rufen, bei der Zivilisten mit Waffen versorgt und an diesen ausgebildet wurden, um so ein Gegengewicht zu den naxalitischen Rebellen zu schaffen und den staatlichen Sicherheitskräften Entlastung zu bieten. Im Zuge dieser Kampagne wurden die Bewohner ganzer Dörfer in Lager umgesiedelt, um so die Gruppen möglichst gut organisieren und möglichst viele Bewohner als sogenannte Special Police Officers (SPO) rekrutieren zu können.

Trotz einer Zunahme naxalitischer Angriffe über die Jahre, lässt sich gleichzeitig eine gegenläufige Tendenz beobachten: so hat die Bevölkerung den Rebellen in den vergangenen Jahren zunehmend die Unterstützung verweigert, was sich einerseits auf die Einschüchterungspolitik und eine damit wachsende Distanz zwischen Rebellen und Bevölkerung zurückführen lässt, andererseits wurden 2005 seitens der indischen Regierung Rehabilitierungsangebote ausgesprochen, denen eine Reihe der Rebellen folgten. Trotz einer gewissen Schwächung gelang es der CPI-Maoist 2005 dennoch, die Kampfgebiete im Norden und Osten so miteinander zu verbinden, so dass zwischen den östlichen Regionen Indiens und dem Rest des Landes keine Verbindung mehr besteht, die nicht durch vom Konflikt betroffene Regionen führt.

Waren 2006 in Andhra Pradesh und anderen Regionen die Gewalt aufgrund der Verstärkung von Polizeikräften, sozioökonomischen Veränderungen und der von Indiens Regierung ausgesprochenen Rehabilitationsangebote leicht rückläufig, kam es im Bundesstaat Chhattisgarh hingegen zu einer Verschärfung des Konflikts. So waren rund die Hälfte der insgesamt 750 Toten, die dem Konflikt 2006 zum Opfer gefallen sind, bei Auseinandersetzungen in Chhattisgarh umgekommen. Dies lässt sich vor allem auf die *Salwa-Judum*-Kampagne in der betroffenen Region zurückführen. Dabei wurde den SPO von mehreren Organisationen schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen: So sollen neue Mitglieder durch Gewaltandrohung rekrutiert worden sein, es heißt, es habe willkürliche Hinrichtungen gegeben und an

von *Salwa-Judum*-Mitgliedern errichteten Kontrollpunkten sei systematisch Geld von Durchreisenden erpresst worden. Darüber hinaus habe die Bewaffnung großer Teile der Bevölkerung zur Folge gehabt, dass es für alle Beteiligten schwieriger geworden ist, zwischen ziviler Bevölkerung und kämpfenden Aktivisten zu unterscheiden. Dies habe zu einer Verschärfung des Konfliktes beigetragen und die Lager der *Salwa Judum* sind seit der Errichtung 2005 immer wieder Ziel maoistischer Angriffe geworden.

Im Vergleich zum Vorjahr kam es 2007 zu einem starken Anstieg der Todesopfer im *Naxaliten*-Konflikt. Schätzungen des *Asian Centre for Human Rights* gehen für die erste Hälfte des Berichtsjahres von einem Anstieg von 45 Prozent aus. Wie auch 2006 konzentrierten sich die Auseinandersetzungen in erster Linie auf den Bundesstaat Chhattisgarh. Bei einem Angriff, der sich gleich zu Beginn des Jahres 2007 in einem Lager der *Salwa Judum* in Chhattisgarh ereignete, starben 55 Polizisten und SPO. Neben einer Reihe von Überfällen auf solche Lager wurden unter anderem Anschläge auf Regionalpolitiker verübt. Bei einem Angriff auf ein Volksfest in Jharkhand Ende Oktober 2007, der dem Minister Babulal Marandi galt, kamen neben dessen Sohn 18 weitere Menschen ums Leben.

Erneut kam es auch im Berichtsjahr wieder zu Boykottaufrufen seitens der *Naxaliten*, bei denen mehrere Bauern, die sich weigerten, daran teilzunehmen mit Äxten hingerichtet wurden. Im Juli des Berichtsjahres wurde von den *Naxaliten* darüber hinaus eine mehrtägige Straßenblockade organisiert, die fünf östliche Bundesstaaten umfasste und damit weite Teile des Verkehrsnetzes in Mittel- und Ostindien betraf. Dabei wurden unter anderem Eisenbahnstrecken gesprengt, Stromleitungen zerstört und ein Bahnhof in West-Bengalen niedergebrannt. Die Blockade fand weitestgehend Unterstützung seitens der ländlichen Bevölkerung, was dafür spricht, dass trotz des Rückgangs der vergangenen Jahre die Basis für naxalitische Angriffe in diesen Gebieten nach wie vor recht groß ist.

Gab es 2005 verstärkt Bemühungen seitens der indischen Regierung zur Lösung des Konflikts auch mit Hilfe von Rehabilitations- und Gesprächsangeboten beizutragen, wurde 2007 die Tendenz des Vorjahres fortgeführt, doch wieder verstärkt auf Gewalt im Kampf gegen die Rebellen zu setzen. So wurde im August auf nationaler Ebene beschlossen, in jeweils zwei Distrikten der vier Bundesstaaten Bihar, Chhattisgarh, Jharkhand und Orissa neue militärische Aktionen gegen die *Naxaliten* zu starten. Und auch auf regionaler Ebene setzt sich diese Tendenz der zunehmenden Militarisierung fort. Allein im Bundesstaat Jharkhand wurden in der ersten Jahreshälfte 2007 rund 25 Schulen in Polizeilager umgewandelt, um den Kampf gegen die *Naxaliten* zu forcieren. Von dieser Aktion waren rund 12.000 Schüler betroffen.

Ob die zunehmend militärische Antwort von staatlicher Seite den erwünschten Erfolg im *Naxaliten*-Konflikt mit sich bringt, bleibt jedoch abzuwarten. Besonders die Erfahrungen hinsichtlich der *Salwa Judum* haben ge-

zeigt, dass eine solche Vorgehensweise, ohne die Bemühungen um eine politische Strategie im Umgang mit den *Naxaliten*, welche auch das Kernproblem des Konfliktes in Form von Landumverteilungen und Bodenreformen in Angriff nimmt, zur Verschärfung des Konfliktes beitragen kann.

Nora Schlenzig

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

- Duyker, Edward: Tribal Guerillas. The Santals of West-Bengal and the Naxalite Movement, Oxford 1987
- Mallik, Ross: Indian Communism. Opposition, Collaboration and Institutionalization, New Delhi u.a. 1994
- Mhra, Ajay K.: Naxalism in India. Revolution or Terror?, in: Terrorism and Political Violence 12/2 (2000), S. 37-66
- Ramana, P.V.: Internal and International Linkages of Naxalites, in: Dialogue (6) 2005: http://www.asthabharati.org/Dia_Apr05/ramana.htm
- Ramana, P.V.: Left-Wing Extremism in India, in: Sengupta, D. (Hrsg.): Terrorism in South Asia, New Delhi 2004
- Ray, Rabindra: The Naxalites and Their Ideology. Oxford 1988
- Singh, Prakash: The Naxalite Movement in India. New Delhi 2006
- Stiebler, Klaus: Wie gefährlich sind die Naxaliten, in: Internationales Asien-Forum 2/1971, 112-117
- Toepfer, Eric: Ein vergessener Bürgerkrieg, in: antimilitarismus informationen 28/7 (1998), S.41-45
- Wilke, Boris: Krieg auf dem indischen Subkontinent. Strukturgeschichtliche Ursachen gewaltsamer Konflikte in Indien, Pakistan und Bangladesh (Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg, Arbeitspapier Nr.1/1997), Hamburg 1997
- <http://www.achrweb.org/ncm/ncm.htm> (Asian Centre for Human Rights: Naxal Conflict Monitor)
- <http://www.cpiml.org> (CPI(ML), von der sich die Naxaliten in den späten 1960er Jahren abgespalten haben)
- <http://www.hindu.com> (Zeitung)
- <http://www.hindustantimes.com> (Zeitung)
- <http://www.ipcs.org> (Institute for Peace and Conflict Studies)
- <http://www.observerindia.com> (Observer Research Foundation, New Delhi)
- <http://www.timesofindia.indiatimes.com> (Zeitung)

Indien (Tripura)

(Krieg)

Beginn: 1999
 Kriegstyp: B-2
 Beteiligte: NLFT-B, ATTF, BNCT / Indien

Im Berichtsjahr wurden die bewaffneten Auseinandersetzungen mit indischen Sicherheitskräften in Tripura hauptsächlich von zwei Rebellengruppen ge-

führt, der *National Liberation Front of Tripura* (NLFT-B) und der *All-Tripura Tiger Force* (ATTF). Insgesamt war 2007 ein erneuter Rückgang an gewalttätigen Auseinandersetzungen zu verzeichnen. Gegen Ende des Jahres kam es zu vermehrten Rebellenaktivitäten, die im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen in Tripura Ende Februar 2008 standen. Ob und gegebenenfalls welchen Einfluss das Wahlergebniss auf die Entwicklung des Konfliktes haben wird, bleibt abzuwarten.

Tripura war während der Kolonialzeit eine unabhängige administrative Einheit unter britischer Herrschaft. Nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 wurde es Teil der Indischen Union und die Zentralregierung übernahm die Verwaltung. Als erste Region des indischen Nordostens erlebte Tripura bald nach der indischen Unabhängigkeit eine massive demographische Veränderung. In den 1950er Jahren kamen in großer Zahl bengalische Flüchtlinge aus Ostpakistan, dem heutigen Bangladesch, nach Tripura, wodurch der Anteil der einheimischen Bevölkerung, der vor der Unabhängigkeit noch bei über 50 Prozent gelegen hatte, bis 1981 auf rund 25 Prozent sank. Die folgende wirtschaftliche und politische Marginalisierung der autochthonen Bevölkerung hatte verschiedene Ursachen: Um die Integration der Bengalen voranzutreiben, unterstützte die Regierung die Ansiedlung der sesshaften Ackerbau betreibenden Einwanderer auf dem Land, das die Bewohner Tripuras traditionell für ihren Wanderfeldbau nutzten. Die Flüchtlinge waren im Durchschnitt gebildeter und besetzten bald den tertiären Sektor und wichtige politische Ämter der Region. Schließlich begannen die politischen Parteien mit der wachsenden Zahl der Bengalen hauptsächlich um deren Stimmen zu konkurrieren, wodurch die tribalen Gruppen noch weiter marginalisiert wurden.

Die sukzessive Übernahme wirtschaftlicher und politischer Macht durch die bengalischen Zuwanderer trieb die Verarmung und Marginalisierung der tribalen Bevölkerung voran. 1978 gründeten radikale Studenten mit den *Tripura National Volunteers* (TNV) die erste zentrale Gruppe im Kampf für einen unabhängigen Staat Tripura. Nach einem Jahrzehnt bewaffneter Auseinandersetzungen konnte ein Friedensabkommen zwischen den TNV, der Regierung Tripuras und der Zentralregierung unter Führung des *Indian National Congress* (INC) unterzeichnet werden. Infolge dieses Abkommens legten die meisten TNV-Mitglieder die Waffen nieder und übernahmen Ämter in der Administration Tripuras. In der Folgezeit bezahlten die politischen Parteien Tripuras zunehmend militante Gruppen, um die jeweils an der Macht befindlichen Parteien unter Druck zu setzen und den Ausgang von Wahlen zu beeinflussen. Die *All-Tripura Tiger Force* (ATTF), die 1990 von ehemaligen TNV-Rebellen mit dem Argument gegründet wurde, die Regierung habe die vereinbarte Rückgabe tribalen Landes nicht umgesetzt, wurde zunächst von der *Communist Party of India (Marxist)* (CPI(M)) unterstützt. Der INC stand hingegen in enger Verbindung zu der 1989 ebenfalls von Ex-TNV-Kämpfern gegründeten *National Liberation Front of Tripura* (NLFT).

Die Bindungen der Gruppierungen an die politischen Parteien haben sich jedoch mit der voranschreitenden Diversifizierung ihrer Einkommensquellen und der damit gewonnenen Unabhängigkeit allmählich gelockert. Daher haben die Rebellengruppen bezüglich ihrer Mitglieder und Zielsetzungen kaum noch etwas mit ihrer Vorgängerorganisation gemeinsam, sondern sind vielmehr als eigenständige Akteure zu verstehen. Die tripurischen Rebellengruppen finanzieren sich neben den verdeckten Zuwendungen der politischen Parteien durch Einnahmen aus Entführungen, der „Besteuerung“ der Bevölkerung, Schutzgeldererpressungen und der gewaltsamen Kontrolle der wirtschaftlich bedeutenden Hauptverkehrsader zwischen Guwahati und der Hauptstadt Agartala.

Sowohl die ATTF als auch die NLFT kämpften dabei für ein unabhängiges Tripura und eine stärkere Berücksichtigung der tribalen Identität und Kultur. Die ATTF ging in ihren Forderungen so weit, dass sie zusätzlich eine Abschiebung aller Bengalis, die nach 1956 nach Tripura eingewandert waren, verlangte. Eine Konkurrenz der Anführer um Macht, kriegsökonomische Einkommensquellen und ideologische Differenzen führten jedoch zu einer Feindschaft zwischen der ATTF und der NLFT. Auch innerhalb der NLFT traten Differenzen auf, die 2001 in eine erste Spaltung mündeten. Die NLFT-B unter Biswamohan Debbarma versuchte die Stammesbevölkerung gewaltsam zum Christentum zu bekehren, da angeblich das Praktizieren des Hinduismus zur Marginalisierung der autochthonen Bevölkerung beigetragen habe. Die zweite Fraktion unter der Führung von Nayanbashi Jamatiya (NLFT-N), lehnte dies indes ab.

Am 15. April 2004 einigten sich zum ersten Mal Führer der NLFT-N und Teile der NLFT-B, die sich von Biswamohan Debbarma losgesagt hatten, mit der indischen Zentralregierung in New Delhi auf die Aufnahme von Friedensverhandlungen und auf ein Waffenstillstandsabkommen. Diese ersten Friedensgespräche seit Bestehen der NLFT sind wahrscheinlich auf die Schwächung der Gruppen durch die Spaltungen, zahlreiche Desertionen sowie eine schwindende Unterstützung aus der Bevölkerung zurückzuführen. Als Bedingungen für den Friedensprozess wurden ein politisches Amt für Nayanbashi Jamatiya und eine Amnestie für alle NLFT Rebellen gefordert.

Vier formale Verhandlungs- und zahlreiche informelle Gesprächsrunden führten am 17. Dezember 2004 zur Unterzeichnung eines Memorandums zwischen der Zentralregierung, der Unionsstaatsregierung und der NLFT-N in New Delhi. Die NLFT-N sicherte die Unterlassung von gewalttätigen Übergriffen zu und versprach, ihre Waffen abzugeben. Im Gegenzug sicherte die indische Regierung die Einrichtung von Entwicklungsfonds für Tripura und spezielle Rehabilitationspakete für ehemalige NLFT-N-Rebellen zu. Ferner versprach die Regierung Tripuras, die von der CPI(M) geführt wurde, den NLFT-N-Rebellen Straffreiheit, woraufhin sich 138 Mitglieder der NLFT-N im Dezember 2004 ergaben.

Um eine politische Marginalisierung zu vermeiden, brachte die ATTF drei Vorbedingungen zum Ausdruck, um ebenfalls an den Friedensgesprächen teilzunehmen, die jedoch von der indischen Regierung abgelehnt wurden. Die ATTF forderte, all denjenigen, die nach 1949 in Tripura eingereist und deren Namen nicht in den Wählerlisten von 1952 verzeichnet waren, die Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Zusätzlich sollte die Frage der Souveränität eine Rolle in den Friedensverhandlungen spielen und ein Repräsentant der *Unrepresented Nations and Peoples Organization* (UNPO) während der Verhandlungen anwesend sein. Dagegen verurteilte die NLFT-B die Friedensversuche gänzlich.

Die ATTF und die NLFT-B setzten daher ihre bewaffneten Übergriffe und Entführungen fort. Das Grenzgebiet in Bangladesch diente den Rebellen dabei als Rückzugsraum, in dem sie sich aufgrund der durchlässigen Grenze zahlreiche Verstecke einrichten konnten. Dennoch gingen die Opferzahlen nach den Friedensverhandlungen deutlich zurück. Kamen 2004 noch mindestens 120 Menschen ums Leben, starben 2006 weniger als 60 in gewaltsamen Auseinandersetzungen. Da die Polizei ihre Bekämpfungsstrategie durch ein Aufstocken ihrer Einheiten innerhalb Tripuras und an der Grenze zu Bangladesch verbesserte, kam es auch zu einem Rückgang der Entführungen und Schutzgelderpressungen.

Der Umfang der kriegerischen Auseinandersetzungen ist im Berichtsjahr weiter zurückgegangen. Dennoch ereigneten sich über das gesamte Jahr verteilt noch bewaffnete Übergriffe mit Todesopfern sowohl auf Seiten der ATTF- und NLFT-Rebellen als auch unter den Sicherheitskräften. Zudem wurden auch 2007 ungefähr 40 Personen Opfer von Entführungen. Allerdings ist die Anzahl der gemeldeten Todesopfer und gewalttätigen Zusammenstöße im Berichtsjahr weiter leicht gesunken. Während 2005 noch 115 bewaffnete Auseinandersetzungen bekannt gemacht wurden, waren es 2006 noch 102 und 2007 lag die Zahl bei ungefähr 90. Es ergaben sich zudem zahlreiche Kader sowohl der ATTF als auch der NLFT. Zwar nutzten die Rebellen weiterhin das Grenzgebiet zu Bangladesch als Rückzugsgebiet und bildeten dort auch neue Rekruten aus. Die harten Lebensbedingungen und die schlechte Versorgung in den Lagern in Bangladesch führten jedoch zunehmend zu Frustration unter den Anhängern.

Für die weitere Entwicklung des Konfliktgeschehens könnten die Parlamentswahlen, die am 23. Februar 2008 stattfinden werden, ausschlaggebend sein. Im Vorfeld der Wahlen hat sich eine verstärkte Aktivität der Rebellen Gruppen bemerkbar gemacht. Besonders die NLFT und der *Borak National Council of Tripura* (BNCT), eine Splittergruppe, die sich im Jahre 2000 von der NLFT abgespaltete, waren für Attentate und Entführungen, die vor allem gegen Mitglieder und Sympathisanten der CPI (M) gerichtet waren, verantwortlich. Durch Einschüchterungen sollte die Bevölkerung dazu bewegt werden, den Rebellen nahestehende Kandidaten zu wählen. In den Wahlen

wird die Regierung bestehend aus der CPI(M) und dem *Forward Block* (FB) vom INC mit Unterstützung der *Indigenous Nationalist Party of Tripura* (INPT) herausgefordert. Die Wiederwahl der CPI(M) wird zusätzlich durch einen Streit mit dem FB um die Ämterverteilung gefährdet. Auf der anderen Seite ist der INC vor allem bei der einheimischen Bevölkerung auf die Unterstützung der INPT angewiesen. Bestehend aus einem Zusammenschluss mehrerer tribaler Gruppierungen, gilt die INPT als der politische Flügel der NLFT.

Aurélien Klein

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Bliesemann de Guevara, Berit: Indiens vergessener Nordosten: Gewaltakteure der Seven-Sisters-Region, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.), *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*, Baden-Baden 2006, S. 260-278

Syamal Kumar, Ray: *India's North-East and the Travails of Tripura*, Kalkutta 2003

Verghese, B.G.: *India's Northeast Resurgent. Ethnicity, Insurgency, Governance, Development*, 2. Auflage, New Delhi 2002

<http://www.ipcs.org> (Institute for Peace and Conflict Studies, New Delhi)

<http://www.saag.org/> (South Asia Analysis Group)

<http://www.satp.org> (South Asia Terrorism Portal des Institute for Conflict Management)

<http://www.tripura.nic.in> (Regierung Tripuras)

<http://www.tripurapolice.nic.in> (Polizei Tripuras)

Indonesien (Westpapua)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 1965 (Krieg 1965-1993)

Beteiligte: OPM / Indonesien

Der bewaffnete Konflikt in der indonesischen Provinz Westpapua konnte auch im Berichtsjahr nicht endgültig beendet werden. Abgesehen von zwei militärischen Operationen der indonesischen Streitkräfte im Hochland von Westpapua gegen den militärischen Flügel der nach Unabhängigkeit strebenden *Organisasi Papua Merdeka* (OPM, Organisation Freies Papua) fand der Konflikt jedoch auf einem sehr niedrigem Intensitätsniveau statt. Ausbrüche von Gewalt ereigneten sich meist im Zusammenhang mit Demonstrationen und standen nicht mit militärischen Konfrontationen im Zusammenhang.

Die Auseinandersetzungen in Westpapua, der an Papua Neuguinea angrenzenden, östlichsten und flächenmäßig größten indonesischen Provinz, gehen bis in die 1960er Jahre zurück und eskalierten 1965 zu einem Krieg, der bis 1993 anhielt. Während die Kolonie Niederländisch-Indien größtenteils bereits 1949 als Vereinigte Staaten von Indonesien in die Unabhängigkeit entlassen wurde, blieb Westpapua noch bis 1962 als Niederländisch-

Neu-Guinea Kolonialgebiet. Nach kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Indonesien und den Niederlanden und einer kurzen Übergangsphase unter UN-Verwaltung wurden die Verwaltungstätigkeiten an die indonesische Zentralregierung übergeben, die mittels einer manipulierten Abstimmung 1969 den Verbleib Westpapas im indonesischen Staatsgefüge erwirkte. Die UN akzeptierten das Ergebnis des sogenannten Act of Free Choice. Doch diese Quasi-Annexion verstärkte das Aufbegehren der autochthonen Bevölkerung. Die zentrale Forderung der papuanischen Unabhängigkeitsbewegung ist eine demokratische Neuauflage des Act of Free Choice und die politische Achtung der Belange der indigenen Papua. Den Widerstand der Unabhängigkeitsbewegung wurde von staatlicher Seite jedoch mit massiven Repressionen begegnet. Je nach Quellen sind seit Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen 100.000 und 300.000 Papua getötet worden, an den Kriegsfolgen gestorben oder verschwunden.

Mit der indonesischen Annexion Westpapas setzten zusätzlich starke Migrationsbewegungen vornehmlich von Java nach Westpapua ein, die größtenteils staatlich gelenkt, zum Teil aber auch freiwillig motiviert waren. Im Rahmen sogenannter Transmigrasi-Programme wurden mehrere hunderttausend, zumeist arme Bauern nach Westpapua umgesiedelt. Diese Programme waren seit der indonesischen Staatsgründung integraler Bestandteil einer zentralistischen Entwicklungsplanung und dienten der staatlichen Durchdringung peripherer Regionen des Landes. Heute sind etwa 40 Prozent der 2,4 Millionen Einwohner Westpapas Immigranten aus anderen Teilen Indonesiens. Diese dominieren besonders in den Städten Wirtschaft und Verwaltung. Ihre politische und ökonomische Vormachtstellung innerhalb der Provinz schürte bei vielen meist christlichen indigenen Papua Ressentiments und hat in der Vergangenheit immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gegenüber den meist muslimischen Einwanderern geführt. Zu den Zielen der indonesischen Umsiedlungspolitik gehörte auch die ökonomische Nutzung der natürlichen Ressourcen der Provinz, vor allem Kupfer, Gold, Gas und Edelhölzer. Bereits vor 1969 begann die indonesische Zentralregierung Konzessionen für Westpapua an multinationale Konzerne wie das Bergbauunternehmen Freeport McMoRan zu vergeben, das seit den 1960er Jahren in der Provinz eine der weltgrößten Gold- und Kupferminen betreibt. Dabei ist Westpapua trotz des Ressourcenreichtums die rückständigste und ärmste Provinz des indonesischen Archipels da sie nur geringfügig von den Gewinnen aus der Ressourcenausbeutung profitiert. Darüber hinaus werden die traditionellen Eigentums- und Landnutzungsrechte der indigenen Bevölkerung von staatlicher Seite systematisch missachtet. Die damit einhergehenden Landenteignungen und Vertreibungen sind weitere wesentliche Ursachen für den Widerstand der Papua.

Die OPM ist die älteste und inzwischen einzige aktive Unabhängigkeitsgruppierung der Papua und trat 1964 das erste Mal in Erscheinung. Sie be-

stand traditionell aus zwei widerstreitenden Fraktionen: der *Viktoria*-Gruppe unter der Führung Seth Rumkorems und der *Pemulihan Keadilan* (PEMKA, Kommando für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit) unter der Führung Jacob Prais. Beide Fraktionen verfügten über einen militärischen Flügel: die Viktoria-Gruppe über die *Tentara Pembebasan Nasional* (TPN, Nationale Befreiungsarmee) unter General Mathias Wenda, die PEMKA über die *Pasukan Pembebasan Nasional* (PAPENAL, Nationale Befreiungsgruppe). Dabei ist heute allein die TPN noch militärisch aktiv. Inzwischen ist die exakte Führungsstruktur für Außenstehende jedoch sehr unübersichtlich geworden. Angeblich sollen General Wenda und ein gewisser Goliat Tabuni den militärischen Teil der Bewegung anführen, wobei ein anderer Flügel unter Bernard Mawen inzwischen militärisch inaktiv ist. Die TPN ist dezentral organisiert und rekrutiert sich fast ausschließlich aus der ländlichen Bevölkerung. Ihre Stärke belief sich relativ konstant auf einige hundert Mitglieder, die neben einer kleineren Anzahl von Handfeuerwaffen fast ausschließlich mit traditionellen Waffen wie Pfeil und Bogen ausgerüstet waren. Angriffe auf Polizei- und Militärposten, Überfälle auf Materiallager internationaler Konzerne sowie vereinzelte Entführungen zusammen mit einer starken Unterstützung durch die indigene Zivilbevölkerung sicherten die materielle Reproduktion. Insgesamt aber begrenzte die schlechte materielle Ausstattung und Bewaffnung ihre Aktionsfähigkeit deutlich. Der militärische Widerstand gegen die gut ausgerüsteten indonesischen Streitkräfte hatte daher in den letzten Jahren einen eher symbolischen Charakter.

Deutlich besser organisiert dagegen ist seit einigen Jahren der öffentliche Protest der urbanen Bevölkerung. Diese Demonstrationen verliefen oftmals sehr gewalttätig. Immer wieder werden Demonstranten und Sicherheitspersonal verletzt oder sogar getötet. Doch besonders in den letzten Jahren beruhigte sich die Lage sichtlich. Ursache dafür könnten die nach dem Sturz von Präsident Mohamed Suharto (1966-1998) eingeleiteten Reformen und die Gründung der *Presidium Dewan Papua* (PDP, Papuanische Präsidiumsversammlung) im Jahr 2000 sein. Der indonesische Präsident Abdurrahman Wahid unterstützte die Einrichtung dieser hauptsächlich von den urbanen Eliten Papuas getragenen Institution in der Hoffnung, einen von der papuanischen Bevölkerung akzeptierten Verhandlungspartner für die Zukunft zu gewinnen. Die PDP verfolgt einen moderateren und gewaltfreieren Kurs als die OPM und tritt lediglich für eine Autonomie Westpapas innerhalb des indonesischen Staates ein.

Der Unabhängigkeitsbewegung stehen die indonesischen Sicherheitskräfte gegenüber. Sie setzen sich aus Militär- sowie regulären und paramilitärischen Polizeieinheiten zusammen. Zurzeit sind 12.000 Soldaten und 2.000 bis 2.500 paramilitärische Sicherheitskräfte in Westpapua stationiert. Häufig arbeiten Teile der Sicherheitskräfte mit Milizen zusammen, wie der in Westpapua operierenden islamistischen Gruppierung *Laskar Jihad* (Armee des

Heiligen Kriegen). Das Vorgehen von Militär und Milizen ist bis heute in Westpapua von massiven Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet.

Neben einzelnen Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der TPN und den Sicherheitskräften kam es vereinzelt auch zu Anschlägen auf Militär- und Polizeieinheiten, multinationale Konzerne sowie Zivilisten. Dabei wurden diese nicht nur von Mitgliedern der TPN, sondern in einzelnen Fällen von Angehörigen der Sicherheitskräfte und ihrer Verbündeten durchgeführt, um die eigene Präsenz als unverzichtbar darzustellen und so einen Verlust an politischem und ökonomischem Einfluss zu verhindern. Die schwersten Zwischenfälle der jüngeren Vergangenheit ereigneten sich 2005 im zentralen Hochland Westpapas. Vor allem durch die Folgen von Flucht und Vertreibungen kamen dabei bis zu 50 Zivilisten ums Leben. Im März 2005 gab der Präsident bekannt, die Truppenstärke in Papua bis 2009 um etwa 50 Prozent auf 30.000 Mann zu erhöhen. Die auf diese Ankündigung folgenden Protestmärsche und Demonstrationen verliefen allerdings weitgehend friedlich und der Plan zur Truppenaufstockung wurde im Dezember 2005 wieder verworfen. Der Konflikt entspannte sich daraufhin sichtlich, die meisten Demonstrationen und Protestaktionen verliefen seither weitgehend friedlich. Bei verschiedenen massiven Demonstrationen und Ausschreitungen im März, April und Mai 2006 wurden einige Sicherheitskräfte und Demonstranten getötet und circa 50 Zivilisten verletzt. Über direkte bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Rebellen und den Streitkräften wurde nur noch sehr vereinzelt berichtet. In dem schwersten Zwischenfall griff die TPN am 10. April 2006 einen Armeeposten im Dorf Wembi an der Grenze zu Papua-Neuguinea an. Dabei wurden vier Soldaten getötet.

Im Berichtsjahr drangen indonesische Streitkräfte zweimal mit größeren Militäroperationen in das zentrale Hochland vor, um den bewaffneten Widerstand der TPN endgültig zu brechen. Insbesondere sollte auch die Zivilbevölkerung aus diesen schwer zugänglichen und kaum zu kontrollierenden Gebieten vertrieben werden, um der TPN Rückzugs- und Versorgungsmöglichkeiten in den Dörfern der Region abzuschneiden. Zunächst drangen die Streitkräfte im Frühjahr in die Region Punjak Jaya vor, im August dann in die Region Jamo. Bei der zweiten Offensive versuchten die Streitkräfte das Versteck der TPN-Gruppe um Goliat Tabuni einzukesseln, konnten die Aktion allerdings nicht erfolgreich beenden. Ein ähnlicher Versuch in derselben Region war bereits 2005 fehlgeschlagen. Während der beiden Militäroperationen wurde bis zu 3.000 Binnenflüchtlinge, massive Menschenrechtsverletzungen und vereinzelt Feuergefechte zwischen Rebellen und den Streitkräften berichtet. Auch sollen mehrere Zivilisten durch die Streitkräfte getötet worden sein. Wegen eines anhaltenden Einreiseverbots für Journalisten war jedoch die Informationslage zum Konfliktgeschehen ausgesprochen schlecht.

Insgesamt bleibt zu vermuten, dass der Konflikt in der nahen Zukunft auf einem sehr niedrigen Niveau verbleibt und sich vermehrt in Demonstrationen

und Protestaktionen ausdrückt. Direkte bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Rebellen und Sicherheitskräften sind in Zukunft nur noch sehr selten zu erwarten. Durch weitere Autonomiezugeständnisse Jakartas sowie einer gezielten Rückentwicklung der auf Ausbeutung und Korruption basierenden ökonomischen Strukturen in der Region könnte der Konflikt endgültig gelöst werden.

Manuel Probst

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Chauvel, Richard: Constructing Papuan Nationalism. History, Ethnicity, and Adaptation (Policy Studies 14 des East-West Center), Washington 2005

Coppel, Charles A: Violent Conflicts in Indonesia. Analysis, Representation, Resolution, London 2005

International Crisis Group: Papua. Answers to Frequently Asked Questions, Brüssel 2006: <http://www.icg.org>

King, Peter: West Papua and Indonesia Since Suharto. Independence, Autonomy or Chaos? Sydney 2004

Kivimäki, Timo/Thorning, Ruben: Democratization and Regional Power Sharing in Papua/Irian Jaya. Increased Opportunities and Decreased Motivations for Violence, Asian Survey 42 (2002), S.

McGibbon, Rodd: Secessionist Challenges in Aceh and Papua. Is Special Autonomy the Solution? Washington 2004

Schulze, Bodo: Militär und Rebellen in Papua, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 296-311

<http://www.etan.org/issues/wpapua> (East Timor and Indonesia Action Network)

<http://www.geocities.com/opm-irja> (OPM)

http://www.geocities.com/wp_tpnopm (TPN)

<http://www.tni.mil.id> (Streitkräfte Indonesiens)

Myanmar [Birma]

(Krieg)

Beginn: 2003 (zuvor 1948-1998 Krieg,
1998-2003 bewaffneter Konflikt)

Kriegstyp: B-2

Beteiligte: KNU, SSA-S / Myanmar, UWSA, DKBA, KSPC

Im Berichtsjahr 2007 verschärfte die Armee Myanmars erneut ihre Angriffe gegen die Rebellengruppen *Karen National Union* (KNU) und die *Shan State Army* (SSA-S). Dabei wurde vor allem versucht die KNU entscheidend zu schwächen, auch wenn sie schon seit Jahren keine realistische Bedrohung für den Staat mehr darstellt. Die Aufstände der Mönche im September 2007 und die Ausschreitungen in Rangun richteten die internationale Berichterstattung

und Aufmerksamkeit zwar auf Myanmar und die Demonstrationen, nicht aber auf die Kampfhandlungen in den Gebieten der Karen und Shan. Die verschärften Kämpfe in dem weltweit am längsten durchgehend andauernden kriegesischen Konflikt haben neben Todesopfern vor allem auf Seiten der Rebellengruppen und der Zivilbevölkerung einen enormen Anstieg der Zahl der Binnenflüchtlinge bewirkt.

Die Ursprünge des seit sechs Jahrzehnten andauernden Krieges in Myanmar reichen bis in die vorkoloniale Zeit zurück. Der Herrschaftsanspruch der birmanischen Könige auf bestimmte territoriale Abschnitte führte immer wieder zu Zusammenstößen mit anderen Völkern wie den Hmong, Shan, Kachin und Karen, die entlang der gebirgigen Grenzen des heutigen Staates leben. Um die 70 Prozent der heute etwa 51 Millionen Einwohner Myanmars gehören zu der Gruppe der Birmanen und verwandter Ethnien. Unter den etwa 100 verschiedenen Minderheiten in Myanmar bilden die Shan und die Karen mit jeweils zehn Prozent Bevölkerungsanteil die größten. Die britische Kolonialmacht förderte die Identitätsbildung der verschiedenen Ethnien Ende des 19. Jahrhunderts zusätzlich durch die Aufteilung des Landes in ein direkt verwaltetes Inner Burma und ein weitgehend autonom belassenes Outer Burma. Die Birmanen sahen sich erstmals fremdbestimmt und waren auch in der Kolonialarmee unterrepräsentiert.

Im Zweiten Weltkrieg wurden die Spannungen zwischen den einzelnen Gruppen weiter von außen verschärft, da die britische Armee überwiegend Karen und Kachin für den Kampf gegen Japan rekrutierte. Dieses wiederum wurde anfänglich von der birmanischen Unabhängigkeitsbewegung unterstützt, der es während des Krieges gelang, die dominierende Kraft in Myanmar zu werden und die Verhandlungen über die Unabhängigkeit zu forcieren. Die erste Verfassung von 1947 erschwerte eine Konsolidierung des Landes, da sie für die verschiedenen Ethnien unterschiedliche Zugeständnisse in Bezug auf deren Autonomie enthielt. Als Myanmar im Januar 1948 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, hatten kommunistische Gruppen bereits zu den Waffen gegriffen und im März 1948 begann der Bürgerkrieg mit der *Communist Party of Burma* (CPB).

Mit dem Beginn dieses Krieges rebellierten ganze Einheiten der Streitkräfte, um sich dem kommunistischen Aufstand, aber auch ethnischen separatistischen Gruppen anzuschließen. Die bis heute aktive *Karen National Union* (KNU) wurde im Februar 1947 gegründet. Mit dem Ziel der Sezession begann sie 1949 den bewaffneten Kampf. Die Karen hatten erwartet, dass ihnen von den Briten ein eigenständiger Staat zugesprochen würde. Aus Unzufriedenheit mit der Zentralregierung traten in den 1950er Jahren weitere ethnische Gruppen in den Konflikt ein. So hatte die Regierung U Nus in Yangon während der ersten Jahre des unabhängigen Staates nur die Kontrolle über die Hauptstadt und einige andere größere Städte und war daher bereits stark vom Militär abhängig.

Das Ende des parlamentarischen Systems, welches seit der Unabhängigkeit bestand, kam 1962 mit einem Putsch der Armee unter der Führung Ne Wins. Die von ihm eingesetzte Regierung lehnte alle in der Verfassung ursprünglich gewährten Autonomierechte ethnischer Gruppen ab. Die Armee wurde stark vergrößert und dominierte nun den Staat. Während auf politischer Ebene gleicher Status und gleiche Rechte für alle Ethnien in einer gemeinsamen Nation nach außen propagiert wurden, begann die Armee mit Gegenangriffen auf die von ethnischen Rebellenbewegungen kontrollierten Gebiete. Bis in die 1980er Jahre dominierten zwei Gruppen im Kampf gegen die Militärregierung, die CPB, die finanziell von China unterstützt wurde und die *National Democratic Front* (NDF). Letztere war ein Zusammenschluss von bis zu elf ethnischen Rebellengruppen, darunter der KNU, mit dem Ziel einer föderalen Union.

Ausgelöst durch eine Geldabwertung kam es ab Ende 1987 zu landesweiten Protesten, aus denen sich auch eine Demokratiebewegung entwickelte. Infolge der Aufstände trat Ne Win zurück. Nach Ausrufung des Kriegsrechts im August 1988 wurden die immer weiter erstarkenden Proteste blutig niedergeschlagen. Aus den Städten flohen Tausende in die von den Aufständischen kontrollierten Gebiete. Das Militär setzte eine neue Regierung ein und ließ 1990 zunächst Wahlen zu, erkannte den eindeutigen Sieg der *National League for Democracy* (NLD) jedoch nicht an. Der Militärrat nutzte den Widerstand aus der Demokratiebewegung, um härter gegen die Rebellengruppen vorzugehen und verdoppelte die Truppenstärke der Armee in der Folgezeit auf über 450.000 Mann.

In der Zeit zwischen Ende der 1980er Jahre und 1995 veränderte sich das Kriegsgeschehen. China stellte seine finanzielle Unterstützung für die CPB ein, die daraufhin in verschiedene Splittergruppen zerfiel. Mehrere dieser Gruppen, aber auch ein Teil der in der NDF organisierten ethnischen Rebellengruppen unterzeichneten in diesen Jahren Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung. Einige Fraktionen konnten weitgehende Selbstverwaltungsrechte für ihre Gebiete aushandeln und ihre Waffen behalten, unter anderem auch die auf immer noch mindestens 20.000 Kämpfer geschätzte *United Wa State Army* (UWSA). Diese kämpfte seitdem als Verbündete der Regierungstruppen. Die Waffenstillstandsabkommen wurden von der Regierung hauptsächlich dazu genutzt, eine wirtschaftliche und militärische Kontrolle in den ehemals von Rebellen beherrschten Gebieten zu erlangen.

In den Jahren 1995 und 1997 führten die Regierungstruppen unterstützt durch die *Democratic Karen Buddhist Army* (DKBA), einer Abspaltung der KNU, Großoffensiven gegen die KNU durch, die keinem Waffenstillstand zugestimmt hatte und nun die stärkste verbliebene Rebellenarmee bildete. Die Angriffe führten zur Zerstörung des KNU-Hauptquartiers in Manerplaw und zu großen Gebietsverlusten seitens der Rebellen. Auch gegen andere ethnische Rebellengruppen wie die SSA-S konnte die Armee mit ihren mili-

tärischen Vorstößen Erfolge verzeichnen. Die SSA-S als zweitbedeutendste noch verbliebene Rebellengruppe bildete sich erst 1996 aus den Resten einer der aufgelösten Gruppierungen und wird auf bis zu 10.000 Mann stark geschätzt. Sie kämpft im Norden Myanmars für einen unabhängigen Staat, nennt aber auch eine föderale Lösung als mögliches Ziel. Seit den militärischen Angriffen der Armee beschränkte sich das Wirken von KNU, SSA-S und anderer Gruppen auf einen Guerillakrieg ohne große Rückzugsmöglichkeiten und mit schwindenden finanziellen Ressourcen. Bereits 2003 verschärfte sich der Konflikt erneut und 2004 führten Machtkämpfe innerhalb der Regierung zur Absetzung und Verhaftung des Premierministers und Geheimdienstchefs Khin Nyunt, unter dessen Führung Friedensgespräche mit der KNU stattgefunden hatten. Dieser Verhandlungsprozess wurde mit dem Wechsel an der Regierungsspitze beendet. Im November 2005 begann die Armee eine Großoffensive gegen die heute 4.000 bis 5.000 Mann starke KNU und ihren bewaffneten Arm, die *Karen National Liberation Army* (KNLA), welche bis in das Berichtsjahr andauert. Gegen die SSA-S startete die Armee im Januar 2006 eine Großoffensive und insbesondere für die Monate Oktober und November 2006 wurde über Angriffe von Regierungstruppen und UWSA gegen die SSA-S berichtet.

Beide Rebellengruppen finanzieren sich bis heute durch die Besteuerung des Schwarzmarkthandels mit Nachbarländern und den Abbau natürlicher Ressourcen wie Teakholz und verschiedener Erze. Ebenso „besteuern“ aber auch Armeeeinheiten Bauern und engagieren sich teils selbst im Opiumanbau, da wegen der immer weiter steigenden Inflationsrate der Sold kaum zum Ernähren einer Familie ausreicht. Die Versorgung der Regierungstruppen wird auch durch Zwangsarbeit ermöglicht. Einige der bewaffneten Gruppen, insbesondere die UWSA, sind zu bedeutenden Akteuren im Drogengeschäft in der Grenzregion zu China, Laos und Thailand geworden. Myanmar ist nach Afghanistan der zweitgrößte Heroinproduzent. Es beugte sich 2006, als es im Oktober auf Drängen der USA Thema im UN-Sicherheitsrat wurde, dem internationalen Druck, nachhaltig gegen die Drogenproduktion vorzugehen. Der Wegfall der Opiumproduktion als Einnahmequelle bedroht jedoch die Lebensgrundlage vieler Bauern.

Im Berichtsjahr 2007 kam es regelmäßig zu Kampfhandlungen zwischen der KNU und der Armee. Dabei fanden zeitweise täglich Gefechte statt, bei denen beide Seiten Verluste erlitten. Durch eine Verdoppelung der militärischen Stützpunkte im Rebellengebiet und den systematischen und effektiven Ausbau des Straßennetzes erhöhte die Armee massiv ihre Präsenz und Kontrolle in vielen Teilen des Karen State. Zu Beginn des Berichtsjahres 2007 explodierten erstmals drei Bomben in verschiedenen Städten Myanmars, eine davon im Karen State. Die Militärregierung machte die KNU für diese Attentate verantwortlich, um ihr weiteres militärisches Vorgehen zu rechtfertigen. Die KNU selber, über die gemutmaßt wurde durch solche Attentate ihre Stra-

tegie zu ändern, stritt eine Verantwortung für die Anschläge aber ab. Aufgrund der repressiven Politik des Militärregimes und der massiven Einschränkung der Pressefreiheit gelangen nur wenige Fakten über die Konflikte in Myanmar an die internationale Öffentlichkeit. Auch deshalb ist bis heute ungeklärt, wer für die Bombenanschläge verantwortlich ist.

Das Vorgehen der Armee gegen die Rebellengruppen hat auch im Berichtsjahr 2007 wieder an Härte zugenommen. Systematisch zerstörte das Militär einzelne Dörfer und Siedlungen durch Brände und räumte sie zwangsweise ohne Rücksicht auf Zivilisten. Durch gezielte Säuberungsaktionen, wie die gewaltsame Vertreibung der Bevölkerung und Zwangsumsiedlungen in militärisch kontrollierte Dörfer, versuchte es die Macht der KNU in ihren Rückzugsgebieten weiter einzudämmen. Eine interne Schwächung erfuhr die KNU durch eine weitere Spaltung innerhalb der Rebellengruppe im Januar. Ein ehemaliger Anführer der KNU unterzeichnete ein Abkommen mit den Regierungstruppen, in dem die Gründung einer neuen regierungstreuen Fraktion, dem *Karen State Peace Council* (KSPC), vereinbart wurde. Seit Anfang April 2007 kämpften der KSPC und die DKBA zusammen mit der Armee gegen die KNLA und nahmen allein im April drei größere Quartiere der KNU ein.

Im Osten Myanmars wurde die Militärpräsenz drastisch verstärkt, da dort mit der finanziellen Unterstützung Chinas und Thailands der Bau von vier Großstaudämmen geplant ist, die vor allem der Stromversorgung Thailands dienen sollen. Dabei ist zu erwarten, dass weitere Rückzugsgebiete der Karen zerstört werden. Am Salween-Fluss wurden mindestens 232 Dörfer im Karen State zerstört und zwangsgeräumt, weitere Flutungen und Vertreibungen sind geplant. Der Bau der dazu notwendigen Straßen wurde durch Zwangsarbeit verrichtet.

Der Mönchsaufstand im September 2007 hatte keine direkte Verbindung zu den Rebellengruppen. Ein erneuter von der Regierung vorgegebener Preisanstieg für Benzin und Gas Mitte des Jahres war Anlass für die Organisation von Großdemonstrationen gegen das repressive Regime seitens der Mönche. Den Aufstand, der von der Bevölkerung breit unterstützt wurden, ließ die Regierung durch das Militär blutig niederschlagen. Diese Ereignisse lenkten die internationale Aufmerksamkeit zwar auf Myanmar und die Militärdiktatur, nicht aber auf die kriegesischen Auseinandersetzungen in den Rebellengebieten.

Zahlen zu Verletzten und Getöteten liegen für die Konflikte im Osten Myanmars kaum vor. Die Regierung ergreift seit Jahren harte Maßnahmen, um keine detaillierten Informationen an die Öffentlichkeit dringen zu lassen oder die Situation zu beschönigen. Im Norden des Karen State sind im Berichtsjahr über 370 Menschen getötet worden und seit Beginn der verschärften Kämpfe im November 2005 sind schätzungsweise Zehntausende auf der Flucht. Die Zahl der Karen-Flüchtlinge ist 2007 um fast 60 Prozent gestie-

gen. Im August 2007 lebten 160.000 myanmarische Flüchtlinge in Lagern thailändischer Grenzprovinzen, von denen 62 Prozent Karen waren. Die Zahl der Binnenflüchtlinge beläuft sich auf insgesamt mindestens 600.000, Schätzungen reichen bis zu 1,5 Millionen.

Für 2008 ist zu erwarten, dass die Armee ihre Kampfhandlungen gegen die Rebellengruppen fortführen wird und wie in den letzten Jahren kontinuierlich deren Intensität weiter erhöht. Die Demonstrationen im September 2007 haben das internationale Interesse an Myanmar geweckt, die Konflikte im Osten des Landes blieben aber weitestgehend unerwähnt. Der rücksichtslose Umgang mit den ethnischen Minderheiten wird sich nicht gravierend ändern. Durch das Andauern des Bürgerkriegs und die aussichtslos wirtschaftliche Lage ist mit einer erneuten Erhöhung des Flüchtlings- und Migrationsdrucks zu rechnen.

Miriam Schaper

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Callahan, Mary P.: Making Enemies. War and State Building in Burma, Ithaca 2005

Esche, Annemarie: Ethnic Policy of the Union of Myanmar. The Kayin Case, in: Engelbert, Thomas/Kubitscheck, Hans Dieter (Hrsg.): Ethnic Minorities and Politics in Southeast Asia, Frankfurt a. M. 2004

International Crisis Group: Myanmar Backgrounder. Ethnic Minority Politics, 2003: <http://www.icg.org>

Lintner, Bertil: Burma in Revolt. Opium and Insurgency Since 1948, Bangkok 1994

May, R.J./Selochan, Viberto (Hrsg.) The Military and Democracy in Asia and the Pacific 2004: http://epress.anu.edu.au/mdap/whole_book.pdf

Smith, Martin: Burma – Insurgency and the Politics of Ethnicity, überarbeitete Auflage, London 1999

South, Ashley: Mon Nationalism and Civil War in Burma, London 2005

<http://www.burmaissues.org> (Nachrichtensammlung)

<http://www.burmalibrary.org> (gesammelte Informationen über Myanmar)

<http://www.burmanet.org> (gesammelte Nachrichten verschiedener Agenturen)

<http://www.freeburmarangers.org> (Christliche Hilfsorganisation)

<http://www.irrawaddy.org> (Oppositionszeitung)

<http://www.karen.org> (KNU-nahe Nachrichten)

<http://www.khrgh.org> (Karennah Hilfsorganisation)

<http://www.myanmar.com/newspaper/nlm> (Regierungsnahe Zeitung)

<http://www.myanmar-information.net> (Pressemitteilungen der Regierung)

<http://www.shanland.org> (Shan-Pressagentur)

Osttimor

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 2006

Beteiligte: *Alfredo's Group, Petitioners / Osttimor*

Im Berichtsjahr 2007 trat Major Alfredo Alves Reinado mit seinen Anhängern, die sogenannte *Alfredo's Group*, hauptsächlich in den Medien in Erscheinung. Er und die entlassenen Soldaten um Leutnant Gastão Salsinha (*Petitioners*) forderten weiterhin die bedingungslose Wiederaufnahme der Soldaten in die Armee. Internationale Streitkräfte und Polizisten der UN stellen zurzeit den Sicherheitssektor Osttimor, solange sich die staatlichen Institutionen im Wiederaufbau befinden.

Am 30. August 1999 stimmten bei einem Referendum 78,5 Prozent der Bevölkerung Osttimors nach rund 25 Jahren Annexion durch Indonesien für die Unabhängigkeit ihres Landes. Vor und nach dem Referendum kam es zu Masseneden und Vertreibungen durch pro-indonesische Milizen und das indonesische Militär. Letzteres hatte sich bereits vor allem in den ersten Jahren der Annexion durch außerordentliche Brutalität sowohl gegen die Widerstandsbewegung *Frente Revolucionária do Timor-Leste Independente* (FRETILIN, Revolutionsfront des unabhängigen Osttimor) und ihren militärischen Arm, die *Forças Armadas de Libertação Nacional de Timor-Leste* (FALINTIL, Bewaffnete Kräfte zur nationalen Befreiung Osttimors) als auch gegen die Zivilbevölkerung hervor getan. Erst das Eingreifen der UN beendete die Gewalt. Weitere UN-Missionen begleiteten Osttimor bis zur Unabhängigkeit am 20. Mai 2002 und darüber hinaus, um die junge Demokratie beim Auf- und Ausbau der Institutionen zu unterstützen.

Die FALINTIL wurde größtenteils in die neue Armee Osttimors umgewandelt. Anfang 2006 gehörten ihr rund 1.500 Soldaten an. Timoresen, die für die indonesische Polizei auf Osttimor ihren Dienst verrichtet hatten, bildeten den Kern der neu gegründeten Polizei. Bereits seit ihrer Gründung herrschte ein schwelender Konflikt zwischen den beiden Sicherheitskräften: Wichtige Personen im Militär und auch Präsident Gusmão sind Firaku, das heißt, sie stammen aus dem östlichen Teil Osttimors (*Lorosae*). Die Firaku sehen sich als diejenigen, die durch ihren langen Widerstand die indonesische Besatzungsmacht besiegt haben. Den Bewohnern des westlichen Teils der Halbinsel (*Loromunu*), den Kaladi, werfen sie vor, mit Indonesien sympathisiert zu haben. Viele der Polizisten, die die Indonesier rekrutiert hatten und die in die neue Polizei übernommen wurden, waren Kaladi. Zu den Spannungen zwischen und innerhalb der Sicherheitskräfte kamen institutionelle Schwächen der beiden.

Diese Spannungen sowie der Unmut über die hohe Armut und Arbeitslosigkeit im Lande führten 2006 zu den schwersten Unruhen seit bestehen der Republik. Mindestens 38 Menschen wurden dabei getötet und 155.000, was 15 Prozent der Bevölkerung entspricht, zu Flüchtlingen. Auslöser der Unruhen war die Entlassung von 594 Soldaten durch den Armeechef Taur Matan Ruak. Unter Beschwerdeführer Leutnant Gastão Salsinha hatten sich die Soldaten über Missstände innerhalb der Armee beschwert und waren aus Protest desertiert. Am 24. April 2006 hielten sie eine fünftägige angemeldete

Demonstration vorm Regierungsgebäude ab, der sich weitere Gruppen anschlossen. Die aufgeheizte Stimmung eskalierte schließlich zu Ausschreitungen, Plünderungen und Kämpfen mit Polizei und Militär. Gewalt beherrschte in der Folgezeit das Straßenbild in der Hauptstadt Dili und andernorts.

Major Alfredo Alves Reinado schloss sich dem Anliegen der *Petitioners* an und zog zusammen mit mehreren Militärpolizisten und Polizisten mit voller Bewaffnung nach Aileu. Seine Gruppe wurde als *Alfredo's Group* bekannt. Diese und die Anhänger Salsinha verübten unabhängig voneinander mehrere Überfälle in Dili. Sowohl Salsinha als auch Reinado forderten die Entlassung und Verhaftung von Premierminister Mari Bin Amude Alkatiri. Dieser war zumindest Mitwisser bei der Bewaffnung von Zivilisten durch Innenminister Rogerio Lobato, die gegen politische Gegner vorgehen sollten. Außerdem beschuldigte Reinado den Premierminister, während der Demonstration Ende April den Befehl zum Schießen auf die unbewaffneten Demonstranten gegeben zu haben. Beide, Salsinha und Reinado, drohten mit einem Bürgerkrieg, sollte ihren Forderungen nicht entsprochen werden.

Nach den Anschuldigungen entbrannte ein offener Machtkampf zwischen Präsident Gusmão und Premierminister Alkatiri, der nach zunehmendem Druck aus der Bevölkerung und dem Rücktritt mehrerer Minister mit Alkatiris Rücktritt endete. Neuer Premier- und Verteidigungsminister wurde am 10. Juli 2006 der Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta. Innenminister Lobato wurde entlassen und am 7. März 2007 von einem Gericht verurteilt. Die Ermittlungen gegen Alkatiri wurden im Februar 2007 eingestellt.

Die Unruhen beruhigten sich Mitte 2006 erst nach dem Eingreifen von internationalen Truppen unter australischer Führung. Dennoch kam es bis Ende des Jahres 2006 immer wieder zu Kämpfen zwischen verfeindeten Banden. Reinado stellte sich Mitte 2006 und wurde am 27. Juli 2006 zu fünf Jahren Haft wegen Mordes und Entwendung von Militäreigentum verurteilt. Einen Monat später floh er mit circa 55 weiteren Häftlingen aus dem Gefängnis. Es lagen jedoch keine Berichte über von ihm nach seiner Flucht geführte Überfälle in 2006 vor. Ende Dezember 2006 trafen sich Reinado und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, um nach einer friedlichen Lösung zu suchen.

Reinado hatte zugesichert, mit seinen Leuten im Distrikt Ermera unter Aufsicht zu bleiben, floh aber im Februar 2007 von dort, überfiel einen Polizeiposten und stahl dort Waffen. Gusmão erteilte daraufhin australischen Truppen den Befehl, Reinado festzunehmen. Diese umstellten am 1. März Reinado und ungefähr 150 Anhänger in Same. Bei ihm war auch Salsinha, der sich Reinado mit seinen Leuten angeschlossen hatte. Reinado sah in der australischen Präsenz in Osttimor eine Art neue Annexion des Landes und drohte mit einem Bürgerkrieg. Bei der Stürmung des Ortes durch die australischen Truppen einige Tage später starben mindestens fünf Rebellen, einige wurden verhaftet. Reinado und Salsinha gelang mit den anderen die Flucht.

In der Nacht darauf kam es zu Protesten und Ausschreitungen in Dili und umliegenden Distrikten, in denen Reinado mit seinen Ansichten eine relativ hohe Popularität genießt.

Im Laufe des Berichtsjahres versuchte die Regierung Reinado dazu zu bewegen, die Waffen abzugeben und sich zu stellen. Im August trat Ramos-Horta unter Mediation des *Centre for Humanitarian Dialogue* in Genf in einen Dialog mit Reinado und hob den Haftbefehl gegen ihn auf. Die Gespräche verliefen zwar positiv, jedoch ohne handfeste Erfolge. Beide Seiten teilten den Wunsch nach einer friedlichen Einigung. Dennoch verließ Reinado seiner Forderung nach einer bedingungslosen Wiedereingliederung der entlassenen Soldaten in die Armee Nachdruck und drohte mit einer Destabilisierung Osttimors. Am 22. November hielten er und die entlassenen Soldaten eine Militärparade in Gleno ab, um zu unterstreichen, dass sie sich immer noch als Teil der Streitkräfte sehen. Ramos-Horta hatte den *Petitioners* die Wiederaufnahme in die Armee zugesagt. Allerdings müssten sie dafür erneut den Rekrutierungsprozess durchlaufen und bestehen. Danach sollten Soldaten mit vormals höheren Posten diese auch zurück bekommen. Die *Petitioners* zeigten sich enttäuscht, ob dieser Bedingung, begannen aber auch ihrerseits – unabhängig von Reinado – Verhandlungen mit der Regierung.

Ein größeres Problem für die Sicherheitslage in Dili bildeten Banden, die dort nachts die dominierende Kraft waren. Ihr Organisationsgrad sowie ihre Motivation waren äußerst dabei unterschiedlich. Einige schienen aber Kontakte in die Politik zu unterhalten. Die staatlichen Sicherheitskräfte erwiesen sich gegenüber diesen Banden als machtlos. Zum Wiederaufbau des Sicherheitssektors befindet sich die *United Nations Integrated Mission in Timor-Leste* (UNMIT) mit circa 2.800 Mitarbeitern, darunter rund 1.500 Polizisten, im Lande. Neben der schlechten Sicherheitslage bestand 2007 auch das Flüchtlingsproblem fort. Ende des Jahres gab es immer noch über 100.000 Vertriebene, von denen circa 30.000 in insgesamt 51 Lagern in Dili untergebracht waren und 70.000 bei Freunden oder Verwandten.

Die Wahlen 2007 verliefen mit Blick auf die Krise des Vorjahres trotz kleinerer Unregelmäßigkeiten und vereinzelter gewaltsamer Übergriffe weitgehend ruhig sowie frei und fair. Auch war eine hohe Wahlbeteiligung von mehr als 80 Prozent zu verzeichnen. Am 20. Mai 2007 wurde der ehemalige Premierminister José Ramos-Horta als Präsident vereidigt. Bei den Parlamentswahlen trat der ehemalige Präsident Xanana Gusmão nicht mehr für die FRETILIN, sondern mit seiner neu gegründeten Partei *Congresso Nacional da Reconstrução Timorense* (CNRT, Nationaler Kongress für den Timoresischen Wiederaufbau) an. In Koalition mit zwei weiteren Parteien verfügt der CNRT über eine Mehrheit im Parlament und bildete die neue Regierung. Trotz Ausschreitungen seitens Anhängern der FRETILIN wurde Gusmão am 8. August 2007 als Premierminister vereidigt und so ein Ämtertausch der wichtigsten Männer im Staate vollzogen.

Trotz der relativen Entspannung dieses Konfliktherdes bleibt Osttimor ein Pulverfass: Nachts beherrschen immer noch Banden die Straßen von Dili. Der Konflikt um Reinado und die *Petitioners* bleibt ungelöst. Auch der Ost-West-Konflikt bedarf einer Aufarbeitung. So sieht sich die Regierung neben dem international unterstützten Wiederaufbau von Polizei und Armee vielen Problemen gegenüber, die gelöst werden müssen, um eine längerfristige Stabilität und das Vertrauen der Bevölkerung zu erreichen.

Manuela Fendt

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Cotton, James: Timor-Leste and the Discourse of State Failure, in: Australian Journal of International Affairs 61 (2007), S. 455-470

Fleschenberg, Andrea (Hrsg.): Osttimor – Vier Jahre Unabhängigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen, Essen 2006

International Crisis Group: Timor Leste: Security Sector Reform, 2008: <http://www.icg.org>
Kingsbury, Damien: East Timor. Beyond Independence, Clayton 2007

Meier, Jörg: Der Osttimor-Konflikt (1998 - 2002) : Gründe und Folgen einer gescheiterten Integration. Ein Handbuch, Berlin 2005

Trindade, Jose/Castro, Bryant: Technical Assistance to the National Dialogue Process in Timor-Leste. Rethinking Timorese Identity as a Peacebuilding Strategy. The Lorosa'e-Loromonu Conflict from a Traditional Perspective, Dili 2007

United Nations: Report of the United Nations Independent Special Commission of Inquiry for Timor-Leste, New York 2006

Werning, Rainer: Osttimor – ein „failed state“?, in Wissenschaft & Frieden 3 (2006), S. 67
<http://www.timor-leste.gov.tl> (Regierung Osttimors)
<http://www.unmit.org> (UNMIT)

Pakistan (Belutschistan)

(Krieg)

Beginn: 2005

Kriegstyp: B-2

Beteiligte: BLA/ Pakistan

Die *Balochistan Liberation Army* (BLA) schien auch im Jahr nach dem Tod ihres prominenten Anführers Nawab Akbar Khan Bugti fest entschlossen zu sein, für mehr Autonomie in der Region und eine höhere Beteiligung an den Gewinnen aus den Erdgasvorkommen zu kämpfen. Obwohl Präsident Pervez Musharraf Förderprogramme für die strukturschwache Region versprochen hat, hat die neue Führung der BLA angekündigt, ihren Kampf fortsetzen zu wollen, und intensivierte besonders gegen Ende des Jahres ihre Angriffe auf militärische und politische Ziele.

Die Provinz Belutschistan im Südwesten des Landes ist mit 44 Prozent die flächenmäßig größte Provinz Pakistans, reich an natürlichen Ressourcen

und besitzt große Öl- und Erdgasvorkommen. Die geographische Region Belutschistan ist geteilt in eine westliche Hälfte als Teil des iranischen Staatsgebietes und einen östlichen, pakistanischen Teil. Die umstrittene Grenzziehung hatte seit der Gründung Pakistans zu Unabhängigkeitsbestrebungen seitens der Belutschen und zu der Idee eines Groß-Belutschistan geführt. Nach einer kurzen Phase der Unabhängigkeit wurde die Provinz 1948 auf Druck Pakistans in das Staatsgebiet eingegliedert. In einer Phase besonders repressiven Vorgehens der Staatsmacht in der Region formierte sich 1973 die Organisation *Independent Balochistan* und auch die BLA wurde gegründet. Der anschließende Krieg von 1973 bis 1977 wurde auf Seiten der Rebellen hauptsächlich durch die *Balochistan People's Liberation Front* (BPLF) getragen. Trotz der reichen Erdgasvorkommen gilt Belutschistan als die ärmste Region Pakistans und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Zentralregierung in Islamabad ist groß. Als der derzeitige Präsident Musharraf 1999 durch einen Militärputsch an die Macht kam, begann eine intensive Exploration der Erdgasfelder. Es formten sich Rebellenbewegungen, die vor allem strategische und verkehrspolitisch wichtige Ziele sowie Militärposten in der Region angriffen.

Gegen Ende des Jahres 2004 trat die zuvor kaum aktive BLA in Erscheinung und bekämpfte den Ausbau der pakistanischen Militärpräsenz in der Provinz. Ihre Vorgehensweise zeichnete sich durch gezielte Angriffe auf Armeeposten und Militärkonvois aus. Einrichtungen der Regierung, Öl- und Gaspipelines, sowie auch verkehrspolitisch wichtige Knotenpunkte zählten zu ihren Zielen. 2005 weitete die Regierung die Militärpräsenz in Belutschistan auf etwa 123.000 Soldaten massiv aus. Im Dezember 2005 reagierte das pakistanische Militär auf die Unruhen mit Flächenbombardements auf einzelne Bezirke. Durch dieses unverhältnismäßige Vorgehen der Armee, bei der insbesondere auch die Zivilbevölkerung schwer getroffen wurde, eskalierte der Konflikt zum Krieg. Im Januar 2006 kam es zu mehreren Gefechten zwischen pakistanischen Sicherheitskräften und paramilitärischen Einheiten einerseits und Kämpfern des Bugti-Clans andererseits. Armee und paramilitärische Einheiten setzten bei ihren Angriffen Hubschrauber, schwere Geschütze und Raketen ein. Der Parteichef der *Baloch National Party* berichtete gegenüber den Medien sogar vom Einsatz chemischer Waffen durch die Sicherheitskräfte. In der ersten Hälfte des Berichtsjahres 2006 kam es beinahe täglich zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Rebellen oder zu Anschlägen auf militärisch und strategisch wichtige Ziele und Gaspipelines. Schließlich wurde die BLA von der Regierung verboten und als terroristische Organisation eingestuft.

Im August 2006 startete das Militär eine groß angelegte Offensive, bei der die Bezirke Kohlu und Dera Bugti im Mittelpunkt standen. Dabei wurde am 26. August der Politiker, Stammes- und Rebellenführer Nawab Akbar Khan Bugti getötet. Bugti, der auch der „Tiger von Belutschistan“ genannt

wurde, war eine führende Persönlichkeit des Widerstandes. Im Verlaufe seiner politischen Karriere hatte er zahlreiche Posten inne. So war er kurzzeitig Gouverneur von Belutschistan und auch pakistanischer Verteidigungsminister. Mehrmals musste Bugti vorübergehend in den Untergrund, so 1977 nach dem Putsch Zia ul Haqs. 1990 gründete Bugti die *Jamhoori Watan Partei* (JWP), die an der Zentralregierung beteiligt war und Bugti selbst wurde als Abgeordneter ins Parlament gewählt. Nach dem Militärputsch Musharrafs 1999 mussten die JWP und Bugti aus der Regierung ausscheiden. Mit der Intensivierung der Ausbeutung der Gasfelder in Belutschistan organisierte Bugti den bewaffneten Widerstand. Als die Angriffe der BLA zunahmen, als deren Mentor Bugti galt, zog er sich in ein Versteck zurück. Die Aktion zur Tötung Bugtis, bei der neben 20 Soldaten und 40 Rebellen auch mehrere andere bedeutende Mitglieder des Bugti-Clans ums Leben kamen, stieß bei Führungspersönlichkeiten in Belutschistan auf Unverständnis. Studenten der Universität in Belutschistan reagierten während der nächsten Tage mit Unruhen und gewalttätigen Protesten. Nach dem Tod Bugtis nahmen die Angriffe auf Polizei und Militärstützpunkte massiv zu. Ebenso wurden mehrere Infrastruktureinrichtungen gesprengt. Überwiegend übernahm die BLA die Verantwortung für gesprengte Gas- und Wasserpipelines.

Diese Strategie wendete die BLA auch im Berichtsjahr 2007 an, allerdings ging die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen mit Militäreinheiten in der ersten Hälfte des Jahres zurück. Obwohl es ein Kennzeichen der BLA ist, sich zu verübten Anschlägen zu bekennen, ließen sich nicht alle Angriffe auf Militärstützpunkte und Sicherheitskräfte eindeutig zuordnen, denn die *Taliban* gewannen zunehmend Einfluss in Belutschistan (vgl. den Bericht zu Pakistan (Taliban)). Im Januar meldete sich der neue Anführer der BLA, Wadera Alam Khan Bugti, und übernahm die Verantwortung für die Anschläge auf Bahnstrecken und Gaspipelines, die in Pir Koh und Quetta mehrmals die Gasversorgung der Region unterbrochen haben. Auch wurden gezielte Attentate verübt zu denen sich die BLA bekannte. Dabei wurden im Juli ein prominenter Politiker der Provinzregierung und im Oktober zwei Vertreter der Muslimliga getötet.

Im Rahmen des traditionellen Sibbi-Festes der Belutschen gab Präsident Musharraf bekannt, dass er bereit sei, mit den Rebellen zu verhandeln, um die Gewalt zu beenden. Musharraf wandte sich an die BLA mit dem Angebot weitreichender Strukturförderungsprogramme und bot großzügige finanzielle Hilfen an, um die Provinz zu modernisieren. Zugleich wies er aber die Forderung nach mehr Autonomie zurück. Teile der Widerstandsbewegung in Belutschistan schienen gingen auf die Angebote Musharrafs ein. So gaben im Juli zwei Stammesführer und mit etwa 100 Gefolgsleuten, die bisher an den Kämpfen beteiligt waren, freiwillig ihre Waffen an die Armee ab und erklärten sich bereit, die Regierung bei ihren Modernisierungsmaßnahmen zu unterstützen. Der größte Teil der Rebellen zeigte sich von dem Angebot Mus-

harrafs jedoch unbeeindruckt und ihr Sprecher Bebag Baloch verkündete, die BLA werde weiter kämpfen, bis die Besetzer das Land der Belutschen verlassen hätten.

Ab April stieg die Zahl der Gefechte zwischen Sicherheitskräften und der BLA wieder an. Berichte über die Anzahl der Opfer von offizieller Seite und seitens der BLA widersprechen einander dabei deutlich. So gab Bebag Baloch beispielsweise bekannt, bei einem solchen Zusammenstoß seien etwa 30 Sicherheitskräfte getötet wurden, die Regierung indes bezifferte ihre Verluste lediglich mit 4 Toten. Es gelang der Polizei im Verlauf des Berichtjahres mehrere Führer der BLA festzunehmen. Bei diesen Aktionen wurden auch Waffen und Munition der Rebellen sichergestellt. Im Mai 2007 reagierte die BLA auf die Festnahmen mit einer Serie von sechs aufeinander folgenden Bombenanschlägen in Quetta, bei denen aber niemand getötet wurde. Ferner intensivierte sie ihre Angriffe auf Polizei und Sicherheitskräfte.

Im Berichtsjahr kam es auch zweimal zu Massenausschreitungen in Belutschistan. Am 26. August, dem Todestag Nawab Akbar Khan Bugtis, riefen die nationalistischen Parteien Belutschistans sowie verschiedene Studentenorganisationen zu einem Streik auf. Bei den anschließenden Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gab es acht Tote. Zu einer weiteren Welle der Gewalt kam es am 21. November 2007 in der Provinzhauptstadt Quetta und weiten Teilen der Provinz, als ein Führer der BLA in Afghanistan getötet wurde. Bei den Protesten gab es mehrere Tote, zahlreiche Verletzte und Hunderte Verhaftungen.

Obwohl die Zahl der Opfer gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken ist, nahmen insbesondere gegen Ende des Jahres 2007 die gewalttätigen Auseinandersetzungen und auch die Angriffe der BLA auf militärische und politische Ziele wieder zu. Eine neuerliche Intensivierung der bewaffneten Zusammenstöße steht zu befürchten, da einerseits, auch aufgrund vergangener Erfahrungen, die Ernsthaftigkeit der Zusagen der Regierung zugunsten der Provinz bezweifelt werden kann und andererseits die BLA keinen Zweifel an ihren separatistischen Bestrebungen lässt.

Doris Zettel

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Orywal, Erwin: Krieg oder Frieden. Eine vergleichende Untersuchung kulturspezifischer Ideale – Der Bürgerkrieg in Belutschistan/Pakistan, Berlin 2002

Quaddus, S.A.: The Tribal Beluchistan, Lahore 1990

Siddiqi, Akhtar Hussain: Baluchistan (Pakistan): Its Society, Resources, and Development, Langham 1991

<http://www.dawn.com> (pakistanische Tageszeitung)

<http://www.pak.gov.pk> (Regierung Pakistans)

<http://www.satp.org> (South Asia Terrorism Portal)

<http://www.thefridaytimes.com> (pakistanische Wochenzeitung)

Pakistan (Sunniten/Schiiten)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 2001

Beteiligte: SSP, *Lashkar-i-Jhangvi* / TJP, *Sipah-i-Muhammad*

Trotz des verstärkten Einsatzes von Sicherheitskräften nahm die religiös begründete Gewalt in Pakistan gegenüber dem Vorjahr wieder dramatisch zu. Besonders in der Region Kurram im Nordwesten des Landes im Grenzgebiet zu Afghanistan kam es im Berichtsjahr 2007 zu schweren Gefechten zwischen radikalen sunnitischen und schiitischen Gruppierungen.

Im Konflikt zwischen den sich als religiös definierenden Gruppen kämpfen auf sunnitischer Seite die *Sipah-i-Sahaba Pakistan* (SSP, Soldaten der Prophetengefährten) und ihr bewaffneter Arm, die *Lashkar-i-Jhangvi* gegen die schiitische *Tehrik-i-Jaffria Pakistan* (TJP, Bewegung für die Jaffria-Schia Pakistans) und deren Kampfeinheit *Sipah-i-Muhammad* (Soldaten Muhammads). Der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten geht bis in die 1980er Jahre zurück. Damals bereitete der Militärdiktator Zia-ul Haq eine Islamisierung von Staat und Gesellschaft sunnitischer Prägung vor. Seine Bestrebungen wurden von Saudi-Arabien finanziell und logistisch unterstützt und politisch vom pakistanischen Geheimdienst und der Armee umgesetzt. Fundamentalistische Schiiten hingegen verfolgten eine Islamisierung des pakistanischen Staates nach dem Vorbild der iranischen Revolution. Die Bevölkerung schiitischen Glaubens stellt mit 15 Prozent eine Minderheit in Pakistan dar.

Mit Hilfe sunnitischer Extremisten unterstützte die pakistanische Regierung in den 1990er Jahren das afghanische *Taliban*-Regime und die *Jihadi*-Gruppen im indischen Teil Kaschmirs (vgl. die Berichte zu Afghanistan und Indien (Kaschmir)). So entstand ein enges personelles und institutionelles Geflecht aus Gruppierungen der SSP, den fundamentalistischen Parteien, wie der *Jamiat-i-Ulema Islam* (JUI, Vereinigung der Rechtsgelehrten des Islam) und den *Jihadi*-Gruppen. Als Schaltzentralen dieser Netzwerke sollen Moscheen in Karachi und der North West Frontier Province (NWFP) gedient haben.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen militanten sunnitischen und schiitischen Organisationen, die seit Mitte der 1990er Jahre, ausgehend von der Provinz Punjab, mittlerweile ganz Pakistan erfasst haben, sind seit dem Jahr 2001 massiv angestiegen. Ein Grund dafür kann in dem entschlossenem Vorgehen gegen die extremistischen Organisationen unter Präsident Pervez Musharraf gesehen werden, das die gegenseitigen Ressentiments verstärkt und den Konflikt weiter zugespitzt hat.

Musharraf kam 1999 durch einen Militärputsch an die Macht und festigte diese Position durch eine Wahl im Jahr 2002. Seit Beginn seiner Amtszeit

versuchte Musharraf den Einfluss der Islamisten einzudämmen und so wurden sowohl die sunnitische als auch die schiitische Frontorganisation, *Lashkar-i-Jhangvi* und *Sipah-i-Muhammad* verboten. Musharraf, der stets eine US-freundliche Politik betrieben hatte, schloss sich nach dem 11. September 2001 den USA im „Kampf gegen den Terror“ an. Musharrafs Unterstützung der USA gegen die *Taliban* (Religionsstudenten) und *Al-Qaida* fand bis heute weder großen Rückhalt in der Bevölkerung noch in weiten Teilen der pakistanischen Eliten, zumal Pakistan bis 2001 die *Taliban* und *Al Qaida* finanziell und logistisch unterstützt hatte. In einer Fernsehansprache im Januar 2002 erklärte Musharraf, das Land sei nicht von außen sondern von innen bedroht. In der Folge wurden weitere radikale islamistische Gruppierungen verboten und es kam zu einer Verhaftungswelle mutmaßlicher Anhänger dieser Organisationen. Als Reaktion auf diese Politik haben sich führende extremistische Organisationen zusammengeschlossen. Musharraf stand nach wie vor sowohl innenpolitisch als auch seitens seiner externen Verbündeten, darunter vor allem die USA und Afghanistan, unter Druck. Aber auch aus eigener Motivation vertrat Musharraf gegen die radikalen islamischen Gruppierungen im Land eine harte Position, da ihm von diesen die politische Unterstützung verwehrt wurde.

Seit 2006 setzten die religiösen Extremisten in ihren Auseinandersetzungen untereinander vermehrt auf Selbstmordattentate. Diese Entwicklung steht für eine neue Stufe in der Eskalation der religiös begründeten Gewalt. Besondere Sicherheitsvorkehrungen ordnete der Innenminister für die Provinzen im Norden des Landes und in der Hauptstadt Islamabad an. Denn laut eines Berichtes des pakistanischen Geheimdienstes forderten *Lashkar-i-Jhangvi* und SSP ihre Kader in diesen Regionen dazu auf, Frauen und Kinder als Selbstmordattentäter zu rekrutieren, um Anschläge auf schiitische Parlamentsabgeordnete zu verüben. Als bis zum März des Jahres 2006 mehrere Attentate, vor allem in Peschawar und Dera Ismail Khan, mindestens zehn Opfer forderten, wandte sich der Gouverneur der NWFP an die Stammesältesten in der Region. Er forderte, dass die Anfeindungen zwischen Sunniten und Schiiten beendet werden müssen, weil nicht nur der Friede in der Region gefährdet sei, sondern auch Entwicklungsprojekte. Im April wurde daraufhin in Peschawar von der JUI ein Konvent organisiert, an dem 200 Geistliche aus ganz Pakistan teilnahmen und bei denen es um den Schutz der Medressen (Koranschulen) ging. Der Konvent verurteilte die Attentate auf Muslime als unislamisch und behauptete, dass es sich bei den Attentätern nicht um Mitglieder der Medressen in der NWFP und der FATA handle, sondern um „geheime Kräfte“, die versuchten die Ordnung in der Provinz zu stören. Trotz der Beschlüsse dieses Konvents zur Verurteilung der Attentate riss die Serie der Anschläge nicht ab. Unter den Opfern befanden sich prominente Führungspersonlichkeiten der sunnitischen SSP und der schiitischen TJP. Vereinzelte Attentate dieser Art gab es auch in der Stadt Multan im Punjab.

Mehrmals verhängten die Verwaltungsbehörden Ausgangssperren, um eine Eskalation der Gewalt in Form von Racheakten nach Anschlägen zu verhindern. Nach Aufhebung der Sperren gab es weitere Attentate. Das Jahr war aber nicht nur von gezielten Anschlägen auf Einzelpersonen gezeichnet, sondern auch von Zusammenstößen zwischen Gruppen sunnitischer und schiitischer Radikaler. Vor allem in der NWFP kam es zu Zusammenstößen, die sich im Herbst 2006 intensivierten und schließlich in bewaffnete Kampfhandlungen kumulierten, bei denen es um die Kontrolle der Region rund um die Stadt Bara ging.

Im Berichtsjahr 2007 fanden die Auseinandersetzungen zwischen radikalen Sunniten und Schiiten erneut vor allem in der NWFP, aber auch in den Federally Administered Tribal Areas (FATA), statt. Die mehrheitlich von Paschtunen bewohnten Stammesgebiete wurden seit der Staatsgründung Pakistans 1947 als autonome Gebietskörperschaften behandelt, in die seitens der Regierung nur nach Notstandsrecht eingegriffen wird. Aufgrund dieses Sonderstatus entziehen sich diese Stammesgebiete weitgehend dem Zugriff des pakistanischen Staates. Die pakistanische Armee operierte in diesen Gebieten erstmals im Jahr 2003 im Rahmen von Kämpfen gegen *Taliban* und *Al Qaida* (vgl. den Bericht zu Pakistan (Taliban)). Trotz ihrer seither erhöhten militärischen Präsenz konnte die Regierung bisher keine funktionierende Kontrolle implementieren. Auch die traditionelle Versammlung der Stammesältesten, die Jirga, die offiziell mit der Provinzregierung der NWFP zusammenarbeitet, konnte keine verbindlichen Abmachungen treffen, die von den rivalisierenden Gruppen eingehalten wurden.

Die alljährlich im Januar stattfindenden Muharram-Prozessionen der schiitischen Minderheit lösten eine Welle der Gewalt aus, die bis Jahresende keinen Abschluss fand. In Peschawar wurden bei einem Selbstmordanschlag auf die Prozession 15 Menschen getötet und 60 verletzt. Auch in Hangu, ebenfalls in der NWFP, wurde die Feier gestört. Nach einer Raketenattacke kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Sunniten und Schiiten, die zwei Tage andauerten und nur durch den Einsatz der Armee wieder unter Kontrolle gebracht werden konnten. Bei den Unruhen starben fünf Menschen. In der Region Kurram war eine Demonstration von Schiiten, die damit auf eine sunnitische Massenkundgebung vor einer Moschee reagierten, bei der angeblich schiitenfeindliche Parolen skandiert worden waren, auslösendes Moment für monatelange Kampfhandlungen. Nachdem bei der Demonstration drei Menschen getötet wurden, wurde zunächst eine Ausgangssperre verhängt. Dessen ungeachtet gingen die Kämpfe weiter und bereits am zweiten Tag stieg die Zahl der Opfer auf 40. Rasch weiteten sich die Kämpfe auf die gesamte Region aus. Eine Jirga verhandelte einen Waffenstillstand zwischen den rivalisierenden religiösen Gruppen, der jedoch vor allem in den weiter entlegenen Gebieten nicht eingehalten wurde. Nach einer kurzen Phase, in der die Kampfhandlungen zurückgingen, eskalierte die Auseinandersetzung

Mitte April erneut. Trotz der Warnung der Regierung mit einer Militäroperation die Ruhe wiederherzustellen, griffen Sunniten und Schiiten schwer bewaffnet gegenseitig ihre Dörfer an. Zu einem Höhepunkt der Ausschreitungen kam es dann Mitte November in der Stadt Parachinar in Kurram. Die Sicherheitskräfte griffen in die Auseinandersetzungen mit Kampfhubschraubern ein, wobei 86 Menschen getötet wurden. Bis zum Ende des Jahres 2007 stieg die Zahl der Opfer in den Kampfhandlungen auf über 200.

Im Januar 2008 finden Parlamentwahlen statt und die religiösen Parteien werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Eine pakistanische Regierung ohne ihre Beteiligung ist kaum denkbar. Solange es Musharraf nicht gelingt, die Vertreter dieser Parteien zu überzeugen, ihre Verbindungen zu extremistischen Gruppierungen aufzugeben, ist mit einem Ende der religiös motivierten Gewalt in Pakistan, besonders in der NWFP, nicht zu rechnen.

Doris Zettel

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Abbas, Hassan: Pakistan's Drift into Extremism. Allah, the Army , and America's War on Terror, New York 2005

Cohen, Stephen Philip: The Idea of Pakistan, Washington 2004

Hussain, Rizwan: Pakistan and the Emergence of Islamic Militancy in Afghanistan, Ashgate 2005

Hussain, Zahid: Frontline Pakistan. The Struggle with Militant Islam, London 2007

Jones, Owen Benett: Pakistan. Eye of the Storm, Yale 2004

Khan, Aarish Ulla: The Terrorist Threat and the Policy Response in Pakistan (SIPRI Policy Paper No. 11), Stockholm 2005

Rashid, Ahmed: Taliban. Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia, London 2000

Rieck, Andreas: Der politische Kurswechsel in Pakistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2002/3-4), S. 32-39

Wilke, Boris: Die religiösen Kräfte in Pakistan. Dynamik von Politik und Religion in der Weltgesellschaft (SWP-Studie 2006/S 10), Berlin 2006

<http://www.dawn.com> (pakistanische Tageszeitung)

<http://www.pak.gov.pk> (Regierung Pakistans)

<http://www.satp.org> (South Asia Terrorism Portal)

Pakistan (Taliban)

(Krieg)

Beginn: 2007

Kriegstyp: A-2

Beteiligte: *Taliban*, Stammesmilizen / Pakistan, Stammesmilizen

Obwohl bereits seit dem Frühjahr 2004 Kampfhandlungen zwischen *Taliban* und dem pakistanischen Militär im Norden Pakistans an der Grenze zu Afg-

hanistan stattfanden, erreichte der Konflikt im Berichtsjahr eine neue Stufe der Eskalation. Denn im Jahr 2007 konnten die *Taliban* ihre territoriale Gebietskontrolle ausweiten und ihnen gelang die kurzfristige Übernahme einzelner Distrikte auf pakistanischem Staatsgebiet. Zudem hat die Besetzung der Roten Moschee in der Hauptstadt Islamabad durch *Taliban*-nahe Extremisten gezeigt, dass lang gehegte Befürchtungen über einen steigenden Einfluss der *Taliban* in Pakistan begründet sind.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem daraus resultierenden Sturz des *Taliban*-Regimes in Afghanistan durch eine US-geführte Militärkoalition zogen sich die *Taliban* und *Al-Qaida* ins Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan zurück. Die Grenze zwischen beiden Staaten, die sogenannte Durand Line, erstreckt sich auf der pakistanischen Seite entlang der Provinz Belutschistan, den Stammesgebieten der Federally Administered Tribal Areas (FATA) und der North West Frontier Province (NWFP). Besonders der Grenzabschnitt zu den FATA fungiert als Pufferzone zwischen Afghanistan und Pakistan. Dies liegt zum einen daran, dass das Gelände aus unwegsamen Gebirgsregionen besteht, das seit langem von den *Taliban* und *Al-Qaida* als Schmuggelroute und Rückzugsgebiet genutzt wurde. Zum anderen ist es der pakistanischen Regierung nie gelungen, die mehrheitlich paschtunischen Stammesgebiete zu kontrollieren. Deshalb waren die FATA die erste Region Pakistans, in der die *Taliban* nach ihren Niederlagen in Afghanistan (vgl. den Beitrag zu Afghanistan (Taliban)) Fuß fassen konnten. Von dort dehnten sie ihren Einfluss auch auf die NWFP und Belutschistan aus und versuchten, ihre Ordnungsvorstellungen auch gewaltsam in Pakistan durchzusetzen.

Im Unterschied zu den *Taliban*, die in den 1990er Jahren in Afghanistan operierten, handelt es sich bei den *Taliban* in Pakistan um dezentral organisierte Gruppen, die auch untereinander in Konkurrenz stehen. Diese neuen *Taliban* setzen sich nicht nur aus Milizen afghanischer und pakistanischer Herkunft zusammen, sondern werden auch durch Ägypter, Saudis, Usbeken und Tadschiken verstärkt. Als sich Pakistan nach dem 11. September 2001 den USA im „Kampf gegen den Terror“ anschloss, war es ein erklärtes politisches Ziel von Präsident Pervez Musharraf, auch im Sinne einer guten Zusammenarbeit mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karsai, die Infiltration durch islamistische Kämpfer nach und von Afghanistan zu beenden.

Im Frühjahr 2004 begann die Regierung schließlich mit einer groß angelegten Militäroperation. Erstmals in der Geschichte Pakistans wurden Streitkräfte in die FATA entsandt und dort 80.000 Soldaten stationiert. Es begannen Kampfhandlungen in der NWFP und den FATA zwischen der Armee und den *Taliban*, an denen sich die ansässigen rivalisierenden Stammesgruppen teils auf Seiten der Regierung, teils auf Seiten der *Taliban* beteiligten. Die Kämpfe hatten ihren Schwerpunkt in Nord- und Südwasiristan, zwei der sieben Verwaltungsgebiete in den FATA. Die kriegерische Auseinanderset-

zung, in deren Verlauf mehrere hundert Soldaten ums Leben kamen, dauerte bis ins Jahr 2006 an. Die pakistanischen Streitkräfte und Vertreter der Stämme Nordwasiristans verhandelten schließlich einen einmonatigen Waffenstillstand. Während dieser Phase berief der Gouverneur der NWFP, Ali Muhammad Orakzai, eine Jirga (Stammesversammlung) ein, um den Konflikt dauerhaft zu beenden. Das Ergebnis war das Abkommen von Miranshah vom 5. September 2006 zwischen den Stämmen Nordwasiristans und der Regierung, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Infiltration von und nach Afghanistan zu beenden. Die Regierung versprach, sich aus der Region zurückzuziehen und ihre militärischen Operationen gegen militante Gruppen einzustellen. Die Streitkräfte der Armee wurden durch paramilitärische Gruppen ersetzt, die sich aus Stammesangehörigen der Region zusammensetzen. Im Gegenzug sollte sich die Jirga darum bemühen, durchzusetzen, dass es zu keinen Übergriffen auf Ordnungskräfte kommen werde. Zwar konnten die Kämpfe mit dem Abkommen von Miranshah wirklich beendet werden, doch wurde auch die Kritik geäußert, dass die Regierung durch ihren Rückzug dem steigenden Einfluss der *Taliban* in Pakistan Vorschub leistete. Bereits kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens wurden Stammesführer, die mit der Regierung kooperierten tot aufgefunden. Die *Taliban* weiteten ihren Einfluss nach und nach auch in Belutschistan und die gesamte NWFP aus.

Im Berichtsjahr 2007 versuchten die *Taliban* schließlich gewaltsam, ihre Macht durch die Erlangung der territorialen Kontrolle über einzelne Distrikte zu konsolidieren. Praktisch im gesamten Norden des Landes, in Belutschistan, den FATA und den NWFP traten die *Taliban* offen auf und versuchten auch neue Mitglieder in den Medressen (Koranschulen) und Schulen zu rekrutieren. Wo dies nicht gelang, operierten sie mit Drohungen und Anschlägen. Schulverwaltungen, die nach solchen Rekrutierungsbesuchen um den Schutz der Behörden baten, erhielten Drohbriefe. Mehrfach wurden Schulleiter von den *Taliban* entführt oder ermordet. Etliche Privatschulen haben aus diesem Grund ihren Betrieb geschlossen. Vor allem in den Städten der NWFP übten die Taliban Druck auf die Bevölkerung aus, gegen Praktiken vorzugehen, die von den *Taliban* als unislamisch bezeichnet wurden. Schriftliche Drohungen, die Strafen und Sanktionen für solches Verhalten ankündigten, ergingen auch an Geschäftsleute und Ladenbesitzer. Es wurden immer wieder Attentate auf Basare verübt und hunderte von Geschäften durch Bombenanschläge zerstört. Zu den bevorzugten Zielen der *Taliban* zählten Friseurläden, die immer wieder aufgefordert werden, keine Bärte mehr zu rasieren, und Schneider, die westliche Kleidung anboten, sowie Musik- und Videogeschäfte. Auch die Büros von NGOs oder Restaurants, die auch von Frauen besucht wurden, waren immer wieder Ziele solcher Anschläge. Dabei handelte es sich oftmals um Selbstmordattentate, die im Berichtsjahr immer häufiger auch von Jugendlichen durchgeführt wurden. Es wurde aber auch mit versteckten Sprengsätzen operiert. Die *Taliban* nahmen hunderte Polizis-

ten und Sicherheitskräfte als Geiseln, um sie erfolgreich gegen inhaftierte Mitkämpfer auszutauschen. Dutzende Leichen derer, die von den *Taliban* der Kollaboration mit den USA und der Spionage beschuldigt wurden, wurden geköpft aufgefunden. Auch Gangs und kriminelle Banden zählten zu den Opfern der *Taliban*. In Derra Adamkhehl, einer Stadt, die bekannt ist für illegale Waffenproduktion, Kidnapping und Autodiebstahl, wurde eine Gruppe Krimineller von den *Taliban* hingerichtet. Zwei Tage danach übergaben sie die Kontrolle über die Stadt wieder an die örtliche Jirga zurück, mit der Auflage die kriminellen und unislamischen Aktivitäten in der Region künftig zu unterbinden.

Die pakistanischen *Taliban* sind in dezentralen, versprengten Gruppen organisiert. Eine dieser Gruppen wird von Maulana Fazlullah angeführt. Er ist Geistlicher und hat im Distrikt Swat der NWFP in mehreren Dörfern parallele Justizstrukturen aufgebaut, in denen islamisches Recht gesprochen wird. Im Oktober 2007 führte sein Scharia-Gericht erstmals öffentliche Auspeitschungen durch. Fazlullah hat in seinem Heimatbezirk, in dem er auch einen eigenen Radiosender betreibt, großen Einfluss. Trotz Gegenwehr der Sicherheitskräfte übernahmen die *Taliban*-Milizen unter seiner Führung nach heftigen Kämpfen Ende Oktober bis Anfang November, die auf beiden Seiten und unter der Zivilbevölkerung zahlreiche Todesopfer forderten, sechs der acht Bezirke im Distrikt Swat und besetzten Polizeistationen, paramilitärische Stützpunkte und Regierungsgebäude. Mitte November brachte eine Gruppe von etwa 500 lokalen *Taliban* auch Teile von Shangla, einem Nachbardistrikt Swats, unter ihre Kontrolle. Sie übernahmen die Städte Alpuri und Puran, ohne auf Widerstand von Polizei oder Paramilitärs zu stoßen. Nachdem die Armee eine Offensive angekündigt hatte, flohen Tausende Menschen aus der Region. Nach dem Einsatz von Artillerie und Kampfhubschraubern, hatten die *Taliban* so schwere Verluste erlitten, dass sie sich in die Berge zurückzogen. Die Armee berichtete, dass bei der Operation 230 *Taliban*-Kämpfer getötet worden seien. Zwar fanden gegen Ende des Berichtjahres noch vereinzelt Kämpfe in den Dörfern statt, doch die Distriktverwaltungen haben Ende November ihre Arbeit wieder aufgenommen und die Sicherheitskräfte sind an ihre Positionen zurückgekehrt. Trotz dieses vorläufigen Sieges der Armee, muss mit weiteren Angriffen der *Taliban* gerechnet werden, zumal sie immer mehr Sympathisanten in Pakistan gewinnen konnten.

Dies erklärt sich nicht zuletzt durch das rigide Vorgehen der Regierung bei der Besetzung der Roten Moschee und der zugehörigen Medresse in Islamabad durch deren Leiter und seine Studenten, die ihre Loyalität zu den *Taliban* erklärten. Die Besetzer, die sich in dem Gebäudekomplex verbarriadiert hatten, kündigten Selbstmordattentate an, falls die Regierung nicht ihrer Forderung nachkäme, die Scharia in Pakistan einzuführen. Schließlich stürmte die Armee das Gebäude am 10. Juli. Dabei wurden 100 Menschen getötet und 250 verletzt. Viele der Anschläge im Jahr 2007 wurden als Rache

für die Stürmung der Roten Moschee bezeichnet und die *Taliban* kündigten weitere Vergeltungsmaßnahmen an.

Wie diese Vergeltung aussehen und wie das weitere Vorgehen der *Taliban* organisiert sein wird, bleibt abzuwarten. Vorerst ist es der Armee zwar gelungen die *Taliban* in die Bergregionen im Norden zurückzudrängen, doch unbestätigten Meldungen zufolge, haben vereinzelte Führer der *Taliban* angekündigt, ihre Strategie ändern zu wollen und ihre Organisationsstruktur zu zentralisieren. Doch unabhängig von ihrer Struktur werden die *Taliban* auch weiterhin versuchen, ihren Einfluss im Norden Pakistans wieder auszuweiten.

Doris Zettel

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Cohen, Stephen Philip: The Idea of Pakistan. Washington 2004

Hussain, Rizwan: Pakistan and the Emergence of Islamic Militancy in Afghanistan, Ashgate 2005

Khan, Aarish Ulla: The Terrorist Threat and the Policy Response in Pakistan (SIPRI Policy Paper No. 11), Stockholm 2005

Rashid, Ahmed: Taliban. Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia, London 2000

Wagner, Christian/ Maaß, Citha D.: Frieden in Waziristan. Erfolg oder Rückschlag im Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan und Pakistan? (SWP-Aktuell 2006/A 46), Berlin 2006

<http://www.dawn.com> (pakistanische Tageszeitung)

<http://www.pak.gov.pk> (Regierung Pakistans)

<http://www.satp.org> (South Asia Terrorism Portal)

Philippinen (Mindanao)

(Krieg)

Beginn: 1970

Kriegstyp: B-2

Beteiligte: MILF, ASG, JI / Philippinen

In dem Sezessionskonflikt auf der südphilippinischen Insel Mindanao und dem angrenzenden Sulu-Archipel, in dem islamische Rebellengruppen für eine Autonomieregion kämpfen, waren 2007 zunächst keine Fortschritte im Friedensprozess zu erkennen. Im Oktober zeichnete sich ein Durchbruch ab, im Dezember wurden die Gespräche jedoch ergebnislos abgebrochen. Trotz des Friedensprozesses ist die Intensität der Gewaltanwendung im Vergleich zum Vorjahr nicht nennenswert zurückgegangen.

Zunächst unter der Kolonialherrschaft der USA und ab 1946 unter einer unabhängigen philippinischen Regierung wurde die Zuwanderung vor allem von katholischen Kleinbauern aus dem Norden des Landes in den bis dahin muslimisch geprägten Süden vorangetrieben, sodass die muslimische Bevöl-

kerung Mindanaos schließlich in die Minderheit geriet. Damit einher ging eine ökonomische und soziale Marginalisierung der Einheimischen. Ab 1960 verlor der Großteil der traditionellen muslimischen Eliten, die bis dahin stark in das politische System eingebunden waren, ihre Macht. Jedoch bildeten sich unter den Muslimen neue Eliten heraus, die an den Universitäten in der Hauptstadt Manila oder im Nahen Osten ausgebildet worden waren. Deren Erfahrungen, verbunden mit der Marginalisierung der muslimischen Bevölkerung auf Mindanao, beförderten die Herausbildung einer einheitlichen Identität der philippinischen Muslime unter der Bezeichnung Moro.

Zugleich wuchs auf den Philippinen Ende der 1960er Jahre in der Auseinandersetzung zwischen den beiden großen politischen Parteien die Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt. Die Herausbildung der neuen Eliten unter den Muslimen führte zur Gründung der *Moro National Liberation Front* (MNLF), die spätestens mit Beginn der Diktatur unter Ferdinand Marcos 1972 die Errichtung eines eigenständigen, muslimischen Staates zum Ziel hatte. Finanziell unterstützt wurde die MNLF von Mitgliedstaaten der *Organization of Islamic Conference* (OIC), die sich jedoch gleichzeitig um Verhandlungslösungen bemühte. Unter ihrer Schirmherrschaft wurde 1976 ein erstes Abkommen zwischen der Rebellengruppe und der philippinischen Regierung geschlossen, in dem einem Teil der südphilippinischen Region Autonomie zugestanden wurde. Aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen über die Umsetzung und Interpretation des Abkommens erneuerte der Anführer der MNLF, Nur Misuari, jedoch 1979 die Forderung nach Unabhängigkeit.

Die MNLF wurde in den 1970er und 1980er Jahren von zwei Seiten geschwächt: Zum einen arrangierte sich ein Teil ihrer Mitglieder mit den im Friedensabkommen von 1976 festgehaltenen Autonomieregelungen, zum anderen kam es zum Bruch zwischen Misuari und seinem Stellvertreter Salamat Hashim, der 1984 die islamistisch ausgerichtete *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) gründete.

Erst nach dem Ende des Marcos-Regimes 1986 wurden wieder Verhandlungen zwischen MNLF und Regierung möglich. Der philippinische Kongress beschloss 1989 schließlich, im muslimisch geprägten Süden die Autonomous Region of Muslim Mindanao (ARMM) zu gründen, der allerdings nach Volksabstimmungen in Mindanao nur einige Provinzen tatsächlich beigetreten sind. 1992 fanden nach Vermittlung Indonesiens und der OIC weiterführende Gespräche zwischen dem neuen Präsidenten Fidel Ramos und der MNLF statt. Das 1996 hieraus hervorgegangene Friedensabkommen sah unter anderem die Errichtung der Southern Philippines Zone of Peace and Development (SPZOPAD) auf Mindanao vor. In 14 Provinzen und neun freien Städten sollte die ökonomische Entwicklung durch den Southern Philippines Council for Peace and Development (SPCPD) unter Vorsitz Nur Misuaris gefördert werden. Das Abkommen führte zu einer Beendigung der

Kämpfe zwischen MNLF und philippinischen Sicherheitskräften und zu einer teilweisen Demobilisierung der Rebellengruppe. Knapp 6.000 ihrer Kämpfer wurden in das philippinische Militär, weitere 1.750 in die nationale Polizei integriert. Der weitaus größere Teil der ehemaligen Kombattanten sollte durch Reintegrationsprogramme in zivile Berufe eingegliedert werden.

Trotz verschiedener Verhandlungsversuche in den folgenden Jahren gelang es Präsident Ramos nicht, einen Friedensvertrag mit der zweiten Guerillagruppe, der MILF, auszuhandeln. Erst im Februar 1999 erreichte Präsident Joseph Estrada einen Waffenstillstand, der Ende desselben Jahres erstmals zu offiziellen Gesprächen führte. Entführungen von Touristen durch die *Abu Sayyaf* (auch *Abu Sayyaf Group* (ASG)), die sich vermutlich 1991 unter ihrem gleichnamigen Anführer von der MILF abgespalten hatte und nach offiziellen philippinischen Angaben auf ihrem Höhepunkt bis zu 800 Mitglieder zählte, boten Estrada im Jahr 2000 den Anlass für ein militärisches Vorgehen – auch gegen die MILF. Die Einnahme von mindestens 30 der 49 damals bekannten MILF-Lager wurde dabei auf Seiten der Regierung als großer Erfolg gewertet.

Nach dem Sturz Estradas im Januar 2001 propagierte die neue Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo eine umfassende Friedenslösung. Die offiziellen Friedensverhandlungen zwischen der philippinischen Regierung und der MILF, die unter der Schirmherrschaft Libyens und Malaysias stattfanden, führten jedoch zu keinem konkreten Resultat. Es kam immer wieder zu Kämpfen zwischen Rebellen und Einheiten der philippinischen Armee, die zeitweise von US-Soldaten ausgebildet wurden, die auch direkt an Militäroperationen teilnahmen. Aufgrund der zunehmend effizienteren militärischen Verfolgung verlagerten sich die Aktivitäten der ASG hin zu Bombenanschlägen in größeren Städten auf Mindanao. Trotz anhaltender sporadischer Zusammenstöße einigten sich die MILF und die philippinische Regierung darauf, die im Juli 2003 in Kraft getretene Waffenruhe mit Hilfe einer vor allem aus OIC-Staaten bestehenden Beobachtergruppe unter Führung Malaysias zu stärken.

Belastet wurden die Friedensgespräche durch den Vorwurf der philippinischen Regierung, die MILF unterstütze neben der ASG auch die *Jemaah Islamiah* (JI, Islamische Gemeinschaft), die nicht nur auf den Philippinen, sondern auch in Indonesien, Singapur und Thailand operiert und der die bislang schwersten Anschläge auf Mindanao im Jahr 2003 zugeschrieben werden. Als eine grundsätzliche Problematik stellte sich heraus, inwieweit die MILF-Führung ihre einzelnen Einheiten unter Kontrolle hatte. Vor allem abtrünnige Kämpfer von MILF und MNLF sowie Mitglieder der ASG galten als Verursacher zahlreicher Anschläge, auf die die Regierung jeweils mit militärischen Mitteln reagierte. Ende Februar 2005 beugte sich die philippinische Regierung jedoch dem politischen und öffentlichen Druck und vereinbarte auch mit den abtrünnigen Rebellen Waffenstillstandsgespräche, um den

mit der MNLF ausgehandelten Frieden von 1996 zu erneuern. Die philippinische Regierung erklärte, dass sich die Armee in Zukunft auf die Bekämpfung der ASG konzentrieren solle, um den Friedensprozess mit der MILF keinen weiteren Belastungen auszusetzen. Anfang Februar 2006 fanden informelle Friedensgespräche zwischen der philippinischen Regierung und der MILF statt. Am 7. September wurden die Friedensverhandlungen jedoch nach unvereinbaren Divergenzen in zentralen Punkten bei der Ausgestaltung der muslimischen Autonomieregion zunächst ausgesetzt. Weitere Bombenanschläge im Oktober sorgten dafür, dass die Gespräche nicht fortgeführt wurden.

Ende Januar 2007 kam es zu Kämpfen zwischen Militär und MILF in der Gemeinde Midsayap im Norden der Provinz Cotabatos in Zentralmindanao, in deren Verlauf die philippinische Luftwaffe mutmaßliche Rebellenstellungen in den Dörfern der Region bombardierte. In Folge der Auseinandersetzungen flüchteten etwa 3.000 Anwohner aus dem Gebiet. Am 28. Januar unterzeichneten beide Konfliktparteien eine gemeinsame Resolution, die unter anderem den Rückzug von Regierungs- und MILF-Truppen aus dem Gebiet vorsah. Diese Resolution wurde aber durch Kampfhandlungen zwischen beiden Seiten mehrfach verletzt. Als Reaktion darauf bekräftigte Präsidentin Macapagal-Arroyo in einer Stellungnahme vom 13. März 2007, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Friedensgespräche voranzutreiben, und befahl der Armee, Zurückhaltung beim Einsatz von Artillerie und Luftwaffe zu wahren.

Auch die Serie von Anschlägen setzte sich im Jahr 2007 fort. Am 10. Januar erschütterten drei Bombenanschläge die Städte General Santos, Kadawan und Cotabato auf Mindanao. Hierbei kamen sechs Menschen ums Leben, Dutzende wurden verletzt. Die Anschläge wurden der ASG zugeschrieben. Mitte Juni 2007 kam es zu zwei Bombenanschlägen auf Busse. Ein Anschlag ereignete sich in der Stadt Bansalan in der Provinz Davao del Sur in Südmindanao, bei dem zehn Menschen starben. Ein weiterer Anschlag, bei dem jedoch niemand verletzt wurde, fand in der Stadt Cotabato statt. Die Urheber konnten in diesen Fällen nicht mit Sicherheit benannt werden. Am 10. Juli wurden in der Provinz Basilan zehn Marinesoldaten enthauptet, die sich auf der Suche nach einem entführten italienischen Bischof befanden. Als Reaktion entsendete die Regierung Truppen in die Region, was zu erneuten Kampfhandlungen zwischen Armee und MILF-Kämpfern führte. Trotzdem begann bereits Ende Juli eine gemeinsame Untersuchung der Vorfälle, die ergab, dass ASG-Kämpfer für die Enthauptungen verantwortlich waren.

Ende September trafen sich Vertreter der Regierung und der MILF zu Gesprächen in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur, in dem hauptsächlich territoriale Fragen diskutiert wurden. Die Gespräche endeten jedoch ohne konkrete Ergebnisse. Ende Oktober wurden die Gespräche während eines zweitägigen Treffens wieder aufgenommen und zum ersten Mal seit

dem Scheitern der Friedensgespräche im September 2006 wurde die Aufnahme neuer Verhandlungen für Mitte November beschlossen. Diese fanden erneut in Kuala Lumpur statt und in einer abschließenden gemeinsamen Erklärung wurde die Lösung der territorialen Differenzen verkündet. Eine endgültige Regelung sollte in formalen Friedensgesprächen Anfang 2008 ausgearbeitet werden. Mitte Dezember des Jahres fanden erneut Gespräche statt, in denen letzte Eckpunkte der Einigung besprochen werden sollten. Hierbei kam es erneut zu Streitigkeiten und die Gespräche wurden ergebnislos abgebrochen.

Trotz der Anschläge und bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Rebellengruppen und der philippinischen Armee bekennen sich sowohl die offiziellen Vertreter der MILF als auch die Regierung zum Friedensprozess, was die erfreulichen Entwicklungen seit Oktober belegen. Die Ereignisse im Dezember werfen jedoch die Frage auf, wie ernsthaft solche Bekenntnisse zu werten sind. Ferner ist zu hinterfragen, inwiefern die MILF-Führung in der Lage ist, ihre eigenen Anhänger zu kontrollieren und somit einen möglicherweise ausgehandelten Frieden zu sichern. Die Perspektiven für die Anfang 2008 geplanten Friedensgespräche sind daher unklar.

Max Blümel

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

- Chalk, Peter: Separatism in Southeast Asia. The Islamic Factor in Southern Thailand, Mindanao, and Aceh, in: *Studies in Conflict and Terrorism* 24/4 (2001), S. 241-269
- Grigat, Sonja: Der Quasi-Staat der MILF auf den Philippinen, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*, Baden-Baden 2006, S. 288-295
- International Crisis Group: *Southern Philippines Backgrounder. Terrorism and the Peace Process*, Singapore - Brussels 2004: <http://www.icg.org>
- Kreuzer, Peter: *Die Rebellion der Muslime im Süden der Philippinen* (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Report 7/2003), Frankfurt 2003: <http://www.hsfk.de>
- McKenna, Thomas M.: *Muslim Rulers and Rebels. Everyday Politics and Armed Separatism in the Southern Philippines*, Berkeley 1998
- Rogers, Steven: Beyond the Abu Sayyaf. The Lessons of Failure in the Philippines, in: *Foreign Affairs* 83/1 (2004), S. 15-20
- Schucher, Günter, *Islamischer Separatismus auf den Philippinen. Kurzbibliographie*, in: *Südostasien aktuell* 13/3 (2000), S. 254-260
- http://www.gov.ph/cat_defense (philippinische Armee)
- <http://www.luwaran.com> (MILF)
- <http://www.manilatimes.net> (Manila Times)
- <http://www.mindanaotimes.com.ph> (Mindanao Times)
- <http://www.mindanews.com> (Mindanao News and Information Cooperative Center)

Philippinen (NPA)

(Krieg)

Beginn: 1970

Kriegstyp: A-2

Beteiligte: NPA / Philippinen

Im Berichtsjahr 2007 setzten sich die Kämpfe zwischen der Regierung der Philippinen und der *New People's Army* (NPA), dem bewaffneten Arm der *National Democratic Front/Communist Party of the Philippines* (NDF/CPP), auf gleichbleibendem Intensitätsniveau fort. Während Regierung und Armee der Philippinen zum Jahresende eine signifikante Schwächung der NPA durch Tötung, Festnahme und Kapitulation vieler ihrer Kämpfer verkündeten, sprach die NPA von einer erfolgreichen Bilanz taktischer Guerilla-Offensiven im Berichtsjahr. Einzelne Initiativen von Parlamentariern, Senatoren und zivilgesellschaftlichen und internationalen Vermittlern zu einer Wiederaufnahme der 2005 ausgesetzten Friedensgespräche blieben wirkungslos. Stattdessen hielt die Regierung an ihrem Plan fest, den seit 38 Jahren andauernden Aufstand bis zum Ende ihrer Amtszeit 2010 militärisch erfolgreich beenden zu wollen.

Den Hintergrund des Konfliktes bildet die ungleiche Landbesitzverteilung, die sich unter der spanischen Kolonialherrschaft entwickelte und sich unter der US-amerikanischen Herrschaft ab 1898 fortsetzte. Der Gegensatz zwischen einer großgrundbesitzenden Bildungselite auf der einen und einer Masse von besitzlosen und verarmten Kleinbauern, Pächtern und Landarbeitern auf der anderen Seite war während des Zweiten Weltkrieges wesentliche Ursache für die Entstehung der Volksbewegung *Hukbalahap* (HUK). 1941 kämpfte die HUK zunächst gegen die japanische Besatzungsmacht und setzte diesen Kampf nach deren Abzug und nach der 1946 von den USA erlangten Unabhängigkeit bis 1954 gegen die philippinische Staatsmacht fort. 1968 schufen studentische Aktivistengruppen die CPP, deren Mitgliederbasis sich rasch verbreiterte. Der bewaffnete Arm der CPP, die NPA, nahm spätestens ab 1970 in der Tradition der HUK den gewaltsamen Kampf gegen den philippinischen Staat wieder auf. Ab 1973 formierten sich unter der Führung der CPP zwölf weitere linksorientierte Gruppen zu der Volksfrontorganisation NDF. Als Ziel propagierten NDF, CPP und NPA die Schaffung einer auf einer gerechten Bodenverteilung basierenden sozialistischen Ordnung.

Das Patronagesystem des Regimes von Ferdinand Marcos (1965-1986), welches die Macht- und Kapitalakkumulation der herrschenden Eliten gewährleistete, hatte den innerstaatlichen Konflikt noch weiter verschärft. Zu Beginn der 1980er Jahre umfasste die NPA bis zu 25.000 Männer und Frauen, die vor allem kleinere Militäreinheiten angriffen. Mit dem Ende der Marcos-Herrschaft und den sich daraus ergebenden Dialogangeboten der Regie-

rung unter Corazon Aquino (1986-1992) kam es Ende der 1980er Jahre zu schweren Richtungskämpfen innerhalb der NDF/CPP. In den Folgejahren erhöhte Präsident Fidel Ramos (1992-1998) zudem das Maß an politischer Freiheit für die Kommunisten und im September 1992 ließ das philippinische Parlament die NDF als rechtmäßige Organisation zu und wies die Entlassung vieler politischer Gefangener an. Diese Öffnung führte 1993 durch die Abspaltung mehrerer bedeutender Regionalkomitees zu einem teilweise von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleiteten Zerfallsprozess der NDF/CPP.

Vor diesem Hintergrund wurden seit 1992 mehrfach abgebrochene und wieder aufgenommene Friedensgespräche zwischen der NDF/CPP-Führung und der Regierung geführt. 1992 wurde im sogenannten Joint Agreements on Safety and Immunity (JASIG) den Führern der NDF von Seiten der Regierung weitgehende Immunität gewährt, was ihre Anerkennung als Verhandlungspartner bedeutete. Im Mai 1998 unterzeichneten Vertreter von NDF/CPP und Regierung mit dem Comprehensive Agreement on Respect of Human Rights and International Humanitarian Law (CARHRIHL) den ersten von vier Verträgen, die zu einem Friedensvertrag zwischen den Konfliktparteien führen sollten. Das CARHRIHL verlangte die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen während der Marcos-Ära, die Entschädigung politisch Verfolgter und die Freilassung politischer Gefangener. Seither drängte die NDF/CPP auf die Ausarbeitung einer Entschädigungsformel und die Umsetzung des Abkommens.

Die zeitweilige Stationierung von US-Truppen, die erstmalige Aufkündigung des JASIG und eine Nichteinhaltung von Waffenstillständen durch die NPA ließen die Verhandlungen jedoch 1999 auf den Philippinen und 2001 in Oslo scheitern, wo die norwegische Regierung eine Vermittlerrolle übernommen hatte. Im Zuge ihres „War on Terror“ begannen die USA nach 2001 massiv, das philippinische Militär durch Gelder, Ausrüstung und Ausbildung zu unterstützen. USA, EU und mehrere NATO-Mitgliedsländer stuften die CCP und die NPA als ausländische Terrororganisationen ein und sperrten ihre Auslandskonten. Die derzeitige Regierung unter Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo sah sich so in ihrem militärischen Vorgehen gegen die Aufständischen bestärkt. In der Folgezeit nahmen die Gewalthandlungen zu. Schließlich ließ sich die CCP jedoch auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen nach den Präsidentschaftswahlen im Mai 2004 ein. Denn zum einen war sie durch die Einfrierung ihrer Konten in finanzielle Schwierigkeiten geraten, zum anderen wählte sie sich durch die Ausweitung der von ihr kontrollierten Territorien durchaus in einer günstigen Verhandlungspositionen. Umgekehrt ging auch die Arroyo-Regierung durch ihren Sieg bei den Wahlen gestärkt in die Verhandlungen.

Die Gespräche in Oslo führte als Vertreter der Regierung Gouverneur Jose V. Yap mit der seit längerem im niederländischen Exil befindlichen Füh-

rungsspitze der NDF/ CPP/ NPA um José Maria Sison. Die Verhandlungen fanden 2004 in vier Treffen statt, bei denen erstens die Implementierung des CARHRIHL, zweitens Sozial- und Wirtschaftsreformen, drittens die Reform des politischen Systems und viertens die Zukunft der NPA als bewaffneter Arm von NDF und CPP diskutiert wurde. Bei den ersten beiden Punkten konnte weitgehend Einigkeit erzielt werden. Die Frage nach der Neuordnung des politischen Systems blieb jedoch umstritten. Die NDF forderte eine Koalition mit der Regierung Arroyo und die gemeinsame Erarbeitung einer neuen Verfassung. Dies lehnte die Regierung jedoch ab, bot statt dessen einzelne Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung an und stellte der NDF die legale Teilnahme am demokratischen Wettbewerb nach der Beendigung des Krieges in Aussicht.

Auch die Entscheidung über die Zukunft der NPA erwies sich als problematisch. Die Aufständischen erhoben die Forderung, vor Beginn der Verhandlungen CCP und NPA von der Liste internationaler Terrororganisationen zu streichen. Die philippinische Regierung war sich jedoch mit der Regierung der USA einig, dass dies erst nach einem erfolgreichen Friedensschluss erfolgen soll, und forderte in ihrem Entwurf für einen Friedensvertrag, dass sich die NDF/ CPP in Absprache mit der philippinischen Regierung offiziell von ihrem bewaffneten Arm lossagt. Die Mitglieder des NDF/ CPP-Verhandlungsteams lehnten dies als inakzeptabel ab. Im August 2005 verkündete die NDF schließlich endgültig, nicht mehr mit der Regierung Arroyo verhandeln zu wollen, welche durch Korruptionsaffären innenpolitisch unter erheblichen Druck geraten war und zudem des Wahlbetrugs für 2004 bezichtigt wurde. Daraufhin kündigte die Regierung erneut das JASIG und die damit verbundenen Immunitätsgarantien für die Führer der NDF auf. Der verhinderte Putsch einer Gruppe von Armee-Offizieren am 24./25. Februar 2006 brachte eine weitere Verschärfung der Positionen der Konfliktparteien mit sich. Zwar wiesen sowohl die putschenden Offiziere, die eine militärische Interimsregierung zur Überwindung der Korruption anstrebten, als auch die NDF/ CPP/ NPA den Vorwurf einer gemeinsamen Verschwörung von sich. Aber die unter Druck geratene Regierung Arroyo schien seitdem entschlossen, alle militanten Gegner gewaltsam niederzuschlagen.

Auch im Berichtsjahr 2007 fanden die Kampfhandlungen wieder vor allem in Form kleinerer Gefechte statt. Dazu kamen einzelne Angriffe von Armee und Polizei auf mutmaßliche NPA-Anführer und NPA-Lager sowie Anschläge und kleinere Angriffe von NPA-Gruppen auf Kasernen, Polizeistationen und infrastrukturelle Einrichtungen wie Funktürme und Flughäfen. Neue Gebiete konnte die NPA hierdurch nicht erobern. Ein Großteil ihrer Gewalthandlungen diente offenbar der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Befehlshierarchie in der NDF/ CPP/ NPA und gegenüber den mit ihr assoziierten linken Aktivistengruppen sowie der Eintreibung von Geldern bei Lokalpolitikern. Letztere mussten in den Regionen mit NPA-Präsenz Geld

dafür bezahlen, dass sie bei den Regional-, Kongress- und Senatswahlen unbehelligt kandidieren konnten beziehungsweise dabei von der NPA mittels zum Teil gewaltsamen Aktionen gegen politische Gegner noch unterstützt wurden. Im Berichtsjahr kamen Nachrichtenmeldungen zufolge bei Kämpfen und Vergeltungsaktionen von Armee, Polizei und NPA mindestens 147 Menschen ums Leben, 199 NPA-Mitglieder sollen sich Medienberichten zufolge in diesem Zeitraum ergeben haben. Nach Angaben der NPA wurden allerdings allein 204 Soldaten, Polizisten und Paramilitärs in Gefechten getötet. Das Militär hingegen beanspruchte für sich, die Zahl der NPA-Kämpfer im Berichtsjahr um mindestens 1.000 reduziert zu haben. Welchen Anteil hieran Tötungen, Festnahmen oder Kapitulationen der einzelnen Kämpfer hatten, wurde allerdings offengelassen.

Konnte die NDF/CCP 2003 bis 2005 ihre territoriale Kontrolle ausweiten, so scheint der seit Jahren zu beobachtende Rückgang der Zahl der NPA-Kämpfer auf nunmehr etwa 5.700 nach Angaben der philippinischen Armee nun auch die Stabilität ihres Herrschaftsbereichs zu gefährden. Nach wie vor kontrolliert die NDF/CCP aber Provinzen und Gemeinden in weiten Teilen der Hauptinsel der Philippinen, Luzon. Sie ist zudem auf den Inseln Masbate, Mindoro und Cebu sowie in den östlichen und zentralen Provinzen Mindanaos aktiv und herrscht de facto über insgesamt etwa 2.000 Dörfer. Vor allem ihr Einsatz für die Kleinbauern gegenüber den Großgrundbesitzern bringt ihnen Unterstützung ein. Außerdem übernahm die NDF/CCP in ihren Gebieten soziale Funktionen, etwa durch medizinische Projekte, Armenhilfe und kulturelle Veranstaltungen.

Dementsprechend versuchte die Regierung, die NPA nicht nur militärisch, sondern auch durch soziale Maßnahmen zu schwächen. So sollten Entwicklungsprogramme für die vom Konflikt betroffenen Provinzen dazu dienen, der NPA die Unterstützung aus der lokalen Bevölkerung zu entziehen. Über die strafrechtliche Verfolgung von NDF/CCP-Kadern und Anhängern soll hingegen die politische Organisation der NDF/CCP und darüber die Fähigkeit der NPA zur Nachwuchsrekrutierung geschwächt werden. Gleichzeitig wurde versucht, Anreize für NPA-Kämpfer zu schaffen, sich zu ergeben und die Waffen abzuliefern. Hierzu trat am 23. März 2007 eine Verordnung zur sozialen Integration ehemaliger Rebellen und am 5. September die Proklamation 1377 in Kraft, die allen sich ergebenden NPA-Kämpfern, die keine schweren Verbrechen begangen haben, eine Amnestie gewährt.

Die materielle Reproduktion der einzelnen NPA-Einheiten geschah auch 2007 in den von ihnen kontrollierten Gebieten zum Großteil über die gewaltsame Erhebung einer sogenannten Revolutionssteuer, vor allem bei Privatunternehmern. Zudem brachte die bereits erwähnte Vergabe von „Wahlkampfkonzessionen“ und Gewährung von „Wahlkampfhilfe“ der NPA Regierungsangaben zufolge einen Gewinn von umgerechnet etwa 3,3 Millionen Euro. Neben Entführungen nutzte NPA offenbar auch den Anbau von Marihuana

als Einnahmequelle. Die philippinische Armee machte in den NPA-Gebieten schon mehrfach diverse Hanfplantagen und -verarbeitungseinrichtungen ausfindig, so auch im Berichtsjahr. Genauere Angaben über den Umfang der NPA-Verwicklung im Anbau und Handel mit Drogen liegen jedoch nicht vor.

Die zentrale Befehlsstruktur der NDF/CCP/NPA schien 2007 noch weitgehend zu funktionieren. Die Führungsspitzen im In- und Ausland konnten nach wie vor ihre Befehlsgewalt über die lokalen Einheiten geltend machen. Doch die Umstände ihrer jeweils lokal organisierten materiellen Reproduktion erschweren den Zusammenhalt der Gesamtgruppe. Durch die Sperrung der CPP-Auslandskonten 2001 wurde das eigenständige Wirtschaften der Verbände und Einheiten vor Ort wichtiger, wodurch sich eigenständige Vorgehensweisen häuften und materielle Interessengegensätze entstanden. Diesbezüglich hatte Sison bereits 2005 öffentlich zu „Säuberungsmaßnahmen“ zur Aufrechterhaltung seiner Befehlsgewalt aufgerufen und am 28. August 2007 wurde er in den Niederlanden von der dortigen Regierung wegen Anstiftung zum Mord an abtrünnigen NPA-Funktionären in den Jahren 2003 und 2006 angeklagt und verhaftet. Er musste jedoch aus Mangel an Beweisen nach 17 Tagen wieder entlassen werden.

Dabei beschränkte sich die Fraktionierung in den letzten Jahren nicht nur auf die Seite der Aufständischen. Auch die Regierung hat offensichtlich nicht die volle Befehlsgewalt über alle bewaffneten Gruppen, welche gegen die NPA und andere linke Gruppen vorgehen. Taten von Armeeeinheiten sind dabei nur schwer von denen lokaler Vigilantengruppen zu unterscheiden. Diese organisieren lokal Selbstjustiz sowie militantes Vorgehen gegenüber CPP und NPA und sind im staatlich tolerierten und geförderten Verband der *Citizen Armed Forces Geographical Units* (CAFGU) zusammengeschlossen. Zudem sind auch einzelne Gewalttaten gegen Linksaktivisten häufig nur schwer von solchen Gewaltaktionen zu unterscheiden, die in direktem Zusammenhang mit dem NPA-Konflikt stehen. So nannte der am 23. Februar 2007 veröffentlichte Menschenrechtsreport der von der Arroyo-Regierung eingesetzten Melo-Kommission die Zahl von bis zu 724 willkürlichen Tötungen, die seit 2001 durch staatliche Sicherheitskräfte und Vigilantengruppen verübt worden seien. Auch der UN-Menschenrechtsbeauftragte Philip Alston sprach von 863 ungeklärten Tötungen zwischen Januar 2001 und Mai 2007, die allesamt nicht im Zusammenhang mit Gefechten stattgefunden hätten, und zwar sowohl an militanten als auch an friedlichen Linksaktivisten und Journalisten. In Folge solcher Aussagen beschuldigte die NPA die Regierung wiederholt des Staatsterrors. Diese hingegen führte die Morde auf politische Säuberungsaktionen der NPA im linken Lager, Auftragsmorde krimineller Banden oder Lynchjustiz lokaler Vigilantengruppen zurück. Dabei listete sie für den entsprechenden Zeitraum 1.335 Opfer von NPA-Mordkommandos auf, während nur 143 Morde festgestellt werden könnten, die durch Vertreter

des Staates oder CAFGU-Vigilanten an friedlichen und militanten Linksaktivisten und Journalisten verübt worden seien. Von diesen würden 76 bereits vor Gericht behandelt, zu den restlichen 67 würden die polizeilichen Ermittlungen noch laufen.

Im Hinblick auf den NPA-Konflikt verstärkt sich der Eindruck, dass sich neben den Kombattanten der NPA und den Armee- und Polizeitruppen auch unabhängige, teils nur lokal oder nur zeitweilig operierende kommunistische Splittergruppen und antikommunistische CAFGU-Vigilanten bekämpfen. Die Regierung der Philippinen schien bislang gegenüber letztgenannten nicht fähig oder willens zu sein, ihren Anspruch auf ein staatliches Gewaltmonopol geltend zu machen. Auffällig bleibt dabei auch, dass immer wieder höhere Offiziere der Armee darauf hinweisen, dass sie nur schwerlich mit rechtsstaatlichen Mittel gegen einen Feind vorgehen könnten, der einer Guerillastrategie folge. Eine Anordnung des Obersten Gerichtshofs der Philippinen vom 16. Juli 2007, effektive Kontrollgremien von Menschenrechtsgruppen zur Untersuchung willkürlicher Verhaftungen und Tötungen zu schaffen und zu unterstützen, wurde seitens der Polizei und des Militärs als Beeinträchtigung und Gefährdung ihrer Arbeit kritisiert.

Die taktische Allianz zwischen der NPA und der *Moro Islamic Liberation Front* wurde auch in diesem Jahr aufrechterhalten (vgl. den Bericht zu Philippinen (Mindanao)). Diese bezieht sich auf den Erfahrungsaustausch in den Bereichen Taktik, Waffentechnik und Informationsgewinnung. Eine Ausweitung der Zusammenarbeit, die dann auch die Absprache von Kampfhandlungen beinhalten könnte, wird von beiden Seiten nicht ausgeschlossen. Gemeinsame Trainings wurden bislang in den Provinzen Nueva Ecija, Zambales und Bulacan in Nord-Luzon und Davao Oriental und in Davao del Norte im Südosten Mindanaos durchgeführt.

Eine Beendigung des Konflikts ist vorerst nicht absehbar. Zwar erkennt der philippinische Staat die NDF auch weiterhin als möglichen Verhandlungspartner an und ist grundsätzlich zu einem Friedensschluss bereit. Jegliche Verhandlungen mit der NDF über eine neue Verfassung werden aber wegen deren fehlender Legitimation ausgeschlossen. Stattdessen begnügte sich die Regierung 2007 mit dem Abschluss separater Waffenstillstandsvereinbarungen mit lokalen Ablegern der NDF. Aber nicht nur die Forderungen der Kriegsparteien stehen einer Einigung im Wege. Auf Seiten der Regierung besteht weiterhin das Problem, dass der philippinische Staat eng mit den Familien der Großgrundbesitzer verbunden ist. Amterpatronage und Korruption tragen darüber hinaus zu einer mangelnden politischen und juristischen Kontrolle des Militärs bei. Umgekehrt setzte sich bei den Aufständischen die Vorstellung von einer NDF/CCP als demokratisch konkurrierender Partei bislang noch nicht durch. Nicht nur wird von entscheidenden Kräften weiterhin die gewaltsame Machtübernahme angestrebt. Auch der Zusammenhalt der kämpfenden Verbände wird durch die Anforderungen der materiellen

Reproduktion strapaziert. Und so scheint es, dass sich mit der Fortdauer des Konflikts die Chancen zu dessen einvernehmlicher Beendigung eher verringern.

Jakob von Schubert

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Ferrer Coronel, Miriam/Rayuiza, Antoinette (Hrsg.): *Motions for Peace. A Summary of Events Related to Negotiating the Communist Insurgence in the Philippines 1986-1992*, Manila 1993

Rutten, Rosanne: *Revolutionary Specialists, Strongmen, and The State. Post-Movement Careers of CPP-NPA Cadres in the Philippine Province, 1990s-2001*, in: *South East Asia Research* 9/3 (2001)

Thompson, Mark: *The Decline of Philippine Communism: A Review Essay*, in: *South East Asia Research* 6/2 (1998)

<http://www.atimes.com> (Asia Times online)

http://www.gov.ph/cat_defense (philippinische Armee)

<http://www.inq7.net> (Philippine Inquirer online)

<http://www.inquirer.net/verbatim/Meloreport.pdf> (Melo Report)

<http://www.manilatimes.net> (Manila Times online)

<http://www.mb.com.ph> (Manila Bulletin online)

<http://www.philippinerevolution.org> (NDF/PPP/NPA)

Sri Lanka

(Krieg)

Beginn: 2005

Kriegstyp: B-2

Beteiligte: LTTE / Karuna-Gruppe / Sri Lanka

Auch 2007 verschärfte sich der seit über dreißig Jahren andauernde Konflikt zwischen den *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) und der srilankischen Regierung weiter. Der im Dezember 2005 erneut aufgeflamnte Krieg konnte nicht eingedämmt werden, sondern hat gemessen an der Zahl der täglichen Todesopfer wieder die gleiche Intensität erreicht, wie vor der Waffenstillstandsvereinbarung von 2002. Gleichzeitig rückten die Chancen für neue Friedensverhandlungen, wie sie 2006 noch möglich schienen, im Berichtsjahr in weite Ferne. Ein Ende des Krieges ist daher nicht in Sicht.

Hintergrund der Auseinandersetzungen sind die Bestrebungen der einheimischen Tamilen um Unabhängigkeit vom 1948 aus der britischen Kolonialherrschaft entlassenen Sri Lanka. Die meist buddhistischen Singhalesen stellen mit einem Anteil von circa 74 Prozent die Bevölkerungsmehrheit der 19,5 Millionen Einwohner des Landes. Die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe sind mit etwa 18 Prozent die meist hinduistischen Tamilen, die sich zu zwei Dritteln aus einheimischen Tamilen (Ceylon-Tamilen) zusammensetzen und

zu einem Drittel aus sogenannten Indien-Tamilen, die während der britischen Kolonialzeit (1796-1948) aus Indien eingewandert waren und nicht direkt am gegenwärtigen Konflikt beteiligt sind.

Nach der Unabhängigkeit 1948 wurden die seit über 1.000 Jahren auf der Insel beheimateten Ceylon-Tamilen von der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit zunehmend ausgegrenzt. Die privilegierte Stellung, welche die Tamilen aufgrund eines traditionell guten Bildungsstandes unter britischer Kolonialherrschaft genossen, übernahm ab 1956 schrittweise die singhalesische Mehrheit. Dabei diente eine Rückbesinnung auf religiös-kulturelle Motive sowohl der Legitimierung der Vorrechte der buddhistischen Singhalesen als auch der Zementierung ihrer Feindschaft gegenüber den vorwiegend hinduistischen Tamilen. 1972 wurde der Verfassungsartikel gestrichen, der die Rechte der ethnisch-religiösen Minderheiten sicherstellte. Stattdessen wurde die Bevorzugung des Buddhismus in der Verfassung verankert.

Gegen diese „Singhalisierung“ Sri Lankas formierte sich alsbald militanter Widerstand, dessen Träger insbesondere die tamilischen Schul- und Hochschulabsolventen waren. Sie wandten sich gegen die Diskriminierung der Tamilen und forderten einen unabhängigen tamilischen Staat. Einen Höhepunkt erreichte die Polarisierung der beiden Bevölkerungsgruppen Mitte 1983 mit einem inselweiten, staatlich unterstützten Pogrom an Tamilen. Anlass war ein Überfall der bereits 1976 gegründeten LTTE auf einen Militärkonvoi, mit dem sie in den bewaffneten Widerstand eintraten.

Die LTTE etablierten sich im Laufe der 1980er Jahre in den von Tamilen dominierten Regionen im Norden und Osten Sri Lankas als mächtigste tamilische Vertretung, indem sie Kader anderer Gruppen systematisch bekämpften oder integrierten. Gründer und charismatische Führungsgestalt der Organisation ist Velupillai Prabhakaran. Die Effektivität der mehreren tausend LTTE-Kombattanten in den nördlichen Dschungeln der Hauptinseln stützt sich auf eine moderne militärische Ausrüstung, eine erfolgreiche Guerillataktik und ihr skrupelloses Vorgehen. Die militärische Organisation der LTTE verfügt über Land-, See- und Luftstreitkräfte. Zudem verübten Selbstmordkommandos, *Black Tigers* genannt, zahlreiche erfolgreiche Selbstmordattentate, deren prominenteste Opfer 1993 Indiens Premierminister Rajiv Gandhi und Sri Lankas Präsident Ranasinghe Premadasa waren.

Im Jahr 1987 entwickelte sich der Konflikt zu einem regionalen Sicherheitsproblem. Indiens Süden wurde zum Ziel hunderttausender Flüchtlinge und zur logistischen Zentrale tamilischer Guerillagruppen. Die Hegemonialmacht Indien setzte daraufhin die Stationierung einer *Indian Peace Keeping Force* (IPKF) durch und schlug den Zusammenschluss der tamilischen Siedlungsgebiete zu einer weitreichend autonomen Verwaltungseinheit vor. Die Friedensinitiative scheiterte jedoch an der Ablehnung durch die LTTE. Neben den tamilischen Rebellen hatten die indischen Friedenstruppen die singhalesisch-nationalistische *Janatha Vimukhti Peramuna* (JVP) zum Gegner,

die gegen eine Teilautonomie der Tamilen eintrat und Gewaltaktionen auch gegen die Regierungspartei und staatliche Institutionen durchführte. 1989 wurde der Aufstand der JVP niedergeschlagen. In der Folge etablierte sie sich als radikale politische Partei. Nach Jahren verlustreicher Kämpfe zog Indien schließlich 1990 seine Truppen auf Druck der srilankischen Regierung ab.

In den folgenden Jahren lieferten sich Regierungstruppen und Rebellen vor allem im Norden Sri Lankas schwere Gefechte. Eine Friedensinitiative im Jahre 1994 misslang. Im Juli 2000 wiesen die LTTE den Entwurf einer neuen Verfassung von Regierung und Opposition ebenfalls zurück, weil sie nicht in den Erstellungsprozess einbezogen worden waren. Im Jahr darauf scheiterte der Versuch der Regierung, den Widerstand der LTTE mit Großoffensiven zu brechen. Vertreter Norwegens, die seit Februar 2000 in dem Konflikt vermittelten, verstärkten daraufhin ihre Friedensbemühungen und im Februar 2002 schließlich unterzeichneten beide Seiten ein Waffenstillstandsabkommen. Der Waffenstillstand war von großer Bedeutung, weil er unbefristet war und auf einem Verhaltenskodex für beide Kriegsparteien gründete. Seine Unterzeichnung ermöglichte die Aufnahme direkter Friedensgespräche und die Aufhebung des größten Teils der Restriktionen gegen die Tamilen. Den LTTE-Mitgliedern wurde gestattet, die von der Armee kontrollierten Gebiete im Norden und Osten des Landes zu betreten und dort politisch tätig zu sein. Die *Sri Lanka Monitoring Mission* (SLMM) überwachte die Einhaltung der Vereinbarung.

Vom 16. bis 18. September 2002 führten die beiden Konfliktparteien erste direkte Verhandlungen auf dem thailändischen Marinestützpunkt Sattahip. Ohne den in Abwesenheit zu 200 Jahren Haft verurteilten LTTE-Anführer Prabhakaran erklärten die Rebellen dabei erstmals ihren Verzicht auf den bewaffneten Kampf für einen eigenen Staat. Im Gegenzug gestand ihnen die Regierung Sri Lankas eine weitreichende Autonomie zu. Bei weiteren Friedensgesprächen im November und Dezember einigten sich Regierung und Rebellen schließlich grundsätzlich auf einen föderalen Staatsaufbau. Geplant waren zudem auch der Wiederaufbau in den Kriegsgebieten und eine Rückkehr der Flüchtlinge. Weitere Verhandlungen, unter anderem über den Schutz der Menschenrechte und die Gewaltenteilung zwischen Zentrum und Regionen, wurden vereinbart. Allerdings fühlten sich die LTTE bald nach dem vielversprechenden Beginn der Gespräche zunehmend marginalisiert und zogen sich im August 2003 schließlich ganz aus den Verhandlungen zurück.

Von Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga von der *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP) erwirkte Neuwahlen im April 2004 entschied der als Verfechter eines srilankischen Einheitsstaates geltende Mahinda Rajapakse von der SLFP für sich, die wie auch die JVP der von Kumaratunga geführten Parteienallianz *United Peoples Freedom Alliance* (UPFA) angehörte. Auf Seiten der LTTE mündeten interne Machtkämpfe im März 2004 in der Abspaltung des hochrangigen LTTE-Funktionärs Vinayagamoorthy Muralitha-

ran, der in der Folge unter dem Pseudonym Colonel Karuna die Kontrolle der Distrikte Batticaloa und Amparai im Osten des Landes übernahm. Karuna warf der LTTE-Führung Inkompetenz bei der Lösung der Probleme der Tamilen vor. Direkte Kämpfe zwischen Anhängern der Karuna-Gruppe und den LTTE forderten auf beiden Seiten sowie unter Zivilisten immer wieder Todesopfer. Ein Streit zwischen Regierung und LTTE über die Verteilung der internationalen Hilfeleistungen für die Opfer des verheerenden Tsunami vom Dezember 2004 trug im Jahr 2005 zu einer Eskalation des Konfliktes bei. Der Disput führte zu einer Regierungskrise, im Zuge derer die singhalesisch-nationalistische JVP die Regierungskoalition verließ.

Die Präsidentschaftswahlen am 17. November 2005 endeten mit einem Sieg des bisherigen Premierministers Rajapakse, der – unterstützt von der JVP und der 2004 gegründeten, buddhistisch-fundamentalistischen *Jathika Hela Urumaya* (JHU, Partei des nationalen Erbes) – eine harte Gangart bei neuen Verhandlungen mit den LTTE ankündigte. Dies war nicht zuletzt eine Reaktion auf eine Verschärfung des Konfliktes zwischen LTTE und Regierung in den Monaten zuvor, insbesondere nachdem Unbekannte im August den srilankischen Außenminister Lakshman Kadirgamar ermordet hatten. Wenngleich die LTTE jede Verwicklung in den Mord bestritten, bedeutete das Attentat einen herben Rückschlag für den Friedensprozess. In der Folge eskalierte der Konflikt durch Anschläge der LTTE und Angriffe des Militärs Anfang Dezember 2005 zu einem neuen Krieg. Der neuerliche Ausbruch der Gewalt ließ die Notwendigkeit einer Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen offenkundig werden. Die am 22. und 23. Februar 2006 in der Schweiz geführten Gespräche zwischen den Konfliktparteien konnten die Gewalt aber nur kurzfristig eindämmen. Eine zweite, für April angesetzte Verhandlungsrunde wurde abgesagt und die Kämpfe eskalierten weiter.

In den folgenden Monaten verschärfen sich die Auseinandersetzungen zusehends. Während die srilankischen Streitkräfte wiederholt Luftangriffe auf LTTE-Stellungen im Norden und Osten flogen, antworteten die LTTE mit Angriffen auf Militäreinrichtungen, Selbstmordanschlägen sowie Attentaten auf politische Persönlichkeiten wie den stellvertretenden Vorsitzenden des Friedenssekretariats der Regierung, Ketesh Loganathan, der am 12. August 2006 in der Hauptstadt Colombo erschossen wurde.

Durch eine Bodenoffensive im Nordosten des Landes und auf der Jaffna-Halbinsel konnte die srilankische Armee im Laufe der Monate August und September 2006 zum ersten Mal seit dem Waffenstillstand 2002 größere Gebietsgewinne machen, unter anderem Teile der nordöstlichen Provinz Trincomalee einnehmen und den Zugang zum gleichnamigen, strategisch bedeutsamen Hafen für die LTTE blockieren. Auch die wichtigste Verbindungsroute A9 zur Jaffna-Halbinsel wurde durch die Regierungstruppen dauerhaft gesperrt, was für die LTTE bedeutsame finanzielle Einbußen zur Folge hatte, da sie bis dahin hohe Wegezölle auf den Waren- und Personen-

verkehr auf dieser Strecke eintrieben. Erneute Friedensgespräche am 28. Oktober scheiterten aufgrund der Blockade. Die Schwächung der LTTE führte jedoch nicht zu einem Rückgang der Anschläge durch die tamilischen Rebellen auf militärische Einrichtungen und Konvois im ganzen Land. Insgesamt fielen der Spirale aus Angriff und Vergeltung 2006 laut srilankischem Verteidigungsministerium mehr als 3.000 Menschen zum Opfer.

Auch das Berichtsjahr begann mit anhaltenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen srilankischer Armee und der LTTE. Während die Regierungstruppen bei schweren Gefechten im Osten weitere Gebietsgewinne verbuchten konnten und damit die Verbindung zwischen den LTTE-Gebieten im Norden und Osten unterbrechen, reagierten die tamilischen Rebellen unter anderem mit zwei Anschlägen auf Linienbusse in der Nähe der südlichen Küstenstadt Galle, bei denen am 5. und 6. Januar über 20 Zivilisten getötet wurden. Für internationale Empörung sorgte zudem ein Artillerieangriff der LTTE auf eine diplomatische Delegation am 27. Februar nahe Batticaloa, bei dem der italienische Botschafter in Sri Lanka verletzt wurde. Laut LTTE beruhte der Angriff auf einem Missverständnis.

Im März weitete die srilankische Armee ihre Luft- und Bodenoffensive auf den Nordwesten aus. Die tamilischen Separatisten antworteten wiederum mit Attacken, darunter auch Selbstmordanschlägen, auf Militäreinrichtungen und flogen am 26. März zum ersten Mal in der Geschichte des Konflikts mit zwei Leichtflugzeugen einen Luftangriff auf einen Armeeflughafen nahe der Hauptstadt Colombo. Weitere Kurzattacken ähnlicher Art folgten im April, Mai und Oktober. Damit dürften die LTTE die zurzeit einzige Rebellenorganisation weltweit sein, die über eine eigene, funktionsfähige Luftwaffe (*Air Tigers*) verfügt.

Die immer stärker eskalierende Gewalt im Osten und Norden des Inselstaates hatte ab März erneut große Flüchtlingsströme zur Folge, mehr als 160.000 Menschen flohen aus den Kriegsgebieten. Insgesamt 300.000 Binnenflüchtlinge im Berichtsjahr zeugen von der katastrophalen humanitären Situation für die Zivilbevölkerung, die immer wieder zwischen die Fronten der Konfliktparteien geriet. Erschießungen und Entführungen von Zivilisten sind der SLMM zufolge an der Tagesordnung. Insbesondere auf die srilankische Regierung wächst seitens der internationalen Gemeinschaft der Druck, die Gewalt gegenüber Zivilisten einzudämmen und Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Diskriminierungen von Tamilen im Rahmen sogenannter „Anti-Terror-Maßnahmen“ einzustellen. Aber auch für ausländische Helfer wird die Arbeit zunehmend erschwert. Aus Sicherheitsgründen zog das Internationale Rote Kreuz im Mai seine Mitarbeiter aus Teilen der Konfliktregion ab und UN-Nothilfekoordinator John Holmes bezeichnete das Land als weltweit gefährlichstes Einsatzgebiet für humanitäre Helfer. Selbst die Sicherheitsgarantien für die SLMM wurden von beiden Konfliktparteien seit Mitte 2006 offen missachtet.

In den Gefechten zwischen der Armee und der LTTE machten bis Ende Juni des Berichtsjahrs die Regierungstruppen an der östlichen Front um Batticaloa immer größere Fortschritte und nahmen schließlich am 11. Juli die Stadt Thoppigala ein, was de facto die Niederlage der LTTE im Osten darstellte, nachdem sie dort für zehn Jahren die Oberhand gehabt hatte. Der Erfolg der srilankischen Armee ist zu großen Teilen auf die inoffizielle Zusammenarbeit mit der Karuna-Gruppe zurückzuführen, wodurch der innertamilische Bruch zwischen LTTE und Colonel Karunas Partei *Tamileela Makal Viduthalai Pulikal* (TMVP, Tamilische Volksbefreiungstiger) weiter befördert wurde. Auch zwischen den rivalisierenden Tamilengruppen eskalierte die Gewalt seit der Abspaltung der Karuna-Gruppe 2004 immer häufiger. Die Bedeutung der TMVP im Bürgerkrieg ist allerdings umstritten. Colonel Karuna selbst wurde im Oktober von der Partei verstoßen und floh nach Großbritannien, wo er aufgrund gefälschter Einreisedokumente umgehend verhaftet wurde.

Während sich die Gefechte zwischen Rebellen und Armee seit der Entscheidung im Osten auf die nordwestlichen Gebiete und die Jaffna-Halbinsel konzentrierten, führten die LTTE gleichzeitig ihren Untergrundkampf mit Angriffen aus dem Hinterhalt und Anschlägen auf Militäreinrichtungen im restlichen Land fort. Die militärischen Rückschläge der Separatisten im Berichtsjahr hatten somit kaum Auswirkungen auf ihre Fähigkeit, mit Attentaten und Anschlägen den Krieg auch in den ruhigeren Süden Sri Lankas zu tragen.

Am 2. November griff die srilankische Luftwaffe gezielt das Hauptquartier der LTTE in der nördlichen Stadt Kilinochchi an und tötete dabei den Führer des politischen Flügels der LTTE, Suppayya Paramu Tamilselvan, sowie fünf weitere hochrangige Offiziere. Die Tötung Tamilselvans, der auch Verhandlungsführer der LTTE war, hat neue Friedensgespräche auf lange Sicht unmöglich gemacht. Diese Entwicklung geht einher mit der Äußerung des srilankischen Verteidigungsministers im September, dass vor einer politischen Lösung die militärische Vernichtung der LTTE kommen müsse.

Eine größere militärische Reaktion der tamilischen Rebellen folgte auf den Tod Tamilselvans nicht, was als Zeichen der Schwäche der LTTE gedeutet werden kann. Allerdings nahm auch am Ende des Berichtsjahrs die Zahl der Angriffe durch die Separatisten nicht ab. So wurden durch zwei Bombenanschläge am 28. November in Colombo 19 Zivilisten getötet, woraufhin die srilankischen Sicherheitskräfte mehr als 1.500 Tamilen kurzzeitig in Lager internieren ließen. Gleichzeitig hielten auch die Armeeangriffe im Norden durch Luft- und Bodenoffensiven gegen das von den LTTE gehaltene Gebiet weiter an.

Ein friedliches Ende des Konflikts ist somit weiter entfernt denn je. Die srilankische Regierung stand nach wiederholten Kabinettsumbildungen und Massenprotesten im Juli in Colombo innenpolitisch unter Druck und schien nach den Erfolgen der Armee im Osten weder zum Einlenken bereit noch

ernsthaft an einem Kompromissfrieden interessiert. Umgekehrt setzten die LTTE trotz ihrer militärischen Schwächung unvermindert auf Anschläge und Guerillataktik zum Erreichen ihrer Ziele. Beide Seiten werden also auch weiterhin versuchen, eine Lösung des Konflikts mit Gewalt zu erreichen.

Christoph Manke

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

International Crisis Group: Sri Lanka: The Failure of the Peace Process, Colombo u.a. 2006: <http://www.icg.org>

Radtke, Katrin: Sri Lanka – Die Liberation Tigers of Tamil Eelam, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 279-287

Roesel, Jakob: Der Bürgerkrieg auf Sri Lanka: der Tamilenkonflikt: Aufstieg und Niedergang eines singhalesischen Staates, Baden-Baden 1997

Uyangoda, Jayadeva: Ethnic Conflict in Sri Lanka: Changing Dynamics, Washington 2007

Wilson, Alfred J.: Sri Lankan Tamil Nationalism: Its Origins and Development in the Nineteenth and Twentieth Centuries, London 2000

<http://www.lankapage.com> (Singhalesische Internet-Zeitung)

<http://www.priu.gov.lk> (Regierung Sri Lankas)

<http://www.slmm.lk> (SLMM)

<http://www.tamilnet.de> (Berichterstattung aus tamilischer Perspektive)

Thailand (Südthailand)

(Krieg)

Beginn: 2004

Kriegstyp: B-2

Beteiligte: BRN-C / Thailand

Die von einigen Beobachtern erhoffte Entspannung des Konflikts im Süden Thailands nach dem unblutigen Militärputsch gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra am 19. September 2006 war im Berichtsjahr 2007 nicht zu beobachten. Vielmehr hat sich die Intensität der Angriffe durch Aufständische gegenüber den Vorjahren erhöht. Die Rebellenaktivitäten zielten auf eine zunehmende Destabilisierung der Region, um die Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Zentralregierung zu verringern. Die Bemühungen der staatlichen Sicherheitskräfte brachten keine nennenswerte Entspannung. Da nach wie vor keine gesicherten Informationen über die Urheber der Gewaltakte existieren, gestaltete sich eine Verhandlungslösung als schwierig. Der seit vier Jahren andauernde Konflikt kostete inzwischen 2.800 Menschen das Leben, mindestens 4.700 wurden verletzt.

Der Konflikt wird in den südlichen Provinzen Narathiwat, Yala und Patani sowie vereinzelt im angrenzenden Songkhla ausgetragen. Die Region

bildet historisch das Kerngebiet des 1390 gegründeten Sultanats Patani, welches Anfang des 20. Jahrhunderts in das buddhistische Königreich Siam eingegliedert worden war. Die ansässige Bevölkerungsmehrheit versteht sich kulturell mehrheitlich als malaiisch-muslimisch. Nach Abschaffung der absoluten Monarchie und Ausrufung der Republik durch einen Militärputsch im Jahr 1932 wurde von Bangkok aus verstärkt eine nationalstaatliche Orientierung propagiert, die durch zunehmende Zentralisierung und eine kulturelle „Thaïsierung“ der Bevölkerung durchgesetzt werden sollte. Dabei fungierten der Buddhismus, die Thai-Sprache und die Loyalität zum thailändischen König, der bis heute eine bedeutende, symbolische Funktion im Staat spielt, als zentrale Identitäts- und Bezugspunkte. Die Integration der muslimischen Bevölkerung im Süden in den Staat war seither verstärkt mit Problemen belastet.

Erstmals formierten sich nach dem Zweiten Weltkrieg Widerstandsgruppen, die sich verstärkt gegen die Regierung in gegen Bangkok erhoben. Besonders die 1960er und 1970er Jahre waren von gewaltsamen Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Die Rebellionen dieser Zeit waren in erster Linie ethno-nationalistisch und separatistisch geprägt. Die Strukturen der Führungsebene und der sozialen Basis waren über die Jahrzehnte deutlichen Veränderungen unterworfen. Während anfänglich in ihrer Position bedrohte traditionelle Eliten den Widerstand organisierten, hatten seit den 1970er Jahren Studienabgänger die Führung der Rebellion übernommen. Das Bildungsniveau der lokalen Bevölkerung hatte sich deutlich erhöht, doch die Kapazitäten von Staat und Wirtschaft ermöglichten lediglich die Integration eines geringen Teils der Schulabgänger. Aus dem Norden zugewanderte Thais machten in der Region nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung aus, besetzten aber einen überproportionalen Anteil an Stellen in der staatlichen Verwaltung und der modernen Wirtschaft. Historische Ursachen dieser ungleichen Verhältnisse waren der erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg nachlassende Boykott der Muslime gegenüber thailändischen Regierungs- und Bildungsinstitutionen, ein wirtschaftlicher Modernisierungsvorsprung der Zuwanderer und deren Verbindungen zur thailändischen Militärelite. Neben diesen historischen und strukturellen Ursachenerklärungen stellte außerdem die Erosion der kulturellen Identität der Muslime im Zuge der Staatsbildung eine Konstante zum Verständnis des Konfliktes dar.

In den 1980er Jahren hatten die separatistischen Aktivitäten spürbar abgenommen. Hintergrund war eine Friedensinitiative der Regierung, in deren Rahmen die Kooperation mit der Lokalbevölkerung, Religionsfreiheit und ökonomische Entwicklung gestärkt werden sollten. Darüber hinaus wurden ein *Verwaltungszentrum der südlichen Grenzprovinzen* (VZSGP) und ein gemeinsames *Zivil-polizeilich-militärisches Kommandozentrum* (ZPM) eingerichtet. Das VZSGP fungierte als Mittler zwischen lokalen Eliten und der Regierung in Bangkok, während das ZPM der Koordination der Sicherheits-

kräfte und der zivilen Partizipation in Sicherheitsfragen diene. Beide Institutionen waren wichtige Teile eines Informantennetzes zur Aufdeckung separatistischer Aktivitäten. Viele Rebellen nahmen ein dieses Maßnahmen begleitendes Amnestieangebot an und traten in ein Reintegrationsprogramm ein. In den 1990er Jahren wurden im Schnitt noch etwa 25 kleinere Vorfälle pro Jahr mit einer geringen Zahl von Opfern gezählt und die Rebellion schien beendet.

Der aktuelle Krieg begann mit einem Überfall von über 100 Aufständischen auf ein Militärdepot Anfang des Jahres 2004, bei dem über 400 Waffen erbeutet wurden. Zeitgleich erfolgten Anschläge auf über 20 Schulen und drei Polizeiposten. Seitdem wurden nahezu täglich Angriffe verübt. Das Konfliktgeschehen war durch gezielte Attentate, Brandanschläge und Bombenanschläge gekennzeichnet. Die Angriffe richteten sich gegen Einrichtungen, welche in Verbindung mit der Regierung stehen, darunter Polizeistationen und Verwaltungsgebäude und vor allem Schulen. Die Lehrpläne der staatlichen Schulen unterdrücken nach Meinung großer Teile der Bevölkerung im Süden deren religiöse und kulturelle Identität. Immer wieder kam es auch zu koordinierten Anschlagsserien mit teilweise über 100 nahezu gleichzeitig verübten Angriffen. Zu direkten Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Aufständischen kam es nur selten. Die Zivilbevölkerung stellt mit über 90 Prozent die eindeutige Mehrheit der Opfer.

Es existieren bis heute keine gesicherten Erkenntnisse über die Identität der Aufständischen, die keine Bekennerschreiben hinterlassen und keine politischen Forderungen kommunizieren. Als Drahtzieher hinter den Anschlägen werden zum Teil noch existente Teile von Rebellengruppen der 1960er und 1970er Jahre vermutet. Die *Barisan Revolusi Nasional-Coordinate* (BRN-C) soll über die höchste Kapazität zum Ausführen von Gewalttaten verfügen. Die Organisation orientiert sich im Vergleich zu ihrer Mutterorganisation inzwischen mehr an einer islamistischen Ideologie. Auch die Organisationsstruktur hat sich im Vergleich zu früher entscheidend gewandelt und scheint die Form eines losen Netzwerkes aufzuweisen. Während die Guerillagruppen ihre Anschläge früher aus Basen in unwegsamen Dschungelgebieten durchführten, finden diese heute im urbanen und suburbanen Raum statt und werden von dort ansässigen Aufständischen verübt. Insgesamt soll die BRN-C über im Untergrund agierende Zellen, die sogenannten *Runda Kumpulan Kecil* (RKK, Small Patrol Groups), in zwei Dritteln der über 1.500 Dörfer verfügen. Darüber hinaus hatte die BRN-C seit Anfang der 1990er Jahre eine Jugendorganisation, die *Pemuda* (Jugend), aufgebaut, die Informationen über Ziele beschaffen und logistische Unterstützung leisten soll. Die Rekrutierung erfolgte im Wesentlichen über Lehrer in privaten islamischen Schulen. Das Militär vermutet die Zahl der mit der BRN-C assoziierten Aufständischen auf bis zu 7.000.

Auch über die finanzielle Unterstützung der Rebellion ist wenig bekannt. Früher finanzierten sich die Rebellengruppen in erster Linie durch Schutz-

gelderpressung und Schmuggel im Grenzgebiet zu Malaysia. Auch Regierungen und islamische Organisationen aus dem Nahen Osten sollen die Separatisten zeitweise unterstützt haben. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Finanzierungsquellen weiterhin eine Rolle spielen. Es wird außerdem vermutet, dass die heutigen, relativ preiswert durchzuführenden Anschläge zum Teil von den Attentätern selbst oder über lokale Sammlungen finanziert werden. Waffen und Materialien zum Bombenbau wurden bei Überfällen erbeutet.

Auslöser für den erneuten Konflikt scheint eine Verschärfung der Situation angesichts der wenig umsichtigen Südpolitik unter Premier Thaksin gewesen zu sein. Mit Beginn seiner Amtszeit im Jahr 2001 ging er mit außerordentlicher Härte gegen die Drogenkriminalität besonders im Süden des Landes vor. Thaksin betrachtete das Problem als rein kriminell, die sozialen Folgen des härteren Vorgehens und die Auswirkungen auf die kulturellen Konfliktlinien wurden wenig beachtet. Die im Rahmen der Friedensinitiativen der 1980er-Jahre etablierten Partizipationsrechte des Südens wurden zum Teil wieder abgeschafft. Das VZSGP und das ZPM wurden 2002 aufgelöst.

Nach dem Beginn der Unruhen Anfang 2004 verstärkte Thaksin die Militärpräsenz in den betroffenen Provinzen massiv und erließ ein Notstandsgesetz, welches die Sicherheitsorgane mit weitreichenden Kompetenzen im Kampf gegen die Aufständischen ausstatteten. Berichte über Übergriffe auf die Zivilbevölkerung durch Polizei und Militär erschütterten das Vertrauen vieler Unbeteiligten in die Regierung. Im April 2004 flüchteten Rebellen nach einem Angriff in der Provinz Pattani in eine Moschee in Krue Se. Nach mehrstündiger Belagerung wurde diese durch das Militär unter Einsatz von Granaten gestürmt, wobei 32 Menschen getötet wurden. Im Oktober desselben Jahres wurde eine Demonstration, die sich gegen die Repression in den Südpunkten richtete, in der Stadt Tak Bai in Narathiwat gewaltsam aufgelöst. Sicherheitskräfte gaben Schüsse in die Menge ab, wodurch mindestens sieben Menschen starben. Insgesamt 1.300 Menschen wurden festgenommen und mit Lastwagen zu einer Militärbasis gebracht. Im Verlauf des Transports erstickten 78 von ihnen oder erlitten Genickbrüche. Die Vorfälle wurden international verurteilt. In der Region führten beide Ereignisse zu massiven Protesten und wurden symbolisch aufgeladen, was die Gefahr einer gewalttätigen Politisierung regionaler, kultureller und religiöser Differenz weiter erhöht hat.

Anfang des Jahres 2006 geriet Thaksin innenpolitisch aufgrund von Korruptions- und Wahlfälschungsvorwürfen stark unter Druck. Im Zuge der Krise hatte es auch Auseinandersetzungen zwischen Thaksin und der Armeeführung um die Lösung des Konfliktes im Süden gegeben. Von Seiten des Militärs wurden ein gemäßigteres Vorgehen und die Aufnahme von Verhandlungen gefordert. Thaksin wehrte sich gegen eine Einmischung und unterstrich seine Politik der harten Hand. Am 19. September 2006 putschte die

Armee unter General Sonthi Boonyaratkalin gegen den Premier. Der Staatsstreich wurde anfangs von weiten Teilen der Bevölkerung begrüßt und auch der thailändische König stellte sich hinter die Putschisten. Anfang Oktober wurde Surayud Chulanont, ein ehemaliger Oberbefehlshaber der Armee, zum Übergangspremier ernannt. Eine neue Süd-Strategie sollte einerseits das Vertrauen der moderaten Bevölkerungsgruppen wiederherstellen, andererseits sollte die Aufstandsbekämpfung durch eine Neuorganisation der Sicherheitskräfte effektiver werden. Auch die Wiedereinsetzung des VZSGP und des ZPM wurde angekündigt. Nachdem Surayud wiederholt eine auf Versöhnung zielende Rhetorik bemühte und sich öffentlich für das Vorgehen der Regierung in Krue Se und Tak Bai entschuldigt hatte, entstand bei einigen Beobachtern die Hoffnung auf eine Beruhigung des Konflikts, die sich jedoch nur vorübergehend erfüllte.

Im Laufe des ersten Halbjahres 2007 stieg die Gewalt wieder massiv an. Obwohl die Anzahl der Anschläge im Vergleich zu den Vorjahren konstant blieb, hat sich die Zahl der Toten und Verletzten deutlich erhöht. Im Berichtsjahr, dem verlustreichsten seit Beginn des Krieges, starben bei über 2.000 Vorfällen mindestens 867 Menschen und über 1.700 wurden verletzt. Eine Erklärung liegt in der größeren Sprengkraft der Bomben. Unter den Opfern befanden sich auch vermehrt Frauen und Kinder. Der anfängliche Kurs der Militärregierung, der eine Abkehr vom harten Vorgehen Thaksins bedeuten sollte, zeigte somit keinen Erfolg. Die Reorganisation des VZSGP ging nur schleppend voran, da es an Personal und Ressourcen fehlte. Die Militärregierung musste dem erneuten Anstieg der Gewalt im ersten Halbjahr hilflos zusehen. Auch die Stationierung von bis zu 30.000 Soldaten vor Ort konnte die Fortsetzung der Anschläge nicht eindämmen. Neben der Vielzahl an vereinzelt Anschlägen, Brandstiftungen und Attentaten, welche das Kriegsgeschehen weiter kennzeichneten, wurden erneut koordinierte Aktionen von den Rebellen ausgeführt. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum chinesischen Neujahrsfest am 18. Februar wurden, über alle Provinzen verteilt, insgesamt 51 Angriffe gezählt. Bei Bombenexplosionen, Schiessereien und Brandanschlägen kamen insgesamt acht Menschen ums Leben und mindestens 62 wurden verletzt.

Ab Ende Juni verschärfte sich das Vorgehen der Regierung. Bei vermehrten Patrouillen und Durchsuchungen wurden über 2.000 Verdächtige verhaftet. Mehrere der Festgenommenen mussten in Erziehungslagern mehrwöchige Resozialisierungsprogramme durchlaufen. Rechtliche Grundlage für die Festnahmen und das Vorgehen war der nach wie vor gültige Ausnahmezustand in den Südprovinzen. Menschenrechtsorganisationen kritisierten dieses Vorgehen der Regierung scharf. Die Intensität der Angriffe nahm ab Juli etwas ab und bis Oktober kam es nicht mehr zu größeren, koordinierten Anschlägen. Die Regierung wertete die Verhaftungen als Erfolge, durch welche sie die Aktivitäten der Aufständischen maßgeblich eingeschränkt und deren

Netzwerke zerschlagen hätte. Kritischere Stimmen sahen darin eher die rational begründete Vermeidung einer direkten Konfrontation mit den präsenteren thailändischen Sicherheitskräften durch die Rebellen, die in ihrer Ausrüstung weit unterlegen waren und sind. Diese weniger optimistische Einschätzung wurde durch das weitere Kriegsgeschehen unterstützt. Am 7. November forderte einer der blutigsten Bombenanschläge des Jahres auf einen Markt in Yala zehn Tote und mindestens 27 Verletzte.

Eine direkte Konfrontation mit dem Militär widerspräche zudem einer sich abzeichnenden längerfristigen Strategie der zunehmenden Destabilisierung der Region. Beobachter beklagen eine zunehmende Verschlechterung der Verhältnisse zwischen Buddhisten und Muslimen. Mit Anschlägen auf Personen, die Kooperationsbereitschaft mit der Regierung zeigen, wurden auch Muslime von den Aufständischen unter Druck gesetzt und die kulturelle Spaltung vorangetrieben. 15 bis 20 Prozent der buddhistischen Bevölkerung sollen bereits geflohen sein, vor allem Lehrer wollen die Region verlassen.

Die Innenpolitik war das gesamte Jahr über von Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des gestürzten Premierministers Thaksin auf der einen, sowie der Armeeführung, Anhängern der Monarchie und der Oberschicht auf der anderen Seite bestimmt. Die Putschisten hatten die breite Unterstützung der Bevölkerung nach dem Putsch im Laufe des Jahres zunehmend verloren. Am 23. Dezember fanden in Thailand demokratische Wahlen statt und beendeten 16 Monate Übergangsherrschaft durch das Militär. Der Südkonflikt spielte im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. Die Militärführung hatte noch vor der Wahl verschiedene Gesetze erlassen und institutionelle Reformen durchgeführt, die ihre Kompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit ausbauten. Auch das Militärbudget wurde um über 50 Prozent aufgestockt. Als Sieger ging aus der Wahl mit der *People Power Party* (PPP) jene Partei hervor, die als Nachfolgeorganisation der von der Militärführung verbotenen *Thai Rak Thai* (Thais lieben Thais) von Thaksin gilt.

Wie im Jahr zuvor endete das Berichtsjahr mit Erwartungen an eine neue Regierung, sich dem Südkonflikt erfolgreicher anzunehmen als ihre Vorgänger. Eine wesentliche Änderung der Südstrategie ist nicht zu erwarten. Der nachgesagte Einfluss Thaksins auf die PPP wird es dieser sicherlich nicht leichter machen, das Vertrauen breiter Teile der Bevölkerung im Süden zu gewinnen und somit den bisherigen, erfolglosen militärischen Bemühungen eine zivilgesellschaftliche Strategie zur Seite zu stellen. Eine Entspannung der Sicherheitssituation ist ebenfalls nicht abzusehen.

Jochen Bader

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

International Crisis Group: Southern Thailand: The Impact of the Coup, Jakarta/Brüssel 2007: <http://www.icg.org>

McCargo, Duncan: Rethinking Thailand's Southern Violence, Singapore 2007

Melvin, Neil J.: Conflict in Southern Thailand. Islamism, Violence and the State in the Patani Insurgency (SIPRI Policy Paper No. 20), Stockholm 2007

Wagner, Jost: Südthailand (Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung), Berlin 2007

<http://counterterrorismblog.org> (Blog mit Expertenanalysen)

<http://bangkokpundit.blogspot.com> (Blog über Thailand und den Südkonflikt)

<http://www.bangkokpost.com> (Bangkok Post)

<http://www.nationmultimedia.com> (The Nation)

<http://www.thaigov.go.th> (thailändische Regierung)

Vorderer und Mittlerer Orient

Afghanistan (Mujahedin/Warlords)

(Krieg)

Beginn: 1978

Kriegstyp: A-1

Beteiligte: *Warlords / Warlords*, Afghanistan, ISAF, NATO

Auch 2007 hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan erneut verschlechtert. Kennzeichen hierfür waren unter anderem ein drastischer Anstieg von Selbstmordanschlägen sowie die Herausbildung einer professionalisierten Entführungsindustrie mit dem Ziel, politische Forderungen durchzusetzen. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass die islamistischen *Taliban* oftmals als Trittbrettfahrer auftraten und für eine Reihe von Anschlägen und Entführungen die Verantwortung übernahmen, während die eigentlichen Täter im Hintergrund blieben. Die meisten Anschläge dieser Art ereigneten sich im Großraum von Kabul sowie in nordwestlichen Teilen des Landes. Hier stehen sich regionale *Warlords* und ausländische Einsatzkräfte der *International Security Assistance Force* (ISAF) gegenüber und es kam immer wieder zu Gefechten. Deutliche Fortschritte für die Sicherheit der Bevölkerung, den infrastrukturellen Aufbau und die humanitäre Lage konnten nicht erreicht werden. Auch die diesjährige Opiumproduktion wird einen Besorgnis erregenden Höchststand erreichen und mit voraussichtlich 8.200 Tonnen die Vorjahresernte um fast 34 Prozent übersteigen.

Afghanistan wurde Anfang bis Mitte des 19. Jahrhunderts als sogenannter Pufferstaat geschaffen, der zwischen Britisch-Indien, Russland und dem persischen Reich lag. Zwar erwuchsen Afghanistan dadurch auch strategische Vorteile, da es die Regierungen der jeweiligen Imperien gegeneinander ausspielen konnte. Allerdings führte diese Rolle auch zu einem anhaltenden Fehlen jeglicher innerer Hegemoniefähigkeit. Bis heute unterliegen die Staatseliten einer hohen Außenabhängigkeit, die es Nachbarstaaten und Regionalmächten ermöglicht, konfliktträchtige Interessen nach Afghanistan hinein zu tragen. Mit dieser Abhängigkeit einher ging und geht bis heute eine hohe Anfälligkeit für politische und militärische Interventionen, die letztendlich zu einem Zerfall staatlicher Autorität führte.

Bis Anfang der 1970er Jahre setzte sich die afghanische Machtelite aus wenigen hundert Familien zusammen, welche durch Großgrundbesitz wohl situiert waren und die Regierungsposten unter sich aufteilten. Afghanen ländlicher Herkunft hatten kaum eine Chance, hohe Staatsämter zu besetzen. Dies führte zu einem sich über Jahre hinweg entwickelnden Stadt-Land-Gefälle

sowie zu einem breiten Spektrum an ideologischen, ethnischen und parteipolitischen Strömungen, die bis heute enormes Konfliktpotenzial aufweisen.

Von besonderer Bedeutung für die nächsten Jahrzehnte wurde die kommunistische *Demokratische Volkspartei Afghanistan* (DVPA) mit ihren beiden Flügeln *khalġ* (Volk) und *parĉam* (Fahne). Am 17. Juli 1973 putschte sich Mohammad Dāūd mit Hilfe von *parĉam* nahestehenden Offizieren an die Macht. Unter Dāūd vollzog sich ein drastischer Politikwechsel, der mit der Etablierung eines autoritären Herrschaftsstils einherging. Die Verfassung der von Dāūd proklamierten Republik wies eine Mischform aus sozialistischen und nationalen Elementen auf. Demokratische Prinzipien führte er keine ein und der Islam verlor offiziell an Bedeutung. Am 27. April 1978 wurde Dāūd in einer gemeinsamen Aktion der beiden DVPA-Flügel gestürzt. Kommunistisch gesinnte Offiziere versuchten daraufhin im Namen der DVPA, die Vielzahl ethnisch, religiös und tribal eigenständiger Herrschaftsbereiche in einen modernen sozialistischen Zentralstaat zu transformieren. Ein wesentliches Element hierfür war eine Landreform zur Enteignung der Großgrundbesitzer. Doch sowohl gegen diese Maßnahmen als auch gegen die atheistische Staatsführung organisierte und verstärkte sich Widerstand innerhalb der Bevölkerung, insbesondere als die Sowjetunion gegen Ende des Jahres 1979 militärisch intervenierte. Die Sowjetunion befürchtete ein Erstarren des militanten Islam und einen daraus resultierenden Krisenherd als Bedrohung für das eigene Land sowie einen damit verbundenen strategischen Machtverlust gegenüber den USA.

Die sogenannten *Mujahedin* (Glaubenskämpfer) sahen sich dabei als Träger des Widerstandes zur Verteidigung islamischen Gebietes in der Pflicht. Innerhalb der *Mujahedin* formten sich Widerstandsgruppierungen überwiegend entlang ethnischer, religiöser und tribaler Trennlinien. Unter dem Namen *Sieben von Peschawar* fanden sich sechs Gruppierungen von Paschtunen sunnitischer Glaubensrichtung mit Tadschiken in einer Koalition zusammen. Die schiitischen *Mujahedin* vereinigten sich auf Druck des Iran zur *Hizb-i Wahdat* (Einheitspartei), ihnen gehörten vor allem Tadschiken und Hazara an. Säkulare und liberale Gruppen wurden bald marginalisiert.

Insbesondere pakistanische Flüchtlingslager dienten als Rekrutierungsbasen für den Kampf gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan. Die dort agierenden Gruppierungen wurden auch durch die USA unterstützt. Die größten Hilfsleistungen in Form von Waffen, Gerät und Ausbildung wurden allerdings über den pakistanischen Geheimdienst *Inter Services Intelligence* (ISI) abgewickelt. Die *Hizb-i Islami* (Islamische Partei) unter Führung von Gulbuddin Hekmatyar wuchs nicht nur zur größten Widerstandsgruppe heran. Sie vertrat zudem die extremste Auslegung des Islams und wurde auch deshalb vom ISI protegiert.

Die *Mujahedin* lieferten sich sowohl mit Regierungstruppen als auch mit der sowjetischen Armee jahrelange Kämpfe aus dem Hinterhalt, so dass diese

trotz des Einsatzes von über 100.000 Soldaten und technischer Überlegenheit die Kontrolle über weite Teile des Landes verloren. Im Genfer Afghanistan-Abkommen von 1988 einigten sich die USA, die Sowjetunion, Pakistan und Afghanistan auf den vollständigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Gleichwohl wurde die militärische Hilfe an die Regierung in Kabul durch die Sowjetunion aufrechterhalten und auch die USA stellten ihre Waffenlieferungen an die *Mujahedin* keineswegs ein. Trotz des sowjetischen Abzugs wurde die kommunistische Regierung erst 1992 gestürzt.

Doch auch innerhalb der *Mujahedin*-Gruppierungen bestanden enorme Differenzen. Nach Eroberung der Hauptstadt Kabul bekriegten diese sich gegenseitig, so dass diese Phase des Krieges mehr Menschenleben kostete und größere Flüchtlingsströme sowie infrastrukturelle Zerstörung verursachte als der vorangegangene zehnjährige Krieg gegen die sowjetischen Streitkräfte. Da bereits in den 1980er Jahren der Drogenanbau für die *Mujahedin* eine unverzichtbare finanzielle Grundlage darstellte, entwickelte sich mit Ende des Kalten Krieges und dem Wegfall westlicher Unterstützung eine Kriegsökonomie, in der sich rivalisierende Machthaber, sogenannte *Warlords*, durch Waffen- und Drogenhandel, Zolleinnahmen und Wegegelder finanzierten und um diese Einnahmequellen kämpften.

Der Willkürherrschaft dieser *Warlords* wollten die *Taliban* (Religionsstudenten) ab 1994 ein Ende bereiten. Ausgerüstet wurden sie vom pakistanischen Geheimdienst ISI. Zudem konnten sie sich in ihrem Vorhaben der Unterstützung weiter Teile der afghanischen Bevölkerung sicher sein, welche unter dem Zustand der Rechtlosigkeit litten. Bis 2001 brachten die *Taliban* 90 Prozent des Landes unter ihre Kontrolle und errichteten ein islamistisches Regime. Dass sie darüber hinaus ihrem Unterstützer Osama bin Laden Unterschlupf gewährten, veranlasste die USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zum Krieg gegen das *Taliban*-Regime (vgl. den Bericht zu Afghanistan (Taliban)).

Mit der Vertreibung der *Taliban* ebnete die von den USA geführte Koalition den Weg für die Umsetzung der Beschlüsse der von den UN initiierten Afghanistankonferenz auf dem Petersberg bei Bonn im November 2001. Die ISAF hat seit Dezember 2001 ein UN-Mandat, die Staatsorgane Afghanistans bei der Befriedung des Landes zu unterstützen. Ihre Führung liegt seit August 2003 bei der NATO. Insgesamt waren 2007 rund 20.000 Soldatinnen und Soldaten aus 37 Staaten an der ISAF beteiligt. Ein wesentliches Instrument bildeten dabei die insgesamt 25 zivil-militärischen *Provincial Reconstruction Teams* (PRT) in ganz Afghanistan, deren vorrangige Aufgabe im infrastrukturellen Aufbau und der Stabilisierung der Sicherheitslage bestand.

Als Strukturveränderung des Krieges war 2007 tendenziell eine Annäherung der *Taliban* an *Warlords* und Stammesführer auszumachen. Daher bemühte sich die ISAF verstärkt um eine Zusammenarbeit mit lokalen Stammesführern, so dass diese häufiger als Vermittler zwischen Sicherheitskräften

und *Taliban* auftraten. Auch verfolgte die ISAF weiterhin das seit 2005 existierende Programm zur Entwaffnung illegaler bewaffneter Banden. Trotzdem agierten in Afghanistan weiterhin knapp 2.000 bewaffnete Gruppierungen unterschiedlichster Größe und Zusammensetzung gewaltsam gegen örtliche Sicherheitskräfte, ausländische Einsatzkräfte und Zivilisten. Dabei übernahmen oftmals die *Taliban* Verantwortung für Anschläge, Überfälle und Entführungen, obwohl hinter den Taten meistens *Warlords* und deren Anhänger standen, die Gewalthandlungen an die *Taliban* „verkauften“. Dies war sowohl bei der Entführung zweier deutscher Ingenieure im Juli als auch bei der Verschleppung von 23 südkoreanischen Aufbauhelfern Mitte August der Fall. Zwei der südkoreanischen Geiseln wurden erschossen, alle übrigen befanden sich circa vier Wochen in der Gewalt ihrer Entführer. In beiden Fällen bekannten sich die *Taliban* zu der Entführung. Fest stand aber auch, dass *Warlords* und bewaffnete Banden ein Netz von Spähern aufgebaut hatten, mit dessen Hilfe sie über das Eintreffen ausländischer Reisegruppen informiert waren. Verhandlungsversuche erwiesen sich als zäh, auch weil sich die an die Regierung herangetragenen Forderungen seitens der Entführer stark unterschieden. Während den *Taliban*-Gruppierungen die Forderung nach Abzug aller ausländischen Einsatzkräfte zugeordnet wird, forderten *Warlords* und lokale bewaffnete Gruppen eher die Freilassung inhaftierter Milizenführer und Clanchefs.

Insbesondere weil sich *Warlords* und *Taliban* hinsichtlich ihrer politischen, ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit immer wieder öffentlich voneinander abgrenzten, gleichwohl aber für Anschläge gemeinsam die Verantwortung übernahmen, hatte die ISAF in diesem Jahr erhebliche Schwierigkeiten. Am 12. April starben bei Anschlägen mit Brandbomben zwei ISAF-Soldaten. Auch Mitte Mai starben bei einem Selbstmordanschlag nahe der Provinzhauptstadt Kunduz fünf afghanische Zivilisten und drei ISAF-Soldaten. Etliche weitere wurden schwer verletzt. Im August kamen bei einem Selbstmordanschlag drei Soldaten ums Leben, als sich ein Aufständischer im Osten des Landes in die Luft sprengte. Drei weitere Menschen starben am 24. September, als ihr Fahrzeug über eine Landmine fuhr. Bei Zusammenstößen zwischen Aufständischen und ISAF-Truppen starben Ende September vier Menschen. Im Dezember kamen zwei ISAF-Soldaten durch einen selbstgebauten Sprengsatz nahe der Hauptstadt Kabul ums Leben. Die meisten der in Gefechte verwickelten und mit Anschlägen in Verbindung gebrachten Aufständischen gehörten nicht zu offiziellen Milizen, sondern traten unvermittelt und in immer neuen Kombinationen, oftmals als private Milizen lokaler Stammesführer auf. Nichtsdestotrotz standen sie in Zusammenhang mit bekannten Kriegsfürsten wie Gulbuddin Hekmatyar, Rashid Dostum, Mohammed Daud, Wali Karsai und Gul Agha Shirzai.

Die Zahl gewaltsamer Anschläge durch Aufständische lag im Berichtsjahr insgesamt um etwa 20 Prozent höher als im vergangenen Jahr. Mit 130

Selbstmordanschlägen lag diese Zahl bereits im September über der von 123 im gesamten Vorjahr. Zwischen Januar und August verloren etwa 1.000 Zivilisten bei Anschlägen ihr Leben. Aufgrund einer Rekordernte beim Mohnanbau haben Drogenbarone und *Warlords* im Berichtsjahr weiter an Macht gewonnen. Auch aufgrund der verschlechterten Sicherheitslage beschlossen die UN im September eine Verlängerung des ISAF-Mandats um ein weiteres Jahr. Auch der Deutsche Bundestag stimmte einer Verlängerung der deutschen Beteiligung am ISAF-Einsatz zu und erlaubte darüber hinaus den Einsatz von sechs Aufklärungsflugzeugen zur Unterstützung der NATO-Truppen auch im Süden des Landes (vgl. den Bericht zu Afghanistan (Taliban)).

Die afghanische Regierung war weiterhin nicht in der Lage, ein wirksames Sicherheitsmonopol zu gewährleisten. Stattdessen beanspruchten lokale Stammesführer die Macht über einzelne Regionen für sich. Dies liegt nicht zuletzt an einer Vermischung der neuen afghanischen Armee und der neuen landesweiten Polizei mit lokalen Milizen und deren Führern. Dies hat in Afghanistan jedoch eine lange Tradition, da ein Gewaltmonopol durch den staatlichen Sicherheitsapparat niemals vollständig durchgesetzt wurde und die Herstellung von Sicherheit immer auch lokalen Privatarmeen unterlag. Aktuell geht die Durchmischung so weit, dass private Milizenführer zum Teil wichtige Funktionen in der Regierung übernehmen. Vorläufig ist eine Befriedung des Krieges der Warlords in Afghanistan nicht zu erwarten, da die Interessenlagen der beteiligten Gruppen zu unterschiedlich und ihre Zielsetzungen oftmals widersprüchlich sind.

Sonja Clasing

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Brechna, Haribo: Die Geschichte Afghanistans – Das historische Umfeld Afghanistans über 1500 Jahre, Zürich 2005

Chiari, Bernhard (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte – Afghanistan, Paderborn 2006

Freeman, Christopher/Ponzio, Richard (Hrsg.): Afghanistan in Transition. Security, Governance and Statebuilding, in: International Peacekeeping 14 (2007)

Gerber, Gerlinde: Die neue Verfassung Afghanistans – Verfassungstradition und politischer Prozess, Berlin 2007

Maley, William: Rescuing Afghanistan, London 2007

Schetter, Conrad: Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan, Berlin 2003

Usha, K. B.: A Wounded Afghanistan – Communism, Fundamentalism and Democracy, Haryana 2004

Wilke, Boris: Regionale sicherheitspolitische Strategien für Afghanistan und seine Nachbarstaaten – eine Rolle für die OSZE?, in: OSZE-Jahrbuch 2005, Hamburg 2005, S. 383-391

<http://www.afgha.com> (Links und Nachrichtenarchiv)

<http://www.aihrc.org.af> (Afghanistan Independent Human Rights Commission)

<http://www.nato.int/isaf> (ISAF)

<http://www.globalsecurity.org/military/world/afghanistan/diag.htm> (Programm zur Entwaffnung illegaler bewaffneter Gruppen)

<http://www.unama-afg.org> (United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA))

<http://www.unodc.org> (United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC))

Afghanistan (Taliban)

(Krieg)

Beginn 2001

Kriegstyp: E-1

Beteiligte: *Taliban*, *Al-Qaida* / US-geführte Koalition (CFC-A),
Afghanistan, Pakistan

Nach Einschätzung westlicher Geheimdienste nutzten die *Taliban* (Religionsschüler) den Winter zur Reorganisation und Intensivierung ihrer Strukturen. Dabei entwickelte sich das pakistanische Staatsgebiet an der Grenze zu Afghanistan, die sogenannte Northwest Frontier Province, zur Basis für die Rekrutierung neuer Kämpfer für die *Taliban*. Auch deren Führungselite fand hier Unterschlupf, wie der Anführer Mullah Muhammad Omar und der Sprecher Jussif Ahmadi. Das Wiedererstarken der *Taliban*, insbesondere in den Unruheprovinzen Helmand, Kandahar und Urusgan konnte trotz immenser Militärpräsenz der US-geführten Truppen in den letzten Jahren nicht verhindert werden. Stattdessen verzeichnete das laufende Berichtsjahr erneut einen starken Anstieg militärischer Auseinandersetzungen mit etlichen Toten. So kamen bis August bereits etwa 3.100 Menschen ums Leben, gegenüber circa 4.000 im gesamten Vorjahr.

Hintergrund des unter dem Namen *Operation Enduring Freedom* (OEF) geführten Antiterrorkrieges waren die terroristischen Anschläge in den USA am 11. September 2001. Als Drahtzieher wurde bereits wenige Tage später Osama Bin Laden, Chef der Terrororganisation *Al-Qaida* (Die Basis), ausgemacht. Dieser stand seit 1996 im Visier der US-amerikanischen Geheimdienste und gilt bis heute als einer der maßgeblichsten Geldgeber des islamistischen Terrorismus. So wurde ihm unter anderem vorgeworfen, Ausbildungslager in Somalia, Ägypten, Sudan, Jemen und Afghanistan zu finanzieren. Außerdem wurden ihm Verbindungen zu zahlreichen Terroranschlägen zugeschrieben, darunter die Explosion einer Autobombe in der Tiefgarage des World Trade Centers 1993, zwei Anschläge auf in Saudi-Arabien stationierte US-Soldaten 1995 und 1996 sowie die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) 1998.

Nachdem Bin Laden auf Druck von Saudi-Arabien und den USA im Mai 1996 von der sudanesischen Regierung ausgewiesen worden war, konnte er in den von den *Taliban* eroberten Gebieten Afghanistans eine Zufluchtsstätte finden. Aufbauend auf seinen Erfahrungen aus der Zeit der Kämpfe gegen die sowjetischen Truppen von 1979 bis 1989, in der er über Rekrutierungsbüros etwa 20.000 islamische Kämpfer aus aller Welt anwarb, begann er 1996 mit der Errichtung von Ausbildungslagern in Afghanistan.

In dem Ägypter Aiman az-Zawahiri fand er sein ideologisches Pendant. Dieser und andere islamistische Denker fungierten als ideologische Mento-

ren, die eine weltumspannende islamische Revolution und eine Wiederrichtung des Kalifats als oberstes Ziel formulierten, während Bin Laden die nötigen Finanzmittel für eine entsprechende Infrastruktur bereitstellte. Diese diente zunächst dazu, Mitglieder extremistischer Gruppen systematisch für die Durchführung von Anschlägen zu rekrutieren und auszubilden. Schätzungen zufolge absolvierten in den 1990er Jahren etwa 5.000 sogenannte Dschihad-Kämpfer diese Ausbildung. Anschließend kehrten sie in ihre Heimatländer zurück, um dort Anschläge durchzuführen und neue Kämpfer zu werben.

Al-Qaida tritt dabei weniger als eine klar umrissene Organisation mit zentralen Strukturen in Erscheinung, sondern vielmehr als eine lose nicht-hierarchische Verbindung verschiedener islamistischer Gruppen, deren Informationsfluss über den persönlichen Kontakt zwischen den einzelnen Mitgliedern verläuft. In der fundamentalistischen Auslegung des Islams stimmen *Al-Qaida* und *Taliban* nur partiell überein. Die arabischen Glaubenskämpfer im Gefolge Osama Bin Ladens hatten mit dem aus Saudi-Arabien stammenden Wahhabismus eine Glaubenslehre nach Afghanistan gebracht, die dort zuvor nicht verbreitet war und nur eine kleine Gruppe paschtunischer Anhänger fand. Die ideologische Grundlage der *Taliban* ist dagegen der Deobandismus, der von pakistanischen Islamisten und Mullahs in den Religionsschulen der afghanischen Flüchtlingslager in Pakistan gelehrt wurde. Als extremistischer Nebenzweig der sunnitisch-hanafitischen Rechtsschule fand sich die religiöse Ausrichtung der *Taliban* vor ihrer Machtergreifung in Afghanistan nur entlang des sogenannten Paschtunen-Gürtels in der Northwest Frontier Province. Unter der Führung von Mullah Omar entwickelte sich die anfangs kleine Gruppe der fundamentalistischen „Religionsschüler“ zu einer schlagkräftigen Armee islamischer Krieger (vgl. den Bericht zu Afghanistan (Mujahedin/Warlords)).

Die *Taliban* verurteilten zunächst die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon, hielten aber zu Osama Bin Laden. Als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001, bei denen insgesamt mehr als 3.000 Menschen in New York und Washington getötet wurden, wurde die UN-Resolution 1373 vom 28. September 2001 verabschiedet, die alle Mitgliedsstaaten der UN zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus aufforderte. Diese Erklärung und das in Artikel 51 der Satzung der UN festgelegte Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung bildeten aus Sicht der USA die rechtlichen Grundlagen, mit militärischen Mitteln gegen die mutmaßlichen Drahtzieher der terroristischen Anschläge und ihre Unterstützer in Afghanistan vorzugehen.

Am 7. Oktober 2001 begann die Operation Enduring Freedom mit einer Offensive der US-Luftstreitkräfte, die gemeinsam mit der am Boden kämpfenden *Nordallianz* afghanischer Gegner des *Taliban*-Regimes geführt wurde. Dieses Bündnis hatte sich nach Machtergreifung der *Taliban* als loser Zusammenschluss ehemaliger *Mujahedin*, lokaler Führern aus dem Nordos-

ten Afghanistans, Offizieren der früheren Armee und neuer Rekruten formiert. Ziel der US-geführten Koalition der *Combined Forces Command – Afghanistan* (CFC-A) war sowohl die Zerstörung der Stützpunkte und Ausbildungslager von *Al-Qaida* als auch die Zerschlagung der militärischen Macht der *Taliban*. Das gemeinsame Vorgehen von *Nordallianz* und US-Luftstreitkräften führte zu einem schnellen Rückzug von *Taliban*- und *Al-Qaida*-Kämpfern. Bereits Mitte November 2001 konnte die Hauptstadt Kabul nahezu kampfflos von der *Nordallianz* eingenommen werden. Die Kämpfe verlagerten sich daraufhin auf die *Taliban*-Hochburg Kandahar, die jedoch einen Monat später ebenfalls erobert wurde. Letzte konzentrierte Kampfhandlungen fanden um die Bergfestung Tora Bora nahe der pakistanischen Grenze südlich von Jalalabad statt. Nach dem Fall von Kandahar und Tora Bora setzten die US-Truppen die Jagd auf Bin Laden und Mullah Omar fort, die sich in die östlichen Gebiete in der Nähe der pakistanischen Grenze zurückgezogen hatten.

Dort begannen diese sich neu zu organisieren, bis sie im Frühjahr 2002 mit ersten – noch sporadischen – bewaffneten Aktionen gegen Einrichtungen und Truppen der afghanischen Regierung sowie verbündeter lokaler Machthaber begannen. Das CFC-A verfolgte weiterhin das Ziel, Restgruppierungen der *Taliban* und *Al-Qaida* aufzuspüren und zu zerschlagen. Hierbei wurden zwar zahlreiche Waffenarsenale entdeckt, die Suche nach Mullah Omar und Osama Bin Laden blieb jedoch erfolglos. Nur wenige prominente Mitglieder des besiegten Regimes wurden gefangen genommen, dafür aber zahlreiche *Taliban*-Kämpfer der unteren Hierarchieebenen, von denen viele im US-Gefangenenerlager Guantanamo Bay auf Kuba interniert wurden.

Beginnend mit den seit 2002 üblichen Frühjahrsoffensiven intensivierten sich die Angriffe der *Taliban*- und *Al-Qaida*-Kämpfer von Jahr zu Jahr. Trotz massiver Kämpfe mit dem CFC-A konnten die *Taliban* einige Gebiete in den südöstlichen Provinzen Afghanistans wieder unter ihre Kontrolle bringen. Dabei kam ihnen zugute, dass bei den Aktionen der US-geführten Truppen der Eindruck entstand, zivile Opfer würden nicht um jeden Preis zu verhindern versucht. Dadurch weckten und stärkten die USA Ressentiments und schufen sich zahlreiche neue Feinde in Afghanistan. Die *Taliban* bauten seither zahlreiche mobile Trainingslager und neue Basen in Afghanistan und vor allem auch in Pakistan auf.

Da auch in den pakistanischen Provinzen Baluchistan und Northwest Frontier Province weiterhin offene Sympathien für die *Taliban* bestanden sowie Teile des pakistanischen Geheimdienstes *Inter-Services Intelligence* (ISI) eine *Taliban*-Option favorisierten und kultivierten, wurde die Kriegsführung der CFC-A torpediert und nachhaltig beeinträchtigt. Diese Umstände veranlassten die pakistanische Regierung, ihren Kooperationswillen verstärkt zu demonstrieren. 2004 wurden daher eine Reihe von Großoffensiven pakistischer Streitkräfte in den Stammesregionen Süd- und Nord-Waziristan

nahe der afghanischen Grenze gegen mutmaßliche ausländische Kämpfer mit Verbindungen zu *Al-Qaida* geführt.

Das gemeinsame Vorgehen mit Pakistan im Rahmen der OEF in den Gebieten beiderseits der afghanisch-pakistanischen Grenze führte aber nicht zu einer dauerhaften Zerschlagung der militärischen Strukturen der *Taliban*. Im Gegenteil hat sich die Zahl der Ausbildungslager – vor allem in Nord-Waziristan – erhöht. Die *Taliban* rekrutierten kontinuierlich neue Mitglieder und akquirierten erfolgreich Spenden und Zuwendungen. Neben Ressentiments gegen die ausländischen Truppen und die Zentralregierung in Kabul erleichterten auch finanzielle Anreize den *Taliban* die Rekrutierung neuer Mitglieder in den mehrheitlich von Paschtunen bewohnten Südostprovinzen Afghanistans. Sie wurden in den pakistanischen Grenzregionen ausgebildet und kehrten nach den Kampfhandlungen in Afghanistan nach Pakistan zurück. Die Politik der dortigen Regierung schwankte zwischen Militäroffensiven und einer Beschwichtigungspolitik. Während die Kampfhandlungen im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan einerseits zahlreiche Opfer unter den *Taliban*- und *Al-Qaida*-Kämpfern forderten, wurden im Rahmen von Amnestieverfahren andererseits viele mit den *Taliban* sympathisierende Militante wieder frei gelassen (vgl. den Bericht zu Pakistan (*Taliban*)).

In Afghanistan selbst wurden seit 2005 mit steigender Frequenz Selbstmordanschläge verübt, was oft als Indiz für ein Einsickern terroristischer Kämpfer und Logistiker aus anderen Ländern der Region und als Zeichen einer „Irakisierung“ der Strategie bewertet wird. Den Attacken in Form von Raketenangriffen, Überfällen, Selbstmord- und Bombenanschlägen fielen sowohl Angehörige der internationalen Truppen und Hilfsorganisationen als auch Mitarbeiter afghanischer Institutionen und Zivilisten zum Opfer. Zahlreiche militärische Umstrukturierungen auf Seiten von NATO und ISAF im Jahr 2006 haben nicht zu einer Eindämmung der Gewalt geführt.

Nach der üblichen jahrezeitlich bedingten Beruhigung der Kampfhandlungen scheiterte im Februar des Berichtsjahres das sogenannte Musa-Qala-Protokoll, mit dem im Herbst 2006 durch Vermittlung lokaler Stammesführer indirekte Absprachen mit den *Taliban* zur Demilitarisierung eines lokal begrenzten Gebiets getroffen worden waren. Noch bis Mitte Januar schien diese 14 Punkte umfassende Vereinbarung Erfolg versprechend. Dem Scheitern vorausgegangen waren Machtkämpfe unter lokalen Clanchefs sowie ein Luftangriff der NATO-Einsatzkräfte.

Massive Gefechte ereigneten sich im Juli 2007 nachdem NATO-Truppen ein erst im vergangenen Jahr erobertes Gebiet im Süden Afghanistans der Kontrolle der afghanischen Polizei übergeben hatten. Die Polizisten waren den Angriffen der *Taliban* nicht gewachsen, die erhebliche Geländegewinnen erzielen konnten, aber auch hohe personellen Verluste in Kauf nehmen mussten. Auch der Höhlenkomplex Tora Bora wurde erstmalig seit 2001 wieder von *Taliban*-Gruppierungen belagert und als Rückzugsort genutzt. Heftige

Kämpfe waren auch in den südlichen Provinzen Helmand, Urusgan und Kandahar zu verzeichnen.

Auch wenn die *Taliban* im Berichtsjahr weiterhin schwerpunktmäßig im Süden operierten, waren auch in anderen Landesteilen vermehrt Aktionen zu verzeichnen. Am 19. Mai sprengte sich ein Selbstmordattentäter in der Provinzhauptstadt Kundus in die Luft und tötete dabei drei deutsche Soldaten sowie sieben Afghanen. Die *Taliban* reklamierten die Verantwortung für dieses Attentat für sich. Der schwerste Anschlag seit dem Sturz der *Taliban* ereignete sich am 17. Juni in der Hauptstadt Kabul. Eine durch einen Selbstmordattentäter gezündete Bombe explodierte als ein Polizeibus an einer belebten Haltestelle im Stadtzentrum zum Stehen kam und tötete mehr als 35 Menschen, darunter 22 Polizisten.

UN-Statistiken zufolge verübten die *Taliban* in den ersten neun Monaten des Berichtsjahres 516 Anschläge, circa 400 wurden vereitelt. Außerdem wurden 130 Selbstmordanschläge gezählt, dies entspricht in etwa der Zahl aus dem gesamten Vorjahr. Dabei waren mehr als drei Viertel der Opfer Zivilisten. Ebenfalls bis September starben insgesamt 160 Soldaten der internationalen Truppen. Aber auch die NATO-Streitkräfte gerieten 2007 wegen einer hohen Zahl an zivilen Opfern infolge ihrer Kriegführung vielfach in die Kritik. Die wachsende Zahl dieser Toten lässt die Unterstützung der Bevölkerung für die NATO-Einsatzkräfte zunehmend schwinden.

Da das Land trotz des Einsatzes massiver militärischer Kapazitäten bislang nicht befriedet werden konnte, wird die Situation in Afghanistan inzwischen zunehmend als ausweglos wahrgenommen. Der Rückzug in den Höhlenkomplex Tora Bora, das Überleben der Führungsschicht um Osama bin Laden und Mullah Omar sowie das Heranwachsen neuer Führungsoffiziere auf mittlerer Ebene deuten an, dass sich der Krieg noch über Jahre hinziehen könnte. Zu beobachten ist allerdings auch eine Ausdifferenzierung der *Taliban* durch die vermehrte Einbeziehung lokaler Gruppen. Solche lokalen Kampfverbände verfolgen vornehmlich das Ziel der Aufrechterhaltung ihrer eigenen Autonomie als das eines gemeinsamen islamistischen Programms und stellen so den Zusammenhalt der *Taliban* in Frage. Andererseits wird das Vorgehen gegen die Aufständischen für das ausländische Militär durch diesen Zulauf lokaler Gruppen nicht einfacher.

Sonja Clasing

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Andres, Richard B./Wills, Craig/Griffith, Thomas E. jr.: Winning with Allies. The Strategic Value of the Afghan Model, in: *International Security* 30 (2005), S. 124-160
Azzam, Maha: Al-Qaeda Five Years On. The Threat and the Challenges, Briefing Paper Chatham House, September 2006

Human Rights Watch: Lessons in Terror. Attacks on Education in Afghanistan, 2006: <http://www.hrw.org>

International Crisis Group: Countering Afghanistan's Insurgency. No Quick Fixes, 2006: <http://www.icg.org>

- Kursawe, Janet: Neue Herausforderungen für die NATO in Afghanistan (GIGA Focus Nahost, Nr. 10), Hamburg 2006: <http://www.giga-hamburg.de>
- Schetter, Conrad: Ethnoscapes, National Territorialisation, and the Afghan War, in: *Geopolitics* 10 (2005), S. 50-75
- Schetter, Conrad: Transnationaler Terrorismus, Frankfurt am Main 2006
- The London Conference on Afghanistan: Building on Success: The Afghanistan Compact, Januar/Februar 2006:
<http://www.fco.gov.uk/Files/kfile/20060130%20Afghanistan%20Compact%20Final%20Final,0.doc>
<http://afghangovernment.com> (Regierung Afghanistans)
<http://www.defendamerica.mil> (US Department of Defense)
<http://www.centcom.mil> (US Central Command)
<http://www.cfc-a.centcom.mil> (Combined Forces Command – Afghanistan)
<http://www.dod.mil> (US Department of Defense)
<http://www.nato.int/issues/afghanistan/index.html> (NATO)
<http://www2.hq.nato.int/isaf> (ISAF)

Algerien

(Krieg)

Beginn: 1992
 Kriegstyp: A-2
 Beteiligte: AQMI / Algerien

Das Berichtsjahr 2007 war von zahlreichen blutigen Anschlägen seitens militanter Islamisten geprägt. Die zuvor als *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat* (GSPC, Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) bekannte Gruppe bezeichnet sich seit Januar als *Al-Qaïda au Maghreb Islamique* (AQMI, Die Basis im islamischen Maghreb). Das Verüben von Selbstmordanschlägen auf hochrangige Politiker und Ausländer in den Zentren des Landes verschaffte dem Kampf der Rebellen eine starke Aufmerksamkeit in der internationalen Öffentlichkeit.

Die langfristigen Ursachen für den seit 1991 andauernden innerstaatlichen Krieg in Algerien liegen zu einem großen Teil in der Vergangenheit unter französischer Kolonialherrschaft begründet. Beeinflusst von sozialistischen Ideen formierte sich seit den 1920er Jahren eine nationale Bewegung in Algerien, die jedoch stets arabisch-islamisch ausgerichtet war und auf die Re-Arabisierung Algeriens abzielte. Das algerische Selbstbild bewegte sich während des Unabhängigkeitskrieges ab 1954, der Unabhängigkeit 1962 und dem innerstaatlichen Krieg der 1990er Jahre permanent im Spannungsbogen zwischen arabisch-islamischer Tradition und einem technokratischen, zeitweise sozialistisch-egalitären Modernismus. Letzterer prägte die Politik der Einheitspartei *Front de Libération Nationale* (FLN, Front der nationalen Befreiung), die seit der Unabhängigkeit das politische Geschehen Algeriens be-

stimmte. Besonders in den suburbanen Gebieten der Metropolen führte die politische, soziale und wirtschaftliche Modernisierungskrise der frühen 1980er Jahre zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten und zu hoher Gewaltbereitschaft unter den zahlreichen arbeitslosen Jugendlichen, gegen die der algerische Staat repressive Maßnahmen ergriff.

Die unmittelbare Vorgeschichte des innerstaatlichen Krieges begann mit dem Wahlsieg der *Front Islamique du Salut* (FIS, Islamische Heilsfront), welche die ersten freien Kommunalwahlen im Sommer 1990 und auch die erste Runde der Parlamentswahlen im Dezember 1991 für sich entscheiden konnte. Die ursächlichen Faktoren für den unerwartet hohen Wahlsieg lagen im islamischen und arabisch-nationalen Populismus der FIS sowie ihrem Protestpotenzial als konservative und antisozialistische Partei. Ihre Machtübernahme hätte allerdings nicht nur eine deutlich religiös geprägte Neuausrichtung algerischer Politik bedeutet – angekündigt war die Errichtung eines islamischen Staates, sondern vor allem den Machtverlust der Militärführung, die innerhalb des Zentralkomitees der FLN etwa ein Drittel ausmachte. Um dies zu verhindern, führte die militärische Nomenklatura einen Staatsstreich durch: Der für März 1992 vorgesehene zweite Wahlgang wurde ausgesetzt, der amtierende und für die politische Liberalisierung seit 1989 verantwortliche Präsident Chadli Benjedid zum Rücktritt gezwungen und ein „Hohes Staatskomitee“ installiert.

Nachdem mit Abassi Madani und Ali Benhadj bereits im Sommer 1991 die beiden prominentesten Führer der FIS verhaftet worden waren, inhaftierte man weitere Führungsmitglieder. Die dadurch ausgelösten Unruhen in den Vorstädten wurden mit einer Verhängung des Ausnahmezustandes und Massenverhaftungen von FIS-Aktivisten beantwortet. Noch im März 1992 wurde die FIS vom „Hohen Staatskomitee“ verboten. Zellen der FIS und andere islamistische Gruppen begannen mit Anschlägen und bewaffneten Attacken, die sich flächendeckend übers ganze Land ausbreiteten. Die anfänglich durch den Staatsstreich ausgelöste Krise weitete sich ab Mitte 1992 kontinuierlich zum innerstaatlichen Krieg aus. Als Kriegsakteure waren die verschiedenen Gruppen der Islamisten auf der einen Seite und Armee, Gendarmerie und Polizei auf der anderen Seite beteiligt. Die Strategie der Islamistenführer, der sogenannten Emire, war die Kontrolle und Konsolidierung islamistisch dominierter „befreiter Gebiete“, innerhalb derer die Sicherheitskräfte massiv bekämpft wurden und deren Bevölkerung unter islamisches Recht gestellt wurde. Seinen Höhepunkt erreichte der Krieg in den Jahren 1997 und 1998.

Bis 1997 wurde insbesondere drei Rebellengruppen ein Großteil der zahlreichen Attentate und Überfälle auf Militäreinheiten, öffentliche Gebäude und Fabriken zur Last gelegt. Dies waren zum einen die *Mouvement Islamique Armé* (MIA, Bewaffnete Islamische Bewegung) und die *Armée Islamique du Salut* (AIS, Islamische Heilsarmee) als politische Widerstandsbewegungen und zum anderen die *Groupement Islamique Armé* (GIA, Islamische

bewaffnete Gruppierung) als religiös-revolutionäre Guerilla. Mit der MIA, die bereits seit den 1980er Jahren existierte, gewann ab 1990 eine elitäre islamistische Untergrundorganisation eine hervorgehobene Stellung unter den bewaffneten Widerstandsgruppen. Die Gruppe zog die Legitimität ihres Kampfes aus der Gewissheit, dass der Militärputsch gegen die FIS dieser die ihr zustehende Staatsgewalt vorenthalten hatte, die daher nun mit militärischen Mitteln erkämpft werden sollte. Aus ähnlichen Motiven handelte die 1994 gegründete AIS, die als militärischer Arm der FIS agierte und deren politische Ziele verteidigte. Im Unterschied zur MIA, die Anfang der 1990er Jahre auf einen schnellen Sieg gesetzt hatte, stellte sich die AIS auf einen lang angelegten Kampf ein. Die Gruppe war 1995 mit 40.000 Kämpfern die größte islamistische Widerstandsgruppe, jedoch organisierte sie sich regional und verfügte über keine zentrale Kommandostruktur. Im Gegensatz zur religiös-revolutionären Guerilla lehnten MIA und AIS Anschläge auf Ausländer, Schulen und soziale Einrichtungen ausdrücklich ab und richteten ihren Kampf ausschließlich gegen staatliche Einrichtungen und Sicherheitskräfte. Im Oktober 1997 verkündete die AIS einen einseitigen Waffenstillstand und im Juni 1999 die endgültige Einstellung ihres bewaffneten Kampfes. Eine dementsprechende Erklärung des Vorsitzenden der AIS, Madani Mezrag, wurde im algerischen Fernsehen verlesen und galt als Antwort auf das Amnestierungs- und Versöhnungsangebot des algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika.

Die GIA, die seit Ende 1991 durch spektakuläre Attentate zur bekanntesten und militantesten islamistischen Gruppierung wurde, war insbesondere in den Städten präsent und rekrutierte sich aus jungen Arbeitslosen. Ziel der Anschläge von GIA-Einheiten waren Polizisten, Polizei- und Armeeerekruten, Intellektuelle, Ausländer und vor allem Zivilisten, an denen mehrere Massaker verübt wurden. Ihre Doktrin kannte nur die Unterscheidung zwischen Befürwortern des Dschihad, des „Heiligen Krieges“, und Feinden des Islam. Auch zählte die Sabotage und Zerstörung von Infrastruktur zu ihrer Strategie. Allerdings konnte bei einigen Attentaten und gezielten Ermordungen die Urheberschaft nach wie vor nicht eindeutig geklärt werden. Hinzu kam, dass die GIA durch die algerischen Nachrichtendienste koordiniert unterwandert wurde. Seit der Ermordung des Emirs Antar Zouabri im Februar 2002, der zudem Agent des algerischen Nachrichtendienstes gewesen sein soll, befindet sich die GIA nach Angaben algerischer Sicherheitsexperten weitgehend im Auflösungsprozess. Die Ermordung des Emirs Rachid Abou Tourab im Juli 2004 und die Verhaftung seiner Nachfolger im November 2004 und im April 2005 trieben diesen Prozess noch voran.

Präsident Abdelaziz Bouteflika versuchte sich seit seiner Amtsübernahme 1999 durch die Amnestierung sämtlicher Kombattanten zu profilieren. Bereits im September 1999 wurde ein von ihm initiiertes Amnestiegesetz per Referendum angenommen. Dieses erwies sich jedoch als weitgehend wir-

kungslos, da es nur die Amnestierung von Kämpfern der AIS beinhaltete, andere bewaffnete Gruppen aber ausschloss. Seitdem ging zwar die Intensität der bewaffneten Auseinandersetzungen zurück, jedoch blieb ein kontinuierliches Gewaltniveau bestehen. Der Rückgang der Gewalt war vor allem auch auf Flügelkämpfe innerhalb der GIA zurückzuführen.

Seit Ende 1999 agierte eine weitere bewaffnete islamistische Bewegung unter dem Namen *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat* (GSPC, Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf), die sich teilweise aus ehemaligen Mitgliedern der AIS rekrutierte. Im Gegensatz zur GIA richteten sich ihre Angriffe nicht gegen die Zivilbevölkerung, sondern gegen Militär und Sicherheitspolizei. Seit dem Frühjahr 2003 wird die GSPC auch für Entführungen ausländischer Touristen in der südlichen Sahara verantwortlich gemacht. Trotz der Ermordung ihres Emirs Nabil Sahraoui und vier seiner engsten Mitstreiter Ende Juni 2004 gelang es ihr ohne Probleme, eine neue Führung unter Abdelmalek Dourdal, alias Abou Maoussa Abdelouadoud, zu installieren. Mutmaßungen zufolge kooperierte die GSPC mit Islamisten aus Mali und Niger. Das Ziel dieser Zusammenarbeit waren Anschläge gegen Ölpipelines in der südlichen Sahara sowie gegen US-Militärstützpunkte, die seit 2003 im Rahmen der Pan-Sahel-Initiative von 2002 beziehungsweise der nachfolgenden Trans Saharan Counter Terrorism Initiative von 2006 in der Grenzregion zu Mali und Niger aufgebaut wurden. Auch bekannte sich die GSPC zu einem Überfall auf die Militärbasis von Lemgheity im angrenzenden Mauretanien, bei dem im Juni 2005 zahlreiche mauretanische Soldaten ums Leben kamen. 2006 trat die GSPC dem *Al-Qaida*-Netzwerk bei und übernahm zunehmend deren Kampfstrategien und die Ideologie des glorifizierten Märtyrertodes.

Im September 2005 wurde per Referendum die „Charta für Frieden und nationale Versöhnung“ angenommen. Im Gegensatz zum ersten Amnestiegesetz beinhaltete diese Friedenscharta die Amnestierung aller islamistischen Kämpfer, soweit sie nicht an Bombenanschlägen, Massakern oder Vergewaltigungen beteiligt gewesen waren, und die Straffreiheit für den gesamten Sicherheitsapparat. Der Krieg wurde als „nationale Tragödie“ abgetan, um der Diskussion um Schuld und Verantwortung ein Ende zu setzen. Zugleich gestand der algerische Staat über 6.000 inhaftierten Islamisten erhebliche Haftverkürzungen zu. 2006 wurden etwa 2.200 ehemalige islamistische Rebellen aus der Haft entlassen. Seit der Annahme der Friedenscharta bis Februar des Berichtsjahres 2007 verlor die GSPC und ihre Nachfolgeorganisation AQMI laut algerischem Innenministerium etwa 800 Kämpfer, die sich entweder stellten und eine Amnestierung erhofften oder bei Polizei- und Militäraktionen ums Leben kamen. Die Stärke der AQMI wird von der algerischen Regierung auf 300 bis 400 Rebellen geschätzt. Als sicher kann gelten, dass mittlerweile Islamisten aus den angrenzenden Staaten Marokko und Tunesien auf Seiten der AQMI kämpfen. Inwieweit es einen tatsächlichen

Zusammenhang zwischen *Al-Qaida* und der AQMI gibt, bleibt unklar, doch bestehen starke Zweifel, dass eine zentrale Kommandostruktur existiert.

Das Ansteigen der Gewaltintensität im Berichtsjahr zeigte sich insbesondere an den Opferzahlen, die sich im Gegensatz zu den Vorjahren signifikant erhöhten. So kamen offiziellen Angaben zufolge 133 Angehörige der Sicherheitskräfte, 145 islamistische Rebellen und 98 Zivilisten ums Leben. Parallel zur Umbenennung der GSPC in AQMI veränderten die islamistischen Kämpfer auch ihre Kampfaktik. Zwar wurde auch weiterhin in Form von Hinterhalten und Überfällen gegen Sicherheitskräfte vorgegangen, doch kamen im Berichtsjahr zahlreiche Selbstmordattentate mit hohen Opferzahlen hinzu. Die schwersten Anschläge wurden auf Politiker, Polizeistationen und die UN verübt. Am 11. April wurden mit Sprengstoff beladene Autos auf den Sitz des Ministerpräsidenten Abdelaziz Belkhadem, eine Polizei- und eine Gendarmeriestation gelenkt, wobei 33 Menschen starben und 222 verletzt wurden. Am 6. September verübte die AQMI ein Attentat auf Präsident Bouteflika und tötete 20 Menschen. Bouteflika und Belkhadem blieben bei den Anschlägen unverletzt. Am 8. September führten die Islamisten einen Anschlag auf eine Station der Küstenwache durch, der 37 Todesopfer forderte. Ein weiterer schwerer Anschlag wurde am 11. Dezember auf ein UN-Gebäude und ein Gerichtsgebäude in Algier verübt. Nach offiziellen Angaben gab es 31 Tote – darunter 17 UN-Mitarbeiter – und 177 Verletzte, jedoch sprachen Ärzte von insgesamt 67 Toten. Neben den UN-Mitarbeitern wurden im Berichtsjahr auch andere Ausländer, zumeist Mitarbeiter US-amerikanischer und russischer Ölfirmen, Opfer von Attentaten oder Überfällen. Bei einigen Selbstmordanschlägen konnte nicht zweifelsfrei geklärt werden, ob die Autofahrer tatsächlich Selbstmordattentäter waren oder die Autos per Fernzündung gesprengt wurden. Rebellen wurden vor allem bei Überfällen oder anderweitigen Zusammenstößen mit Sicherheitskräften getötet.

Am 17. Mai fanden Parlamentswahlen statt, die der regierenden Koalition unter Führung der FLN geringe Einbußen brachten. Nach Boykottaufrufen islamistischer und sozialistischer Kräfte betrug die Wahlbeteiligung nur 35,5 Prozent und war damit niedriger als je zuvor. Belkhadem, der als die rechte Hand des Präsidenten gilt und den islamisch-konservativen Flügel der FLN vertritt, fungiert weiterhin als Ministerpräsident und wird Spekulationen zufolge als Bouteflikas Nachfolger gehandelt, wenn dessen zweite Amtszeit 2009 ablaufen wird.

Die enge militärische Zusammenarbeit mit den USA wurde durch das im Oktober gegründete *Africa Command* (AfriCom) der US-amerikanischen Streitkräfte zumindest eingeschränkt. Wie zahlreiche andere afrikanische Staaten verweigerte auch Algerien die Zustimmung zur Einrichtung des AfriCom-Hauptquartiers auf seinem Territorium. Die energiepolitische Annäherung zwischen Algerien und Russland wurde seitens des größten staatlichen Gasunternehmens Algeriens Sonatrach im Dezember des Berichtsjahres auf-

gekündigt. Damit wurde den Mutmaßungen über die Gründung eines OPEC-ähnlichen Gaskartells ein Ende gesetzt. Seitdem sucht Algerien energiepolitisch eine Annäherung an die EU.

Im Berichtsjahr ist die Gewaltintensität des Krieges in Algerien wieder angestiegen. Die nunmehr als AQMI agierenden islamistischen Rebellen wandten neben ihrer herkömmlichen Kampftaktik vermehrt auch Selbstmordanschläge an. Zwar zielt ihr Kampf in erster Linie auf staatliche Sicherheitskräfte und Politiker ab, doch nahmen sie auch Opfer unter Zivilisten und Ausländern, unter ihnen auch Mitarbeiter internationaler Organisationen wie den UN, in Kauf. Der Krieg verlagerte sich durch die neue Strategie der Islamisten in die Metropolen des Landes, wogegen die Bekämpfung von Sicherheitskräften in entlegenen Regionen tendenziell an Bedeutung verliert.

Wieland Köbsch

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Addi, Lahouari: Die unfassbare Krise: Versuch einer Anatomie, in Graffenried, Michael von/Hammouche, Sid Ahmed: Im Herzen Algeriens, Das Jahrzehnt des Terrorismus, Bern 2002 (http://www.algeria-watch.de/artikel/analyse/addi_2002.htm)

Addi, Lahouari: Verordnete Versöhnung, in: Le Monde Diplomatique (deutsche Ausgabe), April 2006, S. 6-7

Guidère, Mathieu: Fusion in der Terrorbranche, in: Le Monde Diplomatique (deutsche Ausgabe), November 2006, S. 5

Herzog, Werner: Algerien. Zwischen Demokratie und Gottesstaat, München 1995

Inamo (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten): Algerien – Befreiung, Korruption, Zerfall, Raub, Agonie, Nr. 35, Jg. 9, Herbst 2003, S. 4-31

Martinez, Luis: The Algerian War 1990-1998, London 2000

Ruf, Werner: Die algerische Tragödie, Vom Zerschneiden des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, Münster 1997

Samraoui, Mohammed: Chronique des années de sang, Paris 2003

Schmid, Bernhard: Algerien - Frontstaat im globalen Krieg?, Unrast 2005

<http://www.algeria-watch.org>

<http://www.middle-east-online.com>

Georgien (Abchasien)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 1992 (Krieg: 1992-1994)

Beteiligte: Abchasische Rebellen / Georgische Milizen, Georgien
Intervention zur Waffenstillstandsüberwachung: GUS

Seit dem Machtantritt der neuen georgischen Regierung unter Micheil Saakaschwili im Januar 2004 und der Wahl Sergei Bagapschs zum Präsidenten Abchasiens 2005 hat sich das Verhältnis zwischen Georgien und der abtrünnigen Republik Abchasien kontinuierlich verschlechtert. Beim Einmarsch

georgischer Sicherheitskräfte ins Kodori-Tal im Sommer 2006 kam es zu größeren militärischen Auseinandersetzungen mit einer georgischen paramilitärischen Splittergruppe. Die Sicherheitslage in der gesamten Grenzregion ist seitdem instabil. In die Verhaftungs- und Entführungsfälle, Bombenanschläge und Schießereien sind georgische Sicherheitskräfte, abchasische Milizen und GUS-Friedenstruppen involviert.

Der Konflikt zwischen Georgiern und den ethnisch und sprachlich den nordkaukasischen Völkern zugehörigen Abchasen reicht weit in die vorsowjetische Zeit zurück. Territoriale Besitzansprüche auf Abchasien werden bis heute mit widersprüchlichen Geschichtsauslegungen begründet. Nach der Russischen Revolution 1917 war Abchasien zunächst eine eigene Unionsrepublik und wurde erst 1931 als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) in die Georgische SSR eingegliedert. Bis in die 1950er Jahre hinein wurden gezielt Georgier nach Abchasien umgesiedelt. Dies führte dazu, dass die Titularnation bei der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 weniger als 18 Prozent (circa 93.000 Menschen) der Bevölkerung stellten, während der Anteil an Georgiern bei 45,7 Prozent lag (also fast 240.000).

Die unter den Abchasen zunehmende Angst vor Überfremdung und Assimilation mischte sich mit regionalen Machtkonkurrenzen sowie sowjetischen Versuchen, Abchasien als Trumpfkarte gegen georgische Unabhängigkeitsbestrebungen einzusetzen. Ende der 1980er Jahre wurde der Wunsch nach Sezession in der Abchasischen ASSR stärker. Während die Georgische SSR auf Unabhängigkeit von der Sowjetunion drängte, stimmten die Abchasen zunächst für den sowjetischen Unionsvertrag. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion betrachteten sie ihre nationale Souveränität als rechtlich legitimiert. Ein 1988 begonnener „Krieg der Gesetze“ zwischen Suchumi und Tiflis eskalierte 1992 mit der Wiederinkraftsetzung der georgischen Verfassung von 1921, respektive der Verfassung der Abchasischen SSR von 1925. Laut dieser galt Abchasien als souveräne Republik, die nichtsdestotrotz über einen Unionsvertrag mit Georgien verbunden blieb.

Im August 1992 rückten georgische Einheiten in Abchasien ein, der Konflikt entwickelte sich zum Krieg. Mehrere von Russland vermittelte Waffenstillstände wurden von abchasischer Seite gebrochen. Diese vertrieb mit Unterstützung von Kosaken, Freiwilligen der *Konföderation der Bergvölker des Kaukasus* (ein Bündnisses nationaler Bewegungen des Nordkaukasus) sowie (ehemaliger) russischer Offiziere die georgische Nationalgarde aus Abchasien. Ein am 14. Mai 1994 geschlossener vierter Waffenstillstand erwies sich schließlich als beständig. Er wird seither von einer circa 1.800 Mann starken, mehrheitlich von Russland gestellten, GUS-Friedenstruppe sowie 133 Militärbeobachtern der *United Nations Observer Mission in Georgia* (UNOMIG) in Suchumi überwacht. Seit Dezember 2003 unterstützen mittlerweile 19 zur UNOMIG gehörende Zivilpolizisten auf der georgischen Seite der Waffenstillstandslinie die lokale Polizei.

Während der Kämpfe von 1992 bis 1994, im Laufe derer beide Konfliktparteien unzählige Menschenrechtsverletzungen verübten, wurden etwa 8.000 Menschen getötet. Außerdem flüchteten circa 250.000 Menschen, überwiegend Georgier, aus Abchasien. Damit war es den Abchasen gelungen, die ethnische Zusammensetzung Abchasiens entscheidend zu ihren Gunsten zu verändern. Bei den georgisch-abchasischen Verhandlungen über den künftigen Status Abchasiens erwies sich deshalb die Regelung zur Rückführung der Flüchtlinge als besonders problematisch. Dessen ungeachtet begannen viele Georgier bald gegen den Willen Abchasiens in die abchasische Grenzregion Gali zurückzukehren. Diese war vor dem Krieg zu 98 Prozent georgisch besiedelt gewesen. Parallel dazu entstanden paramilitärische Gruppen wie die etwa 200 Mann starke *Weißer Legion* und die *Waldbrüder*. Sie rekrutierten sich hauptsächlich aus georgischen Flüchtlingen, welche die Gali-Region zurückerobern wollten.

Im Frühjahr 1998 verstärkten diese Guerillas ihre Angriffe. Abchasische Milizen, abermals mit Unterstützung von Freiwilligenverbänden der *Konföderation der Bergvölker des Kaukasus*, drängten die *Weißer Legion* jedoch unter dem Einsatz schwerer Artillerie aus der Gali-Region zurück. Die GUS-Friedenstruppen und UNOMIG griffen ebenso wenig in die Kämpfe ein wie reguläre georgische Einheiten. Nichtsdestotrotz wurden die georgischen Paramilitärs von ihrer Regierung unterstützt. Insgesamt wurden über 1.675 Häuser zerstört und etwa 350 Menschen getötet. 35.000 flüchteten, teilweise zum zweiten Mal, aus Abchasien. Hatte die abchasische Regierung bis dahin eine konföderale Vereinbarung mit Georgien nicht ausgeschlossen, so gilt die Unabhängigkeitserklärung vom 12. Oktober 1999, basierend auf einem kurz zuvor durchgeführten Referendum, seither als deren Verhandlungsgrundlage. Die von den UN vermittelten, jedoch stockenden, Friedensverhandlungen, kamen endgültig zum Erliegen. Russland initiierte den Sotschi-Prozess, welcher mit dem UN-geleiteten Genfer Prozess konkurriert. Außerdem verweigert Abchasien, unterstützt von Russland, Gespräche auf der Grundlage des UN-Papiers „Über die Verteilung der Kompetenzen zwischen Tiflis und Suchumi“ von 2002, da dieses Abchasien lediglich weitreichende Autonomierechte zugesteht.

Im August 2001 eskalierte die Gewalt erneut, als 450 bis 800 Mann starke Guerilla-Verbände in das teils georgisch, teils abchasisch kontrollierte Kodori-Tal eindrangen. Nach wochenlangen Kämpfen gegen abchasische Sicherheitskräfte wurden sie im Oktober 2001 in die russischen Teilrepubliken des Nordkaukasus zurückgedrängt. Erstmals kämpften auf georgischer Seite tschetschenische Söldner, die von Regierungsmitgliedern in Tiflis zur Rückeroberung Abchasiens angeworben worden waren. Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen im Sommer und Herbst 2001 starben mehr als 120 Menschen, darunter auch neun Insassen eines über dem Kodori-Tal abgeschossenen UN-Hubschraubers.

In den folgenden Jahren reduzierte sich der Unruheherd auf die abchasische Grenzregion Gali. Bei vereinzelten Gefechten kamen dort seither etwa 70 Menschen ums Leben, knapp hundert wurden verletzt. Abchasische Dörfer wurden außerdem wiederholt von nicht identifizierten Flugzeugen aus bombardiert. Beobachter werteten diese Bombardements als Versuche Russlands, die Region weiter zu destabilisieren und dadurch seine andauernde Militärpräsenz im Südkaukasus zu rechtfertigen. Russland versuchte sich als einzige effektive Schutzmacht der Abchasen zu präsentieren. Russische Truppen hatten diese schon im Krieg unterstützt und sind – entgegen internationaler Vereinbarungen – bis heute auf dem Militärstützpunkt im abchasischen Gudauta stationiert. Die GUS verhängte im Januar 1996 ein wirtschaftliches und politisches Embargo gegen Abchasien. Als wichtigster Handelspartner Abchasiens hält sich Russland jedoch nur offiziell daran. Über 70 Prozent der Einwohner Abchasiens haben seit 2002 die russische Staatsbürgerschaft angenommen. Außerdem wurde Anfang September 2004 die Zugstrecke Suchumi-Moskau wieder in Betrieb genommen.

Mit der Machtübernahme Micheil Saakaschwilis im November 2003 erhielt die Wiederherstellung der territorialen Integrität höchste Priorität für die georgische Regierung (vgl. auch den Bericht zu Georgien (Südossetien)). Abchasien setzte daraufhin zusätzliche Sicherheitskräfte an seinen Grenzen ein. Um abchasische Gemüter zu beruhigen und gleichsam Kommandostrukturen zu zentralisieren, ordnete Tiflis die Entwaffnung und Auflösung der *Weißten Legion* und *Waldbrüder* an. Im Herbst 2004 führte Abchasien Präsidentschaftswahlen durch. Der von Russland und vom bis dahin amtierenden abchasischen Präsidenten Wladislaw Ardsinba favorisierte Präsidentschaftskandidat Raul Chadschimba sowie sein Gegner Sergei Bagapsch warfen sich gegenseitig Fälschungen vor und es kam zu wochenlangen zum Teil auch gewaltsam ausgetragenen Protesten. Bagapsch und Chadschimba einigten sich schließlich auf eine Kompromisslösung: Bagapsch wurde zum Präsidenten, Chadschimba zum Vizepräsidenten gewählt. Mit dieser Wahl demonstrierte Abchasien erstmals seine politische Unabhängigkeit von Russland. Bagapsch hielt jedoch an den bekannten Positionen fest und forderte die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens sowie die lediglich assoziierte Mitgliedschaft in der Russischen Föderation.

Der Konflikt speiste sich indes nicht nur aus den politisch unvereinbaren Zielsetzungen der Konfliktparteien, sondern auch aus der entlang der Demarkationslinie florierenden Gewaltökonomie. Circa 80 Prozent der 90.000 georgischen Flüchtlinge aus der Gali-Region sind in den letzten Jahren jeweils im Frühling zurückgekehrt, um dort die Felder zu bearbeiten und den Ernteertrag und andere Güter über Abchasien nach Russland zu schmuggeln. Kontrolliert wird dieser florierende Schwarzmarkt vornehmlich von georgischen und abchasischen Milizen. Mitglieder der GUS-Friedenstruppen profitierten ebenfalls vom Schmuggel. Die erhöhte Kriminalität sowie die seit

2006 wieder zugenommenen Bombenanschläge in der Grenzregion verweisen auf Rivalitäten zwischen einzelnen Banden.

Eine neue kritische Wendung im Konflikt ergab sich im Juli 2006 als georgische Polizeikräfte in das Kodori-Tal eindringen, um eine nicht länger auf georgisches Kommando hörende 300 bis 400 Mann starke Guerilla-Einheit zu zerschlagen. Nach nur wenigen Tagen erklärte die georgische Regierung den Einsatz für erfolgreich beendet. Ungefähr 60 Personen wurden festgenommen. Die Zahl der Toten wird auf bis zu 60 geschätzt, offizielle Daten gibt es aber nicht. Der UN-Sicherheitsrat erließ eine Resolution, in der das georgische Vorgehen im Kodori-Tal ausdrücklich kritisiert wurde. Von abchasischer und russischer Seite wurde diese Aktion als militärisches Manöver zur gewaltsamen Rückführung Abchasiens in georgisches Territorium und damit als Verletzung des Moskauer Waffenstillstandabkommens von 1994 gewertet. Diesem zufolge steht ausschließlich der obere Teil des Tals, der mehrheitlich von der georgischen Volksgruppe der Swanen besiedelt ist, unter georgischer Verwaltung. Die Lage blieb weiterhin angespannt, denn am 27. September 2006 beschloss Georgien den Umzug der Exil-Regierung Abchasiens von Tiflis in das obere Kodori-Tal. Am selben Tag wurde dieser nunmehr georgische Bezirk „Ober-Abchasien“ getauft. Am 5. Oktober beteiligte sich die dort ansässige georgische Bevölkerung außerdem an den in Georgien abgehaltenen Kommunalwahlen.

Seit diesem Polizeieinsatz kommt die Lage im Kodori-Tal sowie in der gesamten Grenzregion kaum zur Ruhe. Am 5. Januar geriet ein georgischer Kontrollpunkt in der Konfliktzone unter Beschuss, dabei wurde ein Polizist getötet und ein weiterer verletzt. Mitte März kamen bei einer Bombenexplosion in der Gali-Region zwei Menschen ums Leben, mindestens fünf wurden verletzt. Anfang Juli wurden in einem Dorf in der Gali-Region zwei abchasische Zivilisten von Unbekannten erschossen, zwei Wochen später ein georgischer Soldat im Kodori-Tal. Die abchasischen Milizen nahmen kurzzeitig Dutzende Georgier in Gali fest. Seit Dezember 2006 kam es darüber hinaus zu einer Serie tödlicher Anschläge auf hochrangige abchasische Polizisten. Vor allem der abchasische Premierminister Alexander Ankwab wurde seither wiederholt das Ziel von Bombenanschlägen. Inwieweit diese Anschläge jedoch in Verbindung zum georgisch-abchasischen Konflikt stehen oder vielmehr aus einer inner-abchasischen Clan-Fehde resultieren bleibt unklar.

Weiter zu nahmen auch Zusammenstöße zwischen georgischen Polizisten und russischen Soldaten. Am 20. September lieferten sich abchasische Milizen, russische Soldaten und eine Truppe des georgischen Innenministeriums im oberen Kodori-Tal ein Gefecht, bei dem unter abchasischem Vertrag stehende ehemalige russische Offiziere getötet wurden. Vier russische und zwei abchasische Soldaten wurden nach Zugdidi abgeführt. Die UN empfahlen daraufhin eine internationale Überwachung der Konfliktzone und des Kodori-Tals durch einen Artillerieaufklärungsradar und unbemannte

Luftfahrzeuge. Brisant sind in diesem Zusammenhang auch Informationen darüber, dass Georgien eine zusätzliche fünfte Brigade von 2.500 Mann errichten und nahe der Gali-Region stationieren möchte. Mit insgesamt 32.000 Mann wird die georgische Armee damit mehr als doppelt so groß sein, als ursprünglich von westlichen Militärberatern empfohlen.

Zugleich geriet Russlands Rolle in der Konfliktregion immer stärker in Kritik. Am 11. März wurden die georgischen Dörfer Tschkhalta, Gentswisi und Aschara im oberen Kodori-Tal von russischen Militärhubschraubern beschossen. Eine gemeinsame internationale Kommission unter Leitung der UNOMIG wurde beauftragt, den Vorfall zu untersuchen. Am 13. April erließ der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, welche den Vorfall verurteilte und die Konfliktparteien aufforderte, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Mitte August warf Georgien Russland abermals vor, Militärflugzeuge über dem Kodori-Tal eingesetzt und damit georgischen Luftraum verletzt zu haben. Kurz darauf klagten abchasische Behörden, dass ein georgisches Flugzeug widerrechtlich die Gali-Region überquert habe. Mitte August verkündeten georgische Militärkräfte, dass ein nicht identifiziertes Flugzeug im Kodori-Tal abgestürzt sei. Der Absturzort sowie das Flugzeug wurden bisher nicht gefunden. Die UNOMIG leitete erneut eine Untersuchung des Vorfalls ein.

Für Unruhe sorgte schließlich auch die Eröffnung eines sogenannten patriotischen Jugendlager durch die georgische Regierung am 26. Mai in Ganmuchuri, unweit der Waffenstillstandslinie auf der georgischen Seite des Inguri-Flusses. Ungeachtet des Drängens seitens der UN dieses als provokativ eingestufte Lager aufzulösen, kündigte Saakaschwili Anfang September sogar dessen Vergrößerung an. Bereits im Mai kam es zu einem Zwischenfall, als eine Einheit der GUS-Friedenstruppen das Lager zu betreten versuchte. Endgültig eskalierte die Situation am 30. Oktober, als russische Soldaten und georgische Polizisten in Ganmuchuri abermals aufeinander stießen. Saakaschwili verwies den Oberkommandeur der russischen Friedenstruppen, Generalmajor Sergei Chaban, daraufhin des Landes. Gleichzeitig erklärte die georgische Regierung das Mandat der GUS-Friedenstruppe in Abchasien für beendet und verhandelte mit internationalen Partnern den Zeitpunkt des Abzugs der Truppen.

Die seit Oktober 2006 unterbrochenen Gespräche bleiben weiterhin eingefroren. Im Juni und September 2007 fanden in Deutschland internationale Treffen zur Lösung des Konflikts statt, bei denen jedoch keine direkten Gespräche zwischen den Konfliktparteien zustande kamen. Bereits am 6. Juni unterzeichneten die Präsidenten Abchasiens und des ebenfalls nach Unabhängigkeit von Georgien strebenden Südossetiens eine gemeinsame Erklärung, laut der sie ebenso wie der Kosovo ein Recht auf Unabhängigkeit hätten. Da Russland im Falle einer internationalen Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo droht, auch Abchasien offiziell anzuerkennen, steht Georgien unter erhöhtem Druck, baldmöglichst fundierte Konzepte und

Anreize zur Rückgewinnung Abchasiens zu schaffen und direkte Gespräche mit der abchasischen Führung aufzunehmen.

Marietta S. König

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Auch, Eva-Maria: Der Konflikt in Abchasien in historischer Perspektive, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004, Baden-Baden 2004, S. 237-252

Coppieters, Bruno: War and Secession. A Moral Analysis of the Georgian-Abkhaz Conflict, in: Coppieters, Bruno/Sakwa, Richard (Hrsg.), Contextualizing Secession. Normative Studies in Comparative Perspective, Oxford 2003;

Gruska, Ulrike: Separatismus in Georgien. Möglichkeiten und Grenzen friedlicher Konfliktregelung am Beispiel Abchasien (Arbeitspapier 1/2005 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung), Hamburg 2005: <http://www.akuf.de>

Hewitt, George (Hrsg.), The Abkhazians. A Handbook, London 1998;

Kukhianidze, Alexandre/Kupatadze, Alexandre/Gotsiridze, Roman, Smuggling through Abkhazia and Tskhinvali Region of Georgia, Tiflis 2004: <http://www.traccn.cdn.ge/publications>

Kvarchelia, Liana: An Abkhaz Perspective, in: Cohen, Jonathan (Hrsg.): A Question of Sovereignty. The Georgia-Abkhazia Peace Process, London 1999

<http://www.abkhazia.org> (Abchasische Diaspora)

<http://www.abkhaziagov.org/ru> (Abchasische Regierung)

<http://www.apsny.ru> (Abchasien)

<http://www.civil.ge> (Civil Georgia Magazine);

<http://www.eurasianet.org> (Central Eurasia Network des Open Society Network);

<http://www.iwpr.net> (Institute for War and Peace Reporting)

<http://www.unomig.org> (UNOMIG)

Georgien (Südostetien)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 2004 (Krieg 1990-1992)

Beteiligte: Südostetische Rebellen / Georgien

Intervention zur Waffenstillstandsüberwachung: Regionale
Friedenstruppe

Seit die mehr als zehn Jahre währende Waffenruhe in Südostetien durch wechselseitige Kampfhandlungen im Sommer 2004 gebrochen wurde kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen südostetischen Rebellen und georgischen Truppen. Seither wurden dabei Dutzende Menschen getötet und um die 120 verletzt. Im November 2006 fanden in der im Norden Georgiens gelegenen und de facto unabhängigen Region doppelte Präsidentschaftswahlen statt, bei denen Georgier und Südosteten erstmals getrennt wählten. Dies führte zu einer Vertiefung der innenpolitischen Spaltung Südostetiens.

Der Konflikt zwischen Georgiern und Südosseten fußt auf historisch tief verwurzelten ethno-territorialen Differenzen. Während die Osseten auf ihre seit Jahrhunderten im Nordkaukasus ansässigen Vorfahren verweisen, vertritt Georgien den Standpunkt, dass die Osseten das Gebiet an der Südgrenze der Russischen Föderation erst im 17. Jahrhundert besiedelten. Von 1918 bis 1921 war Georgien eine unabhängige Demokratische Republik, zu der auch das heutige Südossetien gehörte. Der nördliche Teil Ossetiens wurde damals endgültig Russland einverleibt. In Südossetien marschierten georgische Truppen ein, um mögliche Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterbinden. Dabei kam es zu blutigen Zusammenstößen. Noch heute belasten diese Ereignisse die georgisch-südossetischen Beziehungen. 1922 wurde Südossetien Autonomes Gebiet innerhalb der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik, während Nordossetien 1936 den Status einer Autonomen Republik innerhalb der Russischen SSR erhielt.

Zu Sowjetzeiten hielten die Differenzen zwischen Georgien und Südossetien an. Südossetien beklagte wiederholt gegenüber dem Kernland Georgien wirtschaftlich benachteiligt zu werden. Im Zuge der Perestrojka verstärkten sich die Spannungen. Während Georgien nach staatlicher Unabhängigkeit strebte, wurde in Südossetien die Wiedervereinigung mit Nordossetien diskutiert. Am 15. August 1989 erklärte Tiflis per Gesetz das Georgische zur alleinigen Amtssprache der Sowjetrepublik. Südossetien wehrte sich gegen diesen georgischen Assimilierungsversuch und erhob das Ossetische zur offiziellen Sprache Südossetiens. Zeitgleich formierte sich in Südossetien eine nationale Bewegung, die erfolglos den Status einer Autonomen Republik einforderte. Am 20. September 1990 erklärte Südossetien seine Souveränität und hielt im Dezember desselben Jahres Wahlen zu einem eigenen Parlament ab. Der georgische Oberste Sowjet stimmte daraufhin für die Aufhebung des Status Südossetiens als Autonomes Gebiet. In Südossetien folgten die ersten Schusswechsel zwischen Georgiern und Südosseten.

Im Januar 1991 drangen Milizen georgischer Nationalisten in Südossetien ein, zerstörten rund 100 ossetische Dörfer und belagerten monatelang die südossetische Hauptstadt Zchinwali. Die in der Region stationierten sowjetischen Soldaten griffen zunächst nicht in die Kämpfe ein. Erst im Frühjahr 1991 schickte Moskau rund 500 Soldaten einer Spezialeinheit des sowjetischen Innenministeriums nach Zchinwali, wo sie offensichtlich Südossetien unterstützten, bis sie ein Jahr später im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wieder abgezogen wurden. Sie hinterließen Südossetien ein beachtliches militärisches Arsenal. Darüber hinaus wurden die südossetischen Streitkräfte von Freiwilligen der *Konföderation der Bergvölker des Kaukasus*, einem Bündnis nationaler Bewegungen nordkaukasischer Republiken, unterstützt.

Mit Bezug auf ein am 19. Januar 1992 durchgeführtes Referendum erklärte die Republik Südossetien am 29. Mai 1992 ihre Unabhängigkeit. Dies führte erneut zu schweren Gefechten zwischen den paramilitärischen Ver-

bänden beider Seiten. Unter ständigem Beschuss der georgischen Nationalgarde wurde Zchinwali zu großen Teilen zerstört. Die Mehrheit der Georgier wurde aus Südossetien vertrieben, ihre Häuser niedergebrannt oder von Südosseten besetzt. Zudem flohen zwischen 40.000 und 100.000 Osseten aus Südossetien und Georgien, hauptsächlich nach Nordossetien. Laut der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 lebten insgesamt 164.000 Osseten in Georgien, davon allein 65.000 in Südossetien, dessen Gesamtbevölkerung etwa 98.000 Bürger umfasste. Aufgrund des Krieges schrumpfte diese um circa ein Viertel und nur wenige Flüchtlinge sind bisher zurückgekehrt.

Erst mit dem Sturz Swiad Gamsachurdias und dem Machtantritt Eduard Schewardnades als Vorsitzender des georgischen Staatsrates fanden die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurück. Bereits am 24. Juni 1992 unterzeichneten Schewardnadse und der russische Präsident Boris Jelzin zusammen mit Vertretern Süd- und Nordossetiens in Sotschi das Abkommen über die Prinzipien zur Beilegung des georgisch-südossetischen Konflikts. Insgesamt wurden bei den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen 1991 und 1992 etwa 1.000 Menschen getötet und circa 100 werden bis heute vermisst.

Das bis heute gültige Sotschi-Abkommen sah die Schaffung einer *Gemeinsamen Friedenstruppe* vor, deren primäre Aufgabe es sein sollte, den Waffenstillstand zu überwachen und die Konfliktparteien voneinander zu trennen. Um dies sicherzustellen wurde ein 15 Kilometer breiter Sicherheitskorridor um Zchinwali errichtet. Des weiteren wurden die Konfliktparteien dazu verpflichtet, ihre nicht zu den Friedenstruppen gehörenden Einheiten abziehen und paramilitärische Gruppen zu entwaffnen. Die laut Vertrag insgesamt 1.500 Mann umfassende Friedenstruppe setzt sich aus einem georgischen, einem russischen und einem nordossetischen Kontingent zusammen. Das Oberkommando liegt bei Russland, das auch die Rolle des Hauptvermittlers im Konfliktlösungsprozess übernahm. Die georgische Seite wirft Russland vor, mittlerweile 1.000 Mann in Südossetien stationiert zu haben, und wertet dies als Teilokkupation georgischen Territoriums. Außerdem ist ein Großteil der Truppen in die Schmuggelwirtschaft involviert. Georgien fordert deshalb eine Änderung des bisherigen Verhandlungsrahmens: die stärkere Einbeziehung weiterer internationaler Akteure und die Ersetzung der *Gemeinsamen Friedenstruppe* durch eine internationale. Alle drei genannten Punkte werden jedoch von russischer und ossetischer Seite abgelehnt.

Neben der *Gemeinsamen Friedenstruppe* wurde bereits im Dezember 1992 in Tiflis eine Mission der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) eingerichtet. Sie überwacht den Waffenstillstand, initiiert und unterstützt maßgeblich Verhandlungen zur dauerhaften politischen Regelung des Konflikts. Wichtige Foren sind die auf der Grundlage des Sotschi-Abkommens eingerichtete *Gemeinsame Kontrollkommission* aus Vertretern Georgiens, Russlands sowie Nord- und Südossetiens, die, oftmals

erfolglos, gemeinsame Aktivitäten der Konfliktparteien fördern soll, sowie eine *Expertengruppe*, die seit 1997 die Statusfrage diskutiert. Erst im Jahr 2000 einigten sich die Parteien auf bis heute geltende Grundprinzipien zur langfristigen Lösung des Konflikts. Seit Eduard Kokoity 2001 die Präsidentschaft in Südossetien übernahm, verfolgt Zchinwali jedoch ausnahmslos das Ziel der Wiedervereinigung mit Nordossetien und damit die Eingliederung in die Russische Föderation.

Mit der Machtübernahme Micheil Saakaschwilis im November 2003 erhielt die Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens und damit die Rückgewinnung Abchasiens und Südossetiens höchste Priorität (vgl. auch den Bericht zu Georgien (Abchasien)). Nachdem bei den Parlamentswahlen im Mai 2004 Kokoitys Einheitspartei abermals gewonnen hatte, verriegelten georgische Sicherheitskräfte die administrative Grenze zu Südossetien und errichteten entlang der transkaukasischen Fernstraße zusätzliche Kontrollposten. Außerdem schlossen sie den Ergneti-Markt, der bis dahin größter Umschlagplatz für illegal ins Land gebrachte Waren und somit wichtigste Einnahmequelle der südossetischen Bevölkerung war. Als Tiflis kurze Zeit später 300 Spezialkräfte des Innenministeriums sowie Panzer und Artillerie an der südossetischen Grenze stationierte und Russland daraufhin ebenfalls Schützenpanzer, schwere Waffen und zusätzliche Soldaten in die Konfliktregion transportierte, eskalierte der Konflikt. Es folgten die schwersten Gefechte seit Ende des Krieges. Dutzende Kämpfer kamen ums Leben, mindestens 80 wurden verletzt. Im August 2004 wurde ein bis heute gültiger Waffenstillstand vereinbart.

Die Sicherheitslage in der Konfliktzone hat sich seit dieser Krise jedoch erheblich verschlechtert. Die OSZE-Mission und auch die Delegation der Europäischen Kommission fördern zwar gezielt Ausbildungsprogramme für georgische Grenzsoldaten, die Hintergründe und Urheber von Gewalttaten in der Konfliktzone bleiben jedoch oft unklar. Immer wieder drohte die Situation zu eskalieren. So unterhielt Georgien ab November 2004 ein Reservistenlager in der Konfliktzone, musste dieses jedoch auf Druck der OSZE im April 2005 wieder schließen. Seit Anfang 2007 baut Georgien bei Gori eine Militärbasis, was Südossetien erneut als aggressiven Akt interpretiert. Russland hingegen stand ebenfalls im Verdacht, bei Java in Südossetien eine Militärbasis zu errichten.

Seit Herbst 2006 hat sich die Situation in Südossetien abermals zugespitzt. Bei den Präsidentschaftswahlen am 12. November in Südossetien wurde Eduard Kokoity wiedergewählt. Zeitgleich bestätigten offiziell 99 Prozent der südossetischen Bevölkerung in einem Referendum ihren Wunsch nach Wiedervereinigung mit Nordossetien. Parallel fand jedoch eine alternative Präsidentschaftswahl in den georgischen Dörfern Südossetiens statt, in denen der ehemalige südossetische Premierminister Dimitri Sanakoew zum Präsidenten gekürt wurde. Außerdem sprach sich die georgische Bevölkerung in

einem Referendum für die Vereinigung mit Georgien aus. Seitdem gibt es de facto zwei Regierungen in Südossetien.

Im März 2007 stellte Georgien den 1990 abgeschafften Verwaltungsbezirk Südossetien wieder her. Sanakoew ist damit offizieller Vertreter der georgischen Regierung in Südossetien, und ein wesentlicher Teil südossetischen Territoriums ist seither unter georgischer Kontrolle. Georgien hat zudem in diesem Gebiet mit Infrastrukturmaßnahmen begonnen. Strategisch bedeutend und entsprechend von Kokoitys Regierung scharf kritisiert ist der Bau einer Straße, um die im Süden beziehungsweise im Westen von Zchinwali gelegenen georgischen Dörfer Nikosi und Awnewi miteinander zu verbinden. Außerdem entschloss sich die georgische Regierung im April das bis dahin bestehende Abkommen mit Russland zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Konfliktzone aufzukündigen.

Die politische Situation in der Konfliktregion wirkt destabilisierend auf die Sicherheitslage. Bereits zu Anfang des Berichtsjahres häuften sich Meldungen über Anschläge und Schusswechsel. Insgesamt wurden mehr als zehn Anschläge auf verschiedene georgische und südossetische Dörfer sowie auf einzelne Kontrollpunkte registriert, bei denen drei Menschen getötet und mindestens 19 verletzt wurden. Unter den Verletzten waren georgische Polizisten, Soldaten aus dem russisch-geführten Bataillon, aber auch Zivilisten. Im Mai stockte Georgien seine Polizeikräfte in der Konfliktregion auf, blockierte Straßen und führte Passkontrollen ein. In Reaktion darauf sperrten südossetische Milizen ebenfalls Straßen ab. Die Konfliktparteien lieferten sich daraufhin ein Gefecht mit Mörsern und Granatwerfern. Immer wieder gerieten einzelne Dörfer unter Beschuss. Anfang August bot sich abermals ein bedrohliches Szenario, als ein mutmaßlich russisches Militärflugzeug auf georgisches Territorium unweit der Konfliktzone eine Rakete abfeuerte, die jedoch nicht explodierte.

Auch die Zahl der Verhaftungen stieg im Berichtsjahr deutlich an. Diese Maßnahme ist bei beiden Konfliktparteien ein beliebtes Mittel der Machtdemonstration. Mindestens 18 Georgier, darunter Polizisten, Journalisten und auch Kinder, sowie mindestens 15 Osseten, vor allem Milizionäre, wurden jeweils von der Gegenseite des Konflikts kurzzeitig in Haft genommen. In einem Fall starb ein Häftling. Zum Politikum wurde ab Juni die Wasserversorgung in Südossetien, die einen neuen gewaltsamen Ausbruch des Konflikts befürchten ließ. Hintergrund war, dass Leitungen, die Trinkwasser durch von Georgien kontrolliertes Territorium nach Zchinwali leiten, von Anwohnern zu Bewässerungszwecken abgezweigt und dabei beschädigt wurden. Die Wasserzufuhr in die südossetische Hauptstadt wurde dadurch unterbrochen. Kokoitys Regierung beschuldigte die georgischen Behörden, die Reparatur der Leitungen zu behindern und blockierte im Gegenzug die Wasserzufuhr in georgische Dörfer. Im Ergebnis blieben weite Teile Südossetiens fast zwei Monate von der Wasserversorgung abgeschnitten.

Angesichts der fortdauernden prekären Sicherheitslage bleibt der Verhandlungsprozess zwischen Tiflis und Zchinwali weiter blockiert. Am 4. Juni wandten sich die Präsidenten Abchasiens und Südossetiens mit einer gemeinsamen Erklärung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und forderten mit Bezug auf die Kosovo-Statusdebatte ihr Recht auf Unabhängigkeit ein. Im Juli 2007 richtete Tiflis eine staatliche Kommission zur Bestimmung des autonomen Status Südossetiens innerhalb Georgiens ein. Nach Ansicht Kokoitys diene diese jedoch ausschließlich zur Unterstützung Dimitri Sana-koews. Dieser organisierte im August eine öffentliche Kampagne mit dem bezeichnenden Namen „Auf Wiedersehen Kokoity“. Am 6. August erklärte die südossetische Regierung in Zchinwali, die Verhandlungen im Rahmen der *Gemeinsamen Kontrollkommission* offiziell aus Sicherheitsgründen vorläufig auszusetzen. Die georgische Regierung bezeichnete dies als Misserfolg der russischen Vermittler. Die Positionen sind festgefahren, eine Deeskalation, geschweige eine Lösung des Konflikts noch lange nicht in Sicht.

Marietta S. König

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

International Crisis Group: Georgia's South Ossetia Conflict: Make Haste Slowly, Tiflis/Brüssel 2007: <http://www.icg.org>

König, Marietta S.: Der Konflikt um Südossetien: Ursachen, Akteure, Perspektiven, in: Steinbach, Udo/Gumpfenberg, Marie-Carin von: Krisenregion Kaukasus, München 2008

König, Marietta: Der georgisch-südossetische Konflikt, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004, Baden-Baden 2004, S. 253-266

Kukhianidze, Alexandre/Kupatadze, Alexandre/Gotsiridze, Roman, Smuggling through Abkhazia and Tskhinvali Region of Georgia, Tiflis 2004:
<http://www.tracce.cdn.ge/publications>

Reeve, Roy: The OSCE Mission to Georgia and the Georgian-Ossetian Conflict: An Overview of Activities, in: Helsinki Monitor 17/1 (2006), S. 57-68

<http://cominf.org> (Staatliches Informationskomitee der Republik Südossetien)

<http://kavkaz.memo.ru> (Informationsseite von Memorial zum Kaukasus)

<http://www.civil.ge> (Civil Georgia Magazine)

<http://www.eurasianet.org> (Central Eurasia Network des Open Society Network)

<http://www.iwpr.net> (Institute for War and Peace Reporting)

<http://www.osce.org/georgia> (OSZE-Mission in Georgien)

Irak

(Krieg)

Beginn: 1998

Kriegstyp: AE-1

Beteiligte: *Qaidat al-Dschihad fi Bilad al-Rafidain, Ansar al-Sunna, Dschaisch al-Mahdi* u.a. / USA, Großbritannien, Irak u.a.

Das Jahr 2007 war wie die Jahre zuvor geprägt von einer katastrophalen Sicherheitslage für die Zivilbevölkerung, insbesondere aufgrund der nach wie vor zahlreichen Anschläge. Zwar führten teilweise erfolgreiche Maßnahmen wie etwa die Einbindung sunnitischer Stämme in den politischen Prozess in Teilen des Irak zu einem Rückgang der Gewalt, dafür nahm diese in anderen Gebieten des Landes deutlich zu. Betroffen hiervon war vor allem der von Kurden bewohnte Nordirak, in den seit Beginn der US-amerikanischen Invasion zahlreiche Iraker geflohen waren. Zudem hatte der Nordirak auch unter den Kämpfen der Türkei gegen die von hier aus operierende *Partiya Karakerên Kurdistan* (PKK, Arbeiterpartei Kurdistan) zu leiden. Insgesamt wurde im Jahr 2007 ein neuer Höchststand an Todesopfern erreicht.

Die USA und Großbritannien, die heute die größten Kontingente der im Irak stationierten Truppen stellen, bildeten bereits den Kern der 1990 formierten Allianz gegen den Irak. Ausgangspunkt war damals die Besetzung Kuwaits durch den Irak am 2. August 1990. Die internationale Staatengemeinschaft verurteilte diesen Angriff und im November 1990 bewilligte der UN-Sicherheitsrat jegliche zur Beendigung der Invasion nötigen Maßnahmen. Der Irak ließ alle ihm gesetzten Ultimaten verstreichen, so dass im Januar 1991 der Zweite Golfkrieg begann. In knapp sechs Wochen wurden die irakischen Truppen aus Kuwait vertrieben und am 28. Februar 1991 verkündeten die USA den Waffenstillstand.

Die herrschende Klasse im Irak bestand in den letzten 80 Jahren aus arabischen Sunniten, obgleich diese nur etwa 20 Prozent der irakischen Bevölkerung ausmachen. Auch das Regime Saddam Husseins war entsprechend dominiert. Sowohl die Kurden im Norden als auch die Schiiten im Süden des Irak, die trotz eines Bevölkerungsanteils von rund 20 beziehungsweise 60 Prozent politisch und wirtschaftlich stark benachteiligt waren, galten als potenzielle Oppositionskräfte gegen Saddam Hussein. Daher wurden nach Kriegsende zwei Flugverbotszonen eingerichtet, um diese vor eventuellen Luftangriffen der irakischen Streitkräfte zu schützen: im April 1991 nördlich des 36. Breitengrades und im August 1992 südlich des 33. Breitengrades. Die USA und Großbritannien beriefen sich zur Legitimation dieser Handlung auf die Resolution 688 des UN-Sicherheitsrats. Seit 1991 führte zudem die *United Nations Special Commission* (UNSCOM) Inspektionen im Irak durch, mit denen die Zerstörung der irakischen Massenvernichtungswaffen überwacht werden sollte. 1996 wurde die südliche Flugverbotszone bis unmittelbar an die Südgrenze der Hauptstadt Bagdad erweitert. Beide Zonen waren Anlass für wiederholte gewaltsame Zwischenfälle zwischen dem Irak auf der einen sowie den USA und Großbritannien auf der anderen Seite.

Seit 1998 erkannte das irakische Regime die Legitimität dieser Zonen nicht mehr an. Im Dezember 1998 verschärften sich die Spannungen, nachdem der Irak die Zusammenarbeit mit den Inspektionsteams der UNSCOM aufgekündigt und alle Inspektoren des Landes verwiesen hatte. Bei mehr als

250 Überprüfungen zwischen 1991 und 1998 hatten die Inspektoren den Eindruck gewonnen, dass der Rüstungsstand des Irak sowohl hinsichtlich chemischer und biologischer als auch hinsichtlich atomarer Waffen als nicht mehr akut bedrohlich zu bezeichnen war. Dennoch bombardierten US-amerikanische und britische Kampfflugzeuge im Dezember 1998 bereits vor der Veröffentlichung des Abschlussberichts der Waffeninspektoren vier Tage lang den Irak. Die Zahl der Todesopfer wurde auf 35 beziffert. Nach Ende dieser Operation setzten die USA und Großbritannien den Krieg gegen den Irak in Form kontinuierlicher Luftangriffe fort, die sich im Wesentlichen auf irakische Luftabwehr- und Radarstellungen in den Flugverbotszonen als Ziele beschränkten.

Nach dem Amtsantritt von US-Präsident George W. Bush im Jahre 2001 deutete sich bald eine Ausweitung des Vorgehens der USA gegen den Irak an. Seit August 2002 wurden die Angriffe in den Flugverbotszonen intensiviert. Bombardiert wurden nun auch Munitionsdepots, Kommandoeinrichtungen des Militärs sowie Brücken und andere zivile Infrastruktureinrichtungen. Als Begründung für das verschärfte Vorgehen wurde aus Washington und London eine unmittelbare Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen seitens des Irak angeführt, die nur noch durch den Sturz des Regimes von Saddam Hussein zu beseitigen sei. Im Oktober 2002 begannen die USA mit einem massiven Truppenaufmarsch am Persisch-Arabischen Golf.

Nachdem sich zu Beginn des Jahres 2003 der UN-Sicherheitsrat nicht auf eine gemeinsame Position zum Irak verständigen konnte, stellte US-Präsident Bush am 18. März Saddam Hussein ein Ultimatum, innerhalb von 48 Stunden ins Exil zu gehen. Von irakischer Seite erfolgte keine Reaktion. So begann am 20. März 2003 die Operation Iraq Freedom, welche in der Öffentlichkeit als Dritter Golfkrieg wahrgenommen und bezeichnet wurde.

Etwa 240.000 US-amerikanische und 45.000 britische Soldaten waren an dieser Phase des Krieges beteiligt. Ihnen standen zu Beginn insgesamt 380.000 irakische Soldaten gegenüber, die auf Dauer den massiven Luftschlägen und der großen technologischen Überlegenheit der Koalitionsarmee nicht viel entgegensetzen konnten. Massenvernichtungswaffen kamen auf irakischer Seite nicht zum Einsatz und wurden von der US-amerikanischen und britischen Armee auch im Nachhinein nicht gefunden. Die US-Truppen nahmen Bagdad bereits am 9. April 2003 ein und am 1. Mai verkündete US-Präsident Bush das Ende der Hauptkampfhandlungen. Diese Phase des Krieges kostete rund 13.000 Iraker das Leben, davon nach verschiedenen Angaben 30 bis 60 Prozent Zivilisten. Auf Seiten der USA und ihrer Verbündeten verloren rund 150 Soldaten ihr Leben. Am 22. Mai 2003 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1483. Mit ihr wurden die USA und Großbritannien offiziell als führende Besatzungsmächte im Irak anerkannt.

Seitdem blieb die Situation im Irak allerdings von Gewalt geprägt. Die Besatzungsarmee, die zeitweise Soldaten aus rund 30 Staaten umfasste, war

nicht in der Lage, die Stabilität im Lande zu gewährleisten. Die US-Zivilverwaltung begann daher mit dem Neuaufbau der zuvor aufgelösten irakischen Armee und Polizei. Ehemalige Aktivisten der *Baath*-Partei Saddams Husseins wurden hiervon zunächst ausgeschlossen, später jedoch begrenzt zugelassen. Die irakische Armee und Polizei sollten eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Lage im Irak spielen. Allerdings wurden sie selbst – häufiger noch als die Besatzungstruppen – zum Ziel von Anschlägen. Insbesondere die Rekrutierungsbüros, vor denen sich oft lange Schlangen bildeten, wurden häufig angegriffen. Doch auch die US-geführten Koalitionstruppen hatten Verluste zu beklagen. Bei Anschlägen im Irak wurden schon bis Ende 2003 mehr US-Soldaten getötet, als während der sogenannten Hauptkampfhandlungen.

Zu den Todesopfern der Anschläge gehörten vor allem auch Schiiten. Die USA machten hierfür immer wieder die Gruppe des aus Jordanien stammenden Abu Musab al-Sarkawi verantwortlich, in dem die USA den irakischen Verbindungsmann zum *Al-Qaida*-Netzwerk sahen. Die USA warfen ihm vor, den Irak in einen Bürgerkrieg stürzen zu wollen, und setzten auf seine Ergreifung ein Kopfgeld in Höhe von 25 Millionen US-Dollar aus.

Auch 2004 verbesserte sich die Lage im besetzten Irak nicht. Im Gegenteil verübten Aufständische mehr Anschläge als je zuvor, durchschnittlich 70 pro Tag. Die Akteure blieben oft unerkant, die USA machten immer wieder ausländische Mitglieder des *Al-Qaida*-Netzwerkes, allen voran Sarkawi, für die Anschläge verantwortlich. Eine zweite, zahlenmäßig bedeutendere Akteursgruppe auf Seiten der Aufständischen bildeten indes irakische Sunniten, deren Zahl auf 30.000 geschätzt wird und die sich im Kern aus Anhängern Saddams Husseins und ehemaligen Aktivisten der *Baath*-Partei zusammensetzte. Diese fürchten, dass der durch das Ende des alten Regimes erfahrene Machtverlust im „neuen“ Irak festgeschrieben würde – entweder durch die anhaltende Präsenz der US-geführten Koalitionsarmee oder durch eine Machtverschiebung zugunsten der Schiiten, welche die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen.

Das Zentrum des sunnitischen Widerstands gegen die Besatzung stand die zentralirakische Stadt Falludscha. Diese wurde im April 2004 von US-Einheiten abgeriegelt. Nach Luftangriffen und heftigen Bodengefechten flohen rund 70.000 Menschen aus Falludscha. Im Juni bombardierte die US-Luftwaffe die Stadt erneut und im Rahmen einer großen Offensive griffen schließlich im November insgesamt 10.000 US-Soldaten die Stadt an. Bei diesen Ereignissen starben im Laufe des Jahres 2004 über 3.000 Iraker und etwa 150 US-Soldaten, die Stadt wurde fast vollständig zerstört. Auch in anderen sunnitischen Städten startete die US-Armee Offensiven, um die an Aufständische verlorene Kontrolle zurückzugewinnen. Diese Kämpfe zogen sich über Monate hin. Für diesen Widerstand blieb es bedeutungslos, dass das Besatzungsregime offiziell am 28. Juni 2004 durch die Übergabe der Regie-

rungsaufgaben an eine irakische Übergangsregierung beendet wurde, zumal diese kein Vetorecht gegen US-amerikanische Militäraktionen besaß.

Darüber hinaus trat 2004 noch eine dritte Gruppe von Aufständischen in Erscheinung: Auch unter den Schiiten fanden sich Aufständische, die gegen die US-Besatzung kämpften, darunter vor allem die Anhänger des Predigers Muqtada al-Sadr. Dieser, der seine auf etwa 2 Millionen geschätzte Anhängerschaft in den ärmsten Bevölkerungsteilen des Iraks hat, weigerte sich, an der Bildung einer neuen irakischen Übergangsregierung mitzuarbeiten. Er rief seine Anhänger immer wieder zum Widerstand gegen die Besatzungstruppen auf. Das unter den Schiiten weit verbreitete Misstrauen gegen die USA führte zu einer breiten Akzeptanz seiner Forderungen. Der Konflikt eskalierte, nachdem die USA einen Haftbefehl gegen Sadr wegen dessen mutmaßlicher Beteiligung an der Ermordung eines rivalisierenden schiitischen Geistlichen aussprachen. Sadr-Anhänger unter der Führung seiner Miliz, der *Dschaisch al-Mahdi* (Armee des Mahdi), kämpften vor allem im Bagdader Stadtteil Sadr City und in der Stadt Nadschaf gegen die Besatzungsarmee und erlangten die Kontrolle über diese sowie weitere Städte im Südirak. Bei diesen Kämpfen kamen in den ersten Aprilwochen über 1.000 Iraker und etwa 50 Koalitionssoldaten ums Leben. In der Folgezeit konzentrierten sich die Kämpfe vor allem auf Nadschaf, wo sich die Aufständischen behaupten konnten. Erst nachdem rund 100.000 Menschen die Stadt verlassen hatten, wurde unter Vermittlung des höchsten schiitischen Geistlichen im Irak, Ayatollah Ali al-Sistani, Ende August ein Friedensplan ausgehandelt. Sadr und seine Milizionäre durften die Stadt verlassen, im Gegenzug übernahmen dafür die US- und die irakische Armee die Kontrolle. Allein während der Kämpfe im August starben in Nadschaf nach unterschiedlichen Angaben etwa 700 Aufständische, 50 irakische Sicherheitskräfte und neun US-Soldaten.

Im Jahr 2005 konnten formal erfolgreich verlaufende politische Prozesse nicht zu einer Beruhigung der Lage im Irak beitragen. Die Wahl zum Übergangsparlament am 30. Januar, aus der die *Vereinigte Schiitische Allianz* als Sieger hervorging, wurde von großen Teilen der Sunniten boykottiert. Die US-Regierung machte für Anschläge im Umfeld der Wahl immer häufiger die Gruppe *Ansar al-Sunna* (Helfer des Sunniten), eine Splittergruppe der islamistischen Gruppe *Ansar al-Islam* (Helfer des Islam) mit Verbindungen zu *Al-Qaida* und Sarkawi, verantwortlich. Die US-Armee führte das gesamte Jahr hindurch militärische Operationen gegen Aufständische durch. Insbesondere an der syrisch-irakischen Grenze tötete sie hierbei mehrere hundert Menschen. Im Durchschnitt 70 Anschläge pro Tag, welche sich vor allem auf die sunnitische Provinz Anbar und die Hauptstadt Bagdad konzentrierten, führten zu einer äußerst angespannten Lage. Insgesamt belief sich die Opferzahl im Jahr 2005 nach Angaben des irakischen Innenministeriums auf 7.400. Hinzu kam eine hohe Zahl an Entführungen. Betroffen waren vor allem Ira-

ker und in den meisten Fällen wurden sie gegen die Zahlung eines Lösegeldes wieder freigelassen.

Eine nochmalige Verschlechterung der Sicherheitslage durch eine weitere Zunahme von Anschlägen brachte das Jahr 2006 mit sich. Im Februar wurde die den Schiiten heilige Moschee in Samarra durch einen Bombenanschlag zerstört, wodurch der Konflikt zwischen arabischen Sunniten und Schiiten einen neuen Höhepunkt erreichte. In der unmittelbaren Folgezeit wurden bei Ausschreitungen mindestens 500 Menschen getötet, die meisten von ihnen Sunniten. Das gesamte Jahr hindurch unternahm die US-Armee militärische Operationen an der syrisch-irakischen Grenze, in deren Zuge im Juni der Führer der *Qaidat al-Dschihad fi Bilad al-Rafdain* (Basis des heiligen Kriegs im Zweistromland), Abu Musab al-Sarkawi, getötet wurde. Dies führte jedoch nicht zu einer von den USA erhofften Beruhigung der Lage. Stattdessen erhöhte sich die Intensität der Gewalt bis zum Ende des Jahres stetig und erreichte im Dezember mit fast 1.000 registrierten Anschlägen pro Woche einen neuen Höchststand. Insgesamt registrierten die UN im Jahr 2006 34.000 getötete Zivilisten.

Die grundsätzlich angespannte und von Gewalt geprägte Situation im Irak änderte sich auch im Berichtsjahr 2007 nicht. US-Präsident Bush verstärkte im Januar die US-Truppen um weitere 20.000 auf 158.000 Soldaten, die insbesondere in Bagdad und der sunnitischen Unruheprovinz Anbar stationiert wurden. Gemeinsam mit irakischen Streitkräften ging die US-Armee massiv gegen Aufständische vor und tötete in den ersten Monaten des Jahres hunderte zumeist sunnitische Kämpfer. Die Anschläge gegen die Koalitionsarmee und irakische Sicherheitskräfte, aber auch gegen zumeist schiitische Zivilisten blieben auf hohem Niveau, so dass sich im ersten Quartal die Todeszahlen im Vergleich zum Vorjahr nochmals erhöhten. Der folgenschwerste Anschlag ereignete sich am 30. März in Tal Afar, wo bei der Explosion zweier Bomben 152 Menschen ums Leben kamen. An den folgenden beiden Tagen erschossen daraufhin Schiiten mindestens 70 Sunniten. Bei einem Anschlag auf einem Markt in Bagdad wurden am 18. April 140 Menschen getötet. In der ersten Jahreshälfte verzeichnete die US-Armee somit weitere Rückschläge in der Befriedung des Landes. Allein im Mai wurden nach US-Angaben mindestens 2.155 Zivilisten und 130 US-Soldaten getötet.

In den von der Gewalt bislang besonders betroffenen Provinzen Zentraliraks gelang es der Koalitionsarmee indes im weiteren Verlauf des Jahres, die Anzahl der Anschläge deutlich zu senken. Ein wichtiger Schritt hierfür war die Kooperation mit sunnitischen Stämmen, die bislang nicht in den politischen Prozess des Landes involviert waren. Diese wurden nun im Zuge der mit der Truppenaufstockung begonnenen Sicherheitsoffensive von der US-Armee mit Waffen und finanziellen Mitteln ausgestattet und unterstützten im Gegenzug den Kampf gegen Aufständische. In deren Fokus geriet aus diesem Grunde nun zunehmend der bislang relativ ruhige Norden des Irak.

Bei einem Selbstmordanschlag in dem nordirakischen Dorf Emerli, 170 Kilometer nördlich von Bagdad, kamen am 8. Juli 115 Menschen ums Leben. In der von Kurden und Arabern beanspruchten Stadt Kirkuk starben eine Woche später durch eine Autobombe mindestens 70 Kurden. Beim verheerendsten Anschlag seit Kriegsbeginn töteten am 14. August in zwei nordirakischen Dörfern vier zeitgleiche Anschläge mehr als 500 Angehörige der religiösen Minderheit der Jesiden. Für all diese Anschläge machte die US-Armeeführung Mitglieder von *Al-Qaida* verantwortlich.

Die Stabilität der kurdischen Gebiete Nordiraks wurde ab Oktober zudem aufgrund des Übergreifens des Krieges zwischen der Türkei und der PKK gefährdet (vgl. den Beitrag zu Türkei (Kurdistan)). Ab dem 21. Oktober flog die türkische Armee eine Vielzahl von Luftangriffen gegen die von irakischem Territorium aus operierenden Kämpfer der PKK, wobei sie bis zu 200 kurdische Kämpfer tötete. Diese Angriffe wurden von der irakischen Regierung, die im Norden des Landes über kaum staatliche Durchsetzungskraft verfügt und trotz gegenteiliger Behauptung nicht selbst gegen die PKK vorgehen konnte, unter Protest hingenommen. Die US-Armee unterstützte die Türkei logistisch.

Ein nach wie vor ungelöstes Problem stellen die irakischen Flüchtlinge dar. 4 Millionen Iraker, fast 20 Prozent der Bevölkerung, befinden sich auf der Flucht oder im Exil. Nach Angaben des *United Nations High Commissioner for Refugees* (UNHCR) sind mehr als zwei Millionen Iraker in die Nachbarländer Syrien und Jordanien geflohen, knapp zwei Millionen Menschen seien innerhalb des Irak auf der Flucht vor der Gewalt. Bislang war das Ziel der Flüchtlinge in der Regel der Nordirak, welcher nun durch die Anschläge zunehmend destabilisiert wurde. Aus diesem Grund ist mit weiteren Flüchtlingsströmen sowohl ins Ausland, als auch in ruhigere Provinzen des Irak zu rechnen.

Auch in den schiitischen Gebieten des Irak war die Lage unruhig und zunehmend von Gewalt geprägt. Verschiedene schiitische Gruppierungen kämpften um die Macht in den südirakischen Provinzen. Insbesondere die *Dschaisch al-Mahdi* von Muqtada al-Sadr, mit 60.000 Mitgliedern nach wie vor die bedeutendste Miliz im Irak, war immer wieder in schwere Gefechte mit rivalisierenden Gruppierungen und der US-Armee verwickelt. Sadr, der an der Regierung beteiligt ist, sich aber immer wieder aus dieser zurückzieht um gegen Entscheidungen zu protestieren, die seiner Ansicht nach den Interessen seiner Anhänger zuwiderlaufen, verfügt über ein großes Potenzial zur Gefährdung der Stabilität des Landes. Die *Dschaisch al-Mahdi*, welche vermutlich vom Iran mitfinanziert wird, hat immer wieder zu erkennen gegeben, dass sie nicht dazu bereit ist, die Ordnungshoheit der irakischen Behörden in den schiitischen Gebieten anzuerkennen.

Vereinzelten Erfolgen im politischen Prozess, wie etwa der Übergabe der Sicherheitskontrolle der Provinz Basra an die irakische Polizei am 3. Sep-

tember, steht eine unverändert hohe Gewaltrate im gesamten Land gegenüber. Die Einbindung der sunnitischen Stämme lässt zwar auf eine kooperative Lösung bezüglich der sunnitischen Aufständischen hoffen; die interkonfessionellen Gegensätze, die innerschiitischen Rivalitäten sowie die fortwährende Präsenz der Koalitionsarmee und die Involvierung der Türkei lassen jedoch kaum vermuten, dass sich die Lage im Irak in absehbarer Zeit spürbar verbessern wird.

Henrik Meyer

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Blix, Hans: Disarming Iraq. Search for Weapons of Mass Destruction, London 2004

Brisard, Jean-Charles, Das neue Gesicht der al-Kaida. Sarkawi und die Eskalation der Gewalt, Berlin 2005

Dodge, Toby: Iraq's Future: The Aftermath of Regime Change, London 2005

Dodge, Toby (Hrsg.): Iraq at the Crossroads. State and Society in the Shadow of Regime Change, Oxford 2003

Fürtig, Henner: Kleine Geschichte des Irak, München 2003

Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main 2003

Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, Reinbek 2003

[https://www.cia.gov/library/reports/general-reports-1/iraq_wmd_2004/\(CIA-](https://www.cia.gov/library/reports/general-reports-1/iraq_wmd_2004/(CIA-)

Abschlussbericht zu irakischen Massenvernichtungswaffen)

<http://www.defenselink.mil/> (US-Verteidigungsministerium)

<http://www.fco.gov.uk> (britisches Außenministerium)

<http://www.iraqipresidency.net/index.php?language=arabic> (irakische Regierung)

<http://www.un.org/Depts/unscom> (UNSCOM)

Iran (Kurdistan)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 2005

Beteiligte: PJAK / Iran

Im Gegensatz zu den Kurdenkonflikten in den Nachbarländern Türkei und Irak ist der im Iran in den letzten 20 Jahren weitgehend in Vergessenheit geraten. Seit 2005 übernahm die bis dahin unbekannte *Partiya Jiyana Azada Kurdistanê* (PJAK, Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) für eine Reihe von Anschlägen und Guerillaangriffen im iranischen Grenzgebiet zum Irak die Verantwortung. Im August des Berichtsjahres reagierte der Iran hierauf mit einer kurzzeitigen Militäroperation gegen Lager der PJAK in den Kandil-Bergen auf irakischem Territorium.

Der kurdische Widerstand gegen die Zentralregierung in Teheran war in der Vergangenheit von drei Faktoren geprägt. Erstens, erreichte er kriegerische Ausmaße nur in Situationen, in denen der persische, beziehungsweise

später iranische, Staat stark geschwächt war. Zweitens, standen die Kurden im Iran und deren Widerstandsgruppen zumindest zum Teil unter äußeren Einflüssen, sei es benachbarter Staaten oder aber kurdischer Gruppen in den Nachbarländern. Und drittens, litten die verschiedenen Widerstandsbewegungen immer auch an Uneinigkeit und Rivalität ihrer Führungen. Im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelten sich im Zuge einer Modernisierung im Iran darüber hinaus neben traditionellen Stammesrivalitäten auch soziale Gegensätze und daraus resultierende Interessenunterschiede innerhalb der kurdischen Bevölkerung.

Der erste größere Kurdenaufstand im damaligen Persien ereignete sich von etwa 1920 bis 1922. Seit dem 19. Jahrhundert sah sich Persien äußeren Einflussnahmen ausgesetzt. Im Ersten Weltkrieg wurden Teile des Landes von russischen und englischen Truppen besetzt. Diese Schwächung der Zentralregierung führte dazu, dass verschiedene Landesteile mehr oder weniger eine Autonomie erlangten, so auch ein Teil der von Kurden besiedelten Gebiete. In diese Phase fällt der Aufstieg von Ismail Aga, genannt Simko, der weitreichende Allianzen mit anderen kurdischen Stammesführern bis hinein in das ebenfalls vom Krieg geschwächte Osmanische Reich schließen konnte. 1920 musste Simko zwar gegen die persische Regierung, die bestrebt war ihre Autorität im ganzen Land wiederherzustellen, eine Niederlage hinnehmen. Jedoch kehrten er und seine Anhänger, durch Waffenlieferungen aus der jungen Türkei unterstützt, schon bald nach Persien zurück. Erst im Sommer 1922 wurde der von Simko geführte Aufstand niedergeschlagen, nachdem im Jahr zuvor das Militär die Macht in Persien übernommen hatte. Simko selbst erhielt zunächst im britisch besetzten Irak Asyl, kehrte 1924 unter dem Versprechen einer Amnestie nach Persien zurück und wurde dort getötet.

Die Zeit zwischen den Weltkriegen brachte für die Kurden in Persien, das 1935 in Iran umbenannt wurde, entscheidende Veränderungen mit sich. Zum einen strebte das Regime unter Reza Schah Pahlawi eine ähnliche Modernisierung an, wie die Türkei, wen auch unter monarchischen Vorzeichen. Dazu gehörte der Versuch einer sprachlichen und kulturellen Homogenisierung der Gesellschaft, eine Zentralisierungs- und Industrialisierungspolitik und die Zurückdrängung des Einflusses der islamischen Geistlichkeit. Für die Kurden war neben der allgemeinen Zentralisierung der staatlichen Verwaltung vor allem von Bedeutung, dass Nomaden sesshaft gemacht und Stammesangehörige entwaffnet werden sollten. Durch die geografischen Gegebenheiten des bergigen Grenzgebietes boten sich ihnen aber auch Möglichkeiten, sich der zentralstaatlichen Politik durch ein zeitweiliges Ausweichen über die Grenze zu entziehen. Trotzdem wurde in dieser Zeit die Macht der kurdischen Stammesführer im Iran gebrochen. Deren Einfluss beruhte fortan im Wesentlichen auf ihrem Landbesitz und Verbindungen in die Hauptstadt.

Die Stärkung des iranischen Zentralstaats fand zunächst im Zweiten Weltkrieg ein Ende. 1941, nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, besetzten sowjetische und britische Truppen Teile des Iran, der zwar offiziell neutral war, aber enge Beziehungen zu Deutschland unterhalten hatte. Auch wenn ein Großteil der Kurdengebiete im Iran nicht von der Besetzung betroffen war, konnte man von einer Kontrolle der Regierung in Teheran aber kaum mehr sprechen. Unter dem Schutz der Sowjetunion bildete sich im Nordwesten des Iran eine autonome „Aserbaidshansche Volksregierung“. Die Sowjetunion hatte dabei weniger eine territoriale Ausdehnung im Blick, wie sie im 19. Jahrhundert noch von Russland auf Kosten Persiens betrieben wurde. Es ging ihr eher um ein Druckmittel auf die iranische Regierung, um sich insbesondere Ölbohrrechte in der Region zu sichern.

In dem territorialen Machtvakuum zwischen den Gebieten unter Kontrolle der Sowjetunion und der iranischen Zentralregierung bildete sich in der Kleinstadt Mahabad die *Komala-i Dschihanawa-i Kurdistan* (Gesellschaft zur Wiedererweckung Kurdistans). Diese wurde von Beamten, Kleinhändlern, Lehrern und Offizieren getragen, während Stammesführer, Grundbesitzer und Großhändler zunächst außen vor blieben. Die weitere Entwicklung der *Komala* war stark von der Sowjetunion beeinflusst. Zum einen stellte diese Verbindungen zwischen der *Komala* und kurdischen Notablen und Stammesführern her, was zur Gründung der *Kurdischen Demokratischen Partei im Iran* (KDPI) führte. Zum anderen brachte sie etwa 1.000 kurdische Kämpfer unter der Führung von Mustafa Barzani, deren Aufstand im Irak im Oktober 1945 niedergeschlagen worden war, dazu, die KDPI zu unterstützen und deren militärisches Rückgrat zu bilden. Am 22. Januar 1946 rief Qadi Muhammad, einer der Stammesführer, die von der Sowjetunion zur *Komala* beziehungsweise KDPI geführt worden war, in Mahabad die Unabhängigkeit einer Kurdischen Republik aus. Diese überstand allerdings eine Einigung der Sowjetunion mit der Regierung in Teheran über die umstrittenen Ölkonzessionen im Nordiran nicht lange. Ende 1946 zogen iranische Truppen in Mahabad ein und schlugen letzte Widerstände im April 1947 nieder. Qadi Muhammad war zu diesem Zeitpunkt bereits hingerichtet worden.

In den folgenden Jahrzehnten setzte die iranische Regierung die Zentralisierungs- und Modernisierungspolitik der Zwischenkriegszeit fort. Insbesondere wurde in den 1950er und 1960er Jahren eine Landreform in Angriff genommen, die jedoch in den kurdischen Gebieten auch aufgrund von Korruption vergleichsweise wenig erfolgreich war. Trotzdem führte die mit der Modernisierung verbundene Migration vom Land in die Städte sowie die weltweit vorherrschenden Ideen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre zu einer ideologischen Neuausrichtung unter den kurdischen Gruppen im Iran, die nunmehr nationalistische Zielsetzungen mit Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit verbanden. Zugleich nahm aber unter Muhammad Reza Schah, der 1941 mit dem sowjetisch-britischen Einmarsch seinem Vater

auf den Thron gefolgt war, die politische Repression im Iran zu, die auch Organisation und Zusammenhalt der kurdischen Gruppen wesentlich beeinträchtigte. Zusätzlich geschwächt wurden die kurdischen Gruppierungen dadurch, dass sie sowohl im Irak als auch im Iran zum Spielball der jeweils anderen Regierung wurden. Wenn die Beziehungen zwischen den beiden Staaten schlecht waren, unterstützte die irakische Regierung die Kurden im Iran und umgekehrt die iranische Regierung die Kurden im Irak. Entspannte sich das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarländern, wurde die Unterstützung der kurdischen Gruppen jeweils eingestellt.

Aufgrund des repressiven Charakters des Schah-Regimes und der verbreiteten Korruption geriet die Regierung ab 1977 innenpolitisch unter Druck. Auf kurdischer Seite erlangten vor allem zwei Gruppierungen an Bedeutung: Zum einen konnte sich die KDPI unter Führung von Abd ur-Rahman Qasemlu reorganisieren. Ihre Forderungen umfassten ein autonomes Kurdistan in einem demokratisierten Iran. Zum anderen entstand mit der *Komala-i schureschgar-i zahmatkaschan-i Kurdistan* (kurz: *Komala*, Revolutionäre Vereinigung der Werktätigen Kurdistans) eine explizit links-nationalistische Gruppierung, die ihre Basis besonders im Süden der Kurdengebiete im Iran hatte. Dort war der Gegensatz zwischen kurdischen Landbesitzern und landlosen Bauern größer, da hier anders als in den Gebirgsregionen im Norden aufgrund geografischer Gegebenheiten eine Bewirtschaftung von größeren Feldern möglich war.

Der Sturz des Schah-Regimes durch die Islamische Revolution ließ unter den Kurden zeitweise die Hoffnung auf eine zumindest teilweise Erfüllung ihrer Forderungen aufkommen. In der Tat arbeitete das noch nicht gefestigte neue Regime in der Anfangsphase mit verschiedenen Gruppierungen zusammen und signalisierte auch den Kurden, gewisse Autonomierechte in Bezug auf Verwaltung, Sprache und Kultur in der neuen Verfassung zu verankern. Dies fand aber in der Verfassung der am 1. April 1979 proklamierten Islamischen Republik keine Berücksichtigung. Im Gegenteil bedeutete die Betonung des schiitischen Islam in der Verfassung eine faktische Benachteiligung der überwiegend sunnitischen Kurden. Diese Gegensätze eskalierten schließlich im Sommer 1979 zum Krieg. Dabei gelang es der neuen iranischen Regierung bis April 1980 den größten Teil der kurdischen Gebiete wieder unter die Kontrolle des Zentralstaats zu bringen. Dass der Krieg, der auf kurdischer Seite hauptsächlich von der KDPI und der *Komala* getragen wurde, trotzdem anhielt, ist vor allem auf den Beginn des Ersten Golfkriegs zwischen Irak und Iran zurückzuführen. Während des Krieges unterstützten Irak und Iran wiederum kurdische Gruppierungen im jeweils anderen Land. Die Kämpfe insbesondere zwischen der KDPI und iranischen Truppen wurden im Schatten des Krieges zwischen Irak und Iran noch bis 1988 weitergeführt. Der iranische Kurdenkrieg hatte jedoch noch ein Nachspiel, das zu internationalen Entwicklungen führte: 1989 wurde Qasemlu, der Führer der KDPI, in Wien bei

Gesprächen mit Vertretern der iranischen Regierung erschossen. Sein Nachfolger Sadeq Scharafkindi wurde 1992 in dem Berliner Restaurant Mykonos ermordet, nach Feststellungen des zuständigen deutschen Gerichts auf Anweisung iranischer Behörden.

In den 1990er Jahren waren die kurdischen Gruppierungen im Iran nahezu bedeutungslos geworden. Kurdischer Protest äußerte sich im Wesentlichen innerhalb der geringen politischen Möglichkeiten, die das islamische Regime in Teheran bot. Bei der Präsidentschaftswahl 1993 wählte Kurdistan als einzige Provinz mehrheitlich nicht den von der Führung favorisierten Ali Akbar Rafsandjani. Gewisse Verbesserungen der Situation fanden unter der Präsidentschaft des Reformers Muhammad Chatami statt. So wurde mit Abdullah Ramezanzadeh ein Kurde Gouverneur der Provinz und der Status des Gebietes als eines unter Kontrolle des Militärs wurde aufgehoben.

Über die Geschichte der *Partiya Jiyana Azada Kurdistanê* (PJAK, Partei für ein Freies Leben in Kurdistan), die seit 2005 mit Guerillaangriffen und Anschlägen aktiv geworden ist, gibt es zwei verschiedene Versionen. Die eine besagt, dass die Gruppe als friedliche Organisation 1997 von Studenten gegründet wurde, deren Mitglieder zwei Jahre später aufgrund der Repression im Iran in den von der *Partiya Karkeren Kurdistan* (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans) kontrollierten Teil des Nordirak flüchteten (vgl. den Bericht zu Türkei (Kurdistan)). Die andere sieht die PJAK als einen 2004 gegründeten Ableger der PKK. Die beiden Versionen stehen dabei nicht unbedingt im Widerspruch zueinander. Denn unabhängig von der Vorgeschichte bestreitet die PJAK ihre engen Verbindungen und ihre ideologische Nähe zur PKK nicht. Geführt wird die PJAK von Abdul Rahman Haji Ahmadi, der seit 40 Jahren im Exil in Deutschland lebt. Unter anderen in Deutschland wurden laut Medienberichten im Frühjahr 2007 auch neue Mitglieder und Kämpfer für die PJAK angeworben.

Erste militärische Aktionen der PJAK sollen bereits 2004 stattgefunden haben. Für 2005 wird berichtet, dass die iranische Regierung Verluste von mehreren Dutzend bis zu 120 Soldaten eingestanden haben soll. Ähnliche Opferzahlen für die iranische Seite werden, allerdings ohne offizielle Bestätigung, für 2006 genannt. In der Regel griffen PJAK-Kämpfer dabei kleine Gruppen von iranischen Soldaten im unmittelbaren Grenzgebiet an. Auch wurden Anschläge auf weiter in iranischen Gebiet liegende Ziele verübt. In den irakischen Kandil-Bergen sollen sich bis zu 3.000, anderen Angaben zufolge weniger als 1.000, PJAK-Kämpfer aufhalten. Die PJAK behauptet, weitere 10.000 Mitglieder im Iran selbst zu haben. Der Frauenanteil soll dabei bei 45 Prozent liegen.

Für 2007 wurde von einer Verschärfung des Konflikts berichtet. Einzelheiten über Zusammenstöße wurden jedoch selten genannt. Der größte militärische Einzelerfolg der PJAK bestand aus dem Abschuss eines Helikopters der iranischen Streitkräfte. Die Eskalation lässt sich am deutlichsten an der

iranischen Reaktion ablesen. Im August beschossen iranische Truppen Dörfer und vermutete Lager der PJAK im irakischen Grenzgebiet und drangen auch kurzzeitig auf irakisches Territorium vor. Trotz Protesten waren die Reaktionen von irakischer Seite eher zurückhaltend.

Generell hat der Irak ein Interesse an guten Beziehungen zum Nachbarland und insbesondere das Autonomiegebiet der Kurden im Nordirak ist stark von Gas- und sonstigen Versorgungslieferungen aus dem Iran abhängig. Dies führte nicht nur zu Warnungen des kurdischen Präsidenten des Irak, Jalal Talabani, an die PJAK, sondern Ende August auch zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen der PJAK und Talabanis *Patriotischer Union Kurdistans* (PUK). Wie sich der Konflikt weiter entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Einerseits gab es in den letzten Jahren einen Trend zur Eskalation. Andererseits stehen einer solchen die Interessen der irakischen Kurden an guten Beziehungen zum Iran entgegen.

Wolfgang Schreiber

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Brandon, James: Irans Kurdish Threat. PJAK, in: Terrorism Monitor IV, No. 12, June 2006, S. 1-4: <http://www.jamestown.org>

Chamka, Max: Die PFAK, ein wenig bekannter Zweig des kurdischen Widerstands im Iran, 08/09.2005: <http://www.caucas.com>

Koohi-Kamali, Farideh: The Political Development of the Kurds in Iran. Pastoral Nationalism, Basingstoke – New York 2003

Opel, Richard A.: Kurdish Militant's Other Front. Iran, in: International Herald Tribune, 22.10.2007: <http://www.iht.com>

Strohmeier, Martin/Yalçın-Heckmann, Lale: Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur, München 2000

Wood, Graeme: Iran Bombs Iraq. Meet the Kurdish Guerillas Who Want to Topple the Tehran Regime, 2006: <http://www.slate.com/id/2143492>

<http://www.globalsecurity.org/military/world/para/pjak.htm> (Global Security.org)

<http://www.irna.ir> (Islamic Republic News Agency)

<http://www.pjak.org> (PJAK)

Israel (Palästina)

(Krieg)

Beginn: 2000

Kriegstyp: B-2

Beteiligte: *Hamas, Jihad Islami, Al-Aqsa-Brigaden* / Israel

Im Berichtsjahr wurde das Kriegsgeschehen im palästinensisch-israelischen Konflikt von israelischen Militäreinsätzen im Westjordanland und im Gazastreifen bestimmt. Um den festgefahrenen Friedensverhandlungen neue Impulse zu geben, lud die US-Regierung für Ende November 2007 zu einer Nah-

ostkonferenz ein. Jedoch standen die Gespräche vor der Herausforderung, mit einer innenpolitisch geschwächten israelischen Regierung und einer gespaltenen palästinensischen Führung substantielle Fragen wie den Siedlungsbau und die Flüchtlingsproblematik zu klären. Zudem war mit der *Hamas*, die seit Juni de facto den Gazastreifen kontrolliert, eine der beiden wichtigsten palästinensischen Gruppierungen von vorneherein nicht zu den Friedensgesprächen eingeladen.

Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Verquickung religiöser Identifikation mit politischen Zielvorstellungen sowohl bei Juden als auch bei Palästinensern eine entscheidende Konflikursache, die zu heftigen Auseinandersetzungen um die heiligen Stätten in Jerusalem geführt hatte. Mit der Gründung des Staates Israel 1948 wurde die weitere Entwicklung des Konflikts auch zu einem israelisch-arabischen Konflikt, der zu mehreren Kriegen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern führte. Im Sechstagekrieg von 1967 war es Israel schließlich gelungen, das Dreifache seines Territoriums zu erobern, und im Anschluss an diese Niederlage der arabischen Staaten versuchten die verschiedenen Teilorganisationen der *Palestine Liberation Organisation* (PLO) unter Führung von Jassir Arafat die Situation der Palästinenser ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit zu rücken. In den von Israel annektierten Gebieten wurden von nun an jüdische Siedlungen errichtet. Friedensverhandlungen zwischen der palästinensischen Führung und Israel wurden erst 1991 unter der Schirmherrschaft der USA und Russlands aufgenommen. Zwei Jahre später führte die Vermittlung israelisch-palästinensischer Geheimkontakte durch den norwegischen Außenminister Johan Holst zur gegenseitigen Anerkennung Israels und der PLO. Dies war die Voraussetzung für das wenige Tage später in Washington durch Israel und die PLO unterzeichnete Abkommen, die sogenannten Osloer Verträge, über eine palästinensische Teilautonomie im Gazastreifen und in Jericho im Westjordanland.

Doch die Verhandlungserfolge hatten die innerisraelischen und innerpalästinensischen Widersprüche verschärft. In beiden Lagern verurteilten oppositionelle Kräfte die Autonomieabkommen als Verrat. Nachdem die sogenannte Intifada, der Aufstand der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten zwischen 1987 und 1993, beendet war, begann auf palästinensischer Seite der islamische Fundamentalismus der Gruppen *Harakat al-Muqa'wama al-Islamiya* (*Hamas*, Islamische Widerstandsbewegung), *Jihad Islami* (Islamischer Heiliger Krieg) sowie der *Al-Aqsa-Brigaden* an Einfluss zu gewinnen. Besonders die *Hamas* konnte sich dabei auf ein weit reichendes Netz an islamischen Einrichtungen unter anderem im Bildungs- und Sozialbereich stützen. Ihre Führer, islamische Geistliche und Intifada-Aktivist*innen, propagierten einen islamischen Staat und lehnten den Staat Israel kompromisslos ab. Um ihr oberstes Ziel, die Vernichtung Israels zu erreichen, setzten die Fundamentalisten auf die Wirkung von zahlreichen Anschlägen.

Die Verschärfung des innenpolitischen Konflikts in Israel wurde besonders durch die Ermordung von Ministerpräsident Yitzhak Rabin durch einen rechtsradikalen Israeli am 4. November 1995 deutlich. Der Streit zwischen den politischen Parteien über die besetzten Gebiete blockierte jegliche weiteren Schritte zu einer Verhandlungslösung mit der PLO. Erst die aus den Wahlen von 1999 hervorgegangene israelische Regierung unter Führung des Chefs der *Arbeitspartei*, Ehud Barak, einigte sich mit Arafat darauf, die Verhandlungen über den endgültigen Status des palästinensischen Gemeinwesens bis September 2000 abzuschließen. Als deutlich wurde, dass sich Arafat und die israelische Führung insbesondere in den Fragen der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und des Status von Jerusalem nicht so schnell einigen konnten, trat Barak im Dezember 2000 von seinem Amt als Ministerpräsident zurück. Zuvor hatte der von den Palästinensern als Provokation empfundene Besuch des israelischen Oppositionsführers Ariel Sharon am 28. September 2000 auf dem Jerusalemer Tempelberg, nahe der Al-Aqsa-Moschee, eine Eskalation der Gewalt ausgelöst, die in einem Krieg zwischen palästinensischen Gruppen und israelischen Sicherheitskräften gipfelte.

Bei Neuwahlen im Jahr 2001 erzielte Sharon einen deutlichen Wahlsieg über Barak und bildete eine Koalitionsregierung der Nationalen Einheit, an der sich auch die *Arbeitspartei* beteiligte. Diese zerbrach jedoch bereits im Jahr darauf – unter anderem aufgrund von Streitigkeiten über die Finanzierung der jüdischen Siedlungen in den Palästinensergebieten. Aus den vorgezogenen Neuwahlen Anfang 2003 ging Sharons *Likud* (Zusammenschluss) deutlich gestärkt hervor. Seine mitte-rechts-gerichtete Regierung kündigte an, weder Vorgaben für die Gründung eines palästinensischen Staates noch dessen volle Souveränität zu akzeptieren. Nachdem bereits der Gazastreifen abgeriegelt worden war, begann Israel im Sommer 2002 damit, das Westjordanland durch den Bau einer Mauer vom israelischen Kernland abzutrennen. Ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) in Den Haag vom 9. Juli 2004 stellte die Völkerrechtswidrigkeit der Mauer fest. Darauf reagierte die israelische Regierung mit der Erklärung, dass sie ausschließlich Urteile des eigenen Obersten Gerichts anerkenne. Dieses hatte lediglich festgestellt, dass der Verlauf der Mauer in einem 35 Kilometer langen Abschnitt nördlich von Jerusalem geändert werden müsse.

Um weiteren Selbstmordattentaten entgegenzuwirken, setzte Israel auf eine Politik von „gezielten Tötungen“. Dieser fielen am 22. März 2004 der *Hamas*-Führer Scheich Ahmed Yassin sowie am 17. April dessen Nachfolger Abdel Asis Rantisi zum Opfer fielen. Umso überraschender kam im Sommer 2004 die Ankündigung Scharons, alle Siedlungen im Gazastreifen und einige im Westjordanland bis Ende 2005 komplett räumen zu wollen. Dies führte zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung und auch Scharons *Likud*. Nur mit Hilfe der oppositionellen *Arbeitspartei* erreichte Sharon eine parlamentarische Mehrheit, um sein Vorhaben durchzuführen. Als Conse-

quenz verließ Sharon den *Likud* und gründete im Herbst 2005 mit der *Kadima* (Vorwärts) eine neue Partei, zu der prominente Mitglieder aus den beiden traditionellen großen Parteien *Likud* und *Arbeitspartei* übertraten. In Teilen der Bevölkerung stieß die Räumung der Siedlungen auf heftigen Widerstand und die radikalen Siedlerorganisationen warfen Sharon trotz der Ankündigung von Entschädigungszahlungen Verrat am eigenen Volk vor. Trotzdem endete am 12. September 2005 die Besatzung des Gazastreifens durch Israel. Anfang Januar 2006 konnte Sharon krankheitsbedingt sein Amt nicht mehr wahrnehmen. Den Vorsitz sowohl der noch jungen *Kadima* als auch der Regierung übernahm Ehud Olmert. Trotz dieses Wechsels an der Regierungsspitze gelang es der Regierungskoalition sich in Neuwahlen Ende März 2006 zu behaupten und somit eine gewisse Kontinuität der israelischen Politik herzustellen. Auf Seiten der Palästinenser hatte der Tod Jassir Arafats 2004 dagegen eine ernste Nachfolgekrise ausgelöst. In der von ihm bis zu seinem Tod geleiteten *Fatah* (Eroberung) als größter Gruppierung innerhalb der PLO bahnten sich zwischen den verschiedenen Flügeln Auseinandersetzungen um die Führung an. Darüber hinaus erhoben nicht der PLO angehörende Gruppen wie *Hamas* und *Jihad Islami* Ansprüche auf ein größeres Mitspracherecht. Der neue PLO-Vorsitzende Mahmud Abbas gewann zwar die Präsidentschaftswahl im Januar 2005, aber die um ein halbes Jahr, auf den 25. Januar 2006, verschobene Parlamentswahl konnte die *Hamas* unerwartet für sich entscheiden und mit 76 der 132 Sitze die Mehrheit im palästinensischen Parlament erreichen.

Obwohl die *Hamas* einen inoffiziellen Waffenstillstand eingehalten und keine eigenen Gewaltaktionen gegen Israel mehr durchgeführt hatte, stand sie außenpolitisch vor dem Problem, ihre Politik der Nichtanerkennung Israels mit den Wünschen insbesondere der USA und der EU zu vereinbaren, auf deren finanzielle Unterstützung die Palästinensische Autonomiebehörde angewiesen war. Konkret forderten diese von der *Hamas*-Regierung das Existenzrechts Israels und alle von der PLO mit Israel abgeschlossenen Verträge anzuerkennen sowie terroristischen Anschlägen eine Absage zu erteilen. Bereits kurz nach dem Wahlsieg der *Hamas* stellten Israel die Überweisung von Steuer- und Zolleinnahmen und die USA die Auszahlung von Zuschüssen an die palästinensischen Behörden ein. Die EU folgte diesem Schritt Anfang April 2006.

Nach einem israelischen Militäreinsatz im Gazastreifen, verübte die *Hamas* Mitte Juni erstmals seit 16 Monaten wieder Raketenangriffe auf Israel. Eine neue Runde der Eskalation trat endgültig zwei Wochen später ein, nachdem vermutlich Angehörige der Exilorganisation der *Hamas* Mitte Juni zwei israelische Soldaten töteten und einen weiteren entführten. Israel reagierte mit einer Militäroffensive, die zu einer zeitweiligen Wiederbesetzung des nördlichen Gazastreifens führte. Bei dieser Operation wurden innerhalb von drei Monaten 250 Palästinenser getötet und an die 1.000 Menschen verletzt.

Für die Weiterführung des Friedensprozesses kam zu diesen Kämpfen erschwerend hinzu, dass sich auch die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen zwischen *Fatah* und *Hamas* zunehmend mit Gewalt ausgetragen wurden (vgl. den Beitrag zu Palästina). Auf palästinensischer Seite bestand kein Ansprechpartner mehr, der für sich realistischerweise in Anspruch nehmen konnte, als Vertreter der Palästinenser aufzutreten. Eine Lösung für ein einheitliches Auftreten der Palästinenser sollte im Rahmen von Verhandlungen in Mekka im Februar 2007 erzielt werden. Diese, von der saudischen Regierung initiierten, Gespräche, konnten insoweit erfolgreich abgeschlossen werden, als dass man sich darauf einigte, dass *Hamas*-Führer Ismail Hanija den Posten des Ministerpräsidenten und Mahmud Abbas von der *Fatah* den Posten des Präsidenten übernahmen. Israel verweigerte die Anerkennung dieser neuen palästinensischen Einheitsregierung und forderte das sogenannte Nahost-Quartett, bestehend aus den USA, der EU, Russland und den UN, auf, weiterhin eine Politik der Isolierung der palästinensischen Regierung fortzuführen. Die Uneinigkeiten innerhalb der palästinensischen Einheitsregierung nahmen im Laufe der folgenden Monate solche Ausmaße an, dass Abbas sie im Juni des Berichtjahres auflöste und ein Notstandskabinett einsetzte. Diese Maßnahme Abbas' wurde von Israel begrüßt und es wurden sogleich Kontakte zur Notstandsregierung unter Salam Fayyad, aufgenommen. Im Juni gelang es der *Hamas* nach schweren Auseinandersetzungen mit der *Fatah*, die Kontrolle im Gazastreifen zu übernehmen und die *Fatah* musste sich aus dem Gazastreifen zurückziehen. Auf den militärischen Sieg der *Hamas* über die *Fatah* im Gazastreifen reagierte Israel seit Juni mit Militäreinsätzen, bei denen zahlreiche Menschen ums Leben kamen. Außerdem erklärte Olmert, dass er die *Hamas* nicht als Gesprächspartner für Verhandlungen anerkennt. Am 19. September des Berichtjahres erklärte Israel den Gazastreifen zu „feindlichem Gebiet“. Parallel dazu führte Israel im Westjordanland Militäreinsätze durch, bei denen zwei Mitglieder des *Jihad Islami* getötet wurden.

Die Lage im Gazastreifen verschlechterte sich zunehmend. Grund dafür waren nicht nur die militärischen Auseinandersetzungen mit Israel, sondern auch der Versorgungsstopp, mit dem Israel das „feindliche Gebiet“ isolierte. Lieferungen von Strom- und Treibstoff sowie Lebensmitteln in den Gazastreifen wurden unterbunden. Dies ging so weit, dass Israel international aufgefordert wurde, den Druck auf die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen nicht weiter zu erhöhen. Gleichzeitig wurde ein Appell an die *Hamas* gerichtet, ihre Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung wahrzunehmen und die Raketenangriffe auf israelisches Gebiet zu stoppen. Neben den Auseinandersetzungen um den Gazastreifen blieb auch das Westjordanland Ziel israelischer Übergriffe. So marschierte die israelische Armee am 25. Februar in Nablus ein und führte eine groß angelegte Suchaktion durch, bei der es neben der Verhaftung von Mitgliedern der *Al-Aqsa-Brigaden* und des *Jihad Islami* auch zu Opfern innerhalb der Zivilbevölkerung kam. Die

andauernden Gewalthandlungen zwischen israelischer Armee und militanten palästinensischen Gruppen folgten den aus den Vorjahren bekannten Mustern. Vor allem der *Jihad Islami* schoss regelmäßig Raketen auf israelisches Territorium ab und verübte ebenso wie die zur *Fatah* gehörenden *Al-Aqsa-Brigaden* – wenn auch vergleichsweise selten – Selbstmordattentate in Israel und zum Teil auch auf israelische Siedler im Westjordanland. Umgekehrt reagierten die israelischen Streitkräfte mit Artilleriebeschuss oder Luftangriffen auf die Raketenbedrohung oder führten Bodenoperationen mit dem Ziel durch, einzelne militante palästinensische Führer entweder gezielt zu töten oder zu verhaften.

Die von der US-Regierung initiierte Nahost-Konferenz in Annapolis im November des Berichtjahres, an der auch arabische Staaten wie Syrien und Saudi-Arabien teilnahmen, sollte einen Grundstein für neue Friedensgespräche bilden. Im Vorfeld der Konferenz ließ die israelische Regierung 432 palästinensische Gefangene aus israelischer Haft frei und stärkte mit dieser Geste den palästinensischen Präsidenten Abbas. Letztlich brachte die Konferenz jedoch keine konkreten Vereinbarungen, sondern steckte lediglich den Rahmen für weitere Verhandlungen ab.

Es bleibt offen, inwiefern aufbauend auf den Ergebnissen der Konferenz von Annapolis tatsächlich Lösungen für wichtige Fragen wie die Siedlungspolitik oder das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge erarbeitet werden können. Denn erschwert werden die Verhandlungen durch die schwache innenpolitische Stellung der Vertreter der Konfliktparteien. So ist Olmert großem Druck der rechten Opposition ausgesetzt, Abbas Position wird durch die anhaltenden Kämpfe zwischen den palästinensischen Gruppen geschwächt.

Sarah Constantine

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Baumgarten, Helga: Hamas. Der politische Islam in Palästina, München 2006

Perthes, Volker: Geheime Gärten. Die neue arabische Welt, Bonn 2005

Steininger, Rolf: Der Nahostkonflikt, Frankfurt am Main 2003

<http://electronicintifada.net> (elektronische Intifada)

<http://www.btselem.org> (israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten)

<http://www.fatah.net> (Fatah)

<http://www.freeman.org> (israelische Gegner des Friedensprozesses)

<http://www.haaretz.com> (israelische Tageszeitung)

<http://www.icj-cij.org> (Internationaler Gerichtshof)

<http://www.idf.il> (Israelische Streitkräfte)

<http://www.ipcc-jerusalem.org> (Palästinensisches Friedens- und Kooperationszentrum)

<http://www.israel-mfa.gov.il> (israelisches Außenministerium)

<http://www.pchrgaza.ps> (palästinensisches Menschenrechtszentrum)

<http://www.un.org/unrwa> (UNRWA)

Jemen

(Krieg)

Beginn: 2004

Kriegstyp: A-2

Beteiligte: *Al-Shabab al-Mou'min* / Jemen

Im Berichtsjahr 2007 kam es besonders in der ersten Jahreshälfte zu intensiven Kampfhandlungen zwischen der Armee und der Rebellengruppe *Al-Shabab al-Mou'min*. (Gläubige Jugend). Das Ziel der Regierungstruppen, mit einer groß angelegten Militäraktion ein Ende der Rebellion zu erzwingen, wurde nicht erreicht. Die humanitäre Versorgung der mittlerweile geschätzten 30.000 bis 35000 Kriegsflüchtlinge sowie die Medienberichterstattung wurden durch die militärische Isolierung der Region fast unmöglich gemacht.

Der Jemen ist das ärmste Land der arabischen Halbinsel. Speziell die Saada-Region nahe der Grenze zu Saudi-Arabien ist durch Armut und mangelnde Infrastruktur gezeichnet. In diesem Gebiet ist die Bedeutung der Stämme mit ihren bewaffneten Milizen groß. Die Identität dieser nordjemenitischen Stämme ist durch die Vorstellung von Abstammungsgemeinschaften sowie einer traditionellen Form der Repräsentation und Rechtsprechung geprägt. Die muslimische Bevölkerung des Jemen ist darüber hinaus in zwei rivalisierende Hauptströmungen gespalten. Während bei den schiitisch-zaiditischen Stämmen des Nordens der Imam als legitimer Nachfolger Muhammads gilt und sich daraus ein auch politischer Führungsauftrag erklärt, herrscht bei den sunnitischen-salafitischen Jemeniten im Zentrum und im Süden des Landes dagegen die Überzeugung vor, dass nur Muhammad selbst den wahren Islam repräsentiert. Von dieser sunnitischen Perspektive werden Schiiten ebenso wie andere Religionsgemeinschaften als feindlich betrachtet.

Es gibt schätzungsweise 400 zaiditische Stämme im Norden des Jemen, die insgesamt rund ein Drittel der jemenitischen Gesamtbevölkerung von etwa 20 Millionen ausmachen. Die konservativen Strömungen innerhalb der Zaidiyah trachten danach, ihren religiös begründeten Führungsanspruch in der Form des Imamats wieder herzustellen. Das erste zaiditische Imamat wurde zum Ende des 9. Jahrhunderts im Nordjemen gegründet. Ihm folgten weitere Imamate, die verschiedene Teile des heutigen Jemen kontrollierten. Das letzte zaiditische Imamat wurde 1962 durch einen Militärputsch beendet. Unter den nachfolgenden Regierungen ließen sich die zaiditischen Stämme nie vollständig unterwerfen, sondern behielten eine weitreichende Autonomie. Diese Historie spielt bis in die Gegenwart eine bedeutende Rolle für das politische Selbstverständnis der zaiditischen Stämme und erklärt ihre Nostalgie und das Streben nach der Wiedergewinnung alter Privilegien.

Mit der Vereinigung von Nord- und Südjemen im Jahre 1990 kam es insgesamt zu einer verstärkten Identifizierung mit den tribalen Abstammungs-

gemeinschaften. In den zaiditischen Gebieten des Nordens ging die Zunahme der Identifizierung mit der Stammeszugehörigkeit mit einer religiösen Fundamentalisierung und dem Ansinnen einer zaiditischen Vormachtstellung einher – insbesondere vor dem Hintergrund einer wachsenden Popularität des sunnitischen Salafismus in anderen Landesteilen des Jemen. Mit dem Zusammenschluss der beiden Staaten wurde in der neuen Arabischen Republik Jemen das allgemeine Wahlrecht und ein Mehrparteiensystem eingeführt. Der *Allgemeine Volkskongress* stellte seit der Wiedervereinigung die Regierung und mit Ali Abdullah Salih den Präsidenten, der seitdem mehrmals im Amt bestätigt wurde. Trotz der Vertretung der jemenitischen Stämme über Parteien im Staatsapparat des vereinigten Jemen gelten die staatlichen Institutionen unter den Stämmen weiterhin als Symbole des Machterhalts ferner Eliten. Neben vielen anderen Parteien wurde 1990 auch die konservativ-sunnitische *Islah* (Versammlung für Reform) gegründet. Diese setzte sich größtenteils aus Angehörigen der sunnitisch-salafitischen Stämme des südlichen Jemens zusammen. Im Jahre 1991 formierte sich vor dem Hintergrund der pro-saudiarabischen Ausrichtung der *Islah* die schiitisch ausgerichtete *Al-Haqq* (Die Wahrheit). Diese Partei wurde zum größten Teil von zaiditischen Stammesangehörigen aus der Saada-Region gebildet.

Einer der Vordenker und Anführer der konservativen Kräfte innerhalb der zaiditischen Stämme war Hussein al-Huthi. Er war bis 1997 Parlamentsabgeordneter für die *Al-Haqq*. Nachdem es zu Differenzen zwischen al-Huthi und dem Generalsekretär der *Al-Haqq*, Sayyid Ahmad Muhammad al-Shami, gekommen war, verließ al-Huthi die Partei und gründete zusammen mit seinem Bruder Muhammad und seinem Vater Badr al-Din al-Huthi die *Al-Shabab al-Mu'min*, die unter den zaiditischen Stämmen Nordjemens einen breiten Rückhalt genoss. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA spitzten sich die Konflikte zwischen der Zentralregierung, die von den USA als Verbündeter im „Kampf gegen den Terror“ militärische und finanzielle Unterstützung bekam, und den zaiditischen Stämmen zu, deren Gebiete unter anderem als Rückzugsgebiete für internationale Terroristen galten. Trotz der prinzipiellen Gegnerschaft von Zaiditen und sunnitisch-salafistischen Muslimen, wie sie hinter *Al-Qaida* lässt sich die Konfliktlinie zwischen der Zentralregierung und der *Al-Shabab al-Mu'min* vor dem Hintergrund einer zunehmenden religiösen Ideologisierung der zaiditischen Stämme erklären. Die fundamentalistisch-zaiditische *Al-Shabab al-Mu'min* gilt darüber hinaus als anti-israelisch und anti-amerikanisch.

Die Kampfhandlungen zwischen Regierungstruppen und der *Al-Shabab al-Mu'min* begannen 2004, nachdem Hussein al Huthi angeordnet hatte, die Abführung des Zakat, der islamischen Almosensteuer, an den Staat mit Waffengewalt zu unterbinden. Huthi und dessen Anhängern wurde von der Zentralregierung vorgeworfen, seit 1997 ungenehmigte Religionsschulen im Nordjemen gegründet zu haben, aus deren Umfeld vermutlich die Kämpfer

der *Al-Shabab al-Mou'min* rekrutiert wurden sowie die Restauration des Imamats anzustreben. Der bisherige Verlauf des Krieges verzeichnete zwei Phasen mit größeren Auseinandersetzungen. Von Ende Juni bis Ende September 2004 verschanzten sich die etwa 3.000 mit Maschinenpistolen und Raketenwerfern ausgerüsteten Rebellen in Höhlen der Marran-Berge nahe der saudischen Grenze. Die Armee riegelte alle Zugänge dorthin ab, unterband sämtliche Telefonverbindungen in die Region und setzte Panzer, Artillerie und Kampfflugzeuge gegen die Rebellen ein. Ein Verhandlungskomitee, welches auf Drängen von Menschenrechtsorganisationen gebildet wurde, erreichte kein Ende der Kämpfe. Anfang August kam es trotz eines einwöchigen Waffenstillstands erneut zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Armee in einem groß angelegten Angriff die Kontrolle über die Bergregion erlangte. In den folgenden Wochen durchkämmte sie auf der Suche nach führenden Mitgliedern der *Al-Shabab al-Mou'min* die als Rückzugsorte der Rebellen verdächtigten Dörfer. Huthi wurde nach offiziellen Angaben am 10. September von der Armee getötet. Die Kampfhandlungen dauerten noch an, bis sich der zweithöchste Anführer der Rebellen, Abdullah al-Razami, am 21. September ergab. Die Angaben über die Zahl der Todesopfer für 2004 liegen zwischen 600 und über 1.000. Darüber hinaus verhafteten Polizei und Armee Hunderte von Menschen, die der Unterstützung oder Verbindung mit Huthi und der *Al-Shabab al-Mou'min* verdächtigt wurden.

Nach dem Tod Hussein al-Huthis übernahm sein Vater Badr al-Din al-Huthi die geistige Führung der *Al-Shabab al-Mou'min* und versuchte sukzessiv eine breitere Rebellenkoalition zu formen. Als Gründe für die erneuten Angriffe der Rebellen im Jahr 2005 nannte Huthi die andauernde Gefangenhaltung der als Unterstützer seines Sohnes verhafteten Personen sowie die allgemein repressive Situation in der Saada-Region. Angekündigte Gespräche zwischen dem Präsidenten und Huthi in der Hauptstadt Sanaa fanden nicht statt, so dass Letzterer nach Saada zurückkehrte, um dort die etwa 2.000 Rebellen anzuführen. Der Anlass der zweiten Runde intensiver Kampfhandlungen war der Tod von vier mutmaßlichen Unterstützern der Rebellen, die im März 2005 bei Auseinandersetzungen mit der Polizei auf einem Waffenmarkt in Saada ums Leben kamen. Die Rebellen attackierten Polizeiposten mit Granaten und zerstörten mehrere Panzer. Der Angriff der Rebellen auf ein Militärlager in der Region Nishur führte schließlich Ende März 2005 zu Auseinandersetzungen mit der Armee. Den Höhepunkt erreichten die Kämpfe, als etwa 150 Menschen bei einem Zusammenstoß zwischen Rebellen und Regierungstruppen starben. Die Regierungstruppen setzten wie im Jahr zuvor schwere Waffen und später auch Spezialeinheiten ein, um gegen die befestigten Positionen der Aufständischen in Razamat und Nishur vorzugehen. Einige Stammeskämpfer, die die Regierung unterstützten, überfielen Waffentransporte der Rebellen. Gleichzeitig führten die Regierungstruppen Hausdurchsuchungen und Massenverhaftungen durch. Bis zur Verkündung

des Endes der Kampfhandlungen durch die Regierung Mitte April sollen insgesamt etwa 800 Menschen getötet und ebenso viele verhaftet worden sein.

Anlässlich des 43. Jahrestags des Sturzes der Monarchie am 26. September 2005 erließ Präsident Salih eine Amnestie für die gefangenen mutmaßlichen Unterstützer der Rebellion. Dass mit diesem Schritt das Konfliktpotential nicht beseitigt wurde, zeigte sich, als Ende November erneut mehrere Dutzend Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen Rebellen und Regierungstruppen starben. Die Umsetzung der Amnestie schien Anfang März 2006 mit der Entlassung von rund 630 Gefangenen erfolgt zu sein, die während der Unruhen in den Jahren 2004 und 2005 ohne bestimmte Anklage in Haft genommen worden waren. Menschenrechtsorganisationen kritisierten allerdings eine mangelnde Transparenz, die es unmöglich machte die Zahl der Freigelassenen von unabhängiger Seite zu bestätigen.

Obwohl die Gewalt 2006 keine Höhepunkte wie in den beiden Jahren zuvor aufwies, hielten die Auseinandersetzungen an. Im gesamten Jahresverlauf gab es immer wieder kurze aber intensive Kämpfe in der Saada-Region zwischen Regierungstruppen und Rebellen der *Al-Shabab al-Mou'min*. Berichten zufolge waren im Januar etwa 20.000 Soldaten in der Saada-Region stationiert, um das Gebiet zu kontrollieren und weitere Rebellionen zu verhindern. Die Regierung plante darüber hinaus, in Saada einen dauerhaften Militärstützpunkt einzurichten. Verlässliche Zahlen zu den Opfern der Auseinandersetzungen liegen nicht vor. Trotz der Stationierung des Militärs in der Saada-Region konnte eine fortwährende Aufrüstung der Rebellen nicht verhindert werden. Die Regierung war bisher nicht in der Lage, die Lieferwege des Waffenschmuggels in die Rebellengebiete aufzudecken. Zwar wird vermutet, dass unter anderem der Iran als externer Unterstützer der Rebellen fungiert, andererseits ist ebenfalls klar, dass die Aufständischen auch aus dem Jemen unterstützt werden.

Im Berichtsjahr hat es einen weiteren Höhepunkt des bisherigen Kriegsverlaufs gegeben. Das Militär griff ab Ende Januar über mehrere Wochen mit einer geschätzten Truppenstärke von 30.000 Mann in der Saada-Region zaiditische Rebellen an. Augenzeugenberichten zufolge wurden vom Militär Helikopter eingesetzt, um Orte wie Al-Naqa'ah nahe der saudischen Grenze zu bombardieren, die als Rückzugsgebiete der *Al-Shabab al-Mou'min* galten. Bei diesen Kämpfen wurden Schätzungen zufolge 700 Menschen getötet, wobei es keine Angaben darüber gab, wie viele davon Rebellen, Soldaten oder Zivilisten waren. Als Grund für diese Intervention wurde von der Regierung die Bedrohung der kleinen jüdischen Gemeinde in Saada-City durch die zaiditischen Rebellen genannt. Die Rebellen bestritten allerdings, die jüdischen Familien in Saada-City bedroht zu haben, und behaupteten stattdessen, die Regierung hätte dies nur als Vorwand benutzt, um weitere repressive Maßnahmen gegen die zaiditischen Stämme rechtfertigen zu können.

Lokale Nichtregierungsorganisationen beklagten, dass bei den beinahe täglichen Zwischenfällen zwischen Armee und Rebellen auch vielfach Zivilisten getötet wurden. Die Zahl der Kriegsflüchtlinge wurde auf rund 35.000 geschätzt. Eine massive Informationsabschottung machte es allerdings fast unmöglich, genauere Angaben aus dem Kriegsgebiet zu bekommen. Zugangsstraßen wurden blockiert, Telefonleitungen und Mobilfunknetze unterbrochen. Mehrere Journalisten wurden bereits zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie nicht regierungskonform über den Konflikt berichteten.

Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass es den Regierungstruppen mittelfristig nicht gelingen wird, die *Al-Shabab al-Mou'min* gänzlich zu unterwerfen. Aber ebenso wenig wird es den Rebellen gelingen, ihre politischen Vorstellungen mit Waffengewalt durchzusetzen. Welche ökonomischen und sozialen Auswirkungen die andauernden Auseinandersetzungen auf die Entwicklung des Jemens haben werden, lässt sich nur vermuten. Das jemenitische Militär schätzt den bisherigen volkswirtschaftlichen Schaden für den Jemen im Zuge des Krieges auf etwa 800 Millionen US-Dollar.

Christian Sülau

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

- Cordesman, Anthony H./Al-Rodhan: The Gulf Military Forces in an Era of Asymmetric War. Yemen (Working Draft, Center for Strategic and International Studies), Washington DC 2006
- Glosemeyer, Iris: Jemen. Mehr als ein Rückzugsgebiet für al-Qa'ida, (Deutsches Orient Institut, Focus Nr. 10), Hamburg 2003
- Glosemeyer, Iris: Local Conflict, Global Spin. An Uprising in the Yemeni Highlands, in: Middle East Report 34 (2004), S. 44-46
- International Crisis Group: Yemen. Coping with Terrorism and Violence in a Fragile State, 2004: <http://www.icg.org>
- Ortlieb, Lars C.: Der Machtkampf der beiden Ali. Gescheiterte Vereinigung und Krieg im Jemen 1994 (Arbeitspapier der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung; Universität Hamburg), Hamburg 1997
- Stiftl, Ludwig: Politischer Islam und Pluralismus. Theoretische und empirische Studie am Beispiel des Jemens, Berlin 1998
- <http://www.merip.org/mero> (Middle East Report Online)
- <http://www.newsyemen.net> (News Yemen)
- <http://www.yementimes.com> (Yemen Times)
- <http://www.yobserver.com> (Yemen Observer)

Libanon

(Krieg)

Beginn: 2007
 Kriegstyp: A-2
 Beteiligte: *Fatah al-Islam* / Libanon

Nicht einmal ein Jahr nach dem „Sommerkrieg“ gegen Israel erschütterte im Sommer 2007 ein neuer Krieg plötzlich und unerwartet den Libanon. Betroffen waren diesmal vor allem das palästinensische Flüchtlingslager Nahr al-Bared und die nahe gelegene Stadt Tripoli im Norden des Landes. Dreieinhalb Monate lang lieferten sich die libanesische Armee und die sunnitische Miliz *Fatah al-Islam* (Sieg des Islam) erbitterte Kämpfe, bei denen das Lager fast vollständig zerstört wurde. Mehr als 30.000 der Bewohner mussten fliehen. Trotz hoher Verluste gingen sowohl Regierung als auch Armee gestärkt aus diesem Krieg hervor. *Fatah al-Islam*, die zumindest ideologisch *Al-Qaida* (Die Basis) nahe steht, von der libanesischen Regierung aber in erster Linie als Handlanger Syriens angesehen wird, wurde besiegt.

Im Libanon, einstmals zusammen mit Syrien eine Provinz im Osmanischen Reich und nach dem Ersten Weltkrieg von der französischen Mandatsmacht nach eigenen Interessen zu einem 10.452 Quadratkilometern kleinen Gebiet geformt, leben 17 anerkannte Religionsgemeinschaft. Zu nennen sind unter den islamischen Gruppierungen vor allem Schiiten, Sunniten und Drusen, unter den christlichen Konfessionen vor allem die mit der römisch-katholischen Kirche unierten Maroniten sowie die griechisch-orthodoxen und griechisch-katholischen Gemeinschaften

Zwischen einigen dieser religiösen Gruppierungen gab es bereits seit dem 19. Jahrhundert gewaltsam ausgetragene Konflikte, die auch nach der Unabhängigkeit des Libanon 1943 nicht beigelegt werden konnten. Um eine Partizipation aller Gruppen innerhalb der stark klientelistisch geprägten parlamentarischen Demokratie zu gewährleisten, werden Regierungsämter und Sitze im Parlament nach einem Proporzsystem auf die verschiedenen religiösen Gruppen verteilt, wobei der Staatspräsident ein Maronit, der Ministerpräsident ein Sunnit und der Parlamentssprecher ein Schiit sein muss. Grundlage dieser Ämterverteilung sind die Daten der Volkszählung von 1932, bei der die Christen knapp in der Mehrheit waren. Obwohl sich im Laufe der Jahre eine demographische Veränderung zugunsten der muslimischen (zurzeit circa 60 Prozent) und dabei vor allem der schiitischen Bevölkerung (circa 32 Prozent) vollzog, findet dieses bis heute keinen Ausdruck in einer Anpassung des Proporzsystems, das für eine starke Fragmentierung der libanesischen Gesellschaft sorgt und eine nationale Identitätsbildung verhindert.

Das Aufkommen einerseits linksorientierter Strömungen und andererseits arabisch-nationalistischer Bewegungen forcierte weitere gesellschaftliche Konflikte, die sich Anfang der 1970er Jahre noch durch eine schwere Rezession verschärften. Insbesondere die verstärkten Kommandoaktionen auf israelisches Gebiet durch die 1970/71 aus Jordanien vertriebenen palästinensischen Guerilla sowie die militärischen Reaktionen Israels auf diese Angriffe führten zu einer weitergehenden Polarisierung der libanesischen Gesellschaft.

Die staatliche Zentralgewalt, die ohnehin durch konkurrierende Familien- und Clanbindungen und dem damit verbundenen Patronagesystem

schwach war, hatte der *Palestine Liberation Organisation* (PLO) im Cairo Agreement 1969 weitgehende Rechte zur Kriegsführung vom libanesischen Territorium aus zugesichert und die staatliche Oberhoheit über die damals 16, heute zwölf palästinensischen Flüchtlingslager de facto abgetreten. Die Kontrolle übten stattdessen lokale militante Palästinensergruppen aus. Zeitgleich begannen die einzelnen konfessionellen Gruppen im Libanon, Milizen zu organisieren und ein innerstaatlicher Krieg mit wechselnden Fronten und Allianzen begann, in dessen Verlauf 1975 bis 1990) Syrien und Israel mehrfach intervenierten und große Teile des Landes besetzten.

Israel verfolgte mit seinen Interventionen 1978 und insbesondere 1982 die Ziele, die PLO endgültig zu zerschlagen, den Einfluss Syriens auf den Libanon einzudämmen und eine pro-israelische, christlich-maronitische Regierung in Beirut zu etablieren. Die Mobilisierung der Schiiten im Libanon hatte bereits Anfang der 1970er Jahre begonnen und seit 1975 waren sie größtenteils in der Partei *Afwaj al-Muqawama al-Lubnaniya* (*Amal*, Bataillon des libanesischen Widerstandes) und ihrer Miliz organisiert. Ihre Radikalisierung nahm durch die israelische Besatzung und das Massaker von Sabra und Schatila im September 1982 weiter zu. Unter dem Einfluss der iranischen Revolution bildeten sich Anfang der 1980er Jahre weitere schiitische Milizen in Konkurrenz zur eher moderaten *Amal*, aus denen auch die *Hizb-allah* (Partei Gottes) hervorging. Deren Ziele waren neben einer besseren politischen und sozioökonomischen Positionierung der schiitischen Bevölkerung auch die Errichtung eines islamischen Gottesstaates im Libanon und die „Befreiung“ Jerusalems.

Auch nach Ende des Bürgerkrieges 1990 hielt Israel im Südlibanon eine etwa 800 Quadratkilometer große „Sicherheitszone“ zum Schutz der nordisraelischen Bevölkerung vor Angriffen der verschiedenen vom Libanon aus operierenden palästinensischen und schiitischen Milizen besetzt, wobei die *Hizb-allah* ihr Hauptgegner war. Als einzige Miliz durfte sie offiziell ihre Waffen behalten, um in „nationaler Mission“ einen „Widerstandskampf“ gegen die israelische Besatzung zu führen. In dieser Phase transformierte sich die *Hizb-allah* von einer Bürgerkriegsmiliz zu einer politischen Partei mit breiter Basis im Libanon, die bis heute umfangreiche Sozialprojekte betreibt und dabei nicht nur staatliche Funktionen ausfüllte, sondern im Südlibanon einen de facto Staat im Staate bildete. Aufgrund zunehmendem innenpolitischen sowie internationalen Druck beschloss das israelische Kabinett unter Premierminister Ehud Barak im März 2000 einen bedingungslosen und vollständigen Truppenrückzug gemäß der UN-Resolution 425 von 1978, der bereits am 24. Mai desselben Jahres abgeschlossen wurde. Nach dem Abzug der israelischen Streitkräfte übernahm die *Hizb-allah* die militärische Kontrolle über die Region.

Die Jahre 2000 bis 2005 waren von sporadischen Zusammenstößen zwischen Israel und der *Hizb-allah* auf deutlich vermindertem Niveau gekenn-

zeichnet. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stand das 28 Quadratkilometer große, wasserreiche Gebiet der Shebaa-Farmen, das Israel 1967 zusammen mit den syrischen Golanhöhen zunächst besetzt und 1981 annektiert hatte. Nach Meinung Israels und der Vereinten Nationen gehört das Gebiet zu Syrien und kann demzufolge nur im Rahmen eines Friedensvertrages zurückgegeben werden. Demgegenüber vertritt vor allem die *Hizb-allah* – unterstützt von der libanesischen und der syrischen Regierung – die Ansicht, die seit Generationen von libanesischen Bauern bewirtschafteten Shebaa-Farmen gehörten zum libanesischen Territorium. Der Rückzug sei somit nicht vollständig erfolgt, weshalb der „Widerstandskampf“ gegen Israel fortgesetzt werden müsse.

Die Territorialfrage war jedoch nicht das einzige Motiv der *Hizb-allah* unter der Führung von Scheich Sayyid Hassan Nasrallah. Die Partei und Miliz steht dem Iran ideologisch noch immer sehr nahe und ist finanziell und insbesondere für ihre Bewaffnung stark von diesem sowie Syrien als Transitland abhängig. Die *Hizb-allah* selbst definiert sich als Partei des Widerstandes und zumindest ihr bewaffneter Arm würde durch eine Beilegung des Konflikts mit Israel obsolet werden. Die libanesische Regierung nahm im Konflikt mit Israel eine ambivalente Rolle ein. So legitimierte sie einerseits den Widerstand der *Hizb-allah* und stationierte keine regulären Truppen im Grenzgebiet, was zu Konflikten mit der schiitischen Miliz geführt und den innerstaatlichen Frieden gefährdet hätte. Andererseits war sie aber angesichts der militärischen Übermacht Israels stets darum bemüht, eine Eskalation zu einem zwischenstaatlichen Konflikt zu vermeiden.

Die innenpolitische Situation im Libanon war seit Ende 2004 ohnehin sehr angespannt. Nach einer schweren Regierungskrise und der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri am 14. Februar 2005, der das prominenteste Opfer einer Reihe von Mordanschlägen auf syrienkritische Politiker und Journalisten darstellte, bildete sich die in westlichen Medien als „Zedernrevolution“ bezeichnete friedliche Protestwelle, die sich vehement für eine Beendigung der syrischen Einflussnahme aussprach. Unter diesem innerlibanesischen und dem externen Druck auf Basis der UN-Resolution 1559 vom September 2004 beendete Syrien seine seit 30 Jahren andauernde de-facto-Besatzung. Auch bei den Parlamentswahlen 2005 siegte das anti-syrische Wahlbündnis „Bewegung 14. März“ und Fouad Siniora wurde neuer Ministerpräsident. Doch parallel dazu konnten ebenfalls die Schiiten und die pro-syrischen Fraktionen unter den Christen ihren Einfluss im Libanon ausbauen. So hat die Allianz um die *Hizb-allah* seit den Wahlen 35 von 128 Sitzen im Parlament inne und stellt mehrere Minister. Die Allianz um den christlichen Ex-General Michel Aoun, der 2005 nach 15 Jahren Exil in den Libanon zurückkehrte, hält 21 Sitze im Parlament. Aoun ist Vorsitzender der *Al-Tayyar al-Watani al-Hur* (Freie Patriotische Bewegung), die mit der *Hizb-allah* verbündet ist.

Der Krieg vom 12. Juli bis 14. August 2006 zwischen der *Hizb-allah* und Israel war trotz der langen Konfliktgeschichte in seiner plötzlichen Intensität überraschend und in seinen Ergebnissen sowohl für die innere Stabilität des Libanon als auch für den Abschreckungscharakter des israelischen Militärs kontraproduktiv. Die Ziele der israelischen Kriegsführung – die Befreiung zweier durch die *Hizb-allah* gefangen genommener israelischer Soldaten und die Auslöschung oder zumindest starke Schwächung der pro-iranischen Miliz – wurden nicht oder nur teilweise erreicht. Der Konflikt wurde vorwiegend auf Kosten der israelischen und vor allem der libanesischen Zivilbevölkerung ausgetragen. Bei den circa 1.200 libanesischen und ungefähr 160 israelischen Toten handelte es sich jeweils überwiegend um Zivilisten. Dazu kamen die Verletzten und fast 1 Million libanesische sowie etwa eine halbe Million israelische Flüchtlinge. Die Popularität der *Hizb-allah* im Libanon und bei großen Teilen der Bevölkerung der islamischen Welt wurde nicht geschwächt, sondern gestärkt. Ihr hohes gesellschaftliches Ansehen bei der libanesischen Bevölkerung nutzt die Miliz bis heute, um ihre durch die UN angeordnete Entwaffnung zu verweigern.

Seit September 2006 sichern Truppen der *United Nations Interim Force in Lebanon* (UNIFIL) den Süden des Libanons. Israel verletzte regelmäßig die libanesische Lufthoheit. Die schwerwiegendste Verletzung des Waffenstillstandes an der libanesisch-israelischen Grenze stellten jedoch zwei Katjuscha-Raketen dar, die Unbekannte im Juni 2007 auf die israelische Grenzstadt Kirjat Schemona schossen. Tote oder Verletzte gab es nicht und Israel unternahm keine Vergeltungsmaßnahmen. Im Oktober 2007 kam es nach langen Verhandlungen schließlich zu einen ersten Leichen- und Gefangenenaustausch zwischen der *Hizb-allah* und Israel.

Politisch wurden im Berichtsjahr die anstehenden Präsidentschaftswahlen für den Libanon zur Zerreißprobe. Die Amtszeit von Präsident Émile Lahoud, der als eine der syrischen Bastionen im Libanon galt, endete im November 2007. Die Wahl eines neuen Präsidenten musste in Ermangelung eines Konsenskandidaten elf Mal verschoben werden. Ein neuer Präsident ist bis Ende 2007 nicht gewählt. Zusätzlich riss die Anschlagsserie auf anti-syrische Politiker auch in 2007 nicht ab. 23 Menschen kamen ums Leben, mehr als 57 wurden verletzt.

Mit der *Fatah al-Islam* (Sieg des Islam) trat im Berichtsjahr außerdem eine neue Konfliktlinie in den Vordergrund. Die *Fatah al-Islam* ist eine multinationale sunnitische Miliz, deren Gründer aus der syrien-nahen *Fatah al-Intifada* (Sieg des Aufstands) stammen. Im Winter 2006 begann die Gruppe, sich im Lager Nahr-al Bared zu formieren und gezielt Mitglieder aus dem In- und Ausland anzuwerben. Bis zu 150 ehemalige Kämpfer aus dem Irak sollen sich der Gruppe angeschlossen haben. Schätzungen über die Größe der *Fatah al-Islam* reichten von 200 bis 750 Milizionären. Die *Fatah al-Islam* steht *Al-Qaida* zumindest ideologisch nahe. Ihre finanziellen Mittel erhielt die Miliz

überwiegend über Saudi-Arabien. Außerdem scheint die Gruppe Kontakte zu Syrien zu haben. Dafür sprechen die Biographie ihres Anführers, des Palästinensers Schakir al-Absi, und ihre Wurzeln in der *Fatah al-intifada*. Die libanesisische Regierung warf der *Fatah al-Islam* vor, Syriens Hegemonialbestrebungen in der Region zu unterstützen und den Libanon ins Chaos stürzen zu wollen. Die Miliz soll Anschläge auf 36 anti-syrische Persönlichkeiten im Libanon geplant haben. Auf palästinensischer Seite hatte die PLO bereits im Dezember 2006 vor der *Fatah al-Islam* gewarnt und die *Fatah* (Sieg) als größte Gruppe innerhalb der PLO distanzierte sich ausdrücklich von der Miliz.

Von den ungefähr 400.000 palästinensische Flüchtlinge im Libanon leben circa 31.000 im Lager Nahr al-Bared 16 Kilometer nördlich der Stadt Tripoli. Obwohl die Lager im Laufe der Zeit mit den Städten verschmolzen sind, ist die Infrastruktur immer noch mangelhaft. Sie sind überfüllt, Arbeitslosigkeit und Armut herrschen vor. In einem Abkommen zwischen dem Libanon und der PLO wurde die Selbstverwaltung der Siedlungen für verbindlich erklärt. Obwohl der Vertrag 1987 aufgehoben wurde, beschränkte sich die libanesisische Armee stets auf Stellungen rund um die Lager. Aufgrund ihrer Autonomie bildeten die Lager daher kleine Staaten im Staat und sind so zu einem idealen Unterschlupf für Angehörige verschiedener extremistischer Milizen geworden.

Den Auftakt zu den schlimmsten innerlibanesischen Kämpfen seit Ende des Bürgerkrieges 1990 bildete eine Razzia der libanesischen Armee am 20. Mai 2007. Die Soldaten wollten den Unterschlupf einiger Mitglieder der *Fatah al-Islam* in Tripoli durchsuchen, stießen hierbei jedoch auf schwere Gegenwehr. Aus Armeekreisen hieß es, die Milizionäre hätten außerdem von Dächern am Rande des Lagers Nahr al-Bared auf Soldaten geschossen. Daraufhin nahm die Armee das Lager bis zum Abend unter Beschuss.

In der Folge umstellten 700 Elitesoldaten das Lager mit Panzern. Während die Armee mit Raketen und Maschinengewehren auf Stellungen der Miliz im Lager schoss, erwiderte diese das Feuer mit Maschinengewehren und Mörsergranaten. Auch im Umkreis des Lagers und in Tripoli gab es stundenlange Kämpfe zwischen der Armee und der *Fatah al-Islam*, die in Ausbildung und Ausrüstung den libanesischen Soldaten ebenbürtig waren. Bereits am zweiten Tag des Krieges waren Elektrizitäts- und Wasserzufuhr zum Lager gekappt. Dies verschlimmerte die Lage für die Bewohner zusätzlich. So nutzten sie jedes Abflauen der Kämpfe, um das Lager zu verlassen. Insgesamt 20.000 von ihnen wurden im acht Kilometer entfernten Flüchtlingslager Beddawi untergebracht, was die Zustände dort nahezu unerträglich werden ließ. Trotz ihrer prekären Situation standen die palästinensischen Flüchtlinge mehrheitlich auf Seiten der libanesischen Armee.

Bei den Gefechten der ersten zwei Tage wurde auch einer der mutmaßlichen Hintermänner eines 2006 gescheiterten Bombenanschlages in Deutsch-

land, Saddam al-Hajdib, getötet. Sein Bruder und ein weiterer Libanese deponierten im Juli 2006 jeweils eine Bombe in zwei Zügen, die jedoch wegen eines technischen Fehlers nicht explodierten. Hajdib wurde bei der Erstürmung eines Hauses in Tripoli zusammen mit neun weiteren Milizionären erschossen. Er galt als Nummer vier in der Hierarchie der *Fatah al-Islam*.

Ein Sprecher der *Fatah al-Islam*, Abu Salim, drohte unterdessen mehrfach mit einer Ausweitung der Kämpfe und einem daraus resultierenden Bürgerkrieg. Unruhen in Rashidieh sowie Auseinandersetzungen zwischen der islamistischen Miliz *Dschund al-Sham* (Armee von Großsyrien) und der libanesischen Armee im größten Flüchtlingslager Ain al-Hilweh konnten aber schnell unter Kontrolle gebracht werden konnten. In Alej, der Hochburg des anti-syrischen Parlamentariers und Drusenführers Walid Dschumblatt, kam es nach einem Bombenanschlag vor einem Wohnhaus zu fünf Verletzten. Es war die dritte Explosion in Beirut und Umgebung seit Ausbruch des Krieges. Die erste war in der Nacht des 20. in einem Beiruter Christenviertel gezündet worden. Eine Frau starb dabei. Die zweite in einem sunnitischen Quartier Beiruts mit zehn Verletzten. Die *Fatah al-Islam* bekannte sich zunächst zu den Anschlägen, widerrief dies jedoch später wieder. Die libanesische Regierung forderte die Vernichtung von *Fatah al-Islam* und gab der Armee dazu freie Hand. Unterstützung bekam die Regierung – zum Teil in Form von Waffenlieferungen – von der Mehrheit der Staaten der Arabischen Liga. Selbst die *Hizb-allah* solidarisierte sich mit der Armee, warnte aber vor einem Einmarsch der Truppen ins Lager. Die US-amerikanische Regierung bewilligte die Lieferung von militärischer Ausrüstung, darunter Munition, schwere Waffen und Ersatzteile. Verschiedene palästinensische Organisationen bemühten sich um eine Beilegung des Krieges, erzielten aber keine Ergebnisse.

Der Juni begann mit einem Vorstoß der libanesischen Armee in die nördlichen Außenbezirke Nahr al-Bareds, wobei sie das Lager flächendeckend unter Artilleriebeschuss nahmen. Die Soldaten nahmen die Teile des Lagers ein und zerstörten mehrere Stellungen der *Fatah al-Islam*. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch schätzungsweise 5.000 Zivilisten im Lager, die von *Fatah al-Islam* als Schutzschild missbraucht wurden. Unbestätigten Gerüchten zufolge unterstützen Kämpfer der palästinensischen Fraktionen aus den Flüchtlingslagern die Armee bei ihren Angriffen auf die *Fatah al-Islam*. Mehrere Palästinensergruppen im Libanon hatten zuvor erklärt, es sei richtig, auch selbst gegen die *Fatah al-Islam* vorzugehen, weil die libanesische Armee keinen Zutritt zu den palästinensischen Flüchtlingslagern hat.

Dennoch dauerte es bis zum 21. Juni, bevor der libanesische Verteidigungsminister Elias Murr den Sieg über die *Fatah al-Islam* bekannt gab. Alle Gebäude im neueren Nordteil des Lagers wurden von der Armee gesichert, die Außenposten eingenommen oder zerstört. Die Armee begann mit Aufräumarbeiten und der Entschärfung von Minen. Da sich mehrere Kämpfer der

Miliz im Zentrum des Lagers verschanzt hatten, hielt die Armee die Belagerung aufrecht. Als sich die Milizionäre nicht ergaben begann die Armee am 12. Juli eine erneute Offensive. Die Kämpfe in den Häusern und engen Gassen dauerten bis zum 2. September an, bevor die Armee das Lager vollständig unter ihre Kontrolle brachte. Vereinzelte Gefechte außerhalb des Lagers gab es noch bis zum 7. September. Die meisten Milizionäre wurden getötet, viele verhaftet, einigen gelang die Flucht. Unter den Flüchtigen befand sich auch der Anführer der Gruppe, Schakir al-Absi. Auch die Nummer zwei der Miliz, der Libanese Abu Huraira, auch unter dem Namen Schehab al-Qaddour bekannt, konnte entkommen.

Insgesamt wurden über 160 Soldaten getötet und 400 bis 500 verletzt. Circa 220 Milizionäre der *Fatah al-Islam* starben in den Kämpfen, 202 wurden verhaftet. Genaue Zahlen über die zivilen Opfer sind nicht bekannt, liegen Schätzungen zufolge jedoch bei über 100 Toten und Verletzten. Das Flüchtlingslager Nahr al-Bared ist fast vollständig zerstört. Die *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA) rechnet mit 55 Millionen US-Dollar allein für die Notfallversorgung im ersten Jahr. Trotz der Zerstörung kehrten bereits mehr als 1.000 Familien nach Nahr al-Bared zurück.

Die Armee konnte sich einmal mehr als Armee aller Libanesen profilieren und das Land hinter sich vereinen. Wenn sich dies auch positiv auf die Verhandlungsbereitschaft der Parteien im Streit um den Präsidentschaftskandidaten ausgewirkt hat, so hat es doch nicht für eine Einigung gereicht. Die libanesischen Gesellschaft bleibt zwischen pro- und anti-syrischen Kräften gespalten. Dazu kommen neben den traditionellen konfessionellen insbesondere auch soziale Konflikte. Zudem könnten sich die verbliebenen Mitglieder der *Fatah al-Islam* in einem anderen palästinensischen Flüchtlingslager neu formieren. Hier ist die PLO gefordert, gegen solche Kräfte stärker vorzugehen und die eigene Autonomie nicht auf Kosten des Libanon zu wahren. Neuwahlen, ein gewaltsamer Umbruch und selbst ein erneutes Abgleiten in einen Bürgerkrieg scheinen im Libanon möglich.

Manuela Fendt

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Beck, Martin: Die Debatte über den Sommerkrieg 2006 im Nahen Osten (GIGA Focus Nahost 12), Hamburg 2006

Hanf, Theodor: Koexistenz im Krieg: Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon, Baden-Baden 1990

International Crisis Group: Hizbollah and the Lebanese Crisis, Amman – Brussels 2007: <http://www.icg.org>

Münch-Heubner, Peter L.: Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon. Identität, Geschichte und Koexistenz in einer ethnisch und religiös fragmentierten und segmentierten Gesellschaft, München 2002

Perthes, Volker: Analytical Perspectives on the War in Lebanon, in: *The International Spectator* Vol. 42 (2007) No. 1, S. 115-119

Salem, Paul: The Future of Lebanon, in: Foreign Affairs 85/6 (2006), S. 13-22

Saad-Ghorayeb, Amal: Hizbu'llah. Politics and Religion, London 2002

Schiegl, Florian: Syriens Politik im Libanon (1975-2005). Auswirkungen der Besatzung auf Land und Region, Saarbrücken 2007

<http://english.aljazeera.net> (englische Seite des arabischen Nachrichtensenders)

<http://english.daralhayat.com> (panarabische Tageszeitung)

<http://web.naharnet.com> (syrienkritische, englischsprachige Newssite)

<http://www.almanar.com.lb> (Fernsehsender der *Hizb-allah*)

<http://www.dailystar.com.lb> (englischsprachige libanesische Tageszeitung)

<http://www.lebarmy.gov.lb> (libanesische Streitkräfte)

<http://www.un.org/Depts/dpko/missions/unifil> (UNIFIL)

<http://yalibnan.com> (englischsprachige Newssite)

Palästina

(Krieg)

Beginn: 2007

Kriegstyp: AE-2

Beteiligte: *Hamas* / *Fatah*

Der Uneinigkeit und die seit 2006 zunehmende Gewalt zwischen *Hamas* und *Fatah* sollte im Februar des Berichtsjahres mit einer von der saudischen Regierung initiierten Konferenz in Mekka entgegengewirkt werden. Im Rahmen der Gespräche verständigten sich die beiden Palästinensergruppen auf Grundsätze zu einer Einheitsregierung. Diese hatte jedoch aufgrund der zunehmenden Machtkämpfe zwischen *Hamas* und *Fatah* keinen Bestand. Im Laufe des Jahres spitzte sich die Situation soweit zu, dass die *Hamas* die Kontrolle im Gazastreifen übernahm. Israel reagierte darauf mit militärischen Aktionen und wirtschaftlichen Sanktionen. Der palästinensische Präsident und *Fatah*-Vorsitzende Mahmud Abbas löste die Regierung der nationalen Einheit auf und verhängte den Ausnahmezustand. Somit gibt es seit Juni 2007 de facto zwei Regierungen in den palästinensischen Gebieten.

Hintergrund der jüngsten Auseinandersetzungen ist der Machtkampf zwischen der *Fatah* (Eroberung) und der *Harakat al-Muqa'wama al-Islamiya* (*Hamas*, Islamische Widerstandsbewegung) um die Führung der Palästinenser. In Folge der palästinensischen Parlamentswahlen im Januar 2006, in denen die *Hamas* überraschend als Wahlsieger hervorging, verschlechterten sich die Beziehungen zur ehemaligen Regierungspartei *Fatah*, die insbesondere versuchte, die Kontrolle über den Sicherheitssektor gegen die *Hamas* zu verteidigen.

Ihren historischen und ideologischen Ursprung hat die *Hamas* in der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft. Diese etablierte seit den 1940er Jahren Ableger im Gazastreifen und in Jerusalem. Im Dezember 1987

– kurz nach Ausbruch der ersten Intifada – wurde die *Hamas* von Führern der Muslimbrüder im Gazastreifen gegründet. Damit ging auch ein Richtungswandel einher. Während sich die Vorläufer der *Hamas* bis dahin als Wohlfahrtsorganisation verstanden, wurden sie nun im politischen und bewaffneten Kampf gegen Israel aktiv. Im Gegensatz zur *Hamas* hatte es sich die *Fatah* als größte Gruppe innerhalb der *Palestine Liberation Organisation* (PLO) schon vor 1987 zur Aufgabe gemacht, die palästinensische Gesellschaft zum Widerstand gegen die israelische Besatzung zu mobilisieren. Dabei griff die *Fatah* zunächst auf den bewaffneten Kampf und setzte erst später auf einen breiten gesellschaftlichen Widerstand. Während die *Fatah* sich an weltweit prägend wirkenden Befreiungskriegen und Revolutionstraditionen orientierte, betonte die *Hamas* eine arabisch-muslimische und eine palästinensisch-muslimische Eigenständigkeit. Um ihre Ideen zu verbreiten, konzentrierte sich die *Hamas* – beziehungsweise die Muslimbruderschaft als ihr Vorläufer – auf verschiedene Bereiche wie beispielsweise Wohlfahrtsorganisationen, Kindergärten und Universitäten und stellte in ihrer Arbeit stets eine religiöse Motivation in den Vordergrund, sodass die *Hamas* bald in zahlreichen Moscheen im Gazastreifen vertreten war. Der Ausbruch der ersten Intifada im Dezember 1987 war das ausschlaggebende Moment für die Muslimbrüder in Gaza unter der Führung von Scheich Ahmed Yassin, mit einer neu gegründeten Partei, der *Hamas*, direkt politisch aktiv zu werden. Etwa eine Woche nach Ausbruch der Intifada vereinigten sich Untergrundgruppierungen, die im Zusammenhang mit Scheich Yassins Islamischen Zentrum in Gaza aufgebaut worden waren mit der *Hamas* zur „Bewegung des islamischen Widerstandes“.

Der seit ihrer Gründung zunehmende Einfluss der *Hamas* unter den Palästinensern vollzog sich lange Zeit relativ unbemerkt. Dies war vor allem dem *Fatah*-Vorsitzenden Yassir Arafat zu verdanken, der unangefochten die Führungsrolle der Palästinenser beanspruchte und den Widerstand gegen die israelische Besatzung repräsentierte. Die Situation änderte sich grundlegend mit dem Tod Arafats im Jahr 2004. Die *Fatah* und ihr Kandidat gewannen zwar trotz interne Differenzen die Präsidentschaftswahl im Januar 2005. Die für den Juli vorgesehene Parlamentswahl wurden jedoch zunächst um ein halbes Jahr verschoben. Aus ihr ging im Januar 2006 mit einer absoluten Mehrheit die *Hamas* als Sieger hervor. Hauptgrund für das schlechte Abschneiden der *Fatah*, dürfte weniger die im Vergleich zur *Hamas* moderateren Positionen gegenüber der israelischen Besatzungsmacht und die Zugeständnisse in Friedensverhandlungen gewesen sein, als das gravierende Korruptionsproblem in der von der *Fatah* geführten Palästinensischen Autonomiebehörde.

Dass die *Fatah* nicht bereit war, den Wahlsieg der *Hamas* zu akzeptieren und die Regierungsgewalt an den Wahlsieger zu übergeben, sorgte für eine Eskalation der innerpalästinensischen Gewalt. In Folge der gewaltsamen

Auseinandersetzungen kamen im Zeitraum von März 2006 bis Mai 2007 etwa 200 Palästinenser ums Leben. Um dem Kampf um die Regierungsgewalt ein Ende zu bereiten, wurde im Februar des Berichtjahres auf saudische Initiative eine Konferenz in Mekka einberufen, auf der über das Ende der Kämpfe und die Bildung einer Einheitsregierung verhandelt werden sollte. Die Palästinenser erhofften sich von den Ergebnissen der Verhandlungen auch die Aufhebung des internationalen Embargos, das unter anderem wegen der Weigerung der *Hamas*, Israel anzuerkennen, verhängt worden war. Die Verhandlungen in Mekka konnten insoweit erfolgreich abgeschlossen werden, als das Ismail Haniya, der Führer der *Hamas*, den Posten des Ministerpräsidenten und der *Fatah*-Vorsitzende Mahmud Abbas den Posten des Präsidenten in einer Einheitsregierung übernahmen.

Im Laufe des Berichtjahres nahmen die Uneinigkeiten innerhalb dieser Einheitsregierung jedoch drastisch zu und eskalierten im Juni. Innerhalb weniger Tage setzte sich die *Hamas* im Gazastreifen gegen die *Fatah* durch und übernahm dort die alleinige Macht. Bei diesen Kämpfen wurden etwa 80 Menschen getötet. Als Reaktion löste der palästinensische Präsident und *Fatah*-Vorsitzende Abbas die Einheitsregierung auf und setzte eine Notsandsregierung unter dem bisherigen Finanzminister Salam Fayyad ein. Zudem erklärte er den militärischen Flügel und die Sicherheitskräfte der *Hamas* für illegal und ordnete zugleich deren Entwaffnung an. Die *Hamas*-Führung um den bisherigen Premierminister Haniya erklärte im Gegenzug die Notsandsregierung für illegal und forderte dazu auf, eine Neuauflage der Einheitsregierung zu bilden. Als Folge der Auseinandersetzungen im Juni sind die Palästinensergebiete faktisch zweigeteilt. Der Gazastreifen steht seither unter Kontrolle der *Hamas*, die Teile des Westjordanlands, die nicht mehr unter direkter israelischer Besetzung stehen, unterliegen der Kontrolle der *Fatah*.

Bis Ende des Berichtjahres verschlechterte sich die Situation im Gazastreifen dramatisch. Auf einer internationalen Geberkonferenz Mitte Dezember des Berichtjahres bat der palästinensische Präsident Abbas um finanzielle Unterstützung, um eine wirtschaftliche und humanitäre Katastrophe in den palästinensischen Gebieten abwenden zu können. Diesem Ansinnen folgten die internationalen Geldgeber durch finanzielle Zuwendungen an den von Abbas kontrollierten Teil der Palästinensischen Autonomiebehörde. So wurde zwar ein klares Signal an die *Hamas* gesandt, die sich nicht verhandlungsbereit zeigte und einen Kompromiss mit Israel weiterhin ablehnte. Ob diese Form der einseitigen finanziellen Unterstützung und der Versuch, die *Hamas* durch ökonomischem Druck zum Einlenken zu bewegen, den Weg zu einem friedlichen Einigung ebnen kann, bleibt fraglich. Wohlmöglich wird nur ein erneutes Machtteilungsarrangement zwischen *Fatah* und *Hamas* die Grundlage für eine legitime palästinensische Führung sein können.

Sarah Constantine

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Baumgarten, Helga: Hamas. Der politische Islam in Palästina, München 2006

Croitoro, Joseph: Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007

Gresh, Alain: Zerrissenes Palästina. Ein Staat löst sich auf, bevor er gegründet wird, in: *Le monde diplomatique*, deutsche Ausgabe, Juli 2007, S. 5

Herz, Dietmar: Palästina. Gaza und Westbank, 5. Auflage, München 2003

Steininger, Rolf: Der Nahostkonflikt, Frankfurt am Main 2003

<http://www.fateh.net> (Fatah)

<http://www.ikhwanonline.com> (Muslimbruderschaft)

<http://www.islamonline.net> ()

<http://www.palestine-info.co.uk> (u.a. offizielle Hamas-Erklärungen)

Russland (Tschetschenien)

(Krieg)

Beginn: 1999

Kriegstyp: B-2

Beteiligte: Tschetschenische Republik Itchkeria / Russland

Der im Jahr 2007 zum Präsidenten ernannte pro-russische Ramzan Kadyrow, sicherte in Tschetschenien weiterhin den status quo, nämlich den Anschein eines Friedens, einhergehend mit fehlender Autonomie Tschetscheniens. Währenddessen kontrollierten die Rebellen immer noch die bergigen Gebiete Tschetscheniens. Ende des Jahres 2007 hat es innerhalb des Widerstands eine Spaltung in moderate, deren Kern aus der Exilregierung in Europa besteht, und radikale Kräfte gegeben, die im Nordkaukasus den Gottesstaat ausriefen.

Der Nordkaukasus gelangte im 18. Jahrhundert in den Einflussbereich Russlands. Die dort ansässige Bevölkerung widersetzte sich mit wechselnder Intensität den russischen Eroberungsbestrebungen. Die tschetschenische Rebellenbewegung bezieht sich in ihrem aktuellen Kampf immer wieder auf historische Vorbilder, vor allem auf eine Reihe blutiger Aufstände im 19. Jahrhundert. Während des Zweiten Weltkrieges ließ Josef Stalin alle Tschetschenen unter dem Vorwurf der Kollaboration mit der deutschen Wehrmacht nach Sibirien und Kasachstan deportieren. Zehntausende Menschen starben noch auf dem Transport, viele weitere verloren in den kargen Regionen durch Unterernährung ihr Leben. Nach dem Tod Stalins durften die Tschetschenen 1953 in ihre Heimat zurückkehren. Doch das gegenseitige Misstrauen zwischen der mittlerweile dort angesiedelten russischen Bevölkerung und den Zurückgekehrten blieb bestehen. Kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion erklärte Tschetschenien sich für unabhängig und gründete die Tschetschenische Republik Itchkeria, die de jure nicht anerkannt wurde. Dass sich große Teile der Bevölkerung Tschetscheniens nicht als Teil der Russischen Föderation ansahen, sondern einen unabhängigen Staat forderten, wurde zum einen

mit der langen Unterdrückung durch Russland begründet, aber auch durch unterschiedliche Gesellschaftssysteme. Sippen, sogenannte Teips, waren die bestimmenden gesellschaftlichen Einheiten der Tschetschenen. Die Isolation der einzelnen Bergdörfer verhinderte eine moderne Verstaatlichung der Region und das traditionelle Wertesystem blieb erhalten. Für Tschetschenen bildet die Zugehörigkeit zu einem Teip die Basis von Identität und Loyalität.

Moskau reagierte auf die Unabhängigkeitserklärung der Tschetschenen zunächst mit diplomatischem Druck, dann mit verdeckter Unterstützung verschiedener Oppositionsgruppen und schließlich mit militärischen Mitteln, um Tschetschenien in der Russischen Föderation zu halten. Die Region wurde im Ersten Tschetschenienkrieg (1994-96) weitgehend verwüstet. Militärische Niederlagen und hohe russische Verluste zwangen die russische Führung an den Verhandlungstisch. Zwar blieb Tschetschenien am Ende dieser Gespräche offiziell Teil der Russischen Föderation, faktisch wurde es jedoch unabhängig. Durch den Rückzug der russischen Truppen und die Planung eines Referendums in Tschetschenien, dass fünf Jahre später über den endgültigen Status der Republik entscheiden sollte, entzog sich die Region der Kontrolle Moskaus. Nach dem Ersten Tschetschenienkrieg und dem Rückzug der russischen Truppen schien sich die Situation zu stabilisieren.

Aus den im Januar 1997 unter Aufsicht der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) abgehaltenen, freien Präsidentschaftswahlen ging der ehemalige Stabschef der tschetschenischen Streitkräfte, Aslan Maschadow, als Sieger hervor. Da er fast sein ganzes Leben außerhalb Tschetscheniens verbracht hatte und die Bindung an seine Sippe nicht sehr eng war, galt der moderate Muslim als guter Kompromisskandidat. Am 12. Mai 1997 wurde ein Friedensvertrag zwischen den Konfliktparteien Russland und Tschetschenien vom russischen Präsidenten Boris Jelzin und dem tschetschenischen (itcherischen) Präsidenten, Aslan Maschadow, unterschrieben. Es gelang Maschadow jedoch nur für kurze Zeit, sich die Unterstützung der ehemaligen Feldkommandeure zu sichern. Der Krieg hatte die wirtschaftlichen Grundlagen der Region zerstört und die vereinbarte Wiederaufbauhilfe aus Moskau blieb fast gänzlich aus, so dass die den Teips vorstehenden Clanchefs bald nur noch die Interessen ihrer eigenen Gruppen verfolgten. Einige wandten sich dem Wahabismus zu – einer radikalen Glaubensströmung des Islam – auch in der Hoffnung, dadurch Finanzhilfen insbesondere aus Staaten der Arabischen Halbinsel, zu erhalten. Viele bedienten sich krimineller Methoden, um das wirtschaftliche Überleben ihrer Sippen zu sichern. Dies beinhaltete vor allem Schmuggel, die illegale Raffination von Erdöl und teilweise auch die Entführung ausländischer Arbeiter. Auf Raubzügen in angrenzende Regionen kam es immer wieder zu kleineren Gefechten mit russischen Grenztruppen. Es bildeten sich damit bereits vor Beginn des Zweiten Tschetschenienkrieges 1999 die Strukturen einer Kriegsökonomie heraus, die seither zunehmend an Bedeutung gewonnen haben.

Im Frühjahr und Sommer 1999 eskalierte die Situation. Eine Serie von Überfällen auf russische Miliz- und Grenzposten veranlasste das russische Innenministerium ab Juli 1999 offensiv gegen tschetschenische Kämpfer vorzugehen. Der Konflikt weitete sich aus, als im August 1999 mehrere hundert Separatisten unter der Führung des Feldkommandeurs Schamil Bassajew die benachbarte Republik Dagestan überfielen und eine islamische Republik ausriefen. Erst nach vier Wochen konnten russische Einheiten die tschetschenischen Kämpfer aus Dagestan vertreiben. Bassajew hatte bereits im Ersten Tschetschenienkrieg gekämpft und übernahm im aktuellen Konflikt insbesondere die Verantwortung für die Planung der Geiselnahmen in einem Moskauer Musicaltheater 2002 und einer Schule im nordossetischen Beslan 2004. Darüber hinaus soll er die Rekrutierung von Selbstmordattentätern organisiert haben. Viele moderate Rebellenführer distanzieren sich von Bassajews Methoden.

Der Überfall auf Dagestan 1999 diente den Föderationsstreitkräften als Legitimation für eine Ausweitung der Angriffe auf Tschetschenien. Mehrere im September 1999 verübte Bombenanschläge auf russische Wohnhäuser im Großraum Moskau, bei denen fast 300 Zivilisten getötet und mehrere hundert verletzt wurden, dienten als weitere Rechtfertigung, mit aller Härte gegen Tschetschenien vorzugehen. Die russische Führung machte tschetschenische Separatisten für die Anschläge verantwortlich. Inzwischen wurden zwei Tschetschenen für die Planung und Durchführung dieser Bombenattentate zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Trotzdem halten sich Gerüchte über eine Beteiligung des russischen Geheimdienstes an den Anschlägen hartnäckig.

Eine groß angelegte russische Bodenoffensive begann am 1. Oktober 1999. Die Region wurde bei diesem Vormarsch massiven Zerstörungen ausgesetzt. Auf die Zivilbevölkerung wurde keine Rücksicht genommen. Die tschetschenische Hauptstadt Grosny wurde am 6. Februar 2000 offiziell für besetzt erklärt. Damit endete auch der Widerstand größerer tschetschenischer Einheiten. Die Separatisten zogen sich in die Berge und schlecht zugängliche Dörfer im südlichen Teil der Region zurück und begannen mit einem Guerillakrieg, der bis heute andauert. Die schnellen Siege der Armee und die Eroberung der tschetschenischen Hauptstadt nützten vor allem Wladimir Putin. Bei seinem Amtsantritt als Premierminister nahezu unbekannt, band er seine politische Karriere schnell an den Konflikt im Nordkaukasus. Nach der Einnahme von Grosny errichtete Moskau eine Verwaltungsbehörde, deren Chef Achmad Kadyrow wurde. Am 5. Oktober 2003 wurde er durch von der internationalen Gemeinschaft als Farce bezeichnete Wahlen zum Präsidenten gewählt.

Im Februar 2005 trat eine kurzzeitige Beruhigung des Krieges ein. Rebellenführer Maschadow rief einen einseitigen dreiwöchigen Waffenstillstand aus. Gleichzeitig signalisierte er Verhandlungsbereitschaft zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes. Die russische Führung verweigerte sich die-

sem Angebot mit der Begründung, dass mit Terroristen nicht verhandelt würde. Nur wenige Wochen später, am 8. März, wurde Maschadow in einem Versteck in der Nähe von Grosny aufgespürt und getötet. Als Nachfolger von Maschadow wurde nur einen Tag später Abdul-Chalim Sadulajew benannt, den Maschadow vor seinem Tod als Nachfolger ausgewählt hatte. Sadulajew beendete die Versuche, Verhandlungen zu führen, und rief die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes aus. Im Mai 2006 ließ er darüber hinaus die Eröffnung einer sogenannten Kaukasus-Front verkünden. So wurden alle außerhalb von Tschetschenien lebenden Rebellenführer durch die Bildung eines militärischen Komitees organisiert und zugleich die nebeneinander bestehenden nordkaukasischen Jamaate (islamische Selbstverwaltungsgemeinden) vernetzt, um den Kampf gegen die russischen Streitkräfte auf die Republiken Dagestan, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien, Inguschetien und Nord-Ossetien sowie die russischen Regionen Krasnodar und Stawropol auszuweiten. Am 17. Juni 2006 wurde Sadulajew, in seiner Heimatstadt Argun in der Nähe von Grosny durch Sicherheitskräfte getötet. Nicht einmal einen Monat später, am 10. Juli, kam mit Bassajew, der bekannteste Rebellenführer, ums Leben. Mit ihrer Strategie, die Führungspersönlichkeiten der Rebellen zu töten, machte die russische Führung unter Präsident Putin 2006 klar, dass sie eine Lösung des Konfliktes mit militärischen Mitteln anstrebte.

Kurz nach dem Tod von Sadulajew wurde Doku Umarow von den Rebellen zu dessen Nachfolger ernannt. Im Frühjahr 2007 verstärkten die Rebellen im nördlichen Kaukasus ihre Tätigkeiten. So wurde im April 2007 ein russischer Helikopter nahe der tschetschenischen Ortschaft Alchan-Kala südwestlich von Grosny abgeschossen. Es kamen 17 Soldaten ums Leben. Die Rebellen in Tschetschenien kontrollieren nun einige Dörfer, wie zum Beispiel in der Gegend von Nozhai-Yurt, Vedenno und Schali und stellen bisweilen an einigen Straßen kurzzeitige Kontrollpunkte auf. Es kam im Jahr vermehrt zu Kampfhandlungen im Raum Gudermes. Dort lieferten sich Rebellen und Soldaten immer wieder Scharmützel. Die Rebellen zogen sich gleichzeitig aus den Siedlungen zurück und machten es sich so zur Priorität, die bergigen Gebiete zu kontrollieren, wo sie ihre militärische Infrastruktur bereits ausgebaut hatten. Laut inoffiziellen Quellen aus den Reihen der tschetschenischen Milizen, kontrollieren die Rebellen etwa 35 Prozent des tschetschenischen Territoriums. Die Zahl der noch aktiven Rebellen wird von Ramzan Kadyrow, dem Sohn und Nachfolger des 2004 bei einem Anschlag getöteten Präsidenten Tschetscheniens, auf 60 geschätzt, während das Innenministerium noch 440 aktive Rebellen vermutet. Nikolai Rogozhkin, Kommandeur der Truppen des Innenministeriums widersprach dieser Angabe und bezifferte die Zahl der Rebellen auf etwa 700. Die Rebellen selbst geben die Zahl ihrer Mitglieder mit etwa 1.000 an.

Das bedeutendste politische Ereignis auf Seiten des Widerstands im Berichtsjahr war am 30. Oktober die Ausrufung des Kaukasischen Emirates

durch Umarow. Noch ein Jahr zuvor hatte der Rebellenführer, der weniger als Politiker, sondern als Kämpfer bekannt war, bei der Übernahme des Präsidentenamtes der Tschetschenischen Republik Itchkeria, zugegeben, dass er sich in religiösen Angelegenheiten nicht auskenne. Zu den ideologischen Stiftern der Ausrufung des Emirats gehören Molvadi Udugow und Isa Umarow, die bereits den Überfall auf Dagestan im Jahr 1999 geplant hatten. Ossetische und inguschetische Jamaate sicherten Umarov ihre Unterstützung zu. Dennoch hat sich noch keiner der hochrangigen tschetschenischen Feldkommandeure oder islamischen Gelehrten mit der Idee des Emirats öffentlich solidarisiert. Es gibt mehrere mögliche Erklärungen für die Ausrufung des Emirats: Erstens, die Sicherung der Finanzquellen aus dem Mittleren Osten. Umarow versucht demzufolge den bewaffneten Kampf im Nordkaukasus als Teil des globalen Dschihads darzustellen, da internationale muslimische Stiftungen keine Freiheits- sondern nur Religionskriege unterstützen. Ein zweiter womöglich noch wichtigerer Grund könnte eine Umstrukturierung unter den Kämpfern im Nordkaukasus sein. Darauf deutet der wachsende Einfluss nicht-tschetschenischer Rebellenführer wie Anzor Astemirow und Achmed Jewlojew hin. Demnach möchte Umarow das Vertrauen der Mujaheddin in den anderen nordkaukasischen Republiken gewinnen und demonstrieren, dass die Tschetschenen diese nicht für die Erlangung der Unabhängigkeit der Tschetschenischen Republik Itchkeria missbrauchen, sondern sie die Formierung eines gemeinsamen Staates als gemeinsames Ziel haben. Damit verliert Tschetschenien graduell seine dominierende Stellung innerhalb des kaukasischen Widerstands. Es gibt jetzt mehrere exponierte Anführer, die unabhängig von Tschetschenien in der Region agieren können. Drittens, kann die Ausrufung des Emirats als eine natürliche Folge des Konflikts betrachtet werden, da in geschichtlicher Perspektive viele der bisherigen Anführer versucht haben, die nordkaukasischen Völker unter der anti-russischen und islamischen Fahne zu vereinen.

Um die Staatlichkeit und Legitimität der Tschetschenischen Republik Itchkeria zu retten, hat das von 1996 bis 1999 amtierende Parlament, welches sich teilweise im europäischen Exil befindet, am 6. November 2007 bekanntgegeben, dass der itchkerische Präsident Umarow zurückgetreten sei. Die Regierung, die von Ahmed Sakajew geleitet wird, und die bewaffneten Kräfte sollen beide direkt dem Parlament unterstehen, bis neue, freie Wahlen in Tschetschenien stattfinden können. Das itchkerische Parlament hat ebenso verkündet, dass die neue Führung bereit sei, einen konstruktiven Dialog auf Basis der Prinzipien des Friedensvertrages vom 12. Mai 1997 zu führen. Dies bedeutet die Herausbildung eines demokratisch orientierten politischen Flügels, dessen Prinzipien und Werte auf der Verfassung von 1992 basieren. Allerdings ist die Legitimität der Entscheidung des Parlaments fragwürdig, da lediglich ein kleiner Teil dieses Organs abgestimmt hat. Laut Sakajew sind von den ursprünglich 58 Abgeordneten elf getötet worden und 14 auf die

russische Seite gewechselt. Von den 33 noch aktiven Parlamentsmitgliedern befinden sich lediglich zwölf im europäischen Exil. Die primären Ziele der Moderaten sind: Die rechtliche Anerkennung der Tschetschenischen Republik Itchkeria, Verhandlungen mit Russland unter Einbeziehung internationaler Organisationen sowie die Versöhnung und Förderung der Einheit aller inner-tschetschenischen Akteure. Zwar unterstützt die Exilregierung den bewaffneten Kampf in Tschetschenien, doch anders als die Anhänger des Kaukasischen Emirats sehen sie die Zukunft Tschetscheniens nur durch internationale Garantien als souveränes Subjekt der Staatenwelt gesichert. Die Moderaten streben auch eine Balance zwischen einer religiös begründeten und einer modernen Staatlichkeit an.

Auf pro russischer Seite kam der Miliz von Ramzan Kadyrow eine besondere Bedeutung zu. Durch die Integration wurde die Strategie der Tschetschenisierung des Konflikts verfolgt. Kadyrows Aufstieg zum tschetschnischen Präsidenten war rasant. Während der Amtszeit seines Vaters leitete er den Sicherheitsdienst des Präsidenten. Nach einem Autounfall des tschetschenischen Premierministers im November 2005 übernahm Kadyrow dessen Amtsgeschäfte zunächst kommissarisch, bevor er im März 2006 offiziell in diesem Amt bestätigt wurde. Ende 2006 wurde er dann durch Putin zum Präsidenten Tschetscheniens ernannt, was am 2. März 2007 durch das tschetschenische Parlament bestätigt wurde. Einen Gegenkandidaten gab es dabei nicht, alle weiteren Kandidaten hatten ihre Kandidatur kurz vor der Wahl zurückgezogen. Fünf Tage nachdem Kadyrow am 5. Mai 2007 in Zenteroi offiziell ins Amt eingeführt worden war, ernannte er seinen Cousin Odes Baisultanow zum Premierminister. Darüber hinaus wurde Kadyrow am 23. Juni 2007 auch als Sekretär der Regionalgruppe der Putin-Partei „Vereintes Russland“ wiedergewählt.

Kadyrow benutzte Wiederaufbaugelder und direkte Finanzhilfen aus Moskau, um seine Machtposition in Tschetschenien und seine mehrere Tausend Mann starke Miliz auszubauen, die für Menschenrechtsverletzungen, vor allem Entführungen und systematische Folter, berüchtigt ist. Der seit 150 Jahren in Zenteroi beheimatete Kadyrow-Clan profitiert durch ein Patronagesystem, mit dem von den Einwohnern des Landes Abgaben für den Achmat-Kadyrow-Fond einfordert werden, der angeblich zum Wiederaufbau der Republik dient. Zahlungspflichtig sind alle Personen, die arbeiten, studieren, ein Unternehmen aufbauen wollen oder schlicht ärztliche Versorgung in Anspruch nehmen wollen. Im Berichtsjahr baute Kadyrow aber auch seine internationalen Kontakte aus, insbesondere mit Mitgliedstaaten der *Organization of the Islamic Conference* (OIC). Mit dieser Vorgehensweise versuchte Kadyrow den finanzielle Zuwendungen seitens islamischer, privater Stiftungen für die Rebellen zu unterbinden und sich als islamtreue Führungskraft darzustellen. Ende August unterschrieb Kadyrows Cousin Baisultanow eine Direktive zur Eröffnung eines islamischen Instituts in Grozny. Außerdem

wurde eine Kopftuchpflicht für alle weiblichen Verwaltungsangestellten eingeführt.

Trotz dieser fortschreitenden Monopolisierung der Macht durch Kadyrow gab es auch Konflikte unter den pro-russischen Gruppierungen. Die von Kadyrow befehligten Einheiten wurden 2006 als Bataillone „Nord“ und „Süd“ in die 46. Brigade der Truppen des russischen Innenministeriums eingegliedert und so legalisiert. Die Kampfverbände unter dem Kommando von Sulim Jamadaev beziehungsweise Said-Magomed Kakiev wurden in die 42. Schützendivision des Verteidigungsministeriums eingegliedert und stellen die Bataillone „Ost“ und „West“. Über diese beiden letztgenannten Bataillone hat Kadyrow keine Kommandogewalt und es gab bewaffnete Auseinandersetzungen den Untergebenen Jamadaevs und Kakievs auf der einen und Anhängern Kadyrows auf der anderen Seite.

Neben den eingegliederten tschetschenischen Milizen, sind auch weiterhin „reguläre“ russische Einheiten des Verteidigungsministeriums und des Innenministeriums in Tschetschenien, vor allem in der zentralen Militärbasis Chankala bei Grosnyj, stationiert. Sie nahmen aber nur noch begrenzt an operativen Kampfeinsätzen teil. Das Verteidigungsministerium bildete des Weiteren spezialisierte Einheiten („Bergbrigaden“), die sich seit Sommer 2007 auf den Bergkrieg im nördlichen Kaukasus vorbereiten. Diese Truppen wurden zunächst außerhalb Tschetscheniens in Dagestan und Karachevo-Tscherkessien stationiert. Auf Grund der Aktivitäten der Rebellen in benachbarten Republiken Tschetscheniens hat das Innenministerium im Juni und August 2007 zusätzliche Truppen in Dagestan und Inguschetien stationiert. Das dem Verteidigungsministerium unterstehende Militär hat verstärkte seine Präsenz in Karbadino-Balkarien, Karachevo-Tscherkessien und Adygeya. Informationen des Innenministeriums zufolge, fanden im Berichtsjahr 856 Spezialoperationen im Nordkaukasus statt, dabei wurden 55 Rebellen getötet, weitere 700 Rebellen und Verdächtige sitzen in Haft.

Während der Wiederaufbau von Grozny voranschreitet, behaupten 39 Prozent der Befragten Bewohner der Hauptstadt, dass die Sicherheitslage sich nicht verbessert habe und ebenfalls 39 Prozent befürchten den Ausbruch eines neuen Krieges. Experten zufolge hat sich die Situation durch das autoritäre Regime in Tschetschenien im Jahr 2007 weiter verschärft. Aus diesem Grund wächst auch die Zahl der Flüchtlinge, die in Europa Asyl suchen. Der Europarat kritisierte systematische Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien, die von den staatlichen Organisationen systematisch verübt werden. Die häufigsten Verbrechen sind Entführungen, die aber mehrheitlich von den lokalen Behörden vorsätzlich nicht registriert wurden. Insgesamt liegt die Zahl der Verschwundenen seit Beginn des Zweiten Tschetschenienkrieges zwischen 3.000 und 10.000 Menschen.

Hauptinstrumente des zivilen Widerstands der Bevölkerung gegen die Willkür stellen Klagen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in

Straßburg dar. Nach der Zahl der Klagen belegte Russland 2007 den ersten Platz der Staaten, denen Menschenrechtsverstöße vorgehalten wurden, wobei die Mehrheit der Antragsteller gegen Russland aus Tschetschenien stammte. Die Anklagen bezogen sich meist auf Kriegsverbrechen, die zwischen 1999 und 2000 begangen worden sein sollen. Der zugrunde liegende Konflikt bleibt jedoch trotz dieser juristischen Aufarbeitung, die in mehreren Fällen zu einer Verurteilung Russlands zu Entschädigungszahlungen führte, ungelöst. Auch im Jahr 2007 hat Moskau seine wichtigsten Ziele in Tschetschenien, wie die Verlagerung der Verantwortung von föderalen auf lokale Sicherheitskräfte, den Abzug der Truppen und die Zerschlagung der Kommandostruktur der Rebellen, nicht erreicht. Die Militarisierung des Nordkaukasus legt nahe, dass in dem Konflikt, trotz der offiziellen Befriedigungsrhetorik durch den Kreml, eine erhöhte Eskalationsgefahr besteht und zwar auf dem Gebiet des gesamten Nordkaukasus.

Fausta Šimaitytė / Astrid Bötticher

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Belakhdar, Christine/Belakhdar, Radouane: Tschetschenien. Die Hintergründe des blutigen Konflikts, Kreuzlingen 2004

German, Tracey: Russia's Chechen War, London u.a. 2003

Hassel, Florian: Der Krieg im Schatten. Rußland und Tschetschenien, Frankfurt am Main 2003

Politkovskaja, Anna: Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg, Köln 2003

Sakwa, Richard (Hrsg): Chechnya. From Past to Future, London 2005

<http://eng.kavkaz-uzel.ru> (Menschenrechtsorganisation „Memorial“)

<http://iwpr.net> (Institute for War and Peace Reporting)

<http://www.chechenpress.info> („Tschetschenische Republik Itchkeria“)

<http://www.kavkazcenter.com> (Tschetschenische Rebellen)

<http://www.rferl.org/featuresarchive/subregion/northcaucasus.html> (Radio Free Europe)

Türkei (Kurdistan)

(Krieg)

Beginn: 2004

Kriegstyp: B-2

Beteiligte: PKK / Türkei

Im Berichtsjahr 2007 spiegelte das Ergebnis der Wahlen stärker als zuvor in der Geschichte der Türkei die Interessen der kurdischen Minderheit wider, die mit 20 Vertretern ins Parlament einzogen. Gleichzeitig führten im Herbst Gefechte zwischen der *Partiya Karkeren Kurdistan* (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans) und den türkischen Sicherheitskräften zunächst zu kurdenfeindlichen Demonstrationen in weiten Teilen der Türkei, die auch die in der Kurdenfrage eher moderate Regierung unter Druck setzte. Daher ließ sich die

Regierung durch das Parlament zu einem Vorgehen gegen Stützpunkte der PKK im Nordirak ermächtigen. Diesem Beschluss folgten bis Jahresende mehrere Einsätze der türkischen Streitkräfte im Nachbarland.

Trotz der Vereinbarung über einen autonomen Kurdenstaat im Vertrag von Sèvres 1920 besiegelte der Friedensvertrag von Lausanne 1923 nach dem Ersten Weltkrieg die Aufteilung der von Kurden besiedelten Gebiete zwischen den heutigen Staaten Türkei, Irak, Iran und Syrien. Nach Gründung der Türkei im selben Jahr durch Mustafa Kemal Atatürk sollten sämtliche in der Türkei lebenden Kulturen zu einer einheitlichen Nation zusammengeführt werden, in der jeder, der die türkische Staatsbürgerschaft besaß, auch kulturell als Türke definiert wurde. Die ethnische Gruppe der Kurden, die aktuell rund 20 Prozent der türkischen Bevölkerung ausmacht, sollte durch Zwangsmaßnahmen assimiliert werden. Hierzu zählten das Verbot der verschiedenen kurdischen Dialekte sowie die Zerschlagung der traditionellen kurdischen Stammesstrukturen. Die Reformen Atatürks konnten jedoch innerhalb der tribal geprägten kurdischen Bevölkerung nicht durchgesetzt werden.

Den Widerstand der Kurden, der sich in den 1920er und 1930er Jahren in mehreren Erhebungen gegen die Staatsgewalt manifestierte, versuchte man mit Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen von lokalen Autoritäten und Stammesführern zu brechen. Durch die Zerstörung örtlicher Machtgefüge sollte so ein Vakuum geschaffen werden, in dem die Staatsdoktrin des Kemalismus greifen konnte. Mit Aufhebung der Einparteienherrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und der darauf folgenden Formierung neuer Parteien stand es auch kurdischen Scheichs und Stammesführern offen, politische Ämter zu bekleiden. Sie nutzten ihren Einfluss auf staatlicher Ebene jedoch weniger zur Förderung der sozioökonomischen Entwicklung des Ostens der Türkei als zur Festigung ihrer Macht durch Klientelismus und den Ausbau ihres Großgrundbesitzes. Zudem blieben die kurdisch besiedelten Gebiete von der Industrialisierung des Landes und staatlichen Entwicklungsprogrammen weitgehend ausgenommen und verharren bis heute in quasi-feudalen Strukturen.

Der kurdische Widerstand flammte erneut vor dem Hintergrund der weltweiten 1968er-Unruhen und einer Wirtschaftskrise Anfang der 1970er Jahre auf, unter deren Folgen besonders der vernachlässigte kurdische Südosten der Türkei zu leiden hatte. Abdullah Öcalan gründete 1978 mit seinen Anhängern die straff marxistisch-leninistisch organisierte PKK. Am 15. August 1984 erklärte der bewaffnete Arm der PKK dem türkischen Staat den Krieg. Als ihre Ziele benannten die Rebellen den Kampf gegen die Unterdrückung der kurdischen Minderheit sowie gegen die Machtstellung kurdischer Großgrundbesitzer. Diese Ziele sollten mit der Errichtung eines unabhängigen, sozialistischen Kurdistan verwirklicht werden.

Während die PKK bis Mitte der 1980er Jahre innerhalb der Bevölkerung keinen besonderen Rückhalt hatte und hohe Verluste hinnehmen musste, lösten Ende der 1980er Jahre vor allem die verschärften Übergriffe der türki-

schen Armee einen regelrechten kurdischen Aufstand (Serhildan) aus. Das Militär reagierte auf die Anschläge und Überfälle der PKK mit der periodischen Durchkämpfung kurdischer Dörfer, Vertreibungen und Plünderungen. Im Jahr 1987 wurde in elf von insgesamt 81 türkischen Provinzen der Ausnahmezustand ausgerufen. Zusätzlich etablierte die türkische Armee ein sogenanntes Dorfwächtersystem, das kurdische Stämme beziehungsweise deren Oberhäupter zur Bekämpfung der PKK mit Waffen und Privilegien ausstattete. Noch heute gibt es mehrere zehntausend derartige paramilitärische Kämpfer.

Im Februar 1999 wurde die PKK durch die Festnahme ihres Führers Abdullah Öcalan in Kenia entscheidend geschwächt. Sie verkündete daraufhin einen einseitigen Waffenstillstand und zog sich mehrheitlich in den Nordirak zurück. Der Krieg wurde aber bis Oktober 2001 vor allem durch Offensiven der türkischen Armee im Nordirak fortgesetzt. Insgesamt hatte dieser Krieg mehr als 36.000 Tote gefordert. Nach Angaben der türkischen Regierung wurden 353.000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben, internationale Beobachter und türkische Nichtregierungsorganisationen sprechen von 1 bis 4,5 Millionen Vertriebenen. Rund 3.500 Dörfer wurden geräumt und zerstört.

Im April 2002 löste sich die PKK auf und der *Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê* (KADEK, Kongress für Freiheit und Demokratie Kurdistan) wurde ins Leben gerufen. Da sich allerdings weder die Führungs- noch die Mitgliederstruktur veränderten, ist eher von einer Umbenennung zu sprechen. Der KADEK wiederum wurde im Oktober 2003 durch den *Kongra Gelê Kurdistan* (KONGRA GEL, Volkskongress Kurdistans) ersetzt. Die Mitglieder des KONGRA GEL gaben seitdem vor, sich für eine friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage einzusetzen. Jedoch führten sie den bewaffneten Kampf fort, wenn auch nach eigener Aussage nur zur Selbstverteidigung.

Nach Angaben des türkischen Außenministeriums finanzieren sich die PKK und ihre Schwesterorganisationen vorrangig durch organisierte Kriminalität wie Drogengeschäfte, Waffen- und Menschen schmuggel, Erpressungen und Geldwäsche. Die PKK spricht ihrerseits von Mitgliedsbeiträgen unter anderem auch aus der kurdischen Diaspora, Gewinnen aus Großveranstaltungen und dem Verkauf von Publikationen. Ihre Kämpfer rekrutiert sie vor allem in den Flüchtlingslagern im Nordirak, in denen mehrere tausend türkische Kurden leben. Die 3.000 bis 5.000 bis heute verbliebenen PKK-Kämpfer halten sich überwiegend in den Kandil-Bergen im Nordirak auf. Sie versuchen von dort aus über die Grenze in die Türkei zu gelangen, um dort Anschläge zu verüben. Zur Bekämpfung der PKK hielten sich seit dem Jahr 2000 mehrere Tausend türkische Soldaten zeitweise im Nordirak auf.

Im Jahr 2004 zeichnete sich eine Zuspitzung der Lage in den türkischen Kurdengebieten ab. Zum 1. Juni verkündete der KONGRA GEL offiziell das Ende des seit 1999 von der einstigen PKK ausgerufenen Waffenstillstandes.

Internationale Beobachter hielten den Schritt jedoch für den Versuch, einen Niedergang des KONGRA GEL zu verhindern. Dieser war einerseits durch die erheblichen Einschränkungen seiner Aktivitäten im Nordirak seit dem Einmarsch der USA geschwächt (vgl. den Bericht zu Irak), andererseits nahm die Unterstützung des bewaffneten Kampfes in der kurdischen Bevölkerung ab.

Mit dem Ende des Waffenstillstands weiteten sich die Anschläge und Zusammenstöße in den kurdischen Gebieten der Türkei aus. Aufgrund der anstehenden Beitrittsverhandlungen mit der EU setzte die türkische Regierung gleichzeitig jedoch ihre Reformbemühungen bezüglich der Minderheitenrechte fort. Auf Seiten der Rebellen erfolgte 2005 eine Neugründung der PKK, die das ideologische Rückgrat der Bewegung bilden sollte, ohne jedoch den KONGRA GEL aufzulösen. Außerdem wurde die Organisation *Koma Komalên Kurdistan* (KKK, Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan) gegründet. In deren Gründungsabkommen hieß es, die KKK sei eine politische und soziale Organisation ohne einen Staat. Die Leitung von PKK, KKK und KONGRA GEL obliegt nach Angaben der Organisationen dem inhaftierten Öcalan. Von den türkischen Behörden und den Medien werden die Namen KKK, KONGRA GEL und PKK synonym verwendet. 2005 fand darüber hinaus offiziell ein ideologischer Wandel innerhalb der kurdischen Organisationen statt. Im Zuge der Gründung der KKK proklamierte Öcalan das Konzept des „Demokratischen Konföderalismus“, der die Selbstverwaltung der kurdischen Bevölkerung auf kommunaler Basis vorsah. Bestehende Staatsgrenzen sollten nicht länger angetastet werden und die bisherige Ideologie eines sozialistischen Nationalismus wurde abgelöst.

Die Eskalation bereiteten den Weg für ein neues „Antiterrorgesetz“ im Jahr 2006, in dem neue Richtlinien festgelegt wurden, inwieweit Sympathiebekundungen für die PKK und die ihr nahe stehenden Organisationen als „terroristisch“ zu bewerten und deshalb strafbar seien. Dies hatte eine Verdopplung derartiger Untersuchungsfälle insbesondere gegen kurdische Politiker und politisch aktive Kurden zur Folge. Menschenrechtsorganisationen kritisierten auch in dem Berichtsjahr 2007 die staatliche Unterdrückung der kurdischen Kultur und die Beschränkung kurdischer politischer Aktivitäten. Besonders stünden der gesellschaftlichen Integration der Kurden in den türkischen Staat ihre wirtschaftliche und infrastrukturelle Marginalisierung, eine am Nationalismus orientierte Gesetzgebung, weitreichende Befugnisse der Sicherheitskräfte, die Einschränkung der Meinungsfreiheit und die juristische Verfolgung kurdischer politischer Aktivitäten entgegen. Gegen Straftaten der Sicherheitskräfte, wie zum Beispiel Folterungen in türkischen Gefängnissen oder das Einsetzen von unverhältnismäßiger Gewalt gegen kurdische Demonstranten, würde nur unzureichend ermittelt werden. Die Generalstaatsanwaltschaft hat beim türkischen Verfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die größte kurdische Partei, die *Demokratik Toplum Partisi* (DTP,

Partei der Demokratischen Gesellschaft), eingereicht, da sie sich öffentlich nicht genügend von der PKK distanzieren. Auch die EU kritisiert in ihrem „Fortschrittsbericht“ vom November 2007 eine Stagnation der türkischen Reformen hinsichtlich der Menschenrechte und der wirtschaftlichen und kulturellen Integration der Kurden.

Im Jahr 2007 kristallisierten sich besonders stark während der Parlaments- und Präsidentenwahlen die bestehenden Brüche innerhalb der türkischen Gesellschaft heraus. Mit der Befürchtung, der strikte Laizismus und der nationalistische Einheitsstaat könnten aufgeweicht werden, machten sowohl das Militär als auch die nationalistischen, beziehungsweise ultranationalistischen Parteien *Cumhuriyet Halk Partisi* (CHP, Republikanische Volkspartei) und *Millîyetçi Hareket Partisi* (MHP, Partei der nationalistischen Bewegung) mobil gegen die favorisierte konservativ-muslimische *Adalet Kalkınma Partisi* (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung). In den größeren türkischen Städten demonstrierten wochenlang bis zu einer Million Menschen gegen die Präsidentschaftskandidatur des AKP-Mitglieds Abdullah Gül, der den parteilosen, aber laizistisch-orientierten Präsidenten Ahmed Sezer ablösen sollte. Das Militär, welches sich traditionsgemäß in der Rolle des Hüters der kemalistischen Nation sieht, drohte mit einem Staatsstreich. Wegen des Widerstands stoppte die kemalistisch orientierte Justiz die Wahl zunächst.

Aus diesem Grund wurden die türkischen Parlamentswahlen auf Ende Juni vorgezogen, bei denen unterm Strich die nationalistischen Kräfte des Landes – und somit indirekt auch das Militär – eine Niederlage erlitten. Die AKP wurde, wie bereits bei den Wahlen 2002, die stärkste Kraft des Landes mit 47 Prozent der Stimmen. Aufgrund ihrer pluralistischen Minderheitenpolitik wurde die AKP in vielen kurdischen Wahlkreisen sogar der kurdischen Partei DTP vorgezogen. Die DTP schaffte es allerdings dennoch, die speziell für kurdische Parteien eingerichtete Zehn-Prozent-Klausel zu umgehen, indem sie unabhängige Kandidaten aufstellte, von denen 20 den Einzug ins Parlament schafften. Damit konnte eine kurdische Partei zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei eine eigene, wenn auch kleine, Fraktion im Parlament bilden. Erneute Putschdrohungen des Militärs konnten die Wahl Abdullah Güls zum türkischen Präsidenten nicht verhindern.

Dass das Militär aber nach wie vor in der türkischen Gesellschaft eine mächtige und richtungsweisende Größe ist, zeigte sich 2007 deutlich an der Entwicklung des Konfliktes mit der PKK. Wie üblich begann die Armee mit einer Frühjahrsoffensive im April verstärkt gegen die PKK-Kämpfer vorzugehen, die – wie jedes Jahr – begünstigt durch die Schneeschmelze aus ihren Lagern im Nordirak über die Bergpässe kamen, um Anschläge und Angriffe in der Türkei zu verüben. Vor dem Hintergrund ihres einseitig erklärten Waffenstillstandes vom Oktober 2006 sah die PKK nach eigenen Angaben auch 2007 von zivilen Zielen ab und richtete ihre Aktionen ausschließlich gegen

die türkischen Sicherheitskräfte. Dies begründete die PKK mit den umfangreichen Operationen, die das türkische Militär ungeachtet des einseitigen Waffenstillstands gegen die PKK fortführte.

Im Juni verstärkte das Militär nochmals seine rund 100.000 Soldaten umfassenden Truppen in der Region, richtete Sperrzonen in einigen Kurdengebieten nahe der irakischen Grenze ein und verhängte dort den Ausnahmezustand. Dabei unternahm die türkische Armee auch grenzüberschreitende Vorstöße in den Nordirak, um dort gegen die Lager der PKK vorzugehen. Im September/Oktober 2007 fanden die stärksten Kämpfe zwischen PKK und dem türkischen Militär statt, die es seit Jahren gegeben hat. Dabei kämpften zeitweise bis zu 250 PKK-Mitglieder gegen Teile des Militärkontingents, das die Türkei entlang der Grenze zum Irak stationiert hat. Bei diesen Gefechten erhöhten sich fast täglich die Opferzahlen auf beiden Seiten.

Diese Spannungen spiegelten sich auch in der türkischen Gesellschaft wider. In vielen Städten gingen Hunderttausende nationalistisch orientierte Türken auf die Straße und veranstalteten Demonstrationen gegen die PKK, die sich aber partiell auch gegen die Kurden im Allgemeinen zu richten begannen. Dabei wurden kurdische Geschäfte und Parteizentralen der kurdischen DTP angegriffen und zerstört. Vor diesem Hintergrund geriet die AKP, die eigentlich für eine moderatere Haltung in der Kurdenfrage und für ihre distanzierte Haltung zum Militär steht, unter den Druck der Opposition, des Militärs und der aufgeheizten Stimmung in der Bevölkerung, weitreichendere Maßnahmen gegen die PKK zu ergreifen. Die Regierung ließ sich vom Parlament am 17. Oktober dazu ermächtigen für einen Zeitraum von zwölf Monaten jederzeit Truppen in den Nordirak senden zu können. Die einzige Einschränkung war, dass dabei ausschließlich gegen die PKK vorgegangen werden durfte und nicht gegen das kurdische Autonomiegebiet im Nordirak. Als in starken Gefechten zwischen der Armee und PKK-Kämpfern am 22/23. Oktober 17 Soldaten starben und acht entführt wurden, führte die Türkei nun die erste Militäroperation auf der Grundlage des Parlamentsbeschlusses auf irakischem Boden durch. Weitere solcher Operationen folgten bis zum Ende des Berichtsjahres, bei denen Dörfer aus der Luft bombardiert wurden und auch Bodentruppen zum Einsatz kamen. Im Verlauf des gesamten Jahres 2007 sollen bei bewaffneten Auseinandersetzungen 158 Angehörige der türkischen Sicherheitskräfte und 266 PKK-Kämpfer ums Leben gekommen sein.

Kurdischen Medienberichten zufolge soll ein weiterer wichtiger Grund für das türkische Intervenieren im Irak die Verhinderung einer Volksabstimmung in der Region Kirkuk gewesen sein. Diese Region, in der 40 Prozent der irakischen Erdölvorkommen liegen, sollte per Votum an das kurdische Autonomiegebiet angeschlossen werden. Das hätte das Überleben eines unabhängigen Kurdenstaates möglich gemacht, was die Türkei verhindern will. Denn je stärker die Kurden in der Türkei Repressionen ausgesetzt sind,

um so stärker orientieren sie sich in Richtung eines unabhängigen Kurdenstaates. Schließlich hatte die militärische Intervention tatsächlich die Verschiebung dieses Referendums um ein halbes Jahr zur Folge. Die Autonomieregierung Nordiraks hat auf türkischen Druck hin darüber hinaus Versorgungslinien wie zum Beispiel Transportwege zu PKK-Stützpunkten unterbrochen und die PKK aufgefordert den Nordirak zu verlassen. Der Nordirak ist dabei gezwungen temporäre Grenzüberschreitungen des türkischen Militärs hinzunehmen, droht der Türkei aber im Falle dauerhafter Grenzüberschreitungen mit Krieg. Von einem dauerhaften Vorgehen im Nordirak sieht aber auch die türkische Armee ab, da dies eine internationale Isolation der Türkei und einen Verlust der Unterstützung der USA zur Folge haben würde. Diese hatten die Türkei zunächst gewarnt, im Irak zu intervenieren, denn sie fürchteten um die Stabilität der sichersten Region des Irak. Als nun die Türkei mit einer groß angelegten Invasion drohte, schlossen die Türkei und die USA einen Kompromiss: Anstelle einer Invasion duldete die USA begrenzte militärische Operationen und stellte der Türkei außerdem geheimdienstliche Informationen über Lager der PKK zur Verfügung. Damit sicherten sich die USA umgekehrt den Zugang zu strategischen Flughäfen in der Türkei, die für die eigene Kriegsführung in Irak wichtig sind.

Welche Konsequenzen das Einschreiten im Irak für das innertürkische Verhältnis zwischen Kurden und Türken hat, ist schwer abzusehen. Zwar verhinderte das militärische Vorgehen wahrscheinlich eine weitere Eskalation der nationalistischen Demonstrationen. Die Regierungspartei AKP, die viele kurdische Wähler hatte, verlor dadurch allerdings in der kurdischen Bevölkerung an Unterstützung. Diese Wähler könnten sich nun wieder der DTP zuwenden, falls diese nicht verboten wird. Aber auch die PKK sieht sich durch die Einsätze des türkischen Militärs im Irak in ihrer Rolle als militanter Verfechter kurdischer Interessen aufgewertet und erhofft sich verstärkten Zulauf.

Svenja Becker

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Barkey, Henri J./Fuller, Graham E.: Turkey's Kurdish Question, Lanham u.a. 1998

Bundesamt für Verfassungsschutz: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) – Strukturen, Ziele, Aktivitäten, Köln 2007

Commission of the European Union: Turkey 2007 Progress Report, Brüssel 2007

Ibrahim, Ferhad (Hrsg.): The Kurdish Conflict in Turkey. Obstacles and Chances for Peace and Democracy, Münster u.a. 2000

Lüdemann-Dundua, Antje: Kurden in der Türkei - Die Gewaltordnung der PKK, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 193-203

Özcan, Ali Kemal: Turkey's Kurds. A Theoretical Analysis of the PKK and Abdullah Öcalan, London u.a. 2006

<http://www.byegm.gov.tr> (regierungsnahe Nachrichten)

<http://www.ihd.org.tr> (türkische Menschenrechtsorganisation)

<http://www.kurdistan-rundbrief.de> (Kurdistanrundbrief)

<http://www.mfa.gov.tr> (türkisches Außenministerium)

http://www.nadir.org/nadir/periodika/kurdistan_report (Kurdistanreport)

<http://www.pkk.org> (Homepage der PKK)

<http://www.turkey.org> (Regierung der Türkei)

Afrika

Äthiopien (Ogaden)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 2006

Beteiligte: ONLF / Äthiopien

Die Konflikt zwischen der *Ogaden National Liberation Front* (ONLF) und der äthiopischen Regierung erhielt im April 2007 internationale Aufmerksamkeit nachdem bei einem Angriff der ONLF auf ein chinesisches Ölförderungsunternehmen in Abole 75 Personen starben und sieben weitere gekidnappt wurden. Der Anschlag stellte den Höhepunkt einer Reihe von Auseinandersetzungen zwischen den beiden Konfliktparteien um das Selbstbestimmungsrecht des Ogaden-Gebietes dar. Im Verlauf der Kämpfe wurden beiden Akteuren Menschenrechtsverletzungen wie Mord, Folter und Vergewaltigungen an unbeteiligten Bewohnern in dem Gebiet vorgeworfen. Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass in Folge weiterer Auseinandersetzungen 2007 bis zu zehn Prozent der Bewohner vertrieben worden sind.

Der Ogaden bezeichnet ein Gebiet im östlichsten äthiopischen Bundesstaates Somali National Regional State, welches größtenteils von dem Somali-Clan der Ogadenis bewohnt wird. Die Bevölkerung des Ogaden beläuft sich auf 3,5 bis 4 Millionen Personen und besteht neben den Ogadenis aus weiteren Somali-Clans. Das Gebiet ist im Vergleich zu anderen Landesteilen stark marginalisiert: eine gering entwickelte Infrastruktur, ungenügender Zugang zu Trinkwasser, sanitären Anlagen und Einrichtungen des Gesundheitssystems sowie das geringe Vorkommen von schulischen Einrichtungen sind nur einige Beispiele. Vor allem in den ländlichen Gebieten haben die ansässigen Nomaden häufig mit Überschwemmungen und Dürreperioden zu kämpfen. Eine Haupteinkommensquelle stellt für sie der Viehhandel mit Somalia, Somaliland und den arabischen Golfstaaten dar. Aufgrund von Erdölvorkommen im Ogaden versuchten seit 1948 eine Reihe internationaler Firmen mit der Zustimmung der äthiopischen Regierung, Öl in dem Gebiet zu fördern. Die unsichere politische Lage führte jedoch zum Abzug der meisten Firmen.

Der Ogaden wurde in den Jahren von 1963 bis 1964 und von 1975 bis 1984 zum Kriegschauplatz zwischen Äthiopien und Somalia beziehungsweise von Somalia unterstützten Rebellengruppen, weil die Eroberung des Gebietes durch Äthiopien 1897 von den Somalis als illegitim angesehen wird. Die ONLF wurde 1984 von Angehörigen der Ogadeni-Diaspora in den Golf-

staaten gegründet. Anfangs kooperierte die Bewegung mit der *Western Somali Liberation Front* (WSLF) und Somalia um die Bewohner des Ogaden von der „äthiopischen Kolonialherrschaft“ zu befreien. Nach dem Sturz des Derg-Regimes 1991 beteiligte sich die ONLF an dem neuen Regierungsbündnis der *Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front* (EPRDF) und bildete von 1991 bis 1994 in Allianz mit der WSLF die Regionalregierung der neu geformten Somali Region. Die Beziehungen zur äthiopischen Regierung wurden jedoch von der erklärten Sezessionsabsicht des Ogaden seitens der ONLF getrübt, was 1994 zu ihrem Ausstieg aus der Regierungskoalition führte. Gleichzeitig distanzierte sich die ONLF gegenüber den Plänen von Somalia und der WSLF den Ogaden einem „Groß-Somalia“ anzugliedern. Die gemäßigte Fraktion der ONLF verschmolz nach dem offiziellen Verbot der Bewegung zu der, von der äthiopischen Regierung unterstützten, *Somali People's Democratic Party* (SPDP), welche neben den Ogadenis aus Mitgliedern anderer Somali-Clans in dem Gebiet besteht. Die Hardliner der ONLF formierten sich als Rebelleneinheit unter dem Vorsitz von Mohamed Omar Osman 1998 neu, um weiterhin für die Unabhängigkeit des Ogaden zu kämpfen.

Seither war der Ogaden der Schauplatz eines latenten Konfliktes der aus Guerillaangriffen der ONLF auf die äthiopischen Regierungseinrichtungen in den Städten des Ogaden bestand. Die Kämpfe fanden dabei vor allem in Gebieten statt, die von Mitgliedern des Ogaden-Clans bewohnt sind, wie die Zonen Dhagahbour, Fiiq, Godey, Qorahay und Wardheer. Eritrea unterstützte während und nach Beendigung des Grenzkrieges mit Äthiopien im Jahr 2000 die ONLF, in ihrer Funktion als äthiopische Oppositionsgruppe, mit Waffenlieferungen und militärischer Ausbildung.

Anfang 2006 begann die chinesische Firma *Zhongyuan Petroleum Exploration* mit der Ölförderung in dem Ogaden-Gebiet. Die ONLF sprach daraufhin eine Aufforderung an die äthiopische Regierung sowie an ausländische Investoren aus, sich aus dem Ogaden zurückzuziehen. Im Mai trat die ONLF dem Oppositionsbündnis *Alliance for Freedom and Democracy* (AFD) bei, deren Ziel es ist, auf demokratischem Weg gegen die äthiopische Regierung zu mobilisieren. Kritiker behaupten, dass die Allianz mit der AFD nicht mit allen Mitgliedern der ONLF abgesprochen wurde. Das Bündnis gilt generell als sehr wacklig, da deren größtes Mitglied, bestehend aus Teilen der Oppositionspartei *Coalition for Unity and Democracy* (CUD), dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und damit auch dem Autonomieziel des Ogaden seitens der ONLF entgegensteht.

Im weiteren Verlaufe des Jahres vollzog sich eine Aufrüstung der der ONLF Truppen im Ogaden, worauf die Regierung mit einer verstärkten Militärpräsenz in dem Gebiet reagierte. Sprecher der äthiopischen Regierung behaupteten, im August 2006 gefangen genommene ONLF Rebellen hätten bestätigt, dass die militärische Aufrüstung der ONLF von Somalia und Erit-

rea finanziert worden sei. Das Ziel der Unterbindung weiterer Lieferungen ist als einer der Gründe für den Einmarsch des äthiopischen Militärs in Somalia im Dezember 2006 anzusehen (vgl. den Bericht zu Somalia).

Am 26. April 2007 griffen etwa 200 bewaffnete ONLF Rebellen ein chinesisches Ölfeld in Abole an. Bei der Aktion starben schätzungsweise neun Chinesen und 68 Äthiopier. Sieben weitere Chinesen wurden gekidnappt, im späteren Verlauf jedoch wieder freigelassen. Als Gründe für den Angriff nannten Mitglieder der ONLF die Verhinderung der Ausbeutung lokaler Ressourcen durch ausländische Investoren und ihre Intention, die Öffentlichkeit auf langjährige Menschenrechtsverletzungen seitens der äthiopischen Armee in der Region aufmerksam zu machen. Im Mai erfolgten vermehrt Anschläge mit Handgranaten auf Zivilisten, zum Beispiel bei festlichen Veranstaltungen in Jiggiga und in Degah Abur. Hierbei starben schätzungsweise 16 Personen, zahlreiche weitere wurden verletzt, unter ihnen der Präsident der Somali Region, Abdullahi Hassan. Während die äthiopische Regierung behauptete, die ONLF hätte diese Anschläge verübt, bestritt die Bewegung die Verantwortung und bezeichnete dies als Versuch der Regierung, die Öffentlichkeit gegen die Rebellen aufzuhetzen. Die äthiopische Regierung verbot im gleichen Monat den freien Zugang von Journalisten zu der Region. Zusätzlich wurde eine Handelsblockade verhängt, in Folge derer sich die Lebensmittelpreise in dem Gebiet verdoppelten, während sich der Verkaufswert von Vieh um fast die Hälfte reduzierte.

Am 9. Juni erklärte der äthiopische Premierminister Meles Zenawi als Antwort auf die Anschläge in einer Nachrichtenkonferenz die Entsendung von Regierungstruppen in den Ogaden, um die Aktivitäten der ONLF einzudämmen. Nach ihrer Ankunft begannen die äthiopischen Soldaten die Lebensgrundlage von Dorfbewohnern zu zerstören, welche verdächtigt wurden Verwandte in der ONLF zu haben, indem sie deren Häuser und Ernte verbrannten und den Viehbestand konfiszierten. Dabei wurden 21 Bewohner in Labiga, einem Dorf südlich von Dhaghbur, getötet, weil sie sich weigerten, ihre Kamele zu übergeben. Auf der Suche nach Nahrung und Unterkunft kam es zur vermehrten Flucht von Bewohnern ländlicher Gebiete in die von der äthiopischen Armee kontrollierten Städte. Es erfolgten auch Vertreibungen in Zonen, in denen keine Aktivität der ONLF bekannt war. Sprecher der ONLF behaupteten, dass Dörfer durch Luftangriffe bombardiert worden seien, was die äthiopische Regierung offiziell bestritt.

Die ONLF behauptete, in einem Kampf am 21. Oktober mehr als 250 Soldaten der äthiopischen Armee getötet zu haben. Dies wurde jedoch weder von unabhängigen Beobachtern noch von der Regierung bestätigt. Sprecher der ONLF sprachen auch von Bombenangriffen der äthiopische Luftwaffe am 18. November, in Folge derer mehrere Nomaden getötet und Siedlungen im Südosten der Ogaden Region zerstört worden seien. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen berichteten Mitte November, dass etwa 1.500 Flüchtlinge die

Grenze zu Kenia überschritten hätten, um vor erneuten Kämpfen zu fliehen.

Hilfsorganisationen wurden im Juli von der äthiopischen Regierung aufgefordert, sich aus dem Ogaden zurück zu ziehen, woraufhin Lebensmittellieferungen in das Gebiet zum Erliegen kamen. Im September reiste eine UN-Mission zur Untersuchung der humanitären Lage in den Ogaden. In ihrem abschließenden Bericht beklagten deren Mitglieder den Anstieg der Lebensmittelpreise und eine Verschlechterung der humanitären Situation. Die UN-Mission rief daher die äthiopische Regierung auf, Hilfslieferungen in das Gebiet wieder zu zulassen und empfahl zudem weitere Untersuchungen der humanitären Lage. Erst kurz vor dem Besuch des UN-Koordinators für humanitäre Einsätze, John Holmes, in der Ogaden Region Ende November, erteilte die äthiopische Regierung 19 Nichtregierungsorganisationen und den UN die Genehmigung wieder Hilfslieferungen in die Region einzuführen. Holmes empfahl die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen seitens weiterer Beobachter. In Interviews gaben Einwohner des Ogaden an, eingeschüchtert worden zu sein, um nicht mit internationalen Beobachtern wie der UN-Mission oder Holmes zu sprechen.

Bis Ende des Jahres lieferten sich ONLF und äthiopische Armee weitere Auseinandersetzungen, wobei beide Akteure jeweils Angaben über Verluste des Gegners proklamieren, die jedoch nicht von unabhängigen Berichterstattern verifiziert werden konnten. Es ist nicht wahrscheinlich, dass der Konflikt im Ogaden in naher Zukunft gelöst werden wird, da die ONLF an ihren Separationsbestrebungen nach wie vor festhält, während Äthiopien nicht bereit ist, eine Sezession des Gebietes zuzulassen. Versuche von Clan-Führern aus der Somali Region, die beiden Parteien zu einer diplomatischen Lösung zu bewegen, scheiterten, weil die ONLF sich weigerte an Gesprächen mit der äthiopischen Regierung ohne die Anwesenheit eines internationalen Vermittlers teilzunehmen. Dies wird jedoch von Äthiopien strikt abgelehnt. Zusätzlich wirkt sich der Krieg in Somalia und die angespannte Beziehung zu Eritrea auf die Lage im Ogaden aus, da Äthiopien weiterhin Teile beider Nachbarn beschuldigt die ONLF logistisch und militärisch zu unterstützen.

Julia Berger

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Abdullahi, Abdi M.: The Ogaden National Liberation Front (ONLF). The Dilemma of Its Struggle in Ethiopia, in: *Review of African Political Economy* 34 (2007), S. 556-562

Lyons, Terrance: Avoiding Conflict in the Horn of Africa: U.S. Policy towards Ethiopia and Eritrea (The Council on Foreign Relations, CSR 21), 2006:

http://www.cfr.org/publication/12192/avoiding_conflict_in_the_horn_of_africa.html

Matthies, Volker: Der Grenzkonflikt Somalias mit Äthiopien und Kenya: Analyse eines zwischenstaatlichen Konflikts in der Dritten Welt, Hamburg 1977

Obe, Sally Healy: Conflict in the Ogaden and Its Regional Dimension. Seminar Report (Chatham House), 2007:

<http://www.chathamhouse.org.uk/research/africa/papers/view/-/id/530>

Ogaden National Liberation Front, in: *Africa Research Bulletin*. Political, Social and

Cultural Series 44, Mai 2007

Smith, Lahra: Political Violence and Democratic Uncertainty in Ethiopia (United States Institute for Peace, Special Report 192), 2007:

<http://www.usip.org/pubs/specialreports/sr192.html>

<http://www.moinfo.gov.et> (Äthiopisches Informationsministerium)

<http://www.onlf.org> (ONLF)

Burundi

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 1993 (Krieg 1993-2006)

Beteiligte: FNL / Splittergruppen der FNL / Burundi

Differenzen in der Regierungspartei und die Auseinandersetzungen um ein entsprechend den Wahlergebnissen des Jahres 2005 zusammengesetztes Kabinett blockierten den Friedensprozess, der durch das Friedensabkommen mit der letzten noch kämpfenden Rebellengruppe *Forces Nationales de Libération* (FNL, Nationale Kräfte der Befreiung) im September 2006 begonnen wurde. Sicherheitsbedenken führten dazu, dass sich die FNL unter der Führung von Agathon Rwaso im Juli des Berichtsjahres von den Verhandlungen zurückzog. Die FNL zerfiel aufgrund innerer Streitigkeiten in mehrere Splittergruppen, die sich teilweise untereinander bekämpften.

Bereits zur Zeit des Kolonialismus wurden die für diesen Konflikt ursächlichen Gegensätze zwischen der rund 85 Prozent ausmachenden Bevölkerungsmehrheit der Hutu und der – Minderheit der Tutsi verschärft. Letztere erhielten nicht nur eine bessere Bildung, sondern wurden von der belgischen Kolonialmacht auch bevorzugt in Armee und Verwaltung eingesetzt. Gleichzeitig wurden soziale Unterschiede in ethnische uminterpretiert – die Bezeichnungen Hutu und Tutsi, die ursprünglich soziale Schichten bezeichneten, wurden zu Begriffen für zwei verschiedene Ethnien. Nach der Unabhängigkeit 1962 bestanden diese Differenzen in der gesellschaftlichen Machtverteilung fort. Mitte der 1960er Jahre versuchten sowohl Tutsi- als auch Hutu-Offiziere zunächst erfolglos, gegen die Monarchie Ntare V. zu putschen. Anschließend Massakern fiel fast die gesamte Hutu-Elite Burundis zum Opfer. Ein 1966 durchgeführter Putsch stürzte die Monarchie und brachte den Tutsi Michel Micombero an die Macht.

Die darauf folgende faktische Ausschaltung der Hutu aus dem politisch-administrativen Leben Burundis einschließlich Polizei und Militär, massive sozioökonomische Benachteiligung der Hutu-Bauern und das ungebremsste Dominanzstreben der Tutsi, die die Bauern seit Jahrhunderten als Grundherren sowie während der Kolonialzeit als Verwaltungsbeamte dominiert hatten, führten im April 1972 zu einem ersten Aufstand der Hutu. Diesem fielen

jedoch vor allem rebellierende Hutu zum Opfer. Weitere Angriffe sich bildender Hutu-Guerillas führten zu einem Krieg, der durch einen militärischen Sieg der Tutsi-geführten Armee im Juni 1973 beendet wurde und die wirtschaftliche und politische Dominanz der Tutsi festigte. Massenverhaftungen und Willkür gegenüber Hutus sowie Armut und zunehmende Landknappheit führten in den darauf folgenden Jahren wiederholt zu Hutu-Aufständen, die von der Armee niedergeschlagen wurden.

Ein Jahr nachdem er sich an die Macht geputscht hatte, führte internationaler Druck 1988 dazu, dass Präsident Pierre Buyoya, ein Tutsi, eine Liberalisierung des politischen Systems begann. Mit der durch ein Referendum mit großer Mehrheit angenommenen Verfassung vom März 1992 wurde erstmals ein Mehrparteiensystem eingeführt. Die darauf aufbauenden Präsidentschaftswahlen vom 1. Juni 1993 gewann Melchior Ndadaye, der Kandidat der *Front pour la Démocratie au Burundi* (FRODEBU, Front für die Demokratie in Burundi), der damals größten Hutu-Partei des Landes. Im Oktober des gleichen Jahres putschte das Militär und tötete dabei Präsident Ndadaye nach nur fünfmonatiger Amtszeit. Daraufhin brachen im gesamten Land erneut Unruhen und Kämpfe aus, die die Armee nicht unter Kontrolle bekam. Sie bot deswegen der gerade erst gestürzten Regierung die Macht im Tausch gegen eine Amnestie an.

Der neue Präsident Cyprien Ntaryamira kam nach ebenfalls nur kurzer Amtszeit zusammen mit dem ruandischen Präsidenten Juvenal Habyarimana bei einem Flugzeugabsturz unter noch immer ungeklärten Umständen am 6. April 1994 ums Leben. Zwischen der *Union pour le Progrès National* (UPRONA, Union für den nationalen Fortschritt) und der FRODEBU begannen daraufhin Auseinandersetzungen um die Präsidentschaftsnachfolge, die von einer Zunahme bewaffneter Übergriffe auf Zivilisten durch die Milizen beider Seiten begleitet wurden. Im September 1994 einigten sich schließlich beide Parteien darauf, das Amt des Staatspräsidenten mit Sylvestre Ntibantunganya von der FRODEBU zu besetzen und der Tutsi-Opposition im Gegenzug das einflussreiche Amt des Vizepräsidenten und die Hälfte der Kabinettsposten zu überlassen. Dieser Kompromiss stellte die Hardliner beider Seiten jedoch nicht zufrieden und führte zu einer Spaltung der politischen Parteien in gemäßigte und radikale Fraktionen. In der Folge breiteten sich im ganzen Land bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Milizen und Militär aus.

Bereits im April 1996 fanden erste Gespräche der beiden im Parlament vertretenen Konfliktparteien UPRONA und FRODEBU unter der Leitung des ehemaligen tansanischen Präsidenten Julius Kambarage Nyerere in Mwanza (Tansania) statt. Da diese Gespräche scheiterten, wurde das erste regionale Gipfeltreffen im tansanischen Arusha einberufen, an dem neben Nyerere auch die Regierungschefs von Uganda und Kenia teilnahmen, um gemeinsam Lösungsstrategien mit den Konfliktparteien zu erarbeiten. Die Armee be-

trachtete die zwischen den Vertretern der politischen Parteien erreichten Kompromisse jedoch als inakzeptabel. Durch einen Militärputsch übernahm der frühere Präsident Buyoya am 25. Juli 1996 ein zweites Mal das Amt des Staatspräsidenten. Die folgenden Jahre waren durch die unverminderte Fortsetzung der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Hutu-Milizen und der von Tutsi dominierten Armee gekennzeichnet. Mehrere Gipfeltreffen der am Konflikt beteiligten Parteien in Arusha, die nach dem Tod Nyereres im Oktober 1999 von Nelson Rolihlahla Mandela, dem ehemaligen Präsidenten der Republik Südafrika, geleitet wurden, führten schließlich zu einem Friedensvertrag, dem am 28. August 2000 geschlossenen „Arusha Peace and Reconciliation Agreement on Burundi“. Die Konfliktparteien einigten sich auf die Einleitung einer dreijährigen Übergangsphase, an deren Ende demokratische Wahlen stehen sollten. Am 21. November 2001 wurde die Übergangsregierung eingesetzt. Für die ersten 18 Monate übte Buyoya als Tutsi-Vertreter das Amt des Präsidenten aus, um dieses für die zweite Hälfte der Periode an seinen Vize-Präsidenten Domitien Ndayizeye von der FRODEBU zu übergeben, der Alphonse Marie Kadege als Vize-Präsidenten an seiner Seite haben sollte. Die Amtsübergabe erfolgte friedlich und problemlos Ende April 2003.

Im Verlauf der Übergangsperiode gelang es, nahezu alle Fraktionen der zersplitterten Rebellengruppen in den Friedensprozess zu integrieren. Viele dieser Fraktionen wandelten sich in politische Parteien und beteiligten sich aktiv an der Übergangsregierung. Auf Bitten der burundischen Regierung überwachte eine afrikanische Friedenstruppe, die *African Mission in Burundi* (AMIB), den Friedensprozess, deren Mandat im März 2004 auf die *Opération des Nations Unies au Burundi* (ONUB, Operation der UN in Burundi). Nachdem die größte ehemalige Rebellenfraktion, der *Conseil National pour la Défense de la Démocratie – Force pour la Défense de la Démocratie* (CNDD-FDD, Nationaler Rat für die Verteidigung der Demokratie – Kräfte für die Verteidigung der Demokratie), im November 2003 ein umfangreiches Friedensabkommen abgeschlossen hatte, führten nur noch die *Forces Nationales de Libération* (FNL, Nationale Kräfte der Befreiung) den bewaffneten Kampf weiter.

Aufgrund von Uneinigkeiten bezüglich der Machtverteilung nach den ersten demokratischen Wahlen verzögerte sich deren Vorbereitung, so dass die Wahlen nicht wie im Arusha-Abkommen vorgesehen im Oktober 2004 stattfinden konnten. Streitigkeiten über den Verfassungsentwurf sowie Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren der Wahlgesetze führten dazu, dass die Übergangsperiode bis August 2005 verlängert werden musste. In einem Referendum im Februar 2005 wurde der vorgelegte Verfassungsentwurf mit überwältigender Mehrheit angenommen. Sowohl in der Regierung als auch in den Streitkräften und der Polizei müssen demnach die Ethnien in vorgegebenen Verhältnissen vertreten sein. Die folgenden lokalen und nationalen Wah-

len gewann die CNDD-FDD mit absoluter Mehrheit. Einziger Kandidat für das Präsidentenamt war somit der 41-jährige ehemalige Rebellenführer Pierre Nkurunziza, der am 18. August in das Amt des Präsidenten gewählt wurde.

Der Friedensprozess wurde zunächst von militärischen Auseinandersetzungen der burundischen Armee mit der FNL unter der Führung von Rwasa überschattet. Streitigkeiten innerhalb der FNL führten dazu, dass von ihr erklärte Waffenstillstände nicht eingehalten wurden. Aufgrund des verstärkten politischen Drucks der neugewählten Regierung zerfiel die FNL in der zweiten Jahreshälfte 2005 in zwei Splittergruppen. Eine Gruppe unter der Führung von Jean Bosco Sindayigaya stellte im Januar 2006 die Kampfhandlungen ein, verweigerte jedoch Verhandlungen mit der Regierung. Im Jahr 2007 wurde Sindayigaya schließlich inhaftiert und zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Über den Verbleib der Kämpfer, die sich ihm angeschlossen hatten, ist nichts bekannt. Sie wurden offiziell nicht demobilisiert und entwaffnet.

Die Fraktion Rwasas hingegen griff weiterhin Zivilisten an, bot der Regierung im März 2006 jedoch Gespräche an, die im tansanischen Dar-es-Salaam stattfanden. Am 7. September 2006 unterzeichneten Rwasa für die FNL und Nkurunziza im Namen der Regierung ein Friedensabkommen. Daraufhin stellte die FNL ihre Angriffe ein, die Regierung weitete im Gegenzug die bereits 2003 begonnenen Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramme auf die FNL aus. Aufgrund der verbesserten Sicherheitslage und im Hinblick auf das im Dezember 2006 auslaufende Mandat, begann die ONUB erste Kontingente im Oktober 2006 abzuziehen. 1.100 südafrikanische Soldaten verbleiben zum Schutz von UN-Einrichtungen und zurückkehrenden Führern der FNL unter AU-Mandat in Burundi. Die UN ist seit 1. Januar 2007 mit einer politischen Mission, dem *Bureau Intégré des Nations Unies au Burundi* (BINUB, Integriertes Büro der Vereinten Nationen in Burundi) unterstützend tätig.

Zu Beginn des Berichtsjahres einigten sich die Regierung und die FNL auf die Bedingungen eines Waffenstillstandsabkommens. Das Mandat, die Einhaltung dieses Abkommens zu überwachen, erhielt der *Joint Verification and Monitoring Mechanism* (JVMM), in dem sowohl Mitglieder der FNL als auch der Regierung vertreten sind. Als Vermittler fungierte Charles Nqakula, der südafrikanische Minister für Sicherheit, der seitens der FNL jedoch als voreingenommen abgelehnt wurde. Bereits im März zog die FNL ihre Vertreter aus dem JVMM zurück und warf der Regierung vor, ihre Truppen nicht wie vereinbart aus Gebieten, die Kämpfer der FNL besetzen, abgezogen zu haben. Des Weiteren forderte die FNL die Freilassung politischer Gefangener und eine adäquate Vertretung in den Streitkräften und Regierungsinstitutionen. Erst im Juni kam es nach der Vermittlung Nqakulas zu erneuten Gesprächen zwischen Rwasa und Nkurunziza. Man einigte sich darauf, politische Gefangene aus den Reihen der FNL freizulassen und geeignete Kämpfer der

FNL in die Armee zu integrieren. Nachdem auch diese Vereinbarungen nicht eingehalten wurden und hochrangige FNL-Angehörige, unter anderem der militärische Führer der FNL, Jean Berchmans Ndayishimiye, um ihre Sicherheit fürchteten, ging die FNL im Juli wieder in den Untergrund. Seither häuften sich Meldungen von bewaffneten Überfällen auf die Bevölkerung.

Die zweiten Hälfte des Berichtsjahres ist zusätzlich von internen Auseinandersetzungen der FNL und der Abspaltung dreier Splittergruppen gekennzeichnet. Über die Gründe der Abspaltungen ist nichts bekannt. Unter anderem Rwasa geht davon aus, dass diese Abspaltungen seitens der Regierungspartei inszeniert werden, um die FNL dadurch zu schwächen und ihn zu isolieren. Mutmaßlich werden einige Splittergruppen von Kämpfern der CNDD-FDD unterstützt, die sich in der Demokratischen Republik Kongo aufhielten, und sich auf Aufforderung der Regierungspartei an den Auseinandersetzungen beteiligen. Mitte August kam es hierbei zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Splittergruppe von Ndayishimiye angeführt wird. Sie sammelte sich zunächst in einer nördlichen Randgemeinde der Hauptstadt Bujumbura. Anfang September griffen Kämpfer der FNL Angehörige dieser Splittergruppe an. Während der zwei Tage andauernden Kämpfe starben 20 Anhänger von Ndayishimiye. Hunderte Familien flohen während der Kampfhandlungen, kehrten jedoch kurzfristig zurück. Weitere Zusammenstöße zwischen verschiedenen Flügeln der FNL ereigneten sich am 1. Oktober in der Kommune Bubanza, nördlich der Provinz Bujumbura Rural. Zwei Angehörige der Splittergruppe starben, mehrere Kämpfer wurden verletzt. Anfang Oktober spaltete sich eine weitere Gruppe von Kämpfern unter der Führung von Colonel Nestor Banzubaze, genannt Banes, von der FNL ab. Er griff Anfang Oktober Truppen von Rwasa an und floh anschließend mit zwei Bataillonen bewaffneter Kämpfer in die Provinz Kayanza. Mitte Oktober etablierte sich eine weitere Splittergruppe der FNL unter der Führung von Colonel Nsengiyumva Elias, genannt Mwylimu. Er gab an, ein Bataillon zu führen, dass sich in der Provinz Bujumbura und der Demokratischen Republik Kongo aufhielt. Alle drei Splittergruppen gaben an, Splittergruppen der FNL zu sein und für den Frieden einzustehen. Sie hätten sich deshalb von Rwasa abgesetzt. Am 21. Oktober griffen Truppen von Rwasa Angehörige dieser Splittergruppen an und begründeten dies mit ihrer Absicht, den Missbrauch des Namens der FNL zu bekämpfen. Bei diesen Kämpfen in Kabezi in der Provinz Bujumbura Rural starben sieben Kämpfer der Splittergruppen sowie zwei Anhänger von Rwasa und zwei Soldaten der Armee. Im vierten Quartal des Berichtsjahres wurden vermehrt bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den nationalen Sicherheitskräften und der FNL gemeldet. Am 29. November kam es in der Provinz Bubanza zu Kämpfen zwischen Angehörigen der Streitkräfte und der Polizei sowie Kämpfern der FNL. Weiterhin wurden Feindseligkeiten zwischen verschiedenen FNL Fraktionen aus nahezu allen Kommunen gemeldet, in denen die

FNL oder eine ihrer Abspaltungen präsent ist.

Von Spaltungen war jedoch nicht nur die Rebbellenseite im Berichtsjahr betroffen: Im Februar wurde Hussein Rajabu, der Vorsitzende der CNDD-FDD, aus dem Parlament ausgeschlossen. Als Gründe für die Aufhebung seiner Immunität wurden mehrere Korruptionsaffären genannt, in die er verwickelt sein soll, sowie Vorwürfe, er etabliere eine private Miliz. Diese Miliz setzt angeblich Mitglieder der eigenen Partei massiv unter Druck sei für verschiedene Morde verantwortlich. Dies führte zu einer Spaltung der Partei in Anhänger des Präsidenten und Anhänger von Radjabu, so dass die Regierung im Parlament auf Stimmen der Oppositionsparteien angewiesen war, um Gesetze zu verabschieden. Diese fürchteten jedoch um ihre Glaubwürdigkeit, sollten sie sich der Regierung anschließen. Am 23. Juli ernannte Nkurunziza deswegen ein neues Kabinet. Diese Regierung wurde jedoch von der Opposition als nicht verfassungsgemäß abgelehnt. Bis zur Einsetzung eines entsprechenden Kabinetts im November des Berichtsjahres herrschte ein politischen Stillstand in Burundi.

Obwohl in der ersten Hälfte des Berichtsjahres versucht wurde, die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der FNL und der Regierung zu erreichen, war sie von einer hohen Zahl an Raubüberfällen auf die Zivilbevölkerung gekennzeichnet. Diese sind auf die teilweise über Monate andauernde unzureichende Versorgung zu demobilisierender Kämpfer mit Lebensmitteln, die langsame Reintegration demobilisierter Kämpfer und die hohe Anzahl von Kleinwaffen in privatem Besitz zurückzuführen. Eine sichere Zuordnung der Täter zu einer Rebbellengruppe konnte nur in seltenen Fällen erfolgen. In verschiedenen Fällen wurden Angehörige der Streitkräfte, der Polizei oder des Geheimdienstes beschuldigt, für Raubüberfälle verantwortlich zu sein. Während der zweiten Hälfte des Berichtsjahres stieg die Zahl der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, so dass beinahe täglich Zivilisten Opfer von Raubüberfällen und Ermordungen wurden. Allein bis Ende Oktober sind nach Aussage von Menschenrechtsorganisationen 393 Menschen ermordet, 301 Frauen vergewaltigt und 123 Personen gefoltert worden. Ende des Berichtsjahres wurde zusätzlich von einer zunehmenden Straflosigkeit in den Zeitungen berichtet.

Andauernde innerparteiliche Differenzen der CNDD-FDD sowie die Zersplitterung der FNL in mehrere Fraktionen bergen die Gefahr, dass der Friedensprozess trotz des Drucks der regionalen Friedensinitiative, der AU und der UN nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann und der Konflikt andauern wird. Des Weiteren bestehen Befürchtungen, dass die Regierungspartei vor den Wahlen 2010 versuchen könnte, die Bevölkerung einzuschüchtern.

Alexandra von Krosigk

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

- Goyvaerts, Didier: Conflict and Ethnicity in Central Africa, Tokio 2000
- Hatungimana, Adelin/Theron, Jenny/Popic, Anton: Peace Agreements in Burundi: Assessing the Impact., 2007: http://www.accord.org.za/ct/2007-3/CT3_2007_pg19-24.pdf
- Scherrer, Christian P.: Genocide and Crisis in Central Africa. Conflict Roots, Mass Violence, and Regional War, Westport 2003
- Tull, Dennis/Kayser, Christiane: Friedensschlüsse und kein Ende der Gewalt in Sicht : Der Krieg in Zentralafrika, in: Hofmeier, Rolf/Mehler, Andreas (Hrsg.): Afrika-Jahrbuch 2002. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Opladen 2003, S.44-56
- <http://binub.turretdev.com> (BINUB)
- <http://burundi.gov.bi> (Regierung Burundis)
- <http://www.burundi-info.com> (Informationen und Pressemitteilungen)
- <http://www.issafrica.org/AF/profiles/burundi/research.htm#peace> (Great Lakes Regional Peace Initiative on Burundi, Friedensverträge und Abkommen)
- <http://www.senat.bi> (Senat Burundis)

Kongo-Kinshasa (Ostkongo)

(Krieg)

Beginn: 2005
 Kriegstyp: B-2
 Beteiligte: CNDP / Kongo-Kinshasa, MONUC / FDLR

Ein Jahr nach den Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo verschärfte sich die Situation im Osten des Landes weiter. In dieser Region hatten alle Kriege im Kongo seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ihren Ausgangspunkt. Seit 2005 rebellierte dort ein Teil der Armee unter dem General und ehemaligen Rebellenführer Laurent Nkunda. Bislang war der aus dieser Rebellion hervorgegangene *Congrès National pour la Défense du Peuple* (CNDP, Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes) weder militärisch zu besiegen noch in einen Friedensprozess zu integrieren.

Die östlichen Regionen des Kongo sind seit Jahrzehnten von Konflikten geprägt, in denen ethnische Identitäten im Kampf um politische und ökonomische Vorherrschaft instrumentalisiert werden. In Ituri und im Kivu liegen große Goldvorräte, aber auch Diamanten, Coltan und Erdöl. Bis heute werden 70 Prozent der Rohstoffe illegal außer Landes geschafft. Die jeweiligen Machthaber können Abbaukonzessionen an internationale Unternehmen vergeben, da die Regierung in Kinshasa keine Verfügungsgewalt über die Region besitzt. So sind die fortdauernden Konflikte über die Rechte an den Bodenschätzen ebenso Ursache der Auseinandersetzungen, wie der beständige Zustrom an Waffen, die mit den Profiten aus dem Handel erworben werden, diese intensiviert.

Als Anfang der 1990er Jahre durch internationalen Druck das über 30-

jährige Regime unter Mobutu Sese Seko Ansätze zu einer Demokratisierung zeigte, verschärften sich die Spannungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im Osten des Landes schürten Politiker Vorurteile besonders gegen die teilweise schon seit der Kolonialzeit im Kivu lebenden ruandischen und burundischen Immigranten. Lokale Milizen, die später als *Mayi-Mayi* bekannt wurden, starteten daraufhin Angriffe gegen diese Gruppen. Mit der Ankunft von 1 Million Flüchtlingen aus Ruanda im Jahr 1994, unter denen auch die für den Genozid an Tutsi und moderaten Hutu verantwortlichen Hutu-Milizen, die *Interahamwe*, waren, eskalierte die Situation.

Mit Hilfe von Ruanda und Uganda stürzte 1997 eine Rebellenkoalition unter Laurent-Désiré Kabila das Mobutu-Regime. Nach seiner Machtübernahme begann er jedoch, Ruanda als Besatzungsmacht zu betrachten und wandte sich daher auch gegen die vor allem im Ostkongo lebenden Ruander. Im folgenden dreijährigen „Afrikanischen Regionalkrieg“ von 1998 bis 2001 kämpften Ruanda und die von ihm unterstützte Rebellengruppe gegen Kabilas Truppen, die mit den *Mayi-Mayi* und den Hutu-Rebellen verbündet war. Der Krieg führte zu keinem militärischen Ergebnis und als Joseph Kabila 2001 die Macht von seinem ermordeten Vater übernahm, setzte er sich für eine friedliche Lösung ein. So wurde von Vertretern aller beteiligten Gruppen 2002 in Pretoria ein Friedensabkommen beschlossen, das eine Übergangsregierung unter Kabila ernannte, um das Land auf demokratische Wahlen vorzubereiten. Zudem sollten die bewaffneten Gruppen in die nationale Armee integriert oder demobilisiert werden. Schon im Jahr 2000 war von der UN eine Friedensmission, die *Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo* (MONUC, Mission der UN in der Demokratischen Republik Kongo), etabliert worden, die den Friedensprozess überwachen sollte. Die nicht demobilisierten Teile der früheren Rebellengruppen wurden zwar formal in die Armee integriert, unterstanden aber teilweise noch ihren ehemaligen politischen oder militärischen Führern.

In den Provinzen Nord- und Südkivu wurde insbesondere Laurent Nkunda, ein militärischer Führer der ehemalige Rebellengruppe *Rassemblement Congolais pour la Démocratie* (RCD, Kongolesische Sammlung für Demokratie) zum stärksten Widersacher der Regierung. Nkunda war nach dem Friedensschluss General in der integrierten Armee geworden. In einer Region, in der staatliche Kontrolle immer noch weitgehend inexistent war und ist, schürte er ethnische Konflikte zwischen Hutu und Tutsi, um sich als Beschützer der Tutsi gerieren zu können. Schon 2004 hatte er kurzzeitig die Stadt Bukavu in Südkivu eingenommen und kontrolliert seit Jahren ein größeres Gebiet in Nordkivu. Nkunda befiehlt direkt bis zu 5.000 Soldaten. Zudem organisierte er seine Anhänger im *Congrès National pour la Défense du Peuple* (CNDP, Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes) und begann, Polizeistationen und politische Ämter mit Mitgliedern des CNDP zu besetzen.

und so eine parallele Regierungsstruktur aufzubauen.

Die Ende des Jahres 2006 begonnenen Friedensgespräche zwischen der Regierung und Nkunda unter ruandischer Vermittlung handelten eine Vermischung von Nkundas Truppen und der Regierungsarmee aus. Da Nkundas Soldaten diszipliniert sind und auch von neuen Waffen und dem von der Regierung bezahlten Sold profitierten, dominierten sie bald die gemischten Brigaden. So konnte Nkunda schon im April 2007 faktisch die Kontrolle über die Gebiete Rutshuru, Maisi und Walikale in Nordkivu übernehmen und seine parallele Kommandostruktur aufrechterhalten. Neben der Rückkehr von Tutsi-Flüchtlingen aus ruandischen Camps ist sein Hauptziel die Zerschlagung der *Forces Démocratique pour la Libération du Rwanda* (FDLR, Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas). Diese heute auf etwa 9.000 Kämpfer geschätzte Gruppierung besteht im Kern aus der früheren ruandischen Armee und der für den Völkermord in Ruanda 2004 verantwortlichen Milizen. Diese kamen nach dem Sturz der damaligen ruandischen Regierung zusammen mit den Flüchtlingen in den Kongo und griffen von dort aus zunächst Ruanda an, stellten aber zunehmend einen Machtfaktor im Osten Kongos und eine Bedrohung der dort lebenden kongolesischen Tutsi dar. Die Intensivierung von Nkundas Militäraktionen gegen die FDLR vertrieb über 230.000 Menschen aus dem Gebiet.

Um die Macht Nkundas über die gemischten Brigaden zu brechen, wechselte Kabila im Juni die wichtigsten Kommandeure aus und bereitete eine Offensive gegen Nkundas Truppen vor. Als am 11. August ein Armeegeneral ankündigte, alle Operationen gegen die FDLR einzustellen, und Armeeeinheiten aus einigen Regionen zurückgezogen wurden, besetzten die FDLR sofort die frei gewordenen Gebiete. Nach heftigen, auch internationalen Protesten, kündigte die Regierung an, den Kampf gegen die FDLR doch fortzusetzen, jedoch nur mit Brigaden, an denen Nkundas Soldaten nicht beteiligt sein sollten. Nkunda warf Kabila vor, lokale gegen Tutsi gerichtete Milizen zu unterstützen, statt sie zu bekämpfen. Diese Anschuldigungen wurden auch teilweise von anderen Seiten bestätigt. Ende August griffen Nkundas Soldaten die regierungstreuen Teile der gemischten Brigaden an und verließen diese anschließend.

Anfang September schlug Nkunda eine Großoffensive der Armee, die logistisch von der MONUC unterstützt wurde, südlich der Stadt Sake zurück. Ein daraufhin unter Aufsicht der MONUC ausgehandelter Waffenstillstand wurde immer wieder von kürzeren Gefechten unterbrochen. Auch eine erneute Offensive der Armee, die am 4. Oktober begann, konnte Nkunda nur minimale Gebietsverluste abringen. Die Regierung in Kinshasa setzte ihm eine Frist zur Entwaffnung und Demobilisierung seiner Soldaten, die aber mehrmals aufgeschoben wurde. Gleichzeitig rüstete die Regierungsarmee in Nordkivu auf. Am 6. Dezember schickte die Regierung in Kinshasa 20.000 Soldaten und schweres Kriegsgerät westlich der Provinzhauptstadt Goma in

den Kampf gegen Nkunda. Sämtliche Hilfsorganisationen stellten ihre Arbeit in der Region ein. Kaum eine Woche später befanden sich die Regierungstruppen in vollständiger Auflösung. Nur Einheiten der MONUC verhinderten die Einnahme der Stadt Goma durch Nkundas Truppen. Daraufhin berief die Regierung für Anfang Januar eine Friedenskonferenz für die Kivi-Provinzen ein, an der alle beteiligten Kriegsteilnehmer wie auch zivile Gruppen beteiligt sein sollten. Nkunda stimmte einem Waffenstillstand zu.

Stand die Rebellion Nkundas in Nordkivu in einem engen Zusammenhang mit der andauernden Präsenz der FDLR im Kongo, so liegt deren Hauptoperationsgebiet inzwischen eher in Südkivu. Ab April 2007 überfiel sie über mehrere Wochen hinweg Dörfer und trieb dadurch tausende Menschen in die Flucht. Am 27. Mai massakrierten FDLR-Einheiten in einem Dorf südlich von Bukavu 18 Menschen in ihren Betten und kidnapteten zwölf weitere. Im Juni wurden weitere Überfälle in der Region gemeldet, so dass viele Menschen erneut aus den Dörfern in Städte flohen. Gelegentlich führten sie auch Angriffe auf ruandisches Gebiet aus, wie im März und September, als vom Kongo aus Raketen auf ruandische Dörfer abgeschossen wurden. Auch wenn sie keine Gefahr für die ruandische Regierung mehr darstellen, drohte Ruanda immer wieder mit einem Einmarsch auf kongolesisches Gebiet, um die FDLR zu verfolgen. Nachdem die MONUC lange Zeit auf deren freiwillige Entwaffnung gesetzt hatte, ging sie zu einer aggressiveren Vorgehensweise über, als die FDLR beziehungsweise eine Abspaltung unter dem Namen *Rastas* im Jahr 2005 mehrere Massaker an Zivilisten begingen. Allerdings gelingt es der Armee und den MONUC-Truppen nicht, den FDLR erheblichen Schaden zuzufügen, sondern nur ihre Lager zu zerstören und sie dadurch in andere Gebiete abzurängen.

Die Machtlosigkeit der kongolesischen Regierung gegenüber der Rebellion im Osten des Landes ist symptomatisch für die Situation im Kongo insgesamt. Die Aussichten für eine demokratische, friedliche Nachkriegsordnung sind gering, da eine zivile Opposition kaum vorhanden ist und die Machthaber militärische Mittel politischen vorziehen. Solange der Osten nicht endgültig befriedet ist und das Problem der FDLR gelöst wird, sind die Aussichten auf dauerhafte Stabilität gering. General Nkunda kann, ebenso wie alle anderen Profiteure der verschiedenen Patronage-Netzwerke, auf denen die Ökonomie des Landes basiert, nicht von einer Demokratisierung und Befriedung profitieren, da die ethnisierten illegalen Netzwerke ihre Existenzgrundlage darstellen.

Maren Michels

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

International Crisis Group: Bringing Peace to North Kivu, 2007: <http://www.icg.org>

Matthiesen, Kalala Ilunga: Die demokratische Republik Kongo. Eine Analyse aus staatsrechtlicher, verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Sicht, Hamburg 2005

Nest, Michael/Grignon, Francois/Kisangani, Emizet F.: The Democratic Republik of the

- Congo. Economic Dimensions of War and Peace, Boulder – London 2006
- Netherlands institute for Southern Africa (NiZA): Governance, Mining and the Transitional Regime in the Democratic Republic of Congo, Amsterdam 2006: <http://www.niza.nl/docs/200603281526067062.pdf>
- Schreiber, Wolfgang: Gewaltordnungen im Osten der Demokratischen Republik Kongo, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 125-140
<http://www.monuc.org> (MONUC)

Mali (Tuareg)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 2006

Beteiligte: MTNMC / Mali

Der bewaffnete Konflikt in Mali geriet 2007 im Zuge der Entführung von über 30 Regierungssoldaten durch eine Rebellengruppe der Tuareg auch international in die Schlagzeilen. Begonnen hatten die jüngsten Auseinandersetzungen jedoch weitgehend unbeachtet bereits im Mai 2006. Der Konflikt war in den 1990er Jahren unter der damaligen Militärdiktatur erstmals kriegesrisch eskaliert, unter anderem im Zuge der Öffnung des Regimes aber beigelegt worden. Seit 1996 galt die Tuareg-Region im Norden Malis als befriedet. Teilweise ungelöst gebliebene alte Konflikte führten jedoch in Kombination mit jüngeren Entwicklungen zur erneuten Eskalation.

Die wirtschaftliche und politische Marginalisierung der nördlichen Regionen Malis hatten in den 1990er Jahren zu weit verbreiteter politischer Unzufriedenheit geführt. Unterschlagungen internationaler Hilfsgüter durch die Regierung schienen in den Augen der Bevölkerung das geringe Interesse des Staates an ihnen zu verdeutlichen. Zudem kehrten 1990 im Ausland mit militärischen Kapazitäten versehene Tuareg in ihre Heimat zurück. Im Anschluss an eine Dürreperiode der 1970er und 1980er Jahre waren viele Tuareg nach Nordafrika ausgewandert. Teile wurden in den Militärapparat Libyens integriert und insbesondere im Grenzkrieg gegen den Tschad eingesetzt. In Folge einer drastischen Reduzierung der libyschen Armee Ende der 1980er Jahre kehrten viele Tuareg nach Mali zurück. Diese ehemaligen Söldner stellten den Kern der Rebellenbewegungen der Tuareg, welche aber keineswegs einheitlich agierten.

Die *Mouvement Populaire de l'Azawad* (MPA, Volksbewegung zur Befreiung des Azawad) unter Führung von Iyad Ag Ghali griff in der Nacht vom 28. auf den 29. Juni 1990 die Orte Ménaka und Tidermene an, womit der Krieg begann. Die Angriffe mündeten in eine Rebellion, welche die am Rande der Sahara gelegenen Gebiete für fünf Jahre flächendeckend erfasste.

Kernforderung der Rebellen war die Autonomie für die Region Azawad im Norden Malis, welche sich aus den Verwaltungsbezirken Kidal, Gao und Timbuktu zusammensetzt. Zudem wurden allgemein verstärkte Entwicklungsbemühungen für den Norden, bessere soziale Bedingungen, Demokratisierung, politische Mitsprache und der Rückzug der Streitkräfte sowie der zentralstaatlichen Administration aus dem Norden gefordert.

Die MPA führte in den folgenden Jahren systematische Angriffe auf zivile und militärische Einrichtungen des Staates. Die Regierung reagierte mit Repressalien gegen die hellhäutige Zivilbevölkerung, das heißt Tuareg, Mauren und Araber. Die Repression führte zur Flucht zehntausender Menschen, vor allem nach Mauretanien, Algerien und Burkina Faso. Umgekehrt wurden auch schwarzafrikanischen Zivilisten, die in der Region vor allem der Ethnie der Songhay zugerechnet werden, von Tuareg-Rebellen angegriffen. Als Reaktion bildete sich mit staatlicher Unterstützung die Songhay-Miliz *Ganda Koy (Herren des Bodens)* unter Führung Abdoulaye Hamadahamane Maigas, welche ihrerseits zivile Tuareg angriff.

Am 11. April 1992 wurde ein Friedensabkommen zwischen der malischen Regierung unter Präsident Amadou Toumani Touré und dem Dachverband der Tuareg-Gruppen *Mouvement des Forces Unifiées de l'Azawad* (MFUA, Bewegung der vereinigten Kräfte des Azawad) unterzeichnet. In diesem erkannten die Rebellen ausdrücklich die Verfassung vom Januar 1992 an, welche eine demokratische Regierungsform Malis festlegte. Während seitens der Regierung dem Norden ein Sonderstatus gewährt und mehr wirtschaftliche Unterstützung zugesagt wurden, bekannten sich die Rebellen zur Einheit der malischen Nation. Der Friedensvertrag sah neben einer gestärkten Selbstverwaltung vor allem die Integration von Tuareg-Kämpfern in die malische Armee, die Anstellung von Rebellen in der Administration sowie eine verstärkte wirtschaftliche und soziale Integration der Region in den Gesamtstaat vor. Trotz der Beendigung des Konflikts, die aufgrund der Zersplitterung der Rebellen und der Entstehung neuer Gruppen faktisch erst 1996 erreicht wurde, eskalierte nach elf Jahren des Friedens erneut die Gewalt zwischen Regierungsarmee und Tuareg-Gruppen.

Vor Beginn der erneuten Kampfhandlungen waren vormalig der MPA angehörende und im Zuge des Friedensabkommens in die malische Armee integrierte Tuareg-Soldaten mitsamt ihrer Waffen und Militärfahrzeuge desertiert. Die Soldaten standen unter der Führung des ehemaligen Rebellenkommandanten Hassan Fagaga, der eine treibende Kraft in den jüngsten Auseinandersetzungen darstellt. Am 23. Mai 2006 überfielen die Deserteure Kasernen der Regierungsarmee in den nördlichen Städten Kidal, Ménaka und Tessalit, womit die Kampfhandlungen begannen. Die Rebellen traten dann auch zunächst unter dem Namen *Alliance Démocratique du 23 mai 2006 pour le Changement* (ADC, Demokratische Allianz vom 23. Mai 2006 für den Wandel) auf. Die Neuaufnahme der Kämpfe erklärt sich zum einen aus

der großen sozioökonomischen Kluft zwischen dem wohlhabenderen Süden und den Regionen im Norden. Die Rebellen beschuldigten die Regierung, Versprechen zum Wiederaufbau und zur Förderung von Investitionen in den nördlichen Regionen gebrochen zu haben, und forderten Autonomie für die Stadt Kidal, eine Hochburg der Tuareg-Rebellen.

Einen wesentlichen Hintergrund für die Entstehung neuer bewaffneter Rebellengruppen bilden auch Rivalitäten um die Kontrolle des Handels. Auch mit der friedlichen Beilegung des Konflikts hatte sich die staatliche Ordnung in der nördlichen Region nicht durchsetzen können, und die Tuareg-Gebiete sind inzwischen zu bedeutenden Transiträumen des regionalen Schmuggels sowie zu Rückzugsräumen von islamistischen, mit *Al-Qaida* (Die Basis) assoziierten Gruppen geworden. Die Tuareg-Gruppen beziehen in der staatsfernen Region wichtige Einnahmen aus der Kontrolle des Schmuggels und stehen hierdurch in Konflikt mit staatlichen Interessen an der Besteuerung des Handels. Angesichts geringer Besoldung ist die Kontrolle des Schmuggels wirtschaftlich deutlich attraktiver als die Integration in die nationale Armee und die Rebellen nutzten ihre Gewaltkapazitäten zur Stärkung der Macht lokaler Eliten. So entführten mit traditionellen Tuareg-Autoritäten kooperierende Rebellen im Dezember 2006 kurzzeitig einige Soldaten, die einen Lastwagen mit geschmuggeltem Benzin hatten beschlagnahmen wollen.

Unter der Schirmherrschaft von Algerien schloss die Regierung bereits am 4. Juli 2006 ein Friedensabkommen mit den Rebellen der ADC. Die Tuareg-Rebellen gaben den bewaffneten Kampf ebenso auf wie die Forderung nach Autonomie für Kidal. Die malische Regierung verpflichtete sich, die wirtschaftliche Entwicklung im Tuareggebiet verstärkt zu fördern und den Ausbau der Infrastruktur zu beschleunigen. Im Juli 2006 kündigte Präsident Amadou Toumani Touré ein entsprechendes Programm in Höhe von 21 Millionen US-Dollar an. Von Seiten malischer Medien wurde kritisiert, dass die Rebellen hiermit belohnt würden.

Trotz der Unterzeichnung des Abkommens griff am 26. und 27. August 2007 eine Splittergruppe der ADC Einrichtungen der Regierungsarmee in Tédjérète im Nordwesten des Landes an. Bei den Kämpfen starben sieben Rebellen und ein Soldat. Bei den Angriffen wurden etwa 40 Regierungssoldaten entführt, von denen die Armee neun schnell befreien konnte. Am 18. September 2007 gründete diese Tuareg-Gruppe die *Mouvement Touareg Nord-Mali pour le Changement* (MTNMC, Tuareg-Bewegung Mali-Nord für den Wandel). Ihr Führer wurde der aus der Rebellion der 1990er Jahre bekannte Kommandant Ibrahim Ag Bahanga, welcher das Friedensabkommen vom Juli 2006 abgelehnt hatte. Hassan Fagaga, der nach seinem Angriff vom Mai 2006 wieder in die malische Armee integriert worden war, desertierte erneut mit einer unbekannten Anzahl ehemaliger Tuareg-Rebellen und schloss sich Ibrahim Ag Bahanga an. Der Angriff der MTNMC wurde von

den Unterzeichnern des Friedensabkommens von Algier scharf verurteilt und der Großteil der ehemaligen Rebellen schien weiterhin den Friedensprozess zu unterstützen.

Als Vermittler zwischen der Regierung und den Aufständischen trat Iyad Ag Ghaly auf, der in den 1990er Jahren auf Rebellenseite noch Vorgesetzter von Ag Bahanga gewesen war. Anfang September 2007 wurde zwischen Bahangas MTNMC und der Regierungsarmee ein Waffenstillstand unterzeichnet. Das Abkommen wurde jedoch nicht eingehalten und Ag Bahanga ließ am 14. September 2007 eine Militärbasis in Tinzaouatène an der Grenze zu Algerien angreifen. Der malische Verteidigungsminister erklärte in einer Pressemitteilung, dass die Angreifer zurückgedrängt worden seien. Außerdem beschuldigte er die Rebellen, Landminen im Norden gelegt zu haben und den Drogenhandel an der algerischen Grenze unter Kontrolle bringen zu wollen. Mindestens sechzehn Zivilisten wurden durch Explosionen von Minen getötet. Der Staat reagierte auf den Angriff mit der Entsendung weiterer Truppen nach Nordmali. Die Armee wurde bei ihrem Vorgehen von regierungstreuen, ehemaligen Tuareg-Rebellen unterstützt. Trotz anhaltender militärischer Auseinandersetzungen setzten Vermittler aus Algerien sowie traditionelle Tuareg-Autoritäten aus der Region Kidal die Friedensbemühungen fort. Mitte Oktober 2007 fand eine erste Freilassung von acht Gefangenen (fünf Zivilisten und drei Soldaten) statt, bevor am 30. Dezember 2007 zehn weitere militärische Gefangene freigelassen wurden. Jedoch blieben zum Jahresende noch 26 Soldaten in der Gewalt der Rebellen.

Ein bedeutender Umstand des Konfliktes in Nordmali ist die Involvierung der USA im Rahmen ihres „War on Terror“. Zwischen Juli und August 2003 hatten islamische Extremisten der *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat* (GSPC, Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) in Algerien 15 europäische Sahara-Touristen entführt. Bis auf einen Touristen konnten die Geiseln lebend befreit werden. Die GSPC verschleppte die Geiseln nach Nord-Mali in das von Tuareg bewohnte Gebiet. Angesichts der Rückzugsmöglichkeiten, die das Gebiet auch für nordafrikanische Islamisten bietet, streben die USA nach einer Stärkung der Regierungskontrolle über die Region. Die malische Regierung gilt als Verbündeter der USA im „Kampf gegen den Terror“ und hat von diesen in den letzten Jahren Militärhilfe erhalten. Unter anderem wurde die Ausbildung malischer Soldaten unterstützt. Auch wurden im Norden Malis stationierte Soldaten per Luft mit Nahrungsmitteln versorgt. Dabei wurde am 12. September 2007 ein Flugzeug der US-Armee unter Beschuss genommen.

Auch im Niger flammte der Konflikt zwischen Tuareg und Staatsmacht erneut auf (vgl. den Bericht zu Niger). Die Konflikte im Niger und Mali hatten bereits in den 1990er Jahren in engem Zusammenhang gestanden. Die MTNMC von Ag Bahanga bestätigte die Gründung einer *Alliance Touareg Niger-Mali* (ATNM, Tuareg-Allianz Niger-Mali), welche Tuareg-Rebellen

aus Mali und Niger hinter gemeinsamen Zielen und Forderungen vereinen soll. Diese Angaben wurden seitens der Tuareg-Rebellen der *Mouvement des Nigériens pour la Justice* (MNJ, Bewegung der Nigrer für Gerechtigkeit) nicht dementiert. Mali und Niger gestanden sich im August 2007 gegenseitig das Recht zu, „mutmaßliche Straftäter“ auf beiden Seiten der Grenzen zu verfolgen. Des Weiteren sollten gemeinsame Patrouillen zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Banditentums durchgeführt sowie Informationen über die Sicherheitslage ausgetauscht werden.

Die Tuareg-Rebellion im Norden Malis stellt seit 18 Jahren ein Problem dar, mit dem aufeinander folgende Regime konfrontiert waren, ohne eine dauerhafte Lösung gefunden zu haben. Trotz unterzeichneter Friedensabkommen ist die Region nicht befriedet worden. Die Zersplitterung der Rebellen und Differenzen innerhalb der Tuareg-Gesellschaft verkomplizieren eine friedliche Lösung. Der bewaffnete Konflikt dauerte bereits in den 1990er Jahren vor allem deshalb an, weil Teile der Rebellen sich nach Friedensabkommen benachteiligt fühlten und regelmäßig neue Forderungen erhoben. Diese Dynamiken scheinen sich zu wiederholen. Weite Teile der Tuareg sind jedoch inzwischen deutlich besser in den Nationalstaat integriert, als dies Anfang der 1990er Jahre der Fall war, sodass die Friedensbemühungen der 1990er Jahre trotz der erneuten Rebellion doch einige Erfolge vorzuweisen haben.

Philippe Sory Kétouré

Weiterführende Literatur und Internetquellen:

- Brüne, Stefan: Der „Tuareg-Konflikt“. Friedenskonsolidierung durch Entwicklungszusammenarbeit, in: Engel, Ulf Engel/Jakobeit, Cord/Mehler, Andreas/Schubert, Gunter (Hrsg.): Navigieren in der Weltgesellschaft. Festschrift für Rainer Tetzlaff, Münster 2005, S. 99-111
- Gutelius, David: Islam in Northern Mali and the War on Terror, in: Journal of Contemporary African Studies 25 (2007), S. 59-76
- Hanke, Stefanie: Systemwechsel in Mali. Bedingungen und Perspektiven der Demokratisierung eines neopatrimonialen Systems, Hamburg 2001
- Klute, Georg: Der Tuareg-Konflikt in Mali und Niger, in: Betz, Joachim/Brüne, Stefan (Hrsg.): Jahrbuch Dritte Welt 1996, Hamburg 1996, S. 146-161
- Papendieck, Henner/Rocksloh-Papendieck, Barbara: Vom Südrand des Azawad. Konfliktbewältigung im Norden Malis, in: Engel, Ulf/Mehler, Andreas (Hrsg.), Gewaltsame Konflikte und ihre Prävention in Afrika. Hintergründe, Analysen und Strategien für die entwicklungspolitische Praxis, Hamburg 1999, S.77-102
- <http://www.bamanet.net> (Links zu Mali)
- <http://www.lemali.fr> (Links zu Mali)

Niger (Tuareg)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 2007

Beteiligte: MNJ / Niger

Am 8. Februar 2007 begann ein neues Kapitel des Konfliktes zwischen Tuareg-dominierten Gruppierungen und der Zentralregierung in Niamey. Auslöser war der Angriff des *Mouvement des Nigériens pour la Justice* (MNJ, Bewegung der Nigrer für Gerechtigkeit) auf einen Armeestützpunkt nahe der nördlichen Stadt Iferouane. Tuareg-Rebellen attackierten während des gesamten Berichtsjahres in regelmäßigen Abständen Armeeposten und Infrastruktur rund um Uranminen im geographischen Zentrum des Niger. Auf Seiten der Regierungstruppen sollen bisher etwa 50 Todesopfer zu beklagen sein. Von Verlusten der Rebellen wird kaum berichtet, was einerseits mit der effizienten Angriffsstrategie des MNJ, andererseits aber auch mit der nur eingeschränkten Berichterstattung zu tun haben könnte. Andere Quellen sprechen von bis zu 100 Todesopfern durch Kampfhandlungen. Die Hauptforderungen der Rebellen umfassen eine größere Beteiligung an den Gewinnen aus der Uranproduktion in den Gebieten der Tuareg, ein umfassendes Entwicklungsprogramm für den Norden sowie mehr Autonomie für Tuareg-Gebiete.

Die MNJ steht mit ihren Forderungen in der Tradition und Kontinuität der Rebellenorganisationen der ersten Revolte in den 1990er Jahren. Sie beklagt die fehlende Umsetzung der Friedensabkommen von 1995 und führt daher den Aufstand nach mehrjähriger Unterbrechung fort. Präsident Mamadou Tandja verweigerte die Anerkennung der Rebellengruppe, beschuldigte sie des Drogen- und Waffenschmuggels und verfolgte damit die Regierungsstrategie der 1990er Jahre, die erst zwei Jahre nach Beginn der Revolte die Existenz von Rebellengruppen anerkannte und bis dahin die Überfälle „Banditen“ zuschrieb. Ursachen für den erneuten Gewaltausbruch sind vor allem in ökonomischen und politischen Missständen zu suchen. Aber auch historische Belastungen des Verhältnisses zwischen Tuareg und den sesshaften schwarzafrikanischen Ethnien im Süden müssen berücksichtigt werden.

Ersten Einschränkungen in ihrer traditionellen Lebensweise begegneten die Tuareg durch die kolonialen Grenzziehungen Frankreichs, welche ihre Wander- und Handelswege behinderten. Durch postkoloniale Staatenbildungsprozesse ergaben sich Machtverschiebungen zu Gunsten der schwarzafrikanischen Bevölkerung, die einer gesellschaftlichen Degradierung und Demütigung für die Tuareg gleichkamen. Aufgrund ihrer historisch betriebenen Rassentrennung von „schwarzen“ Sklaven und „weißen“ Tuareg-Herren trafen sie ohnehin auf Verachtung bei Schwarzafricanern. Die heute vor allem im Zentrum und Norden des Niger ansässigen Tuareg – etwa acht Pro-

zent der 14 Millionen Nigrer – werden zu den „Weißafrikanern“ gerechnet. Jedoch ist die Mehrheit der Bevölkerung (etwa 55 Prozent Haussa, 21 Prozent Djerma-Songhai, neun Prozent Peul) schwarzafrikanischen Ursprungs und bewohnt vor allem den Süden des Landes. Dennoch wäre es verfehlt, den erneuten Aufstand als unausweichliche Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen oder Rassen anzusehen, zumal die Rebellen sich nicht allein aus Tuareg rekrutieren und umgekehrt auch Tuareg loyal zur Regierung stehen. Die nicht zu leugnenden Unterschiede zwischen Tuareg und dem Rest der nigrischen Bevölkerung erleichtern jedoch die Mobilisierung von Kämpfern im Kontext des Verteilungskonfliktes und erklären gleichzeitig das Marginalisierungsempfinden der Tuareg in der postkolonialen Zeit.

Nach der Unabhängigkeit des Niger im Jahr 1960 veranlasste die Angst vor der Unkontrollierbarkeit der Tuareg die Regierung zu dem Versuch, diese zur Sesshaftigkeit zu zwingen. Es folgten Landübertragungen an schwarzafrikanische Bauern aus dem Süden, welche die traditionelle Lebensweise der Tuareg erschwerten und sie in dem Glauben bestärkten, dass eine politisch gewollte ökonomische Benachteiligung der nördlichen Regionen bestehe. Die in den Tuareg-Gebieten erschlossenen Uranlager leiteten große Investitionsströme ins Land, die aber nur im geringen Maße den Tuareg zugute kamen. In langer Tradition einer staatsfernen Gesellschaftsordnung und als Reaktion auf die oben beschriebene Entwicklung zeigten die Tuareg deutliche Ablehnung von staatlichen Kontrollen und Reglementierungen durch einen von Schwarzafrikanern kontrollierten Staat. Neben dem ökonomischen Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd war die auch auf ethnischen Unterschieden beruhende repressive Regierungspolitik Niameys für das zunehmende Gefühl der Missachtung und Diskriminierung unter den Tuareg verantwortlich.

Saheldürren von 1968-1973 und 1983-1985 führten darüber hinaus zu einer radikalen Dezimierung der Viehbestände, die eine Tuareg-Auswanderung in Richtung der nordafrikanischen Staaten Libyen und Algerien zur Folge hatte. 1990 kehrten zehntausende Tuareg im Rahmen von Rückbildungsprogrammen in ihre ursprünglichen Gebiete zurück und fanden dort unzureichende Perspektiven und Erwerbsmöglichkeiten vor. Gerüchte um die staatliche Veruntreuung von internationalen Finanzhilfen für die von den Tuareg bewohnten Regionen heizten die Stimmung zusätzlich an. In dieser Situation entschlossen sich einige hundert Tuareg zum bewaffneten Kampf und initiierten die erste Revolte.

Die *Front pour la Libération de l'Air et de l'Azawad* (FLAA, Befreiungsfront von Air und Azawad), die sich aus der Bevölkerungsgruppe der Tuareg rekrutierte, begann im Frühjahr 1990, in den nördlichen Provinzen Polizeistationen und kleinere Militäreinheiten zu überfallen, um eine stärkere Berücksichtigung der Region in den Entwicklungsbemühungen des Staates zu erreichen. Darauf reagierten die Sicherheitsorgane mit Übergriffen auf die halbnomadisch lebenden Tuareg und lösten so große Flüchtlingsbewegungen

aus. Die Rebellenbewegung spaltete sich bald in Gruppen auf, die offenbar unterschiedliche Ziele verfolgten. Dazu gehörten der Rückzug der Armee aus den Siedlungsgebieten der Tuareg, die Revision von innerstaatlichen Grenzen, größere Autonomie, die Zulassung der Tuaregsprache Tamaschek als Unterrichtssprache und eine Beteiligung an den Erlösen des Uranbergbaus im Norden des Landes. Am 29. November 1997 konnten Splittergruppen der Rebellenbewegung eine Vereinbarung mit der Regierung in Niamey erzielen, die durch ein abschließendes Abkommen mit der verbleibenden Rebellengruppe im August 1998 ergänzt wurde. Eine öffentliche Zerstörung der Waffen im Jahr 2000 sollte auch symbolisch das Ende der Rebellion markieren und läutete eine siebenjährige, überwiegend gewaltlose Phase im Niger ein. Die Neugründung der MNJ geht unter anderem auf die Initiative Aghaly ag Alambos zurück, der bereits in den 1990er Jahren an Kampfhandlungen beteiligt war und schon damals die politischen Belange der Rebellenorganisation vertrat.

Die Kriegsführung des MNJ im Berichtsjahr basierte, wie schon in den 1990er Jahren, auf einer Guerilla-Taktik. Überfälle und Überraschungsangriffe kennzeichneten die Aktivitäten der Gruppierung. Im Februar des Berichtsjahres trat die MNJ zum ersten Mal auf die politische Bühne, indem sie die Verantwortung für den Angriff auf eine Militärbasis nahe Iferouane übernahm, bei der drei nigrische Soldaten getötet und zwei weitere entführt wurden. Am 20. April griffen MNJ-Anhänger eine Uranmine der französischen Areva-Gruppe an, die sich circa 1.200 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Niamey, nahe der algerischen Grenze, befindet. Die herausgehobene Bedeutung der Uranvorkommen wird durch die Auswahl der MNJ-Angriffsziele deutlich. Das nigrische Parlament bewilligte im Schnellverfahren 60 Millionen US-Dollar zur Sicherung der Uran- und Ölvorkommen. Präsident Tandja veranlasste die Verlegung von 4.000 Soldaten in die Region um Agadez, was circa 50 Prozent aller nigrischen Sicherheitskräfte ausmacht. Angriffe auf Elektrizitätswerke und Treibstofflager, die für die Energieversorgung von Uranminen sorgen, hielten jedoch an. Hierbei kam es auch zu Übergriffen auf Arbeiter von multinationalen Unternehmen, die Opfer von Entführungen wurden. Die MNJ-Forderung nach dem Rückzug aller ausländischen Minenarbeiter verdeutlicht den Willen der Gruppierung, weiterhin Angriffsziele nach ökonomischen Kriterien auszuwählen, um Druck auf die Regierung auszuüben.

Es wird erwartet, dass die Uranproduktion im nördlichen Niger deutliche Steigerungsraten aufweisen wird. Allein im Jahre 2006 wurden durch die Regierung in Niamey mehr als 90 neue Explorationsgenehmigungen an Unternehmen aus Kanada, China, Indien und den USA ausgegeben. Der Gewinn aus der Uranproduktion blieb bis heute überwiegend in den Händen internationaler Unternehmen wie der französischen Areva, die an den beiden nigrischen Uranproduzenten Somaïr und Cominak mehrheitlich beteiligt ist. Nach

Informationen des nigrischen Energieministeriums flossen lediglich fünfeinhalb Prozent der Gewinne des Uranhandels an den Staat, was 2006 nur einen Betrag von 22 Millionen US-Dollar ausmachte und die bisher ausgeprägte Monopolstellung Arevas bestätigt. Der nigrische Uranmarkt steht jedoch vor einem radikalen Umbruch. Im August 2007 kündigte der nigrische Energieminister Mohamed Abdoulaye die Beendigung der Monopolstellung Arevas an. Durch Diversifizierungen und neue Preisverhandlungen sind wesentliche Einnahmensteigerungen für die Regierung zu erwarten. Nach Aussagen der MNJ-Führung wird der bewaffnete Kampf erst dann aufhören, wenn die lokale Bevölkerung von den Ressourcengewinnen angemessen partizipiert.

Neben diesen ökonomischen Angriffszielen des MNJ wurden auch militärstrategisch wichtige Punkte attackiert. Der Juni des Berichtsjahres war der aktivste Monat der MNJ. Nach mehreren Gefechten und einem Überraschungsangriff auf den Flughafen in Agadez attackierten MNJ-Kämpfer am 22. Juni einen Armeeposten in der Region um Tazerzait, töteten 15 Regierungssoldaten und nahmen 72 gefangen. Der Konflikt zeichnete sich zusätzlich durch den massiven Einsatz von Landminen aus, die von beiden Parteien auf den Hauptstraßen rund um Agadez gelegt wurden und einen Großteil der Opfer forderten.

Am 24. August erklärte Präsident Tandja eine „Gefährdungslage“ als Vorstufe zur Verhängung des Ausnahmezustands über die Konfliktregion, die Ende November um weitere drei Monate verlängert wurde und den Sicherheitskräften mehr Handlungsspielraum bei der Verfolgung von „Banditen“ eröffnet. Die Berichterstattung von Fernseh- und Radiosendern über eine „Rebellion“ oder „Krise“ wurde massiv eingeschränkt. *Air Info*, eine nigrische Zeitung, wurde bereits zeitweilig ausgesetzt, an *Libération*, *L'Opinion* und *L'Événement* sprach man deutliche Warnungen aus. Journalisten verwehrte man den Zutritt zur Agadez-Region. Seitdem ist über das tatsächliche Vorgehen der Armee nur noch wenig bekannt geworden. Es kam zu fragwürdigen Verhaftungen von Reportern, was Mitte Oktober zu einem Protestmarsch von Journalisten und Menschenrechtsaktivisten in Niamey führte. Zeitgleich verhafteten Sicherheitskräfte mehrere Zivilisten in den Städten Agadez und Arlit aufgrund von angeblicher Komplizenschaft mit „illegalen“ Gruppierungen.

Im September verkündete die MNJ einen temporären Waffenstillstand, kündigte jedoch die Rückkehr zu den Waffen an, sobald der Ramadan beendet sei. Libyens Staatsoberhaupt Muammar al-Gaddafi, dem eine unterstützende Haltung gegenüber der Rebellenbewegung vorgeworfen wird, verhandelte mit dem MNJ und konnte die Freilassung von 14 Regierungssoldaten erreichen. Ein Angebot des burkinischen Außenministers Djibril Bassolet, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, war zuvor bereits durch die Regierung in Niamey ausgeschlagen worden. Der bislang letzte Angriff der MNJ datiert offenbar vom 25. Oktober, wobei in der Nähe von Touara min-

destens zwölf Regierungssoldaten ihr Leben verloren haben sollen. Dass ein nahes Ende der Kampfhandlungen nicht in Sicht ist, bestätigte sich am 9. Dezember, als Regierungstruppen einen vermeintlichen MNJ-Konvoi attackierten, wobei nach Regierungsangaben ein Rebell getötet wurde. Das Verteidigungsministerium musste jedoch eingestehen, sieben Zivilisten irrtümlich getötet zu haben.

Die Erfahrungen aus der ersten Rebellion lassen darauf schließen, dass ein Guerilla-Krieg für die nigrische Regierung militärisch nicht zu gewinnen ist. Eine baldige Beendigung des gewaltsamen Konfliktaustrages scheint nur dann in Sicht, wenn Präsident Tandja die Rebellengruppe anerkennt und in Verhandlungen eintritt. Im Gegensatz zum benachbarten Mali scheint die Regierung in Niamey davon noch weit entfernt (vgl. den Bericht zu Mali). Die Auswirkungen der weiteren innenpolitischen Entwicklungen bleiben abzuwarten. Spannungen in Teilen der Regierungskoalition, dem *Mouvement National de la Société de Développement – Convention Démocratique et Sociale* (MNSD-CDS, Nationale Bewegung der Gesellschaft zur Entwicklung – Demokratische und soziale Übereinkunft), führten aufgrund des Konfliktes bereits zu der Entlassung von Premierminister Hama Amadou. Die Parlamentswahlen 2008 könnten ebenfalls Veränderungen im politischen Gefüge bewirken. Auch die Gefahr eines Putsches ist akut, da sich die nigrische Armee ständigen Demütigungen durch die, aus Tuareg-Sicht, erfolgreichen Überfälle ausgesetzt sieht. Wahrscheinlich wird es auch zu einer Zersplitterung der Rebellenbewegung kommen. Die erste Abspaltung, die *Mouvement des Jeunes Arabes* (MJA, Bewegung der jungen Araber), hat es offenbar bereits im Sommer 2007 gegeben. Hier wird deutlich, dass die Rebellenbewegung in sich gespalten ist und unterschiedliche Ziele verfolgt. Ein Dialog zwischen den Konfliktparteien wird zusätzlich durch die zunehmende regionale Unsicherheit erschwert. Beobachter befürchten den Ausbruch einer humanitären Krise, da einige Regionen von dem Zugang zu Nahrungsmitteln und Medikamenten gänzlich abgeschnitten seien und im Norden der Handel von lebenswichtigen Gütern, wie Getreide oder Benzin, fast zum Erliegen gekommen sei.

Eine pessimistische Einschätzung der Lage kann aus einer Forderung Mohamed Anackos abgeleitet werden. Der nun gemäßigte Tuareg-Führer der ersten Rebellion berät die Regierung in Niamey und verlangt einen Einsatz der Vereinten Nationen, um einer Ausweitung des Konfliktes, auch über die nationalen Grenzen hinaus nach Mali, entgegenzuwirken. Dort hält seit September ein fragiler Waffenstillstand zwischen revoltierenden Tuareg und der malischen Regierung an. Dem MNJ-Führer Aghaly ag Alambo wird ein reger Kontakt mit dem malischen Aufstandsführer Ibrahim Ag Bahanga nachgesagt. „Spill-over“-Effekte und Vergeltungsmaßnahmen der Armee gegenüber der Tuaregbevölkerung könnten zu weiteren Solidarisierungen führen und den Konflikt verschärfen. In der Wüstenstadt Iferouane soll bereits ein Groß-

teil der 5.000 dort ansässigen Bewohner auf der Flucht sein, um weiteren „Schikanen“ der Armee zu entgehen. Trotz der bisher geringen Intensität der Kampfhandlungen und nur ungenügenden Angaben über die Größe des MNJ beinhaltet der Konflikt unter diesen Voraussetzungen noch Eskalationspotenzial.

Benjamin Werner

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

- Brüne, Stefan: Der „Tuareg-Konflikt“. Friedenskonsolidierung durch Entwicklungszusammenarbeit, in: Engel, Ulf Engel/Jakobeit, Cord/Mehler, Andreas/Schubert, Gunter (Hrsg.): Navigieren in der Weltgesellschaft. Festschrift für Rainer Tetzlaff, Münster 2005, S. 99-111
- Decalo, Samuel: Historical Dictionary of Niger (African Historical Dictionaries 72), London 1997
- Idrissa, Kimba (Hrsg.): Le Niger. État et démocratie, Paris 2001
- Niger. Conflict could spread, in: Africa Research Bulletin. Political, Social and Cultural Series (44/9), October 2007, S. 17242B-17243C
- Wegemund, Regina: Die Tuareg in Mali und Niger: Rebellion einer Ethnie, vergleichbare Konfliktsachen, unterschiedlicher Verlauf, in: Internationales Afrikaforum 36 (2000), S. 379-387
- <http://www.africatime.com/niger/index.asp> (Links)
- http://www.etat.sciencespobordeaux.fr/_anglais/institutionnel/niger.html (Institutionen)
- http://www.izf.net/affiche_oscar.php?categorie_id=288 (Links)
- <http://m-n-j.blogspot.com/> (MNJ-Seite)
- <http://www.assemblee.ne/> (Parlament Nigers)
- <http://www.presidence.ne/> (Präsidentenamt Nigers)

Nigeria (Nigerdelta)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 2003

Beteiligte: MEND / NDPVF / NDV/ Nigeria

Das Nigerdelta blickt auf ein konfliktreiches Jahr zurück: Die Region verzeichnete mehr Geiselnahmen als je zuvor, zudem zahlreiche Sabotageakte an Ölförderungsanlagen und heftige Auseinandersetzungen zwischen Rebellen und Militärs. Zwischen politisch motivierten Handlungen der Rebellengruppen und reinen Akten der Kriminalität zu unterscheiden, war kaum mehr möglich. Rund um das Konfliktgeschehen im Nigerdelta hat sich eine Kriegsökonomie entwickelt, die den Konflikt nährt und eine friedliche Lösung zunehmend erschwert. Nigerias neu gewählter Präsidenten Umar Yar' Adua traf bei seinem Versuch, eine friedliche Lösung des Konfliktes zu verhandeln, auf einen einflussreichen und zugleich schwer fassbaren Gegner, die *Movement for the Emancipation of Niger Delta* (MEND). Die MEND agierte

wie ein Netzwerk unabhängiger Zellen, feste Hierarchien und eine klar benennbare Führungsriege waren nicht erkennbar. Obwohl der Konflikt im Nigerdelta eines der Schwerpunktthemen der neuen Regierung war und Förderungsprogramme für die Region beschlossen wurden, verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen Rebellen und der Regierung beziehungsweise privaten Ölförderungsunternehmen.

Das Nigerdelta erstreckt sich über neun Bundesstaaten im Süden des Landes, darunter Delta, Bayelsa und River. Es ist Siedlungsgebiet etwa 40 verschiedener Ethnien, von denen die Ijaw, die Itsekiri und die Urhobo zahlenmäßig dominieren. Das Nigerdelta ist das Hauptölfördergebiet Nigerias und Ölexporte sorgen für knapp 80 Prozent der Staatseinnahmen. Doch ist der Ressourcenreichtum für den Großteil der Bevölkerung eher Fluch als Segen. Fischfang und Ackerbau wurden als ökonomische Lebensgrundlagen der Bevölkerung zunehmend zerstört. Obwohl die Regierung Nigerias 13 Prozent der Öleinnahmen an den Bundesstaat zurückgeben muss, aus dessen Gebiet das Öl stammt, werden die Gelder von den lokalen Politiker nicht wie vorgesehen dazu verwendet, die öffentliche Grundversorgung sicherzustellen.

Allerdings verfolgen viele Gruppierungen, die sich selbst als Rebellenorganisationen bezeichnen, im Nigerdelta keine konkreten politischen Ziele. In Nigeria hat sich eine umsatzstarke Schattenwirtschaft etabliert, die insbesondere im Nigerdelta floriert. Große Teile der Region sind wegen des sumpfigen Terrains mit weit verzweigten Flussarmen schwer von der Staatsgewalt zu kontrollieren. Individuelle Bereicherung durch Ölschmuggel, Erpressungen oder Entführungen sind dort weit verbreitet. Aber auch politisch motivierte Gruppen nutzen diese Mittel zur Finanzierung, was die Differenzierung zwischen politischen und kriminellen Gruppierungen fast unmöglich macht. Insbesondere arbeitslose Jugendliche stellen eine Rekrutierungsbasis sowohl für die verschiedenen ethnisch-politisch motivierten Milizen als auch für kriminelle Banden dar.

Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Milizen lokaler Volksgruppen und der Regierung oder den Milizen untereinander lassen sich seit der Ermordung von Ken Saro-Wiwa und seiner Führungsriege 1995 beobachten, die für eine politische Autonomie des Ogoni-Volkes und Teilhabe an der Ölförderung eintraten. Im Zentrum des Konfliktgeschehens stehen heute jedoch vor allem Angehörige des Ijaw-Volkes, deren Milizen sich auch gegenseitig um Teilhabe an Ressourcengewinnen bekämpfen. Die Namen der aktiven Ijaw-Milizen haben sich im Verlauf des Konfliktes mehrfach geändert. Bis ins Jahr 2000 waren nach eigenen Angaben 6.500 Kämpfer der *Niger Delta People's Volunteer Force* (NDPVF) aktiv. Anführer des NDPVF war Mujahid Dokubo Asari. Ihnen entgegen standen die zahlenmäßig kleineren *Niger Delta Vigilantes* (NDV), die von Ateke Tom geführt wurden. Angeblich wurden beide Milizen während des Wahlkampfs 2003 von Nigerias Regierungspartei *People's Democratic Party* (PDP) bewaffnet und finanziert,

um Wähler einzuschüchtern. Zunächst soll die PDP die NDPVF ausgerüstet haben; später dann die NDV, um den Einfluss der NDPVF wieder zu begrenzen. Im Oktober 2004 nahm die Bundesregierung Verhandlungen mit Dokubo Asari und Ateke Tom auf. Rebellen und Regierung einigten sich im Juni 2005 auf einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. NDPVF Führer Dokubo Asari ließ seine Rebellenarmee große Mengen an automatischen Waffen abgeben und sollte im Gegenzug Geld und Straffreiheit erhalten. Dennoch wurde er im September 2005 wegen angeblichen Staatsverrats verhaftet, da er sich öffentlich für eine Teilung Nigerias ausgesprochen haben soll.

Die Abwesenheit des Anführers schwächte die NDPVF und ließ neue Gruppierungen in der Region entstehen. Mindestens fünf größere organisierte Milizengruppen mit mehreren tausend Anhängern kämpfen seitdem im Nigerdelta. Seit dem Jahreswechsel 2005/2006 dominiert die MEND das Kriegsgeschehen. Es wird vermutet, dass es sich nicht um eine feste Gruppierung, sondern um einen flexiblen Zusammenschluss unterschiedlicher Rebellengruppen aus allen Regionen des Nigerdeltas handelt, vor allem um Ijaw-Milizen. Diese operieren zum Teil unter eigenem Namen, zum Teil unter der Bezeichnung MEND. Die Führungsriege der MEND ist unbekannt. In nigerianischen und internationalen Medien sprechen unterschiedliche Personen für die MEND und bezeichnen sich selbst als Anführer. Entscheidender Akteur der Gruppe war Jomo Gbomo. Er spricht wiederholt im Namen der Gruppe mit den Medien und gilt als eine der Schlüsselfiguren der Bewegung. Vermutlich handelt es sich um ein Pseudonym, hinter dem sich der Geschäftsmann Henry Okah verbergen soll.

Im Jahr 2006 erklärte die MEND der nigerianischen Regierung und den im Nigerdelta operierenden Ölfirmen offiziell den Krieg. In ungewohnter Härte und Intensität gingen die Rebellengruppen vor. Neben allgemein formulierten Forderungen nach mehr Ressourcenkontrolle und politischer Selbstbestimmung, verlangten sie konkret die Freilassung des NDPVF-Anführers Dokubo Asari sowie des wegen Korruption und Hochverrats einsitzenden ehemaligen Gouverneurs von Bayelsa, Dipreye Alamieyeseigha. Die nigerianischen Medien zogen für das Konfliktjahres 2006 folgende Bilanz: Mindestens 94 Menschen, darunter Rebellen und Zivilisten, wurden von Soldaten getötet; 17 Mal besetzten Regierungstruppen auf der Suche nach Rebellenlagern Kommunen in der Region. Elf ausländische Ölarbeiter wurden bei Überfällen von Rebellen oder Kriminellen getötet; 41 ausländische Ölarbeiter wurden von Rebellen oder Kriminellen entführt und über längere Zeit gefangen gehalten, 365 Ölarbeiter wurden entführt und kurz darauf unversehrt frei gelassen. 17 Mal kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Rebellengruppen, bei denen 64 Soldaten starben. 14 Mal stürmten und besetzten Rebellen oder andere lokale Gruppierungen Ölförderungseinrichtungen in der Region; sechs Öl-Pipelines und

andere Ölförderungseinrichtungen wurden von Rebellengruppen zerstört, sechs Bombenanschläge verübt.

Im Berichtsjahr spitzte sich der Konflikt im Nigerdelta zu. Allein in Januar und Februar entführten Rebellen und kriminelle Banden mehr als 50 ausländische Ölarbeiter. Dabei handelte es sich in den meisten Fällen um kriminell motivierte Taten, bei denen Lösegeldzahlungen im Fordergrund standen. Das *UN Integrated Regional Information Network* (IRIN) vermutete, dass sich auch Kandidaten der politischen Parteien durch Auftragsentführungen ihre Wahlkämpfe finanzierten. Die Rebellenorganisation MEND bekannte sich eindeutig nur zu wenigen Entführungen. Ein Beispiel war die Entführung von vier Mitarbeitern des italienischen Ölkonzerns AGIP Ende 2006 in Brass im Bayelsa State. Die MEND forderte im Januar des Berichtsjahrs einen Gefangenentausch zwischen den Geiseln und dem inhaftierten Dokubo Asari und Ex-Gouverneur Alameighesigha. Sie ließen die Geiseln nach mehreren Wochen jedoch unversehrt und ohne Erfüllung ihrer Forderungen wieder frei. Im Berichtsjahr stieg nicht nur die Zahl der entführten ausländischen Ölarbeiter, auch die Angehörigen lokaler Politiker sowie Regierungsbeamte selbst gerieten ins Visier der Kidnapper. Auch wenn die Entführungen zum Teil brutal durchgeführt wurden, überlebten die Entführten sogar längere Geiselhaft in der Regel unversehrt. Im Berichtsjahr starb nur eine Geisel in Haft.

Die Auseinandersetzung um Lösegeldzahlungen zwischen kriminellen Banden und Rebellengruppen fand ihren Höhepunkt in der Entführung der dreijährigen Engländerin Margaret Hill am 5. Juli des Berichtsjahrs, die auch international Aufsehen erregte. Die Schülerin war bereits das dritte entführte Kind im Nigerdelta. Nicht nur die Regierung, auch MEND, NDPVF und weitere Rebellenorganisationen verurteilten die Tat. Die Rebellenorganisationen boten ihre Hilfe bei der Suche nach dem Mädchen an. Nach vier Tagen wurde das Kind unversehrt freigelassen. Ob Lösegeld gezahlt wurde, blieb ungeklärt, ebenso die Frage nach den Tätern. Hervorzuheben ist der zumindest offizielle Schulterchluss zwischen Regierung und Rebellen im Kampf gegen kommerzielles Kidnapping.

Wiederholt kam es im Berichtsjahr zu Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Rebellengruppen beziehungsweise zwischen Rebellengruppen und kriminellen Banden. In Port Hartcourt im River State, lieferten sich MEND und NDV während des Berichtsjahrs Straßenkämpfe, bei denen mindestens 30 Menschen starben. Die offenen Anfeindungen zwischen MEND und NDPVF führten zum Ende des Berichtsjahrs auch zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen den rivalisierenden Gruppen. Am 2. Mai sollen nach Medienberichten bei einer Auseinandersetzung zwischen militanten Gruppen in Bayelsa State mindestens zehn Menschen ums Leben gekommen sein. Wenige Wochen später stürmten MEND-Rebellen das Lager der Gruppe *Niger Delta Freedom Fighters* (NDFF) um acht dort festgehalte-

ne Geiseln gewaltsam zu befreien. Die MEND hatte zuvor die Strategie der NDFF, sich durch Lösegeldzahlungen zu finanzieren, scharf kritisiert.

Die MEND erkannte, dass es zunehmend schwieriger wurde, sich von kriminellen Banden in der Region zu distanzieren, solange die Rebellengruppe ebenfalls vor allem durch Entführungen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zog. Darum verkündete sie zu Beginn des Berichtsjahrs einen Strategiewechsel und drohte vor allem mit Sabotageakten. Am 9. Mai zerstörten Rebellen der MEND drei der Hauptpipelines des italienischen Ölkonzerns AGIP in Bayelsa State und verursachten einen Millionenschaden. Im November sprengten sie eine Ölpipeline des Konzerns Shell am Forcados-Terminal im Delta State in die Luft und verübten vier weitere Anschläge auf Ölförderanlagen. Die anhalten Konflikte in der Region führten im Berichtsjahr zu finanziellen Verlusten des Staates. Viele Ölfirmen hatten Förderanlagen aus Sicherheitsgründen und nach Sabotageakten geschlossen.

Am 14. und 21. April des Berichtsjahrs fanden die mit Spannung erwarteten Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Parlamentswahlen statt. Der Konflikt im Nigerdelta war eines der zentralen Wahlkampfthemen. Der Kandidat der regierenden Partei PDP Yar' Adua ernannte den aus dem Nigerdelta stammenden Goodluck Jonathan zum Vizepräsidentenskandidat und kündigte massive Investitionen in Entwicklung und Infrastruktur der Region an. Während der Wahltag kam es zu Unruhen, vor allem im Nigerdelta. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen starben nach Regierungsangaben etwa 60 Menschen, davon die Hälfte in den Staaten des Nigerdelta. Die *International Crisis Group* (ICG) sprach dagegen von mehr als 200 Toten. Die regierende Partei PDP siegte bei Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Parlamentswahlen mit deutlicher Mehrheit. Nationale und internationale Wahlbeobachter beobachteten massive Eingriffe. Die Wahlen waren weder frei noch fair. Bei den Wahlen 1999 und 2003 war es gängige Praxis gewesen, dass Kandidaten der politischen Parteien sich Rebellengruppen kauften, um Druck auf die Wähler oder politische Gegner auszuüben. Im Berichtsjahr konnten vereinzelt Allianzen zwischen Rebellen und Politikern beobachtet werden, allerdings war nach Medienangaben die MEND dabei nicht beteiligt.

Während die strukturellen Probleme des Nigerdeltas in den Vorjahren häufig ignoriert worden waren, rückten die Wahlen das Thema in den Vordergrund. So legte am 23. März des Berichtsjahrs die *Niger Delta Development Commission* (NDDC), die bisher wenig Erfolge vorweisen konnte, den Niger Delta Development Master Plan vor. Mit dem Einsatz von 50 Milliarden US-Dollar solle die Region in den nächsten 15 Jahren ökonomisch und sozial stabilisiert und neben der Ölförderung weitere Einnahmequellen gefördert werden. Der neu gewählte Präsident erinnerte sich an sein Wahlkampfversprechen: Bei der Haushaltsplanung im November berücksichtigte die Regierung die Region in besonderem Maße und sprach der NDDC 566 Millionen US-Dollar zu, mehr als doppelt so viel wie im vorangegangenen Jahr.

Regierungsgruppen und Rebellenarmeen lieferten sich im Berichtsjahr vor allem in Port Hartcourt, der Hauptstadt von River State, heftige Gefechte. Am 29. Januar stürmten 60 Rebellen der MEND die örtliche Polizeistation und das State Investigation and Intelligence Bureau und befreiten den Rebellenführer Sobomabo George, der am Vortag verhaftet worden war, sowie 125 weitere Gefangene. Nach Medienangaben forderte die Aktion mindestens fünf Tote und mehrere Verletzte. Die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen setzten sich im gesamten Berichtsjahr fort. Als die Situation im August eskalierte, forderte der Gouverneur daraufhin für sechs Monate eine verstärkte Militärpräsenz.

Die Freilassung des Rebellenführers Dokubo Asari sowie des ehemaligen Gouverneurs von Bayelsa State, Alameighesigha, war in den ersten Monaten des Berichtsjahrs die zentrale Forderung der Rebellen gegenüber der Regierung. Am 14. Juni wurde Dokubo Asari aus gesundheitlichen Gründen und mit strengen Auflagen aus der Haft entlassen. Der wegen Korruption angeklagte Alameighesigha bekannte sich am 30. Juli des Berichtsjahrs schuldig und erhielt eine Haftstrafe von zwei Jahren, die er bereits in Untersuchungshaft verbüßt hatte. Er wurde ebenfalls aus der Haft entlassen. Beide Männer kündigten an, sich zukünftig mit der Regierung für Frieden in der Region einzusetzen. Dokubo Asari begann Gespräche mit Führern verschiedener Rebellengruppen, darunter auch mit seinem langjährigen Rivalen Ateke Tom. Die MEND verhielt sich jedoch zurückhaltend und betonte, ihre Forderungen nach Ressourcenkontrolle und Selbstbestimmung seien noch immer nicht erfüllt. Insbesondere mit der Freilassung des Rebellenführers Dokubo Asari war die Hoffnung verbunden, er könne die zersplitterten Rebellengruppen zusammenbringen und langfristige Friedensverhandlungen initiieren. Das Gegenteil war der Fall. Dokubo Asari äußerte wiederholt Kritik an den Taktiken der MEND und bezeichnete deren mutmaßlichen Anführer Henry Okah als Verbrecher. Die MEND drohte der NDPVF anschließend mit Gewalt und es kam zu Ausschreitungen zwischen den Mitgliedern beider Gruppen.

Im Berichtsjahr scheiterten mehrere Versuche, den Konflikt im Nigerdelta friedlich zu lösen. Dabei schien bereits im Februar eine Annäherung möglich, als die Rebellen der MEND einen Friedensvertrag und die Abgabe der Waffen nicht kategorisch ausschlossen, im Gegenzug aber die Freilassung Dokubo Asaris und eine Generalamnestie für alle Rebellen forderten. Am 7. Mai allerdings erklärte die MEND alle Gespräche für gescheitert und gab eine Warnung an Ölfunktionen, ausländische Staatsoberhäupter und die nigerianische Regierung heraus, in der sie alle Ölarbeiter aufforderte, das Land zu verlassen. In seiner Rede zum Amtsantritt am 29. Mai des Berichtsjahrs rief Yar' Adua zu Friedensverhandlungen im Nigerdelta auf. Die MEND sicherte der Regierung daraufhin einen zunächst einmonatigen, einseitigen Waffenstillstand zu. Die NDV unter Ateke Tom kündigte eine dreimonatige Waffenruhe an. Regierung und Rebellen an einen Verhandlungs-

tisch zu bringen, erwies sich jedoch als unmöglich. Eine bereits angekündigte Konferenz zum Konflikt im Nigerdelta wurde abgesagt, nachdem die Rebellenführer der MEND nicht erscheinen wollten. Am 30. Juni traf sich Vizepräsident Jonathan statt dessen mit MEND-Rebellen in Delta State. Medienberichten zu Folge forderten die Rebellen bei diesem Treffen zwei neue Staaten für die Ijaw: Oil Rivers und Toruebe. Die Regierung gab keinen Kommentar zu dieser Forderung ab.

In Angola nahmen Sicherheitsbeamte am 3. September Henry Okah und eine Begleitperson wegen Verdacht auf illegalen Waffenhandel fest. Nach Aussagen der MEND und der Familie des Verhafteten sei die Festnahme willkürlich und ohne ausreichende Beweise erfolgt. Die Medien vermuteten darin den Versuch der nigerianischen Regierung, einen der führenden Köpfe der MEND auszuschalten. Am 2. Oktober kommentierte die nigerianische Regierung erstmals die Verhaftung Okahs und sagte, sie würden sich für eine Auslieferung des Gefangenen nach Nigeria einsetzen. Bis zum Ende des Berichtsjahr blieb Okah jedoch in Angola in Haft.

Als Reaktion auf die Verhaftung Okahs beendeten die MEND am 25. September den mittlerweile vier Monate andauernden Waffenstillstand zwischen Rebellen und Regierung. Sie forderte die Regierungen Nigerias und Angolas auf, Okah umgehend aus Mangel an Beweisen freizulassen, und unterstrich diese Forderung mit einer Reihe von Anschlägen. 300 Rebellen attackierten am 22. Oktober ein Ölfeld des Shell-Konzerns in Bayelsa State und entführten sieben Mitarbeiter, die sie aber nach 48 Stunden unversehrt freiließen. Die Armee verstärkte ihre Präsenz in der Region. Die MEND drohte, auch Anschläge außerhalb des Nigerdelta durchzuführen, sollten die Militäreinsätze und Razzien in der Region nicht aufhören. Am 27. November wandte sich Präsident Yar'Adua mit der Bitte um Friedensverhandlungen an die Rebellen. Die MEND ging auf diese Forderungen nicht ein, sondern rief am 17. Dezember die anderen im Nigerdelta agierenden Rebellengruppen auf, sich zum Kampf gegen die Regierung zusammenzuschließen.

Ein Ende des Konflikts ist für das kommende Jahr nicht zu erwarten. Die zunehmende Zersplitterung der großen Rebellenorganisationen und die diffusen Grenzen zwischen Rebellengruppen und kriminellen Banden zeigt, dass die Akteure dieses Konfliktes immer schwerer zu identifizieren sein werden. Friedensverhandlungen erscheinen vor diesem Hintergrund kaum möglich, da die Gegner der Regierung nicht geschlossen agieren. Auch wenn die Freilassung Henry Okahs zum Ende des Berichtsjahres von Seiten der MEND als zentrale Bedingung für Friedensverhandlungen dargestellt wird, so zeigt die Erfahrung nach der Freilassung Dokubo Asaris, dass auch die Erfüllung solcher Forderungen nicht zwangsläufig eine Entspannung der Krisensituation zur Folge hat. Bedrohlich erscheinen vor allem die wiederholten Ankündigungen der MEND, auch außerhalb des Nigerdeltas Anschläge auf öffentliche Einrichtungen durchzuführen. Nicht nur ein Anstieg der Auseinandersetzungen

zungen zwischen Regierung und Rebellen ist für das nächste Jahr zu erwarten, auch die Konflikte der Rebellengruppen untereinander werden zunehmen. Insgesamt ist mit einer Verbesserung der Sicherheitslage nicht zu rechnen.

Swenja Kopp

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

- Hanson, Stephanie: MEND. The Niger Delta's Umbrella Militant Group (Council on Foreign Relations), 2007: <http://www.cfr.org/publication/12920>
- Human Rights Watch: Chop Fine. The Human Rights Impact of Local Government Corruption and Mismanagement in Rivers State, Nigeria, 2007: <http://www.hrw.org>
- International Crisis Group: Nigeria. Ending Unrest in the Niger Delta, 2007: <http://www.icg.org>
- Nwajiaku, Kathryn: Between Discourse and Reality – The Politics and Ethnic Nationalism in the Niger Delta, in: *Cahiers d'Etudes Africaines* 45 (2005), S. 457-496
- Omotola, Shola: The Next Gulf? Oil Politics, Environmental Apocalypse and Rising Tension in the Niger Delta (ACCORD Occasional Paper), Durban 2006
- <http://www.nguardiannews.com> (Nigerianische Tageszeitung)
- <http://www.vanguardngr.com> (Nigerianische Tageszeitung)

Senegal (Casamance)

(*Bewaffneter Konflikt*)

Beginn: 1990 (Krieg 1990-2004)

Beteiligte: MFDC (*Front Nord*) / MFDC (*Front Sud*), Senegal

Das herausragende Ereignis des Berichtsjahres war der Tod Augustin Diamacoune Senghoro am 14. Januar 2007. Der katholische Geistliche hatte die Rebellenbewegung *Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance* (MFDC, Bewegung der Demokratischen Kräfte der Casamance) seit ihrer Gründung vor 25 Jahren angeführt. Mit dem Ableben des Anführers vertieften sich bestehende Spaltungen der Rebellen. Auch wurde eine weitere friedliche Konfliktbearbeitung blockiert, da Diamacoune der bedeutendste Verhandlungspartner des Staates in Friedensgesprächen gewesen war. Die MFDC war 1982 zum Kampf für die Unabhängigkeit der Region gegründet worden. In den letzten Jahren stellten jedoch Kämpfe zwischen den oft vom staatlichen Militär unterstützten, moderaten Einheiten Diamacounes und radikalen Gegnern von Friedensabkommen einen wichtigen Teil der Auseinandersetzungen dar.

Die Durchsetzung staatlicher Herrschaft in der Casamance gestaltete sich seit Beginn der Kolonialzeit schwierig und gewaltbelastet. Die Franzosen verwalteten den Senegal überwiegend indirekt mit der Hilfe islamischer Führer. Die außerhalb der islamischen Netzwerke stehenden und wenig hierarchisch organisierten Gemeinschaften der westlichen Casamance ließen sich

auf diese Weise allerdings nicht kontrollieren. Die Bevölkerung wurde schließlich vor allem durch Rekrutierung in die staatliche Bürokratie und in das Militär in den Staat eingebunden. Diese Politik wurde zunächst auch nach der Unabhängigkeit 1960 fortgesetzt. Im Zuge einer Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren wurde ein Einstellungsstopp verhängt, durch den der Weg sozialen Aufstiegs in der Region blockiert wurde. Darüber hinaus wurde die Ausbeutung der Ressourcen der im Vergleich zum Norden fruchtbareren Casamance intensiviert. In diesem Kontext stattfindende Landenteignungen und die Ausbeutung der Fischressourcen durch Zuwanderer aus dem Norden sowie deren Bevorzugung im Dienstleistungssektor bildeten den unmittelbaren Hintergrund des Konflikts.

Die MFDC wurde von Diamacoune und dem aktuellen Auslandsgeneralsekretär Mamadou „Nkrumah“ Sané gegründet. Sie begriff sich als Repräsentantin einer vom politischen Zentrum ausgebeuteten und politisch marginalisierten kulturellen Minderheit. Ideologisch verschrieb sie sich einem auf die Großregion Casamance bezogenen Nationalismus, der allerdings vor allem im Westen der Region und bei der dort majoritären Ethnie der Diola populär war. Den Auftakt der bewaffneten Auseinandersetzung bildeten zwei pro-separatistische und mit Gewalt niedergeschlagene Demonstrationen im Dezember 1982 und im Dezember 1983, in deren Folgezeit es schrittweise zur Ausweitung der Gewalt kam. Ab 1985 wurde im Untergrund unter Führung von Sidi Badji der militärische Flügel der MFDC, *Atika* (Krieger), aufgebaut. Seine Kämpfer rekrutierten sich aus entlassenen Soldaten der senegalesischen Armee und heranwachsenden Diola. In den letzten Jahren wurde die personelle Stärke der MFDC auf 2.000 bis 4.000 Mitglieder geschätzt. Im April 1990 verübten die Separatisten ihren ersten planmäßig ausgeführten Anschlag auf einen Zollposten, gefolgt von einer Serie von Angriffen auf staatliche Einrichtungen. Seither wurden die kriegesischen Konfrontationen seitens der MFDC mit leichten Waffen geführt. Die Auseinandersetzungen, die bisher 3.500 bis 5.000 Menschenleben forderten, fanden praktisch ausschließlich im westlichsten Drittel der Casamance statt. Das Kampfgeschehen folgte über die Jahre weitgehend demselben Muster. Jedes Jahr fanden mehrere, meist nur sehr kurz dauernde Angriffe auf die Streitkräfte beziehungsweise staatliche Institutionen statt, in deren Anschluss sich die Rebellen zurückzogen. Hinzu kamen Raubüberfälle auf Dörfer und Fahrzeuge. Ein bis zwei Mal pro Jahr ging die Armee in größeren Operationen vor und durchkämte Landstriche, wobei es regelmäßig zu Kämpfen kam. Schließlich kämpften sporadisch einzelne Splittergruppen der Rebellen um interne Führungspositionen und die Kontrolle bestimmter Landstriche. Ein wesentliches Merkmal des Kriegsgeschehens waren auch die vielen Anläufe zu einer Verhandlungslösung. Zwischen 1991 und 2004 wurden acht Waffenstillstände und Friedensverträge unterzeichnet, die jedoch jeweils nur von kleinen Gruppen innerhalb der MFDC anerkannt wurden.

Die MFDC war seit ihrer Gründung Verfallstendenzen ausgesetzt. Bereits 1992 manifestierte sich dies in der Spaltung in eine *Front Nord* unter Militärführer Sidi Badji und eine *Front Sud* unter Diamacoune. Badji hatte mit dem senegalesischen Staat einen Friedensvertrag unterzeichnet, der von Diamacoune nicht anerkannt worden war. Der *Front-Nord*-Anführer zog sich mit seinen Kämpfern in seine Heimatgegend zurück, das Departement Bignona im Nordwesten der Casamance. Die nicht entwaffneten Rebellen kontrollierten dort seither informell bedeutende Bereiche des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. Erst 2001 fanden erneut Kämpfe der *Front Nord* mit staatlichen Sicherheitskräften statt.

Diamacoune kontrollierte auch innerhalb der *Front Sud* nur einen Teil der Kämpfer. Dies war insbesondere die nach der größten MFDC-Basis in Guinea-Bissau benannte Kassolol-Fraktion, zuletzt angeführt von César Atoute Badiatte. Ihr gegenüber stand insbesondere die von Salif Sadio angeführte Splittergruppe, die als radikalste gilt und für die Mehrzahl der Raubüberfälle auf Autos und Dörfer sowie Kämpfe mit Regierungstruppen verantwortlich gemacht wird. Sadio war 1995 von Diamacoune in dem Versuch, ihn einzubinden, zum Militärführer der *Front Sud* ernannt worden. Er hatte jedoch weiterhin eigenständig agiert und war 1999 wieder abgesetzt worden.

Der Konflikt hat eine deutliche regionale Komponente. Sowohl Gambia als auch Teile des Militärs Guinea-Bissaus unterhielten zeitweilig enge Verbindungen mit den Rebellen. Der Großteil ihrer Waffen stammt aus Beständen der bissauischen Armee. Der Senegal hat sporadisch Basen der MFDC in Guinea-Bissau angegriffen. Darüber hinaus intervenierte er 1998 militärisch auf Seiten des Präsidenten im Krieg um die Macht in Guinea-Bissau. Der Präsident war durch putschende Teile des Militärs angegriffen worden, welche von Einheiten der MFDC unterstützt wurden. Die bissauischen Präsidenten seit 1999 haben sich um gute Beziehungen zum Senegal bemüht und das Militär ist zum Teil in Kooperation mit der senegalesischen Armee mehrfach gegen radikale Rebellenfraktionen vorgegangen. Gambias Haltung war wechselhaft. Der gambische Präsident, selbst durch einen Militärputsch an die Macht gekommen, steht der eigenen Armee misstrauisch gegenüber und soll seit langem Kämpfer der *Front Nord* in seine Leibgarde integriert haben.

Im Jahre 2000 wurde der langjährige Oppositionspolitiker Abdoulaye Wade zum Präsidenten des Senegal gewählt. Seine Partei hatte angesichts des Legitimitätsverlustes der alten Regierung eine starke Position in der Casamance aufbauen können. Wade hatte damit gerechnet, aufgrund seiner Beziehungen in die Region den Konflikt schnell beilegen zu können, was sich jedoch nicht bewahrheitete. Im Jahre 2001 fand eine der größten Militäraktionen des Staates statt, die die Beseitigung der Kontrolle der *Front Nord* über Bignona zum Ziel hatte. Nachdem deren Vertreibung zunächst geglückt schien, konnte sie jedoch in den Folgejahren ihre Machtposition wieder aufbauen. Im Mai 2003 verstarb Sidi Badji, der langjährige Anführer der *Front*

Nord. Als neuer Chef der *Front Nord* konnte sich Ismail Magne Diémé durchsetzen.

Innerhalb der *Front Sud* war Diamacoune in den letzten Jahren häufig Anfechtungen ausgesetzt gewesen. In der Folge kam es am 20. September 2004 mit seinem Rücktritt zu einem offiziellen Führungswechsel. Zu seinem Nachfolger an der Spitze der MFDC wurde Jean-Marie Biagui gewählt. Biagui hatte sich in der französischen Auslandssektion der MFDC einen Namen gemacht und war in den letzten Jahren von Diamacoune zum Kader der Inlandsführung aufgebaut worden. Biaguis erklärtes Ziel war, im Rahmen eines landesweiten Dezentralisierungsprogramms eine möglichst große Autonomie für die Casamance zu erreichen. Allerdings blieb Diamacoune faktisch die bedeutendste Führungsperson der MFDC. Am 31. Dezember 2004 unterzeichneten er und Präsident Wade erneut einen Friedensvertrag, gegen den sich jedoch mindestens drei Splittergruppen der Rebellen aussprachen. Auch blieben die internen Rivalitäten intensiv. Zwischen Juni 2005 und März 2006 wurde der Generalsekretärsposten von Ansoumana Badji übernommen, bevor sich Biagui erneut durchsetzen konnte. Nachdem 2005 vergleichsweise friedlich verlaufen war, war 2006 wieder eine Zunahme der Gewalttaten zu verzeichnen. Die Kämpfe verliefen sowohl zwischen verfeindeten Faktionen der MFDC als auch zwischen Rebellen und dem senegalesischen beziehungsweise bissauischen Militär. Eine der Konfliktparteien war meist die von Salif Sadio geführte Splittergruppe, welche 2006 die bisher praktisch vollständig vom Kriegsgeschehen ausgenommene Region Kalounayes im Osten Bignonas unter Kontrolle bringen konnte. Auch wurde ihr das Attentat auf den Präsidenten des Regionalrates der westlichen Casamance vom 30. Dezember 2006 zugeschrieben. Es wurde ein Mordverdächtiger festgenommen, der zwei Monate später in Gewahrsam der Sicherheitskräfte Suizid begangen haben soll. Ein ebenfalls wichtiges Ereignis des Jahres 2006 war die Festnahme von etwa 20 MFDC-Mitgliedern in Gambia, darunter nahezu die gesamte Führungsriege der *Front Nord*. Die Rebellenführer wurden vom Präsidenten Yaya Jammeh der Vorbereitung eines Putsches beschuldigt. Die *Front Nord* warf Jammeh daraufhin vor, mit der Festnahme die Stärkung Salif Sadios zu bezwecken, gegen den sie in letzter Zeit offensiv vorgegangen war. Sadio soll, ebenso wie bis 2006 die *Front Nord*, Teile der Leibgarde des Präsidenten stellen.

Augustin Diamacoune Senghors Gesundheitszustand verschlechterte sich 2006. Nach einem längeren Aufenthalt in einem Privatkrankenhaus der Hauptstadt Dakar wurde er im Oktober in ein Militärkrankenhaus in Frankreich überstellt. Das Berichtsjahr war geprägt vom Tod des Rebellenführers, der am 14. Januar im Alter von 79 Jahren in dem französischen Krankenhaus verstarb. Mit dem Verlust der Integrationsfigur schien der Zerfall der MFDC in autonome Einheiten endgültig besiegelt. Generalsekretär Jean-Marie Biagui, sei Rivale Ansoumana Badji und Militäarchef César Atoute Badiatte be-

anspruchten die Nachfolge Diamacounes. Salif Sadio forderte weiterhin die führende Rolle im bewaffneten Kampf und wurde hierin vom Mitbegründer der MFDC, Mamadou „Nkrumah“ Sané, unterstützt. Diese Unterstützung der Radikalen war jedoch in erster Linie Ausdruck der Isolation Sanés innerhalb des politischen Flügels. Im Februar kamen erneut Meldungen auf, Salif Sadio wolle seiner Splittergruppe einen neuen Namen geben, der uneinheitlich mit *Mouvement pour la Libération du Peuple Casamançais* (MLPC, Bewegung für die Befreiung des Volkes der Casamance) oder *Mouvement pour la Libération et l'Indépendance de la Casamance* (MLIC, Bewegung für Befreiung und Unabhängigkeit der Casamance) angegeben wurde.

Die *Front Nord* wurde vor allem durch die fortgesetzte Inhaftierung ihrer Führungsriege in Gambia weiter geschwächt. Zwei weitere hochrangige Mitglieder wurden im Februar Opfer eines Mordanschlags. Als Urheber wurde von der *Front Nord* ein angeblicher Kämpfer der Sadio-Fraktion festgenommen. Im März wurde zusätzlich das *Front-Nord*-Führungsmitglied Abdoulaye Diédhiou in Gambia verhaftet. Diédhou war in das Nachbarland gereist, um über die Entlassung der Inhaftierten zu verhandeln. Unterdessen hatte senegalesischen Zeitungsberichten zufolge der gambische Präsident den *Front-Nord*-Anführer Ismail Magne Diémé an Salif Sadio ausliefern lassen, der den Rivalen umgehend getötet haben soll. Der senegalesische Staat bemühte sich seit September 2007 offiziell um die Freilassung der Häftlinge, was jedoch lediglich zur Überstellung zweier Rebellen führte. Hierunter war auch Kamougoue Diatta, die zweite Führungsfigur der *Front Nord*.

Die ersten Kampfhandlungen im Berichtsjahr hatten ihren Hintergrund in einer angeblichen Minenräumung, die das senegalesische Militär mit Unterstützung marokkanischer Minenräumexperten an der Grenze zu Guinea-Bissau zwischen Mitte Dezember 2006 und Ende Januar 2007 unternahm. Ab Mitte Januar 2007 fanden Schusswechsel mit Einheiten des die Gegend kontrollierenden César Atoute Badiatte statt. Beide Seiten beschuldigten sich, die Auseinandersetzungen begonnen zu haben, bei denen mindestens drei Soldaten und eine unbekannte Anzahl an Rebellen getötet wurden. Die Kämpfe zwischen Badiattes Kräften und staatlichem Militär stellten eine Ausnahme dar, da Badiatte in den vergangenen Jahren öfters zusammen mit dem senegalesischen Militär gegen Einheiten Sadios vorgegangen war. Insbesondere zwischen März und Mai versuchten Einheiten der *Front Nord* und Badiattes gemeinsam, Stützpunkte Salif Sadios im Süden wie im Norden der Casamance zu zerstören, wobei es zu umfangreichen Kämpfen kam.

Im Februar 2007 fanden im Senegal Präsidentschaftswahlen statt. Massive Unregelmäßigkeiten im Wählerregister stellten Freiheit der Wahl und den demokratischen Charakter Senegals in Frage. Den offiziellen Wahlergebnissen zufolge hatte der Präsident weiterhin einen soliden Rückhalt in der Region. Verschiedene Faktionen der MFDC riefen zu einem Boykott der Wahl auf und drohten mit Repressalien. Aus Furcht vor den Rebellen ging die

Bevölkerung von etwa 50 Dörfern im Norden der Casamance nicht zur Wahl. Des Weiteren wurden im *Front-Nord*-Gebiet ein Militärfahrzeug mit Wahlmaterialien beschossen und am Abend des Wahltags ein weiteres beim Abtransport von Urnen angegriffen. Hierbei starben zwei Soldaten. Demgegenüber stellte die *Front Sud* im September eine weitgehende Anerkennung zentralstaatlicher Institutionen in Aussicht, als Jean-Marie Biagui in einem Brief an die Regierung forderte, im nächsten Parlament solle die MFDC repräsentiert sein.

Dennoch waren die Aussichten auf einen Frieden nicht näher gerückt. Die Zersplitterung der MFDC, die seit jeher Friedensbemühungen zum Scheitern brachte, hat sich vertieft. Auch ein militärischer Sieg eines Konfliktakteurs über die radikale Gruppe Salif Sadios war wenig wahrscheinlich. Der Konflikt schien seinem bisherigen Muster beständiger Gewaltakte niedriger Intensität weiterhin zu folgen.

Felix Gerdes

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Barbier-Wiesser, F.G. (Hrsg.): *Comprendre la Casamance. Chronique d'une integration contrastée*, Paris 1994

Evans, Martin 2004: Senegal. *Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance (MFDC)* (Chatham House, Armed Non-State Actors Project Briefing Paper No. 2), December 2004

Foucher, Vincent: *The Resilient Weakness of Casamançais Separatists*, in: Bøås, Morten/Dunn, Kevin C.: *African Guerrillas. Raging Against the Machine*, Boulder und London 2007, S. 171-196

Gasser, Geneviève/de Jong, Ferdinand: *Contested Casamance. Introduction*, in: *Canadian Journal of African Studies* 39 (2005), S. 213-229

Gerdes, Felix: *Herrschaft und Rebellion in der Casamance*, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*, Baden-Baden 2006, S. 85-97

<http://casamance.ifrance.com> (MFDC)

<http://www.gouv.sn> (Regierung Senegals)

Somalia

(Krieg)

Beginn: 1988

Kriegstyp: A-1

Beteiligte: SICC / Somalia, Äthiopien, USA, AMISOM

Am 13. Januar des Berichtsjahres nahmen somalische Soldaten mit der Unterstützung von äthiopischen Truppen die letzte Hochburg der *Supreme Islamic Courts Council* (SICC) ein. Diese hatten erst am 4. Juni 2006 die Haupt-

stadt Mogadischu eingenommen und dort wie schon zuvor in weiten Teilen Somalias die Kontrolle ausgeübt. Nur mit Hilfe Äthiopiens war es der bis dahin lediglich nominellen Übergangsregierung *Transitional Federal Government* (TFG) ab Dezember 2006 gelungen, sich gegenüber dem SICC durchzusetzen. Frieden kehrte jedoch auch ab Januar des Berichtsjahres in Somalia nicht ein, da die Anhänger des SICC im Untergrund weiter operierten und zusammen mit anderen Rebellen in einen Guerillakrieg gegen die Übergangsregierung und die äthiopische Besetzungsmacht zogen. Die von der somalischen Regierung lang ersehnte *African Mission in Somalia* (AMISOM) der Afrikanischen Union (AU) wurde Anfang des Berichtsjahres schließlich vom UN-Sicherheitsrat autorisiert und begann ihre Mission im März, zunächst mit 1.500 ugandischen Soldaten statt den geplanten 8.000 der Gesamtmission.

Der Krieg in Somalia hatte 1988 begonnen, nachdem die *Somali Salvation Democratic Front* (SSDF) und die *Somali National Movement* (SNM) ihre seit Beginn der 1980er Jahre geführten Kämpfe gegen die repressive Herrschaft Siad Barres intensivierten. Barre hatte sich 1969 in einem unblutigen Militärputsch an die Spitze des somalischen Staates gestellt und bis 1977 mit finanzieller und technischer Hilfe der Sowjetunion, danach der USA, einen umfassenden Verwaltungs- und Gewaltapparat in Somalia aufgebaut. Um seine Herrschaft abzusichern, besetzte Barre alle wichtigen politischen Ämter mit Mitgliedern seiner Clanfamilie und baute so über den Staat ein Netzwerk personaler Bindungen auf. Dadurch wurde die Bedeutung der Clanzugehörigkeit in Somalia gestärkt und die Herausbildung einer dem Clan übergeordneten nationalen Identität verhindert. Erste Legitimitätsverluste erlitt Barre durch die Niederlage im Ogadenkrieg gegen Äthiopien 1977/1978. Dieser Krieg verschlang große Teile des Staatshaushaltes und der Flüchtlingsstrom von ethnischen Somali aus Äthiopien verschärfte die ökonomische Krise. Außen- und innenpolitisch geschwächt, konnte Barres Staatsapparat die Entstehung von Oppositionsbewegungen nicht mehr verhindern. Auf Grund blutiger Unterdrückung auch der Zivilbevölkerung durch das Regime fanden diese Bewegungen immer mehr Zulauf. 1979 scheiterte ein Umsturzversuch von Offizieren, die vorwiegend dem im Nordosten Somalias ansässigen Majerteen-Clan angehörten.

Zwischen Januar 1991 und Dezember 1992 zerfiel der 1960 gegründete somalische Staat. In allen Teilen des Landes formten sich aufständische Organisationen, die clanstrukturell organisiert waren und einerseits die somalische Armee, andererseits sich untereinander bekämpften. Die in Zentralsomalia aktive Bewegung *United Somali Congress* (USC) marschierte Anfang 1991 in Mogadischu ein und konnte am 21. Januar 1991 das Barre-Regime stürzen. Nachdem die Regierung aus der Stadt geflohen war, zeigte sich, dass die Aufständischen außer dem gemeinsamen Ziel, die Diktatur Barres zu beenden, allenfalls über vage politische Zielsetzungen verfügten. Die USC

spaltete sich auf, unter anderem wegen eines Konkurrenzkampfes um die Nachfolge Barres zwischen General Farah Aidid, einem militärischen Befehlshaber des USC, und Ali Mahdi, einem Geschäftsmann, der den USC finanziell unterstützt hatte.

Die beiden selbsternannten Präsidenten mobilisierten ihre Anhänger auf Clan- und Subclanbasis und kämpften um die Ausdehnung ihrer Herrschaftsbereiche. Da aufgrund von kriegsbedingten Ernteaussfällen eine Hungersnot in Somalia ausgebrochen war, griff die UN Anfang 1992 in den Konflikt ein. Sie verhängte ein Waffenembargo und schickte eine internationale Interventionstruppe, die *United Nations Operation in Somalia* (UNOSOM I). Ziel war es, ein sicheres Umfeld für die Verteilung der in Somalia dringend benötigten Hilfsgüter zu schaffen, die Kriegsparteien zu entwaffnen und eine politische Einigung zu vermitteln. Zwischen Juni und Oktober 1993 kam es zu schweren Gefechten zwischen UNOSOM-Truppen und der *Somalia National Alliance* (SNA) unter der Führung Aidids, wobei auch ein US-amerikanischer Hubschrauber abgeschossen wurde. Die US-Regierung zog daraufhin ihre nicht der UN-Mission unterstellten Truppen ab. Da auch die UN-Truppen keine Erfolge erzielen konnten, wurde auch deren Mission im März 1995 abgebrochen.

Zahlreiche im In- und Ausland angeregte Friedensbemühungen scheiterten an den Machtkämpfen zwischen Ali Mahdi und Farah Aidid, beziehungsweise nach dessen Tod 1996 seinem Sohn und Nachfolger Hussein Aidid. Nachdem es 1995 zum Bruch zwischen Aidid und seinem wichtigsten Geldgeber Osman Ato gekommen war, bildete sich mit Ato und seinen Verbündeten eine weitere starke Fraktion in Mogadischu. Durch die Mobilisierung von Clansolidaritäten versuchten die Fraktionsführer ihre Machtansprüche über die Hauptstadt hinaus auszudehnen. In den anhaltenden Auseinandersetzungen spaltete sich das Land in Zonen auf, die jeweils unter der Kontrolle bewaffneter Milizen standen. Obwohl die Warlords ihre Anhänger auf Basis traditioneller Clanzugehörigkeiten mobilisierten, spiegelten sie nicht das Interesse der somalischen Bevölkerung wider, sondern verfolgten nur ihre persönlichen Machtansprüche und Wirtschaftsinteressen. Im Verlauf des jahrelangen Gewaltgeschehens bildeten sich weitere politökonomische Akteure heraus, die diese Interessen herausforderten. Die Kriegshandlungen konzentrierten sich vorwiegend auf das fruchtbare und infrastrukturell entwickelte Dreieck zwischen Mogadischu, Kismayo und Baidoa im Süden Somalias. Hier kämpften die Milizen um die Kontrolle wichtiger Landstriche, Häfen und Flughäfen. Die häufig wechselnden Bündnisse und Spaltungen der verschiedenen Clanmilizen, die zunehmende Bandenkriminalität und das Fehlen einer geltenden Rechtsprechung komplizierten die Situation. In einigen Regionen Somalias konnten daher im Laufe der Jahre Islamische Gerichte und deren Milizen ihren Einfluss ausdehnen, da sie in den von ihnen kontrollierten Zonen auf der Basis der islamischen Rechtsprechung (Scharia) eine

zumindest minimale Rechtssicherheit garantierten. Ende 2005 haben sich die Anhänger der Islamischen Gerichte zur *Union of the Islamic Courts* (UIC) zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Warlords in Mogadischu zu bekämpfen und in der im Chaos versunkenen Stadt islamisches Recht einzuführen.

Ein weiteres Ergebnis des Krieges ist die geographische Dreiteilung des Landes: 1991 spaltete sich Somaliland ab, 1998 erklärte Puntland seine Unabhängigkeit. Somaliland wurde von der *Somalia National Movement* (SNM) gegründet, als sich diese in ihre nördliche Herkunftsregion zurückzog. 1993 wurden unter Präsident Ibrahim Egal staatliche Strukturen in Somaliland etabliert und 2003 erste Präsidentschaftswahlen abgehalten. In den Wahlen wurde Dahir Riyale Kahin, der nach dem Tod von Ibrahim Egal im Mai 2002 dessen Nachfolge angetreten hatte, mit knapper Mehrheit als Präsident Somalilands bestätigt. Außer vereinzelten Kämpfen über Land gab es innerhalb von Somaliland seither keine größeren Konflikte. Ein Problem bildete jedoch weiterhin der umstrittene Grenzverlauf zwischen Somaliland und der 1998 von der rivalisierenden Bewegung SSDF ausgerufenen teilautonomen Region Puntland. In den darauf folgenden Jahren war es mehrfach zu Spannung und vereinzelt auch zu Kämpfen zwischen Somaliland und Puntland gekommen. Beide autonome Teilregionen werden weder von Somalia noch von der internationalen Gemeinschaft als unabhängig anerkannt.

Ende 2002 erklärten sich schließlich erstmalig seit Beginn des Krieges alle wesentlichen Kriegsparteien zur Teilnahme an Friedensverhandlungen bereit. Am 27. Oktober 2002 wurde im kenianischen Eldoret ein Waffenstillstandsabkommen von 22 am Krieg beteiligten Gruppen unterzeichnet und damit die bis dahin 16. Friedenskonferenz eingeleitet. Diese führte allerdings nicht zu einer Beendigung der Kampfhandlungen in Somalia. Auf der Konferenz wurde dennoch eine Übergangsverfassung ausgearbeitet. Nach monatelangen Verhandlungen über die Verteilung der Sitze wurde schließlich ein Übergangsparlament gebildet, das am 14. Oktober 2004 Abdullahi Yussuf zum neuen Übergangspräsidenten wählte. Dieser hatte als Präsident der teilautonomen Region Puntland 2001 seine Amtszeit eigenmächtig verlängert, woraufhin blutige Machtkämpfe zwischen seinen Milizen und denen seiner Gegner ausbrachen, die erst 2003 durch den militärischen Sieg der Anhänger Abdullahi Yussufs beendet wurden.

Die Übergangsregierung TFG wurde Ende 2004 auf internationale Initiative in Nairobi gegründet mit der Absicht Somalia zu stabilisieren. Nach 16 Jahren ohne effektive Regierung wurde in die TFG viel Hoffnung gesteckt, jedoch konnte sie zunächst kaum zu einer Befriedung des Landes beitragen. Zudem gab es innerhalb der Regierung und des Parlaments Unstimmigkeiten, an deren Überwindung die TFG scheiterte. Ein Streitpunkt war dabei der Einsatz einer Friedenstruppe, die aus Streitkräften der Nachbarländer bestehen sollte. Die Regierung konnte sich in einer Parlamentsabstimmung im

März 2005 mit diesem Wunsch nicht durchsetzen. Ein weiterer Konfliktgegenstand zwischen Übergangsregierung und –parlament war die Verlegung des Regierungssitzes aus dem Exil in Kenia zurück ins Land. Die Regierung plädierte aus Sicherheitsgründen für die wenig umkämpfte Stadt Jowhar, derweil Parlamentssprecher Sharif Hassan Sheikh Aden und andere Warlords für die immer noch von anhaltenden Kämpfen geprägte Hauptstadt Mogadischu stimmten. Im Juni 2005 wurde der Regierungssitz schließlich nach Jowhar verlegt, Sheikh Aden und seine Anhänger blieben in Mogadishu.

Im Jahr 2006 änderte sich die Konstellation der Krieksakteure. Während in den vergangenen Jahren die Kämpfe zwischen Milizen auf Basis der verschiedenen Clans und Subclans ausgetragen wurden, bildete sich zu Beginn des Jahres 2006 eine neue Frontstellung heraus: Auf der einen Seite stand die *Union of the Islamic Courts* (UIC), ein überregionaler Zusammenschluss der islamischen Gerichtsmilizen, auf der anderen die *Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism* (ARPCT), die von den USA politische Unterstützung erhielt. Die ARPCT war aus den vier größten Clans Mogadischus zusammengesetzt, um der Bedrohung durch die auf dem Vormarsch befindliche UIC zu begegnen. Im Februar 2006 begannen die Kämpfe zwischen ARPCT und UIC in Mogadischu. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass die ARPCT der UIC unterlegen war. Am 4. Juni 2006 erklärte die UIC ihren Sieg und ein Großteil der ARPCT-Mitglieder floh, einige Warlords liefen jedoch zur UIC über. Nachdem Mogadischu über vier Monate heftigen Gefechten ausgesetzt war, kehrte nun erstmals wieder Ruhe in die Stadt ein. Die UIC begann nach ihrem Sieg, Islamische Gerichte in der Stadt einzurichten und die von den Clanmilizen eingeführten Straßensperren abzuschaffen. Dieses wurde von der Bevölkerung positiv aufgenommen, da sie sich erstmals seit über 15 Jahren wieder frei auf den Straßen bewegen konnten. Nach der Eroberung Mogadischus begann die UIC ihren Einfluss auf weitere Gebiete Somalias auszuweiten. Außerdem führten sie eine strukturelle Änderung ihrer Organisation durch, indem sie einen Rat der Islamischen Gerichte einrichteten und die Bewegung daraufhin in *Supreme Islamic Courts Council* (SICC) umbenannten. Sheikh Hassan Dahir Aweys wurde im Juni 2006 zum neuen Befehlshaber über die Streitkräfte der SICC ernannt, was vor allem von den USA kritisch gesehen wurde, da Aweys als Hardliner galt und von den USA als Unterstützer von *Al-Qaida* (Die Basis) gesucht wurde.

Die TFG stand der Machtausweitung des SICC relativ hilflos gegenüber. Als die SICC am 25. September 2006 die wichtige Hafenstadt Kismayo gewaltlos einnahmen, beendete die TFG daraufhin ihre Bemühungen um Verhandlungen mit dem SICC. Die Spannungen zwischen beiden Seiten stieg an und am 6. Dezember 2006 beschloss der UN-Sicherheitsrat in Resolution 1725 die Entsendung der afrikanischen Friedenstruppe, die aus 8.000 Soldaten aus Uganda, Nigeria, Ghana, Malawi und Burundi bestehen und von der EU und den USA finanziert werden sollte. Die Entwicklung in Somalia kam

dieser Stationierung allerdings zuvor. Ebenfalls im Dezember 2006 kam es zu Kampfhandlungen zwischen Milizen des SICC und der TFG nahe der Stadt Baidoa. Diese Kämpfe führten zum offenen Eingreifen Äthiopiens, von dem bereits seit längerem vermutet wurde, Truppen innerhalb Somalias stationiert zu haben. Am 24. Dezember erklärte Äthiopiens Premierminister Meles Zenawi dem SICC den Krieg. Äthiopien flog Luftangriffe auf Stützpunkte der islamischen Milizen und äthiopische Bodentruppen kämpften gemeinsam mit den Truppen der TFG. Durch die äthiopische Unterstützung gelang es der TFG bereits am 28. Dezember die Hauptstadt Mogadischu und rund 95 Prozent der zuvor vom SICC kontrollierten Teile Somalias zu erobern. Äthiopiens Eingreifen in Somalia wurde dabei politisch und mit Geheimdienstinformationen von den USA unterstützt.

Im Januar des Berichtsjahres wurden die letzten offenen Kämpfe zwischen SICC und der von äthiopischen Truppen gestützten TFG ausgetragen. Der SICC wurde dabei bis an die kenianische Grenze zurückgedrängt. Am 13. Januar nahmen somalische und äthiopische Truppen nach fünf Tagen schwerer Gefechte schließlich die südsomalische Stadt Ras Kamboni als letzte Hochburg der SICC ein. Dabei kamen Hunderte der islamischen Kämpfer ums Leben, der Rest der Organisation zerstreute sich und löste sich damit faktisch auf. Sheikh Sharif Ahmed, Vorsitzender des Rates der Islamischen Gerichte, stellte sich am 21. Januar den kenianischen Behörden, Sheikh Hassan Aweys, der Anführer des SICC, soll sich nach Saudi-Arabien abgesetzt haben.

Auch die USA griffen im Berichtsjahr erstmals seit ihrem gescheiterten Einsatz von 1993 wieder in das somalische Kriegsgeschehen ein. Am 8. und am 23. Januar flogen sie Luftangriffe auf von ihnen vermutete Basen *Al-Qaidas* im Süden Somalias, nahe der kenianischen Grenze. 50 Menschen werden dabei getötet, die von den USA gesuchten drei „Terroristen“ waren nicht unter den Toten. Seit ihrer Gründung 2004 im Exil konnte die Übergangsregierung Ende Januar erstmals in die somalische Hauptstadt Mogadischu einziehen. Um Sicherheit im Land wieder herzustellen, hat die TFG für drei Monate den Notstand über das Land erklärt, Demonstrationen und das Tragen von Waffen wurde verboten. Damit wollte die Regierung vor allem marodierende Warlords einschüchtern, die nach dem Sieg über der SICC wieder in ihre alten Machtkämpfe verfallen könnten. Außerdem rief die Regierung Warlords und ehemalige Kämpfer des SICC zur Entwaffnung auf. Zu einem ersten Erfolg kam es am 20. Januar, als der Warlord Mohammed Dheere aus dem Hawye-Clan seine Waffen an die Regierung übergab und die Eingliederung seiner Milizen in die somalische Armee zusagte. Im Gegenzug wurde ihm von Premierminister Ali Muhammad Gedi der Posten des Bürgermeisters von Mogadischu angeboten. Einem anderen Warlord, Abdi Hassan Qaibdid Awale, wurde der Posten als Polizeichef offeriert.

Trotz des Sieges über den SICC kehrte keine Ruhe in Somalia ein. Fast

täglich kam es zu Anschlägen von Aufständischen auf Truppen der somalischen und äthiopischen Armee. Dabei wurde davon ausgegangen, dass es sich bei den Rebellen um ehemalige Anhänger des SICC handelt. Von den 8.000 geplanten Soldaten der AMISOM trafen zunächst nur 1.500 ugandische Soldaten Anfang März in Somalia ein, die anderen Länder zögerten die Entsendung ihrer Soldaten immer wieder hinaus. Die TFG bemühte sich, mit den verschiedenen Clan-Mitgliedern eine Waffenruhe auszuhandeln. Nach sechs Tagen Waffenstillstand brachen jedoch am 29. März erneut heftige Kämpfe in Mogadischu aus. Innerhalb von zwei Tagen kam es zu über 80 Toten und an die 300 Verletzten. Zudem schossen Rebellen einen äthiopischen Hubschrauber ab. Da Präsident Abdullahi Yussuf weiterhin Mitglieder aus dem Hawiye Clan, insbesondere dessen Sub-Clan Habr Gedir Ayr, in Machtfragen benachteiligte, machte sich vor allem in diesem Clan Unmut über die Regierung breit. Viele Angehörige dieses Clans schlossen sich daher den Rebellen an.

Anfang April wurden in Mogadischu und Kismayo schwere Gefechte zwischen Rebellen und Regierungstruppen ausgetragen. Diese Gefechte waren mit an die 400 Toten die verlustreichsten des Berichtsjahres. Am 26. April schließlich erklärte die TFG ihren Sieg über die Rebellen, die Lage blieb jedoch instabil. Seit Ausbruch der Kämpfe im Februar sind mehr als 1.000 Personen umgekommen. Auch die ugandischen Friedenstruppen wurden von Rebellen attackiert. Am 16. Mai starben nach einem gezielten Anschlag auf die AMISOM-Truppen vier ugandische Soldaten. Der ehemalige SICC-Anführer Sheikh Aweys hatte diesbezüglich bereits im März verkündet, dass auch die AU-Friedenstruppen als feindlich angesehen würden. Trotz der starken Verluste, die der SICC seit Ende Dezember 2006 erlitten hatte, schaffte er es, sich im Untergrund wieder zu reorganisieren. Von der früheren SICC trat vor allem noch der militante Flügel *Al-Shabaab* (Die Jugend) in Erscheinung. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen gingen 2007 über die Hauptstadt Mogadischu hinaus und auch in Kismayo und in der zentralsomalischen Region Galagad wurden Mitte des Jahres wochenlange Kämpfe ausgetragen. Die humanitäre Lage wurde aufgrund der andauernden Kampfhandlungen immer prekärer. Im Juni mussten Hilfsorganisationen ihre Lebensmittellieferungen an die Bevölkerung zum Teil einstellen. Im Süden Mogadischus intensivierten sich die Kämpfe zwischen Rebellen und den von Äthiopien unterstützten Regierungstruppen. Ansässige Hilfsorganisationen schätzten die Zahl der Toten in Mogadischu allein im November auf über 300. In Zentralsomalia nahmen Rebellen im Dezember die Stadt Guriel ein, nachdem äthiopische Truppen sich zurückziehen mussten. Die somalische Übergangsregierung gab erstmals zu, die Lage nicht mehr im Griff zu haben. Ein Sprecher des Ministeriums für Sicherheit gab an, dass über 80 Prozent des Landes nicht mehr unter Kontrolle der Regierung seien.

Nominelle Friedensbemühungen wie eine Nationale Versöhnungskonfe-

renz vom 15. Juli bis 30. August blieben erfolglos. Zwar nahmen an dieser mehr als 1.000 Mitglieder der verschiedenen Somali-Clans teil. Überschattet wurde der Kongress jedoch von andauernden Attacks der Rebellen, die stattdessen zu einem Treffen aller oppositionellen Gruppen am 6. bis 13. September in Eritrea aufrufen. Aus diesem ging die *Alliance for the Re-liberation of Somalia* (ARS) hervor, die sich vor allem den Abzug der äthiopischen Truppen als Ziel gesetzt hat. Der ehemalige Führer des SICC, Sheikh Sharif Ahmed, wurde zum Vorsitzenden der ARS gewählt. Von Eritreas Präsident Isaias Afwerki erhielt die ARS offizielle politische Unterstützung. Bewegung zugunsten von Verhandlungen könnte unter Umständen ein Wechsel an der Spitze der Regierung bringen: Ende Oktober verließ Gedi seinen Posten als Premierminister wegen des andauernden politischen Machtkampfes zwischen ihm und Präsident Abdullahi Yussuf. Am 24. November wurde Nur Hassan Hussein als neuer Premierminister eingesetzt. Dieser gilt im Gegensatz zu seinem Vorgänger nicht als extremer Hardliner und erklärte sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit zu Gesprächen mit den Rebellen bereit. Bislang hatte dies allerdings noch keine konkreten Schritte zur Folge.

Der Krieg in Somalia hat im Berichtsjahr eine regionale Dynamik entwickelt, da inzwischen auch die beiden verfeindeten Nachbarstaaten Äthiopien und Eritrea involviert sind. Äthiopien unterstützt dabei die somalische Regierung mit eigenen Truppen, während Eritrea die Rebellen bislang vor allem politisch unterstützt. Das bestehende UN-Waffenembargo wurde zugunsten beider Seiten gebrochen. Durch das offene Eingreifen Äthopiens haben die Rebellen zusätzlichen Zulauf erhalten, da der äthiopische Nachbar in weiten Teilen der somalischen Bevölkerung unbeliebt ist. Auch die afrikanische Friedenstruppe AMISOM, die seit März in Somalia stationiert ist, konnte bisher nicht viel zur Stabilisierung der Lage erreichen. Zum einen sind von den geplanten 8.000 Soldaten erst weniger als ein Viertel tatsächlich in Somalia stationiert worden, zum anderen ist fraglich, ob die AMISOM von den Rebellen als neutrale Partei akzeptiert werden.

Deliah Knarr

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Bakonyi, Jutta: Konturen der Gewaltordnung in Somalia, in: Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 98-112

Barnes, Cedric/ Hassan, Harun: The Rise and Fall of Mogadishu's Islamic Courts, *Journal of Eastern African Studies* 1 (2007), S. 151-160

Compagnon, Daniel: Somali Armed Movements, in: Clapham, Christopher (Hrsg.): *African Guerrillas*, Oxford 1998, S. 73-90

de Waal, Alex: *Islamists and its Enemies in the Horn of Africa*, Indiana University Press 2004

Höhne, Markus Virgil: *Somalia zwischen Krieg und Frieden. Strategien der friedlichen*

Konfliktaustragung auf internationaler und lokaler Ebene, Hamburg 2002
 International Crisis Group: Counter-Terrorism in Somalia: Losing Hearts and Minds?, 2005: <http://www.icg.com>
 International Crisis Group: Somalia: The Tough Part is Ahead, 2007: <http://www.icg.com>
 Marchal, Roland: Warlordism and Terrorism: How to obscure an already confusing crisis? The Case of Somalia, in: International Affairs 83 (2007), S. 1091-1106
 Matthies, Volker: Äthiopien, Eritrea, Somalia, Djibouti. Das Horn von Afrika, München 1997
<http://www.banadir.com> (Nachrichten und Links)
<http://www.somali-gov.info> (TFG)
<http://www.somalilandgov.com> (Somaliland)

Sudan (Darfur)

(Krieg)

Beginn: 2003
 Kriegstyp: B-2
 Beteiligte: SLA, JEM / Sudan, *Dschandschawid*

Der Krieg in der westsudanesischen Region Darfur zwischen den Rebellengruppen *Sudan Liberation Army* (SLA) und *Justice and Equality Movement* (JEM) und zahlreichen Splittergruppen auf der einen, sowie Regierungstruppen und den regierungsnahen, als *Dschandschawid* (Bewaffnete Reiter) bekannten Milizen, auf der anderen Seite dauerte auch 2007 an. Zwar ging die Zahl der Toten zurück, allerdings haben sich die Konfliktparteien weiter aufgesplittet und die Zahl der gewaltsamen Zusammenstöße nahmen zu. Der Zugang von Hilfsorganisationen wurde dadurch zunehmend schwieriger. Daran änderte auch nichts, dass die sudanesishe Regierung nach langwierigen Verhandlungen im Juli einer hybriden, aus Einheiten der UN und der Afrikanischen Union (AU) bestehenden *United Nations/African Union Mission in Darfur* (UNAMID) zustimmte.

Bis zum Jahr 2002 hatte der Krieg zwischen dem politisch dominanten Norden des Sudan und dem rohstoffreichen aber schwach entwickelten Südsudan das Konfliktgeschehen dominiert. Dieser Konflikt endete 2002 durch Friedensgespräche zwischen der sudanesischen Regierung und der südsudanesischen Rebellenbewegung *Sudan People's Liberation Movement/Army* (SPLM/A). Durch internationalen Druck, insbesondere seitens der USA, waren die Konfliktparteien zu Friedensverhandlungen zusammengekommen. Bereits im Februar 2003, nur wenige Wochen nach dem Ende des Krieges im Südsudan, eskalierte die Gewalt in der westsudanesischen Region Darfur.

Konflikte zwischen sesshaften Ackerbauern und nomadisierenden Kamel- und Viehzüchtern über die Aufteilung des fruchtbaren Landes und der Wasserstellen hatten bereits seit längerem bestanden, verschärften sich aber

Anfang der 1980er Jahre aufgrund einer Dürreperiode und politischer Interventionen aus der Hauptstadt Khartum sowie den Nachbarländern Tschad und Libyen. Die verschiedenen Interessengruppen betrieben eine politisch konstruierte Ethnisierung und es fand erstmals eine Unterscheidung zwischen arabischer und nichtarabischer Bevölkerung statt, wobei sich jeweils verschiedene ethnische Gruppen einer dieser beiden Seiten zuordneten. Bei diesen Ethnien handelt es sich durchweg um einheimische afrikanische Gruppen, der Unterschied bestand lediglich in einer kulturellen „Arabisierung“. Auch religiöse Unterschiede gibt es nicht, da sich alle an den aktuellen Auseinandersetzungen Beteiligten als Muslime verstehen.

Als mitauslösender Faktor der Kampfhandlungen im Jahre 2003 gelten die erfolgreichen Friedensverhandlungen zum Krieg im Südsudan, die auf eine Machtteilung zwischen der Zentralregierung in Khartum und der SPLM/A hinausliefen. Darfur wurde dabei dem Norden des Landes zugeordnet, was bei der „nichtarabischen“ Bevölkerung Befürchtungen einer Dominanz der „Araber“ oder einer Arabisierung hervorrief. So formierten sich die Rebellen Ende Februar 2003 zunächst unter dem Namen *Darfur Liberation Front* (DLF), was auf das Ziel einer Vertretung regionaler Interessen schließen ließ. Doch bereits im März benannte sich die Gruppierung in *Sudan Liberation Army/Movement* (SLA/M) um und verdeutlichte so ihren gesamtsudanesischen Anspruch. Die Ähnlichkeit der Namen SLA und SPLA war dabei kein Zufall. Im März 2002 soll die SPLA spätere SLA-Kämpfer ausgebildet haben. Und auch das Programm, mit dem die SLA antrat, war stark an das der SPLA angelehnt. Dieses betonte die Einheit des Sudan, forderte Demokratie, Säkularismus und die Gleichheit aller Bürger. Ihre Rekrutierungsbasis hatte die SLA zunächst nicht in den ländlichen Gebieten Darfurs, sondern unter darfurischen Schul- und Hochschulabgängern in der Hauptstadt Khartum und städtischen Zentren in Zentral- und Westsudan. Dabei rekrutierte sie sich vor allem aus den drei ethnischen Gruppen Zaghawa, Fur und Massaleit. Während erstere ihre Heimat in Norddarfur haben und traditionell von ihren Kamelherden leben, betreiben die beiden anderen Gruppen im zentralen und südlichen Darfur vorwiegend Ackerbau.

Bereits im März 2003 eroberten die Rebellen die Bergregion Jebel Marra im zentralen Darfur und die Stadt Tine an der Grenze zum Tschad. Im Juli startete die Regierung eine Offensive gegen die Rebellen, bei der schwere Waffen eingesetzt und auch Luftangriffe durchgeführt wurden. Gleichzeitig setzte die Regierung nicht nur reguläre Truppen ein, sondern auch lokale Milizen, die unter dem Namen *Dschandschawid* bekannt wurden, aber keine einheitliche Gruppierung darstellen, sondern untereinander zersplittert waren. Diese zerstörten bereits in dieser frühen Phase des Krieges ganze Dörfer und ermordeten deren Bewohner. Auch wurden systematisch Frauen vergewaltigt und sexuell missbraucht.

Unter Vermittlung des Tschad wurde Anfang September 2003 ein Waf-

fenstillstand geschlossen. Das besondere Interesse des Tschad an einer Konfliktbeilegung ist nicht nur dadurch begründet, dass Darfur an den Tschad grenzt. Einerseits entstammt der tschadische Präsident Idris Déby der Ethnie der Zaghawa, aus der sich ein Großteil der Rebellen rekrutiert. Andererseits ging die Rebellion, die Déby 1990 an die Macht im Tschad brachte von Darfur aus und wurde von der sudanesischen Regierung unterstützt. Die getroffenen Vereinbarungen erwiesen sich allerdings als nicht sonderlich haltbar. Bis auf vage Versprechungen zur Entwicklung der Darfur-Region hatte die Regierung keinerlei Zugeständnisse gemacht und ein Großteil der Rebellen war mit den durch eine unerfahrene Führung ausgehandelten Verhandlungsergebnissen nicht zufrieden. Dies führte zu einem Zulauf für die *Justice and Equality Movement* (JEM), eine bis dahin kaum in Erscheinung getretene zweite Rebellenbewegung. Insbesondere die Kämpfe zwischen JEM und *Dschandschawid* führten dazu, dass auch der Waffenstillstand zwischen SLA und Regierung häufig gebrochen wurde. Im August 2004 begannen im nigerianischen Abuja unter der Ägide der Afrikanischen Union (AU) Friedensverhandlungen zwischen der sudanesischen Regierung und den beiden Rebellengruppen SLA und JEM, die nach erheblichen Verzögerungen und Unterbrechungen am 5. Mai 2006 zum Abschluss des Darfur Peace Agreement (DPA) führten. Allerdings wurde dieses lediglich von der Regierung in Khartum und einer Fraktion der SLA unter der Führung von Minni Minawi unterzeichnet und nicht von alle beteiligten Rebellengruppen.

Die SLA hatte sich bereits 2005 in eine Fraktion des ursprünglichen SLA-Anführers Abdel Wahid Mohamed Al-Nur (SLA/AW) und eine seines internen Widersachers Minni Minawi (SLA/MM) gespalten. Nach Unterzeichnung des DPA wurde die SLA/MM nominell zunk Verbündeten der Regierung und Manawi zum Berater von Präsident Omar al-Bashir. Allerdings spalteten sich einige Gruppen von der SLA/MM ab. Während die SLA/AW sich dem DPA verweigerte, weil ihr die Zugeständnisse im Hinblick auf eine Autonomie der Region Darfur und eine stärkere politische und wirtschaftliche Beteiligung nicht weit genug gingen, strebte die JEM einen Machtwechsel auf nationaler Ebene an. Dazu wurden Verbündete und Ableger in anderen Teilen des Sudan aufgebaut, wie die sogenannte *Eastern Front*, eine Koalition aus mehreren kleineren Rebellengruppen im Osten des Landes. Aber auch innerhalb der JEM kam es zu Zerwürfnissen und Abspaltungen. So widersprach der ursprüngliche Führer der JEM mehrfach Aussagen, er sei von der militärischen Führung der Gruppe abgesetzt wurden.

Weder die im Jahre 2005 beschlossenen UN-Resolutionen 1591 und 1593, die unter anderem die Verhängung von Sanktionen gegen Verantwortliche für die in Darfur begangenen Menschenrechtsverletzungen, eine Ausweitung des UN-Waffenembargos gegen alle Beteiligten sowie ein Verbot offensiver militärischer Flugeinsätze über Darfur beinhalteten und die in Darfur verübten Kriegsverbrechen an den Internationalen Strafgerichtshof

verwiesen, noch die Präsenz der *African Mission in Sudan* (AMIS) waren in der Lage, etwas gegen die Gewalt in Darfur auszurichten. Die Aufgaben der seit Mitte 2004 in Darfur stationierten AMIS waren die Überwachung des im April 2004 beschlossenen Waffenstillstandes sowie der Schutz der Zivilbevölkerung und die Sicherung von Hilfsmissionen der UN. Die AMIS umfasste zunächst 300 Soldaten und 80 Waffenstillstandsbeobachter in Darfur, wurde aber sukzessive aufgestockt. Im Berichtsjahr betrug ihre Stärke etwa 7.000 Mann aus den AU-Staaten Gambia, Kenia, Nigeria, Ruanda, Senegal und Südafrika. Logistisch unterstützt wurden sie von den USA, Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden. Die Unzulänglichkeiten der AMIS waren bereits Ende 2005 deutlich geworden. Der Mission fehlte es an der nötigen Truppenstärke und einer geeigneten Ausstattung. Neben mangelnden Kapazitäten erwies sich insbesondere das schwache Mandat der Mission als problematisch, das auf einem inzwischen dreieinhalb Jahre zurückliegenden Waffenstillstandsabkommen basiert, welches seither wiederholt gebrochen wurde. Ein Faktor, der die AMIS unter anderem schwächte, war die mangelnde finanzielle Unterstützung. Die hauptsächlichen Geldgeber, USA und EU, waren bestrebt, die finanzielle Verantwortung an die breitere internationale Gemeinschaft abzugeben. Die Mängel der AMIS führten zu wachsenden Forderungen zu einer Umwandlung und Überführung der Mission zu einem robusten UN-Einsatz.

Entgegen der UN-Resolutionen aus dem Jahr 2005 flog die sudanesishe Luftwaffe auch 2007 wiederholt Angriffe auf Rebellenstützpunkte, Dörfer und auch Zivilisten in Nord-Darfur. Einem UN-Bericht zufolge, hatte die sudanesishe Regierung im April Kampfflugzeuge in Darfur stationiert. Die Flugzeuge seien weiß gestrichen gewesen, um als UN- oder AU-Flugzeuge wahrgenommen zu werden. Des Weiteren legte die Menschenrechtskommission der UN im Mai einen Bericht vor, in dem sie die sudanesishe Regierung beschuldigte, Teile der Armee hätten über einen Zeitraum von drei Monaten immer wieder Dörfer attackiert und dabei mindestens 100 Menschen getötet. Außerdem kam es UN-Berichten zufolge Ende Mai zu Kämpfen zwischen sudanesischen Regierungstruppen, lokalen Milizen und Rebellengruppen in Nord-Darfur. Ab August erreichten die Auseinandersetzungen zwischen Rebellengruppen und Regierungstruppen sowie Dschandschawid Milizen ihren Höhepunkt im Berichtsjahr. Am 1. August hatten Rebellengruppen, darunter die JEM die Stadt Adila erobert, in der Regierungstruppen stationiert waren. Dabei gab es rund 100 Tote auf Regierungs- und zehn Tote auf Rebellenseite. Ende August kam es laut UN-Berichten zu einem Überfall auf eine Polizeistation in der Region Kordofan außerhalb Darfurs. JEM und SLA bekannten sich zu dem Angriff, bei dem eine unbekannte Zahl sudanesischer Polizisten getötet wurde. Im September griffen Einheiten der sudanesischen Armee die Stadt Haskanita an, die von der JEM gehalten wurde. Ende Oktober bekannte sich die JEM zu einem Überfall auf eine Arbeitsstation

eines Ölfelds in Defra in Kordofan. Laut Angaben der JEM wurden dabei 20 Soldaten getötet und fünf Mitarbeiter des Ölfelds als Geiseln genommen, darunter ein Ägypter und ein Iraker. Die Geiseln wurden drei Wochen später freigelassen.

Auch zwischen Regierungstruppen und der seit dem Friedensabkommen mit diesen eigentlich verbündeten von der SLA/MM ereigneten Kämpfe: Anfang Oktober bombardierte die sudanesischc Armee laut AU Berichten die Stadt Muhajiriya in Süd-Darfur, die von der SLA/MM gehalten wurde. Wenige Tage später kam es laut UN-Berichten zu Kämpfen zwischen der SLA/MM und Regierungssoldaten nahe der Stadt Tawila in Nord-Darfur. Die Hintergründe für die Auseinandersetzungen blieben jedoch unklar.

Mehrfach angegriffen wurden auch Soldaten der AMIS. Bei einem Angriff auf ein AMIS-Fahrzeug Anfang März, der der SLA/MM zugeschrieben, wurden zwei AU-Soldaten getötet. Anfang Mai wurden zwei UN-Fahrzeuge von Unbekannten bewaffneten Männern überfallen und entführt. Ende Mai wurde ein ägyptischer Offizier der UN-Truppen in seinem Privathaus in al-Fasher überfallen und getötet. Ende September starben zwölf AU-Soldaten während eines Angriffs durch Unbekannte auf den AU-Stützpunkt in Haskanita. Ein UN-Bericht stellte später fest, dass wahrscheinlich Splittergruppen der JEM und der SLA den Stützpunkt gestürmt hatten, um Waffen und anderes Material zu rauben.

Mit hohen Opferzahlen verbunden waren Kämpfe zwischen Milizen verschiedener Ethnien in Süd- und West-Darfur, insbesondere zwischen Gruppen der Rizeigat und der Targam, die zu Beginn des Krieges in Darfur beide auf Seiten der Regierung gestanden hatten. Bei Auseinandersetzungen über die Verteilung von Weideland wurden allein im Februar etwa 170 Menschen getötet. Eine ähnliche Zahl an Todesopfern forderten erneute Kämpfe zwischen diesen Gruppen im Juli und August.

Daneben scheint die Regierung noch in anderer Hinsicht in Darfur Tatsachen schaffen zu wollen: Einem im Juli veröffentlichter UN-Bericht zufolge sollen in den vorangegangenen zwei Monaten etwa 30.000 Menschen aus Tschad und Niger nach Darfur gekommen sein, um sich in den zuvor zerstörten Dörfern, aus denen die Bevölkerung geflohen war, dauerhaft anzusiedeln. Viele der Neuankömmlinge seien auf Einladung der sudanesischen Regierung nach Darfur gekommen und hätten die sudanesischc Staatsbürgerschaft erhalten.

Keine Fortschritte brachten weitere Friedensverhandlungen. Bei einer Friedenskonferenz im tansanischen Arusha, zu der AU und UN im August eingeladen hatten, hatte Al-Nur als einer der wichtigsten Rebellenführer seine Teilnahme bereits im Vorfeld abgesagt. Den Friedensgespräche im libyschen Sirte Ende Oktober, zu denen ebenfalls AU und UN eingeladen hatten, waren die wichtigsten Fraktionen der SLM und der JEM ferngeblieben. Bemängelt wurde von den Rebellengruppen, dass sie nicht ausreichend in die Vorberei-

tungen der Gespräche einbezogen wurden und zudem kleine Gruppen ebenfalls eingeladen wurden, die in der Region eher als Banditen, denn als ernstzunehmende Verhandlungspartner gelten. Die Gespräche wurden dann auch nach kurzer Zeit ergebnislos abgebrochen. Einige Rebellengruppen hatten sich im Vorfeld der Gespräche in Libyen auf Einladung der den Südsudan regierenden SPLM in Juba getroffen, um eine gemeinsame Linie in dem Konflikt zu finden. Allerdings blieben auch diesem Treffen wichtige Rebellengruppen wie die SLA-Fraktion unter Al-Nur und die JEM-Fraktion von Khalil Ibrahim fern. Trotzdem soll sich bei diesem Treffen eine neue Koalition aus verschiedenen Rebellengruppen unter dem Namen *United Resistance Front* (URF) gebildet haben. Wie schon in der Vergangenheit, so stellten auch im Berichtsjahr die Zerwürfnisse und Absplitterungen zwischen und innerhalb der Rebellengruppen in Darfur ein großes Hindernis für Friedensverhandlungen dar.

Konfliktverschärfend wirkte weiterhin die Lage an der Grenze zwischen Tschad und Sudan. Immer wieder strömten Flüchtlinge aus dem Tschad in die ohnehin schon überfüllten Flüchtlingslager in Darfur. Die Regierungen beider Länder hatten in den letzten Jahren einen Konflikt ausgetragen, indem sie die Oppositions- und Rebellenbewegungen des jeweils anderen Landes unterstützten (vgl. den Bericht zu Tschad). Tschads Präsident Idriss Déby unterstützte dabei sowohl Rebellen der JEM und SLA. Die politische Situation und Sicherheitslage im Tschad komplizierte und verschlimmerte die Lage im Sudan. Gleichzeitig war der anhaltende Flüchtlingsstrom in den Tschad eine der offensichtlichsten Folgen des Krieges in Darfur. Rund 200.000 Flüchtlinge aus Darfur befinden sich bisher im Osten des Tschad. Die anhaltenden Kämpfe zwischen Rebellen und der tschadischen Armee sowie die Lage in Darfur sorgten auch im Berichtsjahr für grenzübergreifende Flüchtlingsströme.

Als einzig positive Entwicklung des Berichtsjahres kann die am 31. Juli vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 1769 gelten, die den Einsatz einer gemischten AU/UN-Truppe für zunächst zwölf Monate vorsieht. Nach zähen und langwierigen Verhandlungen mit der sudanesischen Regierung hatte diese dem Einsatz der Mission zugestimmt. Der Beginn des UNAMID-Einsatzes wird für den Beginn des Jahres 2008 erwartet. Das UNAMID-Mandat sieht die Selbstverteidigung der Truppe vor. Darüber hinaus darf sie lediglich zum Schutz von Zivilisten und humanitären Operationen Gewalt anwenden. Illegale Waffen aber dürfen nicht beschlagnahmt und Personen, die vom internationalen Strafgerichtshof gesucht werden, nicht festgenommen werden. Die Friedensmission soll insbesondere den Zugang von humanitären Organisationen nach Darfur sicherstellen. Geplant ist der Einsatz von maximal 19.555 Soldaten und 6.432 Polizisten. Allerdings blieb bis zum 31. Dezember die Truppenstärke zunächst bei den 7.000 Soldaten der bisherigen AU-Mission AMIS sowie zusätzlich 800 UN-Mitarbeitern und

einer 1.200 Mann starken Polizeieinheit.

Das Berichtsjahr war geprägt von einer Verschlechterung der Sicherheitslage und der humanitären Situation in Darfur. Der Zugang für Hilfsorganisationen erreichte den schlechtesten Stand seit 2004. Die Angaben zur Anzahl der Menschen die bisher in dem Konflikt ums Leben kamen, variieren sehr stark und es gibt kaum verlässliche Quellen. UN-Nothilfekoordinator John Holmes schätzte zuletzt die Zahl der Toten infolge des Krieges auf etwa 300.000. Sowohl Rebellen als auch die Regierung versuchten weiterhin den Konflikt militärisch für sich zu entscheiden, obwohl die Konfliktlinien zunehmend unübersichtlicher werden. Es bleibt abzuwarten, ob der UNAMID-Einsatz seine Mission erfolgreich wird erfüllen können.

Silke Brandt

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Amnesty International: Displaced in Darfur – A Generation of Anger, 2008:

http://www.amnestyusa.org/pdf/idp_report.pdf

Flint, Julie/Waal, Alexander de: Darfur. A Short History of a Long War, London 2005

International Crisis Group: Darfur'New Security Reality, 2007: <http://www.icg.org>

Johnson, Douglas H.: The Root Causes of Sudan's Civil War, Oxford u.a. 2003

Prunier, Gerard: Darfur: Der „uneindeutige“ Genozid, Hamburg 2006

Thielke, Thilo: Krieg im Lande des Mahdi. Darfur und der Zerfall des Sudan, Essen 2007

Waal, Alexander de: Famine That Kills. Darfur, Sudan, New York 2005

<http://www.sudantribune.com> (Sudan Tribune)

Tschad

(Krieg)

Beginn: 2006

Kriegstyp: A-1

Beteiligte: RFC, FUC, UFDD, CNT / Tschad

Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Regierungsarmee und Rebellengruppen im Osten des Tschad nahmen im Berichtsjahr an Härte zu. Ende des Jahres provozierte die bevorstehende Stationierung einer EU-Schutztruppe im Grenzgebiet zwischen Tschad, Sudan und Zentralafrikanischer Republik verstärkte Aktivitäten der Rebellen, die eine Präsenz der Truppe verhindern wollen. Wie in den vergangenen Jahren wurde der tschadische Konflikt durch den Krieg in der benachbarten sudanesischen Provinz Darfur beeinflusst, was die Beziehungen der beiden Staaten erheblich belastete. Ein von Libyen vermitteltes Waffenstillstandsabkommen zwischen Präsident Idriss Déby und den wichtigsten Rebellengruppen konnte keinerlei Entspannung herbeiführen. Auch ein im Dezember 2006 geschlossenes Abkommen mit Kämpfern unter dem Rebellenführer Mahamat Nour, der im

April desselben Jahres einen schweren Angriff auf die Hauptstadt N'Djamena geführt hatte, war nicht von Bestand.

Bewaffnete Auseinandersetzungen fanden im Tschad praktisch ohne Unterbrechung seit 1966 statt. Dabei handelte es sich zumeist um Machtkämpfe innerhalb der kleinen politischen und militärischen Elite des Landes. Ehemalige Präsidenten, Minister oder ranghohe Offiziere organisierten bewaffnete Oppositionsgruppen, die nach Übernahme oder Beteiligung an der Regierung strebten, um an die damit verbundenen Machtressourcen zu gelangen. Dies sind zum einen die Kontrolle über den wirtschaftlich potenten Süden und zum anderen die Kontrolle über die Armee. Der offenkundige Amtsmissbrauch der Regierungen und der teilweise Erfolg der Rebellen, mit Waffengewalt politische Ämter und eine Integration in die überproportional aus Offizieren bestehenden nationalen Streitkräfte zu erzwingen, schufen dabei Anreize zur Gründung immer neuer bewaffneter Bewegungen. Welche der zahlreichen Rebellengruppen erfolgreich war, hing maßgeblich von der Unterstützung externer Mächte – insbesondere Frankreich, Sudan und Libyen – ab.

Auch der derzeitige Präsident Déby erlangte 1990 sein Amt durch eine gewaltsame Rebellion gegen seinen Vorgänger Hisséne Habré, unter dem er als Oberbefehlshaber der Armee gedient hatte. Sein Vormarsch auf die Hauptstadt N'Djamena erfolgte von sudanesischem Territorium aus und wurde finanziell und logistisch darüber hinaus von Libyen unterstützt. Nachdem Déby das Präsidentenamt erobert hatte, dauerte es noch bis Mitte der 1990er Jahre, bis die kriegerischen Auseinandersetzungen innerhalb des Tschad sich soweit abschwächten, dass die Kämpfe ab 1996 als bewaffneter Konflikt und nicht mehr als Krieg einzustufen waren. Die abnehmende Intensität und Kontinuität der Kämpfe ging einher mit einer Stärkung der Position Débys. Er erreichte dies zum einen durch den Ausbau militärischer Stärke und zum anderen durch politische Reformen, über die im März 1996 ein Verfassungsreferendum durchgeführt wurde. Trotzdem blieben Débys Regierungsstil autoritär und seine Regierung von bewaffneter Opposition bedroht.

Mit Beginn des Krieges im sudanesischen Darfur 2003 entwickelte der Machtkonflikt im Tschad eine neue Dynamik. Die bewaffnete Opposition konzentrierte sich nun zum einen um Angehörige des Regierungszirkels, die der zahlenmäßig kleinen, aber seit Débys Amtsübernahme sehr einflussreichen Zaghawa-Ethnie angehörten. Diese übten zunehmend Druck auf Déby aus, um ihn zur Unterstützung der Zaghawas in Darfur gegen den ehemaligen Verbündeten Sudan zu bewegen. Zum anderen sah sich der Präsident fortan mit der Opposition der sudanesischen Regierung konfrontiert. Diese fürchtete einen Kurswechsel Débys, rüstete tschadische Rebellengruppen aus und rekrutierte tschadische Exilanten für den bewaffneten Kampf gegen Déby (vgl. den Bericht zu Sudan (Darfur)).

In der ersten Jahreshälfte 2006 konzentrierte der Sudan seine Unterstüt-

zung vor allem auf die Front uni pour le Changement Démocratique (FUC, Vereinigte Front für den demokratischen Wandel) von Mahamat Nour, der sich als ethnischer Tama bezeichnet und Déby bei seiner Regierungsübernahme 1990 unterstützte. Als sich die Machtbalance in der Regierung 1994 zu Gunsten der Zaghawas verschob, begann Nour Widerstand im Grenzgebiet zu organisieren. Dabei rekrutierte er hauptsächlich Tamas und arabische Bevölkerungsgruppen. Er unterhielt enge Kontakte zur sudanesischen Regierung und beteiligte sich auf Seiten arabischer Milizen an Massakern an sudanesischen Zaghawas in Darfur. Déby rüstete in der Folge Selbstverteidigungsmilizen in Dorfgemeinschaften der Zaghawas aus, die sich seit Mitte der 1990er Jahre mit Tamas in einem Konflikt um die knappen Ressourcen in Tschads Osten befanden. Im April 2006 gelang es der etwa 3.000 Kämpfern umfassenden FUC, bis in die Hauptstadt N'Djamena vorzudringen, wo die Rebellion erst mit Unterstützung des französischen Militärs von Regierungstruppen zurückgeschlagen werden konnte. Bei diesem Angriff verloren etwa 400 Kämpfer, davon größtenteils Rebellen, ihr Leben. Der Sudan wandte sich daraufhin von der stark geschwächten FUC ab, die sich in der Folge spaltete. Eine Fraktion von Tama-Rebellen unter Nour schloss im Dezember 2006 einen Friedensvertrag mit der Regierung Déby, in dem eine Integration der Rebellen in die Regierungsarmee vereinbart wurde.

Nach der Niederlage der FUC im April wandte sich der Sudan mit seiner Unterstützung hauptsächlich der Union des Forces pour la Démocratie et le Développement (UFDD, Vereinigung der Kräfte für Demokratie und Entwicklung) zu. Diese führte in der zweiten Jahreshälfte 2006 eine Offensive durch, bei der sie Militärposten und Versorgungslager entlang der Grenze überfiel und dabei auch in die Zentralafrikanische Republik vordrang. Während der Offensive kamen Hunderte Rebellen und Regierungssoldaten ums Leben. Die UFDD wird angeführt von Mahamat Nouri, einem ehemaligen Verteidigungsminister und, bis zu seinem Untertauchen 2006, tschadischen Botschafter in Saudi-Arabien. Nouri war 2006 angetreten, um die zeitweise lose kooperierenden, jedoch von unterschiedlichen Interessen geleiteten Rebellengruppen zusammenzuführen. Angesichts der offen geäußerten Absicht der Zaghawa-Dissidenten, nach Débys Sturz ein neues von Zaghawas dominiertes Regime zu errichten, erweist sich dies jedoch als schwierig. Die UFDD setzt sich hauptsächlich aus sich als kulturell arabisch verstehenden Kämpfern zusammen. Eine ähnliche Zusammensetzung weist auch die etwas kleinere Concorde Nationale Tchadienne (CNT, Nationale Einheit des Tschad) auf, die ebenfalls im Grenzgebiet operiert. Die hohe Fluktuation zwischen den verschiedenen Gruppen und die Verflechtung mit dem Krieg in Darfur lassen keine Angaben über die Stärke der Rebellen zu.

Die Rassemblement des Forces pour le Changement (RFC, Sammlung der Kräfte für den Wandel, bis 2006 Rassemblement des Forces Démocratiques, RAFD, Sammlung der demokratischen Kräfte) setzt sich aus ethnischen

Zaghawas zusammen. Diese waren seit der Machtkonsolidierung Débys die bedeutendste Gruppe im klientelistischen Netzwerk des Präsidenten. Innerhalb des Regierungszirkels wuchs seit 2003 bei einigen Zaghawas jedoch die Unzufriedenheit mit seinem Regierungsstil. Ausbleibender Gehälter für Soldaten und Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung, Débys Unwille zur Machtteilung, die undurchsichtige Regelung seiner Nachfolge – verschärft durch Berichte über den schlechten Gesundheitszustand des Präsidenten – sowie seine mangelnde Unterstützung für die sudanesischen Zaghawas im Darfurkrieg verärgerten Teile des Machtapparats. Während Déby versuchte, die drohende Gefahr aus dem Grenzgebiet durch Vermittlertätigkeiten abzuwenden, griffen schon zu einem frühen Zeitpunkt und ohne offizielle Zustimmung tschadische Zaghawas auf sudanesischem Boden in den Krieg ein. Der Sudan bezichtigte Déby in der Folge der Duldung sudanesischer Rebellen, so dass er paradoxerweise beim einstigen Verbündeten Sudan zum gleichen Zeitpunkt in Ungnade fiel, wie auch seine Machtbasis unter den Zaghawa zu bröckeln anfang.

Wortführer der gegenüber Déby kritischen Strömungen waren die Brüder Tom und Timan Erdimi, die im Mai 2004 in einen ersten Putschversuch von Teilen der vorwiegend aus Zaghawas bestehenden und mit Débys Schutz beauftragten Präsidialgarde verwickelt waren. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sie als enge Vertraute Débys gegolten und wichtige politische Ämter bekleidet. Nach einem erneuten Putschversuch im Oktober 2005 löste Déby die Garde auf, welche 3.000 bis 5.000 Soldaten umfasste, und ersetzte sie durch eine sehr viel kleinere Einheit. Auch wurden rund 200 Spitzenposten in Polizei und Armee zugunsten anderer ethnischer Gruppen besetzt. Dies löste eine Welle von Desertionen aus. Die Deserteure schlossen sich zum Großteil der RAFD/RFC an, die somit über eine beträchtliche Zahl gut ausgebildeter Offiziere verfügte. Ähnlich wie die UFDD lieferte sich auch die RAFD während der zweiten Jahreshälfte 2006 schwere Gefechte mit der Regierungsarmee, bei denen bis zu 600 Kombattanten getötet wurden.

Nach verlustreichen Zusammenstößen am Jahresende beschränkten sich die Rebellen zu Beginn des Berichtsjahres darauf, kleinere Städte kurzfristig einzunehmen und zu plündern. Dabei stellte die UFDD die aktivste Gruppe dar. Besonders die zur Versorgung der mittlerweile rund 420.000 sudanesischen und tschadischen Flüchtlinge stationierten Hilfsorganisationen machten diese Taktik für die Rebellen lukrativ. Folgerichtig konzentrieren sich die größeren Angriffe auf das Gebiet um Abeche, dem Hauptstandort für Hilfsgüter. Rebellenaktivitäten erstreckten sich aber von Ounianga Kebir im entlegenen Norden bis zum rund 1.000 Kilometer weiter südlich gelegenen Haraze Mangueigne an der Grenze zur Zentralafrikanischen Republik. Beim schwersten Angriff dieser Art auf Adré, an der Grenze zum Sudan gelegen, wurden zwölf Zivilisten getötet und 40 verletzt. Nach anschließenden Gegenangriffen, bei denen die Armee von sudanesischen Rebellen unterstützt

wurde, gab die Regierung bekannt, den Rebellen schwere Verluste beigemessen zu haben. Die UFDD meldete in eigenen Reihen 13, auf Regierungsseite 100 Tote. Humanitäre Helfer sprachen von mindestens 180 Verletzten. Insgesamt wurden bis März bis zu 200 Kämpfer bei derartigen Konfrontationen getötet.

Im April war eine deutliche Verschärfung des Konflikts festzustellen. Sowohl Regierungsarmee als auch Rebellen wollten vor Beginn der Regenzeit, die größere militärische Operationen nahezu unmöglich macht, ihre Position stärken. Am 5. April griff die Armee die CNT nahe der sudanesischen Grenze aus der Luft und vom Boden aus an. Für einen Zusammenstoß am 9. April zwischen der Armee auf der einen und UFDD, RFC sowie CNT auf der anderen Seite, bei dem 30 Kombattanten getötet wurden, machten sich beide Konfliktparteien gegenseitig verantwortlich. Nach ersten Gefechten bei Goz Beida verfolgten tschadische Soldaten die Rebellen bis auf sudanesisches Territorium, wo sie mit sudanesischen Regierungstruppen zusammenstießen. Bei dem Vorfall kamen 17 sudanesisch und neun tschadisch Soldaten ums Leben, mindestens 40 wurden verletzt. Der Tschad entschuldigte sich später, behauptete aber, die sudanesischen Soldaten hätten die Rebellen beschützen wollen.

Der Zwischenfall markierte einen neuen Tiefpunkt des ohnehin schon angespannten Verhältnisses zwischen beiden Staaten. In Januar und März waren die Beziehungen durch von sudanesischen Flugzeugen durchgeführte Bombardements auf tschadisches Territorium nahe eines Flüchtlingslagers belastet worden, bei denen Zivilisten und humanitäre Helfer verletzt worden waren. Zudem waren Angriffe der gegen Déby gerichteten Rebellen auf tschadische Grenzstädte von sudanesischem Territorium aus gestartet worden. Am 1. April kamen bei einem Angriff arabischer Milizen von sudanesischem Boden auf zwei Städte im Tschad zwischen 200 und 400 Zivilisten ums Leben. Die prekäre Sicherheitslage im Grenzgebiet schafft zunehmend Raum für durch ethnische Ressentiments ebenso wie politische und ökonomische Interessen geleitete Gruppen, die grenzübergreifend agieren.

Angesichts der sich häufenden Überfälle auf Dörfer und militärische Einrichtungen zeigte sich Déby nach einem Treffen mit Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner erstmals offen für die Stationierung einer internationalen Schutztruppe an der Grenze zum Sudan. Der Tschad, der nicht nur sudanesisch Rebellen unterstützt, sondern auch in Flüchtlingslagern und Schulen im Osten des Landes teils Minderjährige für die Armee rekrutiert, hatte sich bislang gegen eine solche Truppe gesperrt. Das Überleben von Débys Regime knüpfte sich jedoch zunehmend an die militärische Unterstützung Frankreichs, welches die aufwendige Stabilisierung der Region nicht mehr alleine bewältigen wollte. Schon mehrfach hatten die Franzosen eine Truppe zum Schutz der Flüchtlinge angeregt. Am 25. September beschloss der UN-Sicherheitsrat die Entsendung einer mehrdimensionalen Friedensmission. Diese soll zum einen aus der *Mission des Nations Unies en République*

Centrafricaine et au Tchad (MINURCAT, UN-Mission in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad) mit 300 Polizisten und 50 Offizieren zur Unterstützung der tschadischen Polizei beim Schutz der Flüchtlingslager bestehen. Zum anderen soll eine *EU Force Tchad/République Centrafricaine* (EUFOR Tchad/RCA) in der Grenzregion zwischen Tschad, Sudan und Zentralafrikanischer Republik eine größere UN-Mission vorbereiten. Am 15. Oktober vereinbarte die EU die Entsendung einer 3.000 Soldaten umfassenden Einheit unter irischem Kommando, deren Großteil Frankreich stellt. Die Stationierung der Schutztruppe verzögerte sich durch erneute Kämpfe und die mangelnde Bereitschaft der einzelnen Länder, teures Material wie Versorgungsflugzeuge und Hubschrauber bereitzustellen.

Libyen, das ebenso wie der Sudan eine internationale Präsenz im Grenzgebiet verhindern will, lud die wichtigsten Rebellengruppen und Vertreter der tschadischen Regierung im Juni zu Friedensverhandlungen ein. Bei den Verhandlungen wurde am 25. Oktober die Integration von UFDD, CNT und RFC in die tschadischen Streitkräfte vereinbart. Die Rebellen äußerten sich zum Erfolg der Gespräche jedoch von vornherein zurückhaltend und kündigten Ende November den Waffenstillstand mit der Begründung auf, die Regierung habe die vereinbarten Schritte nicht eingeleitet. Die Gruppen gaben bekannt, den Kampf notfalls auch gegen die aus ihrer Sicht parteiische EUFOR fortzuführen zu wollen.

Nur einen Tag nach dem Scheitern des Abkommens führte die UFDD von Sudan aus Angriffe auf Stellungen der tschadischen Armee bei Am Zoer und Koukou Angarana durch. Am 26. November stellte die Regierungsarmee einen Konvoi von UFDD-Rebellen nach einem Überfall auf die Stadt Hadjer Hadid. Bei diesem und zwei weiteren schweren Angriffen auf die Rebellen in den Folgetagen gab die Regierung an, mehrere hundert Rebellen getötet, 50 Fahrzeuge erbeutet und 40 zerstört zu haben. Die UFDD sprach ihrerseits von 200 getöteten Regierungssoldaten. Am 1. Dezember flog die tschadische Luftwaffe Angriffe auf Stellungen der RFC bei Biltine. Die Regierung setzte die Offensive bis zum 4. Dezember fort, woraufhin sich die RFC in die Bergregion nordöstlich von Abeche zurückzog. Opferzahlen wurden nicht bekannt. Konfliktparteien und Beobachter sprachen jedoch von den verlustreichsten Auseinandersetzungen seit 1990. Nach den Angriffen gaben die Rebellen an, ihre Aktivitäten koordinieren zu wollen.

Auch das Friedensabkommen zwischen Regierung und FUC vom Dezember 2006 scheiterte. Im März des Berichtsjahres erhielt FUC-Führer Mahamat Nour den Posten des Verteidigungsministers. Die im Friedensabkommen vom Dezember vereinbarte Integration der FUC-Kämpfer in die Regierungsarmee wurde jedoch durch Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen der Tama und Zaghawa während des gesamten Berichtsjahres behindert. Die ehemaligen Rebellen der FUC stießen sowohl mit Einheiten der Regierungsarmee und Milizen der Zaghawa als auch mit der RFC zu-

sammen. Die ehemaligen Rebellen sahen sich dabei als Opfer von der Regierung bewusst geschürter Ressentiments der Zaghawas gegen die Tamas, was am 12. Oktober etwa 1.000 ehemalige FUC-Rebellen dazu bewog, ihre Posten in Guereda zu verlassen. Bei einem Versuch der Regierungsarmee, FUC-Kämpfer zu entwaffnen, brachen am 17. Oktober bei Guereda und Goz Beida Kämpfe aus, bei denen es mindestens 33 Tote gab. Nach abermaligen Kämpfen am 30. November entließ Déby Nour als Verteidigungsminister. Die FUC-Rebellen wurden in den Reihen der UFDD aufgenommen.

Die Stationierung der EUFOR-Truppe – wenn sie nicht doch noch scheitert – und die durch Einnahmen aus der 2003 angelaufenen Erdölförderung verbesserte Ausrüstung der Armee machen einen militärischen Sieg der Rebellen unwahrscheinlich. Ein Ende der Unruhen im Osten bedeutet dies indes nicht. Ob die Rebellen wirklich die Kapazitäten haben, gegen die EU-Einsatztruppe zu kämpfen, oder ob es sich dabei um einen Versuch handelt, die Europäer von der Stationierung der Truppe abzuhalten, bleibt abzuwarten. Klar ist jedoch, dass gerade die französischen Soldaten mit ihrer Geschichte im Tschad nicht die Anerkennung einer neutralen Schutzmacht genießen, sondern als Teil des repressiven Regimes betrachtet werden.

Alexander Schwartz

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

- Azevedo, Mario Joaquin: *Roots of Violence. A History of War in Chad*, Amsterdam 1998
 Burr, J. Millard/Collins, R.O.: *Africa's Thirty Years War. Libya, Chad and the Sudan (1963-1998)*, Boulder 1999
 International Crisis Group: *Tchad: Vers le Retour de la Guerre?*, 2006: <http://www.icg.org>
 Marchal, Roland: *Chad/Darfur: How Two Crises Merge*, in: *Review of African Political Economy* 109 (2006), S. 467-482
 May, Roy/Massey, Simon: *The Crisis in Chad*, in: *African Affairs* 105 (2006), S. 443-449
 Noluthungu, Sam C.: *Limits of Anarchy. Intervention and State Formation in Chad*, Charlottesville – London 1996
<http://www.ialtchad.com> (Nachrichten)
<http://www.presidence-tchad.org> (Regierung des Tschad)
<http://www.sudantribune.com> (Nachrichten über Sudan)
<http://www.tchadactuel.com> (Pressemitteilungen, Interviews und Nachrichten)
<http://www.tchad-info.net> (Regierungskritische Nachrichten)

Zentralafrikanische Republik

(Krieg)

Beginn: 2006
 Kriegstyp: A-1
 Beteiligte: APRD, UFDR / Zentralafrikanische Republik, Frankreich

Das Jahr 2007 stand politisch im Zeichen der Entspannung. Präsident

François Bozizé kündigte erstmals Gesprächsbereitschaft mit den Rebellen an. Sowohl die *Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement* (UFDR, Union der demokratischen Kräfte für die Sammlung) als auch die *l'Armée Populaire pour la Restauration de la République et la Démocratie* (APRD, Volksarmee für die Wiederherstellung der Republik und der Demokratie) begrüßten diese Entscheidung und Angriffe der Rebellen waren im Laufe des Jahres rückläufig.

Seit der Unabhängigkeit im Jahre 1960 gab es in der Zentralafrikanischen Republik fünf erfolgreiche und ein knappes Dutzend gescheiterte Putschversuche. Allein während der Amtszeit des Präsidenten Ange-Felix Patassé von 1993-2003 wurden drei erfolglose Staatsstrieche unternommen, die allesamt unter der Führung des damaligen Stabschefs der Streitkräfte François Bozizé niedergeschlagen wurden. Allerdings kam es nach dem letzten versuchten Staatsstreich im Jahre 2001 zu einem Bruch zwischen Patassé und Bozizé. Letzterer, der schon unter der Vorgängerregierung unter Andre Kolingba der Beteiligung und Planung eines Staatsstreiches beschuldigt worden war, floh nach erneuten Anschuldigungen mit einigen seiner Gefolgsleuten zunächst ins Exil in den Tschad und kurzzeitig nach Frankreich und Belgien.

Vom Tschad aus organisierte Bozizé seinen Widerstand mit Hilfe von mehreren 100 Söldnern gegen die Regierung Patassés. Am 25. Oktober 2002, dem ersten Jahrestag der Absetzung Bozizés, eroberten 150 Söldner die Vororte der Hauptstadt Bangui und konnten nur mit Unterstützung libyscher Soldaten und mehrer hundert Söldner der kongolesischen Rebellengruppe *Mouvement de Libération du Congo* (MLC, Bewegung zur Befreiung des Kongo) zurückgedrängt werden. In den darauf folgenden Monaten destabilisierten Bozizé und seine Rebellen zunächst den Norden des Landes, bevor sie 2003 Bangui einnahmen und die bis dahin erste demokratisch gewählte Regierung unter Präsident Patassé stürzten. Patassé erhielt bei der Machtübernahme keinerlei Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft oder der *Communauté Économique et Monétaire de l'Afrique Centrale* (CEMAC, Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft Zentralafrikas), die seit 2000 mit einer 380 Mann starken Friedenstruppe in dem Land stationiert war. Die CEMAC-Friedenstruppe hatte die Aufgabe, die Hauptstadt Bangui zu sichern und das entstandene Machtvakuum nach Abzug der französischen Armee 1997 kurzzeitig zu ersetzen. Der Abzug der französischen Armee, bis auf ein kleines Kontingent von 200 Soldaten, hatte Patassé initiiert und so zeigte Frankreich wenig Interesse, die Regierung Patassés militärisch zu schützen. Sowohl Frankreich als auch die CEMAC bevorzugten einen Dialog zwischen den Widerstandskämpfern und Patassé. Patassé war somit international und auch regional isoliert und so blieb ihm nur der Weg ins Exil nach Togo und die Ankündigung des Widerstandes.

Bozizé hingegen leitete eine zweijährige Phase der Transition ein, an de-

ren Ende demokratische Wahlen diesen Prozess abschließen sollten. In der Tat gab es nach der Machtübernahme Tendenzen zur Verbesserung der Situation in der Zentralafrikanischen Republik. Es wurde ein Entwaffnungs- und Reintegrationsprogramm ins Leben gerufen und 7.565 ehemalige Kombattanten wurden wieder in die Gesellschaft integriert. Neben der hohen Anzahl an Kleinwaffen, die im Land zirkulierten, hatte Bozizé das Problem, sich mit den Söldnern, mit deren Hilfe er an die Macht gelangt war, zu arrangieren. Er zahlte 200 sogenannten *ex libérateurs* (ehemalige Befreier) ein Handgeld und diese zogen sich vorerst auf das Terrain des Tschads zurück.

Am Ende des Transitionsprozesses wurde Bozizés Herrschaft durch demokratische Wahlen legitimiert und er erhielt bei Präsidentschaftswahlen am 24. Mai 2005 knapp 65 Prozent der Stimmen. Da der ehemalige Präsident Patassé von vornherein von der Wahl ausgeschlossen worden war, entschied er sich für die Option des bewaffneten Widerstandes. Bereits kurz nach der Wahl häuften sich wieder Überfälle in den nördlichen Provinzen des Landes. Die Grenzregion zwischen Tschad und Zentralafrikanischer Republik war seit Jahren ein rechtsfreier Raum, in dem sich neben Straßenräubern und marodierenden Plünderern, sogenannten Zaraguinas, auch ehemalige Soldaten, Deserteure der tschadischen Armee und die ehemaligen Unterstützer Bozizés aufhielten und Angriffe ausführten. Im Zeitraum von Juni bis September wurden im Norden des Landes mehrere Dörfer überfallen. Es gab Berichte über Plünderungen, Vergewaltigungen und Brandstiftung. Infolgedessen sind im Jahr 2005 zwischen 12.000 und 15.000 Flüchtlinge in Lagern im Süden des Tschads registriert worden. Verlässliche Informationen darüber, wer genau die Bevölkerung in dieser Region bedrohte, waren kaum verfügbar.

Erst im Dezember zeichneten sich ansatzweise eine Veränderung der Vorgehensweise und das Entstehen neuer Akteure ab, die darauf schließen ließen, dass auch politisch motivierte Gruppen in dieser Region operierten. Es häuften sich seither Angriffe auf die letzten staatlichen Sicherheitskräfte in der Region, Posten des Militärs und der Gendarmerie. Dies bestätigte insbesondere ein Bericht der *Afrikanischen Union* (AU), der hinter der Planmäßigkeit, Professionalität und Präzision der einzelnen Operationen keine marodierenden Banden mehr vermutete.

Die Regierung sah sich verstärkt zum Handeln gezwungen, da es zu Beginn des Jahres 2006 erneut Angriffe auf Militärbasen, Polizeistationen und einen Flughafen gab. Mit Unterstützung einiger CEMAC-Soldaten und französischer Ausrüstungshilfe gingen Regierungstruppen gegen Gewaltakteure in der Region vor. In der Folge häuften sich Berichte über Menschenrechtsverletzungen auch der staatlichen Sicherheitskräfte. Hatte zuvor die Vielzahl der nichtstaatlichen Gewaltakteure innerhalb der Region eine konkretere Bestimmung der Akteure verhindert, so sprach die Regierung in einem Bericht vom März erstmals von Rebellen und nicht mehr von Banditen. Seit

April 2006 hat zumindest eine Rebellenbewegung einen Namen, die APRD. Sie wird von Jean-Jacques Demafouth angeführt und wurde für mehrere Angriffe in den letzten zwei Jahren auf Dörfer im Nordwesten des Landes verantwortlich gemacht. Allerdings blieben auch weiterhin wenig konkret benannte Gewaltakteure in dieser Region aktiv. In den folgenden Wochen häuften sich die Angriffe auf die Regierungstruppen. Bei heftigen Gefechten in der nördlichsten Provinz Vakaga beispielsweise wurden 33 Menschen getötet. Nach einer Verurteilung der Rebellenangriffe durch den UN-Sicherheitsrat am 7. Juli schien sich die Situation zu ändern, da die ehemalige Kolonialmacht Frankreich der Zentralafrikanischen Republik umfassende militärische Hilfe zusicherte. Diese beschränkte sich nicht nur auf Waffenlieferungen sondern beinhaltete auch die Unterstützung bei der Planung von Einsätzen sowie die Luftaufklärung durch vier Jagdflugzeuge. In der Folge gingen die Angriffe auf Regierungstruppen in den nächsten Monaten zunächst zurück. Die Auseinandersetzungen verstärkten sich jedoch wieder und im September sollen 22 Regierungssoldaten bei Angriffen der APRD ums Leben gekommen sein.

Derweil trat im Oktober mit der UFDR eine neue Rebellenbewegung in Erscheinung, die eine Bündelung diverser Gewaltakteure darstellt. Ihr gelang am 31. Oktober die Einnahme der 30.000 Einwohner zählenden Stadt Birao im Norden des Landes. In den folgenden zwei Wochen dehnte die UFDR ihren Einflussbereich weiter Richtung Süden aus und besetzte die Städte Sam-Ouandja, Ouanda-Djalle, Ouadda und Ndele. Ein Sprecher benannte als Motiv der UFDR die einseitige Machtverteilung im Land. Darüber hinaus gab sich die UFDR gesprächsbereit. Die Regierung beschuldigte im Gegenzug sowohl den Sudan als auch Patassé die Aufständischen zu unterstützen. Angesichts der Gebietsgewinne der UFDR bat die Regierung die internationale Gemeinschaft und insbesondere Frankreich um Unterstützung im Kampf gegen die UFDR. Nach Zusage weiterer Unterstützung durch Frankreich begann am 28. November ein Gegenangriff, der mit der Rückeroberung Biraos endete. Die Armee eroberte in den kommenden zwei Wochen mit der Unterstützung der CEMAC-Soldaten und französischer Kampfflugzeuge alle besetzten Städte zurück.

Zu Beginn des Berichtjahres wurden bei Kämpfen zwischen der APRD und den Regierungstruppen im Nordosten des Landes 54 Dörfer verbrannt und 100 Zivilisten getötet. Etwa 40.000 Menschen wurden in Folge der Kämpfe zu Flüchtlingen. Damit stieg die Gesamtzahl der Flüchtlinge seit Beginn des Krieges auf mehr als 300.000 an. In Folge des Krieges sind ein Viertel der Bevölkerung, das heißt circa 1 Million Menschen vom Krieg betroffen. Mangelnde Ernährung und eine rudimentäre medizinische Versorgung sind hierbei direkte Folgen des Krieges. Die Stadt Birao ist hierbei exemplarisch für das Kriegsgeschehen. Vor Ausbruch der Kämpfe im Jahr 2006 hatte die Stadt noch 30.000 Einwohner im Jahr 2007 waren es weniger

als 500. Als die Rebellen der UFDR im März ihre letzten Einheiten aus der Stadt abzogen, verbrannten sie weitere 600 Häuser.

Bereits im Februar vereinbarte Präsident Bozizé unter Vermittlung von des libyschen Staatschefs Muammar al-Gaddafi einen Friedensvertrag mit Abdoulaye Miskyne, der eine Splittergruppe der APRD anführte. Im April folgte ein Abkommen zwischen Bozizé und General Damane Zakaria, dem Gründer der UFDR. Dieses beinhaltete neben einem sofortigen Waffenstillstand, eine Generalamnestie für die UFDR-Kämpfer und die teilweise Eingliederung in die nationale Armee. Des Weiteren wurde jedem Anhänger der UFDR ein Handgeld von 75 Euro ausbezahlt. Der Friedensinitiative ging einer Offensive der UFDR Anfang März voraus. Bei diesem Angriff auf die Stadt Birao nahm die UFDR 18 Franzosen als Geiseln. Die französische Armee schickte zur Unterstützung zwei im Tschad stationierte Kampfflugzeuge und ließ 130 Fallschirmjäger über dem Gebiet abspringen. Den französischen Soldaten und der zentralafrikanischen Armee gelang es innerhalb weniger Tage die Stadt Birao zurückzuerobern. Dabei starben sechs Regierungssoldaten und 30 Rebellen der UFDR. Mit diesen Friedensinitiativen versuchte Bozizé sowohl den Nordosten in der hauptsächlich die UFDR operiert, als auch den Nordwesten, in dem die APRD und Miskyne aktiv sind, zu befrieden. Zakaria und Miskyne wurden zudem zu Präsidentenberatern ernannt.

Beide Friedensabkommen sind in den jeweiligen Rebellenbewegungen jedoch nicht unumstritten. Die UFDR ist ein Konglomerat aus drei Rebellengruppen: der *Mouvement des Libérateurs Centrafricains pour la Justice* (MLJC, Bewegung der zentralafrikanischen Befreier für Gerechtigkeit), der *Groupe d'Action Patriotique de Libération de la Centrafrique* (GAPLC, Gruppe der patriotischen Aktion der Befreiung Zentralafrikas) und der *Front Démocratique Centrafricain* (FDC, Zentralafrikanischen demokratischen Front). Die im Benin inhaftierten Anführer der MLJC und der GAPLC, Abakar Sabone und Michel Djotodia kündigten entgegen dem Friedensvertrag die Fortsetzung des bewaffneten Widerstandes an. Nach gravierender wirkte sich die fehlende Autorität von Miskyne innerhalb der APRD aus. Im Nordwesten führte die Friedensvereinbarung zu keiner Entspannung und die APRD verkündete ihren Kampf fortzusetzen.

Die Truppenstärke der APRD wird auf 1.000 bis 2.000 Mann geschätzt. Ihr Ziel ist es, die jetzige Regierung zu einer Machtteilung zu bewegen. Um dies zu erreichen verfolgt die APRD eine Destabilisierungsstrategie und versucht die Unsicherheit und die Unregierbarkeit im Nordwesten zu erhöhen. Dabei hat sich das folgende Angriffsmuster herauskristallisiert: Mit einem kleinen schnell operierenden Angriffstrupp werden Vorposten der Regierungstruppen oder andere staatliche Institutionen attackiert, um somit einen Gegenangriff zu provozieren. Dieser fällt meistens unverhältnismäßig stark aus, so dass die Schäden unter der Zivilbevölkerung um ein vielfaches

größer sind als die Verluste innerhalb der Rebellengruppe. Die Regierungssoldaten greifen Dörfer und Zivilisten an, da sie vermuten dass diese die Rebellen unterstützen. Die APRD schafft somit einerseits ein Klima der Unsicherheit und stellt andererseits die Legitimität der Regierung in Frage. Im Juni wurden nach einem Attentat auf einen örtlichen Politiker seitens der APRD in der Provinz Ouham-Pende 540 Häuser von den Regierungstruppen niedergebrannt und fünf Zivilisten erschossen.

Trotzdem zeigte die Verhandlungsstrategie der Regierung Erfolge. Bezüglich der UFDR wurden diese bereits zur Mitte des Jahres dadurch sichtbar, dass die Angriffe auf Regierungstruppen zurückgingen und 220 Kindersoldaten der UFDR freigelassen wurden. In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres gingen die Angriffe auf Regierungstruppen im ganzen Land zurück und im Oktober erklärte sich auch die APRD insgesamt bereit Friedensgespräche mit der Regierung aufzunehmen. Ob sich daraus ein dauerhaftes Ende des Krieges ergibt, bleibt abzuwarten.

Mario-Gino Harms

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Human Rights Watch: State of Anarchy. Rebellion and Abuses Against Civilians, 2007: <http://www.hrw.org>

International Crisis Group: Anatomy of a Phantom State, 2007: <http://www.icg.org>

Mehler, Andreas: Central African Republic, in Africa Yearbook 2006, hrsg. von Andreas Mehler, Boston 2007, S.187- 196

<http://www.centrafrique-presse.com>

Lateinamerika

Kolumbien (ELN)

(Bewaffneter Konflikt)

Beginn: 1965 (Krieg 1965-2006)

Beteiligte: ELN / Kolumbien, AUC

Seit Ende Oktober 2006 führt die linksgerichtete Guerilla-Gruppierung *Ejército de Liberación Nacional* (ELN, Nationales Befreiungsheer) Friedensverhandlungen mit der kolumbianischen Regierung. Auch wenn sich die beiden Seiten im Berichtsjahr 2007 auf kein Friedensabkommen einigen konnten, so ist doch eine deutliche Reduzierung der Kampfhandlungen festzustellen. Im Gegensatz dazu wird der Kampf zwischen der größten Guerilla-Gruppierung Kolumbiens, den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens), mit dem kolumbianischen Militär und neuen paramilitärischen Gruppen weiterhin mit hoher Gewaltintensität ausgetragen (vgl. den Beitrag zu Kolumbien (FARC)).

Bis heute bilden die Erfahrungen aus dem „La Violencia“ (Die Gewalt) genannten kolumbianischen Bürgerkrieg von 1948 bis 1957, der rund 250.000 Todesopfer forderte, das ideologische Fundament des ELN. Dieses entstand aus einer Vielzahl marxistisch-leninistischer Splittergruppen der frühen 1960er Jahre, zu deren Rekrutierungsbasis vornehmlich Studenten sowie Gegner der großgrundbesitzenden Schicht und der kapitalistischen Agrarwirtschaft gehörten. Nachdem sich Versuche, eine Guerilla in den Ballungsräumen zu etablieren, wiederholt als erfolglos erwiesen hatten, zog sich die Gruppe in den ländlichen Nordosten Kolumbiens zurück. Fortan konzentrierte sie sich auf Landstriche zwischen Karibikküste, venezolanischer Grenze und nördlicher Cordillera Central, wo immer mehr Gebiete unter ihre Kontrolle gerieten. Als Folge war hier die Ausübung staatlicher Gewalt kaum noch möglich. Die Rebellen installierten ein eigenes Verwaltungssystem, erhoben Steuern und mischten sich in Streitigkeiten zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern ein. Zudem engagierten sich die meisten ELN-Fraktionen in einer Vielzahl örtlicher Hilfsprojekte und bauten die Sozialfürsorge für die ländliche Bevölkerung zum nichtmilitärischen Flügel der Guerilla aus. Seit Beginn der 1980er Jahre bestand die Kernforderung des ELN in einer Nationalisierung der Bodenschätze im erdölreichen Nordosten des Landes. Die Rebellen gingen gegen multinationale Konzerne vor und verübten Sabotageanschläge auf Erdölpipelines. Schutz- und Lösegelder aus Erpressungen und Entführungen bildeten die Haupteinnahmen der Organisation. Im Gegensatz zu den vorrangig in den südlichen Landesteilen operierenden

FARC lehnte das ELN nach eigener Darstellung die Duldung und Besteuerung des Kokaanbaus jederzeit ab.

Mitte der 1980er Jahre eskalierte die Gewalt zwischen ELN und Regierungstruppen nach einer Reihe von Attentaten und anschließenden Vergeltungsaktionen des kolumbianischen Militärs. Gleichwohl gab es auch Versuche der Konfliktbeilegung. Der erste strukturierte Friedensprozess unter Präsident Belisario Betancur scheiterte, weil der Grundbesitz des Landes im Zuge einer vorausgegangenen Agrarreform nach Auffassung des ELN ungerecht zugunsten von Großgrundbesitzern und vermögenden Oligarchen umverteilt worden war. Außerdem erhielten die einzelnen Milizen der späteren *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC, Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens) in dieser Zeit starken Zulauf. Diese hatten sich ursprünglich aus Milizen gebildet, die von Großgrundbesitzern, die in der steigenden Popularität von ELN und FARC eine Bedrohung ihres Besitzes sowie ihres politischen Einflusses sahen, angeheuert worden waren. Auch verübten die als „Todesschwadronen“ gefürchteten Kommandos der AUC Attentate auf Oppositionspolitiker. Allein 4.000 Mitglieder der linksliberalen *Unión Patriótica* (Patriotische Union) sowie schätzungsweise 2.500 Gewerkschafter starben Mitte der 1980er Jahre durch Mordanschläge (vgl. den Beitrag zu Kolumbien (FARC)).

Das ELN versuchte erstmals 1987 ausgewählte Aktionen mit den FARC sowie verschiedenen lokalen Guerillagruppen zu koordinieren. Es blieb jedoch bei einigen gemeinschaftlich verfassten Deklarationen. Auf der anderen Seite brachen die Delegierten des ELN 1989 die Friedensverhandlungen mit der Regierung ab. Die 1990er Jahre waren durch einen ständigen Wechsel zwischen militärischer Zuspitzung und verbal bekundeter Gesprächsbereitschaft gekennzeichnet. Obwohl Präsident Ernesto Samper den Rebellen im September 1994 Verhandlungen ohne weitere Vorbedingungen anbot, endete die Entspannungsphase im Sommer 1995, woraufhin Samper den Ausnahmezustand verhängte. Der unter seinem Nachfolger Andrés Pastrana 1998 reaktivierte Friedensprozess sah schließlich die Schaffung einer rund 42.000 Quadratkilometer großen „Entspannungszone“ im Süden Kolumbiens vor, in der die FARC eine eigene Gesetzgebung und Landreform durchsetzen durften. Das ELN erhob daraufhin ähnliche Forderungen für die von ihm kontrollierten Departments im Nordosten des Landes, die Pastrana jedoch als inakzeptabel zurückwies. Im November 2001 begannen Sondierungsgespräche zwischen ELN-Führern und Regierungsunterhändlern in Kuba, die nach einer hoffnungsvollen Anlaufphase mit Verweis auf unerfüllbare Forderungen der Guerilla ergebnislos abgebrochen wurden.

Seit der Amtsübernahme von Präsident Álvaro Uribe Vélez im August 2002 und seinem harten Kurs gegen FARC und ELN sahen sich die Rebellen stark in die Defensive gedrängt. Der frühere Gouverneur des Departments Antioquia investierte in den ersten Monaten seiner Amtszeit beträchtliche

Haushaltssummen in die personelle Verstärkung von Polizei und Militär. Darüber hinaus gestattete das von Menschenrechtsorganisationen kritisierte Gesetz 684 vom 13. August 2002 Militärkommandanten in umkämpften Gebieten eine weitreichende Aufhebung von Grundrechten, wie die Möglichkeit von Verhaftungen ohne richterliche Anordnung. Auf die vorläufige Weigerung des Verfassungsgerichts, dieses Gesetzesvorhaben als unbedenklich einzustufen, reagierte der Präsident mit der Verhängung des Ausnahmezustands im Department Arauca im Nordosten Kolumbiens, das fortan als sogenannte Konsolidierungszone galt und in der das Militär Sondervollmachten genoss. Auch der im Jahr 2002 gemeinsam mit den USA verabschiedete „Plan Colombia“ trug zur Marginalisierung der Rebellen bei. Auch wenn dieser primär die südlichen, überwiegend von den FARC kontrollierten Landesteile zum Zielgebiet der Mittel bestimmt hatte, sollten die vorgesehenen Gelder auch zur Zerschlagung des ELN beitragen. 2004 wurde der „Plan Colombia“ durch den „Plan Patriota“ abgelöst, der sich auf die Bekämpfung der Guerilla konzentrierte. Das harte militärische Vorgehen gegen die Guerilla drängte das ELN in die Defensive, die Zahl der aktiven Kämpfer sank von 5.000 Mitte der 1990er Jahre auf heute schätzungsweise 2.500 bis 4.000.

Eine Verfassungsänderung im Oktober 2005, die dem Präsidenten eine zweite Amtszeit ermöglichte, setzte die Guerilla weiter unter Druck. Am 16. Dezember 2005 begannen zum ersten Mal seit vier Jahren Gespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und dem ELN. Ende Oktober 2006 gingen die Gespräche in Friedensverhandlungen über und werden seitdem von Vertretern Spaniens, Norwegens und der Schweiz begleitet. Die Verhandlungsrunden fanden in der kubanischen Hauptstadt Havanna unter Führung des zuständigen Regierungsunterhändlers Luis Carlos Restrepo sowie dem militärischen Kommandeur des ELN, Antonio García, statt. Die Verhandlungen gestalteten sich aber zunächst schwierig und dem ELN wurde besonders in der ersten Jahreshälfte 2006 mehrfach die Verwicklung in Kampfhandlungen vorgeworfen. Seitdem ist eine deutliche Reduzierung der Konflikte festzustellen, wobei das ELN in einigen Regionen des Landes noch immer aktiv ist.

Auch im Berichtsjahr war das ELN an Kampfhandlungen und Entführungen beteiligt. Am 8. Februar wurde ein Hauptmann des Militärs, der vier Jahre zuvor vom ELN entführt worden war, bei einer Militäroperation befreit. Am 20. Februar befreite das Militär im südwestlichen Department Valle del Cauca eine 72-jährige Frau, die drei Monate zuvor von den Rebellen entführt worden war. Ein Kämpfer des ELN wurde dabei getötet. In der ersten Aprilwoche wurden bei Militäroperationen in verschiedenen Regionen des Landes 59 Rebellen getötet, darunter neun Kämpfer des ELN. Am 6. Juni wurden vier Soldaten im Department Antioquia bei einem Hinterhalt getötet. Der Angriff wurde dem ELN zugeschrieben. In den Folgemonaten starben mehrere ELN-Rebellen bei Kämpfen mit dem Militär. So wurden am 13. Juni drei

Rebellen im Department La Guajira getötet. Mitte Juni wurden zwei Rebellen im Department Norte de Santander getötet, am 22. Juni zwei weitere im Department Arauca. Anfang August starb ein ELN-Kämpfer im Department Bolívar, wenige Tage später zwei weitere im Department Santander. Anfang Oktober nahm das Militär in Medellín im Department Antioquia einen wichtigen Anführer des ELN, Albeiro Alonso Atehortua alias „Richard“, fest. Die Festnahme wurde als einer der schwersten Schläge gegen die Strukturen des ELN bezeichnet. Am 25. November wurden zwei ELN-Kämpfer in den Departments Cauca und Boyacá durch das Militär getötet.

Die schwersten Kämpfe unter Beteiligung des ELN ereigneten sich im Berichtsjahr mit der größten Rebellenorganisation des Landes, den FARC. Nach einer langen Zeit der friedlichen Koexistenz waren bereits Ende 2006 Spannungen zwischen den beiden Gruppen zu beobachten gewesen. Anfang des Berichtsjahres eskalierten sie in bewaffnete Auseinandersetzungen in verschiedenen Regionen des Landes. Die genaue Intensität der Konfrontationen ist nicht bekannt, das ELN bezeichnete aber Äußerungen der Regierung als übertrieben, nach denen 500 Kämpfer des ELN getötet worden seien. Verschiedene Zeitungen im Land sprechen von 300 bis 500 Opfern.

Auch die Zivilbevölkerung hatte unter den Kämpfen zu leiden. So wurden Ende April mindestens 13 Bauern in einem ländlichen Gebiet des Departments Arauca getötet und 96 Familien vertrieben. Arauca ist seit langem eine Hochburg beider Rebellengruppen. Auch wenn die Morde an den Bauern den FARC angelastet wurden, gingen die Kämpfe auf Spannungen zwischen den beiden Rebellengruppen zurück. In der zweiten Jahreshälfte nahm die Intensität der Konflikte ab. Ende Juli verkündeten die beiden Gruppen sogar, dass sie sich im Widerstand gegen eine große Militäroffensive im Dschungelgebiet Catatumbo im Nordwesten des Landes verbünden würden. Anfang Oktober bat das ELN die FARC darum, mit ihnen ein Abkommen zur Beendigung der Kämpfe zu schließen. Bis heute bleiben die genauen Gründe für den Beginn der Kämpfe ungeklärt. Analysten glauben, dass die FARC nicht mit den Verhandlungen zwischen ELN und Regierung einverstanden sind und die Gespräche torpedieren wollten. Unklar ist auch, ob die Kämpfe zwischen den beiden Gruppen abschließend beendet wurden oder nur ein vorübergehender Waffenstillstand herrscht.

Während des gesamten Berichtsjahres wurden die Friedensverhandlungen zwischen ELN und kolumbianischer Regierung in der kubanischen Hauptstadt Havanna fortgeführt. Am 31. Januar erkannte die kolumbianische Regierung einen weiteren Anführer des ELN, Pablo Beltrán, als Verhandlungsführer an und setzte damit einen gegen ihn vorliegenden Haftbefehl vorübergehend außer Kraft. Damit hat die Regierung insgesamt vier Anführern des ELN den Status als Verhandlungsführer zugesprochen, neben Beltrán noch Francisco Galán, der kurz zuvor vorzeitig aus der Haft entlassen worden war, Juan Carlos Cuella und Antonio García.

Am 8. April stellte das ELN die Forderung nach einer Amnestie für seine Mitglieder auf. Dies verkomplizierte den Friedensprozess, da die Regierung betonte, für Verbrechen gegen die Menschlichkeit könne es keine Amnestie geben. Erschwerend kam außerdem hinzu, dass das ELN weiterhin Entführungen betrieb. Trotzdem erklärte sich die Regierung am 18. April bereit, einem zeitlich begrenzten Waffenstillstand zuzustimmen, der durch das ELN vorgeschlagen worden war. Die Regierung sicherte zu, während des Waffenstillstands keine Rebellen festzunehmen. Am 27. Juli aber brach das ELN die Gespräche mit der Regierung vorläufig ab, ohne dass der erwartete Waffenstillstand zustande gekommen wäre. Als Grund nannten sie Uribes Forderung nach der Demilitarisierung der Rebellen, der Identifizierung ihrer Mitglieder und der Konzentration der Kämpfer in einer Region. Die Regierung wiederum erklärte, eine Einigung sei nicht möglich, solange das ELN darauf bestehe, eine verdeckte Organisation zu bleiben.

Wenige Tage später erklärte sich das ELN aber grundsätzlich zu einem Austausch von Geiseln gegen inhaftierte Rebellen bereit. Dabei betonten sie jedoch ein gewisses Misstrauen der Regierung gegenüber. Unter Präsident Pastrana hatte das ELN 60 Geiseln freigelassen, die Regierung aber daraufhin ihren Teil der Vereinbarung nicht erfüllt. Pablo Beltrán, einer der Verhandlungsführer des ELN, gestand ein, dass Entführungen im revolutionären Kampf nicht legitim seien. Zahlen der Regierung, wonach das ELN etwa 560 Personen gefangen halte, erklärte er für übertrieben. Andere Schätzungen gehen davon aus, dass das ELN 200 bis 400 Personen gefangen hält. Darüber hinaus erklärten sich die Rebellen dazu bereit, ihre Verbrechen anzuerkennen und für sie in einem Friedensprozess Verantwortung zu übernehmen. Daraufhin präsentierte die kolumbianische Regierung am 14. August ein „Basisabkommen“. Dieses sah die sofortige Freilassung aller Entführten sowie die Unterlassung weiterer Entführungen vor. Außerdem wurde die Forderung nach einer Demilitarisierung, Identifizierung und Konzentrierung der Truppen wiederholt. An diesen Forderungen scheiterten die Gespräche erneut.

Als positiv muss jedoch hervorgehoben werden, dass das ELN Anfang Oktober zusagte, die Regionalwahlen vom 28. Oktober nicht torpedieren zu wollen, und sich an dieses Versprechen auch hielt. Am 19. November einigten sich Regierung und ELN darauf, die Friedensverhandlungen im Dezember wieder aufzunehmen. Der venezolanische Präsident Hugo Chávez, der zwischen Regierung und den Rebellen der FARC vermitteln sollte, hatte sich auch dazu bereit erklärt, an Verhandlungen mit dem ELN teilzunehmen. Nachdem die kolumbianische Regierung ihm das Verhandlungsmandat am 21. November entzogen hatte, erklärte das ELN jedoch am 12. Dezember, dass der Ausgang der Friedensverhandlungen ohne Chávez unsicher sei.

Somit bleibt festzustellen, dass bei den Friedensgesprächen bisher keine wirklichen Ergebnisse erzielt wurden. Die Fronten bleiben verhärtet und eine Einigung scheitert immer wieder an den gleichen Forderungen und der Wei-

gerung beider Seiten, nachzugeben. Die starke Reduzierung der Kampfhandlungen weist jedoch darauf hin, dass das ELN nicht in der Lage ist, den Kampf mit früherer Intensität wieder aufzunehmen.

Maja Liebing

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Amnesty International: Jahresbericht 2007: <http://www.amnesty.de>

Human Rights Watch: Maiming the People. Guerrilla Use of Antipersonnel Landmines and Other Indiscriminate Weapons in Colombia, 2007: <http://www.hrw.org>

International Crisis Group (ICG): Colombia: Moving Forward with the ELN?, 2007: <http://www.icg.org>

International Policy Report: Plan Colombia – Six Years Later, 2006: <http://www.ciponline.org>

Kurtenbach, Sabine: Kolumbien – Krise von Politik, Staat und Gesellschaft, in: Kurtenbach, Sabine/Minkner-Bünjer, Mechthild/Steinhaus, Andreas: Die Andenregion – Neuer Krisenbogen in Lateinamerika, Frankfurt am Main 2004

<http://www.cgfm.mil.co> (kolumbianische Armee)

<http://www.ciponline.org/colombia> (Colombia Program des Center for International Policy)

<http://www.eln-voces.com> (ELN)

<http://www.kolumbien-aktuell.ch> (Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien)

<http://www.presidencia.gov.co> (kolumbianische Regierung)

<http://www.semana.com.co> (große kolumbianische Wochenzeitung)

Kolumbien (FARC)

(Krieg)

Beginn: 1964

Kriegstyp: A-2

Beteiligte: FARC / Kolumbien, AUC

Im Berichtsjahr 2007 setzte sich der seit über 40 Jahren andauernde Krieg zwischen der Guerillagruppe *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) und dem staatlichen Militär mit hoher Gewaltintensität fort. Neben einem politischen Skandal um die Zusammenarbeit ranghoher Politiker und Militärs mit Paramilitärs brachte auch die Entstehung neuer paramilitärischer Gruppen, die sich aus den eigentlich demobilisierten Kämpfern der *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC, Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens) gebildet haben, die Regierung von Präsident Álvaro Uribe in Bedrängnis.

Die Entstehung der FARC ist eng mit dem unter dem Namen „La Violencia“ (Die Gewalt) bekannten Bürgerkrieg zwischen 1948 und 1957 verbunden. Während der knapp zehn Jahre andauernden Kampfhandlungen gingen zunächst kommunistische Guerillafraktionen und die Anhänger der

Liberalen gemeinsam gegen die konservative Regierung vor. Beendet wurde der Bürgerkrieg jedoch durch ein Abkommen zwischen den Konservativen und den Liberalen, das die linksgerichteten Guerillafraktionen ausschloss. Die Vereinbarung sah einen vierjährigen Wechsel der Regierungsverantwortung vor, die Bevölkerung konnte nur noch zwischen Vertretern der jeweiligen Regierungspartei wählen. Verschiedene Reformen benachteiligten vor allem die Kaffeearbeiter und Kleinbauern. Aus diesem sozial benachteiligten Milieu in der Peripherie des Landes rekrutierte Manuel Marulanda Vélez, genannt Tirofijo, Anfang der 1960er Jahre seine kampfbereite Anhängerschaft. Seit 1964 griffen diese Rebellen unter dem Namen FARC Großgrundbesitzer und staatliche Institutionen an. Zur Finanzierung des bewaffneten Kampfes führten sie in den von ihnen kontrollierten Gebieten ein Steuersystem für Unternehmen ein. Auch der Kokahandel wurde besteuert. Mit der Zunahme des Kokaanbaus Ende der 1990er Jahre begannen die FARC auch auf die wesentlich profitablere Herstellung von Kokain Steuern zu erheben.

Die Basis der späteren paramilitärischen AUC bildeten schon zu Zeiten von „La Violencia“ private Milizen der Großgrundbesitzer. Unterstützt und legitimiert von der Regierung sollten sie der antikommunistischen Politik der Regierung eine Basis in der Gesellschaft verschaffen. Erst Anfang der 1980er Jahre gründete sich aus diesen vielen kleinen Milizen eine gemeinsame, private Dachorganisation, die sich AUC nannte. In den darauf folgenden Jahren bestand eine intensive organisatorische und personelle Zusammenarbeit mit dem staatlichem Militär. Die AUC agierten vor allem im Norden des Landes, wo Erdölvorkommen, Kokainproduktion und -handel eine Basis für ihre ökonomische Reproduktion boten. Auch bestand eine enge Zusammenarbeit mit Großgrundbesitzern und großen Firmen, welche die AUC als Schutzorganisation in Anspruch nahmen. Trotz eines offiziellen Verbots der Zusammenarbeit seit Ende der 1980er Jahre wurden immer wieder Fälle der Kooperation zwischen AUC und Militär bekannt.

Anfang der 1980er Jahre, während der Regierungszeit Belisario Betancur, wurden Friedensverhandlungen zwischen den FARC und der Regierung aufgenommen. Diese sahen eine weitreichende Entwaffnung sowie die gesellschaftliche Eingliederung und politische Teilhabe der Guerilla vor. Sie scheiterten vor allem aus zwei Gründen: Zum einen setzte die Regierung Agrargesetze um, die eine zunehmende Konzentration des Landbesitzes in den Händen der Großgrundbesitzer und eine verstärkte Landflucht der Kleinbauern zur Folge hatten. Zum anderen verfolgten und töteten die AUC im Jahre 1985 gezielt Angehörige der *Union Patriótica* (UP, Patriotische Union), einer Partei, die sich größtenteils aus ehemaligen Guerillamitgliedern zusammensetzte. Insgesamt 4.000 Politiker und 2.500 parteinahe Gewerkschafter wurden getötet. Daraufhin erklärten die FARC die Friedensverhandlungen für gescheitert.

In den 1990er Jahren erhielt die Guerilla starken Zulauf und erklärte den gesamtgesellschaftlichen Wandel durch einen politischen Umsturz zu ihrem Ziel. Als Reaktion auf das Anwachsen der FARC auf bis zu 20.000 Kämpfer und die zunehmend brutalere Vorgehensweise verstärkten auch die AUC ihre Truppen von ehemals geschätzten 2.000 auf etwa 15.000 bis 20.000 Mann. Dieser starke Anstieg konnte durch den Beitritt weiterer zuvor unabhängiger Verbände zu den AUC erreicht werden. Übergriffe, Entführungen und Morde durch FARC und AUC gegen die Zivilbevölkerung nahmen stetig zu. Die Zahl der Kriegstoten in Kolumbien seit 1990 wird auf 10.000 pro Jahr geschätzt, die der Entführungen hat von früher bis zu 3.000 jährlich auf unter 1.000 im Jahr 2006 abgenommen.

Erst 1998 unter Präsident Andrés Pastrana stimmten die FARC erneuten Friedensverhandlungen zu. Ein Ergebnis war das Zugeständnis der Regierung, eine sogenannte Entspannungszone für die FARC im Süden Kolumbiens einzurichten. Die Armee zog sich aus diesem 42.000 Quadratkilometer großen Gebiet zurück und überließ den FARC die politische und militärische Kontrolle. Die Guerilla operierte jedoch weiterhin in kleinen Einheiten im ganzen Land. Seit 2001 fanden vor allem an der Grenze der Entspannungszone regelmäßig Kämpfe zwischen Militär und Guerilla statt. Das Zugeständnis an die Guerilla führte somit nicht zu einer Verringerung der Kampfhandlungen.

Unter Präsident Pastrana begann der kolumbianische Staat mit der Umsetzung des „Plan Colombia“, der eine Verschärfung des Konfliktes mit sich brachte. Das ursprünglich als Entwicklungsplan begonnene Programm wurde direkt an die Verwendung für spezifische Militärmaßnahmen gekoppelt. Die USA bewilligten zunächst eine Förderung mit 1,3 Milliarden US-Dollar. Darüber hinaus wurden Militärberater und Sprühflugzeuge zur Verfügung gestellt, die zur Entlaubung von Kokaplantagen vor allem in der Regenwaldzone im Süden des Landes eingesetzt wurden. Die Folge war eine großflächige Entlaubung großer Teile des Regenwaldes mit verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung. Die Pestizide führten zu schweren gesundheitlichen Schäden, die Vernichtung von Feldern entzog den Bauern ihre Lebensgrundlage. Viele entschlossen sich daraufhin zu einem Beitritt zur FARC, die zwischenzeitlich 22.000 Kämpfer umfasste.

Die Spannungen zwischen den Kriegsparteien nahmen zu, als Álvaro Uribe Vélez, dessen Vater 1983 von FARC-Guerilleros erschossen wurde, 2002 die Präsidentschaftswahl gewann. Seine Verbindungen zu den paramilitärischen AUC sowie seine Erklärung, eng mit den USA zusammenarbeiten und hart gegen die Guerillagruppen im Land vorgehen zu wollen, führten zu einer starken Zunahme der Kampfhandlungen nach seinem Amtsantritt. Nachdem im Februar 2003 drei US-Militärberater gefangen genommen wurden, erhöhte die US-Regierung ihre finanzielle Unterstützung, entsandte weitere Soldaten und lieferte Waffen an die kolumbianische Regierung. 2004

wurde der „Plan Colombia“ durch den „Plan Patriota“ abgelöst, der sich noch stärker als zuvor auf die Bekämpfung der Guerilla konzentrierte. Bis heute hat Kolumbien mehr als 4 Milliarden US-Dollar an finanzieller Unterstützung durch die USA erhalten.

Im Berichtsjahr wurde Kolumbien vom sogenannten „Parapolitik“-Skandal erschüttert. Die Bezeichnung „Parapolitik“ bezieht sich auf Verbindungen teils ranghoher Politiker und Militärs mit den eigentlich demobilisierten paramilitärischen Verbänden der AUC. Seit November 2006 wurden immer neue Details über diese Zusammenarbeit bekannt. Die AUC sollen in von ihr kontrollierten Gebieten Politikern zu wichtigen Positionen verhelfen, enge Beziehungen zu Abgeordneten im Nationalkongress unterhalten und Bürger genötigt haben, sie genehme Kandidaten zu wählen. Mehrere Abgeordnete und Senatoren wurden festgenommen und Disziplinarverfahren eingeleitet. Im April wurden auch Informationen über Verbindungen Präsident Uribes zu den AUC bekannt. Der US-Kongress fror daraufhin vorläufig Militärhilfen an Kolumbien ein, US-Außenministerin Condoleezza Rice erklärte jedoch im Oktober, dass die Hilfsmittel im kommenden Fiskaljahr ausgezahlt werden würden. Auf den „Parapolitik“-Skandal ist auch das schlechte Abschneiden von Uribes Konservativen bei den Regionalwahlen am 29. Oktober 2007 zurückzuführen.

Darüber hinaus wurde klar, dass sich die eigentlich demobilisierten Paramilitärs in zahlreichen Gruppierungen neu formieren. Verschiedenen Berichten von Regierung und internationalen Organisationen zufolge soll die Gesamtzahl der Mitglieder etwa 5.000 betragen, 17 Prozent davon ehemalige Paramilitärs. Geschätzte 34 Gruppierungen operieren in 200 Gemeinden im ganzen Land. Sie betreiben Entführungen, sind am Drogenhandel beteiligt und versuchen, Territorium und Bevölkerung zu kontrollieren. Unklar ist, inwiefern sie eine politische Agenda verfolgen. Manche von ihnen bekämpfen wie ehemals die AUC linke Rebellen. Die neuen paramilitärischen Gruppen waren im Berichtsjahr für Morde an der Zivilbevölkerung verantwortlich und lieferten sich auch Gefechte mit Rebellen und Militär.

Der Demobilisierungsprozess der Paramilitärs kann somit nicht als Erfolg gewertet werden. Das 2005 von Uribes Regierung verabschiedete „Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden“ sieht Strafminderungen für Paramilitärs vor, die bei der Aufarbeitung der Verbrechen mit der Justiz zusammenarbeiten. Im Juni des Berichtsjahres zog der Leiter der zuständigen Einheit der kolumbianischen Staatsanwaltschaft, die den Demobilisierungsprozess der Paramilitärs begleitet, eine sehr ernüchternde Bilanz des Prozesses. Die Strafen für demobilisierte Paramilitärs seien zu niedrig und die Vorteile für den Friedensprozess zu gering, da die wenigsten Paramilitärs vor der kolumbianischen Justiz eine Aussage machten. Kritiker, die das „Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden“ als eine illegitime Amnestie für Paramilitärs bezeichnet hatten, sahen sich bestätigt.

Die Rebellen der FARC hatten nach dem Scheitern des de-facto-Waffenstillstands nach Uribes Wiederwahl zum Präsidenten Ende Mai 2006 den bewaffneten Kampf im Herbst wieder aufgenommen. Kaum eine Region des Landes blieb im Berichtsjahr verschont. Besonders umkämpft war die Hafenstadt Buenaventura an der Westküste des Landes. Wie bereits im Vorjahr versuchten Rebellen, Paramilitärs, Drogenhändler und Armee, auch 2007 die Kontrolle über den strategisch wichtigen Hafen zu erlangen. Bei mehreren Bombenattentaten zwischen Januar und Juni wurden mindestens 17 Personen getötet und viele weitere verletzt. Am 7. Februar führten Polizei und Armee in Buenaventura und Cali, der Hauptstadt des Departments, Operationen gegen Rebellen durch und 103 FARC-Mitglieder kapitulierten. Ende Oktober wurden bei einem Anschlag auf eine Militärpatrouille mindestens zwei Soldaten und zwei Zivilisten getötet. Auch die Hauptstadt des Departments wurde von mehreren Anschlägen erschüttert. Cali ist aufgrund der Nähe zu den Gemeinden Florida und Pradera, die als „Entspannungszone“ für einen eventuellen Geiselaustausch gehandelt werden, ein wichtiges militärisches Ziel der FARC. Am 9. April wurde hier bei der Explosion einer Autobombe vor einer Polizeistation eine Person getötet und 34 verletzt. Am Folgetag wurden zwei Soldaten durch von den FARC gelegten Landminen getötet. Am 19. April starben drei Männer, die als Verantwortliche für das Attentat vom 9. April galten, bei Kämpfen mit der Polizei.

Auch in den im Südwesten des Landes gelegenen Departments Nariño und Putumayo war eine Konzentration der Kämpfe festzustellen. Dieses Grenzgebiet zu Ecuador dient Rebellen und Drogenhändlern als Kokaanbau- und Rückzugsgebiet. Militärische Operationen gegen Rebellen und Besprühungen von Kokafeldern auf ecuadorianischem Gebiet führten seit Ende 2006 immer wieder zu politischen Verstimmungen mit dem Nachbarland. Bei schweren Gefechten zwischen Militär und Rebellen Ende März und in den Folgemonaten wurden etwa 60.000 Einwohner aus der Region vertrieben. Mitte April töteten die FARC zwei Polizisten und fünf Zivilisten. Etwa zeitgleich sollen die Rebellen offiziellen Berichten zufolge 25 Soldaten im Urwald von Putumayo ermordet haben, die FARC bestreiten dies. Am 28. Mai wurden bei einem Angriff drei Polizisten getötet und zehn verletzt. Ende August ermordeten die FARC neun Menschen auf einer Farm, nachdem der Besitzer zuvor von FARC-Rebellen bedroht worden war. Am 10. Oktober wurden zwei Angehörige der Marine getötet und drei weitere verletzt. Am 30. Oktober wurde ein wichtiger Anführer der FARC getötet. Daraufhin erzwangen die FARC aus Rache die Vertreibung von weiteren 48 Familien. Auch starben Ende Oktober bei einer Bombenexplosion drei Arbeiter, die Koka-Plantagen per Hand zerstörten. Kurz nach dem Anschlag kündigten 120 Arbeiter aus Angst vor weiteren Angriffen.

Auch in anderen Teilen des Landes verübten die FARC zahlreiche Anschläge und Entführungen. Die Zivilbevölkerung geriet oft zwischen die

Fronten von Rebellen, Militär und Paramilitärs. Beispielsweise ermordeten die FARC am 1. Januar vier Gemeindeaktivisten im Department Antioquia. In dieser Region sind sowohl die FARC als auch das ELN und Fraktionen der ultrarechten Paramilitärs aktiv. Am 27. April ermordeten die FARC im Department Arauca 13 Bauern. In der Region war es zuvor bereits zu mehreren Massakern und Vertreibungen gekommen. Mitte November kamen sechs Personen im Department Guaviare bei Anschlägen durch die FARC ums Leben. Als Hintergrund wurden Kämpfe zwischen den FARC und Paramilitärs über die militärische Kontrolle des Gebietes, in dem Koka angebaut wird, vermutet. Solche Anschläge zeigen, dass besonders die Landbevölkerung nach wie vor unter dem Konflikt zu leiden hat. So ist Kolumbien auch das lateinamerikanische Land mit der größten Zahl an Vertriebenen und Flüchtlingen. Allein im Jahr 2006 sollen mindestens 1 Million Menschen aus Kolumbien geflüchtet sein. Kolumbien war 2006 auch das Land mit den meisten Opfern von Antipersonenminen mit insgesamt 1.106 Opfern, von denen 226 getötet und 880 verletzt wurden.

In den Monaten vor den Regionalwahlen am 28. Oktober 2007 wurden vermehrt politisch motivierte Gewaltakte verübt, unter anderem durch die FARC. Insgesamt wurden über 100 Vorfälle registriert, zumeist Einschüchterungsversuche und Entführungen von Kandidaten für die Wahlen von Bürgermeistern und Gemeinderäten. Die unabhängige Wahlbeobachtungsmission *Misión de Observación Electoral* (MOE, Mission der Wahlüberwachung) der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) sprach von 19 Todesopfern unter den Kandidaten, die kolumbianische Tageszeitung *El Tiempo* hingegen zählte 27. Für etwa die Hälfte der Morde wurden die FARC verantwortlich gemacht. Viele Kandidaten nahmen ihre Kandidatur aufgrund der Einschüchterungen zurück. Die Zahlen sind niedriger als in den letzten Wahljahren 1997 (52 Morde) und 2003 (29 Morde).

Die Armee ging ihrerseits hart gegen die Rebellen vor. Im gesamten Berichtsjahr führte sie militärische Aktionen in verschiedenen Regionen des Landes durch mit dem Ziel, die Rebellen in die Defensive zu drängen. Dies gelang ihr zu einem gewissen Grad, viele FARC Kämpfer wurden getötet oder zur Aufgabe gezwungen. Außerdem wurden viele Anführer festgenommen, große Mengen an Waffen und anderen Ausrüstungsgegenständen sichergestellt und mehrere Labors zur Verarbeitung von Koka stillgelegt. Aber auch viele Soldaten und Polizisten starben bei Kämpfen, Bombenanschlägen oder durch von den FARC gelegte Landminen. Größter Erfolg der Armee war die Befreiung des früheren Entwicklungsministers des Landes, Fernando Araújo, der heute Außenminister ist. Er gehörte zu einer Gruppe von 58 politisch wertvollen Geiseln, zu der auch die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt, die auch die französische Staatsbürgerschaft besitzt, gehört. Mit den Geiseln wollen die FARC die Freilassung von 500 ihrer Mitglieder aus dem Gefängnis erreichen.

Bei Gesprächen zwischen Regierung und Rebellen über einen Austausch von FARC-Geiseln gegen inhaftierte Rebellen wurden bis Ende des Berichtsjahres keine Ergebnisse erzielt. Die Verhandlungen scheiterten immer wieder an den unterschiedlichen Vorstellungen der beiden Verhandlungsparteien. Die FARC forderten die Regierung mehrmals dazu auf, die Bezirke Florida und Pradera im Südwesten des Landes bedingungslos zu demilitarisieren, was die Regierung ablehnte. Zwar stand Präsident Uribe der Schaffung einer sogenannten „Begegnungszone“ positiv gegenüber, eine Demilitarisierung lehnte er jedoch ab. Im Sommer entließ die Regierung etwa 150 Rebellen aus dem Gefängnis. Hoffnungen, die FARC würden daraufhin ihrerseits Geiseln frei lassen, wurden jedoch enttäuscht. Am 18. Juni wurden elf der politisch wertvollen Geiseln getötet. Regierungsangaben zufolge geschah dies bei Kämpfen zwischen rivalisierenden FARC-Gruppierungen, den FARC zufolge bei einem Angriff durch Regierungstruppen.

Neu an den Verhandlungen über einen Geiselaustausch war im Berichtsjahr das enorme internationale Interesse. Neben den Regierungen Frankreichs, Spaniens und der Schweiz, die auch die Friedensverhandlungen mit der kleineren Guerilla-Gruppe ELN begleiten, sowie demokratischen Abgeordneten des US-Kongresses, bekundeten auch viele lateinamerikanische Länder sowie die OAS ihre Solidarität mit Uribe oder boten sich als Vermittler an. Ende August erteilte Kolumbien dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez ein Vermittlungsmandat, entzog es ihm im November aber wieder, da er sich entgegen der Abmachungen direkt mit einem Rebellenführer getroffen hatte. Dies führte zu schweren diplomatischen Verstimmungen zwischen den beiden Ländern. Chávez setzte sich trotzdem weiter für die Freilassung der Geiseln ein, konnte bis Ende des Berichtsjahres jedoch keine Ergebnisse vorweisen.

Die politischen Ereignisse des letzten Jahres lassen eine Verhandlungslösung des Konfliktes erneut in weite Ferne rücken. Die Schwächung der Regierung von Präsident Uribe durch den „Parapolitik“-Skandal dürfte den Rebellen Hoffnung machen, dass er den harten Kurs gegen sie nicht auf Dauer wird fortsetzen können. Das harte Vorgehen der Armee gegen die Rebellen kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine militärische Lösung des Konfliktes praktisch unmöglich ist. Zu lukrativ sind Drogenhandel und Entführungen, zu günstig die geographischen Bedingungen des in weiten Teilen unzugänglichen Landes, als dass die Rebellen zur Aufgabe gezwungen werden könnten. Auch sieht sich die Regierung Uribes durch die neuen, erstarkenden paramilitärischen Gruppen mit einem neuen Problem konfrontiert, das auf die Grundproblematik des Konfliktes aufmerksam macht: Die Tatsache, dass trotz des Wirtschaftswachstums noch immer fast

die Hälfte der Bevölkerung in Armut lebt, die Regierung ihnen keine Perspektive bieten kann und gewaltbereite Gruppierungen somit weiterhin Zulauf erhalten.

Maja Liebing

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Amnesty International: Killings, Arbitrary Detentions, and Death Threats -- the Reality of Trade Unionism in Colombia, 2007: <http://www.amnesty.org>

Azzellini, Dario/Zelik, R.: Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, Köln 2001

Dunning, Thad/Wirpsa, Leslie: Oil and the Political Economy of Conflict in Colombia and Beyond. A Linkage Approach, in: *Geopolitics* 9 (2004), S. 81-108

Human Rights Watch: Smoke and Mirrors. Colombia's Demobilization of Paramilitary Groups, 2005: <http://www.hrw.org>

Human Rights Watch: Maiming the People. Guerrilla Use of Antipersonnel Landmines and Other Indiscriminate Weapons in Colombia, 2007: <http://www.hrw.org>

International Crisis Group (ICG): Colombia's New Armed Groups, 2007: <http://www.icg.org>

Kurtenbach, Sabine: El papel de los actores externos en la contención de la violencia en Colombia, Hamburg 2004

Labrousse, Alain (1999): Kolumbien und Peru. Politische Gewalt und Kriminalität, in: Jean, François/Rufin, Jean Cristoph (Hrsg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg 1999, S. 313-344

Zinecker, Heidrun: Drogenökonomie und Gewalt. Das Beispiel Kolumbien (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Report 5/2004), Frankfurt am Main 2004

<http://www.colombialibre.net> (Paramilitärs)

<http://www.farcep.org> (FARC)

Autorinnen und Autoren der AKUF

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) besteht seit 1978 als eine Kombination aus Lehrveranstaltung und Forschungsgruppe am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg. Sie ist Teil der von Prof. Dr. Klaus Jürgen Gantzel gegründeten und seit 2001 von Prof. Dr. Cord Jakobeit geleiteten Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Die AKUF wird von Dr. Jens Siegelberg geleitet und rekrutiert sich aus wissenschaftlichen Mitarbeitern, Doktoranden und Studierenden der Universität Hamburg.

Wolfgang Schreiber arbeitete nach dem Mathematik-Studium an der Universität-Gesamthochschule Paderborn (Dipl.-Math.) als Softwareentwickler. Er studierte im Zweitstudium Politische Wissenschaft, Geschichte und Ethnologie an den Universitäten Göttingen, Legon (Ghana) und Hamburg und promoviert derzeit am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg.

Bader, Jochen (*Thailand*)

seit 2003 Studium der Politischen Wissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg

Becker, Svenja (*Türkei*)

seit 2007 Studium der Islamwissenschaft an der Universität Hamburg

Berger, Julia (*Äthiopien (Ogaden)*)

Studium der Politischen Wissenschaft an der Universität Hamburg

Blümel, Max (*Philippinen (Mindanao)*)

Studium der Politischen Wissenschaft an der Universität Hamburg

Böttcher, Astrid (*Russland (Tschetschenien)*)

Dipl.-Pol., Politikwissenschaftlerin

Brandt, Silke (*Sudan*)

seit 2001 Studium der Politischen Wissenschaft und Islamwissenschaft an der Universität Hamburg

Clasing, Sonja (*Afghanistan (Mujahedin/Warlords)*, *Afghanistan (Taliban)*)

seit 2002 Studium der Politischen Wissenschaft, Finnougristik/Uralistik und Philosophie an der Universität Hamburg

Constantine, Sarah (*Israel (Palästina)*, *Palästina (Hamas/Fatah)*)

seit 2003 Studium der Islamwissenschaft, der Politischen Wissenschaft und des öffentlichen Rechts an den Universitäten Kiel und Hamburg

Fendt, Manuela (*Libanon, Osttimor*)

seit 2002 Studium der Politischen Wissenschaft, Islamwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Hamburg und Växjö (Schweden)

Gerdes, Felix (*Senegal*)

Dipl.-Pol., Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg

Harms, Mario-Gino (*Zentralafrikanische Republik*)

seit Oktober 2004 Studium der Politischen Wissenschaft an der Universität Hamburg

Kétouré, Sory Philippe (*Mali (Tuareg)*)

Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg

Klein, Aurélie (*Indien (Tripura)*)

seit 2007 Masterstudium in Peace and Security Studies an der Universität Hamburg

Knarr, Deliah (*Somalia*)

seit 2000 Studium der Politischen Wissenschaft und Rechtswissenschaft an der Ludwig-Maximilian-Universität München sowie an den Universitäten Cork (Irland), Hamburg und Recife (Brasilien)

Köbsch, Wieland (*Algerien*)

seit 2001 Studium der Geschichtswissenschaft und Politischen Wissenschaft an den Universitäten Dresden und Hamburg

König, Marietta S. (*Georgien (Abchasien), Georgien (Südossetien)*)

M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Kopp, Swenja (*Nigeria (Nigerdelta)*)

seit 2003 Studium der Journalistik und Kommunikationswissenschaft sowie Politischen Wissenschaft an der Universität Hamburg

Krosigk, Alexandra von (*Burundi*)

seit 2000 Studium der Geographie, Politischen Wissenschaft und Rechtswissenschaft an den Universitäten Marburg und Hamburg

Liebing, Maja (*Kolumbien (ELN), Kolumbien (FARC)*)

seit 2002 Studium der Politischen Wissenschaft und Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg

Manke, Christoph (*Sri Lanka*)

Dipl.-Pol., Studium der Europawissenschaften am Europa-Kolleg und der Universität Hamburg

Meyer, Henrik (*Irak*)

seit 2002 Studium der Politischen Wissenschaft, Islamwissenschaft sowie Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Hamburg

Michels, Maren (*Kongo-Kinshasa (Ostkongo)*)

Dipl.-Pol., Politikwissenschaftlerin

Plambeck, Jonte (*Indien (Assam)*)

seit 2004 Studium der Politischen Wissenschaft und Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg

- Probst, Manuel (*Indonesien (Westpapua)*)
seit 2000 Studium der Philosophie, Politischen Wissenschaft und Psychologie an der Universität Hamburg
- Schaper, Miriam (*Myanmar [Birma]*)
seit 2002 Studium der Philosophie, Politischen Wissenschaft und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und der Universidad Complutense de Madrid (Spanien)
- Schlenzig, Nora (*Indien (Naxaliten)*)
seit 2002 Studium der zwei Sinologie (Staat und Gesellschaft) und Politischen Wissenschaft an der Universität Hamburg
- Schreiber, Wolfgang (*Iran (Kurden)*)
Dipl.-Math., Doktorand am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg, Koordinator der AKUF
- Schubert, Jakob von (*Philippinen (NPA)*)
seit 2000 Studium der Politischen Wissenschaft und des Öffentlichen Rechts an der Universität Hamburg
- Schwartz, Alexander (*Tschad*)
seit 2004 Studium der Politischen Wissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg
- Siegelberg, Jens
Dr., Dipl.-Pol., Leiter der AKUF
- Šimaitytė, Fausta (*Russland (Tschetschenien)*)
Dipl.-Pol., wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
- Spörl, Jonathan (*Indien (Manipur)*)
Studium der Politischen Wissenschaft an der Universität Hamburg
- Stertz, Alexandra (*Indien (Kaschmir)*)
seit 2003 Studium der Politischen Wissenschaft und der Amerikanistik an der Universitäten Hamburg und X Nanterre, Paris (Frankreich)
- Sülau, Christian (*Jemen*)
seit 2003 Studium der Politischen Wissenschaft an der Universität Hamburg
- Voigts, Hanning (*Indien (Nagas)*)
seit 2003 Studium der Politischen Wissenschaft sowie Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg und am Institut d'Etudes Politiques Bordeaux (Frankreich)
- Werner, Benjamin (*Niger (Tuareg)*)
seit 2002 Studium der Politischen Wissenschaft an den Universitäten Heidelberg und Hamburg
- Zettel, Doris (*Pakistan (Belutschistan), Pakistan (Religiöser Konflikt)*)
seit 2001 Studium der Politischen Wissenschaft an den Universitäten Wien, Stockholm und Hamburg

Abkürzungsverzeichnis

AASU	All Assam Students Union
ADC	Alliance Démocratique du 23 Mai 2006 pour le Changement
AFD	Alliance for Freedom and Democracy
AfriCom	Africa Command
AFSPA	Armed Forces Special Power Act
AGP	Asom Gana Parishad
AIS.....	Armée Islamique du Salut
AKP	Adalet Kalkinma Partisi
AMIB.....	African Mission in Burundi
AMIS	African Mission in Sudan
AMISOM	African Mission in Somalia
APHC	All Parties Hurriyat Conference
APRD	Armée Populaire pour la Restauration de la République et la Démocratie
AQMI	Al-Qaïda au Maghreb Islamique
ARMM	Autonomous Region of Muslim Mindanao
ARPCT	Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism
ARS	Alliance for the Re-liberation of Somalia
ASG	Abu Sayyaf Group
ASSR.....	Autonome Sozialistische Sowjet-Republik
ATTF	All-Tripura Tiger Force
ATNM	Alliance Touareg Niger-Mali
AU	Afrikanische Union
AUC.....	Autodefensas Unidas de Colombia
BINUB	Bureau Intégré des Nations Unies au Burundi
BLA	Balochistan Liberation Army
BNCT	Borak National Council of Tripura
BNP	Bangladesh Nationalist Party
BPLF	Baluchistan People's Liberation Front
BRN-C.....	Barisan Revolusi Nasional – Coordinate
CAFGU	Citizen Armed Forces Geographical Units
CARHRIHL.....	Comprehensive Agreement on Respect of Human Rights and International Humanitarian Law
CEMAC.....	Communauté Économique et Monétaire de l'Afrique Centrale
CFC-A	Combined Forces Command – Afghanistan
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi
CNDD-FDD.....	Conseil National pour la Défense de la Démocratie – Forces pour la Défense de la Démocratie
CNDP	Congrès National pour la Défense du Peuple
CNRT	Congresso Nacional da Reconstrução Timorense
CNT	Concorde Nationale Tchadienne
CPB	Communist Party of Burma
CPI	Communist Party of India
CPI(M).....	Communist Party of India (Marxist)
CPI(ML)	Communist Party of India (Marxist-Leninist)
CPN-Maoist	Communist Party of Nepal (Maoist)

CPP	Communist Party of the Philippines
CUD	Coalition for Unity and Democracy
DIAG	Disbandment of Illegal Armed Groups
DKBA	Democratic Karen Buddhist Army
DLF	Darfur Liberation Front
DPA	Darfur Peace Agreement
DRS	Département de Réseignement et Sécurité
DTP	Demokratik Toplum Partisi
DVPA	Demokratische Volkspartei Afghanistan
ELN	Ejército de Liberación Nacional
EPRDF.....	Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front
EU	Europäische Union
EUFOR.....	EU Force
FALINTIL	Forças Armadas de Libertação Nacional de Timor-Leste
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia
FATA.....	Federally Administered Tribal Areas
FB	Forward Block
FDC	Front Démocratique Centrafricain
FDLR.....	Forces Démocratiques de Libération du Rwanda
FIS	Front Islamique du Salut
FLAA	Front pour la Libération de l'Aïr et de l'Azawad
FLN	Front de Libération Nationale
FNL	Forces Nationales de Libération
FRETILIN	Frente Revolucionária do Timor-Leste Independente
FRODEBU.....	Front pour la Démocratie au Burundi
FUC	Front Uni pour le Changement Démocratique
GAPLC	Groupe d'Action Patriotique de Libération de la Centrafrique
GIA.....	Groupe Islamique Armé
GSPC	Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
Hamas.....	harakat al muqaawama al-islamiya
HM.....	Hizb-ul-Mujahedin
HuA	Harkat ul-Ansar
HUK	Hukbalahap
HuM.....	Harkat-ul-Mujahedin
ICG	International Crisis Group
IGH	Internationaler Gerichtshof
INC	Indian National Congress
INPT	Indigenous Nationalist Party of Tripura
IPKF	Indian Peace Keeping Force
IRIN.....	Integrated Regional Information Network
ISAF	International Security Assistance Force
ISI	Inter-Services Intelligence
J&K	Jammu & Kashmir
JASIG	Joint Agreement on Safty and Immunity
JEM	Justice and Equality Movement
JHU.....	Jathika Hela Urumaya
JI	Jemaah Islamiah
JKDFP	Jammu and Kashmir Democratic Freedom Party
JKLF	Jammu and Kashmir Liberation Front

JM.....	Jaisch-i-Muhammad
JUI	Jamiat-i-Ulema Islam
JVMM	Joint Verification and Monitoring Mechanism
JVP	Janatha Vimukhti Peramuna
JWP	Jamhoori Watan Partei
KADEK	Kongreya Azadi u Demokrasiya Kurdistan
KCP	Kangleipak Communist Party
KDPI	Kurdische Demokratische Partei im Iran
KKK	Koma Komalên Kurdistan
KNLA	Karen National Liberation Army
KNU	Karen National Union
KONGRA-GEL	Kongra Gele Kurdistan
KSPC	Karen State Peace Council
LoC.....	Line of Control
LRA	Lord's Resistance Army
LT	Lashkar-i-Toiba
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MCC	Maoist Communist Centre
MEND	Movement for the Emancipation of the Niger Delta
MFDC	Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance
MFUA	Mouvement des Forces Unifiées de l'Azawad
MIA	Mouvement Islamique Armé
MILF	Moro Islamic Liberation Front
MINURCAT	Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad
MJA	Mouvement des Jeunes Arabes
MLIC	Mouvement pour la Libération et l'Indépendance de la Casamance
MLJC	Mouvement des Libérateurs Centrafricains pour la Justice
MLPC	Mouvement pour la Libération du Peuple Casamançais
MNJ	Mouvement des Nigériens pour la Justice
MNLF	Moro National Liberation Front
MNSD-CDS	Mouvement National de la Société de Développement – Convention Démocratique et Sociale
MOE	Misión de Observación Electoral
MONUC	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocra- tique du Congo
MPA	Mouvement Populaire de l'Azawad
MTNMC	Mouvement Touareg Nord-Mali pour le Changement
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDDC	Niger Delta Development Commission
NDF (Myanmar)	National Democratic Front
NDF (Philippinen)	National Democratic Front
NDFB	National Democratic Front of Bodoland
NDFF.....	Niger Delta Freedom Fighters
NDPVF.....	Niger Delta People's Volunteer Force
NDV	Niger Delta Vigilantes
NLD.....	National League for Democracy
NLFT.....	National Liberation Front of Tripura
NLFT-B	NLFT-Biswamohan
NLFT-N	NLFT-Nayanbasi
NNC.....	Naga National Council

NPA	New People's Army
NSCN	National Socialist Council of Nagaland
NSCN-IM	National Socialist Council of Nagaland (Issac-Muviah)
NSCN-K	National Socialist Council of Nagaland (Khaplang)
NWFP	North West Frontier Province
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OEF	Operation Enduring Freedom
OIC	Organisation of Islamic Conference
ONLF	Ogaden National Liberation Front
ONUB	Opération des Nations Unies au Burundi
OPM	Organisasi Papua Merdeka
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAPENAL	Pasukan Pembebasan Nasional
PCG	People's Consultative Group
PDP (Indonesien)....	Presidium Dewan Papua
PDP (Nigeria)	People's Democratic Party
PEMKA	Pemulihan Keadilan
PIAK	Partiya Jiyana Azada Kurdistanê
PKK	Partiya Karkeren Kurdistan
PLA	Peoples Liberation Army
PLO	Palestine Liberation Organisation
PPP	People Power Party
PREPAK	People's Revolutionary Party of Kangleipak
PRT	Provincial Reconstruction Team
PUK	Patriotische Union Kurdistans
PWG	People's War Group
RAFD	Rassemblement des Forces Démocratiques
RCD	Rassemblement Congolais pour la Démocratie
RFC	Rassemblement des Forces pour le Changement
RGM	Revolutionary Government of Manipur
RKK	Runda Kumpulan Kecil
SICC	Supreme Islamic Courts Council
SLA (Sudan)	Sudan Liberation Army
SLA/AW	Sudan Liberation Army (Abdel Wahid Mohamed Nur)
SLA/MM	Sudan Liberation Army (Minni Minawi)
SLFP	Sri Lanka Freedom Party
SLM	Sudan Liberation Movement
SLMM	Sri Lanka Monitoring Mission
SNA	Somalia National Alliance
SNM	Somali National Movement
SPCPD	Southern Philippines Council for Peace and Development
SPDP	Somali People's Democratic Party
SPLA	Sudan's People Liberation Army
SPLM	Sudan's People Liberation Movement
SPO	Special Police Officers
SPZOPAD	Southern Philippine Zone of Peace and Development
SSA-S	Shan State Army – South
SSDF	Somali Salvation Democratic Front
SSP	Sipah-i-Sahaba Pakistan
SULFA	Surrendered United Liberation Front of Assam

TFG	Transitional Federal Government
TJP	Tehrik-i-Jaffria Pakistan
TMVP	Tamileela Makkal Viduthalai Pulikal
TNV	Tripura National Volunteers
TPN	Tentara Pembebasan Nasional
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UFDD	Union des Forces pour la Démocratie et le Développement
UFDR	Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement
UIC	Union of the Islamic Courts
ULFA.....	United Liberation Front of Assam
UN	United Nations
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan
UNAMID	United Nations/African Union Mission in Darfur
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNLF.....	United National Liberation Front
UNMIT	United Nations Integrated Mission in Timor-Leste
UNOMIG.....	United Nations Observer Mission in Georgia
UNOSOM.....	United Nations Operation in Somalia
UNPO	Unrepresented Nations and Peoples Organization
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
UNSCOM.....	United Nations Special Commission
UP	Union Patriotica
UPFA.....	United Peoples Freedom Alliance
UPRONA.....	Union pour le Progrès National
URF	United Resistance Front
USA	United States of America
USC	United Somali Congress
UWSA	United Wa State Army
VZSGP	Verwaltungszentrum der südlichen Grenzprovinzen
WSLF	Western Somali Liberation Front
ZPM.....	Zivil-polizeilich-militärisches Kommandozentrum

Index der Konfliktakteure

Abu Sayyaf Group (ASG).....	25, 94, 96, 97
Afghanistan	11, 14, 20-23, 28, 50, 52, 77, 86-88, 90-92, 94, 118-128
African Mission in Burundi (AMIB)	198
African Mission in Somalia (AMISOM).....	228, 229, 234, 235
African Union (AU).....	30, 199, 201, 229, 234, 236, 238-241, 250
Ägypten	123, 174, 240
Al-Aqsa-Brigaden, <i>siehe auch</i> Fatah	156, 157, 160
Algerien	21, 25, 128-133, 207-209, 212, 213
Alliance Démocratique du 23 Mai 2006 pour le Changement (ADC)	207, 208
Alliance for the Re-liberation of Somalia (ARS).....	235
Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism (ARPCT).....	232
Alliance Touareg Niger-Mali (ATNM).....	210
All-Tripura Tiger Force (ATTF).....	22, 66-69
Al-Qaida	14, 25, 28, 88, 89, 91, 123-126, 131, 132, 147, 148, 150, 163, 167, 170, 208, 232
Al-Qaïda au Maghreb Islamique (AQMI).....	25, 128, 131-133, 209
Al-Shabaab	234
Al-Shabab al-Mou'min	27, 162-166
Amal	168, 174
Angola	18, 32, 222
Ansar al-Sunna.....	144, 148
Armée Populaire pour la Restauration de la République et la Démocratie (APRD)	30, 248, 249, 251-253
Äthiopien	29, 32, 33, 36, 192-195, 228, 229, 233-236
Atika, <i>siehe auch</i> Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance (MFDC).....	224
Australien	37, 81
Autodefensas Unidas de Colombia (AUC)	31, 254, 255, 259-262
Balochistan Liberation Army (BLA)	23, 83-86
Bangladesch	44-46, 48, 54, 67, 69
Barisan Revolusi Nasional – Coordinate (BRN-C).....	111, 113
Bhutan	45
Borak National Council of Tripura (BNCT)	66, 69
Brasilien	32
Burkina Faso	207
Burundi	12, 13, 19, 29, 32-34, 196-203, 232
Central Intelligence Agency (CIA), <i>siehe auch</i> United States of America (USA)	151
China	36, 63, 76-78, 115, 192-194, 213
Civilian Armed Forces Geographical Unit (CAFGU), <i>siehe auch</i> Philippinen	103, 104
Coalition Forces Command – Afghanistan, <i>siehe auch</i> United States of America (USA)	28, 123, 125

Communauté Économique et Monétaire de l'Afrique Centrale (CEMAC)	249-251
Communist Party of India – Maoist (CPI-Maoist), <i>siehe auch</i> Naxaliten	23, 62-64
Concorde Nationale Tchadienne (CNT)	242, 244, 246, 247
Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP).....	31, 202, 203
Conseil National pour la Défense de la Démocratie (CNDD), <i>siehe auch</i> Forces pour la Défense de le Démocratie (FDD) <i>und</i> Front pour la Démocratie au Burundi (FRODEBU)	14, 34, 198-201
Côte d'Ivoire	32
Democratic Karen Buddhist Army (DKBA).....	74, 76, 78
Deutschland	121, 122, 127, 133, 138, 153, 155, 172, 177, 239
<i>Dschaisch al-Mahdi</i>	144, 148, 150
Dschandschawid	29, 236-239
Dschibuti	236
Dschund al-Sham	172
Ejército de Liberación Nacional (ELN)	14, 31-34, 254-259, 264, 265
Eritrea	36, 193-195, 235, 236
EU Force (EUFOR)	247, 248
Europäische Union (EU).....	26, 30, 100, 133, 159, 160, ... 187, 188, 233, 239, 242, 247, 248
Fatah al-Islam	15, 19, 27, 166, 167, 170-173
Fatah, <i>siehe auch</i> Palestine Liberation Organisation (PLO).....	11, 15, 19, 20, 26, 27, ... 159-161, 166, 167, 170-177
Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR), <i>siehe auch</i> Interahamwe	202, 204, 205
Forces Nationales de Libération (FNL), <i>siehe auch</i> Parti pour la Libération du Peuple Hutu (PALIPEHUTU)	14, 34, 196, 198-201
Forces pour la Défense de la Démocratie (FDD), <i>siehe auch</i> Conseil national pour la défense de le démocratie (CNDD).....	14, 34, 198-201
Frankreich	30, 31, 53, 128, 167, 211, 213, 226, 243, 244, 246, 248-252, 264, 265
Front Démocratique Centrafricain (FDC), <i>siehe auch</i> Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement (UFDR).....	252
Front Islamique du Salut (FIS).....	129, 131
Front pour la Libération de l'Aïr et de l'Azawad (FLAA)	212
Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC).....	14, 21, 31, 254, 255, ... 257-261, 263-266
Gambia	225, 226, 227, 239
Ganda Koy.....	207
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).....	133, 134, 135, 136, 138
Georgien	27, 33, 35, 133-144
Ghana	232
Großbritannien	25, 43, 53, 58, 62, 67, 75, 105, 106, 110, 144-146, 151-153, 239
Groupe d'action patriotique de libération de la Centrafrique (GAPLC), <i>siehe auch</i> Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement (UFDR)	252

Groupe Islamique Armé (GIA).....	129-131
Guinea	38, 71, 225, 227
Guinea-Bissau	225-227
Haiti	32
Hamas	11, 15, 19, 20, 26, 27, 156-161, 174-177
Hizb-i Islami, <i>siehe auch</i> Mujahedin	119
Hizb-i Wahdat, <i>siehe auch</i> Mujahedin	119
Hurriyat Conference	49
Ijaw National Congress (INC), <i>siehe auch</i> Federated Niger Delta Ijaw Communities (FNDIC).....	67, 70
Indian Peace Keeping Force (IPKF), <i>siehe auch</i> Indien	106
Indien	16, 21-23, 33, 37, 43-57, 58-70, 87, 106, 118, 213
Indonesien	33, 37, 70-74, 80, 95, 96
Interahamwe, <i>siehe auch</i> Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR)	203
International Security Assistance Force (ISAF).....	28, 118, 120-122, 126, 128
Inter-Services Intelligence (ISI), <i>siehe auch</i> Pakistan	44, 46, 50, 52, 119, 120, 125
Irak	11, 20, 21, 25, 26, 36, 144-154, 156, 170, 185, 187, 189, 190
Iran	32, 33, 36, 84, 87, 119, 150-156, 165, 168-170, 185
Islami Inqalabi Mahaz, <i>siehe auch</i> Jihadi-Gruppen	48, 50
Israel	12, 15, 19-21, 25, 26, 156-161, 163, 167-170, 174-176
Jammu and Kashmir Liberation Front (JKLF)	49
Janatha Vimukhti Peramuna (JVP)	106-108
Japan	75, 99
Jemaah Islamiah.....	96
Jemaah Islamiah (JI)	94, 96
Jemen	21, 27, 123, 162, 163, 165, 166
Jihad Islami.....	156, 157, 159, 160
Jihadi-Gruppen, <i>siehe auch</i> Lashkar-i-Toiba, Jaish-i-Muhammad <i>und</i> Harkat-ul-Mujahedin	87
Jordanien	147, 150, 167
Jugoslawien	17
Justice and Equality Movement (JEM)	30, 236, 238-241
Kanada	213
Kangleipak Communist Party (KCP).....	53, 55
Karen National Union (KNU).....	24, 74-79
Karen State Peace Council (KSPC)	74, 78
Kasachstan	177
Kenia	29, 123, 186, 195, 197, 231-233, 239
Kolumbien	11, 12, 14, 19, 21, 31-34, 254-259, 261, 262, 264-266
Komala-i schureschgar-i zahmatkaschan-i Kurdistan	153, 154
Konföderation der Bergvölker des Kaukasus.....	134, 135, 140
Kongo-Kinshasa	11, 13, 21, 31, 38, 200, 202-206, 249

Kongreya Azadi u Demokrasiya Kurdistan (KADEK), <i>siehe auch</i> Partiya	
Karkeren Kurdistan (PKK) <i>und</i> Kongra Gele Kurdistan (KONGRA-GEL).....	186
Kuba	51, 125, 255-257
Kurdisch-Demokratische Partei im Iran (KDPI)	153, 154
Kuwait	145
Laos	32, 77
Lashkar-i-Jhangvi	87, 88
Lashkar-i-Toiba (LT), <i>siehe auch</i> Jihadi-Gruppen	50
Laskar Jihad	72
Libanon	11, 12, 15, 19, 21, 25-27, 166-174
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).....	23, 105-111
Liberia	18
Libyen	96, 206, 212, 214, 237, 240, 242, 243, 247, 249, 252
Lord's Resistance Army (LRA)	13
Malaysia	96, 97, 114
Mali	32, 33, 36, 131, 206-210, 215, 216
Maoist Communist Centre (MCC), <i>siehe auch</i> Naxaliten	63
Marokko	131, 227
Mayi-Mayi-Milizen	203
Mission de l'Organisation des Nations Unies en	
République Démocratique du Congo (MONUC)	31, 202-206
Mission des Nations Unies en République	
Centrafricaine et au Tchad (MINURCAT)	247
Moro Islamic Liberation Front (MILF)	25, 94-98
Moro National Liberation Front (MNLF)	95, 96
Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance (MFDC)	34, 223-228
Mouvement des Forces Unifiées de l'Azawad (MFUA)	207
<i>Mouvement des Jeunes Arabes (MJA)</i>	215
Mouvement des Libérateurs Centrafricains pour la Justice (MLJC), <i>siehe auch</i>	
Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement (UFDR)	252
Mouvement des Nigériens pour la Justice (MNJ)	36, 210, 211, 213-216
Mouvement Populaire de l'Azawad (MPA)	206, 207
Mouvement pour la Libération du Congo (MLC)	249
Mouvement pour la Libération du Peuple Casamançais (MLPC), <i>siehe auch</i>	
Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance (MFDC)	227
Mouvement pour la Libération et l'Indépendance de la Casamance (MLIC),	
<i>siehe auch</i> Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance (MFDC)	227
Mouvement Touareg Nord-Mali pour le Changement (MTNMC)	36, 206, 208, 209
Movement for the Emancipation of the Niger Delta (MEND)	35, 216, 218-223
Mujahedin	20-22, 28, 48, 50, 118-120, 124
Myanmar	21, 24, 38, 45, 46, 53, 54, 59-61, 74, 75, 77-79
Naga National Council (NNC)	58
National Democratic Front of Bodoland (NDFB)	45

National League for Democracy (NLD)	76
National Liberation Front of Tripura – Biswamohan (NLFT-B).....	66-69
National Liberation Front of Tripura – Nayanbasi (NLFT-N)	68
National Liberation Front of Tripura (NLFT)	22, 66-69
National Socialist Council of Nagaland (Issac-Muviah) (NSCN(IM))	58-61
National Socialist Council of Nagaland (Khaplang) (NSCN(K)).....	45, 58-61
National Socialist Council of Nagaland (NSCN).....	34, 45, 55, 58-61
Naxaliten, <i>siehe auch</i> Communist Party of India (Marxist-Leninist) – Liberation (CPI(ML)-Liberation), Maoist Communist Centre (MCC) und People's War Group (PWG).....	21, 23, 62-66
Nepal	12, 18, 19, 21, 23, 46, 62, 63
New People's Army (NPA)	21, 24, 99-105
Niederlande	71, 100, 103, 239
Niger	32, 33, 36, 131, 209-216, 240
Niger Delta Freedom Fighters (NDFF)	219
Niger Delta People's Volunteer Force (NDPVF).....	216-219, 221
Niger Delta Vigilantes (NDV)	216, 217, 219, 221
Nigeria	32, 33, 35, 38, 216-218, 221-223, 232, 238, 239
Nordallianz	28, 124, 244
North Atlantic Treaty Organization (NATO).....	100, 118, 120, 122, 126-128
Norwegen	100, 107, 157, 256
Ogaden National Liberation Front (ONLF)	36, 192-196
Opération des Nations Unies au Burundi (ONUB)	198, 199
Organisasi Papua Merdeka (OPM), <i>siehe auch</i> Presidium Dewan Papua (PDP) und Tentara Pembebasan Nasional (TPN)	33, 70-72, 74
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	122, 139, 141, 142, 144, 178
Organisation of Islamic Conference (OIC)	95, 96, 182
Osttimor	33, 37, 79-81, 83
Pakistan	12, 14, 19, 21-23, 33, 37, 44, 48-52, 54, 66, 83-91, 93, 94, 119, 120, 123-126
Palästina	12, 15, 19, 21, 25, 26, 156, 160, 161, 174, 177
Palestine Liberation Organisation (PLO)	157-159, 168, 171, 173, 175
Papua-Neuguinea	73
Partiya Jiyana Azada Kurdistanê (PJAK)	36, 151, 155, 156
Partiya Karkeren Kurdistan (PKK), <i>siehe auch</i> Kongra Gele Kurdistan (KONGRA-GEL)	26, 145, 150, 155, 184-191
Patriotische Union Kurdistan (PUK)	156
People's Revolutionary Party of Kangleipak (PREPAK)	53, 55
People's War Group (PWG), <i>siehe auch</i> Naxaliten	63
Peoples Liberation Army (PLA)	53, 55, 56
Peru	266
Philippinen	21, 24, 25, 94-105
Portugal	37, 38

Presidium Dewan Papua (PDP), <i>siehe auch</i> Organisasi Papua Merdeka (OPM)	72
Puntland	231
Qaidat al-Dschidad fi Bilad al-Rafidain, <i>siehe auch</i> Al-Qaida	144, 149
Ranvir Sena	64
Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD)	203
Rassemblement des Forces pour le Changement (RFC)	30, 242, 244-248
Rastas, <i>siehe auch</i> Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR)	205
Revolutionary Government of Manipur (RGM)	54
Ruanda	197, 203-205, 239
Russland	21, 27, 35, 118, 132, 134-138, 140-144, 152, 153, 157, 160, 177-184
Salva Judum	62, 64, 65
Saudi-Arabien	32, 50, 87, 123, 124, 161-163, 171, 233, 244
Schweiz	108, 256, 259, 265
Senegal	33, 34, 223-228, 239
Shan State Army (SSA)	24, 74, 76
Sieben von Peschawar, <i>siehe auch</i> Mujahedin	119
Sierra Leone	18
Sipah-i-Muhammad	87, 88
Sipah-I-Muhammad	87, 88
Somali National Movement (SNM)	229, 231
Somali Salvation Democratic Front (SSDF)	229, 231
Somalia	11, 19, 20, 21, 29, 36, 123, 192, 193, 195, 228-236
Somaliland	192, 231, 236
Spanien	99, 256, 265
Sri Lanka	11, 21-23, 105-111
Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM)	107, 109, 111
Südafrika	38, 198, 199, 239
Sudan	11, 13, 21, 29, 30, 123, 236-247, 251
Sudan Liberation Army (SLA)	29, 236-241
Sudan's People Liberation Army (SPLA)	29, 236, 237, 241
Südkorea	121
Supreme Islamic Courts Council (SICC)	29, 228, 229, 232-235
Syrien	169, 170, 172, 173
Taliban	14, 19, 20, 21, 23, 28, 85, 87-94, 118, 120-127
Tamileela Makkal Viduthalai Pulikal (TMVP)	110
Tansania	197, 199, 240
Tentara Pembebasan Nasional (TPN), <i>siehe auch</i> Organisasi Papua Merdeka (OPM)	72-74
Thailand	21, 24, 77-79, 96, 98, 107, 111, 112, 115-117
Togo	249
Transitional Federal Government (TFG)	29, 229, 231-234, 236
Tschad	11, 21, 30, 206, 237, 238, 240-250, 252
Türkei	21, 25, 36, 145, 150-152, 184-191

Uganda	12, 13, 19, 29, 197, 203, 229, 232, 234
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), <i>siehe auch</i> Russland	17, 28, 35, 50, 119, 120, 123, 134, 140, 141, 153, 177, 229
Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement (UFDR).....	30, 248, 249, 251-253
Union des Forces pour la Démocratie et le Développement (UFDD)	30, 242, 244-248
Union of the Islamic Courts (UIC), <i>siehe auch</i> Supreme Islamic Court Council (SICC)	231, 232
Union pour le Progrès National (UPRONA)	197
United Liberation Front of Assam (ULFA), <i>siehe auch</i> Surrendered United Liberation Front of Assam (SULFA)	22, 43-48, 59-61
United National Liberation Front (UNLF)	53-57
United Nations (UN).....	12, 30, 39, 45, 71, 77, 80, 103, 109, 120, 122, 124, 127, 132, ... 133, 135, 137, 138, 144-146, 149, 160, 168-170, 195, 198, 199, ... 201, 203, 215, 219, 229, 230, 232, 235, 236, 238-242, 246, 251
United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA)	122
United Nations Integrated Mission in Timor-Leste (UNMIT)	82, 83
United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)	13, 170, 174
United Nations Observer Mission in Georgia (UNOMIG)	134, 135, 138, 139
United Nations Special Commission (UNSCOM)	145, 151
United Nations/African Union Mission in Darfur (UNAMID)	236, 241, 242
United Resistance Front (URF).....	241
United Somali Congress (USC)	229
United States of America (USA)	11, 14, 17, 20, 25, 26, 28, 70, 77, 88, 91, 93, 94, 96, ... 99-101, 119, 120, 123-125, 128, 131, 132, 144-151, ... 156, 157, 159-161, 163, 166, 172, 173, 187, 190, 208, ... 209, 213, 220, 228-230, 232, 233, 236, 239, 256, 261, 262, 265
United Wa State Army (UWSA).....	74, 76, 77
Waldbrüder	135, 136
Weißer Legion	135
Western Somali Liberation Front (WSLF).....	193
Zentralafrikanische Republik	11, 21, 30, 244, 245, 247-251